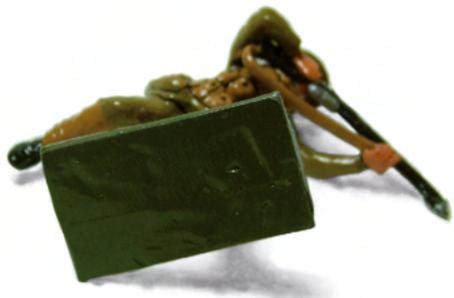


Axel Weipert  
Salvador Oberhaus  
Detlef Nakath  
Bernd Hüttner  
(Hrsg.)

# »Maschine zur Brutalisierung der Welt«

Der Erste Weltkrieg –  
Deutungen und Haltungen  
1914 bis heute



Weipert / Oberhaus / Nakath / Hüttner (Hrsg.)  
„Maschine zur Brutalisierung der Welt“?

Axel Weipert / Salvador Oberhaus / Detlef Nakath /  
Bernd Hüttner (Hrsg.)

**„Maschine zur Brutalisierung der Welt“?**

Der Erste Weltkrieg – Deutungen und Haltungen  
1914 bis heute

**WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT**

### **Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

1. Auflage Münster 2017

© 2017 Verlag Westfälisches Dampfboot

Alle Rechte vorbehalten

Umschlag: Lütke Fahle Seifert AGD, Münster

Druck: Rosch-Buch Druckerei GmbH, Scheßlitz

Index von Matthias Bösing, [digital-indexing.com](http://digital-indexing.com)

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier

ISBN 978-3-89691-108-7

## **Inhalt**

*Axel Weipert / Salvador Oberhaus / Detlef Nakath / Bernd Hüttner*

Vorwort der Herausgeber

7

### **Teil I: Erinnerung und geschichtspolitische Deutung**

*Wolfgang Kruse*

Der Erste Weltkrieg im 20. Jahrhundert und Heute. Interpretationen und geschichtspolitische Zuweisungen in Wissenschaft und Politik

14

*Jürgen Angelow*

Revisionistische Deutungen und linke Orientierungsangebote zum Kriegsausbruch von 1914

31

*Salvador Oberhaus*

Über Verantwortlichkeiten nachdenken. Zur deutschen Politik in der Juli-Krise

57

### **Teil II: Die langen Linien: Erster Weltkrieg, Faschismus und Nationalsozialismus**

*Marcel Bois*

Zurück ins Bewusstsein. Ein kurzer Ausblick auf hundert Jahre Revolution und Kriegsende

76

*Ángel Alcalde*

George L. Mosses These der Brutalisierung und ihre Kritik: Eine geschichtswissenschaftliche Debatte

95

*Gudrun Brockhaus*

Der Krieg heilt alle Wunden – Zur Sozialpsychologie der nationalsozialistischen Weltkriegsmythen

113

*Yves Müller*

„Becoming Fascists“. Männlichkeitskonstruktionen der SA im Krieg zwischen den Kriegen

129

*Bella Szwarcman-Czarnota*

Der Erste Weltkrieg in der jiddischen Literatur

143

*Anke Hoffstadt*

„Gefallen durch das Vaterland“ oder: Erinnerungspolitik und Gedenkpraxen auf der Suche nach dem Sinn des Krieges

157

<i>Pieter Trogh</i> Die Namensliste und das Jahrhundertgedenken des Ersten Weltkriegs Das Jahrhundertgedenken in Belgien: 2014 – ... ?	176
--	-----

### **Teil III: Arbeiterbewegung, politische Linke und Krieg**

<i>Axel Weipert</i> Widerstand im Zentrum der Macht. Antikriegsaktionen in Berlin und Wien im Vergleich	200
<i>Holger Politt</i> Im Wettlauf der Geschichte. Rosa Luxemburg und der Ausbruch des Ersten Weltkriegs	227
<i>Irena Selišnik / Ana Cergol Paradž / Žiga Koncilija</i> Frauenproteste in den slowenischsprachigen Regionen Österreich- Ungarns vor und im Ersten Weltkrieg	232
<i>Miloš Baković Jadžić</i> Dimitrije Tucović und die serbische Sozialdemokratie in der Zeit der Balkankriege und des Ersten Weltkriegs	251
<i>Michael Pesek</i> Der Erste Weltkrieg aus afrikanischer Perspektive: Träger in den Kolonialarmeen Ostafrikas	273
<i>Malte Meyer</i> Sozialmilitarismus zwischen den Kriegen. Zur „Verpreußung“ der deutschen Arbeiterbewegung	298
<i>Joachim Schröder</i> Arbeiterbewegung und Internationalismus nach dem Krieg: die alte und die neue Internationale	315
<i>Julian Nordbues</i> „Krieg dem Kriege“: Die kriegskritische Strategie Ernst Friedrichs in der Weimarer Republik	331
Die Herausgeber	349
Die Autoren	350
Personenregister	354

*Axel Weipert / Salvador Oberhaus / Detlef Nakath / Bernd Hüttner*

### **Vorwort der Herausgeber**

Warum noch ein Sammelband zum Ersten Weltkrieg? Gerade zum 100. Jahrestag des Kriegsbeginns konnte eine regelrechte Publikationsflut beobachtet werden. Zugleich entwickelte sich eine intensive Debatte in den Feuilletons – die nicht zuletzt zeigt, dass der Konflikt in der Öffentlichkeit wieder auf breiteres Interesse stößt. Und das nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa. Wir Herausgeber kamen aber auch zu der Erkenntnis, dass die Diskussion der letzten Jahre über den Krieg einige bedauerliche Leerstellen aufweist und problematische Interpretationen (wieder) in den Fokus rückt. Kurz gesagt, geht es uns um drei Aspekte: Wie sind die aktuellen erinnerungs- und geschichtspolitischen Deutungen einzuordnen? Welche Rolle spielten die militärischen Auseinandersetzungen und deren Interpretation für die Entwicklung der radikalen Rechten in der Zwischenkriegszeit? Und schließlich: Welche Haltungen nahmen die politische Linke und hier insbesondere die Arbeiterbewegung vor, während und nach dem Krieg ein?

Wir Herausgeber sind zudem der Auffassung, dass der Erste Weltkrieg nur mit einem breiten und internationalen Blick angemessen beschrieben und verstanden werden kann. Dazu gehören sehr unterschiedliche methodische Zugänge, etwa sozialpsychologische, kultur-, geschlechter- und erinnerungsgeschichtliche Perspektiven, aber auch geschichtspolitische Analysen sowie Forschungen zu Protesten und Arbeiterbewegung. Es mag ein Allgemeinplatz sein, dass ein Weltkrieg nicht aus einem rein nationalen Fokus heraus dargestellt werden kann. Dennoch ist erstaunlich, wie stark viele wissenschaftliche Debatten zum Thema noch immer länderspezifisch geführt werden. Man denke hier exemplarisch an die sehr disparaten Fragestellungen deutscher und französischer Historiker – Verantwortung für den Kriegsausbruch rechts des Rheins und „culture de guerre“ (Kultur des Krieges) links davon. Es war uns deshalb ein wichtiges Anliegen, diesen „nationalen Tellerrand“ in einem doppelten Sinn zu überwinden: Einerseits durch die Berücksichtigung von Themen aus verschiedenen kriegführenden Staaten und deren vergleichende Betrachtung sowie andererseits durch den Einbezug von Autoren unterschiedlicher Herkunft. Wir glauben, sagen zu können: Beides hat

sich als überaus fruchtbar erwiesen. Es versteht sich dabei von selbst, dass ein Band wie der vorliegende keine umfassende oder gar abschließende Darstellung bieten kann. Wenn es uns aber gelingt, die wissenschaftlichen und geschichtspolitischen Debatten zu bereichern, hat er seinen Zweck erfüllt.

### Erinnerung und geschichtspolitische Deutung

Die Forschung der letzten Jahre hat unser Wissen um die Entwicklungen, die im Sommer 1914 in die Katastrophe führten, erheblich erweitert. Zugleich waren die öffentlichen Debatten von einer hochproblematischen Neubewertung der Ursachen und Verantwortlichkeiten für den Konflikt geprägt. Die Argumentationen in den diskursprägenden Werken von Christopher Clark und Herfried Münkler stießen auf heftigen Widerspruch. Deutlich wurde dabei vor allem: Die geschichtspolitische Einordnung der Verantwortung für den Ersten Weltkrieg bleibt weiterhin umkämpft.

Wie sind die erinnerungs- und geschichtspolitischen Standpunkte zu bewerten, die auch und gerade hundert Jahre nach dem Beginn des Krieges von zivilisatorischen Bruchkanten, Zäsuren oder Kontinuitäten im „kurzen 20. Jahrhunderts“ sprechen? Wie sieht es mit Blick auf Deutschland heute, mehr als ein halbes Jahrhundert nach der „Fischer-Kontroverse“, mit den geschichtspolitischen Deutungen des Ersten Weltkrieges aus? Die alte These von David Lloyd George, wonach die Großmächte in die militärische Auseinandersetzung „hineingeschlittert“ seien, scheint rehabilitiert. Doch wieso werden diese und ähnliche Interpretationen zur „Kriegsschuld“ heute, hundert Jahre nach dem Kriegsbeginn und 75 Jahre nach Beginn des Zweiten Weltkrieges, wiederum so intensiv zum Thema? Was sagen diese geschichtspolitischen Entwicklungen über die politischen Haltungen im heutigen Europa? Hundert Jahre nach dem Auftakt des Ersten Weltkrieges sind geschichtspolitische Interpretationen und Standortbestimmungen – ob zur Julikrise, zur „Kriegsschuld“ oder zur Verantwortung eines wie auch immer verfassten europäischen Friedensbewusstseins – von nachgerade brennender Aktualität. Inwiefern dieses neue Wissen eine Revision der bisher als gesichert geltenden Deutungen notwendig macht, diskutieren die Autoren im ersten Teil des Bandes, der eine kritische Bilanz der wieder kontrovers diskutierten „Kriegsschuldfrage“ zieht. Dabei wird deutlich, dass sich gute Gründe für verschiedene Lesarten anführen lassen. Die Beiträge sind also in dieser Hinsicht durchaus repräsentativ für die wissenschaftlich-publizistische Kontroverse insgesamt. Es steht ohnehin zu erwarten, dass der Streit die Historikerzunft auch in Zukunft noch weiter beschäftigen wird.

### Die langen Linien: Erster Weltkrieg, Faschismus und Nationalsozialismus

Vor dem Hintergrund des Doppeljubiläums des Beginns beider Weltkriege überrascht der Befund, dass eigentlich naheliegende Fragen nach Zusammenhängen und langen Linien zwischen beiden Ereignissen in Forschung und Feuilleton zuletzt weitgehend ausgeblendet wurden. Und das, obwohl unbestritten ist, dass Nationalsozialismus, Faschismus und Zweiter Weltkrieg ohne den Ersten Weltkrieg nicht erklärbar sind. Der vorliegende Band möchte diese Lücke wenigstens partiell schließen. Der Erste Weltkrieg kann als ein wichtiger Impulsgeber für die Entwicklung radikalnationalistischer, antidemokratischer und militaristischer Weltbilder und Handlungsrahmen verstanden werden – und das keineswegs nur in Deutschland. Eric Hobsbawm nannte den Krieg deshalb eine „Maschine zur Brutalisierung der Welt“.<sup>1</sup> Von einer allgemeinen, durch heimkehrende Kriegsveteranen verursachten Brutalisierung der politischen Kultur, die nach George Mosse dem Aufstieg des Faschismus in Europa den Weg geebnet habe, kann im Lichte aktueller Forschungsergebnisse jedoch kaum gesprochen werden. Die Bedeutung des Ersten Weltkrieges für die Machtübernahme rechtsradikaler Formationen muss also aus weiter zurückreichenden und tieferliegenden sozialen und kulturellen Entwicklungen sowie weltanschaulichen Dispositionen herrühren.

Wenn es um Eskalationen und Entgrenzungen politischer Gewalt im 20. Jahrhundert geht, richtet sich der Blick gleichwohl zurecht auf den Ersten Weltkrieg. Denn für eben diese politischen Kräfte, die sich in den zwanziger und dreißiger Jahren durchsetzten, war der Krieg Katalysator für bereits bestehende Haltungen und Netzwerke, aber auch Wurzel neuer, aus dem Krieg erwachsener Zusammenhänge. Dabei bildeten sich politische Bewegungen aus, die vor allem aus der Niederlage – bzw. im Fall Italiens aus dem vermeintlich unzureichend „belohnten“ Sieg – immense Sprengkraft bezogen. Im Verbund mit weit langfristigeren Prägungen – zu denken ist insbesondere an Körperpolitiken, Konzepte soldatischer Männlichkeit oder soziale Zusammenhänge von massenpsychologischer Bindungskraft – boten die „Krisenjahre der klassischen Moderne“ (Detlev Peukert) den fruchtbaren Boden für faschistisches Denken und Handeln.

<sup>1</sup> Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München/Wien 1995, S. 163.

## Arbeiterbewegung, politische Linke und Krieg

Die publizistische und wissenschaftliche Debatte um Clarks „Schlafwandler“ brachte nicht nur eine Wiederkehr vieler Argumente der Fischer-Kontroverse, sondern auch eine Rückbesinnung auf eine Geschichtsschreibung der „großen Männer“: Im Fokus von Buch und anschließender Auseinandersetzung standen ganz eindeutig die Haupt- und Staatsaktionen der europäischen Regierungen, Diplomaten und Spitzenmilitärs. Was aber taten und dachten jene, die nicht zu den politischen Eliten zählten? Welche Rolle spielten Arbeiter, Frauen, Jugendliche, kritische Intellektuelle – und nicht zuletzt die politische Linke mit ihrem Kern, der Arbeiterbewegung, die in den Jahren vor dem Krieg international einen beispiellosen Aufschwung verzeichnet hatte?

Die Arbeiter- und Protestbewegungen der einzelnen Länder und Regionen zeichneten sich vor, während und nach dem Konflikt durch eine überaus vielfältige Aktivität und eine alles andere als einheitliche Haltung aus. Befürworter und Gegner der „Vaterlandsverteidigung“ standen sich bald unversöhnlich gegenüber, wenn auch die Ergebnisse der innerorganisatorischen Streitigkeiten in jedem Land ganz unterschiedliche Konsequenzen zeitigten. Defizite in der Repräsentation kritischer Interpretationen des Geschehens in der allerorten zensierten oder anderweitig unterdrückten Meinungsbildung führten aber nicht nur zu organisatorischen Brüchen, sondern auch zu einer vielschichtigen, mehr oder weniger spontanen Protestkultur. Demonstrationen, politische Streiks, Hungerunruhen, Vernetzungen auf lokaler bis internationaler Ebene, publizistische Interventionen und Einzelaktionen: Die Handlungsoptionen waren vielfältig, und die Beteiligung wuchs in praktisch allen kriegführenden Staaten, bis diese Bewegungen in einigen davon in Revolutionen kulminierten. Die Begriffe Arbeiter- und Protestbewegung sind hier in einem sehr weitgefassten Sinn zu verstehen, der über die traditionellen organisations- und ideologiegeschichtlichen Aspekte hinausreicht, ohne sie deshalb zu vernachlässigen.

Zu fragen ist also nach widerständigem Verhalten gegen den Krieg vor und nach seinem Beginn ebenso wie nach den Auswirkungen des Konflikts auf die politische Linke und die Arbeiterbewegung der Nachkriegszeit, auf Internationalismus und Pazifismus. Dazu gehören die Krise und Neuformulierung des Fortschrittsoptimismus auf der einen Seite sowie die Reorganisation der ältesten internationalen Solidaritätsgemeinschaft auf der anderen Seite. Welche Politikangebote konnte die Arbeiterbewegung noch formulieren, als der Kampf für die Emanzipation auf dem Altar des Patriotismus geopfert wurde? Welche Entwicklungsperspektiven und Handlungsspielräume boten sich der national

verfassten, aber zugleich internationalistisch orientierten Arbeiterbewegung und wie wirkten sich hier die „proletarischen“ Kriegserlebnisse aus? Gilt Hobsbawms Einschätzung des Ersten Weltkriegs als „Maschine zur Brutalisierung der Welt“ am Ende auch für die Arbeiterbewegung?

Die Mehrzahl der Beiträge beruht auf Vorträgen und Workshops, die im Rahmen von zwei wissenschaftlichen Konferenzen der Rosa-Luxemburg-Stiftung veranstaltet wurden: „Das Jahr 1914 und die Frage von Krieg und Frieden im 20. und 21. Jahrhundert“ vom 29. August 2014 in Potsdam und „100 Jahre Erster Weltkrieg – 100 Jahre Bezugnahmen und Deutungen in Europa“ vom 19. bis 21. September 2014 in Wuppertal. Ein besonderer Dank geht in diesem Zusammenhang an Anke Hoffstadt, die nicht nur einen Text für den vorliegenden Band beigesteuert hat, sondern die Wuppertaler Konferenz maßgeblich konzeptionell entwickelte und organisatorisch durchführte. Wir möchten auch den Übersetzern der fremdsprachigen Beiträge für ihre engagierte Arbeit danken: Javier López, Jana Mayer-Kristić, Jenny Oberhaus, Holger Politt und Henning Steinhöfel.

Teil I

Erinnerung und geschichtspolitische Deutung

Wolfgang Kruse

## Der Erste Weltkrieg im 20. Jahrhundert und Heute Interpretationen und geschichtspolitische Zuweisungen in Wissenschaft und Politik

Unter diesem Titel sollte hier eigentlich ein Beitrag von Arno Klönne stehen, den er leider nicht mehr fertigstellen konnte. Die ehrenvolle Aufgabe, an seine Stelle zu treten, versuche ich in einer diskursiven Weise umzusetzen, die ihm, so denke ich, gefallen hätte: Nämlich in Form einer kritischen Aufnahme der Überlegungen, die er in seinem Vortrag auf der diesem Band zugrunde liegenden Tagung „Geschichte wiederholt sich nicht, aber ...“ gehalten hat.<sup>1</sup> Klönne hat dort zehn Thesen zur Diskussion über die historische Bedeutung des Ersten Weltkriegs vorgetragen, die ich zu drei Themenfeldern zusammenfassen und zum Ausgangspunkt meiner Überlegungen machen möchte. Dabei handelt es sich zum ersten um die gerade wieder aktualisierte Diskussion über die Kriegsschuldfrage von 1914, die Ursachen des Ersten Weltkrieges und die von Klönne besonders betonten, spezifisch deutschen Traditionen des Imperialismus und Militarismus, ohne die auch aus meiner Sicht der Erste Weltkrieg nicht hinreichend erklärt werden kann. Zum zweiten wird das Verhältnis der deutschen Arbeiterbewegung und ihrer Geschichtsschreibung zu diesem Krieg in den Blick genommen, bevor ich mich schließlich, ebenfalls ausgehend von den Thesen Klönnes, noch einmal in allgemeinerer Form mit der Betrachtung des Ersten Weltkriegs in Wissenschaft und Öffentlichkeit beschäftigen möchte.

### Die Kriegsschuldfrage und die deutsche Rolle in der Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs

Die Kriegsschuldfrage von 1914 hat insbesondere in Deutschland immer wieder die historische Forschung und die öffentliche Meinung beschäftigt. Das begann bereits mit der Propaganda im Krieg, es entwickelte sich über die Ablehnung des

<sup>1</sup> Für die Audiocassette „Vortrag Klönne ‘100 Jahre Erster Weltkrieg’ Konferenz Wuppertal 09/14“ danke ich Salvador Oberhaus.

„Kriegsschuldparagraphen“ im Versailler Vertrag und reichte bis zur Fischer-Kontroverse der 1960er Jahre – und wurde, womit kaum jemand gerechnet hat, nun auch wieder in der Gegenwart aufgegriffen.<sup>2</sup> Mit Recht hat Arno Klönne in seinem Vortrag betont, dass die besondere Bedeutung von Christopher Clarks die aktuelle Debatte eröffnendem Buch „Die Schlafwandler“ – und das gilt mehr noch für Herfried Münklers die Diskussion weiter befeuerndem Werk „Der Große Krieg“ – nicht in neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen, sondern in der erstaunlichen deutschen Rezeption zu sehen ist, die er treffend als „erleichtertes Gefühl“ der deutschen Öffentlichkeit charakterisiert, Deutschland nun doch und endlich von der Kriegsschuld 1914 entlastet zu sehen. Während Klönne als Ursache dafür das Streben nach einer neuen militärischen Rolle Deutschlands in der Welt und den anvisierten Ausbau Europas zu einer weltpolitisch agierenden Militärmacht in den Vordergrund rückt, scheint mir diese Erklärung allerdings zu kurz gegriffen. Es geht m.E. im Kern vielmehr um allgemeinere Fragen des nationalen Selbstverständnisses. Uneingeschränkt zustimmen kann ich Klönne dafür in seiner gegen vereinfachende Imperialismusanalysen, aber auch gegen nationale Geschichtsdeutungen gerichteten Betonung spezifisch deutscher Traditionen, Kräftekonstellationen und Mentalitäten, die im Kontext der allgemeinen Strukturen des imperialistischen Zeitalters der Politik des Deutschen Kaiserreichs einen spezifisch aggressiven Charakter verliehen haben.

Clark und Münkler haben sehr unterschiedliche Bücher geschrieben und sich auch in ihren öffentlichen Erklärungen ganz unterschiedlich geäußert. Clark hat ein beachtliches, wenn auch traditionell angelegtes und perspektivisch einseitiges Buch über die von wechselseitigen Ängsten und Bedrohungen angetriebene diplomatische Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges vorgelegt und sich öffentlich geradezu in die Tradition Fritz Fischers gestellt, dessen kritische Perspektive auf die deutsche Politik er europäisch zu erweitern beansprucht. Dagegen sind von Münkler ganz andere Töne angeschlagen worden. Ihm ging es, von der indiskutablen Diffamierung Fischers als „heute nicht einmal mehr proseminarfähig“ und anderer bedeutender Historiker, wie vor allem Hans-Ulrich Wehler und Heinrich August Winkler, als unwissenschaftliche Volkspädagogen einmal ganz

<sup>2</sup> Vgl. einleitend Wolfgang Jäger: Historische Forschung und politische Kultur in Deutschland. Die Debatte 1914–1980 über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges, Göttingen 1984; Wolfram Wette: Hundert Jahre Kriegsschuldfrage, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 9/14, S. 91-102; die beiden hier angesprochenen Werke: Herfried Münkler: Der Große Krieg. Die Welt 1914 bis 1918, Berlin 2013; Christopher Clark: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog, München 2013 (Orig. London 2012).

abgesehen, in der Diktion eines wissenschaftlichen Bilderstürmers darum, die „von Fischer und seinen Schülern vorgenommene Themenversiegelung“ aufzubrechen, das „Regime des geschichtspolitischen Paternalismus“ umzustürzen und bislang vermeintlich unterdrückte Fragestellungen endlich wieder aufwerfen zu dürfen.<sup>3</sup> In seinem Anspruch allerdings, nun geleitet von politiktheoretischen Analysen die „unter der Dominanz der Fischer-Schule“ für deutsche Historiker nicht mehr mögliche „große Gesamtdarstellung des Krieges“ selbst zu schreiben, ist er ziemlich kläglich gescheitert.

In einem Punkt stimmen die Arbeiten von Clark und Münkler allerdings überein, und genau darin liegt zugleich ihre geschichtspolitische Bedeutung: Sie zeichnen sich beide durch eine ausgeprägte Tendenz aus, die bisher von der Forschung mit großer Mehrheit betonte Verantwortung der deutschen Politik für die Auslösung des Ersten Weltkrieges nachhaltig zu relativieren. Eine weitere Gemeinsamkeit sehe ich darin, dass ihre Argumente inhaltlich nicht überzeugend sind. Clark stellt nachvollziehbar dar, wie sehr alle europäischen Mächte imperialistische Machtpolitik betrieben und Krieg als eine mögliche Option akzeptiert haben, wobei er besonders eingehend die Spannungen zwischen Österreich-Ungarn und Serbien auf dem Balkan herausarbeitet und die Gewichtungen recht einseitig verteilt. In seiner Deutung sah sich die habsburgische Doppelmonarchie mit Recht von einem aufstrebenden serbischen „Schurkenstaat“ bedroht. Die eigentliche Hauptverantwortung für die Zuspitzung der internationalen Lage weist er letztlich aber Russland und Frankreich zu, die mit ihrer Unterstützung für Serbien „entlang der österreichisch-serbischen Grenze einen geopolitischen Zündmechanismus konstruiert“ haben, der schließlich nur noch „von außen gezündet“ werden musste.<sup>4</sup> Während Deutschland in dieser auf den Balkan konzentrierten Perspektive eher indirekt beteiligt war, konnte für Münkler die „Macht in der Mitte Europas ihrer Verantwortung kaum nachkommen, wenn die anderen Großmächte sie nicht in dieser Position akzeptierten und unterstützten.“ Stattdessen hätten sie das Reich mit einer „Strategie der doppelten Einkreisung – der Einkreisung der Donaumonarchie durch den unter russischer Protektion stehenden Balkanbund und der Einkreisung Deutschlands durch Frankreich und Russland sowie ein sich auf deren Seite schlagendes England“ immer stärker unter Zugzwang gesetzt.<sup>5</sup>

3 Herfried Münkler: Neuentdeckung des Ersten Weltkriegs, in: Süddeutsche Zeitung, 20.06.2014.

4 Clark, Die Schlafwandler, S. 456, 470.

5 Münkler, Der Große Krieg, S. 106.

Clark wie Münkler sehen als wesentlichen Auslöser des Ersten Weltkrieges das Attentat von Sarajewo an, bei dem am 28. Juni 1914 der österreichische Thronfolger Franz Ferdinand und seine Frau Sophie getötet wurden. Die grundlegende Frage allerdings, warum das Attentat eines jungen, aus Bosnien stammenden großserbischen Geheimbündlers im österreichisch annektierten Sarajewo zu einem Krieg der Doppelmonarchie gegen Serbien führen musste, bleibt dabei unbeantwortet. Während Münkler hingebungsvoll über historische Kontingenzen spekuliert und sich einen ganz anderen Verlauf der Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts ausmalt, übernimmt Clark weitgehend die zeitgenössische österreichische Perspektive, nach der nun „nur eine militärische Aktion das Problem der Beziehungen zu Serbien lösen könne.“<sup>6</sup> Dabei ging es allerdings um einen realen Krieg, durch den Serbien „als politischer Machtfaktor auf dem Balkan ausgeschaltet“ werden sollte, wie Kaiser Franz Joseph an Wilhelm II. schrieb.<sup>7</sup> Für dieses Ziel stellte die deutsche Reichsleitung Anfang Juli der Wiener Politik den berühmten „Blankoscheck“ aus, in dem sie der Doppelmonarchie die Unterstützung für einen sich möglicherweise daraus entwickelnden Krieg gegen Russland – und damit nach der Logik der deutschen Kriegsplanungen auch gegen Frankreich – zugesichert hat. Münkler erfindet allerdings noch zwei weitere „Blankoschecks“, weil auch Russland den Serben und Frankreich den Russen militärische Unterstützung im Kriegsfall zugesagt habe. Er übersieht dabei geflissentlich die unterschiedliche Qualität, denn nur der deutsche „Blankoscheck“ zielte auf die Unterstützung einer militärischen Aggression, während die beiden anderen defensive Hilfszusagen beinhalteten.

Für die Zeit nach der österreichischen Kriegserklärung an Serbien folgen Clark und Münkler der zeitgenössischen deutschen Propaganda, nach der es nun nur noch darum habe gehen können, den Krieg auf den Balkan einzugrenzen. Die Frage, warum die deutsche Politik die insbesondere von England ausgehenden Vermittlungsbemühungen abgelehnt und stattdessen für einen österreichischen Sieg über Serbien eingetreten ist, spielt demgegenüber keine Rolle. Trotzdem bewerten beide Autoren die deutsche Politik grundsätzlich als defensiv. Für Clark war die Entscheidung für die militärische Zerschlagung des Russland-Schützlings Serbien „eigentlich keine risikofreudige Strategie, sondern eine Strategie mit dem Ziel, das wahre Ausmaß der von Russland ausgehenden Bedrohung zu sondieren“<sup>8</sup>, und für Münkler „mag sie (...) waghalsig gewesen

6 Clark, Die Schlafwandler, S. 504.

7 Zit. n. Clark, Die Schlafwandler, S. 516.

8 Clark, Die Schlafwandler, S. 538.

sein, verantwortungslos aber war sie keineswegs.<sup>9</sup> Dabei geht es um die in der Forschung immer wieder diskutierte Frage, ob die Reichsleitung tatsächlich, wie insbesondere Clark meint, ein Zurückweichen Russlands erwartet hat, oder ob sie, wie Fritz Fischer argumentierte, von Anfang an die günstig erscheinende Gelegenheit für die Auslösung des großen Krieges gegen Russland und Frankreich nutzen wollte. Der deutsche Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg hat seine Sicht der Dinge gegenüber seinem Berater Kurt Riezler am 8. Juli so formuliert: „Kommt der Krieg nicht, will der Zar nicht oder rät das bestürzte Frankreich zum Frieden, so haben wir doch noch Aussicht, die Entente über diese Aktion auseinanderzumanövrieren.“<sup>10</sup> Das spricht ziemlich eindeutig dafür, dass die Reichsleitung den Krieg gegen Rußland und Frankreich nicht nur für wahrscheinlich, sondern auch für durchaus wünschenswert gehalten hat und die Schwächung der Entente im Falle eines russischen Einlenkens nicht das eigentliche Ziel ihrer Politik war, sondern eine Rückfallposition.

Trotzdem erscheinen auch Münkler die schon länger entwickelten deutschen Präventivkriegsplanungen „politisch defensiv, ging es ihnen doch darum, einen Angriff der Gegenseite oder einer Situation politischer Erpressbarkeit (!, WK) militärisch zuvorkommen“, was „damals (...) zu den selbstverständlichen Optionen eines Staates“ gehört habe.<sup>11</sup> Diesen deutschen Präventivkrieg zu verhindern, wäre nach seiner Auffassung die Aufgabe Russlands gewesen: „Hätte man dort auf Mobilmachung und Kriegserklärung verzichtet, so wäre es nur zu einem Dritten Balkankrieg gekommen, den Österreich-Ungarn aller Voraussicht nach gewonnen hätte.“ Eine solche, Russland unter Zugzwang setzende Kriegspolitik als verhängnisvoll zu bewerten, erscheint Münkler „in der Gesamtschau als wenig plausibel“; nicht etwa weil er im „Verhängnis“ eine alle Verantwortlichkeiten verschleiernde Kategorie sehen würde, sondern weil sich ohne diesen Schritt die deutsche Bündnisposition vielleicht verschlechtert hätte: „Ohne den bedingungslosen Rückhalt aus Berlin hätte Wien gegenüber Serbien zwar zurückhaltender agiert und es nicht auf einen Krieg mit Russland ankommen lassen; das Bündnis der Mittelmächte wäre dadurch jedoch lockerer geworden, und womöglich hätte Deutschland auf längere Sicht seinen Verbündeten verloren.“

Das wirkt alles nicht wie politiktheoretisch angeleitete Analyse, sondern wie schlechter, jede kritische Distanz verlierender und sich mit seinem Gegenstand

9 Münkler, *Der Große Krieg*, S. 38.

10 Zit. n. ebenda, S. 100.

11 Ebenda, S. 97; hier auch die folgenden Zitate.

identifizierender Historismus. Der wissenschaftliche Wert der Neubewertung der Kriegsschuldfrage durch Clark und insbesondere durch Münkler ist auch deshalb gering, weil beide die vielfältigen kritischen Analysen der deutschen Politik und ihrer gesellschaftsgeschichtlichen Hintergründe entweder ganz übergehen oder mit oberflächlichen Argumenten verwerfen.<sup>12</sup> Das gilt für die Konzepte des Sozialimperialismus und des Primats der Innenpolitik ebenso wie für die deutsche „Weltpolitik“, den Schlachtflottenbau und das höchst dynamische, außenpolitisch zur Aggression treibende Zusammenspiel von sowieso schon betont nationaler Regierungspolitik und darüber noch hinausgreifender nationaler Opposition. Wie Klönne zurecht betont, hat auch und insbesondere die protestantische Kirche mit ihrer engen Bindung an den preußisch-deutschen Machtstaat nationalistische Orientierungen nachhaltig gefördert. Und der preußisch-deutsche Militarismus, der schon zeitgenössisch immer wieder thematisiert und in der Wissenschaft geradezu zum Idealtypus erhoben worden ist, spielt bei Clark gar keine Rolle und wird von Münkler mit schwachen Hinweisen als kriegstreibender Faktor ausgeschlossen, obwohl der Primat des Militärs über die zivile politische Kriegsplanung im deutschen Schlieffenplan einen klassischen, den Beginn des Ersten Weltkrieges zutiefst prägenden Ausdruck gefunden hat.

Für die oft begeisterte Aufnahme der Bücher von Clark und Münkler in großen Teilen der deutschen Öffentlichkeit haben solche Auslassungen allerdings keine Rolle gespielt. Zweifellos gab es auch gewichtige kritische Stimmen, insbesondere von Volker Ullrich, Heinrich August Winkler, Rudolf Walther, Wolfram Wette oder Klaus Wernecke.<sup>13</sup> Doch insgesamt waren es die „Revisionisten“, die vom Zeitgeist getragen wurden. Erstaunlich ist es dabei auch, wie unpräzise in der ganzen Diskussion mit Begriffen und Zuschreibungen umgegangen werden konnte. Die insbesondere von Münkler in dieser Form geradezu erfundene „Fischer-Schule“, die vermeintlich auch Historiker wie Hans-Ulrich Wehler oder Wolfgang J. Mommsen umfasst, hat es so de facto nie gegeben. Die darunter subsumierten Historiker haben tatsächlich sehr unterschiedliche Positionen ver-

12 Zur Julikrise siehe Annika Mombauer: *Die Julikrise. Europas Weg in den Ersten Weltkrieg*, München 2014; Gerd Krumeich: *Juli 1914. Eine Bilanz*, Paderborn u.a. 2014; zu kriegstreiberischen Dynamiken Hans-Ulrich Wehler: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1849–1914*, Bd. 3, München 1995; allg. James Joll: *Die Ursprünge des Ersten Weltkriegs*, München 1988.

13 Siehe Heinrich August Winkler: *Und erlöse uns von der Kriegsschuld*, in: *DIE ZEIT*, 31.07.2014; Volker Ullrich: *Nun schlittern sie wieder*, in: *DIE ZEIT*, 16.01.2014; Rudolf Walther: *Münklers Großer Krieg*, in: *Die Gazette*, 06.07.2014; Klaus Wernecke: *Außenpolitik ohne Unterleib*, in: *Sozialismus*, H. 12, 2015.

treten, die von der langfristigen Vorbereitung eines „Griffs nach der Weltmacht“ bis zu einem von inneren und äußeren Bedrohungsgefühlen angetriebenen, eher situativ begründeten „Sprung ins Dunkle“ reichen. Gemeinsam ist ihnen allerdings, und bereits dies macht sie offenbar zu einer „Schule“, dass sie die deutsche Rolle in der Vorgeschichte und Auslösung des Ersten Weltkriegs ausgesprochen kritisch sehen. Von einer alleinigen „deutschen Kriegsschuld“, wie im Feuilleton fast unisono betont wurde, haben diese Historiker in der Regel dagegen nicht gesprochen. In Fritz Fischers immer wieder als Beleg dafür bemühten Buch „Griff nach der Weltmacht“ finden sich jedenfalls keine Aussagen über eine deutsche Alleinschuld, und nach ersten Kritiken hat Fischer noch einmal in aller Eindeutigkeit klargestellt, er habe nur von einem „erheblichen Teil der historischen Verantwortung für den Ausbruch des allgemeinen Krieges“ gesprochen.<sup>14</sup> Das hindert Münkler indes nicht daran, „Fischer und seinen Schülern“ vorzuwerfen, sie hätten „Verantwortung in Schuld transformiert.“<sup>15</sup> Vielleicht liegt es ja an einer Leseschwäche, aber vermutlich geht es doch mehr darum, das Gesamtbild umzukehren.

Wenn Münkler der kritischen Geschichtswissenschaft unwissenschaftliche Volkspädagogik vorwirft, dann vor allem deshalb, weil er hinter seinen hochtrabenden theoretischen Ansprüchen tatsächlich selbst aktiv geschichtspolitische Volkspädagogik betreiben möchte. Im Schlusswort seines Buches geht es immer wieder um die heutigen Probleme der deutschen Mittellage in Europa, bevor die aktuelle Rolle Chinas, des „Reichs der Mitte“, geradezu in der historischen Position des wilhelminischen Deutschland reflektiert wird. Und auf die Frage, ob es ihm im Kern um das deutsche Geschichtsbild und die deutsche Identität gehe, hat Münkler in der „Süddeutschen Zeitung“ in aller Eindeutigkeit geantwortet: „Es läßt sich kaum eine verantwortliche Politik in Europa betreiben, wenn man die Vorstellung hat: Wir sind an allem schuld gewesen. Bezogen auf 1914 ist das eine Legende (...). Weil wir historisch schuldig sind, müssen, ja dürfen wir außenpolitisch nirgendwo mitmachen.“<sup>16</sup> Außenpolitisch kann hier kaum wörtlich zu nehmen sein, denn hier hat sich die Bundesrepublik in den letzten Jahrzehnten ja doch an Einigem beteiligt. Gemeint sind vielmehr Kriegseinsätze, für die Münkler den Deutschen ihre Zurückhaltung austreiben möchte. Wer

14 Zit. n. Ullrich, Nun schlittern sie wieder, in: DIE ZEIT, 16.01.2014.

15 Münkler, Der Große Krieg, S. 104.

16 Herfried Münkler über Schuld, Interview mit Joachim Käßler und Christian Mayer, in: Süddeutsche Zeitung, 04./05./06.01.2014.

sich dafür, wie er, auf das Beispiel Libyen beruft, sollte vielleicht auch über den letzten Irakkrieg nachdenken.

An solche Äußerungen und Zusammenhänge mag Arno Klönne gedacht haben, als er vor allem das geschichtspolitisch begründete Interesse an einer militärischen Rolle Deutschlands in der Welt und an der EU als Militärmacht herausgestellt hat. Aber das politische Spektrum der Unterstützer von Clark und Münkler war viel weiter gespannt. So hat etwa der aktuelle sozialdemokratische Präsident des Europaparlaments, Martin Schulz, Clarks „Schlafwandler“ in einer Fernsehdiskussion gefeiert, vor allem, da das Buch für ihn die historische Notwendigkeit der Zusammenarbeit in der Europäischen Union belegt, um Kriege in Europa heute unmöglich zu machen. Auf der anderen Seite wurde dasselbe Buch in einem Aufruf, den die Historiker Sönke Neitzel, Andreas Geppert und Thomas Winkler sowie die Publizistin Cora Stephan in der „Welt“ veröffentlicht haben, als Beleg für die Berechtigung der Forderung benutzt, Deutschland von der als Fesselung verstandenen Einbindung in die gemeinsame europäische Politik zu lösen und so, befreit von Schuldvorwürfen, endlich wieder nationale Interessenpolitik betreiben zu können.<sup>17</sup> Dazwischen standen die generell von der Revision der „Kriegsschuldthese“ mitgerissenen Vertreter des deutschen Feuilletons und mit ihnen offensichtlich auch sehr viele deutsche Bildungsbürger, die sich insgesamt an der Botschaft erfreuen konnten, Deutschland sei doch nicht an beiden Weltkriegen schuld gewesen und könne deshalb heute als eigentlich ganz normale Nation auch mit gutem Gewissen seine prosperierende Stellung als wirtschaftliche und politische Vormacht in Europa genießen.

## Der Erste Weltkrieg und die deutsche Arbeiterbewegung

Für die deutsche Arbeiterbewegung stellte der Burgfriedensschluss von 1914 zweifellos einen einschneidenden Wendepunkt dar, der nicht nur zeitgenössisch umstritten war, sondern auch in Forschung und Geschichtspolitik immer wieder diskutiert worden ist. Arno Klönne hat sich dabei konsequent zwischen den parteipolitisch verkürzten Wertungen der Hausgeschichtsschreibung sozialdemokratischer und kommunistischer Provenienz positioniert und sowohl die marxistisch-leninistische Anklage des „Verrats“ der Parteiführung an den kriegsgegnerischen Massen als auch die umgekehrte, der Entlastung der SPD dienende These zurückgewiesen, die Burgfriedenspolitik sei eine Reaktion auf die Kriegsbegeisterung der Massen gewesen. Beide Auffassungen erklären in der

17 Warum Deutschland nicht allein schuld ist, in: Die Welt, 04.01.2014.

Tat nicht nur wenig, sondern sie halten auch einer empirischen Prüfung nicht stand und erweisen sich als politische Kampf- oder Rechtfertigungsparolen. Die Massenstimmung bei Kriegsbeginn war nach dem heutigen Forschungsstand insgesamt weit weniger kriegsbegeistert, als es der Mythos vom „großen Augusterlebnis des deutschen Volkes“ lange nahegelegt hat. Und besonders die unteren Bevölkerungsschichten in den Arbeitervororten der Industriestädte, aber auch auf dem Lande haben den Krieg in der Regel nicht begeistert begrüßt. Von einer massenhaften Bereitschaft, nach dem Scheitern der sozialdemokratischen Antikriegsproteste der letzten Juliwoche 1914 nun zum aktiven Widerstand gegen den Krieg überzugehen, kann allerdings ebenso wenig die Rede sein. Die breiten Volksmassen haben den Krieg eher als ein schreckliches Übel hingenommen und waren schließlich bereit, ihr Vaterland militärisch zu verteidigen.<sup>18</sup>

Nicht teilen kann ich allerdings Klönnes scharfe Wertung, die Stilisierung der SPD zu einer Friedenspartei stelle eine „regelrechte Verfälschung von Geschichte“ dar. Dieses Urteil scheint mir mehr den heutigen Auseinandersetzungen über die Politik der SPD zu entspringen als einer abgewogenen Betrachtung ihrer historischen Rolle. Vor dem Ersten Weltkrieg war die deutsche Sozialdemokratie wie alle anderen sozialistischen Parteien zweifellos keine primär pazifistisch motivierte Bewegung. Trotzdem aber ist sie der Gefahr eines imperialistischen Krieges mit großem Engagement entgegengetreten und konnte noch Ende Juli 1914 etwa eine ¾ Million Menschen zu Antikriegsprotesten mobilisieren.<sup>19</sup> Wenn es nach ihr gegangen wäre, hätte es diesen Krieg nicht gegeben, und das Scheitern der sozialdemokratischen Antikriegspolitik lag vor allem in ihrer politischen Schwäche begründet. Dies war jedoch noch keineswegs identisch mit der Entscheidung, die Kriegskredite zu bewilligen und sich in den kriegspolitischen Burgfrieden aller politischen Kräfte einzureihen. Zweifellos hat Klönne Recht, wenn er darin „alles andere als ein Versehen“ sieht und bereits vor 1914 ausgebildete integrative Tendenzen betont. Aber eine Selbstverständlichkeit war die „Politik des 4. August“ trotzdem nicht, denn noch am 31. Juli 1914 schwankte die Mehrheit im Vorstand der Partei wie der Reichstagsfraktion zwischen Ablehnung und Stimmenthaltung. Erst Anfang August 1914 vollzog sich tatsächlich ein Umschlag in der sozialdemokratischen Haltung zum kriegführenden Staat, der hochgradig von der hektischen und aufgewühlten Stimmung des Kriegsbeginns

18 Siehe Jeffrey Verhey: *Der Geist von 1914 und die Erfindung der Volksgemeinschaft*, Hamburg 2000.

19 Siehe zuletzt Kevin J. Callahan: *Demonstration Culture. European Socialism and the Second International, 1889–1914*, Leicester 2010.

beeinflusst war. Die sozialdemokratische Oppositionshaltung gegenüber der herrschenden Ordnung verlor angesichts der Schwäche der Antikriegspolitik an Überzeugungskraft. Hinzu trat der sich abzeichnende Zusammenbruch der Internationale. Anstelle der oppositionellen rückten nun integrativ wirkende Bezugsmuster in den Vordergrund, die sich in der Folgezeit zur „Politik des 4. August“ verdichteten. Neben dem Antizarismus war dies vor allem auch die von der Reichsleitung geschickt genährte Hoffnung der bisherigen „vaterlandslosen Gesellen“, nun in einer Gemeinschaft „deutscher Brüder“ endlich das Stigma der Reichsfeindschaft ablegen und durch nationale Pflichterfüllung die Grundlagen für innenpolitische Reformen legen zu können.<sup>20</sup>

Historische Analysen sind allerdings etwas anderes als historische Rechtfertigungen, wie sie die hochgradig politisierte Geschichtsschreibung der deutschen Arbeiterbewegung immer wieder hervorgebracht hat. Das gilt nicht nur für die inzwischen weitgehend ad acta gelegte marxistisch-leninistische These vom „Arbeiterverrat“, sondern auch für die lange die Geschichtsschreibung in der Bundesrepublik prägende Auffassung, der Burgfriedensschluss habe eigentlich nur das längst überfällige und in jedem Fall berechnete Bekenntnis der Sozialdemokratie zur bedrohten Nation bedeutet. Heute wird diese Entscheidung kritischer gesehen, doch gerechtfertigt wird sie noch immer. In seinem 2012 erschienenen Überblick zur Parteigeschichte argumentiert Bernd Faulenbach, Vorsitzender der historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD, der Burgfriede sei erst geschlossen worden, nachdem „das zaristische Russland dem Deutschen Reich den Krieg erklärt hatte, auch die anderen Mächte in den Krieg eintraten und unter den Deutschen die nationale Begeisterung um sich griff.“<sup>21</sup> Mit der verkehrten Reihenfolge der Kriegserklärungen wird hier nicht nur der Burgfriedensschluss gerechtfertigt, sondern das Deutsche Reich en passant auch zum unschuldigen Opfer feindlicher Angriffe erklärt. Eduard Bernstein, auf dessen Revision der marxistischen Parteiideologie sich die Sozialdemokratie sonst gerne beruft, hat solche Beschönigungen schon zeitgenössisch treffend als eine „Politik des opportunistischen Als ob“ kritisiert, basierend auf „Fiktionen einer gewollten Begrenzung des Erkennens, zu denen man seine Zuflucht nimmt, weil man nicht sehen will, was ist, weil man es für zweckmäßiger hält, den Dingen

20 Siehe Wolfgang Kruse: *Krieg und nationale Integration. Eine Neuinterpretation des sozialdemokratischen Burgfriedensschlusses 1914/15*, Essen 1993.

21 Bernd Faulenbach: *Geschichte der SPD. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, München 2012, S. 34.

nicht auf den Grund zu gehen oder sogar sie bewußt in einem anderen Lichte darzustellen als der Wirklichkeit entspricht.“<sup>22</sup>

Die von wachsenden sozialen Protesten begleitete Verselbstständigung der innerparteilichen Opposition gegen die Burgfriedenspolitik kulminierte Ostern 1917 in der Gründung der „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ (USPD).<sup>23</sup> Diese neue Partei umfasste das gesamte Spektrum der alten SPD, was ihr in der parteipolitisch geprägten Geschichtsschreibung die Charakterisierung als ein rein kriegspolitisch bedingtes, heterogenes Sammelbecken unvereinbarer politischer Elemente eingetragen hat, das je nach politischer Position als Übergangsphänomen oder Hindernis auf dem Weg zur Bildung der KPD gewertet und so aus dem historischen Bewusstsein weitgehend verdrängt worden ist. Während des Krieges jedoch konnte sich die USPD mit guten Gründen als Sachwalterin spezifisch sozialdemokratischer Orientierungen sehen. Nicht nur die Ablehnung des Krieges war das einigende Band, sondern vor allem das Ziel einer selbstständigen, unter den Bedingungen von Obrigkeitsstaat, Krieg und Militärherrschaft notwendigerweise oppositionellen und zunehmend revolutionären Politik. Dass die SPD mehrheitlich eine solche, ihren bisherigen Positionen entsprechende Politik nicht verfolgt hat und in ihren Reihen auch als Minderheitsposition nicht dulden wollte oder konnte, darin lag das eigentliche, spezifisch deutsche Dilemma ihrer Politik im Krieg und nicht zuletzt auch in der Revolution 1918/19.

Ob die USPD mit ihren Bestrebungen nach einer radikalen politischen wie gesellschaftlichen Umgestaltung sowie mit ihrer Mischung aus parlamentarischen und direkt-demokratischen Elementen als Massenpartei der sozialistischen Industriearbeiterschaft eine Zukunft hätte haben können, ist eine spekulative Frage. Klar ist aber, dass erst ihre Spaltung die KPD zu einer Massenpartei gemacht und die unversöhnliche Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung in zwei fundamental gegensätzliche Parteien besiegelt hat. Konzentriert man sich jedoch auf die Erbschaft des Krieges, bleibt doch festzuhalten, dass allein die USPD in der Lage war, eine realistische Position zur deutschen Kriegspolitik und ihren Folgen zu entwickeln. Nur sie hat sich trotz inhaltlicher Kritik von Anfang an

22 Eduard Bernstein: Die Politik des Als Ob, in: Vorwärts, 30.11.1916.

23 Zur Entwicklung der Sozialdemokratie grundlegend Susanne Miller: Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974; zur USPD zuletzt Bernd Engelmann/Horst Naumann: Zwischen Spaltung und Vereinigung. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands in den Jahren 1917–1922, Berlin 1993; klassisch Eugen Prager: Geschichte der USPD. Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin 1921.

prinzipiell für die Annahme des Versailler Friedensvertrages ausgesprochen, die deutsche Verantwortung für Krieg und Niederlage vorbehaltlos akzeptiert und eine politische Orientierung vertreten, die auf den grundsätzlichen Bruch mit der Kriegspolitik und ihren Trägern abzielte. Sowohl die Mehrheitssozialdemokratie als auch die KPD blieben dagegen, wie Klönne zu Recht betont, auf verschiedene Weise von der nationalistischen Kriegspolitik und ihrer Ideologie geprägt.<sup>24</sup>

Es war tatsächlich bezeichnend für die politische Haltung der SPD, als Friedrich Ebert im Dezember 1918 nach Berlin heimkehrende Truppen mit der inhaltlich gut zur Dolchstoß-Legende passenden Parole begrüßte: „Ihr seid im Felde unbesiegt!“ Dementsprechend stimmte die Partei auch in die massive Ablehnung des Versailler „Schandfriedens“ ein und konnte sich nur mühsam dazu durchringen, den Friedensvertrag schließlich hinzunehmen. Gut ein Jahrzehnt später war auch das Verhältnis der Sozialdemokratie zum sich etablierenden NS-Staat keineswegs nur von entschiedener Ablehnung geprägt, sondern auch von letztlich erfolglosen Anpassungsversuchen. Der ersten außenpolitischen Erklärung der Regierung Hitler mit Äußerungen zur Revision der Versailler Ordnung stimmten die Reste der SPD-Reichstagsfraktion am 17. Mai 1933 zu, und die Gewerkschaften hatten kurz zuvor ihre Beteiligung am „Feiertag des nationalen Arbeit“ mit Beschwörungen eines nationalen Sozialismus begleitet. Auf der anderen Seite des sozialistischen Lagers bediente sich auch die KPD hemmungslos an den nationalistischen Parolen der Kriegszeit und gab so dem aufkommenden Nationalsozialismus mit Klönnes Worten „indirekt Futter“. Sie agitierte für die nationale Befreiung des deutschen Proletariats von den „Fesseln von Versailles“ und unternahm nach der Ruhrbesetzung 1923 zeitweilig sogar den offenen Versuch, gemeinsam mit der nationalistischen Rechten Front gegen die „Erfüllungspolitik“ zu machen. In den Reichstagswahlkampf des Jahres 1930 „zog die KPD mit einem Programm, in dem die ‚nationale Befreiung‘ vor der sozialen rangierte, und in dem es von nationalistischer Demagogie nur so troff.“<sup>25</sup>

Wenn Klönne in seinem Vortrag betonte, kriegsgegnerische Bewegungen würden in Deutschland heute „in systematische Vergessenheit gebracht“, so scheint mir das allerdings eine überzogene Bewertung zu sein. Denn sowohl über die Kriegsgegnerschaft der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung wie über bürgerlichen und christlich motivierten Pazifismus ist doch in großer Breite

24 Siehe allg. Heinrich August Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Bonn 1984.

25 Arno Klönne: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Geschichte – Ziele – Wirkungen, Düsseldorf u. Köln 1980, S. 256.

geforscht, publiziert und diskutiert worden. Monieren kann man allerdings, wie die Ergebnisse dieser langjährigen Forschungen in den aktuellen geschichtspolitischen Debatten weitgehend ignoriert werden und sich das historische Interesse wieder hin zur 'großen' Politik der Staatsmänner und Militärführer verschoben hat.

### Der Erste Weltkrieg in Geschichtsbild und historischer Forschung

Generell stellt die Konzentration auf die Kriegsschuldfrage einen Rückschritt in der Debatte über den Ersten Weltkrieg dar. Denn neue Erkenntnisse sind damit eigentlich kaum verbunden, die vielfältigen Ergebnisse einer seit langem höchst dynamischen, sozial- und kulturgeschichtlich geprägten Weltkriegsforschung werden weitgehend ignoriert, und die traditionelle Politikgeschichte wird wieder in die Rolle der vermeintlich wahren, die zentralen Themen behandelnden Geschichtsschreibung erhoben. Zweifellos hat Klönne Recht, wenn er moniert, dass dabei auch die Brutalität des Ersten Weltkrieges aus der öffentlichen Debatte weitgehend verdrängt worden ist. Nicht folgen kann ich indes seiner Wendung gegen eine vermeintlich skurrile Musealisierung des Krieges, wie sie etwa in der Themenwahl „Krieg und Mode“ für eine Berliner Ausstellung zu erkennen sei.

Einmal abgesehen davon, dass die große Zahl dezentraler Ausstellungen über den Ersten Weltkrieg insgesamt eine erfreuliche, der im Vorfeld als fehlend monierten, großen staatlichen Gedenkkultur vielleicht sogar überlegenen Form der historischen Erinnerung darstellt: Hinter der in der Berliner Ausstellung offenbar vertretenen, die Forschung seit langem beschäftigenden und höchst differenziert diskutierten These, der Krieg habe die Frauenemanzipation gefördert, mag Klönne nur die interessegeleitete Botschaft erkennen, dass Kriege generell auch etwas Gutes bewirken könnten. Das scheint mir aus zwei Gründen viel zu kurz gegriffen. Zum einen kann die Untersuchung der (Frauen-) Mode im Krieg sehr wohl wichtige Einsichten in die tiefgehenden Prägungen des nationalen Bewusstseins durch den Krieg vermitteln, etwa wenn Miederwarengeschäfte in großer Zahl „schlüpfrige“ französische Unterwäsche als Ausdruck westlicher Verkommenheit aus ihrem Angebot verbannt und durch ordentlich-funktionale, in jedem Fall nicht erotische, eben „deutsche“ Unterkleidung ersetzt haben. Und wenn die Röcke, wie es hieß, im Krieg immer kürzer wurden, könnte das schon Anlass zu der Frage bieten, ob sich an der generell weiblich geprägten „Heimatfront“ nicht auch Tendenzen zu einer größeren sexuellen Selbstbestimmung der Frauen ausgebildet haben. Das im öffentlichen Diskurs vielfach beklagte „undeutsche“ Betragen von Mädchen und Frauen nicht nur bei öffentlichen Vergnügungen,

sondern auch im Umgang mit Kriegsgefangenen spricht ebenso dafür wie – ex negativo – der im Krieg stark anwachsende Antifeminismus.<sup>26</sup>

Zum anderen macht es wenig Sinn, die wissenschaftliche Beschäftigung mit historischen Vorgängen allein auf ihre Bewertung nach einem gut-schlecht-Schema zu beschränken. Dass der Erste Weltkrieg ein hochgradig brutaler und destruktiver Krieg war, steht außer Zweifel und kann gerade auch in den sozialen und kulturellen Alltagszusammenhängen eindringlich aufgezeigt werden. Die Darstellung des Krieges aus pazifistischen Erwägungen darauf zu reduzieren, wäre aber zu kurz gegriffen. Wie alle Krisen, hatte auch der Erste Weltkrieg ein Janusgesicht. Er brachte nicht nur Zerstörung, Leid und Tod mit sich, sondern auch vielfältige, oft weit in die Zukunft weisende Versuche, die Katastrophe zu bewältigen und ihr neue Perspektiven entgegenzustellen. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Demokratie, die Emanzipationsansprüche breiter Bevölkerungsschichten und der Wohlfahrtsstaat, die moderne Kunst, die Massenkultur und eben auch die Selbstbestimmung der Frauen: Um all dies stand es zu Beginn der 1920er überall in Europa besser als vor 1914. Eine dauerhafte Struktur dafür konnte allerdings nicht gefunden werden, weder für die innere Entwicklung der Gesellschaften und Staaten, die sich oft schnell in autoritäre, bald auch faschistische Ordnungen transformierten, noch in der zwischenstaatlichen Ordnung Europas, deren Gestaltung in den Pariser Friedensschlüssen nicht überzeugend gelang und die dadurch vielfältige Konfliktherde hervorbrachte. Auch dies war eine Erbschaft des Krieges, die sich tief in alle Bereiche eingepägt hatte. Ob und wie sie sich durchsetzen würde, war zeitgenössisch aber noch offen.

Die historische Einordnung des Ersten Weltkrieges hat in der öffentlichen Diskussion der letzten Jahre insgesamt seltsame Blüten hervorgetrieben. Dass es sich bei diesem Krieg, wie man auf einmal lesen konnte, um ein plötzliches, unerwartet über die Menschen Europas hereinbrechendes Ereignis gehandelt habe, bewertet Klönne treffend als „schlicht und einfach falsch“ – nicht nur weil die Vorkriegszeit unter einem „Topos des unvermeidlichen Krieges“ (Wolfgang J. Mommsen) stand, sondern auch weil dieser Krieg selbst tief im europäischen Modernisierungsprozess verwurzelt war. Das Europa der Vorkriegszeit war in der Tat keineswegs „schon ziemlich weit“ fortgeschritten auf dem Weg in die heutige, zugleich glorifizierte Gegenwart und wurde auch nicht aus heiterem Himmel, „beinahe von einem Tag auf den anderen“, von einem Zivilisationsbruch erfasst,

26 Siehe Ute Daniel: Arbeiterfrauen in der Kriegsgesellschaft. Beruf, Familie und Politik im Ersten Weltkrieg, Göttingen 1989, S. 139-147; Ute Planert: Antifeminismus im Kaiserreich. Diskurs, soziale Formation und politische Mentalität, Göttingen 1998, S. 214-223.

wie etwa Ralph Bollmann in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ geurteilt hat.<sup>27</sup> Dieses Europa war neben Fortschritt, Wohlstand und Globalisierung auch durch enorme gesellschaftliche Widersprüche und Krisenpotentiale geprägt, die schließlich in den Krieg einmündeten, ihn hervorbrachten und in ihm kulminierten. Die Globalisierung stand im Zeichen eines Imperialismus, der für die außereuropäischen Völker in vielerlei Hinsicht mit Ausbeutung und Unterdrückung verbunden war. In Europa selbst waren mit den Auseinandersetzungen über die Aufteilung der Welt zugleich tiefgehende zwischenstaatliche Konflikte verbunden. Und auch im Innern brachte die Modernisierung der Gesellschaften Europas viele Probleme und Konflikte hervor. Die Stellung der industriellen Arbeiterschaft war nicht nur in sozialer Hinsicht prekär, sondern auch politisch vielfach entmündigt und umstritten. Die bürgerliche Geschlechterordnung verwehrte den Frauen eine gleichberechtigte Stellung in Gesellschaft und Politik, zugleich konnten ihre Emanzipationsbestrebungen als Erschütterung der gesellschaftlichen Grundfesten erscheinen. Technisierung und Bürokratisierung wurden von vielen als einschneidende Entfremdungsprozesse wahrgenommen, und generell konnte der Krieg leicht als Ausweg aus einer festgefahrenen Friedenswelt erscheinen.

Schließlich wurden nationale und religiöse Minderheiten vielfach unterdrückt und entmündigt, insbesondere in den großen, monarchisch regierten Vielvölkerstaaten, zu denen neben dem zaristischen Rußland und der Habsburger Doppelmonarchie auch das deutsche Kaiserreich gehörte. Wer eine europäische Erinnerungskultur wünscht, der darf diese ganz anderen Perspektiven auf den Ersten Weltkrieg nicht ausblenden. Der polnische Historiker Adam Krzeminski hat nicht nur darauf hingewiesen, dass der Erste Weltkrieg für die Polen ebenso wie für andere unterdrückte Völker in Mitteleuropa im Rückblick keineswegs nur ein Anlass zur Trauer war und ist, weil er ihnen überhaupt erst die Gründung eigener Staaten ermöglicht hat. Auch sein Urteil über die vermeintlich so schöne Vorkriegswelt fällt grundsätzlich anders aus: „Nein! Dieses Europa war nicht wunderbar. (...) Natürlich kann man überlegen, was passiert wäre, wenn (...) es den Ersten Weltkrieg nicht gegeben hätte, wenn die großen Mächte abgerüstet und wenn sie von sich aus den kleineren das Recht auf Souveränität zugestanden hätten. Aber schon allein mit Blick auf Deutschland erscheint das als völlig unvorstellbar.“<sup>28</sup> In der Tat mutet es geradezu grotesk an, wie besonders Münkler

27 Ralph Bollmann: Wir waren schon ziemlich weit, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 29.12.2013.

28 Der Griff nach der Weltmacht. Interview von Gunter Hofmann und Judith Scholter mit Christopher Clark und Adam Krzeminski, in: DIE ZEIT, 12.08.2013.

die Perspektive eines sich demokratisierenden, „prosperierenden, friedlichen Deutschland“ entwirft, das leider 1914 durch den Krieg – deus ex machina – aus der Bahn in eine schöne, deutsche Zukunft geworfen wurde.<sup>29</sup>

Auch mit Blick auf die Nachgeschichte des Ersten Weltkrieges hat Arno Klönne zweifellos Recht, wenn er in seinem Vortrag gegen eine Trennung der zwei Weltkriege polemisiert, weil sie nicht nur zur Verharmlosung des Ersten Weltkrieges tendiere, sondern auch die zum Nationalsozialismus führenden deutschen Kontinuitäten verdecke. So hat Herfried Münkler die Thematisierung von Zusammenhängen zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg grundsätzlich verworfen. Denn nur unter einem „weitgehend auf die deutsche Geschichte fixierten Blick“, so meint unser Hobbyhistoriker, „mag es nachvollziehbar sein, den Ersten eng mit dem Zweiten Weltkrieg zu verbinden, bis hin zu deren analytischer Verschmelzung zu einem einzigen, nur durch einen längeren Waffenstillstand unterbrochenen Konflikt.“<sup>30</sup> Dass keineswegs nur die deutsche, sondern gerade auch die internationale Geschichtsforschung mit Konzepten wie dem Katastrophenzeitalter der Weltkriege, dem Zeitalter des totalen Krieges, dem europäischen Bürgerkrieg oder dem Zweiten Dreißigjährigen Krieg in Europa vielfältige Zusammenhänge zwischen den beiden Weltkriegen herausgearbeitet hat<sup>31</sup>, kümmert Münkler in seinem deutsch-nationalen Furor wenig. Und Jens Jessen ist in der „Zeit“ noch darüber hinausgegangen, als er die Kritik von Heinrich August Winkler an der deutschen Begeisterung für den „Erlöser“ Christopher Clark zu einer fulminanten Attacke gegen die Vorstellung von einem letztlich in den Nationalsozialismus führenden deutschen Sonderweg nutzte. Die „Sonderwegs- und Kriegsschuldthese“, so Jessens Identitätskonstrukt, sei ein allein psychologisch und pädagogisch begründbares Konglomerat, dem es um „das gnädige Verschwimmen der Naziverbrechen in einem Meer düsteren deutschen Unheils“ gehe.<sup>32</sup>

Einmal abgesehen davon, dass hier ein ungeheuer fruchtbares, etliche der bedeutendsten Vertreter der Geschichtswissenschaft über Jahrzehnte in Zu-

29 Herfried Münkler über Schuld, Interview mit Joachim Käßler und Christian Mayer, in: Süddeutsche Zeitung, 04./05./06.01.2014.

30 Münkler, Der Große Krieg, S. 10.

31 Siehe grundlegend Eric J. Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München u. Wien 1995 (Orig. London 1994); allg. Wolfgang Kruse: Europäische Geschichte im Zeitalter der Weltkriege: Konzepte und Deutungsmuster, in: Monika Hölscher (Hrsg.), Geschichte und Geschichtsbilder. Der Erste und Zweite Weltkrieg im internationalen Vergleich, Wiesbaden 2016 (POLIS 57), S. 15-34.

32 Jens Jessen: Das Märchen vom Revisionisten, in: DIE ZEIT, 14.08.2014.

stimmung oder Ablehnung anregendes Forschungskonzept von einer über die „Verteufelung der deutschen Geschichte“ gekränkten nationalen Seele einfach mal so in Bausch und Bogen verdammt wird: Die Vorstellung, allein die Beschwörung der exzeptionellen verbrecherischen Qualitäten des Nationalsozialismus zeichne ein besonders kritisches historisches Bewusstsein aus, führt historisch wie politisch in die Irre. Es sind keineswegs die Vertreter der längst vielfach differenzierten und revidierten Sonderwegsthese, die einer Relativierung des Nationalsozialismus den Weg bereiten, sondern ganz andere Kräfte.<sup>33</sup> Aber dass der Nationalsozialismus kein zufällig über die Deutschen hereingebrochener, nur den allgemeinen Problemen der Moderne geschuldeter „Betriebsunfall“ der deutschen Geschichte war, sondern ursächlich aus ihr hervorgegangen ist, kann inhaltlich kaum bezweifelt werden. Wer dahinter zurückgehen möchte, der stellt auch das leichtfertig als „Volkspädagogik“ denunzierte historische Bewusstsein der bundesrepublikanischen Demokratie in Frage, das sich bislang auf eine kritische Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte stützen konnte. Sich davon lösen zu wollen, darin scheint mir im Kern die geschichtspolitische Bedeutung der neu aufgelegten Kriegsschulddebatte zu liegen. Das Ergebnis wird, so ist zu befürchten, keine „Normalisierung“ des historischen Bewusstseins in Deutschland sein, sondern seine Renationalisierung.

33 Siehe Günter Morsch: Das „neue Unbehagen an der Erinnerungskultur“ und die Politik mit der Erinnerung: zwei Seiten der gleichen Medaille, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 63. Jg. 2015, S. 829-848.

Jürgen Angelow

## Revisionistische Deutungen und linke Orientierungsangebote zum Kriegsausbruch von 1914

Paradigmenwechsel bei der Deutung historischer Ereignisse haben noch immer zu Konflikten geführt; und das, obwohl die neuen Interpretationen auch nur eine gewisse Halbwertszeit für sich beanspruchen konnten. Jede Innovation in der Forschung, jede Neubewertung oder Darstellung, die mit einer Revision bisheriger Forschungsparadigmen einhergeht, wird umstritten sein und auf den Widerstand von Anhängern älterer Auffassungen stoßen. Revisionismus aber ist in der Wissenschaft absolut notwendig und als Vorwurf für einen Wissenschaftler keine Anklage, für die er sich schämen müsste. Erkenntnisfortschritte sind nur durch Überprüfung und Kritik, Korrektur und Innovation möglich. Abschließende Urteile erweisen sich in der Geschichte als Hemmnis und sind auch unsinnig. So wie jede Generation im Lichte ihrer Erfahrungen ihre eigenen Fragen an die Geschichte stellt, entwickelt sich auch die historische Forschung weiter.

Doch stellt sich das Problem noch aus einem anderen, einem geschichtspolitischen Blickwinkel: Historische Neudeutungen sind immer mit veränderten Orientierungs- und Legitimationsangeboten verbunden, die die Sphäre der Fachwissenschaft verlassen und das politische Terrain betreffen. Herrschende politische Interessen aber sind dominanter und stärker als historische Interpretationen. Zumindest rufen sie einen höheren Grad an kollektiver Erregung hervor, können mobilisierend wirken und damit die Gesellschaft verändern. Einige historische Themen – wie der Kriegsausbruch von 1914 – berühren die Schnittstelle von Wissenschaft und Politik. Dabei sollte unstrittig sein, dass die historische Wissenschaft ein Gegengewicht zur Politik bilden sollte, „indem sie den Menschen gewöhnt, sich mit der ganzen Vergangenheit zusammenzufassen, (...) mit seinen Schlüssen in die Zukunft vorauszueilen“<sup>1</sup> und nicht darauf zu warten, auf

1 Friedrich Schiller: Was heißt und zu welchem Ende studiert man Universalgeschichte? (Antrittsvorlesung in Jena, 26. Mai 1789), Jena 1789. [https://www.uni-jena.de/Sonderausgabe\\_Schiller\\_AV-path-18,60,130,180,1892,50902.html](https://www.uni-jena.de/Sonderausgabe_Schiller_AV-path-18,60,130,180,1892,50902.html) (Zugriff am 16.07.2016).

einen Wink hin genehme Wahrheiten zu verkünden. In diesem Beitrag soll ein problemorientierter Abriss der Forschungen gegeben, in zugespitzter Form die Offenheit und Kompliziertheit der Deutungen um 1914 gezeigt und gleichzeitig auf die Notwendigkeit verwiesen werden, traditionelle Narrative, auch solche, die bisher als „links“ galten, vorurteilsfrei wie selbstkritisch zu überdenken und mit der aktuellen Forschungslage sowie den heutigen Herausforderungen des internationalen Systems in Übereinstimmung zu bringen. Gleichzeitig soll angedeutet werden, welche sicherheitspolitischen Forderungen für linke Politikansätze sich aus den veränderten Deutungsmustern zum Kriegsausbruch von 1914 ergeben.

I.

Die Frage nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 ist durch Historiografie und Publizistik stets kontrovers beantwortet worden. Auseinandersetzungen darüber setzten sofort nach dem Ende des Krieges ein und konzentrierten sich zunächst auf das naheliegende, zentrale Problem der Kriegsschuld, die Deutschland und seinen Verbündeten angelastet worden war. Das 'Für und Wider' dieser Behauptung, die den engeren fachwissenschaftlichen Diskurs eigentlich sprengte, da sie eine juristische bzw. politisch-moralische Bewertung betraf, wurde durch umfassende nationale Aktenpublikationen und Quellensammlungen aller Kriegsteilnehmer gestützt, die manipulativ, zum Teil sogar verfälschend sind.<sup>2</sup> Sie lassen das Handeln der staatlichen Führungsgruppen in den Vordergrund treten und haben zahlreiche politikgeschichtliche Studien inspiriert, in denen die Unschuld der eigenen nationalen Kollektive oder staatlichen Akteure inszeniert werden sollte. Ähnlichen Zuschnitts oder bezeichnenderweise nichtssagend waren auch die Erinnerungen der 1914 verantwortlichen Monarchen und Staatsmänner.<sup>3</sup>

- 2 Von besonderer Bedeutung für die deutsche Perspektive: Johann Lepsius: Albrecht Mendelssohn Bartholdy/Friedrich Thimme (Hrsg.): Die große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes, 40 Bde., Berlin 1922–27; daneben für die Rekonstruktion der Julikrise: Max Montgelas/Walter Schücking (Hrsg.): Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch. Vollständige Sammlung der von Karl Kautsky zusammengestellten amtlichen Aktenstücke mit einigen Ergänzungen, Neuauflage, 6 Bde., Berlin 1928. Daneben die sog. Farbbücher der anderen ehemaligen Großmächte.
- 3 Wilhelm II.: Ereignisse und Gestalten 1878–1918, Leipzig 1922; Theobald von Bethmann Hollweg: Betrachtungen zum Weltkriege, 2 Bde., Berlin 1919; Gottlieb von Jagow: Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges, Berlin 1919; Edward Grey: Fünfundzwanzig Jahre Politik, 1892–1916, 2 Bde., München 1926; Sergej Sasonow: Sechs schwere Jahre, Berlin 1927.

Kritische Außenseiterpositionen fanden kein Gehör.<sup>4</sup> Während sich Luigi Albertini<sup>5</sup> in den vierziger Jahren als erster aus dem Banne der Kriegsschuldbehauptung löste, wurde die engeföhrte, auf den Staat fokussierte Sicht erst in den 60er Jahren überwunden, als nunmehr inneren Triebkräften außenpolitischer Entscheidungen ein größeres Gewicht zukam. Die Ereignisse sind seitdem aus dem Blickwinkel der Akteure, ihrer Handlungsspielräume und angeblichen -zwänge beschrieben worden, wobei strittig geblieben ist, inwieweit Politiker und Diplomaten überhaupt autonom handeln konnten und welchen Einfluss gesellschaftliche und politische Handlungsbedingungen besaßen.<sup>6</sup> Das Problem der Rückbindung individuellen Erfahrens, Entscheidens und Handelns an gesellschaftliche Strukturen ist bis heute eine Herausforderung für die Historiografie geblieben und wird es auch in Zukunft sein. Zwar hat die Wissenssoziologie diesen Zusammenhang beleuchtet,<sup>7</sup> doch bleibt es schwierig, die dynamischen Bedingungen und Potenziale außenpolitischen Handelns, die diese filternden Aktionsmuster sowie deren Übertragung in Interaktion im Einzelnen zu erfassen. Eine rein strukturgeschichtliche Beschreibung wird dies nicht vermögen, da sie die Akteure und ihre Besonderheiten sowie die Ebene des Handelns ausblendet, eine narrative Darstellung läuft Gefahr, die innere Logik des Systems zu verkennen, Handlungsketten unvollständig oder falsch zu interpretieren oder in der Flut der Tatsachen unterzugehen.<sup>8</sup>

Die Perspektiven und Forschungsmeinungen zum Kriegsausbruch haben sich in den vergangenen Jahrzehnten deutlich diversifiziert. Dabei ist das Ereignis

- 4 Eckart Kehr: Schlachtflottenbau und Parteipolitik, 1894–1901, Berlin 1930; ders.: Der Primat der Innenpolitik. Gesammelte Aufsätze zur preußisch-deutschen Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Berlin 1965.
- 5 Luigi Albertini: Le origini della guerra del 1914, 3 Bde., Mailand 1942–43.
- 6 Die Entscheidungsträger von 1914 hätten nur geringe Handlungsspielräume besessen, meint Gregor Schöllgen (Hrsg.): Flucht in den Krieg. Die Außenpolitik des kaiserlichen Deutschland, Darmstadt 1991; strukturell argumentiert auch James Joll: Die Ursprünge des Ersten Weltkrieges, München 1988.
- 7 Vgl. Alfred Schütz, Thomas Luckmann: Strukturen der Lebenswelt, 2 Bde., Frankfurt a.M. 1979 und 1984; Peter Berger/Thomas Luckmann: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie, Frankfurt a.M. 1969.
- 8 Der Historiker soll den „Tatsachenschutt“ möglichst kennen, nicht aber über dem Leser ausbreiten. Jacob Burckhardt an Bernhard Kugler, 30.03.1879, zit. nach: Holger Afflerbach: Der Dreibund. Europäische Großmacht- und Allianzpolitik vor dem Ersten Weltkrieg, Wien u.a. 2002, S. 35.

aus der Logik des Systems<sup>9</sup> oder stärker von gesellschaftlichen Strukturen<sup>10</sup> her hinterfragt worden. Einige Historiker haben lange Linien konstruiert, die in den Krieg geführt hätten,<sup>11</sup> andere kürzere oder beides.<sup>12</sup> Auch die Umbruchs- und Scharnierfunktion des Jahres 1914 wurde thematisiert.<sup>13</sup> Es ist nach der Rolle der militärischen Eliten gefragt worden und nach ihrem Einfluss auf den zivilen Entscheidungsprozess<sup>14</sup>, ebenso nach der Bedeutung von Rüstungen<sup>15</sup> und Kriegsplänen.<sup>16</sup> Doch besteht hier die Gefahr, Deutungen und Handlungen der Militärs zu überschätzen, da diese an den Entscheidungen von 1914 meist nur mittelbar beteiligt waren und erst zu einem sehr späten Zeitpunkt der Julikrise maßgeblichen Einfluss gewannen. Wieder andere Historiker haben vergleichende Perspektiven gewählt: Bündnispolitischen Ab- und Rücksichten wurde traditionell ein hohes Gewicht bei der Entstehung des Krieges eingeräumt,<sup>17</sup> ihre

9 Paul Schröder: *Alliances, 1815–1945. Weapons of Power and Tools of Management*, in: Klaus Knorr (Hrsg.): *Historical Dimensions of National Security Problems*, Lawrence, Kansas 1976, S. 227–262. Kursorisch: Sönke Neitzel: *Kriegsausbruch. Deutschlands Weg in die Katastrophe 1900–1914*, München 2002.

10 Hans-Ulrich Wehler: *Das deutsche Kaiserreich 1871–1918*, 6. Auflage, Göttingen 1988.

11 Immanuel Geiss: *Der lange Weg in die Katastrophe. Die Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs 1815–1914*, München, Zürich 1990.

12 Johannes Burkhardt/Josef Becker/Stig Förster/Günther Kronenbitter: *Lange und kurze Wege in den Ersten Weltkrieg. Vier Augsburger Beiträge zur Kriegsursachenforschung*, München 1996.

13 Jürgen Angelow/Johannes Großmann (Hrsg.): *Wandel, Umbruch, Absturz. Perspektiven auf das Jahr 1914*, Stuttgart 2014.

14 Holger Afflerbach: *Falkenhayn. Politisches Denken und Handeln im Kaiserreich*, München 1994; Günther Kronenbitter: *„Krieg im Frieden“. Die Führung der k.u.k. Armee und die Großmachtspolitik Österreich-Ungarns 1906–1914*, München 2003.

15 Stig Förster: *Der doppelte Militarismus. Die deutsche Heeresrüstungspolitik zwischen Status-quo-Sicherung und Aggression 1890–1913*, Stuttgart 1985. *Dezidierte Gegenposition bei Oliver Stein: Die deutsche Heeresrüstungspolitik 1890–1914. Das Militär und der Primat der Politik*, Paderborn u.a. 2007.

16 Paul Kennedy: *The War Plans of the Great Powers 1880–1914*, London 1979; *Der Schlieffenplan. Analyse und Dokumente*, hrsg. von Hans Ehlert/Michael Epkenhans/Gerhard P. Groß, Paderborn u.a. 2006.

17 Zur Zwei- und Dreibundforschung Helmut Rumpler/Jan Niederkorn: *Der „Zweibund“ 1879. Das deutsch-österreichisch-ungarische Bündnis und die europäische Diplomatie*, Wien 1996. Strukturelle, über einzelne Regierungsentscheidungen hinausgehende Kriegsursachen seien im Bündnisystem und in der Blockbildung der einzelnen Großmächte zu suchen, meint Volker Berghahn: *Der Erste Weltkrieg*, München 2003.

gesellschaftliche Verankerung und ihr innerer Wandel<sup>18</sup> sowie ihre allmähliche Ablösung<sup>19</sup> wurden erst in den letzten beiden Dekaden stärker beachtet. Aber auch die Frage nach friedlichen Alternativen und Annäherungsprojekten zwischen Staaten, die sich in gegensätzlichen Verbindungen befanden, erforderte vergleichende Perspektiven. Auch wenn diese Annäherungen am Ende zu schwach blieben oder versagten, haben sie doch gezeigt, dass der Ausbruch des Krieges nicht unabänderlich war und dass es auch gegenläufige Ansätze gegeben hat. Verdienstvoll war hier vor allem die Studie von Friedrich Kießling, der die Entspannungsbemühungen vor 1914 aus deutscher, britischer und österreichisch-ungarischer Perspektive in den Blick genommen hat.<sup>20</sup> Warum die für das System maßgebliche deutsch-britische *Détente* im Frühjahr 1914 gescheitert ist, die sich noch in den Balkankriegen 1912/13 bewährt hatte, hat Stephen Schröder herausgearbeitet.<sup>21</sup> Klaus Wilsbergs Untersuchung charakterisiert das deutsch-französische Verhältnis als deutlich weniger festgefahren, als dies bisher vielfach angenommen worden ist.<sup>22</sup> Auch das Themenfeld der großen Medienöffentlichkeit und ihrer Bedeutung für die Entscheidungen von 1914 ist angesprochen worden. Zwar wird ein direkter Zusammenhang von öffentlicher Meinung und Regierungshandeln nirgends behauptet,<sup>23</sup> immerhin haben die Medien aber zu verzerrenden Wahrnehmungen und virtuellen Fehlkonstruktionen der realen Welt beigetragen, Ängste geschürt und nationale Vorurteile bestätigt, von denen auch die Regierenden erfasst wurden.<sup>24</sup>

Aber auch der Aspekt des Versagens, der Charakterschwäche und zu großer Passivität im Verhalten der leitenden Politiker hat in der Forschung Beachtung

18 Jürgen Angelow: *Kalkül und Prestige. Der Zweibund am Vorabend des Ersten Weltkrieges*, Köln u.a. 2000.

19 Holger Afflerbach: *Der Dreibund. Europäische Großmacht- und Allianzpolitik vor dem Ersten Weltkrieg*, Wien u.a. 2002.

20 Friedrich Kießling: *Gegen den „großen Krieg“? Entspannung in den internationalen Beziehungen 1911–1914*, München 2002.

21 Stephen Schröder: *Die englisch-russische Marinekonvention. Das Deutsche Reich und die Flottenverhandlungen der Tripelentente am Vorabend des Ersten Weltkrieges*, Göttingen 2006.

22 Klaus Wilsberg: *„Terrible ami – aimable ennemi“. Kooperation und Konflikt in den deutsch-französischen Beziehungen 1911–1914*, Bonn 1998.

23 Dominik Geppert: *Pressekriege. Öffentlichkeit und Diplomatie in den deutsch-britischen Beziehungen (1896–1912)*, München 2007; Christopher Clark: *The Sleepwalkers. How Europe Went to War in 1914*, London 2012 (deutsch: *Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog*, München 2013, 19. Auflage 2014), S. 298–315.

24 Jürgen Angelow: *Der Weg in die Urkatastrophe*, Berlin 2010, S. 44–46.

gefunden. So stellt Joachim Radkau der mentalen Disposition des deutschen Reichskanzlers und einiger seiner Zeitgenossen kein günstiges Zeugnis aus und geht darüber hinaus auf den sehr wichtigen Aspekt gruppenbiografischer Besonderheiten und Generationszusammenhänge ein, der weitere Forschungen zu den geistigen Befindlichkeiten der Entscheidungsträger von 1914 befruchten könnte, – zu der von ihnen verinnerlichten Duellmentalität, zu den verhärteten Männeridealen, ihren Unterlegenheitsgefühlen und Dekadenzängsten, aber auch ihrem „Mutmenschentum“ und Gesinnungsidealismus.<sup>25</sup> Eine andere Darstellung nimmt die charakterliche Disposition maßgeblicher Vertreter der deutschen Reichsleitung in den Blick und geht von der Annahme aus, dass Deutschland durch unverantwortliche Politiker und schäbige Charaktere in den Krieg „gestolpert“ sei.<sup>26</sup> Politisches Handeln ist nicht immer rational. Emotionen und Affekte, Täuschungen und Selbsttäuschungen, Deutungsschwächen und Unsicherheiten, Kommunikationsprobleme und Handlungsfehler spielen hier eine große Rolle, ebenso das Gefangen- und Getriebensein der Akteure in Handlungspfaden und sich gegenseitig aufschaukelnden Reaktionsketten. Unter diesen Vorzeichen sind Erklärungen für den Kriegsausbruch nicht immer möglich, die von einem rationalen Handeln ausgehen. Zwar ist das Problem der Irrationalität und Emotionalität menschlichen Handelns mit Blick auf 1914 bereits angesprochen,<sup>27</sup> jedoch noch längst nicht ausdiskutiert worden.

In den letzten zwei Jahrzehnten haben neue kulturgeschichtliche Ansätze eine Erweiterung von Methoden, Fragestellungen und analytischen Begriffen gebracht – auch wenn sie zu Unrecht die ältere Forschung teilweise prononciert ablehnen. Immerhin erscheint es gerechtfertigt, eine intensivere methodisch-

25 Joachim Radkau: *Das Zeitalter der Nervosität. Deutschland zwischen Bismarck und Hitler*, München 2000, insb. S. 422-452. Vgl. auch Jürgen Angelow: *Der „Kriegsfall Serbien“ als Willenstherapie. Operative Planung, politische Mentalitäten und Visionen vor und zu Beginn des Ersten Weltkrieges*, in: *Militärhistorische Zeitschrift* 61, 2002, S. 315-336.

26 Vgl. Lüder Meyer-Arndt: *Die Julikrise 1914. Wie Deutschland in den Ersten Weltkrieg stolperte*, Köln u.a. 2006.

27 Stig Förster: *Der deutsche Generalstab und die Illusion des kurzen Krieges 1871–1914. Metakritik eines Mythos*, in: *Militärhistorische Mitteilungen* 54, Heft 1, 1995, S. 61-95; Patrick Bormann: *Furcht und Angst als Faktoren deutscher Weltpolitik 1897–1914*, in: Patrick Bormann/Thomas Freiburger/Judith Michel (Hrsg.): *Angst in den internationalen Beziehungen*, Bonn 2010, S. 71-92; Stig Förster: *Angst und Panik. „Unsachliche“ Einflüsse im politisch-militärischen Denken des Kaiserreichs und die Ursachen des Ersten Weltkriegs*, in: Birgit Aschmann (Hrsg.): *Gefühl und Kalkül. Der Einfluss von Emotionen auf die Politik des 19. und 20. Jahrhunderts*, Stuttgart 2005, S. 74-85.

theoretische Fundierung empirischer Forschungsarbeiten in der Diplomatiegeschichte anzumahnen und diese eben als internationale Kulturgeschichte aufzufassen.<sup>28</sup> Als weiterführend wird sich auch das aus dem kulturwissenschaftlichen Diskurs abgeleitete Verlangen nach einem dynamischen Konzept für die Rolle von Staaten, politischen Begriffen und Praktiken erweisen. Gleiches gilt für die Forderungen, Globalisierung und Netzbildungen aus politischer Perspektive zu sehen, die Rolle der Wirtschaft erneut zu durchdenken, die Bedeutung von Kommunikationsprozessen und kulturellen Transfers im Zusammenhang mit den internationalen Beziehungen zu untersuchen und schließlich internationale Gesellschaftsbeziehungen in den Blick zu nehmen.<sup>29</sup> Diese Impulse sind zum Teil bereits in neueren und neuesten Forschungsarbeiten aufgegriffen worden. Während die Probleme der Globalisierung und Vernetzung vor 1914 im wissenschaftlichen Diskurs angekommen sind, bilden interdisziplinär angelegte Arbeiten noch eher eine Ausnahme. Die meiste Aufmerksamkeit erfahren gegenwärtig konventionelle Themen und politikgeschichtliche Synthesen.<sup>30</sup>

## II.

Die Frage, warum der Krieg 1914 ausgebrochen ist, hat im Laufe der Zeit keine abschließende Beantwortung gefunden, wohl aber unterschiedliche Annäherungen. Der Kriegsausbruch erschien manchen als logische Konsequenz eines deutschen Machtstrebens, das aus dem 'Zuspätgekommensein' des Reiches resultierte. Hiergegen ist einzuwenden, dass es vor 1914 ernstzunehmende Ansätze eines friedlichen Aufholens in wirtschaftlichen, handelspolitischen und kolonialen Fragen

28 Martin Schulze Wessel: *Neue Ansätze in der Geschichte der internationalen Politik*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 56, 2008, S. 1 f. Ursula Lehmkuhl: *Diplomatiegeschichte als internationale Kulturgeschichte. Theoretische Ansätze und empirische Forschung zwischen Historischer Kulturwissenschaft und Soziologischem Institutionalismus*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 27, 2001, Heft 3, S. 394-423, hier: S. 421-423. Friedrich Kießling: *Der „Dialog der Taubstummen“ ist vorbei. Neue Ansätze in der Geschichte der internationalen Beziehungen des 19. und 20. Jahrhunderts*, in: *Historische Zeitschrift* 275, 2002, S. 651-680.

29 Vgl. Eckart Conze/Ulrich Lappenküper/Guido Müller (Hrsg.): *Geschichte der internationalen Beziehungen. Erneuerung und Erweiterung einer historischen Disziplin*, Köln 2004. Vgl. auch: Jürgen Osterhammel: *Transnationale Gesellschaftsgeschichte. Erweiterung oder Alternative?* In: *Geschichte und Gesellschaft*, 27, 2001, Heft 3, S. 464-479.

30 So Clark, Schlafwandler; Konrad Canis: *Der Weg in den Abgrund. Deutsche Außenpolitik 1902–1914*, Paderborn 2011; mit einem interdisziplinären Ansatz Herfried Münkler: *Der Grosse Krieg. Die Welt 1914–1918*, 7. Aufl. Berlin 2014.

gegeben hatte, deren Realisierungschancen nicht unterschätzt werden sollten. Ebenso wenig kann von einer absichtsvollen Kriegsentfesselung<sup>31</sup> ausgegangen werden. Der 'große' Krieg war nicht unbedingt gewollt, wie prominente Wortmeldungen bestätigen. Er wurde von keiner Regierung als vernünftiger Ausweg angesehen, auch wenn sich einzelne Scharfmacher vor allem in militärischen Kreisen so artikulierten<sup>32</sup> und regionale Konflikte durchaus noch als führ- und eingrenzbare betrachtet wurden. Nach Ansicht des britischen Außenministers Edward Grey musste ein moderner Krieg zwischen den Großmächten angesichts der technischen und personellen Voraussetzungen sowie der finanziellen Belastungen in einer „beispiellosen Katastrophe“ münden. Den Kriegsbeginn kommentierte er am 3. August mit den Worten: „In ganz Europa gehen die Lichter aus und wir alle werden sie in unserem Leben nie wieder leuchten sehen.“<sup>33</sup> Auch Reichskanzler Bethmann Hollweg hatte angesichts des zivilisatorischen Fortschritts vor dem unvorstellbaren „Elend und der Zerstörung“, die ein großer Krieg „über die Völker bringen würde“, gewarnt. Bei Ausbruch des Krieges bedauerte er „den Wahnsinn einer Selbstzerfleischung der europäischen Kulturnationen“.<sup>34</sup> – Es ließen sich weitere Wortmeldungen dieser Art anführen. Doch den 'großen' Krieg nicht zu wollen oder ihn wortreich zu bedauern, bedeutet noch nicht, ihn über die Zulassung eines Regionalkonfliktes nicht fahrlässig herbeizuführen oder als 'ultima ratio' in Kauf zu nehmen.<sup>35</sup> Ebenso verwischt die These des ehemaligen britischen Premierministers Davis Lloyd George, die Völker seien in den kochenden Kessel

31 Fritz Fischer: *Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik 1911–1914*, 2. Aufl. Düsseldorf 1969; John Röhl: *Wilhelm II. Der Weg in den Abgrund 1900–1941*, München 2008, besonders S. 1150.

32 Am Beispiel der österreichisch-ungarischen Militärelite Günther Kronenbitter: „Nur los lassen“. Österreich-Ungarn und der Wille zum Krieg, in: *Lange und kurze Wege in den Ersten Weltkrieg. Vier Augsburger Beiträge zur Kriegsursachenforschung*, hrsg. von Josef Burckhardt, München 1996, S. 159-187.

33 Edward Grey: *Twenty-Five Years 1892–1916*, Vol. 2, New York 1925, S. 20.

34 Bethmann Hollweg an Fürst Lichnowsky, 3. August 1914, in: *Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch 1914*, Berlin 1928, Bd. 4, Nr. 790.

35 Der deutsche Rechtswissenschaftler Hermann Kantorowicz vertrat in seinem Gutachten für den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Reichstages 1923 die These, dass der deutschen Reichsleitung 1914 ein unbedingter Vorsatz zur Auslösung eines Balkankrieges und ein bedingter zur Auslösung eines Kontinentalkrieges unterstellt werden könne. Das Gutachten wurde seinerzeit unterdrückt und erst 1967 veröffentlicht. Hermann Kantorowicz: *Gutachten zur Kriegsschuldfrage 1914*, hrsg. von Immanuel Geiss, Frankfurt a.M. 1967.

des Krieges ohne jede Spur von Besorgnis oder Betroffenheit hineingeschlittert,<sup>36</sup> die Verantwortlichkeiten. Denn wenn ihn niemand wollte, warum brach der 'große Krieg' dann aus?

Bei der Beantwortung dieser Frage helfen einfache Erklärungen und moralische Schuldzuweisungen nicht weiter. Wir müssen uns daran gewöhnen, auch gegensätzliche und alternative Entwicklungen zu erfassen. Hier sollen einige Thesen umrissen werden, bei denen dies deutlich wird: War der Krieg die Folge einer gleichsam unabweisbaren wie eskalierenden österreichisch-ungarischen Gewaltdisposition gegenüber Serbien und der russischen Risikostrategie zu dessen Verteidigung? Diese Annahme ist zwar problematisch, denn Wien verfolgte gegenüber Serbien eine Doppelstrategie, die zunächst durchaus friedliche Optionen favorisierte, wie das Balkanprogramm der Doppelmonarchie seit 1912 oder die ursprüngliche Fassung des Matscheko-Memorandums nahe legen, und Russland war durchaus nicht unter allen Umständen bereit, sich von den kleinen Balkanstaaten am Gängelband führen zu lassen. Doch in der konkreten Situation des Sommers 1914 überwogen bei beiden Großmächten Risikodispositionen: in Wien nach dem Attentat von Sarajevo der Wille, den serbischen Gegenspieler in die Knie zu zwingen, in St. Petersburg nach den Erfahrungen der bosnischen Annexion 1908 die Solidarisierung mit dem serbischen Schutzbefohlenen.

War der große Krieg etwa eine sich selbst erfüllende Prophezeiung,<sup>37</sup> die durch Gereiztheit, Angst und Aggressivität befeuert wurde, oder – im Gegenteil – das eher unwahrscheinliche Resultat einer Ordnung und Kultur, die an ihn eigentlich nicht mehr glaubte, aber angesichts des hoch entwickelten Abschreckungspotenzials unvermeidbare Risiken einging?<sup>38</sup> Beide Annahmen sind wissenschaftlich abgestützt, obwohl sie sich widersprechen. Waren die Unfähigkeit und Verdorbenheit der Diplomatie am Kriegsausbruch Schuld, zumal die der deutschen Seite?<sup>39</sup> Oder war der Kriegsausbruch von 1914 eher Ausdruck vermeidbarer Fehler und Unsicherheiten: der Mutlosigkeit und des nationalen Egoismus der politischen Entscheidungsträger, ihres Rückfalls in alte Erfahrungsmuster, ihrer Unfähigkeit, sich der Dynamik des Systems anzupassen, ihres Misstrauens in die

36 David Lloyd George: *Mein Anteil am Weltkrieg. Kriegsmemoiren*, Berlin 1934.

37 Wolfgang Mommsen: *Der Topos vom unvermeidlichen Krieg. Außenpolitik und öffentliche Meinung im Deutschen Reich im letzten Jahrzehnt vor 1914*, in: ders.: *Der autoritäre Nationalstaat. Verfassung, Gesellschaft und Kultur des deutschen Kaiserreiches*, Frankfurt a.M. 1990, S. 380-406.

38 Holger Afflerbach/David Stevenson (Hrsg.): *An Improbable War? The Outbreak of World War I and European – an Political Culture before 1914*, Oxford, New York 2007.

39 Meyer-Arndt, Julikrise.

Belastbarkeit von Annäherungen, die außerhalb ihrer engeren Bindungen lagen, ihrer Täuschungen und Selbsttäuschungen, ihrer konzeptionellen Verunsicherung sowie ihrer mangelnden Fähigkeit, adäquate Ebenen des politischen Kommunizierens und Agierens zu finden.<sup>40</sup> Bei Christopher Clark wird resümiert, dass die Protagonisten von 1914 „Schlafwandler“ waren – „wachsam aber blind, von Albträumen geplagt, aber unfähig die Realität der Gräueltaten zu erkennen, die sie in Kürze in die Welt setzen sollten.“<sup>41</sup> Die Gründe für den Kriegsausbruch von 1914 umfassend darzulegen, ist hier nicht der Platz. Wir müssen akzeptieren, dass die Meinungen bei der Beantwortung dieser verwickelten Frage bis heute weit auseinandergehen. Daran wird sich auch in der Zukunft nichts ändern.

Die historischen Deutungen zu 1914 sind also gleichermaßen umstritten wie fließend. Wir können weder von einem Konsens der Interpretationen ausgehen, noch wollen wir allwissende Gralshüter akzeptieren, die ewige Wahrheiten zu verkünden hätten. Wohl aber lassen sich Kriterien festmachen, die eine seriöse und zeitgemäße Beschäftigung mit dem Kriegsausbruch von solchen Elaboraten unterscheiden helfen, die lediglich Konjunkturen folgen, zu engen Perspektiven nachgehen oder bereits Gesagtes wiederholen.

Bei der Bewertung der Veröffentlichungen wollen wir uns neben der methodischen und handwerklichen Qualität von fünf Kriterien leiten lassen, die sich in der letzten Dekade bei den entsprechenden Publikationen zur Vorgeschichte von 1914 und zur Julikrise als Qualitätsmerkmale herauskristallisiert haben. Dazu zählt zum einen die *Verflechtungskompetenz*. Bei den profilbestimmenden Autoren im Bereich der internationalen Beziehungen haben sich verflechtende, das Gesamtsystem und seine Teilsysteme in den Blick nehmende Analysen durchgesetzt, die zum Teil unter Beachtung interdisziplinärer Ansätze und politikwissenschaftlicher Begriffe eine vergleichende, wenn nicht sogar eine globale Perspektive einnehmen. Ein weiterer Maßstab betrifft die *handlungsrationale Kompetenz* der Darstellungen. Hierbei geht es vor allem darum, plausible Erklärungen für menschliches Handeln einschließlich seiner emotionalen oder irrationalen Seiten anzubieten und das Handeln der Akteure mit der Struktur des Systems in Verbindung zu bringen. Akteure, Bühne und Hintergrund können so miteinander verknüpft werden. Auf der Akteurebene spielen Prozesse der Erfahrungsbildung, des Deutungswandels und des Wandels in den Handlungskonzepten die

40 Jürgen Angelow: Der Weg in die Urkatastrophe. Der Zerfall des alten Europa, Berlin 2010, S. 58-63, 164-165.

41 Clark, Schlafwandler, S. 718.

entscheidende Rolle.<sup>42</sup> Ebenso wichtig ist die *Transformationskompetenz*: Die Entscheidungen von 1914 waren durch ihre Positionierung innerhalb sich schnell wandelnder gesellschaftlicher und systemischer Koordinaten gekennzeichnet. Dies betrifft sowohl innere als auch äußere Aspekte. Weder die einzelnen Gesellschaften noch das Gesamtsystem waren statisch, sie befanden sich im Umbruch. So hatte sich gerade vor 1914 eine Konkurrenzsituation zwischen dem etablierten Großmächtekonkordat und einer sich langsam entwickelnden internationalen Deutungs- und Handlungsebene herausgebildet, sodass Wirklichkeitswahrnehmungen oszillierten und auch die Handlungskonzepte der Akteure Schwankungen unterlagen. Ein weiterer wichtiger Maßstab für wissenschaftliche Darstellungen wird durch deren regionale Eindringtiefe markiert, die auch als *regionale Kompetenz* bezeichnet werden kann. Systemische Erklärungen kranken bis heute an ihrer Fixierung auf die „großen Spieler“, wodurch kleinere Akteure, wie etwa die bis heute in einigen Darstellungen weitgehend unterbewerteten Regierungen der Balkanstaaten, weniger beachtete Regionen und periphere imperiale Konflikt- und Bruchzonen sowie Regional- und Ortsgeschichten, die bis in die Sphäre der Alltagsgeschichte führen können, ausgeblendet werden. Und schließlich bleibt auch die *Quellenkompetenz* der Darstellungen ein Qualitätsindikator, wobei neben Untersuchungen unter breiter Verwendung verschiedener internationaler Archive auch Detailuntersuchungen zu einzelnen Staaten und zu Kernproblemen des Systems auf der Grundlage neuer oder neu bewerteter Quellen durchaus relevant sein können, ebenso wie auch die Neuerschließung regionalgeschichtlicher oder lokaler Zeugnisse.

### III.

Eine Merkwürdigkeit der Debatte zum 100. Jahrestag des Kriegsausbruch von 1914 bestand darin, dass sich ein Teil der Historiker sowie der interessierten Öffentlichkeit noch einmal an den Thesen Fritz Fischers abgearbeitet hat, zum Teil kritisch-distanziert<sup>43</sup>, zum Teil weniger<sup>44</sup>, und diese zu einem Glaubens-

42 Ausführlicher Angelow, Urkatastrophe, S. 14-15.

43 Gerd Krumeich kritisiert Fischer in vielerlei Hinsicht, ohne dessen Forschung gänzlich zu historisieren oder als für gegenwärtige Debatten für irrelevant zu erklären. Krumeich: Juli 1914. Eine Bilanz mit einem Anhang: 50 Schlüsseldokumente zum Kriegsausbruch, Paderborn 2014; weniger distanziert: Annika Mombauer: Die Julikrise. Europas Weg in den Ersten Weltkrieg, 2. Aufl. München 2014.

44 Fischer eher vordergründig aufgreifend: Sean McMeekin: Juli 1914. Der Countdown in den Krieg, München 2014.

bekanntnis pro oder contra revisionistischen Gedankengutes avanciert sind. Woran liegt das? Für die Mehrheit jener Historiker und Publizisten, die in der Bundesrepublik linke, die Gesellschaft verändernde Ideen für sich in Anspruch genommen haben, bedeuteten die Thesen des Hamburger Geschichtspromessors Anfang der 1960er Jahre eine Offenbarung. Obwohl sich Fischer in den 1930er Jahren dem Nationalsozialismus angebedert hatte und beileibe kein „Linker“ war, haben sie doch bis heute beinahe reflexhaft an ihnen festgehalten und sie gegen sogenannte „Revisionisten“ zu verteidigen gesucht. Wo lag die Ursache dafür? Fischer hatte sich nicht nur mit großer Wucht gegen die Miniaturisierung der Ereignisse von 1914 (angesichts derer von 1939–45) gewandt und den nationalpolitischen Konsens, 'niemand habe den Krieg gewollt', einschließlich seiner deutsch-französischen Bestätigung,<sup>45</sup> infrage gestellt. Er hatte gleichzeitig den Blick auf die besondere Verantwortung der deutschen Eliten gelenkt und deren Beharrungsvermögen betont, wodurch langfristig wirkende Kontinuitätslinien sichtbar wurden, die die nationalkonservative Richtung der alten Bundesrepublik, einschließlich der Kriegsteilnehmergeneration, bis ins Mark traf.

Diese Wendung war absolut notwendig gewesen, um die bereits durch Lloyd George und dann erst Recht nach 1945 ad acta gelegte Frage nach den Verantwortlichkeiten von 1914 wieder aufzurollen und gleichzeitig innenpolitische Konstellationen und gesellschaftliche Bewegungskräfte des wilhelminischen Zeitalters ins Spiel zu bringen, die bis dahin kaum beachtet worden waren. Indem er auf die Verbindung von Eliten und Regierungshandeln aufmerksam machte, sprach er ein allgemeines, bis dahin infolge der Verengung auf staatliches Handeln beiseitegeschobenes Phänomen an, welches ein ganz neues Licht auf die Szene warf und auch für gegenwärtige Diskussionen um den Zustand der parlamentarischen Demokratie und ihrem Verhältnis zu den Eliten nicht unwichtig sein dürfte. Fritz Fischers Elitenkritik ließ Schnittmengen mit systemkritischen oder auf Transformation gerichteten Ansätzen deutlich werden und ist folgerichtig von der sozialistischen bzw. linken Denktradition im Westen aufgegriffen worden. Ebenso deckte sich seine Fokussierung auf innere Strukturen mit Denkansätzen von Historikern der sozialistischen Staaten, die neben soliden Darstellungen<sup>46</sup> auch Veröffentlichungen hervorbrachten, in denen die Zusammenhänge de-

45 Erklärung deutscher und französischer Historiker aus dem Jahre 1951, u.a. von Gerhard Ritter und Pierre Renouvin. Vgl. Karl Dietrich Erdmann: Die Zeit der Weltkriege, Stuttgart 1963, S. 25.

46 Autorenkollektiv unter Leitung von Fritz Klein: Deutschland im Ersten Weltkrieg, Bd. 1: Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis Ende 1914, Berlin 1970, Neuaufgabe: Leipzig 2004.

terministisch verkürzt wurden.<sup>47</sup> Einerseits hatte die Darstellung Fischers den Fokus auf gesellschaftspolitische und auf wirtschaftliche Fragen gelenkt, denen seitdem keine seriöse Betrachtung zum Kriegsausbruch 1914 mehr ausweichen kann. Andererseits wäre es verfehlt, von einer aus „ökonomischen Interessen“ abgeleiteten, quasi gesetzmäßig wirkenden imperialistischen Aggressionspolitik auszugehen. Akteur, Bühne und Hintergrund müssen eine Einheit bilden.

Das wichtigste Problem, welches mit den Thesen Fritz Fischers allerdings nur mittelbar zusammenhing, war allerdings wieder die Frage der Kriegsschuld. Diese Frage hatte seit dem Ausbruch des Krieges und dann erst recht mit den Pariser Vorortverträgen einen Deutungskampf nach sich gezogen, der die Feindschaft zwischen den Völkern vertiefte und den Krieg noch weiterführte, als die Kanonen schon verstummt waren. Fritz Fischer und seine Schüler hatten nun auf deutscher Seite gerichtetes, vorsätzliches Handeln sowie hegemoniale und imperialistische Kriegsziele vermutet.<sup>48</sup> Sie hatten den Nachweis zu führen gesucht, dass die Reichsleitung im Juli 1914, in der Erwartung, Großbritannien neutral halten zu können, den Kontinentalkrieg mit Frankreich und Russland provoziert habe, um die europäische Hegemonie zu erreichen und den Anspruch auf eine Weltmachtstellung zu unterstreichen. Diese Gedanken sind von angelsächsischen Historikern gern adaptiert worden, denn sie ließen sich ohne weiteres in ihre Sonderwegs-These integrieren.<sup>49</sup> Doch Fritz Fischer hatte lediglich auf die Verantwortung der deutschen Eliten und der deutschen Reichsleitung für den Kriegsausbruch von 1914 aufmerksam machen wollen. Eine Alleinschuld Deutschlands hatte er daraus gar nicht ableiten können, da ihm die europäische Vergleichsperspektive fehlte. In dieser Hinsicht haben die Fischer-Thesen vielen Geschichtsdeutern eine falsche Fährte gelegt, da sie aufgrund ihrer quellenmäßigen Begrenztheit doch nichts anderes sein konnten als eine dringend notwendige selbstkritische Betrachtung des Kriegsausbruchs, unter Einbeziehung der Gesell-

47 Reinhold Zilch: Die Reichsbank und die finanzielle Kriegsvorbereitung von 1907 bis 1914, Berlin 1987, S. 79; Willibald Gutsche: Monopole, Staat und Expansion vor 1914. Zum Funktionsmechanismus zwischen Industriemonopolen, Großbanken und Staatsorganen in der Außenpolitik des Deutschen Reiches 1897 bis 1914, Berlin 1986.

48 Fritz Fischer und John Röhl gehen von einem deutschen Angriffsplan aus, der seit 1912 bestand und 1914 zu Durchführung gelangte: Fischer, Krieg der Illusionen; John Röhl: An der Schwelle zum Weltkrieg. Eine Dokumentation über den „Kriegsrat“ vom 8. Dezember 1912, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 21, 1977, S. 77-134; ders.: Vorsätzlicher Krieg? Die Ziele der deutschen Politik im Juli 1914, in: Michalka (Hrsg.): Der Erste Weltkrieg, S. 193-215.

49 Alan Taylor: The Struggle for Mastery in Europe 1848–1918, Oxford 1954.

schaft, bei der die einzelstaatliche Sicht noch nicht überwunden werden konnte. Und dennoch hat die schwere Belastung, die Fritz Fischer der deutschen Seite attestierte, gleichermaßen reziprok wie vielleicht auch unbeabsichtigt zu einer bis heute nachwirkenden Entlastung aller anderen Akteure geführt, die diesen Schritt der Selbstkritik nicht mitvollzogen haben.

Gewiss sind die meisten Interpretationen Fritz Fischers in der Folge relativiert oder zurückgewiesen worden, etwa die zur „Septemberdenkschrift“ Bethmann Hollwegs oder zum so genannten „Kriegsrat“ vom 8. Dezember 1912. Dennoch wäre es falsch, das Kind mit dem Bade auszuschütten und die methodischen Impulse der Fischer-Thesen und der sich aus ihnen ergebenden Kontroverse zu negieren. Staatliches Handeln ist von den gesellschaftlichen Bewegungskräften nicht zu trennen, auch wenn die Verbindungen zwischen beiden nicht simplifiziert werden dürfen. Zudem hat die seit den 1990er Jahren immer stärker beachtete Verflechtungsperspektive einseitig nationalen Deutungen zunehmend den Boden entzogen und gemeinsame Verantwortlichkeiten sichtbar werden lassen. Das bedeutet aber nicht, dass nicht ein Bedarf an nachholenden Studien geblieben wäre, die den jeweils nationalen bzw. einzelstaatlichen Anteil am Kriegsausbruch kritisch untersuchen sollten. Heroisierende und Opfererzählungen stehen dieser selbstkritischen Perspektive in einigen Fällen bis heute im Wege.

Indem er sich von orthodoxen Überhöhungen getrennt hat, ist der heutige Forschungsdiskurs keineswegs auf den Stand der 1950er Jahre zurückgefallen.<sup>50</sup> Er hat sich außerordentlich differenziert und wurde damit in der Lage versetzt, die Frage nach den Verantwortlichkeiten auf einem ganz anderen Niveau zu beantworten. Nach Ansicht der heute profilbestimmenden Historiker ist der Erste Weltkrieg nicht durch die Schuld einer einzelnen Macht ausgebrochen. „Schuld“ ist im juristischen Sinne oder als moralische Kategorie des politischen Diskurses relevant, durch die Handlungen nachträglich qualifiziert und Interessen gelenkt werden können. Der Begriff „Verantwortung“ erfasst einen historischen Handlungskontext dagegen unmittelbarer und neutraler, er ist wissenschaftlich greifbarer. Die gegenwärtige Diskussion mag atavistisch klingen, doch geht es in ihr in der Summe nicht um die Befreiung von Verantwortung. Obwohl der Anteil der einzelnen Staaten am Kriegsausbruch unterschiedlich verteilt ist, kann doch von einer Mitverantwortung *aller* Akteure gesprochen werden. Auf allen Seiten

50 Diesen Vorwurf erhebt Leo Schwarz: Irgendwo steinalt. Mehr als ein halbes Jahrhundert nach der sogenannten Fischer-Kontroverse in der BRD nimmt die revisionistische Diskussion über den Ersten Weltkrieg Fahrt auf. Versuch einer vorläufigen Bestandsaufnahme, in: <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/1wk/schwarz.html> (Zugriff am 28.07.2016).

wurden zu große Risiken eingegangen, überall fanden sich Doppelbödigkeit und Inkonsistenz. Deutlich wird auch, dass alle Seiten gleichermaßen die Verantwortung für eigene, den Krieg nach und nach herbeiführende Handlungen stets dem Gegner aufbürdeten, der die angeblich unwiderstehlichen externen Zwänge, unter denen man selbst handelte, herausgefordert hatte.<sup>51</sup>

Aus der Perspektive des europäischen Systems sowie der Verflechtungen und Beziehungen der Staaten und Gesellschaften auf internationaler Ebene erweist sich, dass widersprüchliche Impulse der herrschenden Eliten, uneinheitliche Positionen in den jeweiligen Machtzentren, inkonsistente Handlungen einzelner Staatsmänner und zeitabhängige Schwankungen innerhalb der Krisenszenarien eine friedliche Lösung behindert bzw. verhindert haben. Eine solche systemische Perspektive auf die Verantwortlichkeiten am Kriegsausbruch stellt weder eine Verwischung à la Lloyd George noch eine Nivellierung oder gar „Säuberung der Geschichte“<sup>52</sup> dar, sie eröffnet vielmehr die Chance, die einzelnen Akteure in ihren komplizierten und miteinander verflochtenen Handlungsrahmen zu zeigen und ist damit besser geeignet, ihren spezifischen Anteil an den Ereignissen herauszukristallisieren.

Blicken wir zunächst auf die einzelnen Akteure und versuchen auf Besonderheiten einzugehen, ohne eine „Hierarchie von Schuld“ festzulegen. Die österreichisch-ungarische Regierung hatte die Initiative bei der Verschärfung der Krise bis zur Abgabe des Ultimatums. Dabei wälzte sie die Konsequenzen ihrer Entscheidung (Ministerrat) vom 7. Juli auf Russland ab, stellte dessen Passivität in Rechnung und betrachtete für den Fall der Eskalation einen großen Krieg als hinnehmbar, da es die deutschen Verbündeten – die man in Mithaftung genommen hatte – schon militärisch „richten“ würden. Mit der frühzeitigen Kriegserklärung an Serbien am 28. Juli 1914 schaffte Wien schließlich vollendete Tatsachen. Dem lag eine „verbrecherisch leichtsinnige Politik“<sup>53</sup> zugrunde, die auf überaus optimistischen Einschätzungen und Fatalismus gleichermaßen basierte. Sie wird neuerdings etwas relativiert, da gezeigt wurde, dass die serbische Regierung zwar nach außen große Nachgiebigkeit bewies, aber stets unnachgiebig wurde, sobald der Druck nachließ.<sup>54</sup> Wien ging daher nach dem Attentat nicht

51 Clark, Schlafwandler, S. 664.

52 Von einer Säuberung der Geschichte spricht Kurt Pätzold: Kam Hitler aus dem Welt- raum? Gespräch mit Kurt Pätzold, in: <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/1wk/paetzold-int.html> (Zugriff am 28.07.2016).

53 Afflerbach, Dreibund, S. 832.

54 Clark, Schlafwandler, S. 374-375, 586.

ganz zu Unrecht davon aus, Serbien würde nur die Sprache der Gewalt verstehen. Clark hat ebenso darauf hingewiesen, dass das österreichisch-ungarische Ultimatum deutlich schwächer formuliert worden war als das Rambouillet-Abkommen, welches die NATO Serbien-Jugoslawien bezüglich des Kosovo im Februar-März 1999 vorlegte.<sup>55</sup> Zwar widersprach es dem Souveränitätsanspruch des Save-Staates, hätte aber ohne Vorbehalte angenommen werden müssen, wenn sich die Großmächte einig gewesen wären und Russland sich nicht mit Serbien solidarisiert hätte. Dennoch wird man nicht umhinkommen, die österreichisch-ungarische Politik als den Katalysator der Krise zu charakterisieren.

Die deutsche Haltung wird – heute anders als noch vor zwanzig Jahren – nicht mehr als „kalkuliertes Risiko“ sondern als „Brinkmanship“<sup>56</sup> – als waghalsig und eben *nicht* kalkuliert sowie ‘unvermögend’<sup>57</sup> beschrieben. Der Aspekt der Unfähigkeit verdient viel größere Aufmerksamkeit als der einer angeblichen, heute nur noch von ganz wenigen Historikern unterstellten Kriegstreiberei, denn die deutsche Diplomatie hatte vom Bündnispartner Österreich-Ungarn keine genauen Auskünfte über den zeitlichen Rahmen und die Qualität der geplanten Aktion bekommen. Dass Wien spätestens nach den deutschen Zusagen vom 5. und 6. Juli keine einfache Lektionserteilung, sondern einen regelrechten Krieg ansteuerte, blieb in Berlin unbemerkt.<sup>58</sup> Bündnisse bedeuten in Krisensituationen immer Verantwortungsgemeinschaften. Das Problem der deutschen Politik bestand darin, innerhalb des durch den Zweibund gesetzten Rahmens unverantwortlich agiert zu haben. Ohne sachliche Situationsanalyse wartete Berlin ungeduldig auf die Wiener Entscheidungen, in der Hoffnung, dass durch „schnelles Zupacken“ eine Lokalisierung erreicht werden könne. Es lief seinem Bündnispartner viel zu lange hinterher und geriet gegen Ende der Krise, am 29.-30. Juli, in Panik, ohne das Ruder noch herumreißen zu können. Die Warnungen der deutschen Botschafter in London (Karl Max Fürst von Lichnowsky)<sup>59</sup> und St. Petersburg (Friedrich Graf Pourtalès)<sup>60</sup> wurden leichtfertig beiseitegeschoben, die entscheidenden Personen des deutschen Krisenmanagements erwiesen sich

55 Ebenda, S. 585.

56 Thomas Lindemann: Die Macht der Perzeptionen und Perzeptionen von Mächten, Berlin 2000, S. 146; Friedrich Kießling: Gegen den „großen Krieg“? Entspannung in den internationalen Beziehungen 1911–1914, München 2002, S. 311-312.

57 So die Quintessenz bei Meyer-Arndt, Julikrise.

58 Angelow, Urkatastrophe, S. 20-21, 125.

59 Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch 1914. Herausgegeben von der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1921, Bd. I, S. 208 f.

60 Angelow, Urkatastrophe, S. 155.

als überfordert, was dem Zustand der Herrschaftseliten im Deutschen Reich insgesamt angelastet werden muss. Während Staatssekretär Gottlieb von Jagow in den entscheidenden Tagen der Krise einen nervösen und ängstlichen Eindruck machte, soll Reichskanzler Bethmann Hollweg an einen Ertrinkenden erinnert haben.<sup>61</sup> Mit seinen Kriegserklärungen an Russland und Frankreich hat das Deutsche Reich schließlich den „point of no return“ überschritten und sich für alle anderen ins Unrecht gesetzt.

Die französische Außenpolitik in der Julikrise, die vor allem vom Präsidenten der Republik, Raymond Poincaré, verantwortet wurde, gilt zu Recht als „Manöver am Rande des Abgrunds.“<sup>62</sup> Poincaré war es gelungen, Außenminister René Viviani, einen Befürworter der Entspannungspolitik, aus den Entscheidungen herauszuhalten. Einerseits solidarisierte sich Paris beinahe blind mit dem serbischen Widerstand gegenüber den Forderungen Wiens, die sofort als „unannehmbar“ bezeichnet wurden<sup>63</sup> und stärkte der russischen Führung mit einem Blankoscheck den Rücken,<sup>64</sup> als diese mit Mobilisierungsmaßnahmen an der Eskalationsschraube drehte, die durch den russisch-französischen Bündnisvertrag keineswegs gedeckt waren. Andererseits versuchte Frankreich in London den Eindruck zu erwecken, mäßigend zu wirken, um die britische Unterstützung nicht zu verlieren.<sup>65</sup> „Das alte Geschwätz über das europäische Gleichgewicht“ interessierte Paris jedenfalls nicht mehr.<sup>66</sup>

Übermäßig riskant und in sich widersprüchlich war das Agieren Russlands, das sich, stärker als während der Balkankriege 1912-13, mit Serbien solidarisierte und sein Bemühen um eine internationalisierte (nicht europäisierte) Konfliktlösung mit militärischen Mobilisierungsschritten verband, die jede diplomatische Lösung konterkarierten. Dem hatte eine Überbewertung der militärischen Möglichkeiten

61 Siehe die Äußerungen von Tirpitz, in: Clark, Schlafwandler, S. 664.

62 Stefan Schmidt: Frankreichs Außenpolitik in der Julikrise 1914. Ein Beitrag zur Geschichte des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges, München 2009, S. 142.

63 Clark, Schlafwandler, S. 637.

64 „Für die Entscheidungen des Juli 1914 war (...) ausschlaggebend, dass nicht nur Deutschland den Österreichern und Russland den Serben, sondern auch Frankreich den Russen einen 'Blankoscheck' ausgestellt hat.“ Münkler, Der Grosse Krieg, S. 100.

65 Clark, Schlafwandler, S. 646.

66 So Théophile Delcassé im Juli 1914, zit. nach Stefan Schmidt: Frankreichs Plan XVII. Zur Interdependenz von Außenpolitik und militärischer Planung in den letzten Jahren vor Ausbruch des Großen Krieges, in: Der Schlieffenplan. Analyse und Dokumente, hrsg. von Hans Ehlert/Michael Epkenhans/Gerhard P. Groß, Paderborn u.a. 2006, S. 221-256, hier: S. 256.

Deutschlands, aber auch Österreich-Ungarns zugrunde gelegen.<sup>67</sup> Gegenüber dem Schicksal Österreich-Ungarns, dem jahrzehntelangen Mitspieler im Konzert der Großmächte, verhielt sich St. Petersburg bereits 1912 und mehr noch 1914 vollkommen desinteressiert,<sup>68</sup> obwohl es nach den noch gültigen Spielregeln ein Arrangement mit der Habsburgermonarchie hätte suchen müssen. Es glaubte nicht mehr an deren Großmachtstatus und verweigerte dem Land die im Kreis der Großmächte selbstverständliche Möglichkeit einer Satisfaktion gegenüber minder privilegierten „Störenfrieden“ wie Serbien. Indem es frühzeitig mobilisierte und damit die anderen Mächte unter Zeitdruck setzte, verhinderte Russland, dass die deutsche Deeskalationsstrategie aufging und der Konflikt auf eine erneute Auseinandersetzung auf dem Balkan (als dritten Balkankrieg) lokalisiert blieb. Diese russische Position wird heute prononciert kritisch bewertet,<sup>69</sup> wobei auch aktuelle Befindlichkeiten eine Rolle spielen dürften.<sup>70</sup>

Großbritannien betrieb in der Julikrise eine Politik des doppelten Bodens, die zu einem Viertel Entspannungs- und zu drei Vierteln Bündnispolitik war.<sup>71</sup> Außenminister Edward Grey hatte die deutsch-britische Zusammenarbeit stets als nachrangig empfunden und ging davon aus, angesichts der Überspannung des Empire und der Schwierigkeiten, die sich in Wirtschaftsfragen, aber auch an der Peripherie der britischen Besitzungen in Asien abzeichneten, im Frühjahr 1914 war vor allem Persien betroffen, die Loyalität Russlands um jeden Preis erkaufen zu müssen.<sup>72</sup> Dass die Russen in diesen Fragen erpresserisch auftraten, alle britischen Schlichtungsversuche sabotierten und mit ihrer Mobilmachung den Stein ins Rollen brachten, wurde von Grey schlichtweg ignoriert. Gegenüber den Deutschen legte er die Karten viel zu spät auf den Tisch und ließ sie bis

67 Ebenda, S. 657.

68 Ebenda, S. 386.

69 „Der Schlüssel zum Krieg lag (...) in der russischen Hauptstadt. Hätte man dort auf Mobilmachung und Kriegserklärung verzichtet, so wäre es nur zu einem dritten Balkankrieg gekommen, den Österreich-Ungarn aller Voraussicht nach gewonnen hätte.“ Münkler, *Der Grosse Krieg*, S. 101.

70 Im Klappentext wird die anscheinend plausible Fährte gelegt: „Die Krim-Krise im Jahr 2014 zeigt es: Bei der Durchsetzung seiner Territorialansprüche lässt sich Russland von Konflikten mit der Weltgemeinschaft nicht beirren.“ Sean McMeekin: *Russlands Weg in den Krieg. Der Erste Weltkrieg – Ursprung der Jahrhundertkatastrophe*, Berlin u.a. 2014.

71 Angelow, *Urkatastrophe*, S. 29.

72 Clark, *Schlafwandler*, S. 420-421, zum Persien-Abkommen siehe ebenda, S. 422.

zum 1. August im Unklaren, ob Großbritannien nicht eventuell doch neutral bleiben würde.

Wendet man die Betrachtung von den einzelstaatlichen Verantwortlichkeiten wieder in die Systemperspektive und stellt die Frage nach den internationalen Möglichkeiten zur Bewältigung der Julikrise von 1914, kann von einer lähmenden Konkurrenz politischer Deutungs- und Handlungsebenen gesprochen werden. Der Globalisierung des Systems in den Bereichen Handel, Kapitalmobilität, Massmigration und Arbeitsteilung<sup>73</sup> folgte im ausgehenden 19. Jahrhundert die Erweiterung des politischen Handlungsrahmens von der europäischen in eine weltweite Perspektive sowie die Ausweitung des Teilnehmerkreises über das „europäische Mächtekoncert“ hinaus. Beispiele hierfür sind die beiden Haager Konferenzen 1899 und 1907, an denen 26 bzw. 44 Staaten mit eigener Stimme teilgenommen hatten, ebenso auch das Vorhandensein zahlreicher internationaler Organisationen mit Deutungsanspruch.<sup>74</sup> Es gab vor 1914 sogar die internationalen Schiedsverfahren des Haager Gerichts, wenn auch ad hoc und nicht als ständige Einrichtung, in denen Konflikte zwischen den Staaten friedlich beigelegt werden konnten. Doch diese Prozesse hatten Gegenbewegungen hervorgerufen, zu konkurrierenden Deutungen und Verunsicherungen geführt. Neue Instrumente und Regeln waren auf dem Vormarsch, aber sie waren noch nicht an die Stelle der alten getreten. 1914 wusste niemand, welche Handlungsebene noch oder schon belastbar war. Ob die Julikrise durch eine internationale Konferenz geregelt würde, wie sie die Russen vorschlugen, also unter Einbeziehung der Balkanstaaten, – was den Vorteil gehabt hätte, dass Serbien dann selbst einen Weg aus der Krise hätte suchen und Österreich-Ungarn eine Möglichkeit der Gesichtswahrung hätte geben müssen, – oder auf der Ebene des bereits weitgehend diskreditierten Konzerts der europäischen Großmächte, wie London und Rom nahe legten, immerhin hätten bei dieser Konstellation die „Hauptverdächtigen“ in der zweiten Reihe gehalten werden können, – oder – was das Vorgehen Wiens anging – durch bündnisgestützte staatliche Alleingänge, blieb dahingestellt. In der Julikrise überkreuzten sich entsprechende Initiativen. Da sich die Beteiligten nicht auf einen allgemein akzeptierten Handlungs- und Problemlösungsraum verständigen konnten und jede Seite davon ausging, dass ihre Ebene der Betrachtung und des Agierens die zutreffende war, gab es auch keine am Ergebnis orientierte

73 Cornelius Torp: *Die Herausforderung der Globalisierung. Wirtschaft und Politik in Deutschland 1860–1914*, Göttingen 2005.

74 Madeleine Herren: *Internationale Organisationen seit 1865. Eine Globalgeschichte der internationalen Ordnung*, Darmstadt 2009.

Kommunikation. Stellt man die gegenwärtige Weltlage in Rechnung, deren Unübersichtlichkeit sehr an 1914 erinnert, sollte das eben skizzierte Problem nicht unterschätzt werden.

Betrachtet man die Handlungen aller wichtigen Akteure des Systems während der Julikrise in ihren gegenseitigen Verschränkungen, dann kann kein einziger von ihnen von Mitverantwortung oder „Schuld“ im moralischen Sinne freigesprochen werden. Holger Afflerbach hat im „Spiegel“ hierzu bildhaft bemerkt, dass die Julikrise kein Krimi von Agatha Christie gewesen sei, „an dessen Ende der Übeltäter mit einer rauchenden Pistole in der Hand erappt wird. Im Sommer 1914 gab es nicht einen Schuldigen mit einer rauchenden Pistole in der Hand – alle hatten eine.“ Von der Alleinschuld eines einzelnen Akteurs, im Sinne einer moralisch verwerflichen, überwiegenden Verantwortung für zum Krieg hinführende Handlungen kann heute jedenfalls nicht mehr die Rede sein. Diese Behauptung – die nicht die Bewertungsmaßstäbe der Wissenschaft, sondern vor allem den politischen Diskurs berührt – ist inzwischen auch bedeutungslos geworden, da es nicht mehr darum geht, die eigene Nation zum militärischen Durchhalten zu bewegen oder eine ungerechte Friedensordnung – wie die der Pariser Vorortverträge von 1919 – zu legitimieren.

#### IV.

Beginnend mit Liebknecht, Luxemburg und Lenin hat die sozialistische Bewegung den Ausbruch des großen Krieges zu verarbeiten begonnen, nachdem der erste Schock angesichts der Burgfriedenspolitik ihrer Parteien, der Sprengung der Sozialistischen Internationale und dem Brudermord der sozialistischen Sektionen von ihr gewichen war. Karl Liebknecht hatte bereits zur SPD-Fraktionssitzung am 29. November 1914, im Vorfeld der Reichstagsabstimmung zu den Kriegskrediten, seine Deutung der Kriegsursachen vorgelegt. Er charakterisierte den Konflikt als einen „imperialistischen Krieg reinsten Wassers, und zwar vor allem auf deutscher Seite“, der das Ziel verfolgen würde, „Eroberungen großen Stils“ durchzusetzen. Diese Bewertung war auf die Reichstagsitzung vom 2. Dezember und die Verabschiedung des Nachtragshaushaltes zur Weiterführung des Krieges zugeschnitten gewesen, auf der Liebknecht alle anderen Abgeordneten mit einem mutigen „Nein!“ konfrontierte.<sup>75</sup> Liebknechts gleichlautende persönliche Erklärung zu seinem abweichenden Stimmverhalten fand keinen Eingang in den ste-

<sup>75</sup> Nick Brauns: Gegen eine Stimme! Vor 100 Jahren votierte der Sozialist Karl Liebknecht als einziger Reichstagsabgeordneter gegen die Kriegskredite. Sein Nein wurde zum Fa-

nographischen Bericht der Reichstagsitzung, da sie, so der Reichstagspräsident, Äußerungen enthalte, „die, wenn sie im Hause gemacht wären, Ordnungsrufe nach sich gezogen haben würden.“<sup>76</sup>

Anders als Liebknecht, dem es um die Kritik der Reichsleitung ging, die den Krieg als unverschuldet und aufgezwungen hinstellte, hat Rosa Luxemburg die Verantwortung für den Kriegsausbruch, in Fortsetzung ihres Internationalismus vor 1914, nicht vor allem einer Seite angelastet, sondern stattdessen als Folge zugespitzter imperialistischer Widersprüche und hegemonialer Absichten interpretiert. Ihr Interesse zielte auf die revolutionäre Überwindung des Systems und nicht darauf, zu urteilen, welcher der vielen Bösewichte mit der Tatwaffe getroffen worden war. So hat sie, die nationale Perspektive überwindend, den Krieg als „eine Ausgeburt imperialistischer Rivalitäten zwischen den kapitalistischen Klassen verschiedener Länder um die Weltherrschaft und um das Monopol in der Aussaugung und Unterdrückung der noch nicht vom Kapital beherrschten Gebiete“ bezeichnet.<sup>77</sup> Verantwortlichkeiten allein bei einer einzelnen Macht zu verorten, lag ihr fern, vielmehr machte sie den international agierenden Imperialismus haftbar, den sie in gemeinsam organisierten Massenaktionen aller linken Sozialisten zu bekämpfen suchte. Indem sie die nationalistische Phraseologie als bürgerliches Herrschaftsinstrument klassifizierte, grenzte sie sich von einseitigen Schuldzuweisungen ab, die doch nur Ausdruck nationalistischer Perspektiven waren. Auch Lenin hat in seiner Schrift zum Imperialismus gemeinsame systemische Verantwortlichkeiten betont, die imperialistische Außen- und Militärpolitik als konkrete Auslöser von Kriegen dingfest gemacht und den Sozialchauvinismus, der die gewaltsame Verfolgung einer jeweils nationalen Machtpolitik propagierte, als dessen geistigen Hintergrund benannt.<sup>78</sup> Die von ihm beschriebenen Phänomene trafen auf alle imperialistischen Staaten vor 1914 zu. Ein Blick in die Kriegszieldiskussion der imperialistischen Hauptmächte würde diesen Befund noch erhärten. Da das Kräfteverhältnis zwischen den imperialistischen Staaten niemals statisch sei, formulierte Lenin im Lichte der aktuellen Erfahrungen, wären Friedenszeiten nur als Atempause zwischen den Kriegen anzusehen. Diese

nal für den Kampf um Frieden, in: <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/1wk/liebknecht2.html> (Zugriff am 28.07.2016).

<sup>76</sup> Zitiert nach: Ebenda.

<sup>77</sup> Rosa Luxemburg: Die Krise der Sozialdemokratie (Junius-Broschüre, verfasst im Februar 1915), veröffentlicht 1916 (Nachdruck 2013), These 5.

<sup>78</sup> Wladimir Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: ders.: Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 270-273.

Vermutung hat sich in ihrer Absolutheit zwar als falsch erwiesen, wurden doch seit 1914 auch viele Staatenkonflikte friedlich gelöst. Doch mit der Entscheidung, systemimmanenten Voraussetzungen ein hohes Gewicht einzuräumen und nicht nur von *einem* „Schuldigen“ auszugehen, lag er richtig.

Der Tradition Luxemburgs und Lenins folgend, war unter den Historikern der sozialistischen Länder vor 1989 die Kriegsschuld gleichmäßiger auf alle „imperialistischen Staaten“ verteilt und davon ausgegangen worden, dass „die herrschenden Kreise aller Großmächte ohne Ausnahme“ die Verantwortung trugen.<sup>79</sup> Und obwohl diese Perspektive viel größere politische Anschlussmöglichkeiten mit der gegenwärtigen Situation und den aktuellen Forschungsergebnissen aufweist, ist sie nach 1990 durch den „westlichen“ Referenzrahmen der „Fischer-Schule“ überlagert und verdrängt worden, der nach Herstellung der deutschen Einheit den „linken“ geschichtspolitischen Diskurs zu 1914 zu dominieren begann. An der ursprünglichen Intention Fischers vorbei und ihn missverstehend, feierte nun auch die Alleinschuldthese, mal deutlicher ausgesprochen, mal etwas verkläusulierter, gerade im Feuilleton der überregionalen Zeitungen und in TV-Formaten, eine späte Wiederauferstehung. Das Spektrum der hier aufzuführenden Wortmeldungen ist sehr breit: Es reicht von Heinrich August Winkler, der Reichskanzler Bethmann Hollweg als Kronzeugen heranzieht und vor allem die deutschen Militärplaner als Schuldige dingfest macht<sup>80</sup>, über Volker Ullrich, der den entlastenden Effekt der Clark-Thesen hervorhebt und bei der Interpretation der neueren Forschungen eine falsche Fährte zu Lloyd George legt<sup>81</sup>, bis zu Wolfram Wette, der in einem Fernsehinterview mit Guido Knopp, Christopher Clark und Sönke Neitzel, Fritz Fischer verteidigend, die „entscheidende Rolle der deutschen Reichsleitung“ in der Julikrise betont und den verflechtungsgeschichtlichen Ansatz von Clark als Vernebelung zurückweist.<sup>82</sup>

Schuld oder Nichtschuld wurden gerade im Lichte des Centennaires öffentlich ausgehandelt. Die in den Medien breit ausgetragene Debatte zu 1914 hat das Feld der Erinnerungskultur berührt. Damit sind Deutungen historischer Zusammen-

79 Igor Bestuschew: Die russische Außenpolitik von Februar bis Juni 1914, in: Walter Laqueur/George Mosse (Hg.), *Kriegsausbruch 1914*, München 1967, S. 127-151, hier S. 151.

80 Heinrich August Winkler: Und erlöse uns von der Kriegsschuld, *Zeit Online*, 31.07.2014, in: <http://www.zeit.de/2014/32/erster-weltkrieg-christopher-clark> (Zugriff am 25.08.2016).

81 Volker Ullrich: Nun schlittern sie wieder, *Zeit Online*, 16. Januar 2014, in: <http://www.zeit.de/2014/04/erster-weltkrieg-clark-fischer> (Zugriff am 25.08.2016).

82 [phoenix.de/content/phoenix/die\\_sendungen/diskussionen/765675](http://phoenix.de/content/phoenix/die_sendungen/diskussionen/765675) (Zugriff am 25.08.2016).

hänge aus einer aktuellen Perspektive gemeint, die sich prägend auf die subjektiven Wahrnehmungen der Menschen auswirken. Anlässe wie der 100. Jahrestag des Kriegsausbruchs von 1914 geben Impulse für in der Regel kurzfristige, aber dafür intensive gesellschaftliche Diskussionen. Diese berühren stets politische Interessen und Konflikte, etwa das Spannungsfeld von nach wie vor dominierenden nationalen Sinnstiftungen und einer angestrebten europäischen Identität. Sie lassen sich politisch ausnutzen. Würde man die maßgeblichen Printzeugnisse und TV-Kulturformate einer Bewertung unterziehen, könnte man leicht feststellen, dass die Ereignisse von 1914 immer mit darüber hinausgehenden Zusammenhängen verknüpft worden sind. So hat die Kriegsschulddebatte neben anderen Verbindungen in das Zeitalter der Weltkriege, etwa zur Kriegsentfesselung von 1939, aber auch zum Opfer- und Heldengedenken eine große Rolle gespielt.

Vor allem die in den Medien sehr präsent diskutierten Thesen des australischen Historikers Christopher Clark haben hierbei eine hegemoniale Deutung entfaltet. Sein multiperspektivisch angelegtes, zahlreiche Verflechtungen rekonstruierendes und trotz seines abschreckenden Umfangs und Detailreichtums unterhaltsam erzählendes Buch „Die Schlafwandler“ ist auf eine breite Resonanz gestoßen; und das unabhängig davon, dass seine methodischen Entscheidungen auch Kritik hervorgerufen haben. Vor lauter Akteuren seien keine Strukturen und Interessen mehr erkennbar, monierte Stefan Reinecke: „Viel Bühne, wenig Hintergrund“.<sup>83</sup> Ähnlich argumentierte auch Kurt Pätzold, der den „Eilmarsch in das Völkermorden als Resultat von Rivalitäten in Gremien, Zirkeln und Cliques von Politikern und Militärs“<sup>84</sup> beschrieben sieht, allerdings Clark als „revisionistischen Täter“ einstuft.<sup>85</sup>

Die bei Clark und anderen erkennbare breitere Verteilung von Verantwortlichkeiten am Kriegsausbruch von 1914, nicht aber von „Schuld“, für deren Zuweisung ein Historiker nicht zuständig ist, hat sich dabei nicht nur als ein Resultat der veränderten fachlichen Diskurse erwiesen. Sie hat der These von einem deutschen Sonderweg eine deutliche Absage erteilt und korrelierte mit

83 Stefan Reinecke: Eine Katastrophe ohne Autor, in: [taz.de](http://taz.de), 14.9.2013 (Zugriff am 20.08.2016).

84 Kurt Pätzold: Schlafwandlerisch in den Krieg? Christopher Clarks missglückte Geschichte des Ersten Weltkrieges, in: <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Kriegsgeschichte/1WK4.html> (Zugriff am 28.07.2016).

85 Kurt Pätzold: 1914. Das Ereignis und sein Nachleben, Berlin 2014, S. 87. Hierzu distanziert: Erhard Crome: Weg in den Krieg 1914. Anmerkungen zum Versagen der außenpolitischen Perzeption, S. 3, in: [https://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/sonst\\_publicationen/Weg\\_in\\_den\\_Krieg\\_1914.pdf](https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Weg_in_den_Krieg_1914.pdf) (Zugriff am 28.07.2016).

dem Anliegen westlicher NATO-Bündnispartner, die weltpolitische Rolle der gegenwärtigen Bundesrepublik klarer zu definieren und auszuweiten. Indem sie die Deutschen von einem Teil der historischen Last befreit hat – die Lasten der NS-Diktatur und des Holocaust bleiben unverändert bestehen –, entzog sie ihnen gleichsam die Möglichkeit, sich durch einen Sonderstatus aus militärischen Konflikten der gegenwärtigen Welt heraushalten zu können. So gesehen hat der neue Revisionismus um Clark der Bundesrepublik die „Wärmedecke des Nicht-interventionismus“ und einer pazifistischen Grundorientierung der Außenpolitik weggerissen. In der Realität *dieser* Welt mit ihren zahlreichen Konflikten können sich die Deutschen nicht mehr unter Verweis auf ihre historischen Belastungen beiseite halten. Das bedeutet nicht, dass die deutsche Außenpolitik per se zum Interventionismus gezwungen wäre, – nein, das ist sie nicht, und es ist wichtig, darauf hinzuweisen. Nur muss sie die Entscheidung pro oder contra *selbst* abwägen und verantworten. Diese Entscheidung wird ihr nicht mehr durch die Last der Geschichte abgenommen. Dennoch: obwohl wir keine einfachen Lehren aus der Geschichte ziehen können, gilt es angesichts der Herausforderungen des gegenwärtigen Systems einiges zu bedenken.

Zwar unterscheiden sich die aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen und Gefahren von denen des Jahres 1914, doch gibt es auch erschreckende Parallelen. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts haben sich die bis dahin gültigen binären Deutungsstrukturen zugunsten einer multipolaren Systemperspektive aufgelöst, deren Unübersichtlichkeit durchaus an die Welt von 1914 erinnert. Auch gegenwärtig gibt es eine Reihe von Machtzentren, die miteinander konkurrieren, sodass bei der Bewältigung internationaler Krisen und Konflikte keine eindeutig belastbare Handlungsebene existiert. Werden internationale Konflikte heute durch die UNO und Sanktionen des Weltsicherheitsrates „bereinigt“, falls dieser einmal nicht durch das Veto eines Teilnehmers paralytisch sein sollte, durch Koalitionen („der Willigen“) unter Führung der USA oder durch Staaten mit großem geopolitischen Einfluss, die wie Russland oder China im Besitz von Kernwaffen sind? Welche Rolle spielen Mächte wie zum Beispiel Saudi-Arabien und die Türkei, die das politische Geschehen in ihren Regionen wesentlich beeinflussen können? Was passiert, wenn sich internationale, regionale und einzelstaatliche Aktionsebenen überkreuzen und die Akteure aneinander vorbei handeln? Diese Gefahr erinnert an 1914, sie ist viel realer, als den meisten von uns lieb sein dürfte. Denn selbst wenn es keinen willentlichen Verursacher geben sollte, dem die Hauptverantwortung anzulasten wäre, kann ein großer Krieg auch durch Kommunikationsfehler oder Rücksichtslosigkeiten entstehen, also durch miteinander verflochtene Verantwortlichkeiten und „Teilschuldige“.

Nach Lage der Dinge dürfte ein solches Szenario viel wahrscheinlicher sein als die Erwartung eines „Alleinschuldigen“. Daher gilt es, die kollektive, internationale Ebene der Konfliktlösung sowohl strukturell als auch de facto zu stärken, Alleingänge der USA bzw. von Groß- oder Regionalmächten auszuschließen, Vertrauen zurückzugewinnen und belastbare Sicherheitspartnerschaften zu organisieren.

Keinem verantwortungsvollen Politiker der Gegenwart würde es heute in den Sinn kommen, einen großen Krieg zwischen den Atommächten zu befürworten. Es besteht Konsens, dass unsere Welt viel zu zerbrechlich für einen solchen Konflikt ist, der der menschlichen Existenz auf dem Planeten ein Ende setzen würde. Auch 1914 waren viele Zeitgenossen und selbst maßgebliche Politiker der Auffassung, dass ein großer Krieg in einer zivilisierten Welt eigentlich unmöglich sei.<sup>86</sup> Denkbar waren lediglich Konflikte, die der Aufrechterhaltung der europäischen Rechtsordnung dienten und einem gemeinsamen Katalog von Interventionsgründen entsprachen.<sup>87</sup> Ebenso wurden Kriege toleriert, die der Austarierung einer regionalen Machtverteilung oder der Herstellung eines regionalen Gleichgewichts dienten. Natürlich war auch klar, dass die kolonial unterdrückten Völker, die als primitiv galten, kein Anrecht auf friedliche Behandlung haben würden, wenn sie gegen ihre Kolonialherren aufbegehren<sup>88</sup> Der diesen Szenarien zugrunde liegende Bellizismus erwies sich schließlich als nicht mehr beherrschbar. Wer gibt uns eine Garantie, dass die militärische Lösung von Regionalkonflikten in Zukunft nicht ebenso aus der Hand gleiten wird, wie es 1914 geschehen ist? Dass Gewalt die Tendenz der Ausdehnung besitzt, wusste schon Clausewitz.<sup>89</sup> Jeder Regionalkonflikt trägt stets die Möglichkeit der Eskalation in sich. Eine sicherheitspolitische Forderung der Gegenwart muss daher darin bestehen, Gewaltdrohungen zu unterlassen sowie auf bewaffnete staatliche Gewalt bei der Lösung von Konflikten *prinzipiell* und auf jeder Ebene zu verzichten, diese stets zurückzuweisen und zu ächten. In einer solchen unmissverständlichen Haltung, die dem Völkerrecht und nicht dem „Recht des Stärkeren“ Geltung verschafft

86 Sigmund Freud: Zeitgemäßes über Krieg und Tod, in: ders.: Psychoanalyse. Ausgewählte Schriften, Leipzig 1990, S. 366-393, hier: S. 372.

87 Matthias Schulz: „Wächter der Zivilisation“? Institutionelle Merkmale und normative Grundlagen des europäischen Konzerts im 19. Jahrhundert, in: Historische Mitteilungen (Ranke Gesellschaft), Bd. 17, 2004, S. 35-47.

88 Sigmund Freud nahm an, dass diese Kriege „zwischen den Menschenrassen, die durch die Hautfarbe voneinander geschieden“ waren, die Menschheit noch geraume Zeit in Anspruch nehmen würden. Freud, Zeitgemäßes über Krieg und Tod, S. 368.

89 Carl von Clausewitz: Vom Kriege. Vollständige Ausgabe der acht Bücher, Berlin 2016, S. 506-510.

und andere Partner im politischen Verkehr als gleichwertig betrachtet, könnte der *selbst verantwortete* Beitrag der Bundesrepublik bestehen, wenn sie ihr gewachsenes politisches Gewicht und ihre vergrößerten außenpolitischen Spielräume konstruktiv in die Waagschale legen will.

*Salvador Oberhaus*

## Über Verantwortlichkeiten nachdenken Zur deutschen Politik in der Juli-Krise<sup>1</sup>

Der 100. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkrieges hatte einen regelrechten „Erinnerungstsunami“ ausgelöst. Eine Springwelle wissenschaftlicher und populärer Veröffentlichungen riss das interessierte Publikum förmlich mit sich. Sie spülte alte und neue diskursive Räume frei, um sie gleich wieder zu fluten, ehe man so recht Gelegenheit hatte, sich freizuschwimmen, sich zu orientieren im Überangebot an Analysen, Deutungen und Meinungen. Besonders die sonst unter HistorikerInnen eher fachintern geführten Diskussionen über die Ursachen und Verantwortlichkeiten für den Krieg hatten eine neue Dynamik erfahren.<sup>2</sup>

Der vorliegende Beitrag möchte in die aktuelle Diskussion einführen.<sup>3</sup> Zugleich unterbreitet er ein Deutungsangebot zu den aufgeworfenen Fragen und

- 
- 1 Der vorliegende Text basiert auf meinem Artikel: 1914 – Der Weg in den Ersten Weltkrieg. Problemaufriss einer aktuellen Debatte, erschienen in: Lange Linien der Gewalt. Ursachen, Deutungen und Folgen des Ersten Weltkrieges (1914-1918). Herausgegeben von der Arbeitsgruppe Zeitgeschichte und Geschichtspolitik der Rosa Luxemburg Stiftung, Berlin 2014, S. 5-13. Online verfügbar unter: [https://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Materialien/Materialien4\\_LangeLinien.pdf](https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Materialien/Materialien4_LangeLinien.pdf) (letzter Aufruf: 13.9.2016).
  - 2 Hier können nur einige der wichtigsten jüngeren deutschsprachigen Veröffentlichungen aufgeführt werden: Gerd Krumeich: Juli 1914. Eine Bilanz, Paderborn 2014; Jörn Leonhard: Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs, München 2014; Oliver Janz: 14 – Der große Krieg, Frankfurt a.M. 2013; Annika Mombauer: Die Julikrise. Europas Weg in den Ersten Weltkrieg, München 2014; Kurt Pätzold: 1914. Ein Ereignis und sein Nachleben, Berlin 2014; Herfried Münkler: Der große Krieg. Die Welt 1914 bis 1918, 6. Aufl., Berlin 2014; Christopher Clark: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog, 5. Aufl., München 2013.
  - 3 Inzwischen hat die besonders in den Jahren 2013/2014 geführte Debatte erwartbar an Vehemenz und Intensität verloren. Debattiert wird vermehrt über den wissenschaftlichen Ertrag der jüngsten Kontroverse. Unter dem Titel „Die unerwartete Wiederkehr der Schuldfrage. Der Erste Weltkrieg in der geschichtswissenschaftlichen Kontroverse“ zog die Zeitschrift für Geschichtswissenschaft jüngst ein erstes Resümee. Besondere Beachtung verdienen die Beiträge von Stephan Lehnstaedt: In der Endlosschleife? Debatten über die Schuld am Ersten Weltkrieg von Emil Ludwig bis Christopher Clark, S. 620-641 und Peter Becker: Der lange Streit über Verantwortung und Schuld. Karl Kautsky

skizziert die Stationen auf dem Weg in den Krieg vor dem Hintergrund der erneut polarisierenden Debatte. Hierbei sind Ursachen und Auslöser des Krieges in gleicher Weise zu berücksichtigen, wenn es zunächst um kriegsverursachende Strukturen und schließlich auch um einen Blick auf jene Tage im Juli 1914 gehen wird, in denen wenige Akteure Schicksal spielten. Die der neuen Kontroverse inhärente geschichtspolitische Problematik wird abschließend skizziert.

### Kriegsursachenforschung heute

50 Jahre nach der vom Hamburger Historiker Fritz Fischer ausgelösten Kontroverse um die deutsche Hauptverantwortung für den Krieg haben längst Publikationen Deutungshoheit erlangt, in denen mit Recht die Ansicht vertreten wird, dass die Führungen in Wien und Berlin den Ersten Weltkrieg im Wesentlichen zu verantworten haben. Zugleich wird aber auch festgehalten, dass die Entscheidungsträger in Sankt Petersburg, Paris und London eine im Einzelnen differenziert zu bewertende relevante Mitverantwortung tragen.

Die international vergleichende und verstärkt multiperspektivisch arbeitende Weltkriegsforschung hat seit Mitte der 1990er Jahre unser Wissen über die komplexen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen, die schließlich in den Krieg führten, über die Abläufe in der Juli-Krise, über Fragen der wechselseitigen Perzeption der maßgeblichen Akteure sowie über deren Handlungs- und Entscheidungsspielräume erheblich erweitert. Es sind quellengestützte, differenzierte Positionen zu den Ursachen und Verantwortlichkeiten für den Ersten Weltkrieg und die Krisenstrategien der europäischen Regierungen formuliert worden, die auch die Entente-Mächte stärker in den Blick nehmen.<sup>4</sup>

Dabei rückte zunehmend die Frage in den Vordergrund, wie es nach Jahrzehnten überwiegend erfolgreicher diplomatischer Konfliktlösung auf dem eu-

und Hermann Kantorowicz versus Christopher Clark, S. 642-660, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Heft 7/8, 2016.

<sup>4</sup> Siehe hierzu die aktuellen Forschungs- und Literaturberichte von Stig Förster: Hundert Jahre danach. Neue Literatur zum Ersten Weltkrieg, in: Neue Politische Literatur. Berichte aus Geschichts- und Politikwissenschaft, Heft 1, 2015, S. 5-25. Auch online verfügbar unter [http://www.neue-politische-literatur.tu-darmstadt.de/fileadmin/npl/NPL\\_1\\_2015\\_Foerster.pdf](http://www.neue-politische-literatur.tu-darmstadt.de/fileadmin/npl/NPL_1_2015_Foerster.pdf) (letzter Aufruf: 13.09.2016) und Arndt Weinrich: „Grosser Krieg“, Grosse Ursache? Aktuelle Forschungen zu den Ursachen des Ersten Weltkrieges, in: Francia – Forschungen zur westeuropäischen Geschichte, Bd. 30, 2013, S. 233-252. Auch online verfügbar unter <http://www.perspectivia.net/publikationen/francia/francia-retro/40-2013/0233-0252> (letzter Aufruf: 13.09.2016). Siehe auch den Beitrag von Jürgen Angelow in diesem Band.

ropäischen Kontinent und gelungener Einhegung von Kriegen seit dem Wiener Kongress 1815, im Sommer 1914 zum Weltkrieg kommen konnte; warum das „Konzert der Mächte“ nicht mehr in der Lage war, den Frieden zu bewahren.<sup>5</sup> Betont wird in diesem Zusammenhang völlig zu Recht die prinzipielle, aber eben nicht uneingeschränkte Kontingenz historischer Entwicklung, die trotz der im europäischen Imperialismus begründeten Krisenverdichtung im frühen 20. Jahrhundert nicht linear in einen allgemeinen Krieg führen musste.

Pessimistische Zukunftserwartungen und Fortschrittsoptimismus kennzeichnen den Zeitgeist im europäischen Zeitalter des Imperialismus gleichermaßen. Das 19. Jahrhundert kann daher mit Recht auch als Geschichte zunehmender internationaler Kooperation und Verflechtung sowie Globalisierung zwischen den Großmächten besonders auf ökonomischer Ebene erzählt werden.<sup>6</sup> Seit dem Wiener Kongress, welcher eine das monarchische Prinzip stützende und den so definierten Frieden sichernde Ordnung ermöglichte, etablierte sich ein europäisches System souveräner und formell gleichrangiger Staaten, das auf dem Grundsatz „bewaffneten Friedens“ und vergleichsweise lockerer ad hoc Bündnisse beruhte.<sup>7</sup> Die Bündnisarchitektur war mit anderen Worten noch nicht erstarrt, was politische Handlungsspielräume eröffnete. Zudem war notwendige Krisendiplomatie grundsätzlich darauf orientiert, Kriege in Europa einzuhegen, zu „lokalisieren“, also einen allgemeinen Krieg auf dem Kontinent zu verhindern.<sup>8</sup> Ein allgemeiner Friede konnte hundert Jahre aufrechterhalten werden. Auch die zunehmende Konkurrenz der europäischen Großmächte um Einflussphären in

<sup>5</sup> Dazu die instruktive Darstellung von Leonhard, Pandora, S. 29-127.

<sup>6</sup> Cornelius Torp: Mitten im Weltmarkt – Globalisierung und deutsche Volkswirtschaft im späten 19. Jahrhundert, in: Michael Epkenhans/Ulrich von Hehl (Hrsg.): Otto von Bismarck und die Wirtschaft, Paderborn u.a. 2013, S. 1-27. Leonhard, Pandora, S. 68.

<sup>7</sup> Leonhard, Pandora, S. 37; Krumeich, Juli 1914, S. 15.

<sup>8</sup> Dass die europäische Bündnisarchitektur des frühen 20. Jahrhunderts, in welcher sich letztlich zwei imperialistische Blöcke gegenüberstanden, im Konfliktfall nicht zwingend zur Eskalation und einem allgemeinen Krieg führen musste und sogar eine begrenzt friedenserhaltende bzw. Kriege räumlich einhegende Funktion hatte, ist eine in der Geschichtswissenschaft inzwischen weitgehend anerkannte These. Vgl. Hierzu zuletzt Leonhard, Pandora, S. 9-82. Jost Dülffer/Martin Kröger/Rolf-Harald Wippich (Hrsg.): Vermiedene Kriege. Deeskalation von Konflikten der Großmächte zwischen Krimkrieg und Erstem Weltkrieg, München 1997; vgl. auch Holger Afflerbach: Der Dreibund. Europäische Großmacht- und Allianzpolitik vor dem Ersten Weltkrieg, Wien 2002; Holger Afflerbach/David Stevenson (Hrsg.): An Improbable War? The Outbreak of World War I and European Culture before 1914, Oxford 2012; Friedrich Kießling: Gegen den „großen“ Krieg? Entspannung in den internationalen Beziehungen 1911–1914, München 2002.

Afrika und Asien sollte aller Spannungen und Dramatik im Einzelfall zum Trotz letztlich nicht zu einem Krieg in Europa führen,<sup>9</sup> ein österreichisch-russischer Antagonismus um Hegemonie in Südosteuropa hingegen schon.

Die Ursachenforschung hat mit den Worten William Mulligans den „teleologischen Tunnel“<sup>10</sup> der Narration vom unvermeidbaren Krieg verlassen. Plausible Belege für die hieraus zuletzt häufiger abgeleitete These, dass die deutsche Politik weniger verantwortlich für die Eskalation der Juli-Krise zum Weltkrieg sei, als es bisher als gesichertes Wissen gilt, hat die neuere Forschung allerdings nicht erbracht. Keine andere Regierung hat vehementer auf den Beginn der militärischen Aktion gedrängt als die deutsche. Es wird auch weiterhin über deutsche Verantwortlichkeit für einen Krieg nachzudenken sein, der bis zu 13 Millionen Opfer forderte.<sup>11</sup>

### „Kriegsschuld“ oder politisches Versagen?

Nein, die europäischen Mächte sind nicht als „Schlafwandler“ in den Krieg geraten, wie es der Titel des Bestsellers von Christopher Clark nahelegt. Zwar war der Kriegsausbruch im Sommer 1914 weder zwangsläufig noch von langer Hand geplant. Gleichwohl war er auch kein Betriebsunfall der Geschichte, sondern von Menschen – vornehmlich in Wien und Berlin – gemacht, die Krieg prinzipiell als „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ (Carl von Clausewitz) verstanden. In der konkreten Situation des Juli 1914 nahmen sie einen europäischen Krieg bewusst in Kauf, wie noch zu zeigen sein wird.

Die von Clark mit seinem Opus magnum angestoßene Debatte neigt dazu, den Auslöser des Krieges – das Attentat von Sarajevo auf den österreichischen Thronfolger und die hierdurch zunächst verursachte Juli-Krise – als dessen Ursache zu identifizieren. Verantwortlich für den Krieg sei ein kollektives Versagen der europäischen Krisendiplomatie gewesen, ein politisches Versagen überforderter Regierender, die sich der Tragweite ihres Handelns nicht bewusst waren. Aber kann tatsächlich von einem Versagen der Krisendiplomatie gesprochen werden? Bei näherer Betrachtung scheint die Frage unscharf formuliert. Wäre nicht vielmehr danach zu fragen, warum eine diplomatische Konfliktlösung seitens der Mittelmächte konsequent abgelehnt wurde?

9 Grundlegend zur Bedeutung der Krisenverdichtung vor 1914 zuletzt: Krumeich, Juli 1914, S. 15-36.

10 William Mulligan: *The Origins of the First World War*, Cambridge 2010, S. 227.

11 Siehe Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich/Irina Renz (Hrsg.): *Enzyklopädie Erster Weltkrieg*, 2. Auflage, Paderborn 2014, S. 663.

Gemäß der „Schlafwandler-These“ sind alle beteiligten Entscheidungsträger in ähnlicher Weise nicht schuldhaft verantwortlich für die „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ (Georg F. Kennan). So lautete der vom deutschen medialen Mainstream öffentlichkeitswirksam verbreitete Tenor zu den Werken von Clark und Herfried Münkler („Der große Krieg“). Dem schlossen sich manche nach historischer Entlastung der Deutschen sehne HistorikerInnen und PublizistInnen allzu gern an, um dem angeblichen deutschen „Schuldstolz“ zu widersprechen und eine Rückbesinnung auf einen starken Nationalstaat im gegenwärtig von Krisen geschüttelten Europa anzumahnen.<sup>12</sup> Darauf wird später noch zurückzukommen sein. Gemeinsame Verantwortung zu postulieren ist freilich plausibel. Bei genauerer Betrachtung der von Clark eingenommenen Perspektive fällt jedoch eine diskursive Verschiebung der Verantwortlichkeiten hin zu Frankreich, Russland, England und Serbien auf, wohingegen die Politik Österreich-Ungarns als im Grunde angemessen und die des Deutschen Reiches als prinzipiell um Deeskalation der Krise bemüht dargestellt wird. Ist die Entente schuld am Krieg? Die Argumentation mancher ProtagonistInnen der aktuellen Debatte trägt apologetische Züge und erinnert frappierend an die vehemente gegen den Versailler Friedensvertrag gerichteten deutsche „Schuldabwehr-Propaganda“ in den 1920er Jahren.<sup>13</sup>

Die Fragen nach den Ursachen und Verantwortlichkeiten für den Ersten Weltkrieg werden im Grunde genommen schon seit August 1914 kontrovers diskutiert. Die Antworten fallen je nach nationaler Verortung, politischem Standpunkt und Betroffenheit von den Ereignissen diametral verschieden aus – damals wie heute. Gleichwohl hatte sich in den 1930er Jahren die Auffassung des britischen

12 So argumentieren Dominik Geppert, Sönke Neitzel, Cora Stephan und Thomas Weber: „Warum Deutschland nicht alleine schuld ist“, in: *Die Welt* vom 04.01.2014. Der Artikel ist online verfügbar unter <http://www.welt.de/123516387> (letzter Aufruf 14.09.2016). Zur Diskussion der Werke von Clark und Münkler sowie ausführlich zur Debatte in den Feuilletons siehe auch den Beitrag von Wolfgang Kruse in diesem Band.

13 Vgl. hierzu neben dem in Anmerkung 12 genannten Welt-Artikel von Geppert, u.a.: Cora Stephan: „Hundert Jahre Traurigkeit“, in: *Neue Züricher Zeitung* vom 27.12.2013. Der Artikel ist online verfügbar unter: <http://www.nzz.ch/meinung/debatte/hundertjahre-traurigkeit-1.18211233> (letzter Aufruf: 14.09.2016). Andreas Kilb: „Die Selbsterstörung Europas“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 09.09.2013. Der Artikel ist online verfügbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/buecher/themen/ausbruch-des-ersten-weltkriegs-die-selbsterstoerung-europas-12563968.html> (letzter Aufruf: 14.09.2016). Herfried Münkler: „Neuentdeckung des Ersten Weltkriegs“, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 20.06.2014. Ralph Bollmann: „Wir waren schon ziemlich weit“, in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 29.12.2013.

Kriegs-Premiers David Lloyd George in Europa als Allgemeinplatz etabliert, der zufolge die Staatsmänner der Großmächte in den Krieg „hineingeschlittert“ seien. Laut damals gängiger Lesart war also niemand so richtig für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges verantwortlich.

Seit den späten 1950er Jahren gelang es Fritz Fischer und seinen SchülerInnen trotz mancher Überspitzungen und methodischer Schwächen, diese These nachhaltig zu erschüttern. Sie versuchten eine im deutschen Imperialismus, dem systematisches Vorgehen unterstellt wurde, begründete Hauptverantwortung für den Ersten Weltkrieg nachzuweisen, dessen Auslösung im Sommer 1914 von langer Hand geplant gewesen sein.<sup>14</sup> Seither sind mehr als 50 Jahre vergangen und zahllose Studien zum Ersten Weltkrieg und der Rolle des Deutschen Reiches erschienen. In wichtigen Fragen besteht heute ein breit getragener, aber nicht unumstrittener Konsens in der Geschichtswissenschaft. Hierzu gehört zunächst die keineswegs banale Feststellung, dass dem Ersten Weltkrieg ein Ursachengeflecht zugrunde liegt, das plausibel nur in europäisch vergleichenden Perspektiven aufgelöst werden kann.

In der aktuellen Debatte fällt nun aber auf, dass die Politiken Österreich-Ungarns, Frankreichs, Russlands und Großbritanniens während der Juli-Krise im Fokus stehen, wobei in Teilen ein Ausblenden oder Uminterpretieren derjenigen Dokumente festzustellen ist, die die jeweiligen Akteure entlasten. Die Politik des deutschen Kaiserreichs, als sei hierzu alles gesagt, wird hingegen bisweilen nur am Rande oder überhaupt nicht thematisiert.

Dass Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich aufgrund ihrer Eskalationspolitik in der Juli-Krise und Deutschland auch aufgrund seiner aggressiven Außenpolitik seit der Thronbesteigung Wilhelm II. gemeinsam die Hauptverantwortung für den Kriegsausbruch trugen, ist – von wenigen Ausnahmen abgesehen<sup>15</sup> – in der Forschung gleichwohl ebenso anerkannt, wie eine Mitverantwortung

14 Fritz Fischer: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914–1918, Düsseldorf 1967. Ders.: Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914, Düsseldorf 1969. Zur wissenschaftlichen und politischen Bedeutung Fischers siehe Konrad H. Jarausch: Der nationale Tabubruch. Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik in der Fischer-Kontroverse, in: Martin Sabrow/Ralph Jessen/Klaus Große-Kracht (Hrsg.): Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Grosse Kontroversen seit 1945, München 2003, S. 20–40.

15 Frankreichs angeblich besondere Verantwortung betont Stefan Schmidt: Frankreichs Außenpolitik in der Juli-Krise 1914. Ein Beitrag zur Geschichte des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges, München 2009. Eine maßgebliche Verantwortung Russlands für den Ersten Weltkrieg meint Sean McMeekin: The Russian Origins of the First World War, Cambridge 2011, nachweisen zu können. Vgl. auch die in diese Richtung gehende Argumentation bei Clark, Schlafwandler, und Jürgen Angelow: Der Weg in die Urkatastrophe, Berlin 2010.

der russischen, französischen und englischen Regierung. Weitgehend Einigkeit besteht auch in der Einschätzung, dass der Erste Weltkrieg das Resultat einer sich seit etwa 1900 zuspitzenden Vertrauenskrise in den zwischenstaatlichen Beziehungen auf europäischer Ebene ist. In der Folge verfestigten sich die europäischen Bündnissysteme, behielten aber ihren grundsätzlich defensiven Charakter bei.<sup>16</sup>

Dieser Konsens sollte hingegen nicht zu einer verkürzten Ursachenforschung verleiten. Monokausale Erklärungsansätze werden der komplexen, in den Krieg führenden Melange aus (macht-)politischen, militärischen und sozioökonomischen Erwägungen bzw. Entwicklungen sowie mentalen, sozialpsychologischen, ideologischen und kulturellen Momenten nicht gerecht. Besonders die Forschung zu den sozioökonomischen Ursachen stagniert und ist in den letzten 25 Jahren zunehmend in den Hintergrund getreten. Die Notwendigkeit einer wissenschaftstheoretischen Erneuerung des einst zentralen Forschungsfeldes ist offenkundig. Hier ist nicht zuletzt die in marxistischer Wissenschaftstradition stehende Historiografie und Publizistik zu konkreter Analyse angehalten. Sie ist gefordert, das eigene Narrativ vom imperialistischen Krieg kritisch zu hinterfragen, sich diskursiv und methodisch weiter zu öffnen und Erkenntnisse der (vermeintlich) bürgerlichen Geschichtswissenschaft nicht pauschal zurückzuweisen, will sie nicht in Selbstreferenz verharren und der weiteren Marginalisierung des eigenen Standpunkts Vorschub leisten. Es gilt die im Kapitalismus und Imperialismus begründeten Ursachen konkret zu identifizieren und nicht lediglich zu affirmieren oder seit Langem bekannte historische Entwicklungen in der immer wieder gleichen Weise zu beschreiben.<sup>17</sup>

Sicherlich ist der von der deutschen Sozialgeschichte lange Zeit betonte „Primat der Innenpolitik“ oder genauer gesagt der Sozialimperialismus, den besonders Hans-Ulrich Wehler als Strategie der Herrschaftssicherung im Kaiserreich herausgearbeitet hat, als politikleitendes Motiv im Juli 1914 nicht überzubewerten. Man muss der herrschenden Klasse desgleichen keine „Desperadamentalität im Kampf um die soziale und politische Machterhaltung“ unterstellen,<sup>18</sup> um

16 Leonhard, Pandora, S. 78 f.

17 Eher traditionelle Zugänge und Interpretationen bieten: Stefan Bollinger: Weltbrand, „Urkatastrophe“ und linke Scheidewege. Fragen an den „Grossen Krieg“, Berlin 1914. Heiner Karuscheit: Deutschland 1914. Vom Klassenkompromiss zum Krieg, Hamburg 2014. Siehe ferner die Beiträge zum Schwerpunktthema „August 1914“ in: Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Heft 98, Juni 2014.

18 Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Dritter Band, Von der deutschen „Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849–1914, München 2008, S. 1483.

zu erkennen, dass die Protagonisten der deutschen Kriegspartei immer auch Vertreter ihrer Klasseninteressen waren, dass mit anderen Worten Klassengesellschaften gegeneinander Krieg führten.<sup>19</sup> Ihre Interessen sahen sie im Sommer 1914 offensichtlich weniger durch die Arbeiterbewegung bedroht, als vielmehr in fatalistischen Zukunftserwartungen gefährdet, sich in der imperialistischen Konkurrenz der Großmächte nicht mehr lange behaupten zu können.

### „Weltmacht oder Niedergang“

Kurt Pätzold schlussfolgert in einer Analyse der Kriegsursachen im Rückblick auf die Jahrzehnte vor 1914, „dass niemand mehr und ausdauernder und entschlossener auf einen Krieg hinarbeitete als das Deutsche Kaiserreich“.<sup>20</sup> Bezogen auf die Politik während der Juli-Krise kann man sich dieser Feststellung, die man freilich auch für die Politik Wiens zu treffen hat,<sup>21</sup> vollkommen anschließen. Für die Phase des europäischen Hochimperialismus seit den 1880er Jahren wird man die These nicht uneingeschränkt stehen lassen können. Das Deutsche Reich war nicht imperialistischer als die übrigen Großmächte. Es war wohl auch nicht militaristischer als jene. Seine herausfordernde Interessenpolitik veränderte das „Konzert der Großmächte“ jedoch entscheidend.<sup>22</sup>

Das erst in jenen Jahren gegen den Willen Bismarcks zur Kolonialmacht aufgestiegene Deutsche Reich formulierte nach dem Abgang des „eisernen Kanzlers“ 1892 Anspruch auf Weltgeltung. Der alsbald viel zitierte „Platz an der Sonne“ (Bernhard von Bülow, 1897) sollte es sein. Kaiser Wilhelm II. und weite Teile der deutschen Bevölkerung wollten sich nicht dauerhaft mit dem Status einer kontinentalen Großmacht zufriedengeben.<sup>23</sup> „Weltpolitik“ lautete das Schlagwort, unter dem das Deutsche Reich, eine der seinerzeit führenden Militär- und Wirtschaftsmächte, eine ziellose imperialistische Außenpolitik betrieb, die überwie-

19 Nach wie vor anregend: Jürgen Kocka: *Klassengesellschaft im Krieg*, Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918, Frankfurt a.M. 1988 (unveränderter Nachdruck der zweiten Auflage, Göttingen 1978).

20 Kurt Pätzold: Im Sumpf. Zur Debatte um Kriegsursachen und Kriegsschuld vor dem 100. Jahrestag des Weltkrieg-I-Beginns, in: *Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, Heft 98, Juni 2014, S. 8-93, hier S. 88.

21 Dazu: Manfred Rauchensteiner: *Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie 1914–1918*, Wien, u.a. 2013.

22 Krumeich, Juli 1914, S. 21.

23 Weiterhin aktuell: Wolfgang J. Mommsen: *Triebkräfte und Zielsetzungen des deutschen Imperialismus vor 1914*, in: Ders.: *Der autoritäre Nationalstaat. Verfassung, Gesellschaft und Kultur im deutschen Kaiserreich*, Frankfurt a.M. 1990, S. 182-213.

gend auf ungestüme Durchsetzung, weniger auf Konsens orientierte diplomatische Aushandlung eigener Interessen setzte. Diese Politik trug erkennbar fatalistische Züge. In der Selbstwahrnehmung vieler Deutscher stellte sich lediglich die Alternative „Weltmacht oder Niedergang“. Dieser Fatalismus, die Furcht vor Abstieg und Verfall, war allerdings in allen imperialistischen Staaten spürbar.

Man kann den deutschen Imperialismus vor dem Ersten Weltkrieg als einen des *Überall-dabei-sein-Wollens* bezeichnen, der sowohl auf die Vergrößerung überseeischen Besitzes zielte als auch auf den Aufbau eines *informal Empire* indirekter kolonialer Herrschaft. Das in Verfolgung seiner weltpolitischen Ambitionen häufig Kriegsgefahr heraufbeschwörende, martialisch-aggressiv und bluffend-erpresserisch auftretende Deutsche Reich isolierte sich diplomatisch zusehends. Obschon bis zu diesem Zeitpunkt ein allgemeiner europäischer Krieg verhindert werden konnte, befanden sich weite Teile der Öffentlichkeit im Sommer 1914 nicht nur im kaiserlichen Deutschland in Erwartung eines als unausweichlich angesehenen Krieges zwischen den Großmächten.<sup>24</sup> Die deutschen Verantwortlichen in Militär und Politik hielten besonders einen Krieg gegen das wieder aufstrebende Russland, dem Expansions- und Kriegsabsichten in Südosteuropa unterstellt wurden, und dessen Bündnispartner Frankreich für unausweichlich. Anders als Russland wurde Frankreich aber nicht als unmittelbare Bedrohung wahrgenommen. In wenigen Jahren, so die Auffassung im Großen Generalstab und in der zivilen Reichsleitung, sei dagegen die russische Rüstung so weit entwickelt, dass das Zarenreich Deutschland militärisch überlegen sein würde. Dann wäre man der „russischen Dampfwalze“ schutzlos ausgeliefert. Noch aber könne ein Krieg gegen Russland und seine Verbündeten gewonnen werden, noch Deutschland im Zweibund mit Österreich-Ungarn seinen Status konsolidieren.

### Juli 1914: Österreich-Ungarn und Deutsches Reich

Die dem Attentat vom 28. Juni 1914 auf den österreichischen Thronfolger Franz-Ferdinand und seine Frau folgende diplomatische Krise nutzten die Regierung in Wien und das als treibende Kraft auftretende Deutsche Reich als Test der Machtarchitektur in Europa im Allgemeinen und der russischen Kriegsbereitschaft im Besonderen.<sup>25</sup> Der Zusammenhalt und die Belastbarkeit des Entente-Bündnisses

24 Wolfgang J. Mommsen: *Der Topos vom unvermeidlichen Krieg. Außenpolitik und öffentliche Meinung im Deutschen Reich im letzten Jahrzehnt vor 1914*, in: Ders., *Der autoritäre Nationalstaat*, S. 380-406.

25 Krumeich, Juli 1914, S. 80.

(Frankreich, Russland und England) sollten einer Probe unterzogen und die Zukunftsfähigkeit des Zweibundes sichergestellt werden.<sup>26</sup> Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich setzten im Juli 1914 die Eskalationsspirale nicht nur in Gang, sie beeinflussten auch – einen allgemeinen europäischen Krieg ins Kalkül ziehend – den weiteren Verlauf der Entwicklung entscheidend, wohingegen Russland, Frankreich und vor allem England überwiegend reaktiv und lange Zeit zurückhaltend agierten. Das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn trugen daher die Hauptverantwortung für den Krieg. So lautet die plausible Kernthese des Düsseldorfer Historikers Gerd Krumeich, der die bisher überzeugendste Untersuchung zur Juli-Krise vorgelegt hat.<sup>27</sup>

Österreich-Ungarn beabsichtigte, ein für alle Mal mit dem von einem Großserbien träumenden und die Reichseinheit akut gefährdenden Nachbarn, der eng mit Russland verbunden war, „aufzuräumen“, seinen Status als Großmacht abzusichern, „politischen Überlebenswillen unter Beweis [zu] stellen“<sup>28</sup> und den befürchteten Zerfall des Vielvölkerstaates zu verhindern. In Wien war man sich im Ministerrat nach einer Woche des Zögerns am 7. Juli zunächst beinahe ausnahmslos einig gewesen, dass die aufstrebende Regionalmacht Serbien unbedingt militärisch zu disziplinieren und kleinzuhalten sei, auch wenn dies ein militärisches Eingreifen Russlands zur Folge haben sollte.

Um mit Aussicht auf Erfolg Krieg führen zu können, war die Habsburgermonarchie allerdings zwingend auf die Unterstützung des deutschen Bündnispartners angewiesen, den man bewusst über die konkret geplanten militärischen Maßnahmen im Unklaren ließ, um sich Handlungsspielräume zu bewahren. Seine als „Blankoscheck“ in die Geschichte eingegangene bedingungslose Unterstützung versicherte Berlin dem Zweibundpartner am 5. und 6. Juli. Damit ist der Anfang der deutschen Eskalationspolitik in der Juli-Krise markiert. Anders als in den Balkan-Kriegen der Jahre 1912 und 1913, als das Deutsche Reich dem Bündnispartner seine Unterstützung für eine Politik der freien Hand verweigerte, rieten die Deutschen den Österreichern nicht zur Zurückhaltung. Im Gegenteil: Die Verantwortlichen in Wien konnten sich durch diese Zusage ermuntert fühlen, mit Serbien nach Belieben zu verfahren. Von einer militärischen Intervention überzeugen mussten die Deutschen den Bündnispartner allerdings nicht. Dass Berlin nicht genau über Strategie und Ausmaß der militärischen Intervention der Doppelmonarchie informiert war, mindert die Verantwortung Berlins für

26 Leonhard, Pandora, S. 119.

27 Krumeich, Juli 1914.

28 Leonhard, Pandora, S. 89.

den Krieg keineswegs. Es verdeutlicht vielmehr die Bedingungslosigkeit der Unterstützung für Wien und die Bereitschaft des Deutschen Reiches, im Zweifel Krieg gegen Russland und damit auch gegen Frankreich zu führen.

Bedeutsam für die deutsche Entscheidung zum Krieg im Juli 1914 war eine unter den militärischen, politischen und gesellschaftlichen Eliten weitverbreitete Zukunftsangst, den bisher anerkannten Status als Großmacht einzubüßen. Man wird diese wohl überwiegend auf autosuggestive Prozesse im Kontext außen- und innenpolitischer Entwicklungen zurückführen können. Für das Deutsche Reich bot sich die Gelegenheit, die selbst verursachte internationale Isolierung zu durchbrechen, in einem militärstrategisch noch günstig scheinenden Augenblick den erreichten Status zu konsolidieren und, trotz des Fehlens eines konkreten geopolitischen Entwurfes, vielleicht doch noch zur Weltmacht aufzusteigen, anstatt sich dauerhaft mit dem Status einer saturierten kontinentalen Großmacht zufrieden geben zu müssen. Das zuletzt genannte Motiv war allerdings erst im Rahmen der sich bald in Maßlosigkeiten überbietenden Kriegszieldiskussion in den Wochen nach Kriegsbeginn von Bedeutung und spielte während der Juli-Krise für die Entscheidungsträger keine heute belegbare Rolle. Insofern kann die deutsche Bereitschaft zum Krieg als imperialistisch-defensiv gedeutet werden. Das deutsche Spiel mit dem Feuer manifestierte sich in der Forderung nach „Lokalisierung“ des sich abzeichnenden militärischen Konflikts. Diese Forderung, die seit dem 12. Juli die offizielle Haltung Berlins darstellte, diente nicht etwa zur Deeskalation der Krise. Russland, Frankreich und England sollten Österreich gegen Serbien frei gewähren lassen, da es sich lediglich um einen Konflikt zwischen diesen beiden Mächten handele. Eine Einmischung Dritter würde das Eingreifen des Deutschen Reiches nach sich ziehen. Gerd Krumeich bezeichnet die auf „Lokalisierung“ abzielende deutsche Krisenpolitik gegenüber den Entente-Mächten treffend als „eine noch nie da gewesene Erpressung“.<sup>29</sup> Einer Verschiebung der Machtverhältnisse auf dem Kontinent zugunsten des Zweibundes würden die Entente-Mächte nicht tatenlos zusehen. Unverhohlener kann man einen allgemeinen Krieg kaum provozieren.

Nach dem 6. Juli drängte Berlin Wien aus militärstrategischer Notwendigkeit unablässig zur Eile. Ohne Erfolg. Erst am 23. Juli überreichte Österreich, nachdem dessen Armee prinzipiell wieder mobilisierbar war – viele Soldaten waren zuvor als Erntehelfer im Einsatz –, Serbien ein lange vorbereitetes und bewusst unannehmbar formuliertes Ultimatum im Zusammenhang mit der Aufklärung des Attentats am Thronfolgerpaar. Über die Tendenz und die beabsichtigte Wir-

29 Krumeich, Juli 1914, S. 85.

kung des Ultimatums war die deutsche Regierung im Vorfeld orientiert, ohne dass dagegen Einwände gegenüber Wien erhoben worden wären.<sup>30</sup> Belgrad hatte binnen 48 Stunden zu antworten. Die Mobilmachung Österreichs stand bevor. Jörn Leonhard gelangt in Anlehnung an Christopher Clark zu der Einschätzung, dass die serbische Antwort weniger entgegenkommend formuliert gewesen sei, als es die Forschung bisher betont. Vielmehr dokumentiere die Antwort, dass die serbische Regierung kein Interesse an einer Aufklärung der Mordtat gehabt habe. Sie hätte fürchten müssen, dass ihre Verstrickung in das Komplott bewiesen werde.<sup>31</sup> Der Hinweis ist womöglich nicht gänzlich unberechtigt, vermag aber nicht vollends zu überzeugen. Bis heute konnten keine Belege dafür vorgebracht werden, dass die serbische Regierung als solche von den Attentatsplänen wusste oder aktiv an der Vorbereitung beteiligt war. Auch Clark bleibt hier spekulativ. Wir wissen lediglich, dass die Attentäter direkte Verbindungen zum serbischen Militär hatten, das in Person von Dragutin Dimitrievic alias Apis, dem Chef des militärischen Geheimdienstes, direkt in das Attentat involviert war.<sup>32</sup> Insofern ist es zumindest fraglich, ob die Regierung hätte fürchten müssen, desavouiert zu werden, wenn österreichische Stellen an den Ermittlungen zur Aufklärung des Attentats beteiligt worden wären. Gemessen an den zeitgenössischen Maßstäben diplomatischen Handelns bedeuteten die Forderungen, welche die Souveränität Serbiens tangierten, eine Demütigung für die Regierung in Belgrad und galten folglich als unannehmbar. Auf diese Weise inszenierte Wien einen diplomatischen Vorwand für ein militärisches Vorgehen.

### Juli 1914: Russland, Frankreich und England

Offensichtlich hatten Russland, Frankreich und England vor Bekanntwerden des Ultimatums am 24. Juli die letzte Konsequenz der deutschen „Lokalisierungs-Politik“ noch nicht erfasst. Vielleicht nicht deutlich genug hatte Russland aber auch schon in der ersten Phase der Juli-Krise zu erkennen gegeben, dass es im Zweifelsfall bereit und in der Lage sei, Serbien militärisch beizustehen.<sup>33</sup> Mag sein, dass in Sankt Petersburg zu unklar gesprochen oder in Berlin nicht gut genug zugehört worden war. Beides ist denkbar. Zweifellos: Eine militärische Aktion Österreichs wurde allgemein erwartet, die Tragweite bekannter Schutzallianzen

30 Ebenda, S. 109.

31 Leonhard, Pandora, S. 99 f.

32 Krumeich, Juli 1914, S. 61.

33 Ebenda, S. 104.

zeichnete sich bereits ab. Die anhaltende Eskalationspolitik des Zweibundes verfehlte ihre Wirkung nicht. In erster Linie legten Russland und Frankreich ihre politische Zurückhaltung allmählich ab.

Die Entente-Mächte, besonders England, bemühten sich unmittelbar nach Bekanntwerden des Ultimatums zunächst noch verstärkt um eine Internationalisierung des Konfliktes und hofften, die Krise auf dem Kongresswege entschärfen zu können. England regte bis zum Kriegsbeginn wiederholt eine gemeinsame Vermittlung Großbritanniens, Frankreichs, Deutschlands und Italiens an. An einer zivilen Lösung, zumal unter Beteiligung dritter Mächte, waren allerdings weder das Deutsche Reich noch die Habsburgermonarchie interessiert. Von einem etwaigen diplomatischen Erfolg gegen Serbien erwarteten die Mittelmächte keine nachhaltige Aufwertung des Zweibundes. Als Reaktion hierauf schwenkte Russland, die um ihr Prestige besorgte traditionelle slawische Schutzmacht, ab dem 25. Juli allmählich auf einen Kurs der bewaffneten Diplomatie um, nachdem es Serbien tags zuvor seine Unterstützung im Falle eines österreichischen Angriffs zugesagt hatte.

In diesem Sinne war auch dessen „Mobilmachung“ zu deuten, die am 26. Juli schrittweise begann; gleichzeitig blieb man in Sankt Petersburg verhandlungsbereit, auch wenn im Hintergrund die Generalmobilmachung der russischen Armee drohte und Vorbereitungen für einen Krieg getroffen wurden.<sup>34</sup> Dies bedeutete unbestreitbar eine weitere Verschärfung der Krise. Frankreich, das sein als existenziell empfundenes Bündnis mit Russland nicht gefährden wollte, vermied es, mäßigend auf die zaristische Regierung einzuwirken und orientierte seine Politik an russischen Interessen. Paris hatte in Folge der zweiten Marokko-Krise von 1912, die beinahe zu einem deutsch-französischen Krieg geführt hätte, die bestehende Militärkonvention mit Russland auf eine neue Grundlage gestellt und Sankt Petersburg militärische Unterstützung für den Fall zugesichert, dass Russland einen Krieg gegen Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich in Südosteuropa zu führen habe.<sup>35</sup> Einen lange geplanten Staatsbesuch in Sankt Petersburg zwischen dem 21. und 23. Juli nutzte der französische Präsident Raymond Poincaré, begleitet von Ministerpräsident René Viviani, offensichtlich auch, um dem Zaren zu versichern, dass französische Unterstützung auch für den Fall gewährt würde, dass Russland Serbien im aktuellen Konflikt zur Hilfe eilt.<sup>36</sup> Russland konnte

34 Mombauer, Die Julikrise, S. 98-101.

35 Leonhard, Pandora, S. 62 f.

36 Ebenda, S. 117. Die Auffassungsunterschiede zwischen Poincaré und Viviani betonend Krumeich, Juli-Krise, S. 87-91.

sich in seiner nun einsetzenden Risikopolitik gegen die Mittelmächte bestätigt fühlen. Noch aber war ein Krieg zu verhindern. Gleichwohl schlug die Nervosität in Berlin, Wien, Sankt Petersburg, Paris und London mit Bekanntwerden des Ultimatums an Serbien allmählich in Hysterie um.

Die Entscheidung über Krieg und Frieden lag beim Zweibund. Aber selbst als Österreich-Ungarn Serbien am 28. Juli den Krieg erklärte und daraufhin Russland zwölf Armeekorps mobilisierte, wäre ein Krieg noch immer zu vermeiden gewesen. In den beteiligten Hauptstädten wurden nun allerdings die unmittelbaren Vorbereitungen zum Krieg getroffen. Die endgültige Entscheidung zum Krieg fiel am 31. Juli, dem Tag der russischen und österreichischen Generalmobilmachungen und der deutschen „Erklärung des drohenden Kriegszustands“, die wiederum Ultimaten an Sankt Petersburg und Paris nach sich zogen, die Mobilmachung zurückzunehmen bzw. sich neutral zu verhalten. Die russische Generalmobilmachung, eine unmittelbare und einkalkulierte Folge der Risikopolitik des Zweibundes, machte einen Krieg sehr viel wahrscheinlicher, aber immer noch nicht unumkehrbar notwendig.

Aufgrund der engen Zeitplanung des deutschen Aufmarschplanes (Schlieffenplan), der zum Auftakt eines Krieges gegen Russland einen Krieg gegen Frankreich vorsah, welcher wiederum die Verletzung der luxemburgischen und belgischen Neutralität erforderlich machte, bedeutete eine deutsche Mobilmachung zwingend Krieg.<sup>37</sup> Folgerichtig erklärte Berlin am Tag der deutschen Mobilmachung, es war der 1. August 1914, Russland den Krieg. Zwei Tage später erfolgte die Kriegserklärung an Frankreich. England, dem höchstens seine lange Unentschlossenheit, wie es sich im Falle eines Krieges mit russischer und französischer Beteiligung verhalten würde, zum Vorwurf gemacht werden kann, erklärte dem Deutschen Reich aufgrund der Verletzung der Neutralität Belgiens, dessen Garantiemacht England war, am 4. August den Krieg. Die Entscheidung Londons zum Krieg war in zweierlei Hinsicht geopolitisch motiviert. Man wollte erstens die Beziehungen zu Russland nicht belasten, das ein Konkurrent um Einflussphären in Asien war und eine potentielle Bedrohung für Indien und damit das Empire darstellen konnte. Zweitens war London an einer Aufrechterhaltung des Mächtegleichgewichts auf dem Kontinent interessiert.

Der Schlüssel zur verpassten Deeskalation der Krise hatte vor allem in Berlin gelegen.<sup>38</sup> Das Deutsche Reich provozierte einen allgemeinen europäischen Krieg, den die militärische Führung prinzipiell für unausweichlich hielt. Es unterstützte

37 Mombauer, *Die Julikrise*, S. 103.

38 Leonhard, *Pandora*, S. 119.

den Bündnispartner bedingungslos, ließ im „freie Hand“ und drängte ihn zu schnellem militärischen Handeln. Es erpresste die Entente-Mächte mit einer mit Krieg drohenden Lokalisierungs-Strategie und verweigerte sich allen diplomatischen Vermittlungsvorschlägen. Mit seiner Politik verstärkte die Regierung in Berlin die Vertrauenskrise zwischen den Großmacht-Allianzen und provozierte krisenverschärfende politische und schließlich militärische Reaktionen in Sankt Petersburg, Paris, Belgrad und London, die eine Vermeidung eines allgemeinen europäischen Krieges zunehmend unwahrscheinlich werden ließen. Die Geister, die Berlin rief, sollte es so schnell nicht wieder loswerden. Es sollte der fürchterlichste Krieg werden, den die Welt bis dahin erlebt hatte.

### Welches Vaterland darf's sein? Probleme deutscher Erinnerungspolitik heute

Besonders in den Feuilletons konservativer deutscher Zeitschriften dominierte im Erinnerungsjahr 2014 ein geschichtspolitisch problematischer Diskurs der Relativierung deutscher Verantwortung. Öffentlichkeitswirksam wurden Positionen formuliert, die mitunter einer Opferrolle Deutschlands das Wort redeten und eine Rückbesinnung auf nationale Identitäten forderten.

Noch ist nicht abzusehen, ob die durch den „Erinnerungstsunami“ verursachten Verwerfungen langfristige Folgen zeitigen werden oder ob die Verschiebung der Diskurse nur eine Momentaufnahme darstellt. Die bisherige Rezeption zentraler Thesen der Werke von Clark und vor allem Münkler in der Geschichtswissenschaft legen die Vermutung nahe, dass die Impulse dieser neuen großen Erzählung vom Ersten Weltkrieg auf die wissenschaftliche Diskussion, die auch abseits der Erinnerungskontexte zu Jahrestagen kontinuierlich und meist unaufgeregt geführt wird, weniger Nachhaltigkeit entfalten werden, als es im Jahr 2014 den Anschein hatte. Die öffentlichkeitswirksame populärkulturelle und feuilletonistische Debatte, die freilich auf die Fachdiskurse rekurriert, verfügt hingegen über ungleich größere Potenziale des politischen Revisionismus die Kriegsverantwortungsfrage betreffend, und dies im Hinblick auf beide Weltkriege. Sind doch der Aufstieg des Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg nicht ohne den Ersten Weltkrieg erklärbar.<sup>39</sup>

Die in den Medien dominanten relativierenden Positionen zur deutschen Politik in der Juli-Krise sind unmittelbar anschlussfähig an die offiziöse vergan-

39 Zu den vielfältigen Verbindungslinien siehe Gerd Krumeich (Hrsg.): *Nationalsozialismus und Erster Weltkrieg*, Essen 2010.

genheitspolitische Meistererzählung und an entsprechende erinnerungskulturelle Praktiken zur jüngeren deutschen Geschichte, die mit dem unhinterfragbaren Primat einer repräsentativen Demokratie als Ordnungsprinzip einer bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft das „Ende der Geschichte“ gekommen sehen. Mit diesen Deutungen lassen sich zugleich gegenwärtige deutsche neoimperialistisch deutbare Ambitionen legitimieren.

In welcher Weise sich die relativistischen Potenziale tatsächlich entfalten können, wird nicht zuletzt von der Wachsamkeit und Interventionsfähigkeit kritischer Geschichte und Erinnerungspolitik abhängen, der sich der Autor des vorliegenden Beitrages verpflichtet fühlt. Besondere Aufmerksamkeit ist immer dann gefordert, wenn öffentliche geschichtspolitische Debatten und offiziöse Erinnerungskultur sich wechselseitig durchdringen. Das gilt, um nur ein Beispiel zu nennen, namentlich für die Bezugnahmen auf Nation (und Vaterland),<sup>40</sup> Nationalismus, Täter-Opfer-Diskurse und die Frage der Zusammenhänge von Erstem Weltkrieg, Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg.

Mit Benjamin Ziemann kann festgestellt werden, dass der Erste Weltkrieg auch in der Bundesrepublik Deutschland – flankiert von Angriffen auf angebliche „linke Geschichtsmysen“ (deutsche Hauptverantwortung) – als Projektionsfläche für Probleme nationalen Selbstverständnisses instrumentalisiert, mithin eine „Neujustierung der nationalen Identität“ angestrebt wird.<sup>41</sup> Die in Bundespräsident Joachim Gauck personifizierte offiziöse Erinnerungspolitik, man denke an den Staatsbesuch am 3. August 2014 im Elsass am Hartmannsweilerkopf, pflegt auch hinsichtlich des Ersten Weltkrieges keinen ideologiekritischen Umgang mit dem deutschen Nationalismus.<sup>42</sup> Vielmehr wird um die Frage gestritten, welches Vaterland es sein darf: ein in internationale Institutionen eingebundener Nationalstaat oder ein „entfesselter“ Deutschland, das sich nicht seiner politischen Souveränität berauben lässt, das selbstbewusst, moralisch unbelastet und frei von „Schuldstolz“ nach neuer Weltgeltung strebt?

Es wird hier über den politisch opportunen Weg zu deutscher Hegemonie in Europa gestritten. Erschreckenderweise nimmt Gauck eine noch eher liberale Position ein, wenn er eine Sinnstiftung des Krieges in der europäischen Inte-

<sup>40</sup> Siehe dazu den Beitrag von Anke Hoffstadt in diesem Band.

<sup>41</sup> Benjamin Ziemann: Klassenkampf im Schützengraben, in: taz. Die Tageszeitung vom 28.03.2014, Sonderbeilage „1914–1918: Der vorletzte Weltkrieg – hoffentlich“, S. 6 f.

<sup>42</sup> Vgl. das Manuskript der Rede des Bundespräsidenten, zugänglich unter: [www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2014/08/140803-Gedenken-Hartmannsweilerkopf.html](http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2014/08/140803-Gedenken-Hartmannsweilerkopf.html) (letzter Aufruf: 13.09.2016)

gration neoliberaler Prägung nach 1945 vornimmt und die seines Erachtens progressiven Aspekte der „Idee von der Nation“ hervorhebt. Eine Überwindung nationalstaatlicher Ordnungsvorstellungen bedeutet aber noch lange keine Infragestellung nationaler Identitäten oder kapitalistischer Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepte.

Des Weiteren können die Thesen Christopher Clarks und Herfried Münklers als Legitimationshilfen für militärische Interventionen im Ausland gelesen werden, wenn es vorgeblich gilt, ein zweites Sarajevo in Afghanistan, Syrien, Mali oder wo auch immer auf der Welt zu verhindern. Dass Deutschland mehr Verantwortung für den „Erhalt des Friedens“ in der Welt übernehmen möchte, de facto ein modernes *informal Empire* anstrebt, in diese Richtung weisen die Verlautbarungen des Bundespräsidenten im Frühjahr und Sommer 2014.

Last but not least ist das Diktum von der historischen Alternativlosigkeit repräsentativ-demokratischer und kapitalistischer Ordnungsprinzipien beim menschlichen Zusammenleben und der Delegitimierung emanzipatorischer Alternativen kritisch zu hinterfragen. Die historische Entwicklung der Jahre 1914 bis 1989 wird in diesem Sinne als Ausnahme von der Regel interpretiert. Die Zeit der beiden Weltkriege und der staatssozialistischen Gegenentwürfe gilt als Unterbrechung in der als natürlich unterstellten Entwicklung zum heute hegemonialen Prinzip. In dieser Hinsicht sind wir noch weit entfernt von einer allgemein anerkannten Kontingenz der historischen Entwicklung.

## Teil II

### Die langen Linien: Erster Weltkrieg, Faschismus und Nationalsozialismus

Marcel Bois

## Zurück ins Bewusstsein

### Ein kurzer Ausblick auf hundert Jahre Revolution und Kriegsende

Junge Männer in Uniform drängeln sich an den weit geöffneten Fenstern. Sie winken fröhlich, recken Fäuste in die Höhe und salutieren mit ihren Mützen. Alle wollen noch einen letzten Blick nach draußen erhaschen, bevor sich der Zug in Bewegung setzt. „Von München über Metz nach Paris“ hat jemand mit Kreide auf die Außenwand des Wagens geschrieben.<sup>1</sup> Es sind Soldaten, die es kaum erwarten können, in den Krieg zu ziehen. Militärfotos wie Oscar Tellgmann haben während der Mobilmachung im Sommer 1914 zahlreiche solcher Bilder geschossen. Ihre Fotos haben sich tief in das kollektive Gedächtnis eingebrannt – und nicht unwesentlich dazu beigetragen, den Mythos der allgemeinen Kriegsbegeisterung zu konstruieren.<sup>2</sup>

Vier Jahre später, im Herbst des Jahres 1918, ist von dieser Begeisterung kaum noch etwas zu spüren. Das deutsche Heer ist der gewaltigen Materialüberlegenheit britischer, französischer und US-amerikanischer Truppen nicht mehr gewachsen. Die Soldaten an der Front sind ermattet und kriegsmüde. In der Heimat entziehen sich zu dieser Zeit Schätzungen zufolge zwischen 750.000 und einer Million Menschen dem Frontdienst.<sup>3</sup> Es gärt schon länger: Bereits im Winter 1915/16 kommt es immer wieder zu Hungerunruhen. Im April 1917 streiken 200.000 Metallarbeiter gegen die Auswirkungen des Krieges und ein knappes Jahr später – in den Januarstreiks von 1918 – beteiligen sich über eine Million Arbeiter in einem Dutzend Städten an Arbeitskämpfen.<sup>4</sup>

1 Oscar Tellgmann: Deutsche Soldaten aus Eisenbahnwaggon winkend (Aufschrift: „Von München über Metz nach Paris“), August 1914, Bundesarchiv, Bild 146-1994-022-19A.

2 Zur vermeintlichen Kriegsbegeisterung siehe Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich: Deutschland im Ersten Weltkrieg, Frankfurt a.M. 2013, S. 51-70; Jeffrey Verhey: Der „Geist von 1914“ und die Erfindung der Volksgemeinschaft, Hamburg 2000.

3 Siehe Sönke Neitzel: Weltkrieg und Revolution 1914–1918/19, korr. Nachdruck, Bonn 2011, S. 148.

4 Zu den Antikriegsprotesten siehe auch die entsprechenden Beiträge von Michael Pesek, Irena Selišnik/Ana Cergol Paradž/Ziga Koncilija und Axel Weipert im vorliegenden Band.

Nun aber, im Herbst 1918, ist klar: Das Deutsche Reich wird den Krieg nicht mehr gewinnen. Trotzdem will die Marineführung die Flotte zu einer letzten verzweifelten Schlacht auslaufen lassen. Mit dieser Entscheidung bringt sie das sprichwörtliche Fass zum Überlaufen. In Wilhelmshaven revoltieren die Matrosen gegen diesen Plan. Ein Teil von ihnen wird daraufhin nach Kiel verlegt – und beginnt auch dort mit dem Aufstand: In der Nacht vom 3. auf den 4. November entwaffnen sie ihre Offiziere und hissen auf den Schiffen rote Fahnen. Aus Solidarität treten die Kieler Arbeiter in einen Generalstreik, stellen sich an die Seite der Matrosen und übernehmen – in Form der neu gebildeten Arbeiter- und Soldatenräte – die Macht in der Stadt. Die Novemberrevolution hat begonnen.<sup>5</sup>

In den folgenden Tagen spielt wie zu Kriegsbeginn die Eisenbahn eine besondere Rolle. Auch diesmal ist sie „Propagandaträger“ – nur dass sie jetzt keine Kreideparolen, sondern revolutionäre Soldaten und Matrosen transportiert. Schnell breitet sich der Aufruhr entlang der Eisenbahnlinien aus. Erst erreicht er andere Städte in Norddeutschland, dann Orte im Süden. In den beiden Tagen vor dem 9. November ist die Revolution beispielsweise schon in Köln, Dresden und Frankfurt am Main angekommen – und auch in München, dort allerdings ohne Anstoß von außen.<sup>6</sup>

Am 9. November selbst erreichen die Proteste schließlich auch die Reichshauptstadt Berlin. Am Morgen ziehen riesige Demonstrationzüge von den Außenvierteln ins Stadtzentrum. Aus den meisten Kasernen, an denen die Demonstranten vorbeilaufen, schließen sich die Soldaten an, besetzen das Polizeipräsidium und entwaffnen die Polizisten. In den frühen Nachmittagsstunden bricht schließlich der Widerstand einzelner Offiziere, die sich in der Universität und in der Staatsbibliothek verschanzt haben, zusammen. Unter dem Druck der Bewegung lässt Reichskanzler Prinz Max von Baden noch am selben Tag den Rücktritt Wilhelms II. vom kaiserlichen und königlich preußischen Thron verkünden.<sup>7</sup>

Innerhalb weniger Tage fegte die Massenbewegung der Arbeiterinnen, Arbeiter und Soldaten also die jahrhundertealte monarchische Ordnung hinweg. Sie entmachtete nicht nur den Kaiser, sondern alle zweiundzwanzig deutschen Könige und Fürsten und beendete darüber hinaus auch Deutschlands Beteiligung

5 Siehe Volker Ullrich: Die Revolution von 1918/19, München 2009, S. 28-30.

6 Siehe Pierre Broué: The German Revolution 1917–1923, Chicago 2006, S. 142-146. Zu Bayern siehe Ralf Höller: Der Anfang, der ein Ende war. Die Revolution in Bayern 1918/19, Berlin 1999.

7 Siehe Chris Harman: Die verlorene Revolution. Deutschland 1918–1923, Frankfurt a.M. 1998, S. 56-58.

am Ersten Weltkrieg. Am 11. November unterzeichnete eine deutsche Delegation in Frankreich den Waffenstillstand. Aber nicht nur das. Die Revolution schuf den ersten demokratischen Staat auf deutschem Boden, die Weimarer Republik. Die Menschen, die um die Jahreswende 1918/19 auf die Straßen gingen, erkämpften unter anderem ein parlamentarisches System mit freiheitlicher Verfassung, das Frauenwahlrecht sowie verschiedene soziale Fortschritte wie den Achtstundentag.

Im Jahr 2018 jähren sich nun diese Ereignisse zum hundertsten Mal. Auf den ersten Blick erscheint es jedoch, als ob die Revolution von 1918/19 keine besondere Würdigung in der Öffentlichkeit erfahren wird. Eine außerordentliche mediale Aufmerksamkeit wie anlässlich des hundertsten Jubiläums des Ersten Weltkriegs ist kaum vorstellbar. Trotz der Tatsache, dass ein enger Zusammenhang zwischen Krieg und Revolution besteht, und entgegen der herausragenden Bedeutung, welche die Ereignisse der Jahre 1918/19 für die deutsche Geschichte haben, rezipierten Politik und Medien sie bislang kaum. Wenn in Deutschland des 9. Novembers gedacht wird, dann wegen der Ereignisse von 1938 („Reichspogromnacht“) und 1989 („Mauerfall“). Besonders deutlich exerzierte dies Bundespräsident Joachim Gauck im Jahr 2012, als er den 9. November als Schicksalstag der Deutschen würdigte. Über die Novemberrevolution verlor er damals kein Wort.<sup>8</sup>

Ein Blick ins Geschichtsregal einer beliebigen Buchhandlung bestätigt diese Befunde: Während andere Ereignisse und Phasen deutscher Geschichte – allen voran natürlich die NS-Zeit – ganze Regalmeter füllen, finden sich dort meist nur eine Handvoll Bücher zur Revolution und zur darauf folgenden Weimarer Republik. Besonders augenfällig wird die fehlende Erinnerung an 1918/19 im direkten Vergleich mit der Revolution von 1848. Obwohl der Begriff „gescheiterte Revolution“ hier wesentlich deutlicher zutrifft als auf die Ereignisse nach dem Ersten Weltkrieg, erfreut sich der Umsturzversuch aus der Mitte des 19. Jahrhunderts noch immer großer Beliebtheit. Für Jürgen Mittag ist das ein Beleg dafür, dass der Zeitabschnitt zwischen 1918 und 1920 in der Vergangenheit „nicht als Gründungsphase der deutschen Demokratie wahrgenommen“ wurde. Anders als der vorausgegangene Krieg spielte er „in der deutschen Erinnerungskultur nur eine marginalisierte Rolle“.<sup>9</sup>

8 Gedenken am 9. November: Für Gauck gehören Pogromnacht und Mauerfall zusammen, Spiegel Online, 09.11.2012, online unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fuer-gauck-gehoren-pogromnacht-und-mauerfall-zusammen-a-866396.html> (abgerufen am 17.08.2016).

9 Jürgen Mittag: Von der verratenen zur vergessenen Revolution? Einleitende Anmerkungen zum Kontext von Arbeiterbewegung und Ruhrgebiet in der Revolution 1918 bis 1920, in: Karl Christian Führer u.a. (Hrsg.): Revolution und Arbeiterbewegung in Deutschland 1918–1920, Essen 2013, S. 19–43, hier S. 32.

Alexander Gallus schreibt derweil, der Sturz der Hohenzollern falle „aus dem Narrativ der Demokratiegeschichte Deutschlands heraus“. Er „verkümmert zum Auftakt der herannahenden Diktaturgeschichte, so als ob es nach dem Spätherbst 1918 keine Entwicklungschancen für die Weimarer Republik gegeben und Hitler schon damals an den Pforten der Reichskanzlei gerüttelt hätte.“<sup>10</sup>

Das wirft die Frage auf: Woher rührt dieses Desinteresse an der Novemberrevolution? Eine mögliche Antwort darauf liefert Wolfgang Niess, der kürzlich eine umfassende Studie über die Historiografie zur Revolution von 1918/19 veröffentlicht hat.<sup>11</sup> Darin zeigt er auf, wie deutlich sich gesellschaftliche und politische Kräfteverhältnisse in den vergangenen Jahrzehnten auf die historische Forschung ausgewirkt haben. Dementsprechend lautet seine These: Die gegenwärtige Ignoranz gegenüber der Revolution ist dem Zeitgeist geschuldet.

Diesen Ansatz aufgreifend werde ich im Folgenden einen kurzen Abriss über die Rezeption der Revolution seit der Weimarer Republik geben und dabei aufzeigen, welche gesellschaftlichen Entwicklungen sie prägten: Warum war das Bild der Revolution in der Bundesrepublik der 1970er Jahre ein ganz anderes als noch in den 1950ern? Warum verschwanden die Ereignisse im letzten Jahrzehnt des zwanzigsten Jahrhunderts vollkommen aus dem Bewusstsein? Vor allem möchte ich aber auf die Zeit seit 2008, also dem 90. Jahrestag, blicken und fragen: Gibt es neue Forschungen? Ist ihr Erscheinen möglicherweise durch ein verändertes gesellschaftliches Klima zu erklären? Und was wird das für die öffentliche Rezeption im Jubiläumsjahr 2018 bedeuten?

## Zwischen Dolchstoß und Verrat: Revolutionswahrnehmungen in der Weimarer Republik

Das Unbehagen mit der Novemberrevolution hat seinen Ursprung in der Weimarer Republik. Keine der großen Parteien bezog sich damals positiv auf die Ereignisse von 1918/19. Es handelte sich um eine „Revolution, die keiner wollte“.<sup>12</sup>

10 Alexander Gallus: Einleitung, in: Ders. (Hrsg.): Die vergessene Revolution von 1918/19, Bonn 2010, S. 7–13, hier S. 8.

11 Wolfgang Niess: Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung. Deutungen von der Weimarer Republik bis ins 21. Jahrhundert, Berlin/Boston 2013. Die Publikation basiert auf der noch umfangreicheren Dissertationsschrift des Autors: Wolfgang Niess: Metamorphosen einer Revolution. Das Bild der deutschen Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung, Diss., Universität Stuttgart 2011.

12 Andreas Wirsching: Die paradoxe Revolution 1918/19, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 2008, H. 50–51, S. 6–12, hier S. 11.

Dementsprechend gelang es der Republik nicht, sie „als positives Symbol ihrer Gründung zu feiern“.<sup>13</sup>

Gleichwohl war die Erhebung aber von Beginn an Gegenstand gesellschaftspolitischer Debatten. Die ersten Werke über die Novemberrevolution erschienen recht bald. Sie stammten von beteiligten Akteuren und trugen entsprechend autobiografische Züge. Im Juli 1919 verfasste beispielsweise der USPD-Politiker Emil Barth unter dem Titel „Aus der Werkstatt der deutschen Revolution“ seine Erinnerungen an die Ereignisse des vorangegangenen Herbstes. Barth hatte während der Revolutionstags der provisorischen Regierung, dem Rat der Volksbeauftragten, angehört.<sup>14</sup> Zwischen 1920 und 1928 folgten Schriften von Gustav Noske (SPD, Volksbeauftragter für Heer und Marine), Heinrich Ströbel (USPD, Vorsitzender der preußischen Revolutionsregierung), Philipp Scheidemann (SPD, Rat der Volksbeauftragten), Eduard Bernstein (USPD, Beigeordneter im Reichsschatzamt), Richard Müller (Revolutionäre Obleute, Vorsitzender des Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte Großberlins) und von Hermann Müller (SPD, Mitglied des Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte Großberlins). Zudem veröffentlichte die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) im Jahr 1929 eine „Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution“.<sup>15</sup>

All diese Arbeiten dienten – mal mehr, mal weniger – dazu, die Handlungen der entsprechenden Akteure während der Revolution ins rechte Licht zu rücken. „Von den verschiedenen Parteien links und rechts verfehmt“, rechtfertigte sich etwa Barth in der Einleitung seines Buches, „ist es mir ein dringendes Bedürfnis, das niederzuschreiben, was mir notwendig erscheint, um zu verhüten, daß ich später in der Geschichte als Bluthund, als Streber oder als Ekel behandelt werde.“<sup>16</sup> Die einzelnen Autoren vertraten dabei durchaus unterschiedliche Narrative: Die

13 Axel Schildt: Der lange November – zur Historisierung einer deutschen Revolution, in: Gallus: Die vergessene Revolution von 1918/19, S. 223-244, hier S. 225.

14 Emil Barth: Aus der Werkstatt der deutschen Revolution, Berlin 1919.

15 Gustav Noske: Von Kiel bis Kapp, Berlin 1920; Heinrich Ströbel: Die deutsche Revolution. Ihr Unglück und ihre Rettung, Berlin 1920; Philipp Scheidemann: Der Zusammenbruch, Berlin 1921; Eduard Bernstein: Die deutsche Revolution: ihr Ursprung, ihr Verlauf und ihr Werk, Bd. 1: Geschichte der Entstehung und ersten Arbeitsperiode der deutschen Republik, Berlin 1921 (weitere Bände sind nicht erschienen); Richard Müller: Vom Kaiserreich zur Republik, 2 Bde., Wien 1924/25; Hermann Müller-Franken: Die Novemberrevolution. Erinnerungen, Berlin 1928; [Kommunistische Partei Deutschlands (Hrsg.):] Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1929; Kurzzusammenfassungen aller Werke finden sich bei Niess: Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichtswissenschaft, S. 419-441 u. 445-447.

16 Barth, Aus der Werkstatt der deutschen Revolution, S. 4.

Vertreter der Sozialdemokratie argumentierten, sie hätten durch ihr entschiedenes Vorgehen in den Revolutionstagen einen Sieg des Bolschewismus in Deutschland verhindert. Derweil konstatierten kommunistische und linkssozialistische Autoren, dass die Demokratisierung der deutschen Gesellschaft nur unzureichend stattgefunden habe. Vor allem kritisierten sie die Haltung der SPD und deren Zusammenarbeit mit den alten Eliten des Kaiserreichs bei der Zerschlagung der Rätebewegung. Diese Ansicht sollte Jahrzehnte später der Publizist Sebastian Haffner popularisieren, als er sein Buch „Verratene Revolution“ veröffentlichte.<sup>17</sup>

Die öffentliche Debatte in den 1920er Jahren prägten jedoch andere: Konservative, Deutschnationale und Monarchisten lehnten die Revolution ebenso sehr ab wie die Republik, die aus ihr hervorgegangen war. Schnell war die Dolchstoßlegende geboren, wonach das deutsche Heer „im Felde unbesiegt“ geblieben und der Krieg nur durch die Aktionen „vaterlandsloser“ Zivilisten in der Heimat verloren gegangen sei. Die Linke, allen voran die Sozialdemokratie, wurde als „Novemberverbrecher“ diffamiert. Vor allem die Nationalsozialisten schürten die Angst vor einer Wiederholung der Ereignisse von 1918.<sup>18</sup>

Historiker der Weimarer Republik beschäftigten sich hingegen kaum mit der Revolution – zumindest nicht im Rahmen von Forschungsarbeiten. Dennoch vertraten viele Mitglieder der Zunft, die mehrheitlich dem republikfeindlichen Spektrum zuzurechnen war, deutliche Positionen in dieser Frage. Sie waren der Ansicht, dass die Revolution „kein historisch sinnvolles Ereignis“ dargestellt habe, wie Bernd Faulenbach aufgezeigt hat, „auch der Späthistorismus versuchte ja stets, Geschichte als sinnvollen Prozess zu sehen“.<sup>19</sup> Nicht wenige unterstützten die Dolchstoßlegende, etwa Hans Herzfeld mit seiner Arbeit „Die deutsche Sozialdemokratie und die Auflösung der nationalen Einheitsfront im Weltkrieg“ von 1928.<sup>20</sup> Selbst liberale Historiker wie Friedrich Meinecke standen den Ereignissen ablehnend entgegen, fürchteten sie doch einen Sieg des „entsetzlichen Bolschewismus“.<sup>21</sup>

17 Sebastian Haffner: Die verratene Revolution – Deutschland 1918/19, Hamburg 1969.

18 Siehe Boris Barth: Dolchstoßlegende und Novemberrevolution, in: Gallus: Die vergessene Revolution von 1918/19, S. 117-139.

19 Bernd Faulenbach: Revolution und Geschichtswissenschaft 1918–1933, in: Führer u.a.: Revolution und Arbeiterbewegung in Deutschland 1918–1920, S. 401-412, hier S. 407.

20 Hans Herzfeld: Die deutsche Sozialdemokratie und die Auflösung der nationalen Einheitsfront im Weltkrieg, Leipzig 1928.

21 Siehe Faulenbach, Revolution und Geschichtswissenschaft, S. 404.

Eine Ausnahme unter den Geschichtswissenschaftlern stellte Arthur Rosenberg dar – und das gleich in zweierlei Hinsicht: Zum einen war er „der einzige namhafte Historiker, der – und auch dies nur zeitweilig – der KPD angehörte“.<sup>22</sup> Zum anderen wagte er sich an eine wissenschaftliche Analyse der Revolution. Im Jahr 1928 erschien sein Werk „Entstehung der Deutschen Republik 1871-1918“, im englischen Exil verfasste er dann 1935 die Fortsetzung „Geschichte der Deutschen Republik“.<sup>23</sup> Darin sah auch er sich genötigt, ausführlich Stellung gegen die Verschwörungstheorien der Rechten zu beziehen. Für Niess zeigt dies deutlich, „wie sehr die Dolchstoßthese und ihre Widerlegung dominierendes Thema der Zeit waren“.<sup>24</sup>

### Die Revolution im Ost-West-Konflikt

Nach 1945 knüpfte die Geschichtswissenschaft in Ost und West an den Deutungen aus der Weimarer Zeit an. In der DDR orientierte man sich dabei an den Einschätzungen der Kommunisten aus den 1920er Jahren. Diese hatten betont, dass im November 1918 „alle Voraussetzungen für den Sieg der proletarischen Revolution“ gegeben gewesen wären, „bis auf eine – bis auf die in den Massen verwurzelte revolutionäre Partei“. Ein Bündnis „sozialdemokratischer Führer und monarchistischer Generale“ habe die Bewegung niedergehalten, weshalb die Errichtung einer „bürgerlichen Republik“ das „vorläufige Ergebnis der deutschen Revolution“ gewesen sei.<sup>25</sup> Diese Einschätzung griff eine Kommission auf, die im Jahr 1958 unter der Leitung Walter Ulbrichts tagte, dem Ersten Sekretär des Zentralkomitees der SED. „Die Reaktion“ habe sich „auf die rechten Führer der Sozialdemokratie“ gestützt, „die zur Irreführung der Arbeiterklasse ‘freie Wahlen’ versprochen, die dann unter den Bajonetten der Konterrevolution stattfanden“, hieß es in einem Zeitungsbericht über das Treffen. Die Revolution sei deswegen unvollendet geblieben, weil eine „marxistisch-revolutionäre Arbeiterpartei“ ge-

22 Ebenda, S. 403. Zur Biografie Rosenbergs: Mario Keßler: Arthur Rosenberg. Ein Historiker im Zeitalter der Katastrophen (1889–1943), Köln/Weimar/Wien 2003. Zu Rosenbergs Rolle in der KPD: Marcel Bois: Kommunisten gegen Hitler und Stalin. Die linke Opposition der KPD in der Weimarer Republik. Eine Gesamtdarstellung, Essen 2014.

23 Arthur Rosenberg: Entstehung der Deutschen Republik 1871–1918, Berlin 1928; Ders.: Geschichte der Deutschen Republik, Karlsbad 1935. Später wurden die beiden Bücher in einem Band neu aufgelegt: Ders. Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, hrsg. u. eingeleitet von Kurt Kersten, Frankfurt a.M. 1983.

24 Niess, Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichtswissenschaft, S. 442.

25 Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, S. 511-513.

fehlt habe.<sup>26</sup> Der unausgesprochene Subtext lautete: Mit der SED gäbe es nun endlich eine solche Partei. Im Kern sollte dies bis zum Ende der DDR der Interpretationsrahmen bleiben.

Derweil bemühten sich bundesrepublikanische Historiker um die Rehabilitierung der von den Nationalsozialisten als „Novemberverbrecher“ geschmähten Sozialdemokraten. Auch wenn ihre Forschungen – anders als in der DDR – nicht von staatlicher Einflussnahme betroffen waren, spiegelt sich doch auch in ihnen der Zeitgeist deutlich wider. So kommt es nicht von ungefähr, dass Karl-Dietrich Erdmann im Jahr 1955, also in der Hochzeit des Kalten Kriegs, formulierte, es habe im Winter 1918/19 nur zwei Alternativen gegeben: Bolschewismus oder parlamentarische Demokratie im Bündnis mit den alten Eliten.<sup>27</sup> Erdmanns Position kann dabei durchaus eine gewisse Wirkmächtigkeit zugesprochen werden, da er zu dieser Zeit beim einflussreichen Handbuch der Deutschen Geschichte als Kommentator des Bandes zur Weimarer Republik verantwortlich zeichnete.<sup>28</sup> Tatsächlich hinterfragte kaum ein Zeitgenosse seine Interpretation. „Eine kritische Diskussion dieser Thesen unterblieb“, schreibt Volker Stalman, „da das Deutungsschema der damaligen antikommunistischen Grundstimmung und dem vorherrschenden Grundkonsens in der bundesrepublikanischen Gesellschaft und Politik entsprach.“<sup>29</sup>

Als in den 1960er Jahren die Phase außenpolitischer Entspannung begann und sich zugleich das innenpolitische Klima liberalisierte, hatte das auch Auswirkungen auf das Geschichtsbild der Novemberrevolution. Gerade im Kontext der 68er-Bewegung erwachte ein starkes Interesse an der Rätebewegung, die viele

26 Über den Charakter der Novemberrevolution. Rede Walter Ulbrichts in der Kommission zur Vorbereitung der Thesen zur Novemberrevolution, in: Neues Deutschland, 18.06.1958; ZK der SED: Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland. Thesen anlässlich des 40. Jahrestags, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 6 (1958), Sonderheft. Siehe auch Mario Keßler: Die Novemberrevolution und ihre Räte. Die DDR-Debatten des Jahres 1958 und die internationale Forschung, Berlin 2008, S. 18.

27 Karl Dietrich Erdmann: Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 3 (1955), S. 1-19, hier S. 7.

28 Siehe Ottokar Luban: Das Geschichtsbild der deutschen Novemberrevolution 1918 bei Eberhard Kolb, Susanne Miller, Heinrich August Winkler und Helga Grebing, in: Helle Panke e.V. (Hrsg.): Die ungeliebte Revolution 1918/19 und die Linke. VIII. ständiges Kolloquium zur historischen Sozialismus- und Kommunismusforschung am 23./24. Januar 2009 in Berlin, Berlin 2009, S. 38-47, hier S. 38.

29 Volker Stalman: Die Wiederentdeckung der Revolution von 1918/19. Forschungsstand und Forschungsperspektiven, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 64 (2016), H. 6, S. 521-541, hier S. 523.

Linke als Vorbild für die antiautoritäre Bewegung ansahen. Die entsprechenden Dokumente wurden nachgedruckt, auf Transparenten der Studentendemonstrationen war der Slogan „Alle Macht den Räten“ zu lesen und Rudi Dutschke diskutierte mit seinen Mitstreitern über die Ausgestaltung der künftigen Räterepublik Westberlin.<sup>30</sup> Historiker widerlegten derweil die These, die Rätebewegung sei ein Hort des Bolschewismus gewesen. Vielmehr zeigten ihre quellengestützten Regionalstudien auf, dass die Räte an den meisten Orten nicht von der radikalen Linken, sondern von der Sozialdemokratie dominiert wurden. Dementsprechend sei das Vorgehen der SPD-Führung gegen die Bewegung überzogen gewesen. Die Partei hätte die Chance auf eine umfangreichere Demokratisierung des Landes vertan.

Vorreiter dieser Neuinterpretationen waren Eberhard Kolb und Peter von Oertzen mit ihren Anfang der 1960er Jahren erschienenen und später erneut aufgelegten Arbeiten über die Rolle von Arbeiterräten bzw. Betriebsräten in der Revolution.<sup>31</sup> Beide stützten sich dabei auch auf die Forschungen Rosenbergs. In der Folgezeit wurden die Ereignisse von 1918/19 dann umfassend untersucht, sodass die 1970er Jahre zweifellos als Hochzeit der Forschungen zur deutschen Revolution gelten können. Entsprechend kam Axel Schildt zu der Einschätzung, die Novemberrevolution könne als „einer der besonders gründlich erforschten Abschnitte der neueren deutschen Geschichte“ bezeichnet werden.<sup>32</sup>

Doch zu Beginn der 1980er Jahre ließ das Interesse an weiteren Forschungen deutlich nach. Vielmehr bewegte sich die Beschäftigung mit den Ereignissen von 1918/19 nun auf das Feld der Geschichtspolitik: Es war die Zeit der von Helmut Kohl ausgerufenen „geistig-moralischen Wende“. Konservative Historiker wie Eckhard Jesse und Hennig Köhler griffen nun die Deutung der Revolution als versäumte Chance der Demokratisierung an und versuchten erneut, das Narrativ vom Abwehrkampf gegen den Bolschewismus auf die geschichtspolitische Agenda zu setzen.<sup>33</sup> Interessanterweise stammten die Angriffe zumeist von Autoren, die

30 Siehe Axel Weipert: Die Zweite Revolution. Rätebewegung in Berlin 1919/1920, Berlin 2015, S. 19.

31 Eberhard Kolb: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–19, Düsseldorf 1962; Peter von Oertzen: Betriebsräte in der Novemberrevolution. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19, Düsseldorf 1963.

32 Schildt, Der lange November, S. 224.

33 Eckhard Jesse/Hennig Köhler: Die Revolution 1918/19 im Wandel der historischen Forschung. Forschungsüberblick und Kritik an der „herrschenden Lehre“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1978, H. 45, S. 3-23.

sich bislang nicht gerade durch quellengesättigte Arbeiten zu den Revolutionsjahren hervorgetan hatten.

Etwa zeitgleich fand auch der Historikerstreit statt, in dem es um die historische Einordnung der Verbrechen des NS-Regimes ging. Die konservativen Protagonisten um Ernst Nolte vertraten hier interessanterweise ein sehr ähnliches Argumentationsmuster wie ihre Kollegen in den Auseinandersetzungen über die Novemberrevolution. Denn sie stellten die Singularität des Holocaust in Frage und werteten den Massenmord der Nationalsozialisten als Reaktion auf vorausgegangene Massenverbrechen und das Gulag-System in der Sowjetunion – also gewissermaßen auch als eine Abwehr des Bolschewismus. In beiden Debatten konnte sich letztendlich die linksliberale Seite durchsetzen und – zumindest im Wissenschaftsbereich – eine Revision der Positionen verhindern. Doch zu einem erneuten Aufschwung in der Forschung zur Revolution von 1918/19 führte das nicht. Auch in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik spielte sie Ende der 1980er Jahre nur noch eine marginale Rolle.<sup>34</sup>

## Rezeptionen im wiedervereinigten Deutschland

Diese Entwicklung setzte sich nach der deutschen Wiedervereinigung fort. Der Kommunismus war besiegt, das vermeintliche „Ende der Geschichte“ wurde ausgerufen. Über Alternativen musste nun nicht mehr diskutiert werden – auch nicht anhand historischer Beispiele. Entsprechend klagte Dieter Dowe, der Leiter des historischen Forschungszentrums der Friedrich-Ebert-Stiftung, zum achtzigsten Jahrestag, die Revolution schein „nach 1989 in eine Falte im Mantel der Geschichte gerutscht zu sein.“<sup>35</sup> Tatsächlich war, so Niess, „nach der Jahrtausendwende das Interesse an der Beschäftigung mit der Revolution von 1918/19 an einem Nullpunkt angelangt.“<sup>36</sup> Nicht von ungefähr konnte Alexander Gallus noch im Jahr 2010 einen Sammelband zum Thema veröffentlichen, der den Titel „Die vergessene Revolution von 1918/19“ trug.

Zumindest eine kleine Trendwende brachte der neunzigste Jahrestag im November 2008 – auch wenn es oberflächlich betrachtet nicht unbedingt danach

34 Siehe Niess, Metamorphosen einer Revolution, S. 944 f.

35 Dieter Dowe: Vorbemerkung des Herausgebers, in: Dieter Langewiesche: 1848 und 1918 – zwei deutsche Revolutionen. Vortrag vor dem Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung am 4. November 1998, Electronic ed., Bonn 1999, online unter: <http://library.fes.de/fulltext/historiker/00255.htm> (abgerufen am 19.08.2016).

36 Niess, Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichtswissenschaft, S. 397.

aussah. Denn wie schon die beiden vorangegangenen Jubiläen (75. und 80. Jahrestag) fand auch er nahezu unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Weder wurde in den Feuilletons umfangreich darüber berichtet, noch gab es ein offizielles Gedenken. Teilweise bemühten sich staatliche Stellen sogar darum, die Ereignisse in Vergessenheit zu bringen. So beschloss das bayerische Kultusministerium kurz vor dem Jubiläum, die Novemberrevolution aus den Lehrplänen der gymnasialen Oberstufe zu streichen.<sup>37</sup>

Zugleich aber fanden sogar in Bayern auch kleinere Gedenkveranstaltungen statt. Eine Ausstellung im Münchener Literaturhaus beleuchtete die revolutionären Ereignisse und die damit einhergehende Entstehung des Freistaats.<sup>38</sup> Auch im Umfeld jener beider Parteien, die sich auf das Erbe der deutschen Arbeiterbewegung berufen, waren diesbezügliche Aktivitäten zu beobachten. Die SPD würdigte die Revolution beispielsweise mit einer Fotoausstellung im Reichstagsgebäude. Eröffnet wurde sie vom damaligen Vorsitzenden der Bundestagsfraktion Peter Struck, vom Parteivorsitzenden Franz Müntefering und vom Außenminister und Kanzlerkandidaten Frank Walter Steinmeier.<sup>39</sup> Diese Ansammlung parteipolitischer Prominenz kann durchaus als Zeichen dafür gewertet werden, dass die SPD der Novemberrevolution eine neue Relevanz beimaß. Gar als „geschichtspolitische Demonstration“ und „Bekanntnis der Sozialdemokratie zur Revolution von 1918/19“ bewertet Wolfgang Niess einen Sammelband, der etwa zeitgleich im SPD-eigenen Vorwärts-Verlag erschien.<sup>40</sup> Herausgegeben wurde er von Helga Grebing, die darin ältere, bereits veröffentlichte Beiträge von Kolleginnen und Kollegen versammelte.<sup>41</sup>

37 Siehe Bayern kürzt Unterricht über NS-Zeit, Tagesspiegel Online, 19.07.2008, online unter: [www.tagesspiegel.de/politik/international/schulen-bayern-kuerzt-unterricht-ueber-ns-zeit/1283410.html](http://www.tagesspiegel.de/politik/international/schulen-bayern-kuerzt-unterricht-ueber-ns-zeit/1283410.html) (abgerufen am 20.06.2016). Dort heißt es, dass „in der Oberstufe in Bayern nur der Zusammenbruch der Weimarer Republik, Holocaust, Antisemitismus und NS-Propaganda behandelt werden [sollen]; die Themen Erster und Zweiter Weltkrieg, Novemberrevolution, Innen- und Außenpolitik der 1920er Jahre, Hitlers Außenpolitik sowie Organisation des NS-Führerstaates kämen nicht mehr vor. Begründet werde die Reduzierung in dem Lehrplan mit der bereits erfolgten Behandlung von Nationalsozialismus und Weimarer Republik in der Mittelstufe.“

38 Revolution! Bayern 1918/19, Ausstellungskatalog, hrsg. vom Haus der Bayerischen Geschichte, Augsburg 2008.

39 Siehe Ankündigung: 90 Jahre Republik, [vorwaerts.de](http://www.vorwaerts.de), 07.11.2008, online unter: <http://www.vorwaerts.de/artikel/90-jahre-republik> (abgerufen am 22.08.2016).

40 Niess, Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichtswissenschaft, S. 406.

41 Helga Grebing (Hrsg.): Die deutsche Revolution 1918/19. Eine Analyse, Berlin 2008. Die Tatsache, dass in dem Band nur ältere Beiträge veröffentlicht wurden, belegt gleichzeitig die damals anhaltende Stagnation in der Forschung.

In der Linkspartei und ihrem Umfeld spielte das Gedenken an die Revolution von 1918/19 ebenfalls eine Rolle. Die Historische Kommission beim Parteivorstand organisierte gemeinsam mit dem Studierendenverband Diskussionsveranstaltungen, die in etwa zehn Städten unter dem Titel „90 Jahre Novemberrevolution: Eine andere Welt war möglich“ stattfanden.<sup>42</sup> Zudem lud die parteinahe Rosa-Luxemburg-Stiftung gemeinsam mit dem Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung zu einer zweitägigen wissenschaftlichen Konferenz. Die dort vorgetragenen Beiträge wurden später in einem Sammelband publiziert, den Ulla Plener herausgab.<sup>43</sup>

Überhaupt ist im Wissenschaftsbetrieb seit etwa einer Dekade ein wiederbelebtes Interesse an den Ereignissen von 1918/19 zu beobachten. Neben den genannten Büchern von Gallus, Grebing und Plener entstanden diverse neue Monografien und Sammelbände.<sup>44</sup> Volker Ullrich veröffentlichte beispielsweise in der Beck'schen Reihe eine kurze Überblicksdarstellung, zudem wurde Pierre Broués voluminöses, in den 1970er Jahren auf Französisch verfasstes Werk ins Englische übersetzt.<sup>45</sup> Als weitere Belege für die „kleine Renaissance“<sup>46</sup> sind etwa die Regionalstudien zur Revolution in Baden, Berlin, Braunschweig, Hamburg, Leipzig, Kiel und im Ruhrgebiet zu nennen.<sup>47</sup> Unterfüttert werden diese Un-

42 Siehe DIE LINKE: Newsletter, 15.10.2008, online unter: [https://www.die-linke.de/politik/newsletter/archiv-2007-2015/newsletter-archiv-2008/oktober-2008/die-linke-newsletter-vom-15102008/\(abgerufen am 22.08.2016\)](https://www.die-linke.de/politik/newsletter/archiv-2007-2015/newsletter-archiv-2008/oktober-2008/die-linke-newsletter-vom-15102008/(abgerufen%20am%2022.08.2016)).

43 Ulla Plener (Hrsg.): Die Novemberrevolution 1918/1919 in Deutschland. Für bürgerliche und sozialistische Demokratie. Allgemeine, regionale und biographische Aspekte. Beiträge zum 90. Jahrestag der Revolution, Berlin 2009.

44 Einen Überblick bietet Nils Freytag: Steckengeblieben – Vernachlässigt – Vergessen. Neuerscheinungen zur Revolution 1918/19, in: Sehepunkte 13 (2013), Nr. 3, online unter: <http://www.sehepunkte.de/2013/03/21766.html> (abgerufen am 23.08.2016). Siehe außerdem Stalman, Die Wiederentdeckung der Revolution.

45 Ullrich, Die Revolution von 1918/19; Broué: The German Revolution 1917–1923. Original: Pierre Broué: Révolution en Allemagne. 1917–1923, Paris 1971.

46 Niess, Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichtswissenschaft, S. 418.

47 Markus Schmidgall: Die Revolution 1918/19 in Baden, Karlsruhe 2012; Dietmar Lange: Massenstreik und Schießbefehl. Generalstreik und Märzkämpfe in Berlin 1919, Münster 2012; Weipert, Die Zweite Revolution; Dietrich Kuessner/Maik Ohnezeit/Wulf Otte (Hrsg.): Von der Monarchie zur Demokratie. Anmerkungen zur Novemberrevolution 1918/19 in Braunschweig und im Reich, Wendenburg 2008; Joachim Paschen: „Frieden, Freiheit, Brot!“. Die Revolution 1918/19 in Hamburg, Hamburg 2008; Werner Bramke: Leipzig in der Revolution von 1918/19, Leipzig 2009; Rolf Fischer (Hrsg.): Revolution und Revolutionsforschung. Beiträge aus dem Kieler Initiativkreis 1918/19, Kiel 2011; Felix Bluhm: „Die Massen sind aber nicht zu halten gewesen“. Zur Streik- und Soziali-

tersuchungen durch neue Quelleneditionen zu einzelnen Regionen.<sup>48</sup> Darüber hinaus spielten Genderaspekte in der Revolutionsforschung eine Rolle<sup>49</sup> und es rückten – dem „biographical turn“ der deutschsprachigen Geschichtswissenschaft folgend<sup>50</sup> – die Akteure der revolutionären Bewegung in den Fokus der Untersuchungen. So erschienen in den vergangenen Jahren Arbeiten zu Friedrich Ebert, Kurt Eisner, Hugo Haase, Johann Knief, Carl Legien, Richard Müller und Heinrich Ströbel.<sup>51</sup> Mit Waldemar Pabst, der die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht veranlasste, ist zudem einem bekannten Vertreter

---

sierungsbewegung im Ruhrgebiet 1918/19, Münster 2014; Führer u.a., Revolution und Arbeiterbewegung in Deutschland 1918–1920.

48 Peter Kuckuk (Hrsg.): Die Revolution 1918/19 in Bremen. Aufsätze und Dokumente, Bremen 2010; Volker Stalman: Die Revolution in Hamburg. Die Sitzungsprotokolle des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrates von 1918/19. Unter Mitwirkung von Jutta Stehling, Düsseldorf 2013; Gerhard Engel u.a. (Hrsg.): Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution 1918/19. Dokumente der Vollversammlungen und des Vollzugsrates, 3 Bde., Berlin 1993–2002.

49 Kathleen Canning: Das Geschlecht der Revolution – Stimmrecht und Staatsbürgertum 1918/19, in: Gallus, Die vergessene Revolution von 1918/19, S. 84–116; Christian Twardowski: Weiblichkeit unter der Gewalt des bayerischen Sowjets. Verstöße gegen die Sittlichkeit als Mittel der Stigmatisierung der Linksextremen im Bayern des Frühjahrs 1919, Hamburg 2011. Vorläufer dieser Arbeiten waren: Christiane Sternsdorf-Hauck: Brotmarken und rote Fahnen. Frauen in der bayerischen Revolution und Räterepublik 1918/19, Frankfurt a.M. 1989; Helga Grebing: Frauen in der deutschen Revolution 1918/19, Heidelberg 1994.

50 Siehe Simone Lässig: Toward a Biographical Turn? Biography in Modern Historiography – Modern Historiography in Biography, in: German Historical Institute Bulletin 35 (2004), S. 147–155.

51 Walter Mühlhausen: Friedrich Ebert 1871–1925. Reichspräsident der Weimarer Republik, Bonn 2006; Bernhard Grau: Kurt Eisner. 1867–1919. Eine Biographie, München 2001; Dieter Engelmänn/Horst Naumann: Hugo Haase: Lebensweg und politisches Vermächtnis eines streitbaren Sozialisten, Berlin 1999; Ernst-Albert Seils: Hugo Haase. Ein jüdischer Sozialdemokrat im deutschen Kaiserreich. Sein Kampf für Frieden und soziale Gerechtigkeit, Frankfurt a.M. 2016; Gerhard Engel: Johann Knief. Ein unvollendetes Leben, Berlin 2011; Karl Christian Führer: Carl Legien 1861–1920. Ein Gewerkschafter im Kampf um ein „möglichst gutes Leben“ für alle Arbeiter, Essen 2009; Ralf Hoffrogge: Richard Müller. Der Mann hinter der Novemberrevolution, Berlin 2008; Ders.: Working-Class Politics in the German Revolution. Richard Müller, the Revolutionary Shop Stewards and the Origins of the Council Movement, Boston/Leiden 2015; Lothar Wieland: „Wieder wie 1914!“ Heinrich Ströbel (1869–1944). Biografie eines vergessenen Sozialdemokraten, Bremen 2008.

der Konterrevolution eine biografische Arbeit gewidmet.<sup>52</sup> Auch über weniger bekannte Figuren wie Wilhelm Sollmann, Mitglied des Aktionsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrats in Köln, oder Fritz Rück, Vorsitzender des Stuttgarter Arbeiterrats, sind Biografien veröffentlicht worden.<sup>53</sup> Gustav Noske und Heinrich Laufenberg sind die Protagonisten von jeweils einer Untersuchung, in der es explizit um die Rolle geht, welche die beiden in der Revolution spielten.<sup>54</sup> Zudem wurde das Revolutionstagebuch Viktor Klemperers veröffentlicht und Richard Müllers Schrift über die Novemberrevolution neu aufgelegt.<sup>55</sup> Derzeit wird außerdem der Nachlass Kurt Eisners editiert.<sup>56</sup>

Darüber, woher das sachte Erwachen der Revolutionsforschung rührt, lässt sich nur spekulieren. Wenn die These von Wolfgang Niess stimmt, dass die Deutungen der Novemberrevolution stärker von politischen Konstellationen als von historischer Forschung geprägt sind, dann müsste sich auch das neue Interesse aus gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen erklären lassen. Zweifellos spielt das Ende der Blockkonfrontation hier eine ganz wesentliche Rolle. Die großen ideologischen Schlachten dieser Zeit sind geschlagen. Die Gefahr, die real oder vermeintlich von der Sowjetunion ausging, ist Vergangenheit. Entsprechend spielt auch in der Wissenschaft die These von der 1918 notwendigen Abwehr des Bolschewismus keine Rolle mehr. Vielmehr setzt sich zunehmend die Deutung durch, die Revolution sei der Ausgangspunkt für die erste demokratische Gesellschaftsform in Deutschland gewesen.

Ein weiterer Aspekt, der das neue Interesse an 1918/19 erklären könnte, ist möglicherweise ein gesellschaftlicher Stimmungsumschwung um die Jahrtausendwende. Auch wenn 1998 mit Bundeskanzler Helmut Kohl keineswegs die

---

52 Klaus Gietinger: Der Konterrevolutionär. Waldemar Pabst – eine deutsche Karriere, Hamburg 2009.

53 Simon Ebert: Wilhelm Sollmann. Sozialist – Demokrat – Weltbürger (1881–1951), Bonn 2014; Elisabeth Benz: Ein halbes Leben für die Revolution. Fritz Rück (1895–1959). Eine politische Biografie, Essen 2014.

54 Wolfram Wette: Gustav Noske und die Revolution in Kiel 1918, [Heide] 2010; Frank Lehmann: Heinrich Laufenberg und die Revolution 1918/19 in Hamburg, Magisterarbeit, Universität Hamburg 2009.

55 Victor Klemperer: Man möchte immer weinen und lachen in einem. Revolutionstagebuch 1919, Berlin 2015; Richard Müller: Eine Geschichte der Novemberrevolution, hrsg. v. Jochen Gerster/Ralf Hoffrogge/Rainer Knirsch, Berlin 2011.

56 Ein erster Band der Reihe „Kurt Eisner-Studien“ ist bereits erschienen: Kurt Eisner: Gefängnistagebuch, hrsg. von Frank Jacob u.a., Berlin 2016. Gefördert wird das Projekt von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die in den letzten Jahren die wissenschaftliche Wiederbeschäftigung mit der Revolution durchaus bestärkt hat.

neoliberale Hegemonie abgewählt wurde, so bekam die „There is no alternative“-Ideologie der 1980er und 1990er Jahre doch Risse. Deutlich wurde das beispielsweise, als ihr die um die Jahrtausendwende entstandene globalisierungskritische Bewegung den Slogan „Eine andere Welt ist möglich“ entgegensetzte. Zugleich war das erste Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts geprägt von Kriegen, ökonomischen Krisen sowie auch von Massenprotesten und Revolutionen: Im Oktober 2000 stürzte die serbische Bevölkerung den Despoten Slobodan Milosovic, es folgten die sogenannten Farbrevolutionen (Georgien 2003, Ukraine 2004, Libanon 2005, Kirgisien 2005) und schließlich der „Arabische Frühling“ (2010). Derweil entstanden beispielsweise mit Occupy in den USA oder dem Movimiento 15M in Spanien auch in westlichen Industriestaaten Bewegungen, die eine offensive Systemkritik vertraten. Es ist durchaus denkbar, dass diese Entwicklungen gerade unter jüngeren Historikern zu einem neuen Interesse an vergangenen Umbruchsituationen geführt haben.

## Ausblick auf 2018

Was bedeutet das nun für das runde Jubiläum im Jahr 2018? Erleben wir doch noch die Rückkehr der Novemberrevolution in den öffentlichen Diskurs? Wird womöglich eine ähnliche Flut von Veröffentlichungen, Ausstellungen und Fernsehsendungen über uns hereinbrechen, wie zum hundertsten Jahrestag des Weltkriegsbeginns?

Zumindest letzteres ist momentan nicht zu erwarten. Zu sehr war die Revolution in den vergangenen Jahren im gesellschaftlichen Off verschwunden. Dabei hat sie in der Tat, wie Alexander Gallus betont, „ein größeres Maß an öffentlicher Erinnerung und fachwissenschaftlicher Beschäftigung verdient.“ „Ein Anfang wäre gemacht“, schreibt er weiter, „wenn wenigstens die Historiker wieder über sie stritten.“<sup>57</sup> An diesem Punkt ist tatsächlich vorsichtiger Optimismus angebracht. Denn es gibt weitere Forschungen, wie zahlreiche Projektskizzen belegen: So ist an der Universität Kiel derzeit das Forschungsprojekt „Kieler Matrosenaufstand 1918“ angesiedelt,<sup>58</sup> während das Landesarchiv Baden-Württemberg seine Quel-

57 Gallus, Einleitung, S. 38.

58 Universität Kiel: Projekt „Kieler Matrosenaufstand 1918“, online unter: <https://www.histsem.uni-kiel.de/de/abteilungen/regionalgeschichte/projekte/kieler-matrosenaufstand-1918>. In diesem Rahmen bearbeitet Knut-Hinrik Kollex das Dissertationsprojekt „Sturmlauf“ zur Demokratie? Politisierung und ‚Kieler Matrosenaufstand‘ in Schleswig-Holstein 1917–1920“. Zudem ist aus dem Kieler Projekt eine wissenschaftliche Tagung hervorgegangen. Siehe Julia Fendler: Tagungsbericht zu „Der Kieler Matrosenaufstand

len aus den Revolutionsjahren digitalisiert.<sup>59</sup> Derweil plant das Bundesarchiv den Aufbau eines Quellenportals zur Weimarer Republik, in dem die Revolution sicher auch eine Rolle spielen wird.<sup>60</sup> Ähnliches gilt für die Forschungsstelle Weimarer Republik, die derzeit an der Universität Jena eingerichtet wird.<sup>61</sup> Zudem entstehen derzeit Bücher über Alwin Brandes, den Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrats in Magdeburg,<sup>62</sup> und über August Merges, den Präsidenten der Sozialistischen Republik Braunschweig.<sup>63</sup> Im November 2018 werden außerdem die Historische Kommission für Westfalen, die Gesellschaft für rheinische Geschichtskunde und das Landesarchiv Nordrhein-Westfalen eine gemeinsame wissenschaftliche Tagung zur Revolution im heutigen Bundesland Nordrhein-Westfalen veranstalten.<sup>64</sup> Zudem soll ein Schwerpunktheft der Zeitschrift „Arbeit – Bewegung – Geschichte“ zur Revolution von 1918/19 erscheinen.<sup>65</sup>

Diese Entwicklung ist umso erfreulicher, als trotz der neuerlichen Wiederbeschäftigung mit dem Thema noch immer Forschungslücken existieren. Beispielsweise spielten kulturhistorische Fragestellungen bislang nur eine untergeordnete Rolle. Eine Ausnahme bildet hier ein von Klaus Weinbauer, Anthony McElligott und Kirsten Heinsohn herausgegebenes Werk.<sup>66</sup> Bemerkenswert an diesem Sam-

---

in der Revolution 1918. Epizentrum eines politischen Umbruchs? Wissenschaftlicher Workshop im Vorfeld des 100. Jahrestags der Kieler Novemberereignisse 1918“, online unter: <http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-6632> (abgerufen am 24.08.2016).

59 Landesarchiv Baden-Württemberg: Forschungsprojekt „Von der Monarchie zur Republik“. Digitalisierung von Quellen zur Demokratiegeschichte im deutschen Südwesten, online unter: <http://www.landearchiv-bw.de/web/59763> (abgerufen am 25.08.2016).

60 Siehe hierzu: <https://blogweimar.hypotheses.org/50> (abgerufen am 25.08.2016).

61 Siehe <http://www.weimarer-republik.net/632-0-Freistaat-Thuringen-foerdert-Forschungsstelle-zur-Weimarer-Republik.html> (abgerufen am 15.09.2016).

62 Das Projekt trägt den Titel „Alwin Brandes (1866–1949): Oppositioneller – Reformier – Widerstandskämpfer. Eine gewerkschaftspolitische Biografie“. Es wird von Stefan Heinz und Siegfried Mielke an der Freien Universität Berlin bearbeitet und von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert. Ende des Jahres 2019 soll die Biografie im Metropol-Verlag publiziert werden. Schriftliche Mitteilung von Stefan Heinz, 25.08.2016.

63 Schriftliche Mitteilung von David Janzen, 24.08.2016.

64 Wilfried Reininghaus: Verzeichnis der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte 1918/19 in Westfalen und Lippe. Mit einer Übersicht der Quellen und Literatur, Münster 2016, S. 4.

65 Siehe CfP: An den Rändern der Revolution – Marginalisierung und Emanzipation im globalen Revolutionszyklus 1917 bis 1923, online unter: <http://www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de/?p=556> (abgerufen am 24.08.2016).

66 Klaus Weinbauer/Anthony McElligott/Kirsten Heinsohn (Hrsg.): Germany 1916–23. A Revolution in Context, Bielefeld 2015. Eine weitere Ausnahme ist Julian Aulke: Räu-

melband ist, dass die Herausgeber zudem versuchen, die Beschränkung auf den Zeitraum zwischen November 1918 und der ersten Jahreshälfte 1919 aufzuheben und zugleich die deutsche Revolution im internationalen Kontext zu greifen. Denn genau wie der Erste Weltkrieg ein globaler Krieg war, fand auch die Revolte gegen ihn und seine Auswirkungen im Weltmaßstab statt. Millionen Menschen gingen damals zwischen Moskau und Tokio, zwischen Barcelona und Buenos Aires auf die Straße.<sup>67</sup> Doch während in der wissenschaftlichen Betrachtung des Krieges langsam die eurozentrische Sichtweise weicht, ist sie in der Beschäftigung mit dem Protest noch immer vorherrschend – vor allem unter deutschsprachigen Historikern.<sup>68</sup> Eine Einbettung in einen globalen Kontext findet höchst selten statt, wie Michael Geyer kritisiert: „Die Vorstellung, dass die deutsche Revolution 1918/19 sich in eine weltweite Welle von Unruhen, Streiks und Revolutionen fügte, ist weniger geläufig.“<sup>69</sup> Insofern ist es erfreulich, dass zumindest einige neuere Forschungen nun die transnationale Perspektive aufnehmen.<sup>70</sup>

Derweil scheint sich auch in der öffentlichen Rezeption der Trend von 2008 fortzusetzen, der Revolution wieder mehr Beachtung zu schenken. So laufen

---

me der Revolution. Kulturelle Verräumlichung in Politisierungsprozessen während der Revolution 1918–1920, Stuttgart 2015.

67 Siehe Marcel Bois/Reiner Tosstorff: „Ganz Europa ist vom Geist der Revolution erfüllt“. Die internationale Protestbewegung am Ende des Ersten Weltkriegs, in: Plener, Die Novemberrevolution 1918/19 in Deutschland, S. 41-60; Marcel Bois: Zeiten des Aufruhrs. Die globalen Proteste am Ende des Ersten Weltkriegs, in: Bernd Hüttner (Hrsg.): Verzögerter Widerstand. Die Arbeiterbewegung und der Erste Weltkrieg, Berlin 2015, S. 103-116.

68 Exemplarisch für die neue globale Sicht auf den Krieg: Oliver Janz: 14 – der große Krieg, Frankfurt a.M. 2013; Helmut Bley/Anorthe Kremers (Hrsg.): The World during the First World War, Essen 2014.

69 Michael Geyer: Zwischen Krieg und Nachkrieg – die deutsche Revolution 1918/19 im Zeichen blockierter Transnationalität, in: Gallus, Die vergessene Revolution von 1918/19, S. 187-222, hier S. 187.

70 Im März 2017 wird beispielsweise im finnischen Tampere eine Konferenz mit dem Titel „Reform and Revolution in Europe, 1917–1919: Entangled and Transnational Histories“ stattfinden. Siehe hierzu online: <http://www.uta.fi/yky/en/his/conference/1917/index.html> (abgerufen am 05.09.2016). Die Volkswagenstiftung veranstaltete unterdessen im Juni 2016 eine Tagung, in der die Gegenkräfte der Revolution unter einem transnationalen Blickwinkel untersucht wurden: World-Counter-Revolution: 1917–1920 from a Global Perspective. Conference on transnational and comparative approaches from social, economic, cultural and political history, online unter: <https://www.volkswagenstiftung.de/veranstaltungen/veranstaltungsarchiv/detailansicht-veranstaltung/news/detail/artikel/world-counter-revolutions-1917-1920-from-a-global-perspective.html> (abgerufen am 23.08.2016).

erste mediale Vorbereitungen auf den Jahrestag. Die Fernsehsender NDR und Arte planen derzeit unter dem Arbeitstitel „Novembersturm“ eine Dokumentation über den Kieler Matrosenaufstand.<sup>71</sup> Die bereits in der Vergangenheit tätige Friedrich-Ebert-Stiftung hat unterdessen eine Projektstelle „Demokratiegeschichte 1918/19“ eingerichtet, die sich vor allem um die Vernetzung der verschiedenen Aktivitäten rund um den kommenden Jahrestag der Revolution bemüht.<sup>72</sup> Tatsächlich sind bundesweit Bestrebungen von Geschichtsvereinen und Kommunen zu beobachten, das runde Jubiläum angemessen zu begehen. Die inhaltliche Ausrichtung folgt dabei den Interpretationen der neueren Forschung. Die Revolution wird als Startpunkt der Demokratie angesehen und in Zusammenhang mit der Einführung des Frauenwahlrechts gebracht. So fördert das Bundesjustizministerium die Aktivitäten des Vereins Weimarer Republik e.V. „in Vorbereitung des 100. Jubiläums von Republik und Demokratie.“<sup>73</sup> In diesem Sinne werden auch in der Stadt Hamburg derzeit verschiedene öffentliche Veranstaltungen geplant. In Berlin haben ebenfalls erste Planungen begonnen.<sup>74</sup> Braunschweig will unterdessen den „Weg in die Demokratie“ mit zwei Ausstellungen, mit wissenschaftlichen Vorträgen und Kolloquien und einem kulturellem Begleitprogramm begehen.<sup>75</sup> Ein sehr ambitioniertes Projekt verfolgt derzeit der Opladener Geschichtsverein von 1979 e.V. Leverkusen. Unter dem Titel „Der Erste Weltkrieg: Euphorie und Neuanfang“ dokumentiert er die Auswirkungen des Krieges auf sieben europäische Städte, darunter fünf Partnerstädte Leverkusens. Enden wird das Projekt mit der von September 2018 bis März 2019 laufenden Ausstellung „Ende oder Neuanfang?“ über das Kriegsende von 1918.<sup>76</sup> Auch im Kieler Stadt- und Schifffahrtsmuseum soll es eine „große Ausstellung“ geben,

---

71 Siehe <http://www.rivafilm.de/filme/in-development/novembersturm/> (abgerufen am 24.08.2016).

72 Telefonische Mitteilung von Oliver Schael, Friedrich-Ebert-Stiftung, 14.09.2016.

73 Siehe Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz: Projekt und Förderung, online unter: [http://www.bmjv.de/DE/Themen/ProjekteUndFoerderung/WeimarerRepublik/WeimarerRepublik\\_node.html](http://www.bmjv.de/DE/Themen/ProjekteUndFoerderung/WeimarerRepublik/WeimarerRepublik_node.html) (abgerufen am 15.09.2016).

74 Siehe Kulturprojekte Berlin: Pressemitteilung „Zehn Jahre Kulturprojekte Berlin“, Mai 2016, online unter: <http://www.kulturprojekte-berlin.de/nc/de/ueber-uns/presse/presse/article/zehn-jahre-kulturprojekte-berlin-1.html?cHash=8f07e796ce6c468a0b427bc49f7bc622&print=1> (abgerufen am 24.08.2016).

75 Stadt Braunschweig, der Oberbürgermeister: Öffentliche Mitteilung 16-01783 zum Projekt „Vom Herzogtum zum Freistaat – Braunschweigs Weg in die Demokratie (1916–1923)“, online unter: [https://ratsinfo.braunschweig.de/bi/\\_\\_\\_tmp/tmp/45081036631891958/631891958/01025577/77.pdf](https://ratsinfo.braunschweig.de/bi/___tmp/tmp/45081036631891958/631891958/01025577/77.pdf) (abgerufen am 24.08.2016).

76 Siehe <http://euphorie-und-neuanfang.de/projekt/> (abgerufen am 15.09.2016)

die sich dem Matrosenaufstand widmet.<sup>77</sup> Selbst Bayern plant, im großen Stil „100 Jahre Freistaat“ zu feiern.<sup>78</sup> Ob Revolution und Räterepublik dabei eine Rolle spielen werden, ist ungewiss. Aber ein erster Schritt dahin ist zumindest gemacht: Mittlerweile hat das Kultusministerium die Ereignisse von 1918/19 wieder in die Lehrpläne der Oberstufe aufgenommen.<sup>79</sup>

„Es ist durchaus denkbar, dass sie schließlich doch noch einen angemessenen Platz in der demokratischen Tradition der Deutschen finden wird“, schrieb Wolfgang Niess vor wenigen Jahren über die Novemberrevolution. Seinen Optimismus zog er aus den neueren Entwicklungen im Wissenschaftsbereich. „Der 100. Jahrestag wird unter den neuen Voraussetzungen gewiss für einige Aufmerksamkeit sorgen.“<sup>80</sup> Angesichts der bislang bekannten Planungen erscheint das tatsächlich als nicht unrealistisch. Wünschenswert wäre es allemal.

<sup>77</sup> Siehe hierzu: [https://www.kiel.de/kultur/museum/\\_Matrosenaufstand.php](https://www.kiel.de/kultur/museum/_Matrosenaufstand.php) (abgerufen am 25.08.2016).

<sup>78</sup> Johannes Reichart: Jubiläumspläne: 100 Jahre Freistaat Bayern, Bayerischer Rundfunk, 05.08.2016, online unter: <http://www.br.de/nachrichten/bayern-feier-jubilaeum-100.html> (abgerufen am 24.08.2016).

<sup>79</sup> Im Jahr 2012 wurde die Revolution wieder Bestandteil des Lehrplans. Siehe Ergebnisse des Expertengremiums zur Überprüfung des Geschichte-Lehrplans Oberstufe. Anlage zum geänderten Fachlehrplan Geschichte, 31.07.2012, online unter: [www.isb-gym8-lehrplan.de/content/serv/3.1.neu/g8.de/data/media/26818/%C4%9Cnderung\\_Geschichte\\_1.pdf](http://www.isb-gym8-lehrplan.de/content/serv/3.1.neu/g8.de/data/media/26818/%C4%9Cnderung_Geschichte_1.pdf) (abgerufen am 20.06.2016).

<sup>80</sup> Niess, Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichtswissenschaft, S. 418.

### *Ángel Alcalde*

## George L. Mosses These der Brutalisierung und ihre Kritik: Eine geschichtswissenschaftliche Debatte

George L. Mosse (1918–1999)<sup>1</sup> war ein ebenso innovativer wie einflussreicher Historiker, dessen bahnbrechende kulturgeschichtliche Arbeiten zur deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts in gleicher Weise forschungsleitend wie umstritten waren.<sup>2</sup> Das gilt zumal für seine Studien zur politischen Kultur der Deutschen und zum Sonderweg in den Faschismus sowie zum Nationalsozialismus. Mosse verfasste Pionierstudien zu unterschiedlichen Themen, so auch zum Ersten Weltkrieg, und begründete damit Forschungstraditionen und Kontroversen.<sup>3</sup> Im hier interessierenden Zusammenhang ist besonders sein 1990 erschienenes Buch „Fallen Soldiers. Reshaping the Memory of the World War“ zu nennen, in welchem er seine über einen Zeitraum von rund zwanzig Jahren entwickelte Brutalisierungsthese ausformulierte.<sup>4</sup> Die dadurch ausgelöste Debatte ist Ge-

- 1 Die spanische Originalfassung dieses Artikels wurde im Magazin *Pasado y Memoria*, Heft 15 (2016) veröffentlicht. Der Autor dankt *Pasado y Memoria* für die Zustimmung zur Übersetzung und Reproduktion. Der Autor dankt ferner Jesús Casquete, den Organisatoren und Mitwirkenden des Seminars HISTAGRA (Universidad de Santiago de Compostela). Diese Arbeit wurde möglich dank der Unterstützung des Programms „Salvador de Madariaga“, finanziert durch das spanische Bildungsministerium. Der Autor nahm teil am Projekt „Discursos e identidades de género en las culturas políticas de la derecha española, 1875–1975“, HAR2012-32539.
- 2 Auf das umfangreiche Werk von Mosse wurde in der Forschung vielfach Bezug genommen. Außerdem hat Karel Plessini eine wichtige Biographie über Mosse vorgelegt: Plessini, Karel: *The Perils of Normalcy. George L. Mosse and the Remaking of Cultural History*, Madison 2014. Siehe ferner Stephen E. Aschheim: „George Mosse at 80: A Critical Laudatio“, in: *Journal of Contemporary History*, vol. 34, Nr. 2 (1999), S. 295–312.
- 3 Siehe besonders George L. Mosse: *The Crisis of German Ideology. Intellectual Origins of the 3. Reich*, New York 1964. Ders.: *The Nationalization of the Masses. Political Symbolism and Mass Movements in Germany from the Napoleonic Wars through the Third Reich*, New York 1975.
- 4 George L. Mosse: *Fallen Soldiers. Reshaping the Memory of the World War*, New York (u.a.) 1990. Auf Deutsch erschienen unter dem Titel: *Gefallen für das Vaterland. Nationales Heldentum und namenloses Sterben*, Stuttgart 1993. Inzwischen liegt auch eine

genstand des vorliegenden Artikels. Wir haben zu fragen nach den Ursprüngen der Theoriebildung Mosses, der Rezeption der Brutalisierungsthese in der Geschichtswissenschaft und nach ihrem Erkenntniswert. Wie verhält sich Mosses große, aber nicht durchgängig quellennah argumentierende und plausibel belegte kulturhistorische Erzählung von der Entwicklung zur Moderne zur empirisch arbeitenden Forschung? Der vorliegende Artikel will durch Einordnung der Brutalisierungsthese in die internationale Forschungsdiskussion einen Beitrag zum besseren Verständnis der Mosse'schen Überlegungen leisten.

### Zur These der Brutalisierung

Ähnlich wie bei seinen anderen Werken sind der Publikation von „Fallen Soldiers“ 1990 eine Reihe von kleineren Beiträgen vorangegangen. So widmete sich Mosse seit den späten 1970er Jahren den Themen Tod und Begräbnis, Totenkult<sup>5</sup> und Kultur des Ersten Weltkrieges sowie besonders dem Phänomen, das er selbst den „Mythos der Kriegserfahrung“ nannte.<sup>6</sup>

Dies war der Schlüsselbegriff des gesamten Buches. Es handelte sich um eine mythische Erzählung über die Kriegserfahrung, die verschiedene Themen umfasste: die sogenannten „Ideen von 1914“, den Krieg als Männlichkeitsbeweis, das Kameradschaftsideal und den Kult um den gefallenen Soldaten. Wie Mosse in „Fallen Soldiers“ erklärte, macht sich der Mythos sogar die Natur zu nutze, sichtbar in der Gestaltung der Kriegsgräber. Der Erfolg der Mystifizierung in der Zwischenkriegszeit – auch Schlüssel für den Aufstieg der extremen Rechten vor allem in Deutschland – ist zurückzuführen auf den Prozess der „Trivialisierung“ des Krieges und der Brutalisierung, die aus der Kriegserfahrung resultierte. An dieser Stelle sollen andere Aspekte und Leitgedanken, die Mosse in sein Buch aufnahm, beiseite gelassen und stattdessen die These der Brutalisierung vertieft werden.

Doch zunächst sind einige Bemerkungen zur Begriffsklärung notwendig. Wie sich leicht anhand einer Suche in einem digitalen Zeitungsarchiv bestätigen lässt, handelt es sich nicht um einen Neologismus. Der Gebrauch des Wortes

Übersetzung ins Spanische durch Ángel Alcalde vor: *Soldados caídos. La transformación de la memoria de las guerras mundiales*, Zaragoza 2016.

5 George L. Mosse: National Cemeteries and National Revival: The Cult of the Fallen Soldiers in Germany, in: *Journal of Contemporary History*, vol. 14, n° 1 (Jan. 1979), S. 1-20.

6 George L. Mosse: Two World Wars and the Myth of the War Experience, in: *Journal of Contemporary History*, vol. 21, n° 4 (1986), S. 491-513.

lässt sich in gleicher Weise im Englischen („brutalisation“) oder Französischen („brutalization“) für das 19. Jahrhundert belegen – und zwar in der gleichen semantischen Bedeutung, in welcher Mosse den Begriff verwendet.

1892 zum Beispiel erwähnt ein in Indianapolis (Vereinigte Staaten) erscheinender Zeitungsartikel den „Brutalisierungseffekt des sinnlosen Krieges“ im Zusammenhang mit den Strafsystemen, die eine Brutalisierung von Männern und Frauen zur Folge hatte.<sup>7</sup> Auch wenn der Ausdruck nicht einheitlich verwendet wurde, wurde sein Gebrauch mit Beginn des Ersten Weltkrieges gängiger, um das Verhalten der Kriegsheimkehrer zu beschreiben, die sich in konfliktive und gewaltsame Individuen verwandelt hatten. Bezeichnenderweise behauptete 1922 eine Zeitschrift, die von französischen Kriegsinvaliden herausgegeben wurde, in einem Kommentar zu den Auswirkungen des Krieges auf das Nervensystem von Millionen von Männern, die an den Kämpfen teilgenommen hatten, dass sich die Brutalisierung von Massen nach jedem Krieg bestätigt hätte.<sup>8</sup> Auch im Deutschen war der Terminus Brutalisierung im 19. Jahrhundert und während des Ersten Weltkrieges geläufig, wenn auch überwiegend in einem anderen semantischen Sinne, nämlich als Synonym für ausgelebte Aggression oder Gewalt gegen Dinge oder Menschen. Im Französischen wurden hingegen beide Perspektiven der Gewalterfahrung, passives Erleben und aktives Ausleben, mit dem Begriff der Brutalisierung beschrieben.

Mit Blick auf diese Begrifflichkeit überrascht es nicht, dass auch im Italien der Zwischenkriegszeit der Terminus „brutalizzazione“ verwendet wurde. Erwähnenswert erscheint hier eine kritische italienische Rezension von Remarques Werk „Im Westen nichts Neues“ (1929), in der kritisiert wurde, dass Remarque versucht habe, den Krieg zu humanisieren, damit aber gescheitert sei. Vielmehr habe dessen Darstellung das Gegenteil bewirkt und eine „Brutalisierung und Bestialisierung“ der Menschen im Krieg erkennen lassen.<sup>9</sup> Im Spanischen verwendete man den Ausdruck in jener Zeit wahrscheinlich nur bei Übersetzungen aus dem Englischen oder Französischen. So stoßen wir in einer Zeitschrift aus dem Jahr 1923 auf Aussagen des Staatsmannes Lord Lansdowne, der die Auswirkungen des vergangenen Krieges auf „die Zerstörung der gesellschaftlichen

7 The Indiana Sentinel (Indianapolis), 21.02.1892.

8 Le Mutilé de l'Algérie. *Journal des mutilés, réformés et blessés de guerre de l'Afrique du Nord* (Argel), n° 258, 18.08.1922.

9 La Stampa (Turin), 11.05.1929.

Grundlagen, die Brutalisierung des menschlichen Lebens, die Entfesselung der Leidenschaften etc.“ reduzierte.<sup>10</sup>

Definitiv existierte bereits in der ersten Nachkriegszeit eine Angst vor den negativen Auswirkungen der Kriegserfahrung auf die Persönlichkeit. Im Besonderen wurde befürchtet, dass aggressive menschliche Instinkte verstärkt werden könnten. In diesem Zusammenhang wurde der Begriff der Brutalisierung gelegentlich zur Beschreibung eines befürchteten gesamtgesellschaftlichen Phänomens verwendet.<sup>11</sup> Damit ist die Mosse'sche These der Brutalisierung in knapper Form vorweggenommen. Das bedeutet aber noch nicht, dass sich dieses Konzept in der wissenschaftlichen oder historiographischen Terminologie durchsetzt hätte. Dies geschah erst viel später.

In den 1970er Jahren erarbeiteten nordamerikanische Soziologen die Hypothese des „Brutalisierungseffekts“. Die Hypothese nimmt an, dass sich die Todesstrafe auf die ganze Gesellschaft auswirkt. Konkret werteten einige Forscher den möglichen Einfluss dieser Art der Strafe auf die Zahl von Auftragsmorden aus. Die Annahme war, dass die Bekanntgabe der Vollstreckung der Todesstrafe in der Presse zur allgemeinen Brutalisierung der Menschen, das heißt zu mehr Kriminalität führe und nicht etwa zur Abschreckung potenzieller Straftäter diene. Die Hypothese konnte zwar nie bestätigt werden, jedoch wurde ein klarer Zusammenhang von Ursache und Wirkung zwischen der Bekanntgabe der Hinrichtungen und der Häufigkeit von Tötungsdelikten in den Staaten, in denen sie vollstreckt wurden, festgestellt. Die wissenschaftliche Debatte dazu war so bedeutend, dass sie in den 1970er und 1980er Jahren allgemeine Bekanntheit erlangte.<sup>12</sup>

Diese soziologische Debatte zum Konzept der Brutalisierung beeinflusste höchstwahrscheinlich George L. Mosse bei seiner Analyse der Geschichte des Ersten Weltkrieges. Auch wenn die Mosse'sche These zur Brutalisierung nicht aus dem Nichts kam, schien ihre Anwendung auf die Kulturgeschichte des Großen Krieges doch überaus originell. Schon bald gewann dieses Untersuchungsgebiet an Bedeutung. Seit Ende der 1970er Jahre und bis zum Ende der 1980er Jahre

10 La Velocidad. Órgano de la sociedad de chauffeurs y aspirantes (Madrid), 01.02.1923.

11 Siehe Jon Lawrence: Forging a Peaceable Kingdom: War, Violence, and Fear of Brutalization in Post-First World War Britain, in: The Journal of Modern History, vol. 75, n° 3 (2003), S. 557-589.

12 David R. King: The Brutalization Effect: Execution Publicity and the Incidence of Homicide in South Carolina, in: Social Forces, vol. 57, n° 2 (1978), S. 683-687; William C. Bailey: Deterrence, Brutalization, and the Death Penalty: Another Examination of Oklahoma's Return to Capital Punishment, in: Criminology, vol. 36, n° 4 (1998), S. 711-734.

wurde eine Reihe von Schlüsselwerken zum Großen Krieg veröffentlicht, die neue, die Kulturgeschichte betreffende Perspektiven einnahmen und relativ unbekannte Problemkomplexe wie die Veteranenbewegungen und die Kampferfahrungen der Soldaten thematisierten. 1975 erschien das einflussreiche Buch von Paul Fussell „The Great War and Modern Memory“<sup>13</sup> das die Kriegsliteratur als Quelle für die Untersuchung des Mentalitätswandels und für die Veränderung des Sprachgebrauchs infolge des Krieges analysierte. Zur gleichen Zeit fasste das Werk von Stephen R. Ward „The War Generation“<sup>14</sup> einzelne Studien zu den Veteranenbewegungen verschiedener Kriegsländer zusammen. Im folgenden Jahr erschien das Werk des Militärhistorikers John Keegan „The Face of Battle“<sup>15</sup> das das „Kameradschaftserlebnis“ aus Sicht des Soldaten realistisch und tiefgründig beschrieb. Keegan stellte die These auf, dass „die Schlacht in einer körperlich und emotional äußerst instabilen Umgebung stattfindet“.<sup>16</sup> Dem Einfluss des Kriegserlebnisses auf die Identität der Kriegsteilnehmer widmete der Historiker Eric J. Leed 1979 die faszinierende anthropologisch-historische Studie „No Man's Land“, in der er den traumatischen Initiationsritus jener beschreibt, die in den Schützengräben der Westfront kämpfen mussten.<sup>17</sup> Im gleichen Jahr sprach Robert Wohl über diese Veteranengeneration als „bearers of a revelation that might revolutionize civilian life“.<sup>18</sup>

Mosse, der zur gleichen Zeit an seiner Studie über die Verherrlichung der Kriegserfahrungen in verschiedenen Ländern, in denen Veteranenorganisationen in politischen Kreisen eine wichtige Rolle spielten,<sup>19</sup> arbeitete, benutzte bereits 1977 den Begriff der Brutalisierung, um die weite Verbreitung und Virulenz der politischen Gewalt in der Zwischenkriegszeit zu erklären. In einem Inter-

13 Paul Fussell: The Great War and Modern Memory, Oxford 1975. Es liegt auch eine spanische Übersetzung vor: Ders.: La Gran guerra y la memoria moderna, Madrid 2006.

14 Stephen R. Ward (Hrsg.): The War Generation. Veterans of the First World War, London/Port Washington (NY) 1975.

15 John Keegan: The Face of Battle, London 1976.

16 Zitat gemäß der spanischen Übersetzung. John Keegan: El rostro de la batalla, Madrid 1990, S. 58.

17 Eric J. Leed: No Man's Land. Combat and Identity in World War I, Cambridge 1979.

18 Robert Wohl: The Generation of 1914, Cambridge 1979, S. 52.

19 George L. Mosse: La sinistra europea e l'esperienza della guerra (Germania e Francia), in: Rivoluzione e Reazione in Europa 1917/1924. Convegno storico internazionale – Perugia 1978, Roma, Mondo Operaio – Edizioni Avanti!, 1978, vol. II, S. 151-167. In dieser Publikation zitiert Mosse bereits vorliegende Werke zu Veteranenbewegungen in der Zwischenkriegszeit.

view zum Nazismus, das er mit dem nordamerikanischen Historiker Michael A. Ledeen führte<sup>20</sup>, erklärt Mosse, was er als Folge des Ersten Weltkrieges in Deutschland und Italien unter der „Brutalisierung des Lebens“ versteht:

„Die einzige Neuerung, die der Krieg ganz Europa brachte, war eine Brutalisierung des Lebens. Dies war das Ergebnis der Verherrlichung des Massentod-Phänomens in einer bisher unbekannt Dimension. [...] All dies führte zu einer Form von Verherrlichung des Kämpfens, eine Verherrlichung, die sich in Deutschland in der Nachkriegszeit fortsetzte. [...] Letztendlich setzte sich die im Krieg entstandene Brutalisierung in der Nachkriegszeit fort; und das Gleiche geschah, glaube ich, in Italien. Und das war gewissermaßen der Boden, auf dem der Faschismus entstand, die Brutalisierung führte zu Aktivismus und dieser wurde nicht nur mit einem Helden- und Gefallenekult kombiniert, sondern stand auch in Verbindung mit der bürgerlichen Moral, der Ideologie von Recht und Ordnung, etc.“<sup>21</sup>

Auf diese Weise wurde der Begriff der Brutalisierung mit einem Schlag in den akademischen Sprachgebrauch eingeführt. Insbesondere in den Studien zur Gewalt in der Nachkriegszeit, zu den Aktivitäten der Freikorps, in Untersuchungen über die Kriegsliteratur und hier vor allem im Zusammenhang mit Protagonisten wie Ernst Jünger und Ernst von Salomon bezog man sich vielfach analytisch auf diesen Begriff. Sogar der Soziologe Norbert Elias, der der These von der Kontinuität der Nachkriegsgewalt sein Konzept vom Prozess der Zivilisation entgegenhielt, sprach von Brutalisierung als germanischem Kriegsethos. Das fände seinen Ausdruck in den paramilitärischen Freikorps, die „Brutalität romantisierten und glorifizierten“,<sup>22</sup> und in den 1930er Jahren fast vollständig in die Reihen Hitlers wechselten.<sup>23</sup> Ein weiteres einflussreiches Werk zur Kulturgeschichte des Großen Krieges ist jenes von Modris Eksteins, „Rites of Spring“ von 1989.<sup>24</sup> Ekstein vertritt hier die Ansicht, dass die gewalterfahrenen Veteranen als Vorboten des Faschismus anzusehen sind. Allgemein ist für die 1980er Jahre ein Aufbruch in der Kulturgeschichte des Ersten Weltkrieges zu konstatieren, nicht zuletzt in der italienischen Historiographie, auf die gerade Mosse bedeutenden Einfluss

20 Das Interview wurde zunächst auf Italienisch veröffentlicht.

21 Eigene Übersetzung aus George L. Mosse/Michael A. Ledeen (Hrsg.): *Intervista sul nazismo*, Roma/Bari 1977, S. 44-45. Eine englische Fassung wurde später veröffentlicht: George L. Mosse: *Nazism. A Historical and Comparative Analysis of National Socialism*, Oxford 1978.

22 Norbert Elias: *Civilización y violencia*, Reis, nº 65 (1994), S. 141-151. Zitat auf S. 149.

23 Nigel H. Jones: *Hitler's Heralds. The Story of the Freikorps, 1918-1923*, London 1987.

24 Modris Eksteins: *Rites of Spring. The Great War and the Birth of the Modern Age*, Boston 1989. Kürzlich ins Spanische übersetzt: Ders.: *La consagración de la primavera. La Gran Guerra y el nacimiento de los tiempos modernos*, Valencia 2014.

nahm.<sup>25</sup> Seine These zur Brutalisierung in der deutschen Politik, die bereits in einem Beitrag aus dem Jahr 1987 weit entwickelt war,<sup>26</sup> begann sich nunmehr durchzusetzen.

Nach Auffassung von Mosse veränderte die jähe Konfrontation mit dem Tod während des Krieges „zweifellos die Einstellung der Soldaten gegenüber Leben und Tod [...]. Sie, die Soldaten, wurden dem Tod gegenüber gleichgültig.“ Allerdings schränkte Mosse ein:

„Wir wissen natürlich nicht, wie eine solche Gleichgültigkeit in die Nachkriegszeit hinüberwirkte, und wir kennen die Rolle nicht, die sie für die Bildung des brutalen Tons der Nachkriegspolitik oder später für die Hinnahme der Nazi-Politik spielte. Die Gleichgültigkeit von Menschen gegenüber dem Schicksal anderer und sogar ihrem eigenen hat viele Ursachen, aber ganz sicher gehört die erzwungene Einübung in diese Gleichgültigkeit während des Krieges hierzu.“<sup>27</sup>

1990 schließlich wurde „Fallen Soldiers“ veröffentlicht. In einem Kapitel erläutert Mosse seine nun präzierte These zur Brutalisierung. Diese wird verstanden als eine Konsequenz aus der Konfrontation der Soldaten mit dem Massensterben im Ersten Weltkrieg, und dies, wie ein Rezensent schrieb, „nicht nur weil die Menschen brutal waren, sondern auch weil man lernte, das Brutale als etwas Schönes anzusehen“.<sup>28</sup> Die Brutalisierungsthese löste eine bemerkenswerte historiographische Debatte aus und „Fallen Soldiers“ avancierte bald zu einem internationalen Erfolg. Die italienische Übersetzung erschien fast zeitgleich mit der englischen Fassung.<sup>29</sup> Die deutsche Version erschien 1993.<sup>30</sup> Die hebräische Ausgabe wurde 1994 veröffentlicht.<sup>31</sup> Das Buch wurde nicht nur in den

25 Aramini, George L. Mosse, S. 141-145; siehe Diego Leoni/Camillo Zadra (Hrsg.): *La Grande Guerra: Esperienza, memoria, immagini*, Bologna 1986.

26 George L. Mosse: *Der Erste Weltkrieg und die Brutalisierung der Politik. Betrachtungen über die politische Rechte, den Rassismus und den deutschen Sonderweg*, in: Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen/Hans-Helmuth Knütter/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.): *Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa*, Bonn, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, 1987, S. 127-139.

27 Ebenda, S. 128.

28 Rezension zu *Fallen Soldiers* von Robert Weldon Whalen, in: *The Journal of Modern History*, Vol. 64, nº 2 (1992), S. 381-382.

29 *Le guerre mondiali. Dalla tragedia al mito dei caduti*, Roma/Bari 1990.

30 *Gefallen für das Vaterland: Nationales Heldentum und namenloses Sterben*, Stuttgart 1993.

31 Hebräische Ausgabe: Tel Aviv 1994; spätere Veröffentlichung auf Japanisch mit dem Titel *Eirei: tsukurareta sekai taisen no kioku*, Tokio 2001.

Fachmedien, sondern auch in der Presse überwiegend positiv aufgenommen und zustimmend besprochen<sup>32</sup>; es gab sogar ein Dokumentarfilmprojekt zum Thema. In jenen Jahren war Mosse ein vielgefragter Referent und nahm an unzähligen internationalen Konferenzen teil. Man wird sicher festhalten können, dass das Werk faszinierende Perspektiven für Analysen verschiedenen Mythen über den Ersten Weltkrieg und deren Deutungen eröffnete. Die These der Brutalisierung beschreibt dabei nur eine dieser Perspektiven.

### Die Debatte zur Brutalisierung

Inmitten des allgemeinen Beifalls für „Fallen Soldiers“ markierte eine Replik des renommierten französischen Historikers Antoine Prost, der 1977 ein monumentales Werk zur französischen Veteranenbewegung in der Zwischenkriegszeit veröffentlicht hatte,<sup>33</sup> den Beginn der Debatte um die Brutalisierung. In einem 1994 im „Historical Journal“ veröffentlichten Beitrag bezweifelte Prost die Gültigkeit von Mosses These, dass eine enge Verbindung zwischen der Kriegserfahrung der Soldaten und dem Aufstieg des Nationalsozialismus bestehe.<sup>34</sup> Als Gegenbeispiel führte er die Situation Frankreichs in der Zwischenkriegsperiode an, wo die linken und rechten Veteranenorganisationen auf ganz ähnliche Weise pazifistisch orientiert waren. „Da die französischen und deutschen Soldaten im gleichen Krieg kämpften“, so Prost, kann der Unterschied zwischen dem Pazifismus der einen und der Verherrlichung des Krieges der anderen nicht auf „den Krieg als solchen“ mit seiner Massentoderfahrung zurückzuführen sein, sondern muss auf besondere Prozesse im Schoße beider Gesellschaften zurückgeführt werden. In Frankreich und in Deutschland gab es bereits vor dem Krieg unterschiedli-

32 Weitere positive Rezensionen von Jay W. Baird in: *American Historical Review*, vol. 46, n° 4 (1991), S. 1160-1161; David R. Applebaum in: *The Journal of Military History*, vol. 55, n° 1 (1991), S. 119-120; Arden Buchold in: *Central European History*, vol. 24, n° 2-3 (1991), S. 187-194; Dennis E. Showalter in: *German Studies Review*, vol. 13, n° 3 (1990), S. 555-556; Peter Buitenhuis in: *Canadian Historical Review*, vol. 72, n° 3 (1991), S. 432; Annette Becker in: *Guerres mondiales et conflits contemporains*, n° 167 (1992), S. 167; siehe auch die Presseberichtssammlung in Leo Baeck Institute (New York): George L. Mosse Collection [LBIGMC], Series II: Writings and Research; Subseries 2: Reviews and reactions, Books, Fallen Soldiers, und Fallen Soldiers-German Version.

33 Antoine Prost: *Les Anciens Combattants et la Société Française 1914–1939*, Paris 1977, 3 Vols.; Siehe auch: Ders.: *In the Wake of War. The ‘Anciens Combattants’ and French Society*, Berg 1992.

34 Antoine Prost: *The impact of war on French and German political cultures*, in: *The Historical Journal*, vol. 37, n° 1 (1994), S. 209-217.

che Ansichten über das Verhältnis von Individuum und Nation, waren für den französischen und den deutschen Nationalismus mithin unterschiedliche Werte prägend. Daher kann die Brutalisierung – jene bemerkenswerte Gleichgültigkeit gegenüber dem menschlichen Leben – nicht einfach als kurze Kontinuität der Kriegsmentalität in Friedenszeiten gewertet werden, sondern muss nach Prost im Kontext von Kontinuitäten erheblich weiter zurückreichender Wertvorstellungen aus der Zeit vor 1914 analysiert werden.<sup>35</sup> In beiden Armeen wurde der Soldat zum Männlichkeitsvorbild idealisiert, jedoch habe dies nur in Deutschland zur Brutalisierung geführt, nicht aber in Frankreich. Ferner war die Kriegserfahrung für die Franzosen einer der Hauptgründe, warum Gewalt später abgelehnt wurde. Die Legitimation des Tötens wurde in Frankreich defensiver und sensibler formuliert als in Deutschland. Die ethische Überzeugung der meisten Franzosen sei nach dem Krieg von Pazifismus geprägt gewesen. Daher ließe sich bezweifeln, dass die Brutalisierung der Politik, die im Nationalsozialismus ihren Höhepunkt erreichte, auf die vorherige Kriegserfahrung zurückzuführen sei. „Der Krieg war nicht der Hauptgrund für den Nationalsozialismus“ schrieb Prost. Der Erste Weltkrieg war auch allein betrachtet sehr grausam. Um dies zu unterstreichen, müsse nicht noch dessen Ursächlichkeit für den Nationalsozialismus konstruiert werden.<sup>36</sup> Zu diesen Beobachtungen enthielt sich Mosse – soweit ich weiß – einer direkten Stellungnahme. Mosse konzentrierte sich inzwischen auf eine Studie zu Maskulinität und jüdischem Nationalismus. Außerdem zog er in Betracht, angesichts seines fortgeschrittenen Alters seine Memoiren zu schreiben.

Aber auch andere Historiker hinterfragten in den 1990er Jahren die Gültigkeit des behaupteten Zusammenhangs von Kriegserfahrung und Brutalisierung. 1993 veröffentlichte Richard Bessel, der bereits eingehend zur Nazigewalt geforscht hatte und schon den unterstellten „Brutalisierungseffekt“ des Krieges als „zu simpel“ kritisierte, seine ausführliche Studie zur Demobilisierung in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg. Bessel konnte nachweisen, dass sich nur wenige Veteranen den irregulären paramilitärischen Freikorps anschlossen.<sup>37</sup> In die gleiche Richtung argumentiert Benjamin Ziemann in einer materialreichen Analyse zur

35 James M. Diehl führte bereits 1977 in seiner Studie zum rechten Paramilitarismus in Deutschland an, dass diese gewaltsamen Veteranengruppen ihre Wurzeln in der Ära Bismarcks hatten: siehe James Diehl: *Paramilitary politics in Weimar Germany*, Bloomington 1977.

36 Prost, „The impact of war“, S. 217.

37 Richard Bessel: *Germany after the First World War*, Oxford 1995. Zitat auf S. VI.

Region Bayern in der Zwischenkriegszeit.<sup>38</sup> Seine vielfach belegte These lautet, dass die Mehrheit der Kriegsheimkehrer daran interessiert war, zur friedlichen Normalität ihres ländlichen Zivillebens zurückzukehren. Sie engagierten sich also gerade nicht in paramilitärischen Verbänden. Diese Perspektiven unterscheiden sich von der gängigen Kulturgeschichte des Ersten Weltkrieges, die bis dato überwiegend davon ausging, dass der Krieg eine bedeutende historische Zäsur war: der Ursprung der Moderne und des Totalitarismus.<sup>39</sup> Differenzierte Analysen brutalisierender Effekte auf partikuläre Kontexte der Nachkriegsgesellschaften dominierten in den letzten Jahren die wissenschaftliche Debatte.

Die Diskussion zur Brutalisierung und mit ihr die Relevanz der Mosse'schen Thesen entfaltete sich in einem zunehmend größeren und komplexeren historiographischen Rahmen. Hier sind beispielsweise die Forschungen zur Erinnerungskultur an den Ersten Weltkrieg, zum Paramilitarismus, zur Gewaltförmigkeit der Politik in den Nachkriegsgesellschaften, zum Völkermord oder auch die kontroverse Forschung zur Kriegskultur zu nennen. Ferner internationalisierte sich die Debatte geographisch. Nachdem sie zunächst über und in Deutschland geführt wurde, nahm sie Einfluss auf die französischen Historiker. Zahlreiche italienische Fachleute griffen ebenfalls auf das Konzept der Brutalisierung zurück, das schließlich auch in den Fokus spanischer Forscher gelangte, obwohl Spanien gar nicht am Großen Krieg beteiligt war. In den letzten Jahren haben verschiedene Wissenschaftler die Geschichte der osteuropäischen Länder und anderer Kontinente untersucht und setzen so die einst von Mosse ausgelöste Debatte auf globaler Ebene fort. Ausgereicht als George L. Mosse im Jahre 1999 starb, nahm die Polemik in der Auseinandersetzung um seine These spürbar zu. Wohl nicht ganz zufällig erschienen in jener Zeit eine französische Übersetzung (1999) und die Neuauflage der italienischen Ausgabe (1998) von „Fallen Soldiers“.

Gewiss ist die Intensität der kulturhistorischen Debatte zu den Auswirkungen des Ersten Weltkrieges zu einem erheblichen Teil auf die innovative Arbeit des „Historial de la Grande Guerre“ in Péronne zurückzuführen. Das Museum und

38 Benjamin Ziemann: *Front und Heimat. Ländliche Kriegserfahrungen im südlichen Bayern 1914–1923*, Essen 1997; übersetzt ins Englische Ders.: *War Experiences in Rural Germany: 1914–1923*, Oxford 2007. Zuletzt hat Ziemann seine Forschung, die einen differenzierten Befund zur Brutalisierung der Politik durch die Kriegserfahrung zu Tage förderte, auf die gesamte Weimarer Republik ausgedehnt. Ders.: *Gewalt im Ersten Weltkrieg. Töten. Überleben. Verweigern*, Essen 2013.

39 In Italien stimmte das Werk von Antonio Gibelli: *L'officina della guerra. La Grande Guerra e le trasformazioni del mondo mentale*, Turin 1991, mit der Kulturperspektive Fussells, Leeds und Mosses überein.

Forschungszentrum wurde 1989 unter Beteiligung von George L. Mosse, Jay Winter, Gerd Krumeich und vielen anderen kulturgeschichtlich arbeitenden Historikern gegründet.<sup>40</sup> Die Studien von Stéphane Audoin-Rouzeau und Annette Becker sind wahrscheinlich die repräsentativsten aus dieser ungleichen Gruppe. In seiner Studie zur Rolle der Kindheit in der französischen Kriegskultur wendete Audoin-Rouzeau bereits das Konzept der Brutalisierung an.<sup>41</sup> In seinem Vorwort zur französischen Ausgabe von „Fallen Soldiers“ betonte der Autor das Interesse und die Originalität der Mosse'schen These, die, obwohl „einfach“, nie zuvor von einem anderen Historiker in die Debatte eingeführt wurde. Mosse ignorierte offensichtlich den französischen Fall. Dennoch liefert das keinen Anlass, die generelle Gültigkeit seines Begriffs zu bezweifeln, auch wenn die Situation im Frankreich der Zwischenkriegszeit im Widerspruch zu Mosses These steht.

Nicht zufällig ist die französische Ausgabe von „Fallen Soldiers“ sogar mit dem Begriff Brutalisierung untertitelt, was die Mosse'sche Deutung der Entwicklung des „Großen Krieges zum Totalitarismus“ allerdings linear erscheinen lässt.<sup>42</sup> Ferner argumentierten Audoin-Rouzeau und Becker in ihrem wichtigen Werk „14-18 – Retrouver la Guerre“ mit Mosse, dass die Brutalisierung der europäischen Gesellschaften im Ersten Weltkrieg mit ursächlich für einen Rückschritt im Zivilisierungsprozesses sei. Außerdem habe die durch die Veteranen in die Zivilgesellschaft hineingetragene Brutalität die Entstehung totalitärer Systeme, des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus, begünstigt.<sup>43</sup> So kam es, dass sich im Jahr 2000 ein Rezensent der französischen Ausgabe von „Fallen Soldiers“ die rhetorische Frage stellte: „Wie soll man heutzutage zum Ersten Weltkrieg und der Zwischenkriegszeit forschen, ohne die These der Brutalisierung von G. L. Mosse heranzuziehen?“<sup>44</sup>

40 Siehe: Jean-Jacques Becker/Jay M. Winter/Gerd Krumeich/Annette Becker/Stéphane Audoin-Rouzeau (Hrsg.): *Guerre et Cultures 1914–1918*, Paris 1994; Jay Winter: *Sites of Memory, Sites of Mourning. The Great War in European cultural history*, Cambridge 1995. Das Werk betonte eher die Kontinuitäten als die vom Großen Krieg gebrachten kulturellen Neuerungen; Jean-Jacques Becker (Hrsg.): *Histoire culturelle de la Grande Guerre*, Paris 2005.

41 Stéphane Audoin-Rouzeau: *La Guerre des enfants 1914–1918. Essai d'histoire culturelle*, Paris 1993, S. 11.

42 George L. Mosse: *De la Grande Guerre au totalitarisme. La brutalisation des sociétés européennes*, Paris 1999, S. XIV-XV.

43 Stéphane Audoin-Rouzeau/Annette Becker: *14-18, retrouver la Guerre*, Paris 2000, S. 58-60, 227-228, 313-314.

44 Rezension von Raphaëlle Branche in: *Vingtième Siècle. Revue d'histoire*, num. 66 (2000), S. 185.

In Frankreich formierte sich in der Geschichtswissenschaft aber auch eine wahrnehmbare Gegenbewegung zu der von Mosse mitgeprägten kulturhistorischen Deutung des Weltkrieges, die allerdings weniger bedeutend war.<sup>45</sup> In einem Artikel in der angesehenen Zeitschrift „Vingtième Siècle“ betonte Antoine Prost seinerseits die „Grenzen der Brutalisierung“. Die Tötungserfahrung für die Westfrontsoldaten sei sehr uneinheitlich gewesen und die Kriegserfahrung habe die Persönlichkeit derer, die teilnahmen, nur wenig verändert.<sup>46</sup> In der Tendenz war dieser Artikel weniger konfrontativ als seine Kritik aus dem Jahr 1994, und er akzeptierte das Konzept der Brutalisierung als erklärungsfähiges Paradigma geschichtswissenschaftlicher Analyse. Allerdings hielt er mit Blick auf Frankreich seine Kritik aufrecht, dass das Konzept nicht universell anwendbar sei. Die Etablierung eines differenzierten Brutalisierungsbegriffes in der Geschichtswissenschaft als ein Konzept, das trotz mancher berechtigter Kritik in der Lage ist, bestimmte Prozesse und Auswirkungen des Ersten Weltkrieg kulturhistorisch zu erfassen und zu erklären, ist – meiner Meinung nach – das wichtigste Ergebnis dieser Debatte.

Tatsächlich wurde in den 2000er Jahren nicht nur in der französischen Historiographie<sup>47</sup>, sondern auch im englischsprachigen Raum<sup>48</sup> sowie von italienischen und deutschen Historikern<sup>49</sup> eine wahre Flut an Büchern publiziert, die mehr

45 Zur Debatte siehe Leonard V. Smith, „The ‘Culture de guerre’ and French Historiography of the Great War of 1914–1918“, in: *History Compass*, Vol. 5, n° 6 (2007); Pierre Purseigle: „A very French debate: the 1914–1918 ‘war culture’“, in: *Journal of War and Culture Studies*, vol. 1, n° 1 (2008), S. 9–14; Frédéric Rousseau: „Repensar la gran guerra (1914–1918)“, *Historia, testimonios y ciencias sociales*, in: *Historia Social*, n° 78 (2014), S. 135–153.

46 Antoine Prost: „Les limites de la brutalisation. Tuer sur le front occidental, 1914–1918“, in: *Vingtième Siècle. Revue d’histoire*, n° 81 (2004), S. 5–20.

47 Stéphane Audoin-Rouzeau/Annette Becker/Christian Ingrao/Henry Rousso: *La violence de guerre 1914–1945. Approches comparées des deux conflits mondiaux*, Paris 2002; Bruno Cabanes/Édouard Husson (Hrsg.): *Les sociétés en guerre 1911–1946*, Paris 2003.

48 Omer Bartov: *Mirrors of Destruction. War, Genocide, and Modern Identity*, Oxford u.a. 2000, S. 16–22; Alan Kramer: *Dynamic of Destruction. Culture and Mass Killing in the First World War*, Oxford und New York 2007.

49 Angelo Ventrone: *La seduzione totalitaria. Guerra, modernità, violenza politica (1914–1918)*, Roma 2003; Enzo Traverso: *A ferro e fuoco. La guerra civile europea, 1914–1945*, Bologna 2007; Alexander Mesching: *Der Wille zur Bewegung. Militärischer Traum und totalitäres Programm. Eine Mentalitätsgeschichte vom Ersten Weltkrieg zum Nationalsozialismus*, Bielefeld 2008. Etwas zuvor stützte sich auch die vergleichende Studie zur politischen Gewalt in Paris und Berlin in der Zwischenkriegszeit auf Mosse: Andreas Wirsching: *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich, 1918–1933/39. Berlin und Paris im Vergleich*, München 1999, S. 5.

oder weniger gut begründet die These der Brutalisierung unterstützen, und die auch die Kontinuität zugrundeliegender kultureller Merkmale zwischen den Kriegen erforschten. In Spanien begann man den Brutalisierungsbegriff bei der Beschreibung der politischen Gewalt zur Zeit der zweiten Republik anzuwenden.<sup>50</sup> Gleichrangig zu Begriffen wie Globalisierung, Entwicklung oder Totalitarismus wurde das Brutalisierungsparadigma, aufgefasst als historischer Prozess, sogar an einigen französischen Sekundarschulen unterrichtet.<sup>51</sup>

Daneben wurden wichtige Studien zur politischen Gewalt und zum Paramilitarismus der Zwischenkriegszeit veröffentlicht, die eine facettenreichere Realität vermittelten als die Untersuchungen zur Brutalisierung. Die deutsche Historiographie förderte wesentlich komplexere Ergebnisse zutage. So schlussfolgerte Dirk Schumann, aufgrund seiner Forschung zu Verhaltenskontinuitäten ein Spezialist für politische Gewalt in der Weimarer Republik, in einer Sonderausgabe des „*Journal of Modern European History*“, dass nicht die Kriegserfahrung an sich ursächlich für das verstärkte Auftreten politischer Gewalt in der Zwischenkriegszeit sei, sondern die politischen Kulturen, vor deren Hintergrund diese Erfahrungen gedeutet wurden.<sup>52</sup> Ferner bestätigte die geographische Ausdehnung der Gewalt in Europa die These, dass die politische Auseinandersetzung in den jüngeren Nationalstaaten Osteuropas nach dem Zusammenbruch der alten Ordnung viel stärker von paramilitärischer Gewalt geprägt war. Nicht einmal für Deutschland, so Schumann, könne der Bürgerkrieg zwischen 1918 und 1921 ausschließlich auf eine Brutalisierung durch den Krieg zurückgeführt werden.<sup>53</sup>

Nichtsdestotrotz war das Konzept der Brutalisierung in den 2000er Jahren für viele Wissenschaftler forschungsleitend. In Italien zum Beispiel, wo seit Emilio

50 Fernando del Rey Reguillo/Mercedes Cabrera: *La patronal y la brutalización de la política*, in: Santos Juliá (Hrsg.): *Violencia política en la España del siglo XX*, Madrid 2000, S. 235–288; Fernando Del Rey (Hrsg.): *Palabras como puños. La intransigencia política en la Segunda República española*, Madrid 2011. Zur späteren Rezeption des Werks von Mosse in Spanien siehe: Ángel Alcalde: *Soldados caídos. Un estudio introductorio*, in: George L. Mosse, *Soldados Caídos*, S. 9–27.

51 <http://histoire-geo.ac-amiens.fr/?Brutalisation&lang=fr> [Aufgerufen: 13.10.2015].

52 Dirk Schumann: *Europa, der Erste Weltkrieg und die Nachkriegszeit: eine Kontinuität der Gewalt?*, in: *Journal of Modern European History*, Vol. 1, Num. 1 (2003), S. 24–43. Das Dossier enthält Artikel von Adrian Gregory, Benjamin Ziemann, Andreas Wirsching, und Piotr Wróbel.

53 Dirk Schumann: *Politische Gewalt in der Weimarer Republik: Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg*, Essen 2001. In der englischen Übersetzung: *Political Violence in the Weimar Republic: Fight for the Streets and Fear of Civil War*, New York 2009, besonders S. 8, 16 und 306.

Gentiles Studie zur faschistischen Bewegung<sup>54</sup> keine innovativen Untersuchungen zum Thema mehr vorgelegt wurden, nahm die Geschichtswissenschaft den Begriff der „brutalizzazione“ auf, um den Aufstieg des Faschismus in der Periode 1919 bis 1922 zu beschreiben.<sup>55</sup> Auch Studien zur Demobilisierung bezogen sich in vielfältiger Weise auf das Mosse'sche Konzept der Brutalisierung.<sup>56</sup> In seiner Untersuchung des konterrevolutionären Paramilitarismus in Zentraleuropa bestätigte Robert Gerwarth, dass sich zwischen 1918 und 1920 sowohl gewaltbereite Veteranen als auch rechtsgerichtete jüngere Männer ohne eigne Fronterfahrung zu einer neuen Generation politischer Kämpfer vereinigten, die antikommunistisch, frauenfeindlich und antisemitisch motivierte extreme Gewalt ausübten.<sup>57</sup>

Aus der Forschung zu den Demobilisierungsprozessen nach dem Krieg gingen neue Konzepte hervor, die es vielen Historikern ermöglichten, Mosses These von der Brutalisierung weiterzuentwickeln. Bereits 2001 bot John Horne den Begriff der „kulturellen Demobilisierung“ an, um ein Verständnis dafür zu entwickeln, warum in einigen siegreichen Staaten die Kriegsmilitarität verschwand, während sie in anderen Ländern, vor allem in Deutschland, fortbestand.<sup>58</sup> In Frankreich zum Beispiel sollen die „poilus“ ihre kriegskulturell geprägten, aggressiven Überzeugungen allmählich überwunden haben.<sup>59</sup> Was im Französischen „sortie de guerre“ genannt wird, wäre zumindest theoretisch ein entscheidender Prozess, der erklären könnte, warum es in einigen Ländern eine Brutalisierung gab und in anderen nicht. Dennoch begegnen auch detaillierte Studien mit breitem archiva-  
lischem Fundament der Schwierigkeit, diese Prozesse der kulturellen Demobili-

54 Emilio Gentile: *Storia del partito fascista. 1919–1922. Movimento e milizia*, Roma/Bari 1989.

55 Aramini, George L. Mosse, S. 229-232; Giulia Albanese: *La brutalizzazione della politica tra guerra e dopoguerra*, in: *Contemporanea*, a. IX, num. 3 (2006), S. 551-557; Marco Mondini: *La politica delle armi. Il ruolo dell'esercito nell'avvento del fascismo*, Roma/Bari 2006, S. 54; Giulia Albanese: *La marcia su Roma*, Roma/Bari 2006, S. 204-206.

56 Marco Mondini, Marco/Guri Schwarz: *Dalla guerra alla pace. Retoriche e pratiche della smobilizzazione nell'Italia del Novecento*, Verona 2007, S. 12.

57 Robert Gerwarth: *The Central European Counter-Revolution: Paramilitary Violence in Germany, Austria and Hungary after the Great War*, in: *Past and Present*, Nr. 200 (2008), S. 175-209.

58 John Horne (Hrsg.): *Démobilisations culturelles après la Grande Guerre*, in: *14–18 Aujourd'hui, Today, Heute*, n° 5 (2002).

59 Bruno Cabanes: *La Victoire endeuillée. La sortie de guerre des soldats français (1918–1920)*, Paris 2004.

sierung – ob gescheitert oder erfolgreich – aufzuzeigen und Schlussfolgerungen aus ihnen zu ziehen.<sup>60</sup>

## Die jüngsten Beiträge zur Debatte

Infolge der auf internationaler Ebene ausgetragenen Kontroversen um das in der Geschichtswissenschaft inzwischen dauerhaft etablierte Brutalisierungskonzept wurden in den letzten Jahren einige sehr nuancierte Anwendungen der bekannten Mosse'schen These vorgeschlagen. Arnd Weinrich hat zum Beispiel argumentiert, zwischen einer Primärbrutalisierung in den Frontgräben und einer sekundären und tertiären Brutalisierung zu unterscheiden, die während der militärischen Ausbildung entstanden bzw. eine Folge der Sozialisation der Jugendlichen in der Hitlerjugend gewesen seien.<sup>61</sup> Hervorzuheben ist des Weiteren der Sammelband „Paramilitärische Gewalt in Europa und der Welt“, der im Rahmen des Forschungsprojektes „Die Grenzen der Brutalisierung“ am Centre for War Studies (University College Dublin) entstanden ist. Der hier maßgebliche Wissenschaftler Robert Gerwarth behauptete, dass die Brutalisierung nicht aufgrund der Kriegserfahrung als solcher entstand, sondern aufgrund der Niederlage und infolge der Revolutionen in verschiedenen Ländern Mittel- und Osteuropas.<sup>62</sup> Dieser Linie folgend wurde darauf hingewiesen, dass die häufig von Veteranen praktizierte Gewalt erst aufgrund der Krise der staatlichen Autorität möglich wurde.<sup>63</sup> Wie ein Aufsatz über die Brutalisierungsthese am Beispiel Russlands

60 Adam R. Seipp: *The Ordeal of Peace. Demobilization and the Urban Experience in Britain and Germany, 1917–1921*, Farnham 2009, S. 22.

61 Arndt Weinrich: *Der Weltkrieg als Erzieher. Jugend zwischen Weimarer Republik und Nationalsozialismus*, Essen 2013, S. 21-25.

62 Robert Gerwarth: *Fighting the Red Beast: Counter-Revolutionary Violence in the Defeated States of Central Europe*, in: Robert Gerwarth/John Horne (Hrsg.): *War in Peace. Paramilitary Violence in Europe after the Great War*, Oxford 2012, S. 52-71. Die Ausgabe enthält auch Beiträge von Tomas Balkelis, Anne Dolan, Julia Eichenberg, Emilio Gentile, Pertty Haapala, John Horne, John Paul Newman, William Rosenberg, Marko Tikka, Ugur Ümit Üngör, Serhy Yekelchuk. Siehe auch Robert Gerwarth/John Horne: *Vectors of Violence: Paramilitarism in Europe after the Great War, 1917–1923*, in: *The Journal of Modern History*, vol. 83, n° 3 (2011), S. 489-512.

63 Mark Edele/Robert Gerwarth (Hrsg.): *The Limits of Demobilization*, in: *Journal of Contemporary History*, vol. 50, n° 1 (2015), mit Artikeln von Dietrich Beyrau, Tomas Balkelis, Jochen Böhrer, Jennifer Keene, Richard S. Fogarty und David Killingray und Stephen Garton; siehe auch Julia Eichenberg: *The Dark Side of Independence: Paramilitary Violence in Ireland and Poland after the First World War*, in: *Contemporary European History*, vol. 19, n° 3 (2010), S. 231-248.

zeigt, lassen sich nur schwer direkte Verbindungen zwischen den Fronten eines industriellen Krieges und der Gewalt in Bürgerkrieg und Revolution aufzeigen.<sup>64</sup>

Um zu erklären, warum in manchen Ländern nach dem Ersten Weltkrieg eine Brutalisierung der politischen Kultur festzustellen ist und in anderen nicht, wurden jüngst die Konzepte der „kulturellen Demobilisierung“ und der „Kultur der Niederlage“ herangezogen, die ursprünglich von Wolfgang Schivelbusch eingeführt<sup>65</sup> und u.a. von John Horne und Robert Gerwarth wieder aufgegriffen wurden. Nach der Arbeit von Julia Eichenberg und John Paul Newman über Internationalismus und Pazifismus in Veteranengruppen der Zwischenkriegsperiode leitet sich aus der „Siegerkultur“ der Gewinnerländer des Krieges, wie etwa Frankreich und England, eine eher pazifistische Grundhaltung der Veteranen ab. Dagegen habe die besonders in Deutschland ausgeprägte Kultur der Niederlage zu einer Brutalisierung der politischen Kultur geführt. Für Italien stehen diesbezügliche Studien noch aus.<sup>66</sup>

Offenkundig herrscht bis heute eine spürbare Unsicherheit im Umgang mit dem Begriff der Brutalisierung und dessen methodischer Erschließung. Bisher werden Studien zu einzelnen Ländern eher nebeneinander gestellt, als dass international vergleichend gearbeitet würde. Ein allgemein anerkanntes Instrumentarium zur Untersuchung dieses schwierigen Themas ist erst in Ansätzen entwickelt. Es bleibt oft unklar bzw. nicht hinreichend belegbar, warum die Entwicklung in manchen Ländern zu einer Pazifizierung der politischen Kultur und in anderen Ländern zu einer Brutalisierung führte. So entstehen immer neue Widersprüche, aber auch neue Fragen an die Geschichte. Dies gilt besonders, wenn neue geographische Forschungsfelder erschlossen werden, etwa das der Geschichte der Brutalisierung in der politischen Kultur Spaniens.<sup>67</sup>

64 Dietrich Beyrau: „Brutalization revisited: the case of Russia“, in: *Journal of Contemporary History*, vol. 50, n° 1 (2015), S. 15-37, Zitat auf S. 16.

65 Wolfgang Schivelbusch: *Die Kultur der Niederlage. Der amerikanische Süden 1865. Frankreich 1871. Deutschland 1918*, Berlin 2001.

66 Julia Eichenberg/John Paul Newman (Hrsg.): *The Great War and Veterans' Internationalism*, New York 2013.

67 Dies betrifft leider die allgemeine internationale Unkenntnis der einschlägigen Arbeiten zum Paramilitarismus und der politischen Gewalt in Spanien von Eduardo González Calleja, der Interesse an der Anwendbarkeit des Konzeptes der Brutalisierung für den spanischen Fall zeigte. Eduardo González Calleja: *La cultura de guerra como propuesta historiográfica; una reflexión general desde el contemporaneísmo español*, in: *Historia Social*, Num. 61 (2008), S. 69-87. Ángel Alcalde Fernández: *Experiencias de guerra y fascismos: los excombatientes en Europa y España (1914–1945). Una introducción comparativa*, in: Carmen Frías/José Luis Ledesma/Javier Rodrigo (Hrsg.): *Reevaluaciones.*

Darüber hinaus wurde jüngst die These der mehrheitspazifistischen Grundorientierung der französischen Veteranen infrage gestellt und damit die als erfolgreich wahrgenommene Demobilisierung.<sup>68</sup> Benjamin Ziemann untermauerte seine Kritik an der These einer allgemeinen Brutalisierung der deutschen Nachkriegsgesellschaft. Seine Untersuchung republikanischer Veteranenverbände führt zu einem differenzierten Ergebnis.<sup>69</sup>

Ich habe in Erweiterung der bisherigen Forschung vorgeschlagen, politikwissenschaftliche Konzepte anzuwenden, v. a. bezüglich der Abläufe von Demobilisierung, Entwaffnung und Wiedereingliederung (DD&R). Das kann als ein Instrument dienen, um die Zwischenkriegszeit erneut zu untersuchen. Ich komme zu dem Schluss, dass eine wesentliche Ursache für die Brutalisierung der politischen Kultur Deutschlands und Italiens in der Zeit zwischen 1919 und 1923 in der gescheiterten Entwaffnung und somit der außergewöhnlichen Verfügbarkeit von Schusswaffen zu suchen ist.<sup>70</sup> Ich habe insbesondere argumentiert, dass die Beziehung zwischen den Veteranen und dem Faschismus in der Zwischenkriegszeit nicht mit der Brutalisierungsthese erklärbar ist, weil dieses Konzept nicht verifizierbar ist und viele Dimensionen nicht beleuchtet. In meiner Dissertation habe ich die Beziehung zwischen Kriegsveteranen einerseits und den faschistischen Bewegungen bzw. Regimen international vergleichend analysiert. Ich komme zu dem Ergebnis, dass die Beziehung auf einem Prozess der symbolischen Aneignung des „Veteranen“-Konzeptes basierte, dessen größter Profiteur der italienische Faschismus war. Auf diese Weise entstanden vernetzte Prozesse der Transnationalisierung des Faschismus und der Faschisierung der Veteranenpolitik in Europa.<sup>71</sup> Der Begriff der Brutalisierung verfügt meiner Meinung nach lediglich über deskriptives Potential, nicht aber über analytisches.

*Historias locales, miradas globales* (VII Congreso de Historia Local de Aragón), Zaragoza, Institución „Fernando el Católico“, 2011, S. 365-376.

68 Chris Millington: *From Victory to Vichy. Veterans in Inter-war France*, Manchester/New York 2012.

69 Benjamin Ziemann: *Contested Commemorations. Republican War Veterans and Weimar Political Culture*, Cambridge u.a. 1 2013, S. 11.

70 Ángel Alcalde: *Excombatientes, ¿germen de guerras civiles?*, in: *Amnis* (2015) <https://amnis.revues.org/2452> [Aufgerufen: 13.10.2015].

71 Ángel Alcalde: *War Veterans and Transnational Fascism. From Fascist Italy and Nazi Germany to Francoist Spain and Vichy France (1917–1940)*, PhD dissertation, European University Institute, 2015.

## Fazit

Zusammenfassend wird deutlich, dass der Mosse'sche Begriff der Brutalisierung als überwiegend deskriptives Modell in der Geschichtswissenschaft weiterhin relevant ist und auf die Entwicklung der politischen Kultur in der Zwischenkriegszeit Anwendung findet. Zwar erscheint das historische Phänomen der Brutalisierung zunächst als evidente Wahrheit. Allerdings ist es nahezu unmöglich, diesen Prozess systematisch auf Grundlage der Quellen nachzuweisen und zu rekonstruieren.

Ich habe mich bemüht zu verdeutlichen, dass das hier diskutierte Konzept der Brutalisierung nicht originär auf Mosse zurückzuführen ist, sondern an die soziologische Debatte um den „Brutalisierungseffekt“ der 1970er Jahre anschließt, die Mosse aufgriff. Zudem war der Begriff bereits vor 1914 bekannt und unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg in Europa gebräuchlich, um die Auswirkungen des Krieges auf die Veteranen zu beschreiben. Also lange bevor Mosse den Begriff zum Ausgangspunkt seines Modells zur Erklärung der politischen Kultur machte. Mosse betrachtete die Brutalisierung der politischen Kultur auf einleuchtende Weise und erklärte damit überzeugend den Genozid und den Aufstieg der Nationalsozialisten in Deutschland. Tatsächlich ist die Brutalisierung eine symbolische und sehr rhetorische Verkürzung, um zu erklären, warum sich die Tragödie von 1914 bis 1918 mehrfach wiederholen konnte. Interdisziplinäre und vergleichend angelegte Analysen haben Mosses Auffassung vielfach kritisiert. Allerdings besteht das wesentliche Ergebnis der Debatte in einer Konsolidierung des Erklärungswertes des Konzeptes und weiterer von Mosse in diesem Zusammenhang ausgearbeiteter Einschätzungen. Fünfundzwanzig Jahre nach „Fallen Soldiers“, diesem für unsere Sicht auf den Ersten Weltkrieg so bedeutsamen Werk, hat sich das analytische und deskriptive Potential des Brutalisierungskonzeptes erschöpft. Die Historiker sollten neue heuristische Werkzeuge entwickeln, um Verbindungslinien zwischen den beiden Weltkriegen herauszuarbeiten und im konkreten Fall den Aufstieg des Faschismus in Teilen Europas und den Genozid zu erklären.

*Aus dem Spanischen von Jenny Oberhaus und Javier López*

*Guðrun Brockhaus*

## Der Krieg heilt alle Wunden – Zur Sozialpsychologie der nationalsozialistischen Weltkriegsmythen

Trotz der Schrecknisse des Ersten Weltkrieges wurden Krieg, Kampf und Gewalt schon wenige Jahre nach Kriegsende zu erfolgreichen Zentralthemen der NS-Bewegung. Der Krieg – bzw. eine heroische Phantasie des Kampfes, nicht die traumatische Realität des Stellungskrieges – war das politische und ästhetische Ideal der Nationalsozialisten: die existenzielle Bedrohung, die alle Zweifel erübrigt, die Einheit in der Ausrichtung auf den Feind herstellt, nur noch Freunde oder Feinde kennt, ja oder nein. Der politische Gegner ist zu vernichten wie der Feind im Krieg, das Politikmodell ist die ultimative Aktion: „Der Nationalsozialismus ist das scharfe Schwert, mit dem der gordische Knoten der deutschen Verzweiflung durchschlagen werden soll.“<sup>1</sup> Das Buch der Hitler-Bewegung heißt „Mein Kampf“, die Zeitschrift „Der Angriff“, die Parteistruktur folgt militärischen Organisationsprinzipien, die Sprache ist voller militärischer Begriffe oder übernimmt direkt die Sprache des Ersten Weltkriegs. Ganz offen wird die gnadenlose blutige Rache an den Feinden propagiert. Selbst die „positiven“ Ziele wie die Volksgemeinschaft werden aus dem Krieg hergeleitet.

Der nationalsozialistische Sozialdarwinismus beschwört den Krieg als ewigen Naturzustand der Menschheit und verachtet den Pazifismus als schwächliche Unnatur. „Ein Nationalsozialist fühlt sich nur wohl, wenn er kämpfen kann“<sup>2</sup>, behauptet Goebbels in seiner Beschreibung des letzten Jahres der „Kampfzeit“. „Die einzige Freude, die einen immer wieder aufrichtet, ist der Kampf selbst.“<sup>3</sup>

Den Nationalsozialisten gelang es zunehmend, die Erfahrung des Ersten Weltkrieges für sich zu vereinnahmen.<sup>4</sup> Die NS-Bewegung und ihre Kämpfer,

1 Joseph Goebbels in: Der Angriff, 01.04.1932.

2 Joseph Goebbels: Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei, Eine historische Darstellung in Tagebuchblättern (vom 1. Jan. 1932 bis zum 1. Mai 1933). München 1934, S. 126.

3 Ebenda, S. 181.

4 Das ging so weit, „daß der Begriff des Kriegserlebnisses von den Nationalisten allein in Beschlag genommen werden konnte“ und den Kriegskritikern das authentische Kriegserle-

ihre Soldaten führen den Kampf um Deutschland fort. In zahllosen Bildern und Geschichten bemächtigten sich die Nationalsozialisten dieser Erbschaft.

Die Bilder des Krieges, mit denen die NS-Propaganda arbeitete, sind Verarbeitungen von Gefühlen, die von der historischen Situation nahegelegt werden. Sie versprechen Antworten auf zeittypische Bedürfnisse. Erfolgreich wurden die nationalistischen und die nationalsozialistischen Kriegsmythen nicht unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg, was sicher auch mit der frischeren und realitätsnäheren Erinnerung an den Krieg zu tun hatte, die in der heldischen Kriegssage der Nationalsozialisten nicht unterzubringen war. Ihr Kriegsbild war in erster Linie gerade nicht durch das Kriegserleben selber geprägt, sondern durch die Erfahrung der Niederlage und der Krisen der Nachkriegszeit. Dafür spricht auch, dass das nationalsozialistische Kriegsbild erst ab den späten 20er Jahren wirklich breiten Zuspruch findet. Etwas zugespitzt heißt meine These: Erfahrungen von Anomie, Ohnmacht und Beschämung in der Weimarer Zeit knüpften an Kriegserlebnisse an und bündelten sich zu einer psychischen Labilisierung, in der die Empfänglichkeit für die regressiven nationalistischen und nationalsozialistischen Weltdeutungen wuchs. Speziell die Weltkriegsmythen enthielten starke emotionale Erlebnisangebote, die Erfahrungen von Demütigung, Entwertung und Beschämung in ihr triumphales Gegenteil verkehrten: die Niederlage wurde zum Sieg, der männliche Heroismus restituiert, Rache und Hass wurden zur Tugend. Die Idealisierung des einfachen Soldaten und seiner behaupteten Führungsrolle im Ersten Weltkrieg befriedigten die neuen populistischen Bedürfnisse. Das Kriegsbild der Nationalsozialisten bediente zudem auch die Sehnsüchte nach Harmonie, Geborgenheit und Identitätsgewissheit.

Die Idealisierung des Krieges auf Seiten der nationalistischen Rechten und der Nationalsozialisten hatte eine persönlich existenzielle Dimension, sie war nicht einfach eine politisch-ideologische Position, sondern eine Antwort auf tiefe Verunsicherungen. Der Glaube an Religion oder politische Ideologien kann, wie Freud formuliert, die Möglichkeit zu einer „Schiefeilung mannigfacher Neurosen“ bieten.<sup>5</sup> Diese Heilungsversprechen machen die Indienstnahme des Krieges für quasi volkstherapeutische Zwecke attraktiv.

ben abgesprochen wurde. Kurt Sontheimer: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München 1978 (Orig. 1962), S. 96 ff.

5 Sigmund Freud: Massenpsychologie und Ich-Analyse, Frankfurt a.M. o.J. (Orig. 1921), S. 159.

Um dies leisten zu können, musste die Geschichte des Ersten Weltkriegs umgedeutet, vereindeutigt und harmonisiert werden. Positive Bilder wurden ausgemalt und als Realität ausgegeben: die einige deutsche Volksgemeinschaft der Feiern des Kriegsbeginns (das „Augusterlebnis“), die Frontkameradschaft der Deutschen, in denen alle Klassenspaltungen und gesellschaftlichen Hierarchien eingeebnet sind, die patriotische Begeisterung, der ungebrochene Siegeswille, der Helden- und Opfermut aller Frontsoldaten und ihre klaglose, todesverachtende, eiserne Bereitschaft zur Pflichterfüllung. Erfunden wurde auch der Erste Weltkrieg als Ort, an dem sich der virile Heroismus beweisen konnte. Die Wirklichkeit des Stellungs- und Abnutzungskrieges bestimmten Erfahrungen von Kontingenz und Ohnmacht, persönliche Tapferkeit und militärische Kompetenz wurden entwertet. Solche als extrem negativ bewerteten Kriegserfahrungen wurden ebenso ignoriert oder abgestritten wie Kriegsverbrechen, soziale Spaltungen, welche die Frontgemeinschaft Lügen strafen, Kriegsmüdigkeit, Kriegsneurosen, Defätismus, Verweigerung, Desertion. Schließlich wurde die Niederlage nicht nur verleugnet, sondern in der extremen Variante der Dolchstoßlegende, die die Nationalsozialisten propagieren, ins Gegenteil verkehrt: Man war nicht nur „im Felde unbesiegt“, man stand sogar kurz vor dem Sieg, als die jüdisch verseuchte Heimatfront Verrat beging und den Kampfeswillen der Front brach.<sup>6</sup>

Arndt Weinrich zeigt den instrumentellen Einsatz unterschiedlicher Weltkriegsbilder durch die NS-Propaganda. Das Bild des Krieges passte sich den Veränderungen tagespolitischer oder strategisch-propagandistischer Zielsetzungen der NS-Politik an; z.B. wurde die äußerst scharfe Kritik der 20er Jahre an der wilhelminischen Kriegsführung eingestellt, als es darum ging, auch die alten Eliten für den Nationalsozialismus zu gewinnen.<sup>7</sup> Ebenso wurde 1933 die vorher massive Anheizung des Generationenkonfliktes – die Jugend wird durch die unfähigen Alten verheizt – ersetzt durch integrative Bemühungen, welche die Gemeinschaft aller Frontsoldaten beschwören.<sup>8</sup> Hitler sagt kurz nach der

6 Verleugnung, Verkehrung ins Gegenteil, Spaltung (in nur positive und negative Elemente) gelten als besonders massive psychische Abwehrmechanismen, mit denen das Ich sich vor Angstüberflutung schützt, vgl. Anna Freud: Das Ich und die Abwehrmechanismen, München 1964 (Orig. 1936).

7 Arndt Weinrich: Der Weltkrieg als Erzieher. Jugend zwischen Weimarer Republik und Nationalsozialismus, Essen 2013, S. 151.

8 Ebenda, S. 152 ff.

Machtübernahme: „Wir wollen unsere Jugend erziehen in Ehrfurcht vor unserem alten Heer.“ „Demütig soll sie sich beugen vor denen, die vor uns lebten.“<sup>9</sup>

Dieser Wandel in den Bewertungen lässt die Weltkriegsbilder der Nationalsozialisten als kühle, auswechselbare Konstruktionen der Parteipropaganda erscheinen. Aber beliebig veränderbar waren diese Weltkriegsbilder nicht: sie hätten nicht eine so starke Resonanz finden können, wäre ihnen nicht etwas entgegengekommen in dem Bedürfnishaushalt der Menschen. Die Enttarnung dieser Legenden interessiert hier ebenso wenig wie der Nachweis logischer Widersprüchlichkeiten, stattdessen geht es um die Erlebnisweisen, die emotionalen Elemente, die in den Kriegsbildern zu Tage treten. Sie stehen nicht nur aus psychologischer Fachperspektive im Vordergrund, sondern die Nationalsozialisten selber propagieren die Dominanz des Erlebens, die realitätsverändernde Kraft von Glaube, Wille, Fanatismus. So ist die Botschaft der Dolchstoßlegende, dass der Glaube an den Sieg bzw. dessen Fehlen den Ausgang des Krieges entschieden hat. Auch die Kampfbegriffe gegen die Weimarer Demokratie benennen Gefühle: es geht um Schmach, Schande, Demütigung, Angst vor der Entmannung, Verlust von Anstand und Ehre, um Schuld, fanatischen Hass, unerbittliche Rache. Über die Beschreibung der emotionalen Welt dieser Bilder kann vielleicht verständlicher werden, warum diese bis ins Absurde hinein stilisierten Klischees geglaubt und gegen pazifistische oder kriegskritische Positionen mit wirklichem heißen Hass verteidigt wurden – all das sind Hinweise auf eine starke emotionale Verankerung. Die „Erfindung“ hat also sehr wohl eine Entsprechung in der Realität gehabt, wenn auch nicht in dem äußeren Weltkriegsgeschehen, sondern in der soziopsychischen Verfassung.

Gerade ihre Kriegsbilder bahnten den Nationalsozialisten den Weg zu großer gesellschaftlicher Akzeptanz. Es gelang ihnen, die nationalistische Kriegsbejahung als das einzig akzeptable Kriegserleben durchzusetzen. Die Kriegskritiker galten nun als Schwächlinge, die durch den Krieg „innerlich zerbrochen“<sup>10</sup> waren und mit ihrer Kriegskritik nur das eigene Versagen rationalisierten. Die Kriegskritik hatte zudem das Problem, im Negativen zu verharren, während die Leugnung des Negativen in der nationalsozialistischen Kriegsdeutung leichter konsumierbar und deshalb erfolgsträchtiger war, wie Joachim Radkau festhält: „Die positive Verarbeitung erwies sich auf Dauer als die stärkere Strategie, die

9 Rede im Sportpalast vom 10.02.1933, zit. nach Max Domarus: Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945, Bd. 1, 1932–1934, Wiesbaden 1973, S. 206.

10 Sontheimer, Antidemokratisches Denken, S. 100.

mehr Energien freisetzte: In dieser fatalen Psychodynamik liegt ein Grund der deutschen Katastrophe.“<sup>11</sup>

Vor allem für die Jugendlichen galt, „dass der kriegsbezogene Gewaltkult die Jugend quer durch die sozialen Schichten und Klassen erfaßte“.<sup>12</sup> 1931 stellte ein Sozialdemokrat verzweifelt fest: „Gewiß nimmt die Jugend die Parole mit Begeisterung auf: kämpfend sterben! Jeder, der der Jugend das sagt, ist ihres Beifalls sicher!“<sup>13</sup> Auch wenn er kein Mittel gegen die eigene „Verstandesdürre“ weiß, ist ihm offenbar klar, dass „kämpfend sterben“ eine „Anmarschstraße der Partei (gemeint: NSDAP, G.B.) zu den Herzen der Jugend“<sup>14</sup> darstellt, die die linken Parteien nicht finden.

Schon damals war also klar, dass die Zugkraft der Kriegsbilder sich von Gefühlen herleitet.<sup>15</sup> Aber welche Gefühle wurden hier angesprochen? Im Folgenden möchte ich einige Facetten dieser Kriegsbilder beschreiben – an Quellen verwende ich außer „Mein Kampf“ vorwiegend um 1933 verfasste NS-Propagandatexte, die ein größeres Publikum erreichten. Dazu gehören insbesondere Goebbels Bericht über das letzte Jahr des Kampfes um die Macht<sup>16</sup>, das Sammelalbum „Deutschland erwacht“ von 1933<sup>17</sup> und eine Fibel für Kinder über den Ersten Weltkrieg von 1934<sup>18</sup>.

11 Joachim Radkau: Das Zeitalter der Nervosität. Deutschland zwischen Bismarck und Hitler, München/Wien 1998, S. 469.

12 Bernd-A. Rusinek: Der Kult der Jugend und des Krieges, in: Jost Dülffer/Gerd Krumeich (Hrsg.): Der verlorene Frieden. Politik und Kriegskultur nach 1918, Essen 2002, S. 171–198, hier S. 196.

13 Rusinek, Kult der Jugend, hier S. 174. Er zitiert aus den Aufzeichnungen „Sozialdemokratischer Parteitag in Leipzig 1931“, S. 227.

14 Ebenda, S. 216 und S. 226.

15 Die Tradition des Bürgertums in Deutschland war ohnedies, „Gemütswerte über Vernunft zu stellen“, so Friedrich Meinecke, zit. nach Sontheimer, antidemokratisches Denken, S. 115.

16 Goebbels, Kaiserhof.

17 Cigaretten-Bilderdienst Altona-Bahrenfeld, Wilfrid Bade/Heinrich Hoffmann: Deutschland erwacht, Hamburg 1933. Zum Genre der Sammelalben und der Relevanz des Themas Krieg darin schreibt Bernhard Jussen: „Diese Alben allein verbreiteten zusammen über 850 Kriegsbilder in großer Auflage. Insgesamt waren Alben über Militaria – Weltkrieg, Reichswehr, Waffen und Standarten – die größte thematische Gruppe jener Phase.“ Bernhard Jussen: Bilderhorizonte: Wege zu einer Ikonologie nationaler Rechtfertigungsnarrative, in: Andreas Fahrmeir, Annette Imhausen (Hrsg.): Die Vielfalt normativer Ordnungen: Konflikte und Dynamik in historischer und ethnologischer Perspektive, Frankfurt a.M./New York 2013, S. 79–108, hier S. 98.

18 Alfred Hein: Das kleine Buch vom großen Krieg. Die Tornisterphilosophie, Berlin/Leipzig 1934.

## Krieg – ein männliches Grundbedürfnis

Hitler beschreibt in „Mein Kampf“ seinen Ärger über die friedfertigen Zeiten seiner Jugend, die es ihm unmöglich machten, die Lust am Krieg auszuleben, die er als selbstverständliches männliches Bedürfnis ansieht.<sup>19</sup> Er – wie viele andere – glaubt sich zu erinnern an die Erleichterung und Begeisterung, als endlich der Erste Weltkrieg ausbricht und dieser Lust Raum gibt.<sup>20</sup> Er begrüßt den Krieg als Wiederkehr der Chance zu heldischem Männlichkeitsbeweis, zu rauschhafter Begeisterung, Übersteigerung des Lebens durch Lust an der Gefahr<sup>21</sup>, zur straflosen Überschreitung von Normen. Der Krieg löst die zivilisatorischen Einhegungen der Gewalt auf. Das Bild der harten Pflichterfüllung und des Opfers fürs Vaterland tritt zurück, der Krieg wird gefeiert als Naturgegebenheit, als ein gefährliches Spiel, in dem Wildheit und Triebenthemmung Raum finden.

Im Krieg finden die Männer zu sich selbst. So heißt es in dem 1933 von der Zigarettenindustrie herausgegebenes Sammelalbum „Deutschland erwacht“: „Letztlich war seit je der Krieg die ureigenste Privatangelegenheit von Männern, deren seelische Heimat der Kampf und deren Bruder der Tod war. [...] Wo sie waren, war Krieg, – und wo der Krieg war, waren sie.“<sup>22</sup> Dieses ganz offene Bekenntnis zur Lust am Krieg, am Blutvergießen und Morden erklärt eine moralische Rechtfertigung für überflüssig, die Lust wird zum Teil der Triebausstattung des Mannes deklariert, damit naturalisiert und normalisiert zu einer quasi hygienischen Maßnahme, die periodisch ebenso wie Feste und Exzesse die zivilisatorischen Zwänge lockert.<sup>23</sup> Krieg wird verharmlost als Spiel mit der

19 „Ich hatte mir [...] oft ärgerliche Gedanken gemacht und die mir bevorstehende Zeit der ‚Ruhe und Ordnung‘ als eine unverdiente Niedertracht des Schicksals angesehen. Ich war eben schon als Junge kein ‚Pazifist‘, und alle erzieherischen Versuche in dieser Richtung wurden zu Nieten.“ Adolf Hitler: *Mein Kampf*, München 1937 (Orig. 1925), S. 173.

20 Siehe Margit Stichelberger-Eder: *Aufbruch 1914. Kriegsromane der späten Weimarer Republik*, Zürich/München 1983.

21 Dass das Leben erst als spannend erlebt werden kann, wenn es bedroht ist, beschreibt Freud in seinen Überlegungen zum Ersten Weltkrieg: „Das Leben verarmt, es verliert an Interesse, wenn der höchste Einsatz in den Lebensspielen, eben das Leben selbst, nicht gewagt werden darf.“ Sigmund Freud: *Zeitgemäßes über Krieg und Tod*, in: ders.: *Gesammelte Werke*, Bd. 10, Frankfurt a.M. o.J. (Orig. 1915), S. 323-355, hier S. 343.

22 *Deutschland erwacht*, S.128.

23 Siehe Freud, *Zeitgemäßes*, S. 335 ff. Freud beschreibt, wie erleichtert die Menschen die „Kulturheuchelei“ abwerfen und der jetzt als patriotisches Heldentum deutbaren Lust an Aggression und Vernichtung des Fremden freien Lauf lassen.

Gewalt, als Bewährungsprobe, die endlich der Langeweile und dem saturierten Krämerdasein ein Ende macht.

Krieg, Tod und Zerstörung nicht als ernste Wirklichkeit wahrzunehmen, prägte auch die sog. Kriegsjugendgeneration, deren Angehörige zu den Hauptträgern der NS-Herrschaft wurden. Da sie selber noch nicht am Krieg teilnehmen konnten, wurde ihr Kriegsbild von patriotischen Reden in Schule und Familie, den aufregenden Siegesmeldungen, vormilitärischen Übungen und Spielen geprägt, die den „Krieg als aufregendes Abenteuerspiel“ erscheinen ließen.<sup>24</sup>

Die Wahrnehmung des Ersten Weltkriegs als Erneuerungsritual, als reinigendes Gewitter dominierte viele literarische Kriegsdarstellungen der 20er Jahre.<sup>25</sup> Bekanntlich hat der Erste Weltkrieg schon nach kurzer Zeit diese Kriegsvorstellung für immer obsolet werden lassen. Bei Hitler findet sich aber das Kriegsbild der Kriegsbegeisterung von 1914 konserviert, er behauptet, nur die wilhelminische Politik habe den Begeisterungsrausch getötet – d.h., in einem nationalsozialistischen Krieg wäre ein solches von Begeisterung getragenes Voranstürmen (wie es der Langemarck-Mythos beschreibt) wieder möglich. Es ist ein Versprechen, den Krieg wieder führbar, gestaltbar zu machen und die traumatische Erinnerung an die Kriegsmaschinerie auszulöschen.<sup>26</sup>

## Krieg als „heroische Festivität“<sup>27</sup> und Ausstieg aus dem Alltag

Beglaubigt wurde dieses Kriegsbild durch sein scheinbar reales Überleben in dem als Fortführung des Weltkriegs propagierten „Kampf der NS-Bewegung“. Dem Kampf der Partei um die Macht wurde dieselbe existenzielle Dimension zugesprochen wie dem Weltkrieg, die Nationalsozialisten müssen Deutschland retten vor dem sonst sicheren Untergang. In den Saalschlachten, dem Kampf um die Straße wurde diese Berausung der Gewalt wieder real, am eigenen Leib spürbar für die

24 Michael Wildt: *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg 2003, S. 50. Wildt beschreibt eindrücklich, wie dieses Verständnis von Krieg als Spiel mit der Anfälligkeit für NS-Ideologie zusammengeht und bezieht sich dabei auf Sebastian Haffner: *Geschichte eines Deutschen. Die Erinnerungen 1914–1933*, Stuttgart/München 2000.

25 Siehe die detaillierten Beschreibungen bei Stichelberger-Eder, *Aufbruch*.

26 Siehe Alexander Meschnig: *Der Wille zur Bewegung. Militärischer Traum und totalitäres Programm. Eine Mentalitätsgeschichte vom Ersten Weltkrieg zum Nationalsozialismus*, Bielefeld 2008, S. 11.

27 Thomas Mann: *Doktor Faustus*, Frankfurt a.M. 1956, S. 399, zit. nach Sontheimer, *antidemokratisches Denken*, S. 97.

SA-Kämpfer wie auch für die Teilnehmer der Masseninszenierungen. Goebbels zeigt sich überzeugt von der hohen Attraktivität dieser blutigen Kampfszenierungen<sup>28</sup>, und die Erlebnisberichte der frühen Parteiangehörigen bestätigen, dass die Kampfeslust und Aggressivität der NS-Bewegung sehr anziehend wirkten.<sup>29</sup>

Intensives Leben, Teilhabe an etwas Außerordentlichem, Leben im Extrem, in der Gefahr – dieses NS-Versprechen erlaubte eine Abwendung vom Alltag, der für viele Stillstand, sozialen Abstieg, mühseligen Existenzkampf oder totales Versagen bedeutete. Vielen späteren Nationalsozialisten unter den Weltkriegsteilnehmern gelang die Rückkehr ins Zivilleben nicht, sie kehrten ihr Versagen in eine selbstherrliche Verachtung der zivilen Welt um und setzten den Krieg im Frieden fort.

Thomas Mann hatte schon 1914 den Ersten Weltkrieg „frohlockend“ als Vereinigung des kriegerischen und des künstlerischen Prinzips begrüßt und so charakterisiert: „Verachtung dessen, was im bürgerlichen Leben Sicherheit heißt [...], die Gewöhnung an ein gefährdetes, gespanntes, achtsames Leben; Schonungslosigkeit gegen sich selbst, moralischer Radikalismus, Hingebung bis aufs Äußerste, Blutzeugenschaft, voller Einsatz aller Grundkräfte des Lebens und der Seele [...] Sinn für das Schmucke, Glänzende.“<sup>30</sup>

Der Soldat muss keine Daseinsvorsorge mehr treffen, wird gekleidet, genährt, aller beruflichen und privaten Entscheidungen enthoben, alles wird klar und einfach, ja und nein, Freund und Feind, innen und außen. Und gleichzeitig wird diese Rückkehr zu kindlicher Versorgungshaltung und manichäischer Weltdeutung legitimiert und als heroisch idealisiert. Das Erhabenheitspathos, die grandiose Selbsterhöhung, die aus Manns Worten spricht, rechtfertigt sich mit der tödlichen Bedrohung und muss sich nicht mehr dem Verdacht der Lächerlichkeit aussetzen. Ein Leben im Exzeptionellen, an der Kante des Todes, in existenzieller Gefahr – dieses Versprechen hat die NS-Bewegung gemacht. Damit suchte sie sich existenzielle Bedeutsamkeit anzueignen und den Niederungen der Realität als unbedeutende Splitterpartei zu entkommen.

Die Verführungskraft dieses Angebotes war groß, zumal es als realisierbares politisches Programm ausgegeben wurde. Der Krieg mit seiner Logik des Aus-

28 Siehe Goebbels, Kaiserhof, z.B. S. 82, S. 245.

29 Theodore Abel: Why Hitler Came into Power. An Answer Based on the Original Life Stories of Six Hundred of His Followers, New York 1938, beschreibt, dass der aggressive Stil gefiel, die Angriffslust und Kompromisslosigkeit wurden als Vitalität gedeutet, siehe S. 17 f.

30 Thomas Mann: Gedanken im Kriege, in: ders.: Essays, Band 2, Frankfurt a.M. 1977 (Orig. 1914), S. 23-30, hier S. 25.

nahmezustandes und der Entbindung von moralischen Grenzen wird idealisiert und zum politischen Vorbild erklärt, das demokratische Verfahren des Aushandelns von kontroversen Interessen als grau, feige, überflüssig, unnötig erklärt. Die NS-Kriegsmetaphorik erlaubt die Fiktion, man könne dauerhaft und total den Begrenzungen des Alltags entkommen.

Dieses Angebot, die Realität durch die Permanenz eines heroischen Festes zu ersetzen, scheint für immer mehr Menschen attraktiv geworden zu sein, welche die kumulierenden Krisen der Weimarer Zeit als identitätsbedrohendes Chaos erlebten. Das Motiv, durch den Parteibeitritt aus der Überforderung durch die undurchschaubare Vielfalt und Komplexität der Nachkriegsgesellschaft herauszuspringen in eine klare und heroisch überhöhte Welt, ist sehr prominent vertreten in den Schilderungen der frühen Parteigenossen über ihre Motive.<sup>31</sup> Die 'Alten Kämpfer' beschrieben ihren fast körperlichen Widerwillen gegenüber der politischen Alltagswirklichkeit: „Der tägliche Kleinkram um Tagesfragen dieser neugebildeten Parteien, alle auf dem Boden der gegebenen Tatsachen stehend ..., war mir zuwider.“<sup>32</sup> Man wollte nicht mehr Tag für Tag auf dem Boden der Realität stehen, sich auch nicht mehr mit ihr auseinandersetzen, sondern sich von ihr befreien.

Die NS-Bewegung hat diese realitätsverweigernden Anklage- und Welterschmerzpositionen verstärkt. Dass Hitler „der Politik wieder den großen Schicksalston gegeben und sie mit einem Element des Schauders gemischt hat, das hat ihm Beifall und Anhängerschaft eingetragen.“<sup>33</sup>

## Krieg als Vorwärtsstürmen, heraus aus Ohnmacht und Stillstand

Die Realität des Ersten Weltkrieges erwies sich als das traumatische Gegenteil der Vorkriegs-Phantasie eines reinigenden Gewittersturms. Im Stellungskrieg erlebten sich die Soldaten wie gefangene Ratten, viele starben an den Lebensbedingungen. Warten, Stillstand, unerträglich sich ziehende Zeit prägten den Alltag in den Gräben; eine quälende, demoralisierende Erfahrung von Potenzverlust.<sup>34</sup> In den Kriegsschilderungen der Nationalsozialisten und der Literatur

31 Siehe Abel, Why Hitler, und Marlene Müller-Rytlewski: Alltagsmühen und Parteitagsherrlichkeit. Aus Erlebnisberichten der „Alten Garde“, in: Bernd Ogan/Wolfgang W. Weiß (Hrsg.): Faszination und Gewalt. Zur politischen Ästhetik des Nationalsozialismus, Nürnberg 1992, S. 105-116, hier S. 107.

32 Und weitere fast identische Formulierungen in den Berichten der Alten Kämpfer bei Müller-Rytlewski: Alltagsmühen, S.107.

33 Joachim Fest: Hitler. Eine Biographie, Frankfurt a.M./Berlin 1987, S. 526.

34 Siehe die eindrücklichen Beschreibungen bei Meschnig, Wille zur Bewegung.

des soldatischen Nationalismus wird deutlich, wie trotz der Lippenbekenntnisse zur Anerkennung der „neuen Qualität“ des Stellungs- und Abnutzungskrieges das emotionale Gewicht auf den Schilderungen von Aktion und Bewegung liegt. Die Identifikation gilt dem Stoßtruppführer. An diesen Texten fällt auf, wie stark die Unfähigkeit zu Geduld, Abwarten, Aushalten von Stillstand und der zähen Langsamkeit von Kompromissbildungen offen gelegt wird, z.B. in der vor Selbstmitleid tiefenden Anklageschrift: „Wir klagen an! Nationalisten in den Kerkern der Bourgeoisie“, in der die politischen Gefangenen darlegen, wie das passive Dulden und Warten in der Haft sie psychisch zerbricht.<sup>35</sup> Goebbels offenbart in seiner Schilderung des letzten Jahres vor der Machtübernahme das rasende Tempo eines pausenlosen Aktivismus und Kämpfens als notwendiges Gegenmittel zu Depression und Verzweiflung. „Die Partei muß immer in Atem gehalten werden. Läßt man eine so große Kampforganisation zur Ruhe kommen, dann werden die stärksten Männer schwach. [...] Würde man eine Pause machen, dann wäre es aus.“<sup>36</sup> Gegen dieses „aus“ wird ein totaler, alle Sinne überwältigender Aktivismus gesetzt, der einen manischen Realitätsverlust ermöglicht: „Die Stimmung gleicht einer Raserei“, „ein phantastisches, überwältigendes Bild“, „spontane, rasende Ovation“, „ein unbeschreiblicher Taumel der Verzückung [...] Viele sind ganz außer sich.“ „Der Sportpalast rast und tobt eine ganze Stunde in einer Art Besinnungslosigkeit.“<sup>37</sup>

Alltag bedeutet Kompromiss, Abhängigkeit, Angst, Geduld, Verantwortung, Ambivalenz – all dies wird gleichgesetzt mit existenzieller, lebensbedrohender Schwäche: „Das Ermüdende und Zermürbende liegt in der ewigen Wiederholung.“ Nur Kampf ist Leben und Stärke, „Befreiung vom Alpdruck, wie eine Erlösung.“<sup>38</sup>

Alexander Meschnig hat v.a. aus der Erfahrung des Grabenkrieges die Attraktion der NS – Bewegung mit ihrer panischen Angst vor Stillstand und der Idealisierung von Aktivismus abgeleitet.<sup>39</sup> Bestimmte Merkmale des Grabenkrieges setzten sich in die Nachkriegssituation fort: Ohnmacht, Unvorhersehbarkeit, Ausgeliefertsein, Unmöglichkeit der Situationseinschätzung und Planung. Daraus resultierte ein Verlust von Handlungsmacht und Kontrolle. Für Erich Fromm ist die Nachkriegszeit hauptsächlich durch das Gefühl der Ohnmacht charakterisiert,

35 Am eloquentesten: Ernst von Salomon: Schrei aus dem Käfig, in: Hartmut Plaas (Hrsg.): Wir klagen an! Nationalisten in den Kerkern der Bourgeoisie. Berlin 1928, S. 26-37.

36 Goebbels, Kaiserhof, S. 202 und S. 129.

37 Ebenda, S. 21, S. 43, S. 243, S. 50 und S. 54.

38 Ebenda, S. 109 und 132.

39 Meschnig, Bewegung.

aus dem er die Anfälligkeit für die NS-Ideologie mit ihrer manischen Verleugnung versteht.<sup>40</sup> Die kontrafaktische Sicht des Krieges als vorwärts gerichtete Aktion verkehrte die traumatischen Erfahrungen von Ohnmacht in ihr Gegenteil.

## Heldenlegenden, Krieg als Selbstverwirklichung

Aufrechterhalten werden auch die alten Bilder des selbstbestimmten Heros und Führers, der durch seine persönlichen Qualitäten über Sieg oder Niederlage entscheidet. Das ist nicht sofort sichtbar hinter der Idolisierung des gleichmachenden Stahlhelms, der Marschkolonne, des feldgrauen einfachen Soldaten, der Frontkameradschaft, der Gleichheit und Ersetzbarkeit des Einzelnen. All dies propagiert die Auflösung des Individuellen in der Gemeinschaft. Für die NS-Propaganda ist 'Du bist nichts, Dein Volk ist alles' ein zentrales Motiv. Aber es ist sehr zweifelhaft, ob die Rhetorik der Austauschbarkeit und des Zurückstehens des Einzelnen hinter dem Kollektiv wirklich die Herzen erreichen konnte. Sie ist mit ihrer Idealisierung der Opferbereitschaft eine Fassade, hinter der sich das Heldenangebot verbirgt. Die Kriegsdarstellungen enthalten ganz klassische Heldenepen: gegen starken Widerstand und Überwindung großer Gefahren siegt der Held mit seinen Getreuen. So erzählt es die Geschichte vom Gefreiten Hitler, der ganz allein 15 Franzosen gefangen nimmt.

Die alten Heldenlegenden bieten eine Möglichkeit zu narzisstischer Aufwertung für den Einzelnen, für Größen- und Potenzphantasien. Das heroische Narrativ antwortet auf die vielfältigen, insbesondere männlichen Depotenzierungserfahrungen der Nachkriegszeit – Verlust von Besitz, Dequalifikation, „Fluch der Jugendarbeitslosigkeit und Jungakademiker-Aussichtslosigkeit“<sup>41</sup>, Infragestellung der Geschlechter- und Generationenprivilegien, des selbstverständlichen Elitenanspruchs, patriarchaler Autorität. Das heroische Narrativ restituiert magisch die eigene und insbesondere die männliche Handlungsmacht.

## Die Toten sind nicht tot, die Niederlage ist ein Sieg

„Kämpfend sterben“ – die Attraktivität dieser Parole ist beschrieben worden. Sie erlaubt die Selbstdeutung als Idealist, der im Kampf für Deutschland seinen

40 Erich Fromm: Escape from Freedom, New York 1941; Erich Fromm: Zum Gefühl der Ohnmacht, in: Erich Fromm Gesamtausgabe (GA), Band I, München 1989 (Orig. 1937), S. 189-206.

41 Rusinek, Kult der Jugend, S. 196.

eigenen Tod in Kauf nimmt. Es zeigt sich aber, dass Kampf und Tod nur in einer mythischen Überhöhung und damit Derealisation präsent sind. Sabine Behrenbeck hat gezeigt, dass die Attraktion der Helden- und Totenkulte nur so lange währte, wie die eigene Vernichtung aus dem Bewusstsein ausgeschlossen werden konnte: „Der Tod des Helden war immer der Tod der anderen gewesen.“<sup>42</sup> Somit ist diese Selbststilisierung zum opferbereiten Kämpfer eine leicht zu gewinnende Währung. Sie erlaubt vor allem ein genussvolles Schwelgen in Spott, Häme, arroganter Überheblichkeit gegenüber den Kleinkrämern, Materialisten, lebensfrohen Genussmenschen, den feigen, passiven Taktikern, den realistischen Skeptikern oder Kriegskritikern.

Die vielen Schilderungen der „Hölle von Verdun“ und des Grabenkrieges wollen uns glauben machen, dass die neue Qualität von Entmenschlichung, die der Erste Weltkrieg bedeutet, anerkannt wird. Dieser scheinbar realistische Blick auf die Kriegsgräueltat führt indes nicht zum Eingeständnis der Zufälligkeit, Sinnlosigkeit, des massenhaften Verheiztwerdens, der „unpersönliche(n) Welle der Vernichtung“<sup>43</sup> in diesem technisierten Krieg, die Ernst Jünger beschreibt. Im Gegenteil wird der Soldatentod als aktiver und gewollter Beitrag des Einzelnen begriffen.<sup>44</sup> Die Fibel „Das kleine Buch vom großen Krieg“ von 1934 will Kindern die „unsterblichen Taten“ des deutschen Heeres im Ersten Weltkrieg nahebringen.<sup>45</sup> Sie ist didaktisch aufgebaut als Dialog zwischen dem Sohn, der Tochter und ihrem Vater, dem ehemaligen Frontsoldaten. Die Kinder fragen: was bedeutet „im Felde fallen“? „Im Felde fallen“, sprach der Vater, „heißt: für sein Vaterland auferstehen, heißt, für sein Vaterland vorangehen, heißt, sterben, damit Deutschland lebt.“<sup>46</sup> Tod ist Auferstehen, Vorangehen, ist Leben.

Dem Soldatentod wird Sinn verliehen durch seine Darstellung als unverzichtbarer und vom einzelnen Soldaten gewollter Beitrag zur Rettung Deutschlands. In vielen Geschichten ist es eine freie Entscheidung der Soldaten, ihr Leben zu opfern. Ihre letzten Worte sind: „Wenn nur die Kameraden leben und weiterstürmen!“<sup>47</sup> Der Tote lebt weiter in den Kameraden und Kämpfern für Deutschland.

42 Sabine Behrenbeck: Der Kult um die toten Helden. Nationalsozialistische Mythen, Riten und Symbole 1923 bis 1945, Vierow bei Greifswald 1996, S. 597.

43 Ernst Jünger: Der Kampf als inneres Erlebnis, Berlin 1922, S. 104.

44 „Soldatentum ist in jedem Fall Freiwilligkeit, die nicht einem Befehl, sondern dem Gesetz des Blutes und dem Gebot des Herzens gehorcht!“ Deutschland erwacht, S. 128f.

45 Hein, Tornister-Philosophie, S. 62.

46 Ebenda, S. 7.

47 Ebenda, S. 90.

Freud hatte sich schon kritisch gegen die Selbstidealisation des Heldentums gewandt, die behauptet, man gebe sein Leben für höhere Werte hin. Er vermutet, dass der Todesmut in Wahrheit nur besonders wirksam die eigene Sterblichkeit verleugnet.<sup>48</sup> Wir alle glauben nicht an unseren Tod, aber immerhin geben wir zu, dass wir sterben müssen.<sup>49</sup> Die NS-Texte hingegen machen den Tod zu einer Schimäre, es gibt ihn nicht wirklich. Auch sprachlich wird der Tod entwirklicht und überhöht, die Gefallenen geheiligt: wie Christus werden die gefallenen Soldaten wieder auferstehen.

So wenig es den Tod gibt, so inexistent ist die Niederlage. Sie kommt nicht einmal als Möglichkeit vor. Die unermesslichen Leiden und Opfer führen notwendig zum Sieg. Das verleiht dem Massensterben Sinn, ja Notwendigkeit. Die Verführungskraft der Dolchstoßlegende liegt in ihrer Verleugnung der Niederlage. Das Abstreiten der Weltkriegsniederlage und die Verkehrung in einen 'eigentlichen Sieg' ist essenziell für das Kriegsbild der Nationalsozialisten, zumal die Beschämung nach der Totalwertung der Gegner umso brennender sein muss. Die Niederlage ließ das Massensterben im Krieg besonders sinnlos erscheinen, die eigenen Opfer schienen vergeblich. So sind die Kriegstoten, die Niederlage, der 'Schandfrieden' und die Schuldzuweisung an Deutschland die größten Hindernisse, die einer positiven Kriegsdeutung entgegenstehen. Bei den Themen Tod und Sieg muss deshalb die NS-Rhetorik zu besonders schrillum Pathos und zu einer manischen Verleugnung und Verkehrung ins Gegenteil greifen: „Wer hat gesiegt?“ fragen die Kinder. Gesiegt hat, so der Vater, „der unbekannte Soldat. [...] Der durch eine Hölle auf Erden ging, um 'das Reich' zu ermöglichen. [...] In diesem Reich leben die großen Toten allzeit mit von den Teutonen an bis zum Fridericus Rex, von Goethe bis zum meuchlings erschlagenen Hitlerjungen.“<sup>50</sup> Das sind die großen Vorfahren, als deren würdige Erben die Kinder dargestellt werden, ein weiterer Anreiz zu Größenphantasien. Der Tod ist Leben, die Niederlage ist Siegen, die Kinder entstammen einer jahrtausendealten ruhmreichen Ahnenreihe. Bei den Kindern – so behauptet die Fibel – schlagen diese Versprechungen an: „Und in den beiden Kinderherzen verwurzelte wortlos der Schwur, dort mitzumarschieren, wo die Toten marschieren.“<sup>51</sup>

48 Freud, Zeitgemäßes, S. 350 f.

49 Ebenda, S. 341.

50 Hein, Tornister-Philosophie S. 81.

51 Ebenda, S. 90.

## Umringt von einer Welt von Feinden – Unschuldige Rächer

Über die Jahrzehnte hinweg und bis in den Zweiten Weltkrieg hielt sich eine Denkfigur: Deutschland steht ganz allein, einsam, wird unverständlicherweise von allen bekämpft, eingekreist. Alle gegen einen: wie gemein und tückisch ist das, welch wundervoll tragische Bedeutsamkeit verleiht es den Deutschen aber auch. In der Kriegsfiabel heißt es dazu: „Stell Dir vor, wenn die ganz Welt gegen uns losgeht“ – sprach Hans voll ohnmächtiger Wut und triumphierender Freude zugleich.<sup>52</sup> Angesichts der Phantasie einer omnipräsenten Bedrohung stehen diese gegensätzlichen Gefühle nebeneinander: Neben dem naheliegenden Gefühl ohnmächtiger Wut steht triumphale Beglückung, endlich im Mittelpunkt zu stehen, die Aufmerksamkeit von allen zu haben, wichtig und gefürchtet zu sein – nicht mehr der zu spät und zu kurz Gekommene. Vor allem bei Goebbels wird dieser Bedeutungszuwachs durch die Feinde sehr deutlich: jeden Tag zitiert er die feindliche Presse und ergeht sich darin, ihre moralische und charakterliche Jämmerlichkeit genussvoll bloßzustellen, vor der das eigene Licht umso heller leuchtet. Der Krieg versieht einen mit Feinden, zieht damit klare, scharfe Konturen, an denen die eigene Identität sich formen kann. Thomas Mann hatte seine Begeisterung bei Kriegsausbruch verstanden als „Teilnahme an jenem leidenschaftlichen Prozeß der [...] Selbstabgrenzung und Selbstbefestigung, zu dem die deutsche Kultur durch einen furchtbaren [...] Ansturm von außen gezwungen wurde“.<sup>53</sup> Das Glück des Ersten Weltkriegs war „die verzweifelte Übermacht von Feindschaft“.<sup>54</sup> Ernst von Salomon macht deutlich, dass erst der Feind der Chimäre Deutschland Leben einflößt: „Deutschland war da, wo [...] bewehrte Hände nach seinem Bestande griffen. [...] Deutschland war an der Grenze.“<sup>55</sup> Klaus Theweleit zitiert den Freikorps-Autor Heinz Schauwecker, bei dem es in einer Schlachtbeschreibung heißt: „Wir schrien nach dem Feind“ und Theweleit kommentiert: „wie Babies nach Nahrung“.<sup>56</sup>

Nur über die Feinde stellen sich die Kohäsion und der Zusammenhalt der Gemeinschaft her. Hitler hat die Feindproduktion als den Hauptmotor der Mobilisierung für die deutsche Volksgemeinschaft immer wieder hervorgehoben. 1927 sagt er: „Wenn ich also unser Volk zur Einheit zusammenschließen will, muß

52 Ebenda, S. 80 f.

53 Thomas Mann: *Betrachtungen eines Unpolitischen*, Frankfurt a.M. 1956 (Orig. 1919), S. 108.

54 Mann, *Gedanken im Kriege*, S. 25.

55 Ernst von Salomon: *Die Geächteten*. Reinbek 1962 (Orig. 1929), S. 48 f.

56 Klaus Theweleit: *Männerphantasien*, Band 2, Frankfurt a.M. 1978, S. 212.

ich erst eine neue Front bilden, die einen gemeinsamen Feind vor sich hat, damit jeder weiß: wir müssen eins sein; denn dieser Feind ist der Feind von uns allen.“<sup>57</sup>

Der übermächtige Feind, an dessen Konstruktion die Nationalsozialisten in Gestalt des antisemitischen Stereotyps krampfhaft festhielten, ermöglicht die eigene Opfer- und damit Unschuldidentität, sie eröffnet die Chance, Rache, Hass und Gewalt als Selbstverteidigung des unschuldig Angegriffenen zu legitimieren. Hitlers Reden und Goebbels Artikel schwelgen in Orgien von Hass und malen genüsslich Gewaltphantasien aus, lassen hier die zivilisatorischen Schranken fallen und brechen Tabus des Gewaltverbots. Deshalb ist ihre Umdeutung als Selbstverteidigung der von übermächtigen Feinden Umzingelten unverzichtbar zur Schuldentlastung.

## Eliteversprechen und Drohung mit Ausschluss

Die andere Seite des Opfermythos ist der Heldenmythos. Die Geschichten folgen den alten Drehbüchern, aber die Helden sind andere und neue Gestalten: sie kommen aus dem Volk. Im Ersten Weltkrieg, so die Legenden, muss der einfache Soldat die Führung übernehmen, weil die alten, inkompetenten und arroganten Eliten versagen. Der Gefreite, der einfache Stahlhelmtträger erweist sich durch seine Charakterstärke und seinen fanatischen Siegeswillen als der neue unbesiegbare Führer. Das ist natürlich auf Hitler gemünzt: Adolf Hitler ist der einfache Gefreite, der Mann aus der Mitte des Volkes, er ist Sprecher und Repräsentant des deutschen Volkes. Hitlers Popularität verdankt sich diesem neuen Führerverständnis.<sup>58</sup> Es ist eine populistische Verheißung, jeder könne Zugang zur Elite haben.

„In diesen Jahren des unerhörten Kampfes eines Volkes um seinen Bestand lernte Adolf Hitler den deutschen Soldaten, den deutschen Menschen ohne Schlacken in seiner ganzen Heldenhaftigkeit kennen. ...Nimmer kann man an seinem Volk zweifeln, das solche Menschen und durch sie solche Leistungen aufzuweisen hat.“<sup>59</sup>

Unvermittelt steht neben dieser Lobhudelei die Drohung einer extremen Entwertung des Volkes als schwach und feige.<sup>60</sup> „Es gibt keine schonungslosere Charak-

57 Zitiert nach: Jeffrey Verhey: *Der Geist von 1914 und die Erfindung der Volksgemeinschaft*, Hamburg 2000, S. 351 f.

58 Zu diesem neuen Bild des Führers aus dem Volk siehe Michael Wildt: *Volksgemeinschaft und Führererwartung in der Weimarer Republik*, in: Gudrun Brockhaus (Hrsg.): *Attraktion der NS-Bewegung*, Essen 2014, S. 175-194.

59 *Deutschland erwacht*, S. 11.

60 Sie findet sich auch in Hitlers Darstellung der 'Masse' in dem Propaganda-Kapitel von *Mein Kampf*.

terprobe als den Kampf. Die Starken erhebt er zu Helden. Und die Schwachen beraubt er auch des letzten Haltes und macht sie erbärmlich. Nach diesem ehernen Gesetz schied der Krieg die Menschen. In Kämpfer, denen das Soldatentum als Haltung und Gesinnung angeboren ist. Und in zufällig uniformierte und bewaffnete Bürgerseelen“, die im Krieg nur als „Werkstoff“ fungieren.<sup>61</sup> Plötzlich wird ein Teil der so hochgelobten heldenhaften deutschen Soldaten ausgegrenzt und mit Ausschluss und erbarmungsloser Vernichtung bedroht.

„Die eisenfesten Träger des Kampfes aber, seine Könige und Herren waren die geborenen Soldaten. [...] Diese furchtlosen Einzelgänger diktierten die Gesetze des Kampfes, trugen auf ihren starken Schultern und in ihren granitnen Herzen sein unerbittliches Prinzip.“<sup>62</sup>

Vielfach wird die eiserne Härte, Stärke und Furchtlosigkeit der neuen Könige beschworen. Muss nicht so massiv übertrieben werden, weil Haltlosigkeit, Schwäche und Ängste zu nah und zu bedrohlich heranrücken und sich als die abgewehrte eigene Identität erweisen könnten? Angesichts der Erfahrungen von Kontrollverlust in der chaotischen Krisendynamik der Nachkriegszeit phantasiert man das Bild des Kriegers, der die „Gesetze des Kampfes“ diktiert und die Welt auf seinen Schultern trägt.

Diese aktuellen Bedrohungen verstärken die Attraktivität des Angebotes, kraft der persönlichen Charakterstärke zu Königen und Herren aufsteigen zu können. Der Krieger kann alles erreichen, wenn er es will. Aber nur als Krieger und Sieger hat er ein Lebensrecht. Erweist er sich als schwach, so soll er fallen, ist nur „Werkstoff“. Die elitäre Kriegeridentität, die dem Nationalsozialisten angeboten wird, verspricht eine schrankenlose, sich über Moral und Konvention hinwegsetzende grandiose Identität, in der die Mitmenschen zum Spielball der privaten Kriegsspiele werden. Der Grat ist jedoch schmal, immer droht der Absturz ins Nichts der Aussortierten. Die Visionen eigener Grandiosität und Unbesiegbarkeit, die das nationalsozialistische Kriegsbild so attraktiv machen, sind schon zu Beginn der NS-Herrschaft von Untertönen von Angst und Bedrohung durchzogen. Umso lautstärker müssen diese Gefahren übertönt werden.<sup>63</sup>

61 Deutschland erwacht, S. 128.

62 Ebenda.

63 Adorno spricht von dem „angedrehten Rausch“, der die bereits 1933 vorhandene Ahnung der Katastrophe „übertäubte“. Theodor W. Adorno: *minima moralia*. Reflexionen aus dem beschädigten Leben, Frankfurt a.M. 1973 (Orig. 1951).

Yves Müller

## „Becoming Fascists“

### Männlichkeitskonstruktionen der SA im Krieg zwischen den Kriegen

Wie kein anderer paramilitärischer Verband vermochte es die nationalsozialistische Sturmabteilung (SA), „die Verbindung zwischen gelebtem Männerbund und angestrebter Volksgemeinschaft am glaubwürdigsten [zu] verkörpern“<sup>1</sup>. Für viele junge Frontsoldaten bildete das Kriegserlebnis den „Nullpunkt“<sup>2</sup> ihrer Identitätsbildung. Der Blick auf den verlorenen Krieg war durch die erbitterte Auseinandersetzung um die Deutungshoheit über Krieg, Kampf und Kameradschaft geprägt und machte die Ubiquität des Krieges für diese Kriegs(jugend)generation unbestreitbar. Dass die Alten, die Väter, 1918 den Krieg verloren, verziehen die Söhne nicht. In der gesellschaftlichen Debatte avancierte die Jugend zum Sinnbild des Neuen. Der kompensatorische „irrationale Mythos des Fronterlebnisses“<sup>3</sup> der Zu-spät-Gekommenen wirkte brutalisierend auf die politische Kultur der Weimarer Republik, beförderte die „Ästhetisierung der Gewalt“<sup>4</sup> sowie einen propagandistisch und paramilitärisch geführten Nachkriegs-Krieg, während tatsächliche Fronterfahrungen der Weltkriegsteilnehmer selbst eine geringe Rolle spielten. Eine allegorisch-heroische und trivialisierende Sprache sowie Ikonographie des 'Frontsoldaten' sollte Bilder von 'Kriegskrüppeln' und 'zitterern' überdecken. Vitalisierende Deutungen von Krieg und Gewalt gingen einher mit dichotomen Freund-Feind-Semantiken.

Schon die Frontkameradschaft diente als Folie für die kommende Volksgemeinschaft und der im Weltkrieg geformte neue Mann sollte im Nationalsozia-

1 Patrick Krassnitzer: Die Geburt des Nationalsozialismus im Schützengraben. Formen der Brutalisierung in den Autobiographien von nationalsozialistischen Frontsoldaten, in: Jost Düllner/Gerd Krumeich (Hrsg.): *Der verlorene Frieden. Politik und Kriegskultur nach 1918* (= Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte – NF, Bd. 15), Essen 2002, S. 119-148, hier S. 120.

2 Petra-Maria Schulz: *Ästhetisierung von Gewalt in der Weimarer Republik*, Münster 2004, S. 116.

3 Krassnitzer, *Geburt*, S. 125.

4 Schulz, *Ästhetisierung*.

lismus seine neue Heimat finden. Sein männlich-soldatischer Körper „spiegelte auch seinen Geist wider“<sup>5</sup> und so ist in dieser Verknüpfung die Idiosynkrasie des Begriffes ‘politischer Soldat’ zu finden. Dieser ist eben kein wortgewandter Emporkömmling, sondern ein robuster, etwas grober und nicht immer disziplinierter, aber herzensguter Kämpfer, der sich seiner Arbeitermännlichkeit erfreut und dem Alkohol zugeneigt ist. Er ist immer vorne mit dabei, wenn es gegen die Roten geht, denn sein ‘Sozialismus der Tat’ kennt kein Programm – er wird durch den Kampf auf der Straße geformt.

So bildete die SA als wichtigste Organisation der NS-Bewegung in der ‘Kampfzeit’ verschiedene Motive aus, die auf eine Verlängerung des Krieges abzielten: der gefallene SA-Mann als Fortführung des Heldenepos vom ‘unbekannten Soldaten’ ist nur eines davon. Doch dieser Rückgriff auf Bilder von Kampf und Kameradschaft war nicht bloße Propaganda, nicht Mittel zum Zweck. Er diente der Aufrechterhaltung der Geschlechterdichotomie und der Heroisierung des Mannes als Bestandteil der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft.

Im Folgenden werden Märtyrerkult, Kameradschaftsmythos und männliche Selbstinszenierung am Beispiel von Parteipropaganda, SA-Roman und -Film aufgezeigt. Wenn auch eine tiefergehende Analyse an dieser Stelle nicht geleistet werden kann<sup>6</sup>, machen die hier schlaglichtartig dargestellten Punkte die Wirkmächtigkeit des bellizistischen Topos nachvollziehbar und zeigen das Potenzial einer männlichkeitenhistorischen Perspektivierung auf.

## Der Kult um die Märtyrer

Insbesondere im Märtyrerkult für die Gefallenen der NS-Bewegung wurde die Analogie zum Vorbild christlicher Ritualisierung deutlich. So war die Überhöhung der in Auseinandersetzungen getöteten Helden der NS-Bewegung zentraler Bestandteil nationalsozialistischer Symbolpolitik. Joseph Goebbels erkannte früh die Wirkung des Märtyrerkultes für die NS-Propaganda und schuf so den Topos des ‘unbekannten SA-Mannes’, der mit der wachsenden Zahl ‘gefallener’ SA-Männer seit 1929 an Bedeutung gewann. Um der Verherrlichung des Soldatischen Nachdruck zu verleihen, wurde stetig eine Verbindung zwischen den Toten der

5 George L. Mosse: *Das Bild des Mannes. Zur Konstruktion der modernen Männlichkeit*, Frankfurt a.M. 1997, S. 210.

6 Im Rahmen meines Dissertationsprojektes an der Universität Hamburg untersuche ich die Rolle der SA und deren Füllung des Begriffes vom „politischen Soldaten“ im Zweiten Weltkrieg.

‘Bewegung’ und den „Gefallenen von Langemarck“ betont.<sup>7</sup> Letztere galten den nationalsozialistischen Propagandisten nämlich als Primärhelden, deren Vorbild man folgen solle. Hitler, Goebbels und andere forderten von ihren männlichen Anhängern geradezu den heroischen Opfertod – denn nur ein toter Held war ein guter Held. Und, so Klaus Theweleit, „die Zuhörer spüren deutlich, daß der da oben durchaus nicht sich selbst opfern will. Ebendeshalb folgen sie ihm gern. Sie hoffen, mit ihm davonzukommen. ‘Wir alle müssen Opfer bringen’, heißt immer: wir alle (die Eigengruppe) müssen gut zusammenhalten, damit wir die anderen opfern können.“<sup>8</sup> Tatsächlich brauchten die Lebenden die Toten, um ihrem Glauben einen Sinn zu geben:

„Wir denken der Toten, die uns jedes Jahr das Schicksal als Unterpfand unseres Sieges nimmt. Der unbekannte braune Soldat hebt die Fahne mit dem schwarzen Kreuz auf Blutigrot und weist schweigend den Weg der Pflicht. Opfer und Blut waren noch immer Triebkräfte zum endlichen Triumph.“<sup>9</sup>

Goebbels forderte geradezu Kampf und Martyrium, denn nur durch ihr Leiden könne die deutsche Nation auferstehen. So hatte das Volk seine besten Söhne zu opfern. Religiöse Motive sind besonders bei dem Berliner Gauleiter nicht zufällig, sondern werden bewusst eingesetzt. Tatsächlich stieß die Propagierung von Apokalypse und Millenarismus in weiten Teilen der Bevölkerung nach verlorenem Krieg und Novemberrevolution auf Zustimmung. Und Hitler konnte sich mühelos als der neue Messias, der wiederkehrende Jesus Christus, der das ‘tausendjährige Reich’ einläutete, präsentieren. Im Unterschied allerdings zum Christenmenschen, der die irdischen Qualen des Lebens auf Erden ertragen müsse, um Erlösung zu erfahren, predigten die Nationalsozialisten den Kampf zum Zwecke der Erlösung der Gemeinschaft. Wir haben es also sowohl mit einer Übernahme religiöser Motive als auch einer Säkularisierung des Märtyrerkultes zu tun.

Der Märtyrer hatte die NS-Bewegung viele. Das bekannteste Beispiel dieser kultischen Inszenierung, die die Kriegsheldenverehrung während und nach

7 Zum Langemarck-Mythos siehe zuletzt das Unterkapitel „Langemarck“ in: Gerd Krumeich: *Deutschland, Frankreich und der Krieg. Historische Studien zu Politik, Militär und Kultur*, hrsg. von Susanne Brandt, Thomas Gerhards und Uta Hinz, Essen 2015, S. 211-233.

8 Klaus Theweleit: *Männerphantasien*, Bd. 2: *Männerkörper – zur Psychoanalyse des weißen Terrors*, Frankfurt a.M. u.a. 2005, S. 96.

9 Joseph Goebbels: *Wir gedenken der Toten*, in: *Der Angriff vom 07.11.1927*, zit. nach Sabine Behrenbeck: *Der Kult um die toten Helden. Nationalsozialistische Mythen, Riten und Symbole*, 2. Aufl., Göttingen 2011, S. 115.

dem Ersten Weltkrieg mit der Bürgerkriegsmetaphorik der krisengeschüttelten Weimarer Republik und einer quasi-religiösen Heilserwartung an den Nationalsozialismus und seinen 'Führer' verband, war der Wessel-Mythos. Den Tod des 'Christussozialisten' Horst Wessel verklärte die Parteipropaganda „zu einer religiösen Passionsgeschichte eines deutschen Messias mit den Stationen Kindheit, Jugend, Weg der Prüfungen, Lehre, Opfer und Auferstehung.“<sup>10</sup> Keineswegs zufällig nahm der Kult um den Märtyrer Wessel quasireligiöse Züge an – und das trifft im Einzelfall sicherlich ebenso auf die anderen 'Toten der Bewegung' zu. Wessel wurde zum „heroischen 'Prototyp' des Nationalsozialismus“<sup>11</sup> erkoren. Sein Märtyrertod sollte neue Sekundärhelden für die 'Bewegung' hervorbringen, denen der Heldenmut und die Opferbereitschaft Ansporn sein sollten. Die Apotheose des jung gestorbenen SA-Führers bestärkte zudem das Selbstbild der SA als Elite der 'Bewegung' – eine Annahme, die sich spätestens mit der RöhM-Krise von 1934 als Trugschluss erweisen sollte.

„[D]er emotionale Appell an die Lebenden, die Umfunktionierung des Todes eines NS-Märtyrers in einen Sieg“<sup>12</sup>, verfehlte seine Wirkung nicht. All die in den Jahren der 'Kampfzeit' und unmittelbar nach der 'Machtergreifung' umgekommenen SA-Männer sollten nicht umsonst gestorben sein, weswegen man ihren heroischen Tod gegen einen angeblich hinterhältigen Gegner mit Sinn füllte: So wurde der Kult stets mit der Forderung nach Rache verknüpft und so einer eskalierenden Gewalt das Wort geredet.<sup>13</sup> Der Totenkult diente auch der Rechtfertigung des eigenen Straßenterrors. So erklärte Goebbels in seiner Grabrede für die im Juni 1933 während einer groß angelegten Verhaftungsaktion von SA und SS in Berlin-Köpenick von dem Sozialdemokraten Anton Schmaus in Notwehr getöteten SA-Männer:

„Diese toten Soldaten der deutschen Revolution, die Kinder unseres Volkes sind, unbekannte Kämpfer, Menschen ohne Glück, ohne Arbeit und Brot, haben bewiesen, daß durch ihr gläubiges Eintreten für die Nation, für die Sache ihrer Bewegung

10 Manfred Gailus: Vom Feldgeistlichen des Ersten Weltkriegs zum politischen Prediger des Bürgerkriegs. Kontinuitäten in der Berliner Pfarrerfamilie Wessel, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG) 50 (2002) 9, S. 773-803, hier S. 793.

11 Behrenbeck, Kult, S. 119.

12 Sven Reichardt: Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadristen und in der deutschen SA (= Industrielle Welt. Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, Bd. 63), Köln u.a. 2002, S. 558.

13 Zwischen 1925 und 1935 wurden der Parteipropaganda zufolge 38 Männer der Berlin-Brandenburger SA getötet. Siehe Julek Karl von Engelbrechten: Eine braune Armee entsteht. Die Geschichte der Berlin-Brandenburger SA, Berlin 1937.

und ihres Führers, jeder einzelne von den braunen Sturmsoldaten, von den vielen hunderttausend unbekannt Namen lebendigsten Anteil am Schicksal eines ganzen Volkes nimmt. Durch ihren Einsatz nur ist der schmutzigen Springflut der bolschewistischen Gefahr wirksam entgegengetreten worden, durch ihre Opferbereitschaft und Hingabe wurden Christentum, Vaterland, Familienerbe erhalten!“<sup>14</sup>

Um der Verherrlichung des Soldatischen Ausdruck zu verleihen, wurde „ein gemeinsames Band diese[r] beiden Toten mit den Gefallenen von Langemarck“<sup>15</sup> beschworen. Ein nationalsozialistisches Groschenheft hob später die für Deutschland schicksalhafte Bedeutung des Todes der SA-Männer mittels Aufzählung von Gegensatzpaaren hervor: „Das Drama von Köpenick ist das Drama des deutschen Menschen, es ist der Kampf des Lichtes gegen die Finsternis, des Freiheitsdranges gegen die Vertreter einer feigen und sklavischen Gesinnung. Es sind Märtyrer der deutschen Sache, die in jener Sommernacht fielen.“<sup>16</sup>

Den Totenkult noch intensivierend, wurde zudem eine Verbindung zwischen einem der SA-Männer (Ronert Gleuel) und dem 'Gefallenen' der NS-Bewegung, Horst Wessel, konstruiert. In dem Moment, als Gleuel vom Tod Wessels erfuhr, „band [er] seinen Sturmriemen fester und biß die Zähne zusammen, seine Faust umklammerte das heilige Tuch. Nicht nachlassen, trotz allem nicht!, das war sein fester Entschluß.“<sup>17</sup> Dabei musste die Verbindung der Über-Lebenden beziehungsweise Noch-nicht-Toten mit den Schon-Toten stetig und in Ritualen erneuert werden und tatsächlich wurde der tote Held durch seinen Tod unumschränkt für die Propaganda genutzt. Sein Glaube musste in Vernichtung, im eigenen Tod, enden. Um der Sakralisierung ein Bild zu geben, wurden die Grabfeiern in der Re-

14 Zwei der Besten zur letzten Ruhe gebracht, in: Niederbarnimer Zeitung, 27.06.1933. Die als 'Köpenicker Blutwoche' bekannt gewordenen Ereignisse vom 21. bis 26. Juni 1933 bildeten den gewaltsamen Höhepunkt des öffentlichen SA-Terrors in Berlin. Im Verlauf der Terroraktion wurden hunderte Menschen verschleppt und teilweise brutal misshandelt. Heute sind 23 Todesopfer namentlich bekannt. Anton Schmaus selbst, der sich der Polizei anschließend stellte, wurde im Polizeipräsidium am Alexanderplatz von einem SA-Trupp angeschossen und erlag der Verletzung und weiteren Misshandlungen durch die SA am 16. Januar 1934. Unter den Toten befanden sich auch der ehemalige Ministerpräsident von Mecklenburg-Schwerin und Reichstagsabgeordnete Johannes Stelling (SPD) und der Unternehmer Georg Eppenstein. Siehe Stefan Hördler (Hrsg.): SA-Terror als Herrschaftssicherung. „Köpenicker Blutwoche“ und öffentliche Gewalt im Nationalsozialismus, Berlin 2013.

15 Staatsbegräbnis für die erschossenen SA-Männer, in: Deutsche Tageszeitung, 27.06.1933.

16 Die Fahne hoch! Die braune Reihe, H. 42, Berlin 1934, S. 15.

17 Ebenda, S. 9.

trospetive bis zur „pseudorituellen Apotheose“ verkitscht.<sup>18</sup> „Die Särge schweben über der Gruft“, hieß es bei den Köpenicker SA-Männern.<sup>19</sup> Nicht anders sah die Darstellung der Beerdigungsszene in dem Propagandafilm „Hans Westmar – Einer von Vielen. Ein deutsches Schicksal aus dem Jahre 1929“ (D 1933, Regie: Franz Wenzler) aus, in der „Westmar als Überblendung mit einer Fahne in der Hand vor Sturmwolken [erscheint]:“ Schließlich „erscheint der Held von neuem in Überblendung und marschert im Gleichschritt mit seinen Kameraden.“<sup>20</sup>

### Kampf und Männlichkeit in der SA

Als Teilorganisation der NSDAP betrieb die SA nach außen keine eigenständige Politik und diente vielmehr der massenwirksamen Repräsentation der NS-Propaganda. Auch erachtete es die NS-Führung nicht für nötig, dem Gros der einfachen SA-Männer eine über die üblichen Veranstaltungen und Sprechabende hinausgehende politische Bildung zuteil werden zu lassen. Von tagesaktueller Politik mussten die SA-Männer nichts verstehen – sie sollten ihre Feinde kennen. So blieb es bei einer vopolitischen, auf ideologischen Phrasen ruhenden Erziehung. Während der SA also eine von der Parteiführung unabhängige politische Ausrichtung abgesprochen werden kann, steht ihr paramilitärischer Charakter außer Zweifel. Statt klarer Wertvorstellungen stand der positive Bezug auf paramilitärischen Habitus, radikalen Aktivismus und kollektive Gewalt im Vordergrund.<sup>21</sup> Sven Reichardt stellt nach Durchsicht der Privatkorrespondenz von SA-Männern den homosozialen Charakter des Männerbundes SA heraus:

„Man sehnte sich nach dem Gegenprinzip zu emotionaler Isolation, also nach den gemeinsamen Erlebnissen beim Straßenumzug und Versammlungsfest, nach der in Gefahr und Abenteuer bestätigten Solidarität und dem dadurch gewachsenen Vertrauen, nach den derben Scherzen beim Alkoholgelage, nach der Einbindung in eine durch ihre Einsatzbereitschaft als Avantgarde betrachtete Männergruppe, bei der die kriminellen Machenschaften des Kameraden gegenseitig gedeckt wurden. Bei diesem male bonding war eine Frau 'lästig wie eine Mücke', die den Kampfbundmann nur 'verärgert' und 'belästigt' [...].“<sup>22</sup>

18 Saul Friedländer: Kitsch und Tod. Der Widerschein des Nazismus, Frankfurt a.M. 2007, (zuerst 1984), S. 52.

19 Zwei der Besten zur letzten Ruhe gebracht, in: Niederbarnimer Zeitung, 27.06.1933.

20 Friedländer, Kitsch, S. 51 f.

21 Peter Longenrich: Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 2003, (zuerst 1989), S. 140.

22 Reichardt, Kampfbünde, S. 683; Hervorhebung im Original.

Inwiefern passt das aber mit der nationalsozialistischen Präsentation des SA-Mannes als 'politischem Soldaten' zusammen? Die SA konnte, anders als die Wehrverbände vor ihr, „die Verbindung zwischen gelebtem Männerbund und angestrebter Volksgemeinschaft am glaubwürdigsten verkörpern“.<sup>23</sup> Schon die 'Frontkameradschaft' des Ersten Weltkrieges diente als Folie für die kommende 'Volksgemeinschaft' und der „stahlharte Frontkämpfer des Schützengrabens markierte einen neuen Menschentypus.“<sup>24</sup> In dem 1932 erschienenen Gedenkbuch „Halbmast – Ein Heldenbuch der SA und SS“, das den „gefallenen Parteigenossen“ gewidmet ist, heißt das so:

„In der Kameradschaft des Krieges war das 'Ich' vom 'Wir' abgelöst worden, fand seinen höheren Sinn und sein wirkliches Wesen im Leben der Nation und gebar eine Staatsidee, in der Herrschaft und Gemeinschaft, Führung und Kameradschaft, Nationalismus und Sozialismus bestimmende Werte waren.“<sup>25</sup>

Leitend für die nationalsozialistische Männlichkeitskonstruktion ist das Motiv der Selbst-Ermächtigung, Trotz der erlittenen Demütigung – 'Versailles', Weltkriegsniederlage, Novemberrevolution – trage jeder SA-Mann seinen Teil zur Rehabilitierung der Nation bei. Neu war wiederum weniger der Nationalismus der NS-Bewegung, sondern ihre gewaltsame Praxis, die ins Zentrum der politischen Agitation rückte.<sup>26</sup> Die Gewalt der SA war also nicht nur Selbstzweck, sondern erfüllte eine symbolische Aufgabe: „Die SA-Faust im Gesicht des Kommunisten streckte nicht nur diesen zu Boden, sondern zerschlug gleichsam sowohl die ganze 'Schmach' der deutschen Nation als auch die vielfältigen Frustrationserfahrungen der privaten Alltagswelten.“<sup>27</sup> Extrem rechte und insbesondere nationalsozialistische Gewalt diente also immer auch der (Wieder-)Herstellung von Ehre. Dabei ging es um die nationale und – untrennbar damit verbunden – die männliche Ehre. Der nationalsozialistische Mann sah sich selbst als 'Beschützer' der Nation. War er nicht in der Lage, die Nation, das weiblich konnotierte und schutzbedürftige 'Volk', vor äußeren und inneren Einflüssen abzusichern, so war er auch

23 Krassnitzer, Geburt, S. 120.

24 Ebenda, S. 122.

25 Halbmast – Ein Heldenbuch der SA und SS, 1. Folge: Den Toten der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zum Gedächtnis, [Berlin 1932], S. 15, zit. nach Behrenbeck, Kult, S. 144.

26 Sven Reichardt: „Märtyrer“ der Nation. Überlegungen zum Nationalismus in der Weimarer Republik, in: Jörg Echternkamp/Sven Oliver Müller (Hrsg.): Die Politik der Nation. Deutscher Nationalismus in Krieg und Krisen 1760–1960 (= Beiträge zur Militärgeschichte; Bd. 56), München 2002, S. 173–202, hier S. 184.

27 Longenrich, Bataillone, S. 120.

kein 'richtiger' Mann. Um die Ehre der Nation und damit auch der eigenen Männlichkeit wiederherzustellen, bedurfte es also der aktiven Gewaltausübung und damit der „Kontinuität des Krieges in die Friedenszeiten hinein“.<sup>28</sup>

Im Laufe der Konsolidierungsphase 1933/34 verschob sich das Verhältnis des NS-Regimes zur Gewalt – die SA musste diszipliniert werden. Doch etliche SA-Männer und -Führer verstanden nicht, „daß sie nach abgeschlossener 'Machtergreifung' mit denselben Taten, die ihnen zuvor als 'Verdienste um die Bewegung' hoch angerechnet worden waren, nun angeblich dem Nationalsozialismus Schaden zufügten“.<sup>29</sup> Moralische Maßstäbe, die für die SA-Männer bisher galten, hatten nun keine Relevanz mehr. Nützte die SA der 'Bewegung' in der 'Kampfzeit' wegen ihres anti-bürgerlichen Habitus, so stellte gerade das für den staatstragenden Nationalsozialismus ein Problem dar.<sup>30</sup> Mit dem Erfolg der NSDAP ging auch deren Selbstinszenierung „als Bollwerk bürgerlicher Respektabilität“<sup>31</sup> einher. Die kampferfahrene SA sollte mutatis mutandis zu einer „gesellschaftlich respektablen Organisation“ umfunktioniert werden, den „der unpolitische Deutsche [...] als einen Bestandteil seiner bürgerlichen Normalität betrachten“ und darüber „den verbrecherischen Charakter der politischen Funktion der SA [...] verdrängen“ konnte.<sup>32</sup>

### Gegen den literarischen Pazifismus

Der Trivialisierung und Mythisierung des 'Fronterlebnisses' stand zwar eine breite pazifistische Literatur entgegen. Doch gegen „die ungeheure Weltkriegs-Konjunktur in Literatur und Film“<sup>33</sup>, die in erster Linie auf die Kriegsjugendgeneration abzielte, vermochte diese nichts auszusetzen. Mit der Verfilmung des Remarque-Romans „Im Westen nichts Neues“ (USA 1930, Regie: Lewis

28 George L. Mosse: Nationalismus und Sexualität. Bürgerliche Moral und sexuelle Normen, Reinbek 1987, S. 194.

29 Mathilde Jamin: Zur Rolle der SA im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, in: Gerhard Hirschfeld/Lothar Kettenacker (Hrsg.): Der Führerstaat. Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches, Stuttgart 1981, S. 329-360, hier S. 349.

30 Ebenda, S. 352 f.

31 Mosse, Nationalismus, S. 199.

32 Jamin, Rolle, S. 353.

33 Arndt Weinrich: Der Weltkrieg als Erzieher. Jugend zwischen Weimarer Republik und Nationalsozialismus (= Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte – NF, Bd. 27), Essen 2013, S. 26.

Milestone) hatten die Nationalsozialisten ihr Feindbild gefunden. Am 5. Dezember 1930 wurde der Film in Berlin-Schöneberg aufgeführt. Mehrere tausend Nationalsozialisten versammelten sich vor dem Kino am Nollendorfplatz und sorgten für tumultartige Szenen. Reichsweit wurden Aufführungen massiv gestört, beispielsweise durch das Legen von Stinkbomben oder das Aussetzen weißer Mäuse in den Kinosälen. Nach einem mehrtägigen Boykott wurde der Film sogar verboten.

Erich Maria Remarques Bücher wurden am 10. Mai 1933 ebenso verbrannt wie zahllose Werke, die sich gegen die Verherrlichung des Krieges richteten. Nicht zufällig lautete der Ruf, mit dem die Bücher ins Feuer geworfen wurden: „Gegen literarischen Verrat am Soldaten des Weltkriegs“. Dabei wurde „Im Westen nichts Neues“ von den wenigsten als reiner Anti-Kriegs-Roman interpretiert. Die breite Leserschaft sah in der Darstellung eine realistische Sichtweise auf den 'Frontsoldaten', vor dem Ehrfurcht geboten war.<sup>34</sup>

### Kriegserlebnis und Männlichkeitskonstruktionen im SA-Roman

Zahlreiche NS-Publikationen – vom plump-propagandistischen Drei-Groschen-Roman über Erlebnisberichte und Frontromane bis hin zum völkischen 'Blut und Boden'-Epos – füllten die Kioske und Buchhandlungen des Dritten Reiches und spielten neben dem nationalsozialistischen Kinospielefilm eine herausragende Rolle in der Implementierung der NS-Weltanschauung in weiten Teilen der Bevölkerung. Die NS-Literatur transportierte damit auch Geschlechterbilder und Vorstellungen von Weiblichkeit und Männlichkeit, von Familie und Ehe ebenso wie von Männerbund und Kameradschaft.

Der SA-Roman, mit seinen heroisierenden Dokumentationen von Saal- und Straßenschlachten, den geradezu verkitschten Darstellungen von Kameradschaft und männlicher Solidarität, den monumentalen Totenverehrungen wie der Glorifizierung von Soldat und Führer, ist die folgerichtige und notwendige Fortsetzung des Frontromans. Die frühen SA-Romane verliehen dem Selbstverständnis und Alltagsbewusstsein etlicher junger Männer Ausdruck und beschrieben ganz alltägliche Szenen und typische Lebenswege des kleinbürgerlichen sowie proletarischen Milieus in der Spätphase der Weimarer Republik.<sup>35</sup> Zum Beispiel Alfred

34 Ebenda, S. 114.

35 Diverse, meist vor 1933 erschienene Bücher, lassen sich in das Genre des SA-Romans einordnen: Hanns Heinz Ewers: Horst Wessel. Ein deutsches Schicksal, Stuttgart/Berlin 1932; Waldemar Glaser: Ein Trupp SA. Ein Stück Zeitgeschichte, Leipzig 1933; Peter

Karraschs „Parteigenosse Schmiedecke“ (1934): Der Autor erzählt in dem Roman die Geschichte eines nationalsozialistischen Proleten, der – ohne viel Worte zu verlieren – für den ‘Führer’, der doch nur ‘Gefolgschaft und Treue’ braucht, wirbt:

„Der Karl Schmiedecke sprach danach etwas vom Führer... und nun war es ganz seltsam ... Keiner erwiderte etwas ... und er hatte auch gar nicht viel gesprochen, nicht etwa die große Werbetrommel geschlagen. Aber wie sich nun der Karl Schmiedecke im Zimmer umsah, so von einem zum andern ... wie er sagte und fragte: ‘Ihr wißt ja wohl, daß ich in meinem Leben noch keine dreckigen Sachen gemacht habe... und für was Schlechtes hab ich mich auch niemals eingesetzt ... Wie ist’s denn? Der Führer braucht Gefolgschaft und Treue ... Ist da keiner unter euch, der ihm auch noch treu sein will ... wie ist’s denn mit dir, Hans ...?’“<sup>36</sup>

Schmiedecke ist ein einfacher, ehrlicher Mann, der „keine dreckigen Sachen“ macht und sich noch nie „für was Schlechtes [...] eingesetzt“ hat. Er ist die Verkörperung des sich aufopfernden ‘Parteisoldaten’, das auch in der SA propagierte Idealbild. Ganz im Unterschied zum historischen NS-Roman, zum romantisch-verklärenden Bauernroman oder zum völkischen Siedlerroman zeichnete sich der triviale Gegenwartsroman durch seine identifikatorische Nähe zum Leser, wie – wenn auch seltener und in einer separaten Sparte des NS-Frauenromans – zur Leserin, aus.

Eine Analyse der Männlichkeitskonstruktion im SA-Roman kann damit als Maßstab und Komplementärfläche der Betrachtung der männlichen Gewalt-samkeit bei SA-Männern dienen. Ist es aber mit einem Vergleich der heroischen Fiktion mit der terroristischen Wirklichkeit getan? Den SA-Roman an den wohl gewollten Widersprüchen und Unwahrheiten zu messen, wäre müßig. Vielmehr stellt sich die Frage, warum das in ihm geprägte Männlichkeitsbild in seiner Einfachheit eine so große Strahlkraft entwickelte.

Das Rachemotiv war, wie Fritz Stelzner in seinem Roman „Schicksal SA“ (1936) in Worte kleidete, in der nationalsozialistischen Ideologie und damit in den Romanen ein legitimes: „Ihr [der SA-Männer] Recht ist die Rache. Ihre Rache heißt Blut! Wer will es ihnen wehren? Abrechnen, endlich, endlich abrechnen

Hagen: SA.-Kamerad Tonne, Berlin 1933; Alfred Karrasch: Parteigenosse Schmiedecke, Berlin 1934; Georg Lahme: Aufbruch zu Hitler, Dortmund 1933; Fritz Stelzner: Schicksal SA. Die Deutung eines großen Geschehens von einem, der es selbst erlebte, München 1936; Hans Zöberlein: Der Befehl des Gewissens. Ein Roman von den Wirren der Nachkriegszeit und der ersten Erhebung, Berlin 1936. Außerdem die von Werner von Langsdorff unter Pseudonym verfasste Trilogie: Thor Goote: Wir fahren den Tod, Berlin 1930; Ders.: Wir tragen das Leben, Berlin 1932; Ders.: Die Fahne hoch!, Berlin 1933.

36 Alfred Karrasch: Parteigenosse Schmiedecke, Berlin 1934, S. 19.

mit allen Feinden! Das ist eine Erlösung, eine Erlösung des Hasses!“<sup>37</sup> Weiteres zentrales Moment ist die nationalsozialistische Selbstermächtigung nach dem Ersten Weltkrieg, so in der autobiografisch gefärbten Romantrilogie von Thor Goote, eigentlich Werner von Langsdorff („Wir fahren den Tod“ [1930], „Wir tragen das Leben“ [1932] und „Die Fahne hoch!“ [1933]), in der der Werdegang eines Frontoffiziers bis zur ‘Machtergreifung’ nachvollzogen wird und auch die Annahme von der Fortsetzung des Krieges nach dem Weltkrieg zum Tragen kommt:

„Klassenkampf macht uns kaputt. Wir National-Sozialisten machen nur einen Unterschied – zwischen Drohnen und Schaffenden. Drohnen lehnen wir ab, weil wir auch heute noch im Krieg gegen die ganze Welt stehen. Da ist jeder fahnenflüchtig, der nicht mitkämpft und mitarbeitet.“<sup>38</sup>

### Kriegserlebnis und Männlichkeitskonstruktionen im SA-Film

Joseph Goebbels, Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, setzte große Erwartungen in den deutschen Film, der mehr und mehr in den Dienst der nationalsozialistischen Ideologie gestellt und einer verschärften Prüfung durch die Fünfte Verordnung zur Durchführung des Lichtspielgesetzes vom 5. November 1934 unterworfen wurde. Nur Filme, die die Prädikate „staatspolitisch wertvoll“, „künstlerisch wertvoll“, „kulturell wertvoll“ oder „staatspolitisch und künstlerisch besonders wertvoll“ erwarben, wurden auf deutsche Leinwände projiziert. So wurden auch die ‘unpolitischen’ Filme mit ihren Stars und Sternchen politisch.

Der nationalsozialistische Propagandafilm war nicht nur darstellende Dokumentation, sondern ist selbst zeitgenössisches Dokument und kann uns heute also zur Rekonstruktion der vermittelten NS-Ideologie dienen. Das hegemoniale Männlichkeitsideal auf zumeist entlarvende und naive Weise darstellend, verblüfft der nationalsozialistische Bekenntnisfilm in seiner Stupidität. Trotzdem ist im Einzelnen nach dem Vermittlungsakt zwischen Film und Zuschauer/in zu fragen. Der Film „S.A. Mann Brand – ein Lebensbild aus unseren Tagen“ (D 1933, Regie: Franz Seitz) erzählt auf erschreckend einfache Weise die Geschichte des SA-Mannes Fritz Brand, der – Sohn eines alten Sozialdemokraten – aus seiner Beschäftigung entlassen wird und sich voll und ganz dem Nationalsozialismus verpflichtet. Dem gutherzigen Brand wird ein ganzes Set an Charakteren zur Seite beziehungsweise gegenüber gestellt: der Nachbarssohn, dem Brand eine

37 Stelzner, Schicksal SA, S. 155.

38 Goote, Die Fahne, S. 382.

HJ-Uniform vermach; der Vermieter, der sich von seiner Frau unterdrücken lässt, so wie auch Deutschland unterjocht würde; die hübsche Kommunistentochter, die Brand warnt, aber letztlich doch 'Flintenweib' bleibt; der russische Kommissar, eigentlicher Anführer der Kommunist/innen. Alles vorhersehbar. Der Film flopte beim Publikum.

Auch „Hans Westmar“ erschien, nach Roman und Drehbuch des Schriftstellers Hanns Heinz Ewers, im ersten Jahr der NS-Herrschaft und behandelte die 'Kampfzeit'. Der Film sollte die Geschichte Horst Wessels erzählen, doch Goebbels intervenierte, fürchtete er doch, das Bildmaterial werde dem Status des Märtyrers nicht gerecht. Gleichsam in diese Reihe fällt „Hitlerjunge Quex. Ein Film vom Opfergeist der deutschen Jugend“ (D 1933, Regie: Hans Steinhoff), wengleich statt der SA die HJ im Fokus steht. Alle drei Filme appellierten mit denselben metaphorischen Bildern an den Kinobesucher.<sup>39</sup> Sie porträtierten einen 'typischen' Nationalsozialisten als 'politischen Soldaten' in einer feindlichen Umgebung (dem Arbeiterviertel mit kommunistischen 'Kommissaren' und 'Flintenweibern') und gleichsam als Teil einer werdenden 'Volksgemeinschaft' (Kameraden, Familie, Nachbarn). Einzelne Szenen sind sich zum Verwechseln ähnlich. Während jedoch „S.A. Mann Brand“ und „Hans Westmar“ hinter den Erwartungen zurückblieben und flopten, wurde „Hitlerjunge Quex“ zum Publikumsmagneten. Offenbar vermochte der Film über den Hitlerjungen Heini Völker, nicht zuletzt durch die musikalische Untermalung, eine positivere Zukunftserwartung zu erzeugen als die schwerfällige Wessel-Verfilmung.<sup>40</sup> Und die Ufa-Produktion von Steinhoff hatte ganz andere materielle Möglichkeiten als der in nur wenigen Wochen produzierte Streifen über den „S.A. Mann Brand“.<sup>41</sup> War nicht zudem die plumpe Re-Inszenierung der 'Kampfzeit' anachronistisch? Der Film bekam vernichtende Kritiken und wurde als kitschig unmittelbar nach der Machtübernahme allgemein abgelehnt.

39 Beispielhaft deutlich wird dies an den jeweiligen Schlusszenen, in denen eine Verbindung zwischen den getöteten Protagonisten und der/dem Zuschauer/in durch die Fahne der 'Bewegung' suggeriert wird. Siehe hierzu Jan-Oliver Decker: Mediale Emotionen – Emotionale Medien. Ideologisierte Bilder des Nationalsozialismus im NS-Film, in: Birgit Aschmann (Hrsg.): Gefühl und Kalkül. Der Einfluss von Emotionen auf die Politik des 19. und 20. Jahrhunderts (= Historische Mitteilungen im Auftrag der Ranke-Gesellschaft, Bd. 62). Stuttgart 2005, S. 48-73, hier: S. 70.

40 Wolfgang Kabatek: Berlin – Ein Widerstreit (UA 1933), in: Manuel Köppen/Erhard Schütz (Hrsg.): Kunst der Propaganda. Der Film im Dritten Reich (= Publikationen zur Zeitschrift für Germanistik, Bd. 15), Bern 2008, S. 137-156, hier: S. 156.

41 David Welch: Propaganda and the German Cinema, 1933–1945, New York 2006 (Reprint), bes. S. 49-61.

## Von Weltkrieg zu Weltkrieg

Speiste der SA-Toten- und Märtyrerkult während der 'Kampfzeit' seine Wirkmächtigkeit aus der Steigerung des Durchhaltewillens, der Propagierung von Kameradschaft und männlicher Solidarität und der Verstetigung des nationalsozialistischen Glaubensbekenntnisses, verlor er nach der Machtübernahme – wie auch die SA selbst – an Bedeutung. Das änderte sich erst mit Beginn des Krieges 1939, der wieder 'deutsche Helden' gebären sollte. Auch hunderttausende SA-Angehörige dienten in Wehrmacht, Waffen-SS und bei der Ordnungspolizei. Was sie verbinden sollte – so zumindest propagierte es die 'neue' Schützengrabenliteratur –, war die in der 'Kampfzeit' erprobte Kameradschaft. Die SA der 'Kampfzeit' speiste ihr Selbstverständnis aus der „Frontgemeinschaft des Ersten Weltkrieges“<sup>42</sup> und so wurde der „Schützengraben [ ] zur Geburtsstätte des Nationalsozialismus“<sup>43</sup>. Mit der Neubelebung dieses SA-Kameradschaftsideals im Zweiten Weltkrieg schloss sich der Kreis. In „SA.-Männer im feldgrauen Rock“ (1941) hieß das so: „Der alte SA.-Geist, der sich in der Kampfzeit der Bewegung tausendfach bewährt hat, bewährt sich auch im Feld im Angesicht des Feindes.“<sup>44</sup> Der Kameradschaftsmythos diente als „idealisierte Transmissionsriemen [...]“<sup>45</sup>, so Thomas Kühne, dem Ausgleich von Struktur und Anti-Struktur – Realität und Mythos, Zerstörung und Harmonie, Gewalt und Geborgenheit – und hatte damit eine kompensatorische Funktion. Zwar muss zwischen dem in Parteipresse, Romanen und Filmen propagierten Mythos von der Männlichkeit und Kameradschaft und dem real existierenden Umgang der SA-Männer untereinander unterschieden werden, doch wirkte das Ideal normierend und bestimmte nicht selten das Handeln und Denken der als Soldaten kämpfenden SA-Männer auf dem Schlachtfeld, in der Etappe und an der 'Heimatfront'. Der Abdruck von Auszügen aus Feldpostbriefen in der Zeitschrift „Der SA.-Führer“ sollte nicht

42 Thomas Kühne: „... aus diesem Kriege werden nicht nur harte Männer heimkehren“. Kriegskameradschaft und Männlichkeit im 20. Jahrhundert, in: Ders. (Hrsg.): Männergeschichte – Geschlechtergeschichte. Männlichkeit im Wandel der Moderne (= Geschichte und Geschlechter, Bd. 14), Frankfurt a.M. u.a. 1996, S. 174-192, hier S. 177. Vielleicht treffender spricht Patrick Krassnitzer von einer „Reduktion der Kriegerfahrung auf die Frontkameradschaft“, siehe: Krassnitzer, Geburt, S. 144.

43 Kühne, Kriegskameradschaft, S. 177.

44 Rudolf von Elmayer-Vestenbrugg (Hrsg.): SA.-Männer im feldgrauen Rock. Taten und Erlebnisse von SA.-Männern in den Kriegsjahren 1939–1940, Leipzig 1941, S. 131.

45 Thomas Kühne: Zwischen Männerbund und Volksgemeinschaft: Hitlers Soldaten und der Mythos der Kameradschaft, in: Archiv für Sozialgeschichte 38 (1998), S. 165-189, hier S. 181.

nur Authentizität beweisen, sondern auch 'Kameradschaft' imaginieren und Konsistenz herstellen: der SA-Mann war ein 'gestandener Kerl', dessen Erfahrungsschatz aus Erstem Weltkrieg und 'Kampfzeit' im neuen Krieg Anwendung finden sollte. Der Brief von einem „inzwischen gefallene[n] Obersturmbannführer Lösch“ beschreibt die Einnahme einer sowjetischen Stellung trotz zuvor dargelegter Aussichtslosigkeit in folgenden Worten:

„Wir schreien 'Hurra' und stürzen vorwärts. Da erheben sich alle, die noch nichts abbekommen haben und folgen dem SA.-Mann, der hoch seinen Spaten schwingt. Für die Bolschewisten ist das zuviel; wir nehmen die Stellung.“<sup>46</sup>

Die surrealen und pathetischen Heldenerzählungen klingen aus heutiger Sicht lächerlich. Gleichwohl waren sie Bindeglied zur 'Heimatfront': Hermann Steinkamp, der 1941 als Soldat in Russland eingesetzt war, berichtete der Schriftleitung, dass er die Zeitschrift „von meinen S.A. Kameraden aus der Heimat nach hier zum Osten geschickt bekomme.“<sup>47</sup> Und ein Sturmführer und Oberleutnant Wendtland wandte sich in einem Feldpostbrief an die Schriftleitung, um „einmal die Gelegenheit dazu [zu] benutzen, mich für den treuen Begleiter [die Zeitschrift „Der SA.-Führer“, Anm.] durch viele Länder zu bedanken.“<sup>48</sup>

46 „Den Kampf, von Horst Wessel begonnen...“, in: Der SA.-Führer. Zeitschrift der SA.-Führer der NSDAP 8 (1943), H. 2, S. 13-16, hier: S. 15.

47 Schreiben von Hermann Steinkamp, 19.08.1941, BArch NS 23/949, unpag.

48 Feldpostbrief von Oberleutnant Wendtland, 29.05.1943, BArch NS 23/950, unpag.

### *Bella Szwarcman-Czarnota*

## Der Erste Weltkrieg in der jiddischen Literatur

Der Erste Weltkrieg war ein wirkliches Drama – für alle und überall. Allerdings war der Ort für das jüdische Leid weniger das Schlachtfeld, es waren eher die Stadt und das Städtel. Und alles spielte sich nach einem jahrhundertealten Schema ab: Bereits im Herbst 1914 hatten die Russen begonnen, massenhaft Juden aus der Kriegszone zu vertreiben – 600.000 Juden wurden vertrieben, noch bevor der Einmarsch der deutschen Armee dies unterbinden konnte. Die Deutschen wiederum deportierten ungefähr 70.000 litauische Juden zur Zwangsarbeit nach Deutschland. Die Kosaken führten unter der jüdischen Zivilbevölkerung in Galizien eine Terrorherrschaft ein. Auch die Polen nutzten antisemitische Losungen.<sup>1</sup>

Blinder Hass, Gewalt, Massaker – all das brach mit unermesslicher Kraft über die jüdischen Menschen herein. Es hatte nicht allein den Krieg zur Ursache, den in dieser Dimension noch nie jemand erlebt hatte, sondern anschließend auch die Revolution in Russland und alles, was danach – einer Naturkatastrophe gleich – in weiten Gebieten des einstigen Zarenreichs geschah. Pogrome wurden sowohl von den Einheiten Symon Petljuras als auch von den Bolschewiki verübt, aber auch die polnischen Legionen waren beteiligt, so in der Aktion im April 1919 gegen die jüdische Bevölkerung in Wilna. Bei diesen Vorfällen ist auch der jiddisch schreibende Dichter und Journalist A. Wajter (1878–1919) ums Leben gekommen.<sup>2</sup>

Nicht von ungefähr wurde damals befürchtet, es werde zu einer vollständigen Destruktion des jüdischen Lebens kommen – die Gewalt und die Vertreibungen dauerten tatsächlich länger an, sodass ein weltweites Echo nicht ausblieb. Selbst die amerikanischen Juden, die sich sehr weit weg wähnten von den Sorgen und

1 Abraham G. Duker: Jews in the World War. A Brief Historical Sketch, American Jewish Committee, October 1939, Hrsg. von Harry Schneiderman/Morris D. Waldman/Sidney Wallach, Bd. 2, Nr. 5.

2 Vgl. Bella Szwarcman-Czarnota: Orzeł ze złamanym skrzydłem [Adler mit gebrochenem Flügel], in: Midrasz, Nr. 4 (162), 2011. Polnische Truppen hatten nach der Einnahme der Stadt im April 1919 den jüdischen Friedhof geschändet und in der jüdischen Wohngegend gewütet, dabei ungefähr 80 Menschen ermordet.

Nöten ihrer Mitbrüder im Osten Europas, fingen wieder stärker an, Gefühle der Nähe und der Solidarität zu empfinden und zu zeigen. Ihr Mitgefühl drückten die Vertreter aller politischen und literarischen Gruppen aus, die die weltlichen, religiösen und radikalen Juden vertraten. Der in New York lebende, aber aus dem polnischen Plock stammende Dichter Sischo Landau (1887–1937) schrieb in dem Gedicht „Far undser chorew jydish leben“ (Über die Vernichtung unseres jüdischen Lebens):

„Ich weine über das zerschmetterte jüdische Leben.  
Ich gehe auf die Knie und bete zu dir, Gott,  
Ich weine um unsere alte Mutter, um Wilne.  
Um Brody, um jeden geheiligten Ort.  
Ich weine um Warsche, um Kowne, um Lemberg,  
um jede große, um jede kleine Stadt.“<sup>3</sup>

Selbstverständlich waren die Juden auch an den Kriegshandlungen beteiligt, womöglich hatten sie überhaupt erstmals in ihrer Geschichte sich in feindlichen Lagern gegenübergestanden – auf beiden Seiten der Front. Als ein Beispiel könnte hier die Familie des Schriftstellers und Kritikers Melech Rawitsch (1893–1976) dienen: Der Cousin in Serbien, der Onkel an der russischen Front, er selbst in der Artilleristen-Schule in Wien.<sup>4</sup>

Einige pazifistisch eingestellte Schriftsteller entzogen sich der drohenden Einberufung, so Izrael Stern (1894–1942, aber die Lebensdaten sind nicht ganz gesichert), der nach Wien geflohen war. Andere wurden aber regulär zum Kriegsdienst eingezogen und kämpften an der Front, so wie der bereits erwähnte Melech Rawitsch oder Uri Zvi Grinberg und Perez Markisch. Später werden sie gemeinsam die literarische Chaljastre-Gruppe gründen. Es gab auch jüdische Kriegsfreiwillige, die mit dem Kriegsdienst eine willkommene Möglichkeit ge-

3 Sischo Landau: *Lider*, New York 1937, S. 113. (Übersetzt aus dem Polnischen.)

4 „Chaos in der Welt – Chaos in jedem Hirn und jedem Herzen eines fühlenden menschlichen Geschöpfes. Auf der einen Seite die Gefühle des nationalen Juden: Es ist ein Krieg gegen das klassische Land der Pogrome, ein Krieg gegen Russland, und Wiens Juden melden sich freiwillig zum Militär. Man plant eine jüdische Legion – gemäß dem Muster der polnischen Pilsudski-Legionen. [...] Auf der anderen Seite – hätte man hinaus auf die Straße wollen, sich auf die Treppe des Kriegsministeriums am Schottenring stellen und jedem vorbeigehenden General zurufen: ‘Hört auf, Menschenblut zu vergießen [...]’. Man steht unter dem Einfluss von Bertha von Suttners ‘Die Waffen nieder!’ und Josef Popper-Lynkeus’ Ideen über die Heiligkeit des Individuums – denn jedes Individuum ist eine Welt.“ Melech Rawitsch: *Das Geschichtenbuch meines Lebens*, Salzburg und Wien 1996, S. 85.

geben sahen, das Ansehen der Juden zu heben – sie hofften auf Akzeptanz in ihrer Umgebung, ja, auf die Vereinigung mit dieser.

Nicht ohne Bedeutung waren dabei Aufrufe an die jüdische Bevölkerung. Hier ein Beispiel für derartige Agitation seitens der Heeresleitungen Deutschlands und Österreich-Ungarns, die sich hier gemeinsam in Jiddisch an die jüdische Bevölkerung im zum Russischen Reich gehörenden Königreich Polen gewandt hatten:

„Die heldenhaften Streitkräfte der mächtigen mitteleuropäischen Regierungen in Deutschland und Österreich-Ungarn sind nach Polen eingerückt. Der erdrückende Einmarsch unserer Heere hat die despotische Regierung Russlands in die Flucht geschlagen. Auf unseren Fahnen tragen wir Recht und Freiheit – gleiche bürgerliche Rechte und Religionsfreiheit, freie Arbeit in allen Wirtschaftsbereichen und kulturelles Leben nach eurer eigenen Fassung. Zu lange hattet ihr gelitten unter dem eisernen Moskowiter Griff. Wir kommen als Freunde zu euch. Schluss mit der fremden Barbarenregierung. Mögen gleiche Rechte für die Juden auf starken Fundamenten stehen.

Lasst euch nicht länger durch falsche Reden in die Irre leiten, wie es schon so häufig geschehen ist! Hatte der Zar nicht 1905 gleiches Recht für die Juden gelobt und hatte er nicht in dieser Frage das Oktobermanifest verkündet? Wie ist es euch ergangen mit der Last, die ihr im Namen der gesamten Welt auf euch genommen habt? Denkt an die Vertreibung aus den seit alters her besiedelten Orten, von der tausende Juden jeden Tag betroffen sind. Denkt an Kischinjaw, Gomel, Bialystok, Siedlce und viele andere blutige Pogrome! Denkt an die Beilis-Affäre, denkt an die Taten der barbarischen Regierung, die das entsetzliche Gräuelmärchen von einem Ritualmord in die Welt setzte, den Juden begangen haben sollten! So hat der Zar sein gebieterisches Wort gehalten, das er verkündet hatte, als er mit dem Rücken zur Wand stand! Jetzt ist er wieder in Schwierigkeiten – das ist der Grund, weshalb er jetzt so spricht.

Eure Pflicht ist es, jetzt alle Kräfte zu sammeln für die Befreiung! Alle Kräfte: Eure junge Generation, eure Gemeinden, eure Bruderschaften, alle müssen wie ein Mann zusammenstehen und sich für diese heilige Sache einsetzen! Wir erwarten, dass ihr auf Grund der Tatsachen eure Vernunft und eure Treue beweist. Wendet euch vertrauensvoll an unsere Heeresleitungen überall dort, wo sie euch am nächsten sind. Für jede Art von Lieferung werdet ihr angemessen und schnell belohnt. Bereitet den Weg zum vollständigen Sieg über den Feind, den Weg zu Freiheit und Gerechtigkeit!<sup>5</sup>

Uri Zvi Grinberg (1896–1981), der seine Dichtungen sowohl auf Hebräisch wie Jiddisch verfasste, hatte als Kavallerist an der Front in Serbien gedient. So war er auch nach Ulcinj in die Grenzregion zwischen Montenegro und Albanien

5 Der Israelit. Ein Zentralorgan für das orthodoxe Judentum. Begründet 1860 von Dr. Marcus Lehmann in Mainz, 10. September 1914. (Übersetzt aus dem Polnischen.)

gelangt, wo sich das mutmaßliche Grab des Religionsgelehrten und selbsternannten Messias Sabbatai Zwi befinden soll.<sup>6</sup> Damals schrieb er: „Ich, Uri Zvi, Batschews Sohn aus Lemberg, Soldat in der Besatzungsarmee von Kaiser Franz Josef, stehe vor deinem Grab, Sabbatai Zwi, dessen Leib unerhörte Beleidigungen ertragen musste wegen der Namensänderung in Muhammed Effendi.“ In seinen Aufzeichnungen beschwört er sich selbst: „Lasse dich nicht von geistiger Rache verleiten. Mögen in deinem Blut Liebe und Barmherzigkeit verschmelzen. Menschenhände werden dich nicht zu Grabe tragen – du weißt, dass um Mitternacht aus dem Wald ein Hund winselnd gelaufen kommen wird, um deinen Körper zu vertilgen“ (Baj mir in pinkes). Schließlich desertierte er Anfang 1918, kehrte nach Lemberg zu den Eltern zurück, wobei er anderswo übernachtete, da er befürchten musste, verhaftet zu werden. Später wurde er Zeuge des Pogroms in Lemberg, als polnische Einheiten die Stadt einnahmen, nachdem Anfang November 1918 eine Ukrainische Republik mit der Hauptstadt Lemberg proklamiert worden war. Das Pogrom dauerte drei Tage, auch die elterliche Wohnung wurde gestürmt. Seine Rettung verdankte Grinberg schließlich einem polnischen Kommandeur, der die Waffen abzulegen befahl, bevor alle erschossen werden sollten.<sup>7</sup>

Danach verließ Uri Zvi Grinberg die Stadt, hielt sich kurz in Warschau auf, wo er in der Zeitschrift „Albatros“ das bilderstürmerische Gedicht „Rojte epl fun wejbejmer“ [Rote Äpfel vom Baum des Schmerzes] veröffentlichte. Dann musste er erneut fliehen, ging nach Berlin, wo er noch einmal zwei Nummern der Avantgardezeitschrift „Albatros“ herausgab, in denen u.a. das Gedicht „Im malches fun zejlem“ [Im Königreich des Kreuzes] erschien:

„Ich bin eine Eule, ein weinender Vogel aus dem Schmerzenswald Europas.  
In den Tälern der Schmerzen und der Angst blind um Mitternacht unter den  
Kreuzen. [...]  
Ich fürchte mich, meine Schäflein, denn das Horn des Mondes

6 Sabbatai Zwi lebte von 1626 bis 1676, war Rabbiner und Kabbalist, hatte sich 1648 zum Messias erklärt, was großen Eindruck in Europa und im Nahen Osten machte. Er wurde 1673 festgenommen, weil er seine Häresie auch unter den Moslems zu verbreiten begann. In der Festung Ulcinj hatte er sich als Gefangener zum Islam bekehrt. Hingewiesen sei in diesem Zusammenhang auf: Gershom Scholem: Sabbatai Zwi. Der mystische Messias, Berlin 2014.

7 Nach dem endgültigen Zusammenbruch des Habsburgerreiches Ende Oktober 1918 zogen ukrainische Truppen in Lemberg ein, die am 1. November eine Westukrainische Volksrepublik ausriefen. In zähen und blutigen Kämpfen konnten polnische Verbände die ukrainischen Truppen schließlich schlagen und bis zum 21. November 1918 aus der Stadt vertreiben. Anschließend kam es zu den Pogromen, bei denen nach Schätzungen bis zu 150 jüdische Menschen umgebracht wurden.

Legt sich wie eine Sichel um meinen Hals.  
Schrecklich weine ich also [...]  
Ich spucke Blut über die Kreuze hinweg,  
Die Wunde der Welt durch Europa hindurch.“<sup>8</sup>

Prophetisch hatte er verkündet, dass Europa eines Tages zum größten jüdischen Friedhof aller Zeiten werde. Er selbst entkam der Judenvernichtung, weil er 1923 nach Israel auswanderte und dort in hebräischer Sprache zu dichten begann.

Einer der wichtigsten Dichter jiddischer Sprache, Perez Markisch (1885–1952), hatte in der Zarenarmee an der deutschen Front gekämpft, bevor er 1916 schwer verwundet wurde. Während der Rekonvaleszenz in Jekaterinoslaw (heute Dnipro in der Ukraine) trat er der jüdischen Selbstverteidigung bei, die auf Grund der von Petljura losgelösten Welle von Judenpogromen entstanden war. Später (1922) schrieb Perez Markisch ein dramatisches Gedicht mit dem Titel „Di kupe“ [Der Haufen]. Gleich an den Anfang setzte er folgende Widmung:

„Euch Opfern der Ukraine,  
wo die Erde angefüllt ist mit euren sterblichen Überresten,  
und auch euch,  
die ihr geschunden und auf einen Haufen geworfen worden seid  
in dem Ort Horodyszczce am Dnepr – Kaddisch!“<sup>9</sup>

Markisch selbst wurde Kommunist aus Überzeugung – doch auch er wurde zum Opfer, auch wenn er seinen Henker in einem ganz anderen gesellschaftlichen System fand. Fast könnte gesagt werden, er habe nachträglich für die ideologische Wahl bezahlen müssen, wurde er doch auf Geheiß Stalins im August 1952 in Moskau ermordet – zusammen mit weiteren jüdischen Schriftstellern, mit anderen Mitgliedern des Jüdischen Antifaschistischen Komitees.<sup>10</sup>

Der bereits angeführte Melech Rawitsch ehrte seine Dichter-Freunde auf diese Weise:

„Für Uri Zvi Grinberg, lieber Gott, erbitte ich nur eines,  
Denn in seinen Adern fließt nicht das eigene Blut,

8 In malches fun zejlem [Im Königreich des Kreuzes], in: Gesamte werk, Bd. 2, S. 464. (Übersetzt aus dem Polnischen.)

9 Erstmals in Warschau 1921 erschienen, ein Jahr später auch in Kiew herausgegeben. In dem Gedicht ist auch das Datum 11. Tischri 5681 angegeben – der Tag und das Jahr (zwei Tage vor dem Jüngsten Gericht 1920), an dem bei dem Pogrom in Horodyszczce 216 Juden umgebracht wurden. (Übersetzt aus dem Polnischen.)

10 Siehe Arno Lustiger: Rotbuch: Stalin und die Juden. Die tragische Geschichte des Jüdischen antifaschistischen Komitees und der sowjetischen Juden, Berlin 1998.

Sondern das mit Tränen vermischte Blut der in den Pogromen Ermordeten,  
 Sie strömen durch die angespannten Adern unter der Haut der abgemagerten  
 Arme, Schnüren gleich [...]  
 Und für Perez Markisch, lieber Gott, ich flehe dich an,  
 Für Markisch, der genauso schön ist wie du im Himmel [...]  
 Der mit seinen wilden Bildern und wilden Gedichten –  
 Den Vögeln gleich alle Ecken der Welt durchwandert hat,  
 Die Kremlmauern, dessen Wände aus kaltem Ziegelstein,  
 Die jetzt mit gebrochenen Flügeln bleiben [...],  
 möge, lieber Gott, dieser Glaube erhalten bleiben bis zu seinem Lebensende –  
 Reiß ihn nicht schon wieder von der Kremlmauer weg.<sup>11</sup>

Seit dem Kriegsausbruch wurde um Hilfe und Solidarität gebeten. Am 1. August 1915 hatten Isaak Leib Perez (1852–1915), Jakob Dinesohn (1836–1919) und Salomon An-Ski (1863–1920) ein Manifest herausgegeben, in dem sie vor den weitläufigen Folgen des Kriegs gewarnt und an die Solidarität appelliert, zugleich aber auch vorgeschlagen hatten, möglichst alles zu dokumentieren, was sich im Krieg an schrecklichem Geschehen ereignet. Der Nestor der jiddischen Literatur Perez starb bald darauf. Er war frühzeitig gealtert und außerdem stark belastet mit der Organisation der Hilfeleistung für die nach Warschau geflüchteten Juden aus der Umgebung. Eine eindringliche Beschreibung eines solchen Ereignisses lässt sich bei Salomon An-Ski finden, vor allem in dem Buch „Dos buch fun zar“ [Buch der Leiden], das erstmals 1921 herausgegeben wurde, aber auch in der Skizze „Warsze 1914“ [Warschau 1914]:

„Es ist Schabbat. Die Juden sind zum Schabbat gekommen. Der Rabbiner gibt auf, den Schabbat zu verletzen. [...] Auf dem Grzybowski-Platz vor der Gemeinde ist es schwarz von einem Menschenmeer. Männer im Überzieher, Frauen in Tüchern, die Kinder mit dem Mützchen für den Schabbat, und alle tragen in ihren Händen kleine Bündel. Die Teller in Tücher gewickelt; irgendjemand bringt einen Stapel mit Striezelgebäck, ein Junge schleppt einen Topf mit Tschulent herbei. Auf der Straße macht sich der Duft gekochter Kartoffeln mit Erbsen breit. Eine Frau schleppt einen Sack Kartoffeln herbei; die Jungen bringen vom Hof zerhackte Holzbretter, irgend-

11 Melech Rawitsch: *Far jydische poeten: a fartog tfile afn jam* [Für die jüdischen Dichter – Morgengebet auf dem Meer], in: *Kontinentn un okeanen*, Warschau 1937. (Übersetzt aus dem Polnischen.) – Über die Trennung von den Dichterfreunden schrieb Rawitsch später: „Und unsere Gruppe – Markisch, Grinberg und ich? Grinberg in Erez Israel – Markisch fährt heute nach Russland. Was wird er dort tun? Und ich hier? Und alles stellt sich mir dar wie der Morgen nach einem Maskenball, und ich trage noch immer die Maske – die Maske der Chaljastre.“ Melech Rawitsch, *Das Geschichtenbuch meines Lebens*, S. 93.

wer hat auch noch ein wenig Kohle aufgespürt. So reicht die Warschauer jüdische Gesellschaft den ‘Fremden’ ihr Festmahl. Sie bringen es ins Freie zu den Flüchtlingen.

Auf den Stufen des Gemeindegeländes steht der große jiddische Schriftsteller I. L. Perez. Sein üppiger Haarschopf hat sich gelichtet und er ist ergraut. Die niedrige Stirn ist in tiefe Falten gelegt, die tiefliegenden großen Augen stechen hervor. [...] Perez ist heiser geworden von den Anweisungen, die er den Jungen und Mädchen gibt, die das Essen dahin tragen, wo es nötig ist und gebraucht wird. Plötzlich geht ein Junge auf den Schriftsteller zu, der diesen traurigen Aufmarsch leitet.

‘Perez, die Gemeinde aus Sochaczew ist angekommen!’ Der alte, große jiddische Schriftsteller strahlt wie der dreizehnjährige Junge, schiebt alle beiseite und bahnt sich den Weg durch die Menge. Geschwind ist er bei der Gemeinde aus Sochaczew.

‘Wen habt ihr da auf dem Wagen?’, fragt er.

‘Die Torarollen, die toten Kinder und ein [von den Kosaken] geschändetes Mädchen.’

‘Die Torarollen bringt in die Gemeinde, dorthin, wo die anderen stehen. Die Kinderleichen müssen zum Friedhof gebracht werden. Und ruft den Doktor, er soll schnell zur Hilfe herkommen mit der Kutsche.’

Die Mädchen eilen zum Wagen und wollen das geschändete Mädchen aus dem Wagen heben. Der alte Dichter redet auf sie ein:

‘Nein, nein, kommt nicht her’, sagte er, ‘ihr seid Mädchen, sie wird sich vor euch schämen. Sie auch nicht, Doktor, sie sind noch ein junger Mann, sie wird sich auch vor ihnen schämen. Ich aber bin alt, da schämt sich niemand mehr vor mir.’

Er geht zum Wagen und [...] nimmt das Mädchen auf seine Arme, trägt es zur Kutsche, die es in das jüdische Spital bringt.

‘Und jetzt mir nach!’

Die Frauen und Kinder aus der Nachbarschaft schleppen, sobald sie gehört hatten, dass die Gemeinde aus Sochaczew eingetroffen ist, aus den Häusern alles heran, was vorhanden ist: die Challah, den Fisch, Tschulent oder auch nur einige gekochte Kartoffeln. Aus den umliegenden Wohnungen werden Stroh und Heu gebracht, die müden Frauen und schläfrigen Kinder werden gebettet.

Die Jungen kommen von der Straße angerannt, in den Händen halten sie stückchenweise Challah, die sie von den Müttern bekommen hatten. Sie geben sie den Jungen aus Sochaczew und nehmen sie mit zu sich nach Hause.

‘Komm mit nach Hause, du wirst bei uns wohnen’, schreit ein zehnjähriger Cheder-Schüler seinen Kameraden aus Sochaczew an, und zieht ihn einfach mit.

‘Szlojmel, was machst du da? Wo willst du ihn denn hinlegen? Du schläfst doch auf dem nackten Stroh in der Küche, seitdem die Tante mit den Kindern bei uns wohnt.’

‘Er wird mit mir schlafen, Mama. Du wirst mir nicht mehr Essen geben als bisher. Ich werde es mit ihm teilen.’ – Der Warschauer Junge zieht seinen neuen Freund aus Sochaczew mit sich.

Als die Erwachsenen mitbekommen, was die Kleinen da machen, stellt sich der Rabbi auf die eine Seite der Tür und der Dichter auf die andere.

‘Niemand kehrt nach Hause zurück’, sagte der Dichter, ‘bevor der Gemeinde aus Sochaczew nicht alle erdenkliche Hilfe geleistet wird.’

Und die traurigen, vom Alltag geschlagenen Menschen, denen der Schrecken aus den Augen schaut bei der Frage, was morgen werden solle, gehen durch die Tür, vorbei an dem Rabbiner und dem Dichter, und jeder nimmt jemanden mit: der eine die Mutter mit den Kindern, andere nur einfach Kinder – um mit ihnen den letzten Krümel Brot zu teilen und das Kopfkissen. Und die Synagoge leert sich, bevor neue Schäfchen eintreffen.<sup>12</sup>

Die Juden fanden Unterstützung und Hilfe bei Joint (eigentlich American Jewish Joint Distribution Committee), einer im November 1914 gegründete Hilfsorganisation aus den USA. Auch der Hilfsverein der Deutschen Juden half, eine seit 1901 bestehende, nichtzionistisch ausgerichtete Hilfsorganisation, die das Ziel hatte, die Juden im Russischen Reich und im Osmanischen Reich zu unterstützen. In Wien war die Israelitische Allianz eine Einrichtung, die umfangreiche Hilfe leistete.

Es bildeten sich Grundlagen für die Sozialhilfe aus, es wurden Zusammenschlüsse geschaffen. Auch die osteuropäischen Juden wurden tätig – so wurde 1914 außerhalb des Ansiedlungsrayons das EKOPO (Jewrejski komitet pomoschtschi shertwam woiny; Jüdisches Hilfskomitee für die Kriegsoffer) geschaffen, das bis 1920 bestand. Nicht nur den Juden im Russischen Reich wurde geholfen, sondern auch den Juden in Galizien und in der Bukowina. Ab 1914 war in Deutschland ein Komitee zur Befreiung der russischen Juden (ab November Komitee für den Osten) tätig, das deutsche Zionisten gegründet hatten.

In seinem Tagebuch aus der Zeit des Kriegs unter dem Titel „Churbn Galicje“ (Vernichtung Galiziens) schrieb Salomon An-Ski über Warschau:

„Hier kamen aus den Kampfgebieten zehntausende Verletzte zusammen, zugleich kamen aus den umliegenden Städten, Kleinstädten und Dörfern zehntausende Unglücksraben, die vor dem Schrecken des Kriegs geflohen waren, vertrieben aus Rassenhass, denunziert und betrogen. In Warschau war von dem ganzen möglichen Unglück, das die jüdische Bevölkerung in Polen treffen konnte, mehr zu spüren als anderswo. Jeden Tag kamen tausende jüdische Seelen, meistens zu Fuß, ausgeraubt, nackt, hungrig, in Panik geraten und kopflos. Alle zog es zur [jüdischen] Gemeinde, in der es wie in einem Kessel brodelte, der bis zum Bersten gefüllt war mit den unbeschreiblichen Tragödien und dem Leid. In der Stadt hielten sich über 50.000 Obdachlose auf. Der größte Teil kam vorläufig in verschiedenen jüdischen

12 Salomon An-Ski: Warsze 1914, in: Dos amolike jydische Warsze [Das ehemalige jüdische Warschau], Hrsg. von Melech Rawitsch, Montreal 1966, S. 105-109. (Übersetzt aus dem Polnischen.)

Einrichtungen unter. Einige hundert Menschen, vor allem Frauen und Kinder, wurden im jüdischen Literaturklub untergebracht. [...]

Im großen Saal wurden an allen verfügbaren Wänden die Betten, Bänke und Kisten aufgestellt, die jeweils von drei, vier Kindern genutzt wurden, die dort saßen oder lagen. Außerdem war der Saal dicht an dicht mit Männern, Frauen und Kindern gefüllt, der so an einen zerstörten Ameisenhaufen erinnerte. Von all dem Geschrei und Gebrüll hätte man taub werden können. Als ich die Obdachlosen eingehender betrachtete, fiel mir auf, dass sich die älteren Juden absonderten, abseits hielten, dass einige von ihnen in dieser großen Menschenmenge wie abwesend, wie in Gedanken versunken und betrübt herumliefen und überhaupt nichts mehr von den anderen mitbekamen.

Gewöhnlich schafften Kinder, wenn mehrere zusammenkommen, eine freundliche Stimmung, so als ob neues Leben atmet. Hier allerdings riefen die Kinder den Eindruck hervor, als seien sie auf der Straße verschüttete Perlen. Sie streiften durch den Saal, von niemandem gebrauchte, verlorene Wesen mit einem Ausdruck auf dem Gesicht, als seien sie verwaist.

Nichts mutete bei den Obdachlosen tragischer an als deren Ruhe. Niemand lamentierte oder war nervös. [...] Als wir zu fragen angingen, erzählten sie von ihren tragischen Erlebnissen. Sie erzählten leise, monoton und mit unbewegten Gesichtern. Es war zu spüren, wie diese gebrochenen Menschen sich selbst und alle Hoffnung verloren hatten.

Ein junger Mensch erzählt von der Zerstörung seines Städtels und setzt im ruhigen Ton hinzu:

‘Dort geblieben sind mein Vater und mein Bruder. Womöglich sind sie ermordet worden.’

‘Natürlich sind sie ermordet worden’, sagt kaltblütig irgendeine Frau. ‘Juden, die von dort gekommen sind, haben berichtet, beide gesehen zu haben, tot im Straßengraben.’

Der junge Mensch hört gleichgültig zu, als ob es ihn nichts mehr angehe.

Mit dem gleichen steinernen Gesichtsausdruck berichtet uns eine andere Frau von ihrem Onkel, einem 74-jährigen Alten, den man in einem Loch aufgefunden hätte mit abgetrennten Armen und Beinen, mit abgeschnittener Zunge ...

Uns belagern bereits Dutzende an Menschen, alle berichten von ihren blutigen Erlebnissen. Die Flüchtlinge berichten von den Leiden des Kriegs, von den Schandtaten der Kosaken. Die Vertriebenen berichten davon, was sie durchmachen mussten. Eigentlich überall dasselbe. Die Kosaken kamen mit Bajonetten und Peitschen, trieben die Menschen aus den Häusern, befahlen entweder gleich oder auch erst nach Stunden, die Stadt zu verlassen. Die Menschen gingen zu Fuß: dreißig, fünfzig, siebzig Werst, mit ihnen die Kinder, die Alten, die Kranken – bei strömendem Regen, durch den Dreck watend. Sie gingen Tag und Nacht, erschöpft von Hunger und Durst. Die Alten und Schwachen fielen um und starben auf dem Weg, die geschwächten Kinder starben im Arm der Mütter, die schwangeren Frauen bekamen Fehlgeburten.

Wir stehen mitten im Saal und hören uns diese nicht zu Ende gehende Unglückslitanei an. Neben mir steht ein ungefähr achtjähriges Mädchen, ein zierliches Geschöpf mit einem feinen Gesicht, hört ernst und aufmerksam wie eine Erwachsene zu, in ihren Augen spiegelt sich bereits der alte, der tausendjährige jüdische Kummer ...<sup>13</sup>

Die erschreckenden Beschreibungen der Verwüstungen, die der Krieg sowie die Pogrome angerichtet hatten, finden wir auch in den mit „In welt krig“ betitelten und 1923 veröffentlichten Notizen von Gerszon Gabriel Lewin (1868–1939), einem Schriftsteller und Arzt, der in der Zarenarmee gedient hatte. Er hebt hervor, dass er – ein weltlicher Jude – in der traditionellen alten Literatur nie die Berichte über die Tempelzerstörungen in Jerusalem gelesen habe, weil er sie immer für übertrieben gehalten habe. Nun aber sagt er, er habe angefangen daran zu glauben, als er mitbekommen habe, was die Russen in Husjatyn angerichtet hätten.<sup>14</sup>

Es wurde auch zielstrebig versucht, die Ereignisse zu dokumentieren: Als Antwort auf einen Appell aus dem Jahre 1919 wurden spezielle Gremien geschaffen, um Materialien zu sammeln und ein Archiv anzulegen, das dann 1921 schließlich nach Berlin verlegt wurde. Von den geplanten sieben Bänden wurden allerdings nur zwei veröffentlicht. Ein dritter Band erschien erst nach dem Zweiten Weltkrieg im Jahre 1965. Andere Materialien sind verlorengegangen. Es waren lokale Beschreibungen des Kriegsdramas und der Pogrome. Zum einen waren es Augenzeugenberichte, wie der erschütternde Bericht über den von polnischen Einheiten 1919 in Wilna verübten Pogrom, den Lejb Jaffe (1876–1948)<sup>15</sup> in der in Wilna herausgegebenen „Jydische Zajtung“ kurz darauf am 21. Mai 1919 veröffentlicht hatte. Andere Zeugnisse wiederum entstanden auf Grundlage gesammelter Materialien, wie z.B. die von Rochl Fajgnberg (1885–1972) niedergeschriebene Chronik „A pinkes fun a tojte shtodt (churbn Dubowe)“ [Chronik einer toten Stadt (Die Vernichtung der Stadt Dubowa)].<sup>16</sup> Fajgnberg, die in späteren Jahren

13 Salomon An-Ski: *Churbn Galicje*, Wilna/Warschau/New York 1923, Bd. 1, S. 17-24. (Übersetzt aus dem Polnischen.)

14 Laut David Roskies hatten viele Schriftsteller ähnliche Reflexionen, so hatte Salomon An-Ski seine Arbeit entsprechend „Churbn Galicje“ genannt. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Judenvernichtung mit der Churban, der Tempelzerstörung, vielfach in Beziehung gesetzt. Vgl. David Roskies: *Against the Apocalypse. Responses to Catastrophe in Modern Jewish Culture*, Cambridge/Mass. 1984.

15 Lejb Jaffe wurde in Grodno (heute Belarus) geboren und kam 1948 bei einem arabischen Bombenattentat in Israel ums Leben.

16 1926 in Warschau erschienen. Nachdem die Chronik durch Mojsze Twerski ins Französische übersetzt wurde, spielte dieses Dokument eine wichtige Rolle in dem Mordprozess gegen Scholom Schwartzbard, der den ukrainischen Nationalistenführer Symon Petljura am 25. Mai 1926 in Paris auf offener Straße erschossen hatte. Der Täter wurde vom

in Palästina unter dem Namen Rachel Imri hebräisch schrieb, hatte die Pogrome in der Ukraine beschrieben, darunter die Ermordung der Familie des frühzeitig nach Deutschland ausgewanderten Schriftstellers Micha Josef Berdyczewski (Bin Gorion), der unter dem Eindruck des blutigen Geschehens in seiner alten Heimat aufgehört hatte, deutsch und hebräisch zu schreiben, und von da an nur noch die jiddische Sprache benutzt hatte.

Lejb Olicki (1898–1975), der vor allem durch seine literarische und kulturelle Tätigkeit nach dem Zweiten Weltkrieg in Polen bis 1958 bekannt geworden ist, hatte zwei Erzählbände verfasst: „In a okupirtn shtodt“ [In der okkupierten Stadt], 1924 erschienen, und „In schajn fun flamen“ [Im Flammenschein], 1927 erschienen. Seiner Überzeugung nach waren die Verwüstungen, die der Erste Weltkrieg angerichtet hatte, stärker als der Churban, die beiden Tempelzerstörungen. Von der Zerstörung erzählt auch Ojzer Warszawski (1898–1944) in seinem dreiteiligen Romandebüt „Di Schmuglers“, in dem von den Vorgängen in einer jüdischen Kleinstadt während der dreijährigen deutschen Besatzung erzählt wird.

Doch ist es wohl ohne Zweifel Lamed Schapiro (1878–1948), dem heute beinahe vergessenen großen Schriftsteller gelungen, das nachdrücklichste Bild dieser Schreckenszeit zu zeichnen, obwohl er selbst weder Zeuge von Pogromen noch persönlich an Kriegshandlungen beteiligt war. Kritiker vergleichen ihn mit Isaak Babel und dessen „Reiterarmee“, wobei Babel tatsächlich aktiv an Kriegshandlungen teilgenommen hatte.

Weil es sich hier um einen weniger bekannten Autoren handelt, lohnt es, einige kurze Informationen zu Leben und Werk anzuführen. Er wurde 1878 in Rshischtschiw, tief im Innern der Ukraine am Dnjepr geboren. Als dreijähriges Kind setzte die Erziehung im Cheder ein. Er lernte wissbegierig und schnell, außerdem fing er an, die russische Sprache zu schätzen. Neben Hebräisch benutzte er Russisch, als er seine ersten Gedichte schrieb. Doch er hielt es wie viele andere jüdische Schriftsteller dieser Zeit und an diesem Ort für geraten, jiddisch zu schreiben – dem besten sprachlichen Werkzeug, um sein jüdisches Publikum zu erreichen. Mit 18 Jahren ging Schapiro nach Warschau, wo er es aber nur zwei Jahre aushielt, ohne einen festen Grund oder Lebensunterhalt zu finden. Er veröffentlichte nichts und versuchte etwas Geld zu verdienen, indem er Hutnadeln fabrizierte. Später versuchte er es als Setzer, doch auch das hielt nicht lang. Überhaupt war sein ganzes Leben von Armut gestraft, weil ihm jeglicher

französischen Gericht freigesprochen, weil er in Vergeltung für den Tod enger Familienghöriger, darunter seiner Eltern, gehandelt habe.

praktische Sinn abging, er stattdessen in einem Leben innerhalb der Grenzen seiner Phantasiewelten zu versinken drohte.

Er kehrte schließlich nach Hause an den Dnjepr zurück, lebte von Unterrichtsstunden, versuchte sogar, in einer Ziegelei zu arbeiten, doch setzten ihm die allgemeine Pogromstimmung und das verbreitete Elend sehr zu. Schließlich sah er sich durch die schwierigen materiellen Bedingungen zur Auswanderung nach Amerika gezwungen. Er fuhr zusammen mit seiner Mutter, deren Fürsorge er wohl brauchte, von der er sich nicht freimachen konnte oder wollte. 1906 traf er in den USA ein, wo seine vier bedeutendsten Erzählungen entstanden. Drei von ihnen wurden in der Zeitschrift „Zukunft“ abgedruckt: „Kinstler“ [Künstler], „A kusz“ [Ein Kuss], „Der Zejlem (Das Kreuz, dt.). Die vierte Erzählung, „Szfoch chamtecha“ [Seinen Zorn überwinden], wurde 1909 in der Zeitschrift „Das naje leben“ veröffentlicht. In späteren Jahren erschienen weitere Erzählungen, so „Jydische melucheh“ (Das jüdische Land, dt.) sowie „Wajse chale“ [Weiße Challah].<sup>17</sup> Unterdessen brach sich in seiner engeren Heimat eine fürchterliche Pogromwelle Bahn, als Ataman Seljony und dessen bewaffnete Bande 1919 inmitten der Bürgerkriegswirren durch die Gegend zogen.

Die Erzählung „Das Kreuz“ galt lange Zeit als ein beschwörendes Zeichen von Lamed Schapiro. Es ist die Geschichte eines jungen Pogrom-Überlebenden, der Zeuge wurde, wie seine Mutter zunächst vergewaltigt und dann umgebracht wurde, der anschließend von den Pogromhelden gezeichnet wurde – indem ihm das Kreuzzeichen eingebrannt wurde, um „seine Jiddenseeel vor der Hölle zu retten“. Die Gewalt wurde dann Teil seiner selbst, er vergewaltigt seine Geliebte und flieht nach Amerika. Dort erzählt er seine Geschichte einer Zufallsbegegnung, als er auf dem Dach eines Eisenbahnwaggons durch das weite Land fährt.<sup>18</sup> Er fühlt sich stark und will es bleiben. Schapiro schien ausdrücken zu wollen, dass der Mensch – der Jude – nach den schrecklichen Erlebnissen sehr wohl in der Lage sei, sich zu rächen. Unter den neuen Bedingungen und Umständen in Amerika,

17 Im Jahre 2000 erschien von Lamed Schapiro im Otto-Müller-Verlag Salzburg-Wien der von Armin Eidherr übersetzte und herausgegebene Band „In einer toten Stadt“ mit den Erzählungen „In der toten Stadt“, „Das Kreuz“, „Das jüdische Land“, „Auf dem Meer“ und „Iziki Bankert“.

18 „Wir lernten uns am Waggondach eines Zuges kennen, der einen der Oststaaten Amerikas durchquerte. Und da wir beide im Land herumzogen, beschlossen wir, es so lange gemeinsam zu tun, bis wir uns gegenseitig auf die Nerven gehen würden. Ich wusste, dass er, wie ich, ein russischer Jude war, und mehr habe ich nicht gefragt. In dem Leben, das unsere Leute führen, sind keine Pässe nötig.“ Lamed Schapiro: Das Kreuz, in: ders.: In der toten Stadt, Salzburg/Wien, S. 81.

sobald die neuen Wurzeln ausgebildet sind, wandelt dieser abgebrühte Mensch, dieser Mensch aus Eisen, seine Erfahrungen in positive Energie um. Der Verfasser distanzierte sich in späteren Jahren von der Erzählung, sagte einmal ironisch, er werde völlig unverdient für diese Erzählung gerühmt, denn es handle sich doch um eine bombastisch angelegte und von Grund auf falsche Erzählung. Er wollte nicht länger mit dieser Erzählung in Beziehung gebracht werden.<sup>19</sup>

Über sein schriftstellerisches Schaffen schrieb Schapiro, dass er anfänglich den Rahmen des Üblichen nicht verlassen wollte. Doch „das jüdische Schicksal hat sich mit Zähnen und Klauen in den jüdischen Schriftsteller hineingeschlagen. Der Krieg von 1914 brach aus [...], anschließend die Revolution mit den schrecklichsten Judengemetzeln unserer Geschichte [...]. So schrieb ich schließlich ‘Das jüdische Land’“<sup>20</sup>. Danach entstand die Erzählung „Wajse chale“ [Weiße Challah]. Wer diese Erzählung liest, wird schnell bemerken, dass alle mitgeteilten Realien, Einzelheiten, die ja schließlich so aufmerksam und gründlich beschrieben wurden wie nur möglich, dennoch nichts weiter als fiktive Handlungsorte sind. Wir wissen nicht, von welchem Krieg die Rede ist, wohin das Militär zieht, wer gewinnt, wer verliert. Alles das ist gänzlich nebensächlich...

Lamed Schapiro unternimmt einen der ganz wenigen ernsthaften Versuche, auf das Pogrom nicht aus der Sicht der Opfer zu schauen, so wie das vor ihm und nach ihm oft getan wurde, sondern impressionistisch aus Sicht der Täter. Nicht aus der Sicht des Juden, sondern des „Goi“. Schrittweise entwickelt er die unmenschlichen Bedingungen, unter denen der arme Dörfler Wasyl groß geworden ist. Die schreckliche Armut, seine Erniedrigung, die emotionale und mentale Begrenztheit hatten dazu geführt, dass er nicht viel mitbekam von der Wirklichkeit. Er verstand nicht, wohin das Militär wegzog, um was für Militär es sich überhaupt handelte, ob der Kampf, in den er sich hineinziehen ließ, einen Sinn habe. Er wusste nur eins, denn das hatte man ihm beigebracht – an allem seien die Juden schuld.

„Irgendwer sagte, an allem seien die Juden schuld. Wieder die! Sie haben Christus für Geld verraten, essen weiße Challah und sind jetzt an allem schuld. Und warum? An allem! Wasyl runzelte die Stirn und verspürte seinen Zorn gegen die Juden und gegen noch jemanden. Irgendwelche Blätter tauchten auf, die jemand an die Soldaten

19 Die Erzählung schließt: „Es wird eine Generation eherner Menschen kommen. Und die werden das wieder aufbauen, was wir zu zerstören zugelassen haben.“ Lamed Schapiro: Ebenda, S. 93.

20 Lamed Schapiro: Der schrajber geijt in cheder [Der Schriftsteller drückt die Schulbank], Los Angeles 1945, S. 35. (Übersetzt aus dem Polnischen.)

verteilt hatte. Bei einem Halt versammelten sich die Soldaten um diejenigen, die lesen konnten. Sie hörten zu und verharrten im Schweigen, das aber anders war als sonst, wenn Menschen gewöhnlich schweigen. Auch Wasyl hatte ein solches Blatt erhalten, schaute auf es, faltete es zusammen und steckte es in die Hosentasche, hörte zu, was daraus vorgelesen wurde. Nichts von dem verstand er, kein einziges Wort, außer dem einen von den Juden.<sup>21</sup>

Nichts bekam er mit, er wusste nur, dass er den anderen folgen muss, immerzu vorwärts, immerzu schießend, immerzu mordend. Denn schließlich müssen Juden getötet werden, weil sie weiße Challah essen und Christus umgebracht haben.

Der Schriftsteller legt Schritt für Schritt den Blick frei auf die Änderungen, die sich in Wasyl vollziehen – bis hin zu der alle Moral vermissenden, kannibalischen Aktion, die fast schon wieder an das Abendmahl erinnerte. Nicht Wasyl hatte Gewalt gegen die jüdische Familie ausgeübt, sondern die Gesellschaft hat ihm das ganze Leben hindurch Gewalt angetan. So wurde er zugleich Opfer und Priester des schrecklichen Rituals. Vielleicht bedingte gerade diese unkonventionelle Sicht auf die Bestialität von Krieg und Pogrom, dass es den Lesern schwerfiel, sich auf Schapiros Sichtweise einzulassen. Nach dem Zweiten Weltkrieg und kurz vor seinem Tod im Jahre 1946, dem zwei Jahre zuvor ein gescheiterter Selbstmordversuch vorausgegangen war, hatte Schapiro eingeräumt, dass in der Situation der totalen Vernichtung von der Kunst zwangsläufig erwartet werde, nicht auf der Seite der Täter zu stehen.

Die jiddische Literatur hatte auf die Ereignisse reagiert, die mit den Verwüstungen und Verheerungen des Ersten Weltkriegs einhergegangen waren. Dabei hatten sich zwei grundsätzliche Richtungen herausgebildet, die häufig ineinander übergangen: Einmal ist es Literatur, in der Reportage und Belletristik verwoben sind, zum anderen ist es Literatur, die sich ausschließlich auf die eigene Erfahrung stützt. Daneben entstanden viele Werke der Dichtkunst, die in gewisser Weise an die *Confessions d'un enfant du siècle* von Alfred de Mussets erinnerten. Allerdings lässt sich das Werk von Lamed Schapiro in keine dieser Richtungen einordnen.

*Aus dem Polnischen von Holger Politt*

21 Siehe Lamed Schapiro: *Wajse chale*, in: *Di jydische melucheh un andere sachn* [Das jüdische Land und andere Erzählungen], New York 1919, S. 66-82. (Übersetzt aus dem Polnischen.)

*Anke Hoffstadt*

## „Gefallen durch das Vaterland“ oder: Erinnerungspolitiken und Gedenkpraxen auf der Suche nach dem Sinn des Krieges

Seit 1928 – unterbrochen nur durch die Zeit des Zweiten Weltkriegs – erleben Bewohner\_innen und Gäste der flandrischen Kleinstadt Ypern allabendlich ein in aller Gleichförmigkeit stets neues Schauspiel lebendiger Erinnerungskultur. Um 19:30 Uhr sperrt die lokale Polizei die Straße unter dem Torbogen, die auf den Grote Markt führt, auf das lebhafte Herzstück der heute knapp 35.000 Einwohner\_innen zählenden, vormals frühneuzeitlichen Metropole des Tuchhandels in Westflandern. Das Menenpoort, bekannter unter seinem englischen Namen Menin Gate, muss passieren, wer aus östlicher Richtung in die Stadt hineinfahren möchte. Erbaut nach Plänen des britischen Architekten Reginald Blomfield (1856–1942), erinnert das Tor mit seinem Tonnengewölbe und den seitlichen Gedenknischen als „Memorial to the Missing“ an 54.896 Männer, die in den ersten drei Jahren des Ersten Weltkriegs als Soldaten des Commonwealth auf den flandrischen Schlachtfeldern am Ypernbogen kämpften – und verschwanden. Das 1927 eingeweihte Monument gilt also der Erinnerung an die Vermissten, an diejenigen Toten der Armeen des British Empire, die nie geborgen, aufgefunden, identifiziert oder gar beerdigt werden konnten. Ihre Namen finden sich eingraviert auf Säulen und Bögen, in Ordnung ihrer Regimenter.<sup>1</sup>

Mit der ersten „Last Post“-Zeremonie am Menenpoort begann am 2. Juli 1928 die konkrete Erinnerungspraxis. Schon damals war die „Last Post Association“

1 Schon bei seiner Einweihung im Juli 1927 fanden nicht alle Namen der Vermissten für die zusammen vier Kriegsjahre einen Platz auf den Mauern des Monuments. Torbogen und angrenzende Nischen erwiesen sich als zu klein. So wurden am Menenpoort 'nur' die Namen derjenigen Soldaten eingemeißelt, die bis August 1917 – als vermisst galten. Siehe Dominick Dendooven: *Menin Gate and Last Post. Ypres as holy ground*, Brugge 2001. Siehe auch die Beschreibung durch die Commonwealth War Graves Commission (CWGC), die auch für die Errichtung und Unterhaltung des Menin Gate verantwortlich zeichnet(€). In deren Auflistung der Grabstätten des Ersten Weltkriegs wird das Tor als Friedhof, als „cemetery“ geführt. Siehe URL <<http://www.cwgc.org/find-a-cemetery/cemetery/91800/YPRES%20%28MENIN%20GATE%29%20MEMORIAL>> [letzter Zugriff: 21.08.2016].

verantwortlich für die Durchführung und Organisation der Gedenkfeierlichkeit, die fortan jeden Abend die Erinnerung an den Ersten Weltkrieg wach halten sollte. Im Juli 2015 wiederholte sich das Ritual 101 Jahre nach Beginn des Ersten Weltkriegs zum 30.000sten Mal. Eine lückenlose Erinnerungstradition verhinderten nur die Kriegsgegner von einst, 22 Jahre nach Ende des Groten Oorlog, des Großen Krieges, wie der Erste Weltkrieg in Flandern heißt. Von Mai 1940 bis September 1944 fand am Menin Gate in Ypern „The Last Post“ unter deutscher Besatzung nicht statt.

Über die Jahrzehnte wandelte sich allein die Beteiligung. Die „Last Post Association“ lädt heute zu aktiver Teilnahme ein: Traditionsverbände der ehemaligen Regimenter, Würdenträger\_innen aus Politik und Kultur, Schulklassen, Chöre, Musiker\_innen und Einzelpersonen können heute zur Gestaltung der Zeremonie beitragen. Und schon vor 2014, dem Jahr der hundertsten Wiederkehr des Kriegsbeginns, wuchs auch die Zahl der Zuschauerinnen und Zuschauer, die dem Gedenkritual beiwohnten. Bisweilen finden sich Hunderte von Menschen ein, um einem Ablauf zu folgen, der für die Ewigkeit gemacht zu sein scheint. Mit der Sperrung der Straßen rund um das Menenpoort kehrt dabei zunächst eine merkwürdige Ruhe ein – gleich, wie viele Zuschauer\_innen sich um und unter dem wuchtigen Bauwerk zusammenfinden. Denn kein Verkehr soll die Zeremonie stören, die pünktlich um 20 Uhr beginnt, kaum länger als eine halbe Stunde dauert und seit nun beinahe 90 Jahren der gleichen Choreographie folgt. Nach der kurzen aber prägnanten Ermahnung zu „angemessenem“ und „respektvollem“ Innehalten im Angesicht der Tausenden von Namen der Vermissten,<sup>2</sup> hören die Umstehenden ein Gebet oder eine kurze Ansprache. Fanfarenbläser\_innen der Freiwilligen Feuerwehr von Ypern intonieren den „Last Post“, das militärische Signal zum Ende des Tages und zur Nachtruhe. Auf das Niederlegen von Kränzen, geschmückt mit der heute zum omnipräsenten Erinnerungssymbol gewandelten roten Mohnblume, folgt das „Reveille“, das Hornsignal zum Tagesanbruch. Mit dieser Auferstehungsmetaphorik endet das Zeremoniell, die Zuschauer\_innen strömen zum Marktplatz zurück und beschließen ihren Tag als Schützengraben-Tourist\_innen auf den ehemaligen Schlachtfeldern bei Flemish Stew und belgischen Bieren in einem der zahlreichen Restaurants der

2 „To allow the ceremony to take place in a serene atmosphere, we would kindly ask all those present to behave in an appropriate and respectful manner“, heißt es auf der Homepage der „Last Post Association“. Hier bittet die Vereinigung auch darum, während oder nach der Zeremonie nicht zu klatschen: URL <<http://www.lastpost.be/en/ceremonies/participation>> [letzter Zugriff: 13.08.2016].

Stadt, deren Haupteinnahmequelle seit Jahren das Geschäft mit der Erinnerung an den Ersten Weltkrieg ist.

Für die Seh- und Erinnerungsgewohnheiten deutscher Reisender wirkt die Zeremonie befremdlich. Militärisches Paradien ist ungewohnt. Uniformen und Fanfaren wollen auf den ersten Blick nicht zu einem Ritual passen, das – so nah am historischen Ort massenhaften Sterbens und Tötens entlang der nördlichen Westfront – vor allem auch Ausdruck einer tief empfundenen Dankbarkeit sein soll. Nach dem Selbstverständnis der „Last Post Association“ ist es eben diese Dankbarkeit, die die Nachgeborenen all jenen schulden, die im Ersten Weltkrieg im Ringen um „Frieden und die Unabhängigkeit Belgiens“ auf Flanderns Boden „kämpften und fielen“.<sup>3</sup> Gewiss, heute sieht die Vereinigung der „Last Post“-Organisator\_innen die Bedeutung der Zeremonie noch einmal deutlich weiter gefasst. Auch den „Waffenbrüdern aus Belgien, Frankreich und [den] vielen anderen verbündeten Nationen“ gelte das Andenken. Denn auch sie teilten das „höchste Opfer“.<sup>4</sup> Und nicht zuletzt erinnere man zugleich daran, dass auch auf der „anderen Seite des Niemandslandes viele starben: einst Feinde, heute Partner in einem vereinten Europa“. In diesem Sinne verkörpere die „Last Post“-Zeremonie heute sowohl die „krisenhafte Vergangenheit Europas, als auch ein Signal der Hoffnung für unser aller Zukunft.“<sup>5</sup> Folgt man diesem Leitgedanken, ist die Zeremonie ein Akt der Völkerverständigung im Angesicht des zehntausendfach erlebten Sterbens und Tötens. Das Sterben (nicht das Töten!) scheint Schützengräben nachträglich überwindbar zu machen. Und so reiht sich auch die Praxis, während des „Last Post“ eine Strophe des Gedichts „For the Fallen“ von Robert Lawrence Binyon (1869–1943) zu zitieren, ein in die Vergemeinschaftung von Trauer und Dankbarkeit der Lebenden über und für das (stellvertretende) heroische Sterben und den gewaltsam vorzeitigen Tod. Hier heißt es: „They shall not grow old, as

3 „The Last Post ceremony seeks to express, day after day, the lasting debt of gratitude which we all owe to the men who fought and fell for the restoration of peace and the independence of Belgium“, so die „Last Post Association“ zu ihrer „Mission“ unter URL <<http://www.lastpost.be/en/the-last-post/mission>> [letzter Zugriff: 21.08.2016].

4 Ebenda. Hier heißt es im Wortlaut: „[...] we no longer remember simply the fallen of the British Commonwealth, but also their comrades-in-arms from Belgium, France and many other allied nations, who willingly made the supreme sacrifice.“

5 Ebenda. Wörtlich: „We remember, too, that many died on the other side of No Man’s Land: enemies then, but partners now in a united Europe. In this sense, the Last Post is not only a mirror reflecting Europe’s troubled past, but also a beacon of hope for all our futures.“

we left grow old:/Age shall not weary them, nor the years condemn./At the going down of the sun and in the morning/We will remember them.“<sup>6</sup>

Der Krieg war noch keine zwei Monate alt, als dieses Gedicht im September 1914 erstmals in „The London Times“ veröffentlicht wurde. Zehn Jahre nach Ende des Krieges war es ein ganz ähnlicher Blick auf den Tod als verbindendes Element, für das das Menin Gate bis heute – auch im Rezitieren von Binyons Zeilen während der Gedenkzeremonie – stehen mag. Denn auf den Tod als Bindeglied von Trauer und Gefallenengedenken wies nun auch der reisende Autor und Zeitgenosse Stefan Zweig hin, als er Ende der 1920er Jahre die ehemaligen Schlachtfelder Belgiens und Nordfrankreichs bereiste und seine Wahrnehmungen von Gedenken und frühem Schlachtfeldtourismus, von der „Kirmes über den Toten“<sup>7</sup> beschrieb. Doch Stefan Zweig gab seiner Schilderung des in Stein gemeißelten Erinnerens an die vermissten Toten der flandrischen Schlachtfelder einen anderen Ton als der britische Dichter und Kunsthistoriker Binyon. 1928 besuchte der deutsche Literat und Beobachter seiner Zeit die einstige Handelsmetropole Ypern. In seinen Reiseerzählungen schilderte er seine Eindrücke von der im Krieg nahezu vollständig zerstörten Stadt, die in den ersten Jahren nach 1918 Schritt für Schritt rekonstruiert worden war.<sup>8</sup> Das jüngst erbaute Menin

6 Laurence Binyon: For the Fallen, The London Times (21.09.1914), heute u.a. in: Tim Kendall (Hrsg.): Poetry of the First World War. An Anthology, Oxford 2013, S. 43-44, hier S. 44. Binyon meldete sich als Freiwilliger im Sanitätsdienst des Roten Kreuzes. 1916 diente er an der Westfront. Auf die Rezitation der vierten Strophe von „For the Fallen“ antwortet die Menge am Menenpoort chorisch mit „Lest we forget“ („Auf dass wir niemals vergessen!“), der Textzeile, die auf Rudyard Kiplings Gedicht „Recessional“ zurückgeht und die im englischsprachigen Raum fester Bestandteil der Erinnerungspraxis zum Ersten Weltkrieg (und darüber hinaus) ist. Der Romanautor und Dichter Kipling, heute bekannt vor allem als Literaturnobelpreisträger und Autor des „Dschungelbuch“, trug zu Beginn des Ersten Weltkriegs – u.a. durch Gedichte mit imperialistischer und anti-deutscher Haltung („The hun is at the gate“ u.a.) – nicht unerheblich zur Feindbild-Konstruktion und Stärkung der Legitimation eines Krieges des British Empire gegen das Deutsche Reich bei. Siehe Stefan Welz: Rudyard Kipling. Im Dschungel des Lebens, Darmstadt 2015.

7 So der Untertitel in Zweigs Reise-Essay „Ypern 1928“. Siehe Stefan Zweig: Auf Reisen. Feuilletons und Berichte. Hrsg. von Knut Beck, Frankfurt a.M. 1987, S. 267-276.

8 Zweig beschrieb damals, dass die „Lakenhalle“, die Tuchhalle der Stadt, „dieser zyklische Riesenbau, der Stolz Belgiens, um den einstens die ganze Stadt mit ihren Häuserchen sich scharte wie Kücken [sic!] um die Henne“, noch nicht wieder errichtet war: „Dort, wo diese Herrlichkeit heroisch wucherte, Jahrhunderten trotzend, steht jetzt ein Nichts, ein paar rauchige Steinstümpfe, wie kariöse Zähne schwarz und zerfressen gegen den Himmel gebleckt. Das Herz der Stadt ist ausgerissen, und man denke es sich aus im Vergleich, daß in Berlin statt des Schlosses und der Linden ein schottriger Trümmerhaufen läge.“

Gate sei es aber, das nun, da der Wiederaufbau Yperns noch nicht vollendet war, statt der ursprünglich prachtvollen Bauten des Handels und der Repräsentation die ganze Stadt überstrahle. Doch damit war sie nun eine völlig andere, dominiert von einem Symbol der Erinnerung an jüngst Vergangenes. So beschrieb Zweig das Menenpoort als *den* zentralen Erinnerungsort und seine „seelisch wie künstlerisch überwältigend[e]“<sup>9</sup> Bedeutung als „Denkmal“ für all die Toten, „deren Gräber nicht gefunden werden konnten, die irgendwo in einem Massengrab vermodern, unkenntlich von Granaten zerfetzt, oder im Wasser verfaulten“. Einem riesigen Friedhof gleich seien ihre Namen in den Stein „eingegraben mit goldenen Lettern“. Name an Name, Reihe an Reihe.

Gerade darin lag für Stefan Zweig die tiefe Erschütterung begründet, die der Torbogen in eben dieser Gestalt bei den Erinnernden auslöse. Denn sein Ausdruck des Erinnerens wiege eben darum so schwer, weil er als Denkmal „nicht dem Siege, sondern den Toten, den Opfern dargebracht“ sei, „ohne jeden Unterschied [...] verewigt in gleichen Maßen und in gleicher Größe, in demselben Stein, für den selben Tod.“ So viele Namen läse man hier, „daß, ähnlich wie auf den Säulen der Alhambra, die Schrift zum Ornament wird.“<sup>10</sup> Nicht allein die Tragik eines vorzeitigen Todes und die Konsequenzen des Sterbens im Morast und des Vergessenwerdens waren es also, die Zweig hervorhob. Vielmehr erschien ihm die Kunst des Erinnerens, in Stein gehauen am Menin Gate, zugleich wie ein Dekor, ein „Ornament“, hinter dem das Grauen zu verschwinden schien. Und nicht nur die Realität des Sterbens im Krieg verlor sich scheinbar zwischen den Kolonnen der abertausend Namen. Vielmehr verlor sich angesichts dieses „selben Tod[es]“, an den die Mauern des Menenpoort für Zweig erinnerten, auch die Frage danach, mit welchem Sinn der Krieg nachträglich ausgestattet werden konnte, um jede

Ebenda, S. 271. Heute ist die Lakenhalle mit ihrem alle umliegenden Gebäude überragenden Belfried-Turm wieder Kern der Stadt. Sie beherbergt seit 1998 das „In Flanders Fields Museum“ zur Geschichte des Ersten Weltkriegs in Flandern. Siehe hierzu in vergleichender Analyse: Thomas Thiemeyer: Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Die beiden Weltkriege im Museum, Paderborn u.a. 2010, hier S. 67-69. Das Museum ist in der Zwischenzeit mit einer überarbeiteten Dauerausstellung (Eröffnung 2012) und mit rund 400.000 Besucher\_innen im Jahr (2014) ein wichtiger Anziehungspunkt in Westflandern. Zur Erinnerungsarbeit des Museums siehe den Beitrag von Pieter Trogh in diesem Band.

9 Zweig, Reisen, S. 272.

10 Ebenda, S. 273.

Trauer um die Toten grundsätzlich ertragbar oder auch politisch verwertbar zu machen.<sup>11</sup> Doch hier gibt das Menin Gate eine Antwort.

Vermutlich ist die Inschrift, welche die der Stadt zugewandte Seite des Menenpoort zielt, für die heutigen Gäste, die der Zeremonie allabendlich beiwohnen, in ganz ähnlicher Weise zunächst ein Ornament – ein Dekor vielleicht sogar. Sie ist weit oben angebracht, deutlich sichtbar, aber ohne Bezugnahme auf die Rituale der Erinnerungspraxis unten auf der Straße. „Pro rege“ und „Pro patria“ – „für den König“, „für das Vaterland“ ist dort zu lesen. Doch wer die Inschrift wahr und ernst nimmt, wird die Betonung spüren, die bereits Zweigs Interpretation durchbrach: Der Literat hob die „lakonisch großartige“ Einfachheit der Stirnschrift hervor,<sup>12</sup> obwohl sie in ihrem Inhalt doch keineswegs bescheiden oder zurückgenommen blieb und bleibt. Einer Bildunterschrift, der Beschriftung eines Kunstwerkes gleich, weist sie in nur vier kurzen Worten auf ihre Weise den Zusammenhang zu, in dem die Erbauer des Menenpoort alle übrigen Inschriften gelesen wissen wollten. Sie vereindeutigt, was eigentlich unerklärbar ist. Übernimmt „das Vaterland“ hier doch einmal mehr die Funktion, zu vereinfachen, wo die Frage nach dem Sinn des Sterbens so eng mit der zugleich unhinterfragten Legitimität des Tötens im Krieg verknüpft ist. Was folgt auf eine Kriegserklärung? Mobilisierung, Gefechte, Töten, Sterben. Abgesehen von Kriegsverlustlisten und Opferstatistiken, die ihrem Wesen nach als Namenkolonnen voller nationaler Zugehörigkeit geführt wurden und werden, ist aber vor allem das Letztgenannte grenzüberwindend. Das Sterben im Krieg hat keinen Pass.

Nun stellte sich die Frage nach dem ‚richtigen‘ Erinnern gerade im Vorlauf und während des Erinnerungsjahres 2014 vielerorten entlang genau jener erklärenden und sinngebenden ‚Bildunterschrift‘, die Stefan Zweig bereits im Jahre 1928 angesichts des Menin Gate beschrieb: Welchen übergeordneten Sinn kann Erinnern an das Sterben im Krieg haben? Ist es das gewalthafte Sterben auf dem Schlachtfeld an sich, das das Erinnern an den Einzelnen leichter macht, weil es so viele teilten? Wie sieht die Gemeinschaft der Toten aus, die es zu beklagen gilt? Wie die der Hinterbliebenen? Und was verbindet beide heute, hundert Jahre nach Beginn des Ersten Weltkriegs?

11 Zum Umgang mit Verlust und zur Instrumentalisierung von Trauer im Kontext von Erinnerungspraxis und -politik in der Zwischenkriegszeit der Weimarer Republik siehe v.a. Silke Fehleemann: „Leidgemeinschaft“. Kriegserfahrungen im Ersten Weltkrieg und in der Zwischenkriegszeit, in: *Geschichte im Westen* 26 (2011), S. 35-60 sowie dies.: „Heldenmütter“? Deutsche Soldatenmütter in der Zwischenkriegszeit, in: Gerd Krumeich (Hrsg.): *Nationalsozialismus und Erster Weltkrieg*, Essen 2010, S. 227-242.

12 Zweig, *Reisen*, S. 173.

So standen im Gedenkjahr 2014, zu Beginn der aktuellen (Neu- und Wieder-) Erzählung vom Ersten Weltkrieg in den historischen Wissenschaften, in den Feuilletons und in der öffentlichen Aufmerksamkeit zwei wesentliche Aspekte im Vordergrund: der ‚Ausbruch‘ des Krieges und die „Kriegsschuld“-Debatte einerseits<sup>13</sup> und die Frage nach einer gewissermaßen grenzüberschreitenden, versöhnenden europäischen Erinnerungskultur im Erinnern an den Ersten Weltkrieg andererseits.<sup>14</sup> Beides scheint so unvereinbar zueinander zu stehen, wie der symbolische Gehalt der Inschriften auf dem Menin Gate in Ypern zu dem dort alltäglichen Ritual zur Erinnerung an die Vermissten.

Der vorliegende Beitrag möchte diese Beobachtung aufgreifen und eine Reise zu ausgesuchten Erinnerungsorten des Ersten Weltkriegs unternehmen – im übertragenen wie im konkreten Sinne. Er möchte zugleich in großen Zeitsprüngen Momente des Erinnerns aufsuchen, die mit eben diesem Widerspruch in der Sinnzuschreibung umgehen oder umgehen müssen. Welche Rolle, so die verbindende Frage, spielt hier oder dort das Diktum des „pro patria“? Wann und

13 Die neuerlichen Auseinandersetzungen zu den Dimensionen und Akteuren der „Schuld“ am ‚Ausbruch‘ des Ersten Weltkriegs wurden wesentlich angestoßen von der Debatte um Christopher Clarks „Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog“ (München 2013) sowie in kritischem Dialog hierzu unter vielen anderen etwa Arno Klönne: *Der Erste Weltkrieg, das Deutsche Reich und die „Schuldfrage“*, in: *Telepolis*, 10.04.2014, URL <<http://www.heise.de/tp/artikel/41/41476/1.html>> [letzter Zugriff: 18.09.2016] oder Salvador Oberhaus: *1914 – Der Weg in den Ersten Weltkrieg. Problemaufriss einer aktuellen Debatte*, in: *Lange Linien der Gewalt. Ursachen, Deutungen und Folgen des Ersten Weltkrieges (1914–1918)*, hrsg. von der Arbeitsgruppe Zeitgeschichte und Geschichtspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2014, S. 5-13. Siehe zu diesem Aspekt auch die Beiträge von Wolfgang Kruse, Jürgen Angelow und Salvador Oberhaus im vorliegenden Sammelband.

14 Die Frage nach einem europäischen Erinnern an den Ersten Weltkrieg war zentral etwa für das internationale Symposium „1914–2014. Ein europäisches Jahrhundert“, zu dem der Deutschlandfunk mit zahlreichen Partner\_innen aus Politik, Kultur und Medien (dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland, der Bundeszentrale für politische Bildung, dem Haus der europäischen Geschichte, dem Kölner Stadt-Anzeiger u.a.) Historiker\_innen und Politiker\_innen aus Deutschland, Belgien, Österreich, Polen, Russland, Frankreich und der Schweiz eingeladen hatte (Köln, 05.04.2014), URL <[http://www.deutschlandfunk.de/1914-2014-ein-europaeisches-jahrhundert-internationales.2014.de.html?dram:article\\_id=279432](http://www.deutschlandfunk.de/1914-2014-ein-europaeisches-jahrhundert-internationales.2014.de.html?dram:article_id=279432)> [letzter Zugriff: 18.09.2016]. Zu einer ähnlichen Fragestellung kamen auf Einladung der Landesregierung NRW am 20.11.2013 Politiker\_innen, Historiker\_innen und historisch-politische Bildner\_innen aus den NRW-Nachbarregionen Rheinland-Pfalz, Flandern, der Wallonie und der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien zu Gedankenaustausch und öffentlicher Podiumsrunde in Berlin zusammen, URL <<https://mbem.nrw.de/pressemitteilung/100-jahre-nach-beginn-des-ersten-weltkriegs-flandern-die-wallonie-rheinland-pfalz>> [letzter Zugriff: 18.09.2016].

für wen ist das „Vaterland“ ein Bezugspunkt, auf den sich stützen kann, wer an die Toten und Vermissten eines Weltkriegs erinnert? Und wie steht dieser bedeutungsschwere, legitimierende Zusammenhang heute zu einer Gedenkpraxis, die sich als ein übernationales Erinnern begreift? Mit diesen Fragestellungen und den dahinterliegenden Hypothesen versteht sich der folgende Beitrag auch und vor allem als eine Einladung, bei der Begegnung mit Memorial- und Erinnerungskultur und der Praxis erinnerungspolitischen und -kulturellen Handelns nach eben diesen Elementen Ausschau zu halten: der Bezugnahme auf die Nation und das „Vaterland“ und dem Umgang mit dem Sterben als ehrenvollem Opfer überzeitlicher und grenzenüberschreitender Natur.<sup>15</sup>

### Für das Vaterland?

Springen wir zunächst in den Frühling des Jahres 1925, in die Nähe von Paris. Kurt Tucholsky, seit einem Jahr Korrespondent der „Weltbühne“ und der „Vossischen Zeitung“, spaziert durch Enghien, jenen quirligen Ort vor den Toren der französischen Hauptstadt, der mit seinem berühmten Kasino und seiner Pferderennbahn in den Jahren der Belle Époque so viele Glücksritter der Pariser Bohème wie magisch anzog. Mitte der 1920er Jahre ist es aber nicht das mit dem Ersten Weltkrieg verblasste Flair dieser Vorstadt der Spieler und Flaneure, das die Aufmerksamkeit des Journalisten erregt. Ihm fällt etwas ganz anderes auf, etwas „Merkwürdiges“, wie er am 21. April 1925 als „Ignaz Wrobel“ in der Weltbühne schreibt:<sup>16</sup> An den Wänden vieler Häuser, nah bei den Eingangstüren, „hängen Tafeln, immer wieder, da eine, hier eine, große und kleine. Sie sind bunt, auf weißem Glasgrund sieht man ein paar Verzierungsblümchen und einen Text.“<sup>17</sup> Dort könne man lesen, wie die Stadt Enghien ihren gefallenen Helden des Krieges

15 Kurt Pätzold, der 2016 verstorben ist, hat mit seinen Texten über die Erinnerungspraxis und die Strukturen und politischen Ziele von Memorialkultur zum Gefallenengedenken des Ersten Weltkriegs die folgende ‚Reise‘ durch hundert Jahre Erinnerungskultur und Geschichtspolitik ganz wesentlich angestoßen. Ohne seine Forschungen und Haltungen zur Geschichte des 20. Jahrhunderts fehlt auch der kritischen Geschichtsschreibung des Ersten Weltkrieges eine wichtige Stimme. Siehe Kurt Pätzold: 1914. Das Ereignis und sein Nachleben, Berlin 2014; ders.: Kriegerdenkmale in Deutschland. Eine kritische Untersuchung, Berlin 2012.

16 Ignaz Wrobel (d. i. Kurt Tucholsky): Die Tafeln, in: Die Weltbühne 22 (21.04.1925) 16, S. 601.

17 Hier wie für das Folgende: ebenda.

von 1914 bis 1918 gedenke, die einst in diesem oder jenem Haus gelebt hatten: „Tué pour la patrie en 1916“ – Gefallen für das Vaterland im Jahre 1916.

Eine ganz ähnliche Formel findet sich auf den Grabkreuzen, die auf französischen Soldatenfriedhöfen gleich welcher Front die Grabstellen der Bestatteten markieren. „Mort pour la France“ heißt es hier. 1.256 einzelne Grabsteine, die Mehrzahl in Form eines Kreuzes, einige wenige als Grabstelen mit der Gravur des Davidsterns, kennzeichnen heute die Gräber französischer Soldaten, die auf dem Hartmannsweilerkopf, auf dem französischen Nationalfriedhof „Silberloch“ ihre letzte Ruhestätte fanden.<sup>18</sup> Reihe an Reihe liegen die Gräber am Hang. Alle tragen die Inschrift, die auf den Hintergrund des letzten ‚Opfers‘ hinweisen.

Hier, auf dem Hartmannsweilerkopf im Elsass, unweit Colmar und Mulhouse, reichte Bundespräsident Joachim Gauck im August 2014 seinem französischen Kollegen François Hollande die Hand. Mit dieser Geste der Versöhnung wollten beide an den Beginn des Ersten Weltkrieges vor hundert Jahren erinnern und der Toten beider Länder gedenken, die der vier Jahre währende Krieg dahinraffte. Der „Hartmannswillerkopf“ oder „Viel Armand“, französisches Nationaldenkmal zur Erinnerung an „la Grande Guerre“, den Großen Krieg, scheint der passende Ort für dieses Gedenkzeremoniell. Denn mit Beginn der Kämpfe im April 1915 wurde hier die malerische Vorgebirgskette in den Südvogesen zum Schauplatz des Todes von 30.000 deutschen und französischen Soldaten, ‚Gefallenen‘ des Ersten Weltkrieges, allein auf diesen wenigen Quadratkilometern.<sup>19</sup>

30.000, das ist in etwa die Zuschauer\_innenzahl, die an einem gewöhnlichen Samstagnachmittag in Wolfsburg oder Leverkusen ein Fußball-Bundesligaspiel im dortigen Stadion verfolgt. Auf dem Hartmannsweilerkopf waren die 30.000 keine Zuschauer, hier ist die Zahl eine Bilanz des Tötens und getötet Werdens. Hundert Jahre später, am 3. August 2014, dem Jahrestag der deutschen Kriegserklärung an Frankreich, war das französische Nationaldenkmal Kulisse eines erinnerungspolitischen Großereignisses. Ein deutsch-französischer Erinnerungsort

18 Siehe die Übersicht in der Dokumentation „L’Atlas des Nécropoles“ des französischen Verteidigungsministeriums unter der URL <<http://www.cheminsdememoire.gouv.fr/fr/le-viel-armand-le-hartmannswillerkopf-cimetiere-du-silberloch>> [letzter Zugriff: 18.09.2016].

19 Für einen Überblick zur Geschichte des Hartmannsweilerkopfes als Schauplatz des Ersten Weltkrieges liegen bisher nur wenige Darstellungen vor, so etwa die Broschüre der Militärakademie der ETH Zürich von Jean Paul Loosli: Hartmannsweilerkopf 1914–1918. Dokumentation, Au 2003.

sollte der „Montagne de la Mort“ werden, ein binationales Museum ist geplant.<sup>20</sup> Im August 2014 erinnerte die feierliche Grundsteinlegung nicht von ungefähr an die geschichtspolitische Inszenierung, zu der sich im September 1984, dreißig Jahre zuvor, François Mitterrand und Helmut Kohl in Verdun trafen, um sich für Minuten an den Händen zu halten. Später hieß es, der Handschlag von Verdun habe als politisches Symbol das gleiche Gewicht wie der Kniefall Willy Brandts in Warschau.<sup>21</sup>

Im Gedenkjahr 2014 sprach Joachim Gauck nun von der „Barbarei“ des Krieges und von überbordendem Nationalismus.<sup>22</sup> Dieser habe das alte Europa „verführt“ und „Elend und Verderben“ gebracht. „Uns Deutsche“, so Gauck, habe ein falsch verstandener Nationalismus, „übersteigert und ins Extrem“ verkehrt, gleich „zweimal in einen Weltkrieg getrieben“. Und dabei sei die „Idee der Nation“ ihrem Wesen nach doch so „kostbar“. Wo wisse „man das besser als in Frankreich?“ Und wie als Antwort auf Gaucks Rede formulierte der französische Präsident in seiner Ansprache den Wunsch, im Gedenken an die ‘gefallenen’ Soldaten das „Universelle der Vaterlandsliebe“ über alle Grenzen hinweg greifbar zu machen.<sup>23</sup> Der Patriotismus, so Hollande, stehe hier im Neben- und Miteinander der europäischen Nationen gleichbedeutend für den Wunsch und Willen, zusammen zu leben, die gleichen Werte verteidigend.

Als Gauck und Hollande in die Krypta des Denkmals hinabstiegen, wurde im Sommer 2014 plötzlich noch einmal klarer, wie passend dieser Ort des

20 2015 war – als Teil des Museums, dessen Einweihung für 2018 geplant ist – ein Erinnerungspfad zugänglich, der das Gelände rund um den Hartmannsweilerkopf mit erklärenden Tafeln und Rundwegen erschließt.

21 Siehe Matti Münch: Verdun. Mythos und Alltag einer Schlacht, München 2006, S. 495-500, hier S. 499. Zur zeitgenössischen Presse siehe beispielhaft u.a. Roger de Weck: Freundschaft über Gräbern, in: Die ZEIT, 28.09.1984. Zum Vergleich der Versöhnungsgeste von Verdun mit dem Kniefall von Warschau siehe etwa Ulrich Wickert: Warum reichten sie sich die Hände?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.09.2009.

22 Hier wie für das Folgende: Rede des „Bundespräsident[en] Joachim Gauck anlässlich eines Besuches der Gedenkstätte Hartmannsweilerkopf beim offiziellen Besuch in der französischen Republik am 3. August 1914 in Wattwiller/Frankreich“, dokumentiert unter URL <[http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Downloads/DE/Reden/2014/08/140803-Rede-Hartmannsweilerkopf.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Downloads/DE/Reden/2014/08/140803-Rede-Hartmannsweilerkopf.pdf?__blob=publicationFile)> [letzter Zugriff: 18.09.2016].

23 „Discours à l’occasion de commémoration franco-allemande du centenaire de la Grande Guerre au Monument National du Hartmannswillerkopf“, dokumentiert unter URL <<http://www.elysee.fr/declarations/article/discours-a-l-occasion-de-la-ceremonie-de-commemoration-franco-allemande-du-centenaire-de-la-grande-guerre-au-monument-national-du-hartmannswillerkopf/>> [letzter Zugriff: 18.09.2016].

Gedenkens an diesem 3. August tatsächlich war. Denn hier unten umarmten sich die beiden Staatsoberhäupter – innig, in wohltdosierter ‘Stille’, umringt von Journalist\_innen und Kamerateams – am Rande einer Monument-gewordenen Repräsentation ihrer beider Reden: Denn unter meterdickem Beton erinnert in der Nekropole des französischen Nationaldenkmals seit seiner Einweihung im Jahr 1932 ein riesiges, in den Boden eingelassenes bronzenes Schild mit seiner Inschrift daran, für wen oder was die Soldaten am Hartmannsweilerkopf starben: „La Patrie“, das ist die Botschaft, die den unterirdischen, kalten Raum dominiert. Das Vaterland war den Architekten der nationalen Gedenkstätte in den 1930er Jahren das sinnstiftende Moment für den Tod tausender Soldaten beider Länder. Denn unter dem monumentalen Grabdeckel ruhen die sterblichen Überreste von 12.000 Toten ungewisser Nationalität, namenlos und unbekannt.<sup>24</sup> Hier sind sie vereint, für welches Vaterland auch immer sie ‘gefallen’ sind.

Heute, nunmehr mehr als hundert Jahre nach der Kriegserklärung und 84 Jahre nach Einweihung des Denkmals, sind es die Vokabeln der Deutungsmuster „Nation“ und „Vaterland“, die weiterhin und wiederum als sinnstiftender Zusammenhang bemüht werden. Was 1932 bei Einweihung der Krypta zu gelten hatte, ist bis heute fortgeschrieben. Die Sinngebungsstrategien haben zeitlosen Charakter, so scheint es: Der vorzeitige Tod der Soldaten mag sich allein dort mit Sinn füllen lassen, wo die überzeitliche Bindungskraft der Zugehörigkeit zu einer abstrakten Gemeinschaft jeden Einzelnen in die Pflicht zu nehmen in der Lage scheint. Es bleibt – bis heute – der letzte Verweis auf das sakrifizielle Opfer des Sterbens im Krieg. So verliert sich auch auf dem Hartmannsweilerkopf – 1932 und 2014 – die Spur konkreter Verantwortung. „La Patrie“ ist im Geschichtsjahr 2014<sup>25</sup> im Erinnerungszereemoniell zum Gedenken an den Beginn des Ersten Weltkrieges Erklärung und Entschuld(ig)ung genug. In Ypern, wo das Menenpoort nur wenige Jahre länger bereits als ein in Stein gestalteter Ausdruck britischer Erinnerungspolitik und -kultur an die im Krieg Verschwundenen erinnert, gaben die Bauherren und Gestalter hingegen einen wichtigen Hinweis an die Lebenden: auch der König war es, für den – „pro rege“ – die Toten auf dem ‘Feld der Ehre’ blieben oder dort bis heute nie wiedergefunden wurden.<sup>26</sup>

24 Zu Gedenkstätte und Krypta siehe Nicolas Lefort/Patrick Bogner: Hartmannswillerkopf. Monument national de la Grande Guerre en Alsace, Strasbourg 2015.

25 Dirk Kubjuweit: Der Wandel der Vergangenheit, in: Der Spiegel (2014, 7), S. 112-117.

26 In der neueren historischen Forschung wird zuletzt auch verstärkt darauf hingewiesen, dass als „vermisst“ vor allem im letzten Kriegssommer 1918 auch jene Soldaten geführt wurden, die sich vermutlich aus ihren Regimentern abgesetzt, sich also „verflüchtigt“

### Geschichte reimt sich: von „deutscher Ehre über alles“

Auch am 3. August 2014 war es „das Vaterland“ (oder der Patriotismus als Inbegriff der Hingabe zu ihm), auf das die Staatsoberhäupter der einst verfeindeten Nationen auf dem Hartmannsweilerkopf hinwiesen, als sie vom ‘Opfer’ sprachen, das der Krieg als hier abstrakt gezeichnete Größe ohne fassbare Ursache oder Verursacher\_innen gefordert habe. Selbst im Kontext der Inszenierung eines ‘europäischen Erinnerns’ blieb ein nationaler Bezugspunkt und Begründungszusammenhang zum Gedenken an den Ersten Weltkrieg präsent.<sup>27</sup> Von „Ehre“ war jedoch nicht die Rede. Im Geschichtsjahr 2014 fehlte dieser Begriff auffallend. Vielleicht, so ließe sich fragend formulieren, weil sich die Protagonist\_innen des offiziellen Gedenkens an den Ersten Weltkrieg um einen binationalen, einen europäischen Weg des Erinnerns bemühten?

Den Weg der Spurensuche zurückblickend, wiederum in die späten 1920er Jahre und erneut an einen materiellen Erinnerungsort, ist die Bezugnahme auf den Topos der „Ehre“ als entscheidender Moment zu einer Neu- und Umerzählung des Ersten Weltkriegs hingegen überdeutlich. So sprach im September 1927 – nur wenige Jahre vor Einweihung des Denkmals am Hartmannsweilerkopf – in Tannenberg, seinerzeit Ostpreußen ein anderer, diskursmächtiger Festredner, Paul von Hindenburg, zur Einweihungszeremonie des Tannenbergdenkmals vom Ersten Weltkrieg als *dem* deutschen Daseinskampf gegenüber einer „Welt von Feinden“.<sup>28</sup> Nicht „Neid, Hass oder Eroberungslust“, heißt es in der Rede des Generalfeldmarschalls weiter, habe „Deutschland“ zu den Waffen greifen lassen. „Der Krieg war uns vielmehr das äußerste, mit dem schwersten Opfer verbundene Mittel der Selbstbehauptung [...]. Reinen Herzens“, so der Reichspräsident, „sind wir zur Verteidigung des Vaterlandes ausgezogen und mit reinen Händen hat das deutsche Heer das Schwert geführt. [...] In den zahllosen Gräbern, welche Zeichen deutschen Heldentums sind, ruhen ohne Unterschied Männer aller Parteifärbungen. Sie waren damals einig in der Liebe und in der Treue zum gemeinsamen Vaterlande.“ Das Tannenbergdenkmal sei demnach, als steinerner

hatten. Hierzu etwa kurz: Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich: Deutschland im Ersten Weltkrieg, Frankfurt a.M. 2013, S. 253 f.

27 Zur historischen Einordnung siehe Michael Jeismann: Das Vaterland der Feinde. Studien zum nationalen Feindbegriff und Selbstverständnis in Deutschland und Frankreich 1792–1918, Stuttgart 1992.

28 Rede Paul von Hindenburgs am 18.09.1927 anlässlich der Einweihung des „Tannenberg-Denkmal“, in: Weihe des Tannenberg-Denkmal“, Germania (19.09.1927), Nr. 439, Abendausgabe, S. 1, zitiert nach: Kurt Pätzold, 1914, S. 65 f.

Ausdruck gegen die Anklage deutscher Kriegsschuld, eine „Stätte, an der sich alle die Hand reichen, welche die Liebe zum Vaterland beseelt und denen die deutsche Ehre über alles geht!“

Kurt Tucholsky, der Flaneur von Enghien, schrieb der Kriegs-Unschuld-Rede des Generalfeldmarschalls am 22. Oktober 1927 in „Das Andere Deutschland“<sup>29</sup> wütend entgegen: „Herr von Hindenburg hat nicht das Recht, für das ‘einmütige deutsche Volk’ zu sprechen, denn das steht nicht geschlossen hinter ihm“. Die „Liebe zum Vaterland“ und die „deutsche Ehre“ gelte nicht für alle – „Wir“, die Pazifisten und Antimilitaristen, „sind auch noch da.“ Die „Kriegsschuldflüge“, gegen die sich der oberste Feldherr so erbittert wehrte, sei mehr als alles andere, so Tucholsky, „die des ‘Vaterlandes““. Hindenburgs Rede von der Gemeinschaft des Schützengrabens, als dem hier wie andernorts erfundenen und mannigfach reproduzierten Mythos von der Frontgemeinschaft der deutschen Soldaten im Ersten Weltkrieg, nahm im Oktober 1927 eindrucksvoll vorweg, wie schwer es für eine pazifistische oder antimilitaristische, für eine linke Kraft sein würde, gegen das Unterpfand des verlorenen Krieges<sup>30</sup> und gegen die Sogkraft einer exkulpierenden und vergemeinschaftenden Politik der (extremen) Rechten in der Weimarer Republik anzugehen.<sup>31</sup>

Und die ‘Lüge’ von der „deutsche[n] Ehre“ und der Integrationskraft einer an der Front vorgeblich erlebten, phantastischen Schützengrabengemeinschaft jenseits jeder sozialen Differenz unter den kämpfenden deutschen Soldaten blieb ein teuflischer Wiedergänger. Schon für Kurt Tucholsky war klar, dass Nation, Staat und Grenzen kein Unterpfand der Ehre waren. Für sie zu kämpfen, zu töten und zu sterben lag für ihn jenseits jeder Vernunft. Den Ersten Weltkrieg, in dem sich, wie am Hartmannsweilerkopf, die Schützengräben der ‘Feinde’ teils nur wenige Meter entfernt gegenüberlagen, empfand Tucholsky als vier Jahre währendes Gemetzel entlang hauchdünner Schneisen des tödlich Absurden. Hier, schrieb er 13 Jahre nach Ende des Krieges, „gab es [...] ganze Quadratmeilen

29 Ignaz Wrobel (d. i. Kurt Tucholsky): Und wer spricht für euch?, in: Das Andere Deutschland, 22.10.1927.

30 Zu den ‘mental’, erinnerungskulturellen und geschichtspolitischen Folgen des Verlierens von Kriegen siehe u.a. Aleida Assmann: Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, München 2006, bes. S. 64-70; oder am konkreten Beispiel: Wolfgang Schivelbusch: Die Kultur der Niederlage. Der amerikanische Süden 1865, Frankreich 1871, Deutschland 1918, Berlin 2001.

31 Siehe z.B. Armin Nolzen: Inklusion und Exklusion im „Dritten Reich“. Das Beispiel NSDAP, in: Frank Bajohr/Michael Wildt (Hrsg.): Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus, Frankfurt a.M. 2009, S. 60-77.

Landes, auf denen war der Mord obligatorisch, während er eine halbe Stunde davon entfernt ebenso streng verboten war.“<sup>32</sup> Nicht Selbstbehauptung um des Vaterlandes Willen, sondern Mord: das nahm er als Motor des Krieges wahr. „Soldaten sind Mörder“ war seine bis heute folgenreiche Schlussfolgerung, die er im August 1931 als Ignaz Wrobel unter dem Titel „Der bewachte Kriegsschauplatz“ veröffentlichte.<sup>33</sup>

Nicht nur dem Weltbühne-Herausgeber Carl von Ossietzky wurde für die schneidende Sentenz des Autors Tucholsky der Prozess gemacht. Seit den 1980er Jahren haben bundesdeutsche Gerichte immer wieder darüber zu entscheiden, ob etwa ein Aufkleber am PKW, der Tucholskys Worte trägt, zur Verunglimpfung der Bundeswehr taugt. Der Bundestag beschäftigte sich noch 1999 mit einer Gesetzesinitiative zur Schaffung eines „Ehrenschutzparagraphen“ im Strafgesetzbuch.<sup>34</sup>

Schließlich ging es auch 1997 um gekränkte soldatische Ehre, als im Februar dieses Jahres 300.000 Münchner Haushalte Post von Peter Gauweiler bekamen. Der Vorsitzende der CSU im Bezirksverband München, Landtags- und späterer Bundestagsabgeordnete, setzte sich in seiner Postwurfsendung vehement für die „zahllosen Männer“ ein, die im Zweiten Weltkrieg „ehrenhaft gekämpft“ hätten.<sup>35</sup>

Auslöser war die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung über „Verbrechen der Wehrmacht“, die von 1995 bis 1999 durch die Großstädte der Bundesrepublik und Österreichs tourte. Ihre Kernthese, dass die deutsche Wehrmacht zwischen 1941 und 1945 „an der Planung und Durchführung eines Vernichtungskrieges gegen Juden, Kriegsgefangene und Zivilbevölkerung beteiligt“ war,<sup>36</sup> galt zu diesem Zeitpunkt in der wissenschaftlichen Forschung als

32 Ignaz Wrobel (d.i. Kurt Tucholsky): Der bewachte Kriegsschauplatz, in: Die Weltbühne (04.08.1931) 31, S. 191.

33 Ebenda.

34 Siehe für die Zeit bis 1996: Michael Hepp/Viktor Otto (Hrsg.): „Soldaten sind Mörder“. Dokumentation einer Debatte 1931–1996, Berlin 1996. Siehe auch die an der Universität der Bundeswehr entstandene Dissertation von Tilmann Perger: Ehrenschutz von Soldaten in Deutschland und anderen Staaten, Univ.-Diss., München 2002 (digitale Veröffentlichung unter URL <<http://d-nb.info/972736786/34>> [letzter Zugriff: 18.09.2016]).

35 Wurfesendung von Peter Gauweiler an Münchner Haushalte, März 1997, dokumentiert in: Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944, Ausstellungskatalog, hrsg. vom Hamburger Institut für Sozialforschung, Hamburg 2002, S. 694.

36 So einleitend in der Dokumentation der „Kontroversen über eine Ausstellung“ im Katalog zur zweiten „Wehrmachtausstellung“ des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Ebenda, S. 687.

Konsens. Doch in der Öffentlichkeit löste die Ausstellung nicht nur in München lebhaft Diskussionen, sondern auch massive Proteste aus. Und diese gingen bisweilen über die Verteidigung der nationalsozialistischen Wehrmacht hinaus. Vielmehr waren es bemerkenswerter Weise auch hier die Soldaten des Ersten Weltkriegs, zu deren Ehrenrettung manche Akteure der heftigen Proteste gegen die Ausstellung antraten, obwohl diese sich inhaltlich nicht mit dem Ersten Weltkrieg beschäftigte.<sup>37</sup>

### Ehrenvolle Selbstverteidigung? – Feindbilder nach dem Weltkrieg

„Ehre“ ist eines der Stichworte, das bei der Lektüre von Flugblättern, Zeitungsartikeln und wissenschaftlichen Einschätzungen zur sogenannten Wehrmachtausstellung häufig zu lesen ist.<sup>38</sup> Wie ‘Schuld’ und ‘Opfer’ ist ‘die Ehre des deutschen Soldaten’ ein Begriff, der im Kern weit über die Wahrnehmung und (Selbst-) Beurteilung der Angehörigen der nationalsozialistischen Wehrmacht hinausgeht. Zu den deutschen Soldaten des *Zweiten Weltkrieges* haben Historikerinnen und Historiker viel über totalisierte Gewalt, Mord auf Befehl und über Handlungsspielräume geschrieben.<sup>39</sup> Krieg als solcher, als Ort mit ganz eigenen Spielregeln der Gewalt, wurde dabei oft als Begründungszusammenhang interpretiert.<sup>40</sup> In der Umkehr des Tötungsverbot oder etwa auch durch die Bindungskraft der Peer Group in der soldatischen Gemeinschaft, habe der Zweite Weltkrieg wie kein anderer die Soldaten brutalisiert und ‘kriegsbedingte’ Gewalthandlungen in Exzesse kippen lassen. Sozialpsychologische Erklärungen liegen scheinbar nahe.<sup>41</sup> Fragen nach der ideologischen ‘Grundausrüstung’ von Wehrmachtssoldaten auf

37 So mobilisierten im Februar 1999 Neonazis zu Protesten gegen die Ausstellung nach Saarbrücken. Das NPD-Fronttransparent zeigte den Slogan: „Ehre unseren tapferen Soldaten beider Weltkriege“. Dokumentiert ebenda, S. 706.

38 Ausführlich dokumentiert in: Verbrechen 2002.

39 Unter vielen anderen, kontrovers diskutiert: Harald Welzer: Täter. Wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden, Frankfurt a.M. 2002 sowie mit Blick auf Polizeieinheiten, aber für die bis heute anhaltende Debatte immer noch wegweisend: Christopher Browning: Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die „Endlösung“ in Polen, Reinbek b. Hamburg 1999; Daniel J. Goldhagen: Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, Berlin 1996.

40 Siehe zuletzt Sönke Neitzel/Harald Welzer: Soldaten. Protokolle vom Kämpfen, Töten und Sterben, Frankfurt a.M. 2011.

41 Zur Kritik hierzu siehe Klaus Theweleit: Das Lachen der Täter: Breivik u.a. Psychogramm der Tötungslust, Salzburg/Wien 2015, hier bes. S. 118-132 und 234-238.

ihrem mörderischen Weg vor allem an der Ostfront bleiben bis heute weithin ungestellt.<sup>42</sup>

Umso erstaunlicher ist, dass zugleich bislang eher selten gefragt wurde, wie denn der längerfristige Erfahrungs- und Erinnerungsrahmen 'Krieg' eigentlich aussah, den die Kriegsteilnehmer des Zweiten Weltkrieges und ihre Angehörigen im Gepäck hatten.<sup>43</sup> Denn der letzte Krieg, die „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ (George F. Kennan) war 1939 gerade einmal 21 Jahre her. Erst weit nach dem Zweiten Weltkrieg stellte die Generation der Nachgeborenen immer lautere Fragen an ihre Eltern, vor allem an ihre Väter und Großväter, über ihre Rolle im Nationalsozialismus und im Krieg. Sie wollten wissen, wie aus „ganz gewöhnlichen Deutschen“<sup>44</sup> Täter werden konnten. Sie fragten aber kaum danach, welche Eindrücke ihre Eltern eigentlich bereits aus dem *Ersten* Weltkrieg mitgenommen hatten. Welche Erfahrungen oder auch Erfahrungsmuster – hier vor allem die der Frontsoldaten des Ersten Weltkrieges – haben die Menschen durch die Zeit der Weimarer Republik hinweg begleitet? Und was haben sie mit den Schlagwörtern 'Ehre', 'Opfer' und 'Schuld' zu tun, die über 100 Jahre lang die Erinnerungspolitik und -praxis im deutschen Kontext so entscheidend prägten und über die in den 1990er Jahren angesichts der „Wehrmachtsausstellung“ so intensiv gestritten wurde?

Der totalisierte Krieg von 1914–1918 hinterließ Menschen, die zutiefst traumatisiert, aber auch in Teilen (!) durchaus brutalisiert waren.<sup>45</sup> Töten und Todesgefahr waren nicht länger Bestandteile eines fiktiven, abstrakten Lebens, sondern Möglichkeiten, die nahezu jede\_r am eigenen Leib erfahren hatte und auch weiterhin, nach Kriegsende, ergreifen oder erleiden konnte.<sup>46</sup> Diese kon-

42 Siehe immer noch: Christian Streit: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945, Bonn 1997.

43 Wegweisend hier am Beispiel von Werner Best: Ulrich Herbert: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989, Bonn 1992 sowie etwa die Ergebnisse Herberts aufgreifend: Andrew Donson: Why did German youth become fascists? Nationalist males born 1900 to 1908 in war and revolution, in: Social History 31 (2006) 3, S. 337-358.

44 So der Untertitel zu Goldhagens „Hitlers willige Vollstrecker“.

45 Siehe Benjamin Ziemann: Front und Heimat. Ländliche Kriegserfahrungen im südlichen Bayern 1914–1923, Essen 1997, in Ergänzung und Kritik zu George L. Mosse: Gefallen für das Vaterland. Nationales Heldentum und namenloses Sterben, Stuttgart 1993.

46 Zur Massivität der Verletzungen der psychischen und physischen Gesundheit durch den Krieg siehe exemplarisch: War and Trauma. Soldiers and Ambulances – Soldiers and Psychiatrists 1914–1918, hrsg. vom In Flanders Fields Museum/Dr Guislain Museum Ghent, Veurne 2013. Als Überblick zu konkreten wie gesellschaftlichen Konsequenzen

kreten Erlebnisse lieferten den Kitt dafür, dass sich gerade die Frontsoldaten auch über das Ende des Krieges hinaus als Schicksalsgemeinschaft empfinden konnten, die den industrialisierten Krieg, die Stellungskämpfe, Elend und Tod überwunden hatte. Sie nach Kriegsende nicht enttäuscht von diesem Gemeinschaftsmodell abzuwenden, sondern vielmehr verstärkt der 'Nation' die Treue zu halten, vermochte wohl für einige diese Zeit rückwirkend mit Sinn zu füllen.<sup>47</sup>

Der opferbereite, positive, nationalistische Bezug auf Deutschland (nicht: auf die Republik!) sollte sich durch den Versailler Friedensvertrag noch verfestigen. In der Wahrnehmung der Zeitgenoss\_innen bürdete die von den Siegern diktierte „Schmach von Versailles“ den Besiegten die 'Schuld' am Weltkrieg auf. Ehrverlust und Demütigung waren die Schlagwörter der Stunde.<sup>48</sup>

Es überrascht kaum, dass diejenigen, die sich einer (radikal) rechten, nationalistischen Interpretation des verlorenen Krieges befleißigten, die 'Schuldigen' für Kriegsniederlage und Novemberrevolution schnell suchten und fanden: Mit der Legende vom Dolchstoß schienen diejenigen ausgemacht, die den Sieg der kaiserlichen Armee verhindert und die Demütigung der Kriegsverlierer ausgelöst hätten. In Sozialisten und Kommunisten sahen schon Konservative und Deutschnationale dann auch rasch jene Feinde, die als 'vaterlandslose Gesellen' mit ihren internationalistischen Ideen der Nation endgültig den Garaus zu machen drohten.<sup>49</sup> Zudem sollten Antisozialismus und Antikommunismus eine folgenreiche Erweiterung erfahren. Gleichgültig, ob die Realität der Vorstellung entsprach oder nicht: In den 'Vaterlandsverrätern' wollten die Rechten nur allzu häufig 'jüdische Verschwörungen' erkannt haben. Antisemitische Phantasien vom 'jüdischen Kriegsgewinnler' oder 'jüdischen Drückeberger' flammten ebenso auf wie das neue Feindbild vom 'jüdischen Bolschewisten'.<sup>50</sup>

von Verletzungen durch den Ersten Weltkrieg siehe: Wolfgang U. Eckart: Medizin und Krieg. Deutschland 1914–1924, Paderborn 2014.

47 Siehe etwa nach wie vor: Patrick Krassnitzer: Die Geburt des Nationalsozialismus im Schützengraben. Formen der Brutalisierung in den Autobiographien von nationalsozialistischen Frontsoldaten, in: Jost Dülffer (Hrsg.): Der verlorene Frieden. Politik und Kriegskultur nach 1918, Essen 2002, S. 119-148; im Überblick: Thomas Kühne: Kameradschaft. Die Soldaten des nationalsozialistischen Krieges und das 20. Jahrhundert, Göttingen 2006.

48 Siehe Gerd Krumeich: Versailles 1919. Der Krieg in den Köpfen, in: ders. (Hrsg.): Versailles 1919. Ziele, Wirkung, Wahrnehmung, Essen 2001, S. 53-64.

49 Siehe Boris Barth: Dolchstoßlegenden und politische Desintegration. Das Trauma der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg 1914–1933, Düsseldorf 2003.

50 Siehe Joachim Schröder: Der Erste Weltkrieg und der „jüdische Bolschewismus“, in: Krumeich, Nationalsozialismus, S. 77-96.

Die nationalsozialistische Propaganda bediente alle diese Befindlichkeiten zum verlorenen Krieg in Permanenz: Mit dem Versprechen, den Versailler Vertrag zu revidieren, sollten Gefühle von Schuld, Ehrverlust und Demütigung wettgemacht werden. Die Feindbildstereotypen vom 'Novemberverbrecher', 'jüdischen Bolschewisten' oder 'internationalen Börsenjuden' waren allgegenwärtig und so fest mit antisemitischen Haltungen verwoben, dass es zu Beginn der 1930er Jahre nicht einmal mehr nötig war, 'den Juden' konkret zu bezeichnen, um das Feindbild abzurufen.<sup>51</sup>

Alle diese hier beispielhaft gewählten Schlaglichter auf den Erfahrungshaushalt der Zwischenkriegszeit zeigen, dass der Erste Weltkrieg für die Entwicklung des Nationalsozialismus eine kaum zu überschätzende Bedeutung hatte. Um nur einen der vielen Aspekte noch einmal aufzugreifen: Noch 1943 argumentierte Heinrich Himmler mit nichts weniger als dem Ersten Weltkrieg für die Notwendigkeit der 'Endlösung': In seiner Rede vor SS-Führern in Posen bezeichnete er den Mord an den Juden als ein „niemals geschriebenes und niemals zu schreibendes Ruhmesblatt“ deutscher Geschichte, weil man nur so einen zweiten Dolchstoß durch „die Juden, die Geheimsaboteure, Agitatoren und Hetzer“ verhindere: „Wir würden wahrscheinlich jetzt ins Stadium des Jahres 1916/17 gekommen sein, wenn die Juden noch im deutschen Volkskörper saßen“.<sup>52</sup>

Mit überzeitlichen, sozialpsychologischen Motiven für die massenmörderische Gewalt der Deutschen Wehrmachts-, SS- und Polizeieinheiten ist hierzu nichts hinreichend erklärt. Der Nationalsozialismus war kein Betriebsunfall, folgte auch keinem 'Naturgesetz' oder betörte willenlos Verführbare. Und natürlich sollte nicht jeder Frontsoldat des Ersten Weltkrieges Nationalsozialist werden. So war der größte Veteranenverband der 1920er Jahre das sozialdemokratisch dominierte *Reichsbanner Schwarz Rot Gold*. Antifaschistinnen und Antifaschisten traten den radikalen Rechten mutig entgegen und leisteten unter Lebensgefahr Widerstand, wo dies nötig wurde. Auch sie hatten den Ersten Weltkrieg im Schützengraben erlebt und waren zu ganz anderen Schlüssen gekommen. Doch der Erste Weltkrieg war, um mit dem 2012 verstorbenen Historiker Eric Hobsbawm zu sprechen,

51 Wie Hannah Ahlheim für die antisemitischen Boykotte vor 1935 zeigt, folgte auf diesen Zuschreibungsautomatismus nicht selten Gewalt: Dies.: „Deutsche, kauft nicht bei Juden!“ Antisemitismus und politischer Boykott in Deutschland 1924 bis 1935, Göttingen 2011; Michael Wildt: Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919–1939, Hamburg 2007.

52 Rede vom 04.10.1943, zitiert nach: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Bd. 29, Nürnberg 1947, S. 110-173, hier S. 145 f. Zur Einordnung siehe auch Schröder, Weltkrieg, S. 78 f.

diesen antimilitaristischen Gegenmodellen zum Trotz eine starke „Maschine zur Brutalisierung der Welt“.<sup>53</sup> Er nutzte der radikalen Rechten als anschlussfähige Großerzählung von soldatischer 'Ehre' und „Unbesiegbarkeit im Feld“. So wurde ihr 'Erfolg' auch von jenen „nationalistisch eingestellten Soldaten und jungen Männern“ getragen, „die nicht vergessen konnten, daß man sie mit dem Ende des Krieges auch ihrer Chancen zum Heroismus beraubt hatte“.<sup>54</sup>

Zwischen Hindenburgs Kriegsschuldapologie in Tannenberg und Joachim Gaucks Versöhnungsrede auf dem Hartmannsweilerkopf liegen 87 Jahre. Der Bundespräsident sprach zu den Erinnerungsfeierlichkeiten am französischen Nationaldenkmal, nur wenige Meter entfernt von einem Massengrab getöteter Soldaten, von der kostbaren Idee der Nation, von Verführung und von durch unsichtbare Hand in einen verhängnisvollen Krieg Getriebenen. Hollande nannte in seiner Ansprache das Friedensprojekt Europa das Produkt eines bewussten Patriotismus. Vor mehr als hundert Jahren fielen die ersten Schüsse im Großen Krieg. Jeden Abend, pünktlich um 20 Uhr, steht der Straßenverkehr auch heute rund um das Menin Gate still. Die Zuhörenden und Teilnehmenden des „Last Post“ im flandrischen Ypern hören das Gedicht von Robert Lawrence Binyon, sprechen gemeinsam: *Lest we forget*. Gegen das Vergessen schrieb Kurt Tucholsky in der Rolle des Spaziergängers, beim Anblick der Glastafeln zum Andenken an die 'gefallenen' Bürger von Enghien indes 1925:

„Die Tafeln sind eine Sitte wie jede andre auch, ein ehrendes Gedenkzeichen für die Toten. Aber die Tafeln lügen. Es muß nicht heißen: 'tué pour la patrie' – es muß heißen: 'tué par la patrie'. Getötet durch diesen niedrigen Begriff 'Staat', getötet durch diesen Wahnsinn, der die Heimat, die jeder liebt, mit einem Nützlichkeitsbegriff verwechselt, der den meisten nicht einmal von Vorteil ist, sondern nur den wenigen. Stirbt man für eine Weizenagentur? Für eine Hypothekenbank? Man stirbt für und durch das Vaterland, und das kommt im Wesentlichen auf dasselbe hinaus. Uns fehlen andre Tafeln. Uns fehlt diese eine:

Hier lebte ein Mann, der sich geweigert hat,  
auf seine Mitmenschen zu schießen.  
Ehre seinem Andenken!“<sup>55</sup>

53 Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1998, S. 162.

54 Ebenda.

55 Tucholsky, Tafeln. Tucholskys „Tué par la patrie“ oder frei übersetzt: „Gefallen durch das Vaterland“ ist – inspiriert durch die Lektüre von Kurt Pätzolds Untersuchung zu Kriegerdenkmälern in Deutschland – titelgebend für den vorliegenden Beitrag.

*Pieter Trogh*

## Die Namensliste und das Jahrhundertgedenken des Ersten Weltkriegs

Das Jahrhundertgedenken in Belgien: 2014 – ... ?

Im September 2014 hatte ich die Ehre und das Vergnügen, an der fesselnden Konferenz „Geschichte wiederholt sich nicht, aber ...“ teilzunehmen, die durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung organisiert wurde.<sup>1</sup> Mein Beitrag behandelte unter anderem die Welle von Gedenkinitiativen im Zuge des Jahrhundertgedenkens des Ersten Weltkriegs. Wenn ich nun, im Sommer 2016, meinen damaligen Text zur Hand nehme und diesen im Lichte der Gegenwart betrachte, dann sieht es so aus, als würden wir inzwischen in einer anderen Welt leben. Darauf werde ich noch zurückkommen, zunächst wollen wir aber nach 2014 zurückkehren. Also dem Jahr, in dem das Gedenken zur hundertsten Wiederkehr des Beginns des Ersten Weltkriegs weithin Beachtung fand, nicht nur in Belgien, sondern auch international, vor allem in den (damals) betroffenen Staaten. Auf nahezu jeder Ebene machten sich offizielle Instanzen sowie alte und neue Engagierte daran, eine breite Palette an Initiativen und Aktivitäten zu entwickeln, die um

<sup>1</sup> Dieser Text basiert auf der Erfahrung der Öffentlichkeitsarbeit des In Flanders Fields Museum (IFFM) während der vergangenen Gedenkjahre; auf der jahrelangen Forschung für das Namenslistenprojekt; auf Gesprächen mit Piet Chielens (Koordinator des IFFM), sowie auf tausenden Kontakten, die während der täglichen Arbeit im Forschungszentrum des IFFM stattfanden: Menschen, die den Frontabschnitt auf der Suche nach der Geschichte eines Vorfaters besuchten, und die selbst auch ihre eigene Geschichte mit sich trugen. Wer mehr über die 'anthropologische Landschaft' erfahren will, der konsultiere das Werk des britischen anthropologischen Archäologen Nicholas J. Saunders: *Matters of Conflict. Material Culture, Memory and the First World War*, Abingdon 2004; Ders.: *Killing Time. Archaeology and the First World War*, Stroud 2007 und Ders.: *The Poppy. From Ancient Egypt to Flanders Fields to Afghanistan*, London 2013. Darüber hinaus habe ich mich folgender Werke bedient: Piet Chielens/Wim Chielens: *De Troost van Schoonheid Groot-Bijgaarden* 1996; Neuauflage 2014; Piet Chielens/Pieter Trogh: *De Gescheven Oorlog. Anthologie van teksten aan het front in België, 1914–1940*, Antwerpen 2016; Jay Winter: *Sites of memory, sites of mourning. the Great War in European cultural history*, Cambridge 1995.

das Thema des Großen Krieges kreisten. Ich richte mein Augenmerk vor allem darauf, was sich in Belgien abgespielt hat.

Im Vorfeld des Jahres 2014 investierten verschiedene administrative Ebenen innerhalb des belgischen Staates zunächst in eine Erneuerung der Infrastruktur der Kulturerbe-region. So wurden zwischen 2012 und 2014 neue Dauerausstellungen oder Lernorte in Ypern (In Flanders Fields Museum), Zonnebeke (Memorial Museum Passchendaele 1917), Diksmuide (Ijzertoren/Ijzerturm), Brüssel (Koninklijk Museum van het Leger en van de Krijgsgeschiedenis/Königliches Heeres- und Kriegsgeschichtsmuseum) und Poperinge (Lijssenthoek Military Cemetery) geschaffen. In zahlreichen Gemeinden und Städten wurde außerdem die lokale Kriegsgeschichte mittels Ausstellungen beleuchtet.



Abbildung 1: Stimmungsvolles Bild aus der erneuerten Dauerausstellung des In Flanders Fields Museums (2012)

Zweitens wurden verschiedene Veranstaltungen an symbolischen Daten oder Orten organisiert. Hier ein Blick in den Kalender: Am 4. August empfing der belgische König eine internationale Gesellschaft in Mons, um des Ausbruchs des Krieges zu gedenken. Am selben Tag empfing das belgische Königspaar in Löwen auch den deutschen Bundespräsidenten Joachim Gauck, der in gewählten und angemessenen Worten an die Brandschatzung der Stadt rund hundert Jahre zuvor erinnerte. Am 12. August gedachte das belgische Heer der Schlacht bei

Halen (die eigentlich nicht mehr als ein Scharmützel gewesen war), dem einzigen Sieg, den die belgische Armee in vier Kriegsjahren errungen hatte. Am 28. Oktober (dem hundertsten Jahrestag der Flutung der Ijzerebene) besuchten rund 50 Staatsoberhäupter Ypern für eine großangelegte Gedenkveranstaltung, und am 11. November hatte die „Last-Post“-Zeremonie am Yperner Menentor einen noch nie gesehenen Zulauf. Zu diesem Zeitpunkt hatte die größte, meistbeachtete Gedenkzeremonie allerdings schon stattgefunden, als Ypern am 26. Juni 2014 Schauplatz eines EU-Gipfels war. Die 28 Staatsoberhäupter der EU-Mitgliedsstaaten versammelten sich in Ypern zu einer Zusammenkunft, die mit einer gemeinsamen Verlautbarung am Vorabend des Jahrhundertgedenkens verknüpft wurde. Die Staatsoberhäupter besuchten das In Flanders Fields Museum und weihten die Europäische Vredesbank („Friedensbank“) ein.

Drittens wurde schon seit dem Herbst 2013 eine große Offensive seitens des Buchmarkts unternommen. Die Marketingspezialisten des Buchsektors waren selbst beeindruckt, was alles erschien. Die Quantität bedeutete dabei keineswegs auch Qualität: unter den hunderten Titeln, die verlegt wurden, fand sich wenig bis nichts wirklich Innovatives. Gleichwohl war in den vergangenen fünf Jahren so viel (neues) Quellenmaterial verfügbar wie niemals zuvor, um neue Erkenntnisse und Studien zu ermöglichen. Die Mehrzahl der Publikationen behandelte lokale Geschichte, persönliche und emotionale Erfahrungen, vorzugsweise mit vielen Fotos ausgestattet, denn historisches Schwarz-Weiß erzeugt nostalgische Gefühle,



Abbildung 2: Staatenlenker der 28 EU-Mitglieder weihten die Vredesbank in Ypern ein (26. Juni 2014)

und das kommt nun einmal an. Auffällig in dieser Bücherflut war das Auftauchen von ad hoc Experten über den Ersten Weltkrieg: nicht nur Historiker, sondern auch Politiker, Schauspieler, Journalisten, und Komiker erklärten plötzlich, mit Autorität über Kriegsthemen sprechen und schreiben zu müssen. Diese Tendenz hin zur ‘Spezialisierung’ resultierte in einer endlosen Produktion von Büchern, Dokumentationen, Serien, Musik- und Theaterstücken, Radioprogrammen, Kommentaren und Weblogs.

Jeder versuchte, sein Stückchen vom Kuchen zu sichern, was uns mithin zu einer vierten Feststellung führt: dem kommerziellen Aspekt. In der Umgebung der erneuerten Infrastruktur schossen Unterkünfte und Freizeitangebote (z.B. Schlachtfeldtouren) in Anlehnung an das Kriegsvermächtnis wie Pilze aus dem Boden. Die Entfaltung dieser „unterstützenden Dienste“ für den Kriegstourismus war – wie angebracht auch immer – sicherlich verständlich und logisch. Weniger ansprechend, aber wohl unvermeidlich, war der platte kommerzielle Opportunismus in der Form beispielsweise des Passchendaale-Biers (‘1 Schweigeminute, 50 cl Respekt, man gedenkt mit Geschmack’), die Flanders-Fields-Schokolade oder die Leberpastete, die Ausbeutung der Poppy-Mohnblüte etc. Solche perversen Nebeneffekte sind sozusagen die andere Seite der Medaille.

Es wäre leicht, die Liste an Beispielen weiterzuführen, aber es ist klar, dass das Gedächtnis keineswegs das Privileg eines einzelnen Akteurs ist, im Gegenteil. Die Vielseitigkeit der Gedenkakteure bringt eine Vielfalt an Stimmen, Botschaften und Untertönen. Von patriotischen Plädoyers über heroische Selbstaufopferung und den Kampf für die Freiheit bis hin zu kritischen Reflexionen über die problematische Moralität des Kriegs und Aufrufen zu Versöhnung, Frieden und internationaler Zusammenarbeit. Ein Blick über die Landesgrenzen zeigt, dass – vornehmlich in Frankreich und dem Vereinigten Königreich – ähnliche Trends wahrnehmbar waren. Dabei fiel auf, dass jedes Land mit großem Enthusiasmus vor allem seiner eigenen Geschichte gedachte, mit eigenen spezifischen Akzenten und unter Beachtung bestehender Befindlichkeiten, und dass die internationale Perspektive zu wenig vorhanden war. Somit offenbart jede Gedenkinitiative mehr über denjenigen, der gedenkt, als über dasjenige, dessen gedacht wird.

### Das Gedenken neu denken

Gleichwohl scheint dieses Jahrhundertgedenken der ideale Moment zu sein, um auch das Gedenken selbst unter die Lupe zu nehmen und dieses „neu“ zu denken. Etymologisch gesehen bedeutet *commemoration* im Englischen oder *commémoration* im Französischen das ‘Zusammenbringen zu einer gemeinsamen

Erinnerung', also das Erinnern bzw. das ins-Gedächtnis-rufen für jedermann. Mit dem niederländischen Begriff *herinnering* bzw. dem deutschen Wort Erinnerung meint man eher die 'Rückkehr zum inneren Selbst', und das Erinnern oder Gedenken steht für besinnen, sinnieren, nachdenken. Während der erste Begriff eher in die öffentliche Sphäre gehört und mit gesellschaftlichem Verhalten verbunden ist, bedeutet der zweite Begriff eher einen persönlichen, intimen Prozess. Das Gedenken – oder Erinnern – der Toten (besonders der militärischen Gefallenen) des Ersten Weltkriegs spricht in gewissem Sinne beide Dimensionen an, die öffentliche und die private. Wenn man das Grab eines Verwandten besucht, der während des Krieges ums Leben kam, kann man an den Kummer denken, den einstmalig seine Mutter, seine Geliebte, seine Kinder empfanden, und dies ruft auch über all die Generationen hinweg noch Emotionen bei einem selbst hervor. Dies ist die private Erfahrung. Zeitgleich befindet man sich auf einem offiziellen Soldatenfriedhof, wo die Gefallenen nach einem offiziellen Musters verehrt werden. Dies ist eine vollkommen öffentliche Angelegenheit, mit eigenen Regeln, Traditionen und Gewohnheiten. Manchmal scheinen diese beiden Sphären miteinander zu kollidieren.

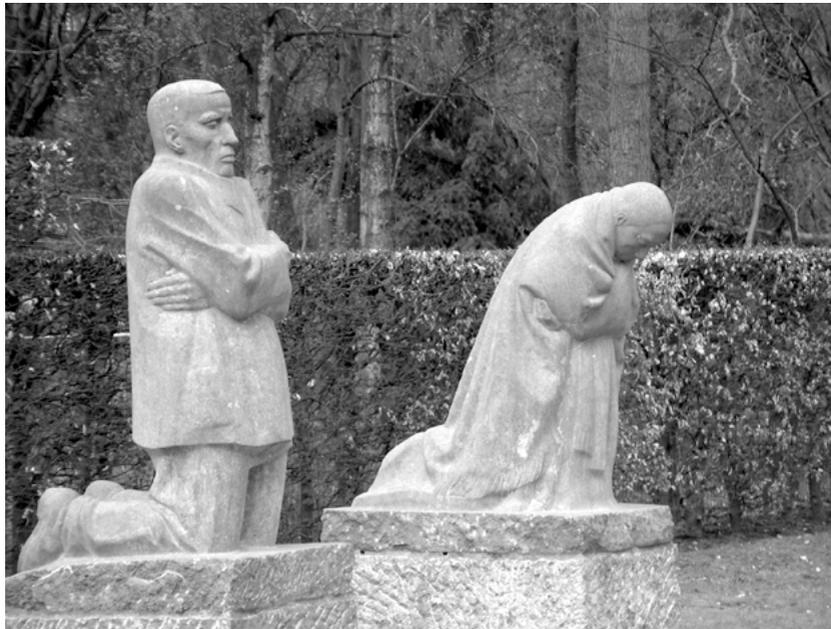


Abbildung 3: Trauerndes Elternpaar von Käthe Kollwitz auf dem deutschen Soldatenfriedhof Vladslo

*Reconciliation – Versöhnung*

When you are standing at your hero's grave,  
Or near some homeless village where he died,  
Remember, through your heart's rekindling pride,  
The German soldiers who were loyal and brave.

Men fought like brutes; and hideous things were done;  
And you have nourished hatred, harsh and blind.  
But in that Golgotha perhaps you'll find  
The mothers of the men who killed your son.<sup>2</sup>

In seinem Gedicht *Reconciliation* (Versöhnung) ließ Siegfried Sassoon, einer der bekanntesten Kriegsdichter, die öffentliche und private Sphäre zusammenkommen. Auf diese Weise sprach er die Komplexität dieser doppelten Perspektive an. 'Öffentlich' steht immer auch für das Offizielle, die Nation, Anlässe bzw. Ursachen, Helden, Gefallene, Täter, Alliierte und Gegner. – während 'privat' die reinen, einfachen menschlichen Beziehungen behandelt, etwa zwischen Mutter und Sohn, ungeachtet dessen, welche 'öffentliche' Identität diese sich zueigneten. Die Mutter trauert über den Verlust ihres Sohnes, doch die Nation beschwichtigt sie mit den Worten, dass er als Held für das Vaterland gestorben ist, und indem sie dies akzeptiert, erneuert sie ihren Lebenswillen. Genau wie sie vormals das bestialische, abscheuliche Gemetzel hingenommen hatte, für das er durch die Nation eingesetzt wurde, unterstützt durch einen geschürten Hass gegen den Feind. In dem Moment dachte sie nicht an den Schmerz und die Trauer, die der Krieg bei anderen Müttern verursacht, deren Söhne getötet werden. Zu dieser Einsicht konnte sie erst gelangen, als sie später am Grab ihres eigenen Sohnes stand, inmitten von so vielen anderen Söhnen von trauernden Müttern anderswo auf der Welt. Erst da sollte sie begreifen können, dass ihre Trauer dieselbe Trauer ist wie die einer anderen Mutter, auf dieser oder jener Seite der ehemaligen Frontlinie.

Die Verschiebung zwischen den beiden Perspektiven, abhängig davon, ob jemand eine private oder öffentliche Person – oder beides gleichzeitig – ist, führt zu dieser Einsicht. Einhundert Jahre später werden alle Besucher, die ehemalige Frontabschnitte des Ersten Weltkriegs besuchen, mit der Komplexität solcher dualer Identitäten (oder Identifizierungen) konfrontiert. Wer heute die Schlachtfelder besucht, hat die tragischen Ereignisse von damals nicht am

2 The War Poems of Siegfried Sassoon, London 1920, S. 87. Verfasst wurde das Gedicht im November 1918, erstmals erschienen ist es 1919.

eigenen Leib erfahren. Aber beim Eintauchen in die Geschichte können Gefühle wie Schmerz, Leid und Kummer erkannt werden sowie sowohl private als auch 'öffentliche' Tote aus anderen Kriegen, die es schon jahrzehntlang in die Nachrichten schaffen. Schlachtfeldbesucher gehören heute immer noch einer Nation oder Gemeinschaft – einer Partei – an, doch sind sie gleichzeitig auch universelle menschliche Wesen (Väter, Mütter, Töchter, Söhne, Geliebte), die jede wir-sie-Perspektive übersteigen.

Das In Flanders Fields-Museum empfängt Besucher aus mehr als 70 verschiedenen Nationen. Etwa 20 Prozent von ihnen haben immer noch eine familiäre Verbindung zum Ersten Weltkrieg, und eigentlich ist dieser Anteil sogar noch größer, wenn man ihn aus einer geographischen Perspektive heraus betrachtet. Australier auf den Spuren der ANZAC-Truppen; Bretonen auf der Suche nach Spuren der Fusiliers Marins; Iren sowohl aus dem Norden als auch aus dem Süden, die das gemeinsame Leiden entdecken; der kanadische Ureinwohner, der kommt, um die Geister seiner Vorfahren zu beschwören; Chinesische Besucher, die zum ersten Mal vom Bestehen eines chinesischen Arbeiterkorps erfahren; Menschen aus Indien, die auf die Suche nach Orten gehen, wo ihre Vorfäter



Abbildung 4: Geneigtes Luftbild, aufgenommen über der Yperner Innenstadt, Frühjahr 1918 (Sammlung IFFM, Ypern)

kämpften und fielen; Niederländer, die herausfinden, dass sich ihre Vorfäter ungeachtet der Neutralität ihres Landes während des Krieges dem deutschen oder den alliierten Heeren anschlossen haben; deutsche Familien, die erfahren, dass die Kriegserfahrung ihrer Großväter eigentlich dieselbe war wie diejenige ihrer belgischen, britischen oder französischen Pendanten.

Die Orte, die heute jedes Jahr besucht werden, sind voll von Erinnerungen, Geschichten und Monumenten und sind durch mehrere Bedeutungsschichten gekennzeichnet. Die ehemalige Frontlandschaft, die sowohl den öffentlichen als auch den privaten Aspekt widerspiegelt und in der widersprüchliche wie auch einander bekräftigende Ideologien, Kulturen und Erzählungen eingebettet sind, kann darum nicht einfach als Landschaft, sondern muss als anthropologische Landschaft betrachtet werden. Es ist eine Landschaft, die das menschliche Verhalten der (mindestens) letzten einhundert Jahre zeigt, mit allen dazugehörigen historischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen "Werten". Eine Landschaft, die Menschen erneut in ihren Bemühungen vereint, dem Krieg von damals sowie der Erinnerung daran heutzutage Bedeutung beizumessen. All diese Elemente zusammengenommen, offenbart die Frontlandschaft im Westhoek (der ehemalige Frontabschnitt in Flandern) verschiedene Identitäten:

- Die Identität einer ehemaligen Frontzone (die Kriegslandschaft, ihre Geschichte und ihr Andenken)
- Die Identität Flanderns (zum Beispiel das historisch gewachsene Sprachbewusstsein)
- Die Identität Belgiens (als interkulturelles und dreisprachiges Land)
- Die Identität Europas (dies war nicht einfach ein Erster Weltkrieg, sondern die erste Phase eines großen europäischen Bürgerkriegs)
- Die Identität von 70 verschiedenen Nationen und Kulturen, die die Landschaft passierten (und passieren)
- Die Identität der menschlichen Erfahrung in Zeiten von Gewalt, Tod und Überleben
- Die Identität einer Weltgemeinschaft, die begann zu begreifen, dass wir letztendlich dazu verurteilt sind, gemeinsam in dieser Welt zu leben

Das ist lediglich eine Lesart der Frontlandschaft, aber doch eine, die den Blick des In Flanders Fields Museums (IFFM) ausmacht. Das Museum versucht, die Vielfaltigkeit der Identitäten in all ihrer Komplexität anzusprechen, und dadurch auch die große Verschiedenheit an Gedenkinitiativen. Diese müssen darum vielschichtig, lokal und international, interkulturell und multikulturell, inkludierend und verbindend zwischen der lokalen Gemeinschaft und dem internationalen Besucherstrom sein. In einem idealen Szenario ist sich die lokale Gemeinde ihres

Kriegsvermächtnisses und ihrer Rolle als aufrichtiger Gastgeber bewusst. Nur auf diese Weise kann sich die Landschaft als dauerhafter Raum für Begegnungen und den Austausch zwischen den verschiedenen Identitäten erweisen.

Gedenktourismus, oder im weitesten Sinn das gesamte Jahrhundertgedenken an den Ersten Weltkrieg, voll von Ritualen, Codes, Sinnstiftung und Emotionen, kann in seiner besten Gestalt ein wirkungsvolles Instrument gegen Vorurteile, gleichzeitig aber auch eine Brücke für gegenseitiges Verstehen zwischen Personen und Gemeinschaften sein. Dafür zu arbeiten ist der tägliche Auftrag des IFFM und der Friedensstadt Ypern, angesichts der vielen Stimmen und Nebeneffekte, die bei dergleichen Phänomenen wieder aufkommen.

### Das Namenslistenprojekt

Für sich genommen ist es nichts Neues, den Krieg in Erinnerung zu rufen und dort zu behalten. Die markanteste Handlung, in der sich dies manifestierte, war das Gedenken an die Kriegstoten (und 'ihr Opfer'), ein Ritual, das bereits während, vor allem aber nach dem Ende des Krieges begonnen wurde. Auffällig an dieser Praxis ist, dass für die Kriegsoffer im Laufe aller Jahre selten bis nie einfach nur die eine Identität 'Kriegsoffer zu sein' ausgereicht hat, um erinnert zu werden.



Abbildung 5: Französischer Friedhof Saint-Charles-de-Potyze (Birger Stichelbaut, Collectie IFFM, Ieper)

Um auf einem öffentlichen Forum anerkannt zu werden, musste auch und vor allem eine andere Identität erkennbar sein. In der kollektiven Erinnerung erhielten die Toten lediglich einen Platz, wenn diese als Teil einer bestimmten Gruppe ausgemacht wurden. Fußballklubs, Regimenter und Betriebe, Schulen und Bahnbetriebe, Dörfer und Nationen bemühten sich, eine Liste ihrer Toten zusammenzustellen. Jedes Totenregister, ganz gleich wie sorgfältig es auch irgendwann einmal zusammengestellt und weitergeführt wurde, war dadurch gekennzeichnet, dass es eine Liste 'eigener' Namen war. Eine Liste von Onze Makkers (Unsere Kameraden), Nos Enfants (Unsere Kinder), Our Heroes (Unsere Helden) oder Unserer Toten. Selbst mit den besten Absichten unterstrich das öffentliche Gedenken dadurch die Logik des nicht überwundenen wir-sie-Denkens – vielleicht unbewusst. Aber nachher konnte die 'Liste der eigenen Toten' auch absichtlich und verbissen umklammert als mächtige und messerscharfe Waffe gegen neue Feinde oder für andere Zielsetzungen geführt werden. Wer während des Jahrhundertgedenkens aufmerksam hingeschaut hat, dem konnte es so vorkommen, als hätte sich die jahrhundertealte Tradition des Gedenkens der 'eigenen Toten' wenig verändert.

Dennoch bietet das Jahrhundertgedenken, wie schon angesprochen, die ausgezeichnete Gelegenheit, um die Tradition des Gedenkens während des letzten Jahrhunderts neu zu denken. Das ist sicherlich im Westhoek, aber auch in der ganzen Provinz Westflandern und letztlich in Belgien der Fall. Der Westhoek war einmal das Schlachtfeld der ganzen Welt; hier kreuzten sich die Pfade von Menschen von mehr als 60 verschiedenen Nationalitäten, von fünf verschiedenen Kontinenten. Die Spuren hiervon sind heute immer noch unauslöschlich vorhanden. Genau weil die Region bis tief in den Erdboden hinein vom Krieg gezeichnet ist, kann und muss das Neu-Denken hier seine Wurzel haben. Denn jenseits der Zwietracht, die die Opfer des Krieges hierhin brachte und die sie hier vorfanden, haben sie alle letztlich und für immer diese eine Eigenschaft gemeinsam: das sie alle hier den Tod fanden, in dieser Straße, in diesem Dorf, auf diesem alten, aber nachvollziehbar gebliebenen Schlachtfeld. Einhundert Jahre nach der Tragödie kann keine einzelne Wahrheit universeller sein. Im heutigen Kontext ist diese eine Eigenschaft ausreichend, um hier und jetzt, in unserer Mitte, beim Namen genannt und erinnert zu werden.

Im Herzen des Westhoeks gelegen, hat sich das IFFM seit seiner Eröffnung 1998 durch das Bewusstsein leiten und inspirieren lassen, ein Hüter des alten Schlachtfelds zu sein. Die Geschichte des Krieges, die diesem Gebiet anhaftet, kann auf verschiedene Weisen erzählt werden. Sicherlich kann man eine all-



Abbildung 6: Standbild aus dem Film „Drittes Ypern“, Teil der Dauerausstellung des IFFM.

gemeine, eine geopolitische oder eine rein militärisch-strategische Erzählung zusammenstellen, aber dieses Museum – und die Stadt Ypern – hat schon zu Beginn beschlossen, den Schwerpunkt insbesondere auf die Zerstörung zu legen, die der Kriegsgewalt entsprang, und die vor allem einen großen Einfluss auf den Menschen und die Landschaft hatte. Diese Wahl implizierte, dass das In Flanders Fields Museum nicht die gesamte Geschichte des Ersten Weltkriegs erzählt, sondern dass es zeigt, wie der Krieg anhand der Sammlung des Museums wachgerufen werden kann: mit Artikeln, Bildern, Personen, Berichten und Texten, die ausnahmslos einen Bezug zu diesem Frontabschnitt haben. Die Art, auf die diese Exponate präsentiert wurden, wurde und wird in großem Maße durch die Philosophie und die Ansichten inspiriert, die im vorigen Abschnitt beleuchtet wurden.

Der Fokus auf die menschliche Kriegserfahrung und die persönlichen Geschichten erzeugte einen Zustrom von noch mehr persönlichen Berichten. In den ersten Jahren des Museums waren unter unseren Besuchern noch Bürger und Veteranen, die den Krieg selbst miterlebt hatten. Mit dem endgültigen Wegfall der Kriegsgeneration waren es die Nachkommen, die die Zeugnisse, ob geschrieben oder erzählt, mit uns teilten. Mit den Geschichten kamen auch die Fragen: Wo kam Vater, Onkel, Großvater oder Großonkel ums Leben, unter welchen Umständen, und wo liegt er begraben, oder warum hat er kein Grab? Im Jahr 2003 begann das IFFM mit der Zusammenstellung eines Totenregisters belgischer Militärangehöriger und Zivilisten, die im Krieg umgekommen waren. Nach und nach wurden auch systematisch Informationen über im Westhoek gefallene französische Soldaten gesammelt und strukturiert; für Briten (Commonwealth War

Graves Commission) und Deutsche (Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge) bestanden bereits seit Längerem ähnliche Initiativen.

Durch die tägliche Praxis erwuchs während der Vorbereitungen auf das Jahrhundertgedenken letztlich die Perspektive, ein integratives Totenregister zu erstellen, also ein Register aller Opfer, die aufgrund des Ersten Weltkriegs in Belgien ums Leben kamen. Auf dieser Liste ist sowohl Raum für Soldaten als auch für Zivilisten, für damalige Freunde und ehemalige Feinde, für Belgier, die innerhalb oder außerhalb des eigenen Landes umkamen, und für Ausländer – welcher Herkunft auch immer – die in Belgien ums Lebens kamen oder so schwer verwundet wurden, dass sie später anderswo starben. In Zusammenarbeit mit *GoneWest*, dem Kulturprojekt der Provinz West-Flandern im Rahmen des Jahrhundertgedenkens, brachte das IFFM im Jahr 2010 *De Namenlijst* (Die Namensliste) (siehe Abbildung 7 auf der folgenden Seite) auf den Weg, die seitdem in die tägliche Arbeit des Museums eingebettet ist. Das Namenslistenprojekt wird von professionell ausgebildeten Historikern begleitet und koordiniert, die von erprobter Methodologie und historischer Quellenkritik Gebrauch machen.

Die Planung und die Forschungsfrage eines solchen ambitionierten Projekts verlangen nach Abgrenzungen in Zeit und Raum. Das Startdatum bildet der deutsche Einfall in Belgien am 4. August 1914. Ein Enddatum ist deutlich mühsamer zu bestimmen, denn es ist offensichtlich, dass der Krieg nicht am 11. November 1918 aufhörte, Menschenleben zu fordern; denken wir nur an die Opfer, die während der Schlussoffensive 1918 verwundet wurden und einige Wochen – oder Monate – später an den Komplikationen ihrer Verwundung oder einer Krankheit starben. Oder freigelassene Zivilarbeiter, die nach ihrer Rückkehr aufgrund der erbärmlichen Zustände in der Gefangenschaft verstarben; oder Soldaten, die während der Besetzung des Rheinlandes erkrankten oder verwundet wurden und in einem belgischen Lazarett starben.

Wann endet es also? Sicherlich nicht an dem Punkt, an dem die Kriegsgräberfürsorgekommissionen ihre offiziellen Register abschließen, nämlich in den frühen 1920er Jahren, auch wenn die Zahl an Opfern, die danach noch starb, die große Minderheit gegenüber der Anzahl derjenigen, die 1914–18 fielen, darstellt. Die Opfer, die zwischen damals und heute noch starben und sterben, weil sie durch einen unglücklichen Zufall mit auf dem Schlachtfeld verbliebenen Kriegsüberresten in Kontakt kamen und kommen, stellen ganz besonders infrage, ob der Krieg 1918 zu Ende ging. Es ist tragisch, wenn man feststellen muss, dass die zwei letzten Opfer in der Namensliste vom März 2014 datieren, als zwei Arbeiter nahe Ypern bei Bauarbeiten an einem neuen Industriekomplex mit tödlichen Konsequenzen auf eine Bombe stießen.

**De NAMENLIJST**  
van alle militairen en burgers op Belgische bodem  
omgekomen tijdens de Eerste Wereldoorlog

**La LISTE des NOMS**  
de tous les militaires et civils ayant trouvé la mort  
en Belgique pendant la Première Guerre Mondiale

**Die NAMENSLISTE**  
Eine Liste aller tödlichen Opfer - sowohl militärisch als auch zivil,  
die mit dem Ersten Weltkrieg in Belgien in Zusammenhang stehen

[www.inflandersfields.be](http://www.inflandersfields.be)

**LEPER**  
HET NAMENLIJSTEAM - L'ÉQUIPE DE LA LISTE DES NOMS - DAS NAMENLISTENTEAM  
In Flanders Fields Museum Sint-Maartensplein 3 - 8900 Ieper - kenniscentrum@leper.be - 057 239 450

**West-Vlaanderen**

**IN FLANDERS FIELDS MUSEUM**

Abbildung 7: Werbebild für das Namenlistenprojekt

Dass keine fixierte zeitliche Begrenzung nach hinten festgelegt wurde, bedeutet keineswegs, dass alle alten Frontsoldaten, die Jahrzehnte später starben – ungeachtet der physischen Traumata, die ihre Lebensdauer und -qualität beträchtlich belasteten – ebenfalls einen Platz auf der Namensliste bekommen. Der Maßstab, der für diese Untersuchung angelegt wird, ist die kritische Interpretation des unmittelbaren Zusammenhangs zwischen dem Tod und dem Ersten Weltkrieg in Belgien, auch wenn dies einige Grauzonen impliziert.

Hinsichtlich des Raums gilt das Territorium von Belgien als Abgrenzung, darüber hinaus aber auch alle fremden Orte, an die Belgier oder tödlich verwundete Ausländer transportiert wurden und deren Tod einen unmittelbaren Zusammenhang mit dem Krieg in Belgien hatte, also Lazarette, Friedhöfe, Internierungslager und Kriegsgefangenenlager. Orte, die sich hauptsächlich in Frankreich, den Niederlanden, Großbritannien und Deutschland befanden. Belgier, die auf dem Gebiet des ehemaligen Belgisch-Kongo umkamen, werden ebenfalls mitgezählt.

Eine Schätzung zeigte, dass die Namensliste schnell 600.000 Namen umfassen würde. Das ist eine gigantische Zahl, was die Aufgabe nicht einfacher macht. Es würde zu weit führen, hier die gesamte Methodik, die Teilnahme sowie das Quellenmaterial (und die hierzu gehörenden kritischen Bemerkungen, Hindernisse und Vorteile) zu erläutern, daher beschränke ich mich auf eine kurze Übersicht der wichtigsten Aspekte.

Erstens nutzen wir bereits bestehende Listen bzw. Datenbanken, die sich in Hinblick auf Umfang und Form deutlich unterscheiden können. Die Datenbanken der Commonwealth War Graves Commission, des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge und unsere eigene Datenbank der belgischen Soldaten und Zivilisten bildeten die ersten Fundamente. Für die französische Teilliste konsultierten wir über die Internetseite des Projekts *Mémoire des Hommes* die Totenkarte jedes einzelnen französischen Soldaten, der im oder durch den Krieg ums Leben gekommen war. Aus mehr als 1,35 Millionen Karteieinträgen bestimmten wir beinahe 80.000 Gefallene, deren Tod mit dem belgischen Territorium in Verbindung stand, was mehr als 25.000 Tote mehr sind, als bis dahin angenommen worden war. Danach wurden die Kriegsofferlisten in Regimentsgeschichten, von Friedhöfen (historische und heutige), Listen in Pastoral- und Kirchengemeindeaufzeichnungen, Listen von Gemeinwesen, Kriegsdenkmälern etc. studiert.

Zweitens wurden und werden gezielt diverse Archivfonds im In- und Ausland ausgewertet, wovon einige bis vor kurzem noch gar nicht zugänglich waren. Das belgische Reichsarchiv verwahrt beispielsweise Bestände mit Dossiers hinsichtlich vermister und unter zweifelhaften Umständen umgekommener Zivilarbeiter.



Abbildung 8: Kurz nach seinem Tod am 28. Oktober 1917 wurde der französische Füsilier Pierre Marcoux in der Gegend von Merkem im Felde begraben.

Der Dienst voor Oorlogsslachtoffers (Dienst für Kriegsofper) hat umfangreiche Bestände mit Akten über umgekommene zivile Kriegsofper. Die Archive des Königlich Belgischen Heeresmuseums verfügen ebenfalls über solche Bestände. Die Korrespondenz hinsichtlich des Ablebens indischer Soldaten, die innerhalb der Indian Office Records (British Library, London) verwahrt werden, offenbarte eine größere Zahl indischer Toter, als der offiziell gedacht wird; und die Kontakte mit deutschen Gemeinden, in denen einst Kriegsgefangenenlager betrieben wurden, lieferten Listen und Namen von noch mehr Zivilarbeitern, als die belgischen Dienste damals hatten registrieren können. Der Eifer deutscher genealogischer Vereine führt dazu, dass wir heute online die deutschen Vermisstenlisten nutzen können, etc.

Drittens liefern Texte, die während des Krieges entstanden sind, einhundert Jahre später unschätzbar wertvolle Hinweise, Kontexte und persönliche Berichte zu den Kriegstoten: Literatur (z.B. Edmund Blunden, *Undertones of War*); Poesie (z.B. Alfred Richard Meyer, 'In Memoriam Ernst Stadler'); persönliche Tagebücher, worin der Name, Ort, das Todesdatum, die Todesumstände und der erste Begräbnisort detailliert genannt werden (z.B. Pastor Achiel Van Wallegem für

die Orte Reningelst und Dikkebus, Pastor Camille Delaere für Ypern); Soldaten, die in Briefen an Angehörige den Ort und Kontext des Todes ihres Mitkämpfers schildern. Es gibt hier tausende Beispiele aus publizierten und nicht-publizierten Kriegszeugnissen.

Viertens generiert die tägliche Arbeit im Forschungszentrum einen nicht zu unterschätzenden Zufluss an Informationen. Das Zusammentreffen mit tausenden Menschen aus aller Welt, sei es virtuell (via E-Mail oder über die Website des Museums) oder im Lesesaal des Forschungszentrums führen einerseits dazu, dass Personen oder Familien die Untersuchungen und zusammengetragene Geschichte ihres gefallenen Vorfahren mit uns teilen, und andererseits gibt es lokale Vereine, die auf Basis von verschiedenen (lokalen) Quellen dieselbe Leistung für die Kriegsofper aus ihrer eigenen Gemeinde unternommen haben.



Abbildung 9: Gruppe britischer Kriegsgefangener (Sammlung IFFM, Ypern)

Wie meistern wir diese Datenflut? Mit der Hilfe und dem täglichen Einsatz einer enthusiastischen und gut ausgebildeten Gruppe Freiwilliger, und vor allem anderen durch eine wohlgedacht entwickelte Datenbank. Um all diese Informationen zu sammeln und zu verarbeiten, wurde ein neues System auf

der Grundlage der Anforderungen der Namensliste programmiert, ein System, das eine möglichst strukturierte Erfassung anstrebt, aber auch Raum lässt für Erzählung, Kontext und Zusammenhänge zwischen Personen, Sammlungen und musealer Anwendungen untereinander. Aus dem eben Geschilderten lässt sich erkennen, dass die Namensliste nicht einfach ein body count bzw. eine Totenzählung ist; es ist keine administrative Richtigstellung der Katastrophe von vor einhundert Jahren. Die Namensliste will so viele Informationen wie möglich über jedes individuelle Kriegsoffer sammeln. Die Namensliste will die Namen hinter den Nummern und die Geschichten hinter den 'unerträglich namenlosen Namen' (Sassoon in 'On Passing the New Menin Gate', 1927) herausfinden, um so mehr über den Einfluss des Krieges auf den Menschen zu erfahren. Jeder Name steht für einen Menschen, jedes Kriegsoffer war eine Ansammlung von Erwartungen im Leben des Menschen und seiner Umgebung.

Der Umfang dieses Unternehmens und die Lücken im Quellenmaterial (vernichtet im Laufe der Geschichte; inakkurate oder vergessene Registrierung der Toten damals, man denke an die ethnisch diversen kolonialen Truppen) führen dazu, dass die Namensliste wahrscheinlich niemals abgeschlossen werden wird. Dies hält uns aber nicht davon ab, weiterzumachen. Eine solche integrative Liste wurde noch nie zusammengestellt. Die Erkenntnisse, die das Projekt mittlerweile hervorbringt, sind ohne Vorbild, und jedes identifizierte Opfer, jede Geschichte bringt uns einen Schritt näher an die historische Realität dieses Massakers. Zum Ende des Jahrhundertgedenkens, im November 2018, wollen wir eine erste Bilanz ziehen, zurückblicken und begreifen.

## Nutzen und Anwendungen

### Gedenken

Das Namenslistenprojekt wurde offiziell an dem symbolischen Datum 4. August 2014 gestartet und der Öffentlichkeit vorgestellt, einhundert Jahre nach dem Tag, an dem die ersten Kriegsoffer fielen. Neben der inhaltlichen Vorstellung und dem Start der Website, auf der die Namensliste zum Recherchieren bereitsteht, rückte an diesem Tag auch die gedenkende Funktion der Namensliste in den Blickpunkt.<sup>3</sup> Seit dem 4. August 2014 werden alle Kriegsoffer mit Vor- und Nachnamen auf zwei Wände im Museum projiziert, Tag für Tag genau einhundert Jahre, nachdem sie im Krieg in Belgien ihr Leben ließen. An manchen

3 <http://www.inflandersfields.be/de/namensliste> [Zugriff: 15.10.2016]

Tagen wiederholt die Projektion eine Zusammenstellung von ungefähr hundert Namen, aber an anderen Tagen (z.B. am 22. August 1914, 31. Juli 1917), ist die Öffnungszeit des Museums zu kurz, um die mehr als 20.000 Namen erscheinen zu lassen. Für manche Opfer ist dies das allererste Mal in der Geschichte, dass ihrer gedacht wird: etwa zivile Kriegsoffer, koloniale Hilfstruppen oder deutsche Vermisste. Daneben bildet die Namensliste in der Zeit von 2014 bis 2018 das Rückgrat für zahlreiche kulturelle und künstlerische Gedenkprojekte, die durch GoneWest organisiert werden.



Abbildung 10: Die tägliche Projektion von Namen im IFFM (4. August 2014)

### Wissenschaftliche Forschung

Die Verwaltung der Namensliste gehört zum geschichtswissenschaftlichen Auftrag, den das Forschungszentrum des IFFM hat. Ein inklusives Totenregister ist ebenso durch Historiker und Forscher wie für die breite Öffentlichkeit nutzbar. Die Namensliste benennt alle Betroffenen nach Herkunft, Datum und Ort, was auf eine sehr eindeutige und einfache Weise eine bessere Einsicht in Sachverhalte schafft, die sich während des Krieges abgespielt haben. Zugleich verdeutlicht die Liste das Verhältnis, das zwischen dem Tod vor einhundert Jahren und dem heutigen Gedenken daran besteht. Ebenso entwirrt die Namensliste die Spuren aller betroffenen Parteien und Individuen, von hier bis in die entferntesten Winkel

von fünf Kontinenten. Die Namensliste zeigt, wie tiefgehend die Urkatastrophe des Ersten Weltkriegs Menschen und Völker von nah und fern beeinflusst hat.

Der Ansatz, die Inklusion von Opfern als Ausgangspunkt zu nehmen, erweist sich als enorm wirkungsvoll, um seit Langem festgefahrene Analysen, Mythen und historische Dogmen zu widerlegen, zu entkräften oder zu nuancieren. Die Perspektive macht auch deutlich, wie Historiker über Generationen hinweg die Zahlen, die – mit all ihren nachvollziehbaren Unzulänglichkeiten – kurz nach dem Krieg zusammengetragen wurden, voneinander abgeschrieben haben. Wahrscheinlich unbewusst, aber doch mit dem Ergebnis, dass bestimmte Stimmen, Berichte und militärische Entwicklungen in der Geschichte endgültig keine Beachtung mehr fanden. Die Namensliste vereint alle betroffenen Parteien von einst, und bildet in diesem Sinne ein pragmatisches Vorbild einer historischen Analyse von unten.

### *Museal*

Das IFFM plant während des Jahrhundertgedenkens eine Reihe von temporären Ausstellungen, die mehr oder weniger dem historischen Kalender des Krieges folgen. Die Namensliste wird dabei stets in die Szenografie der Ausstellungen integriert: über animierte Infografiken mit Zahlen und Daten kann die Namensliste einen erstaunlichen Mehrwert für die Erzählung oder das fragliche Thema bieten. So werden die Verluste der Ersten und Zweiten Schlacht bei Ypern in Ausstellungen beleuchtet, die jeweils 2014 und 2015 organisiert wurden. Im Frühjahr 2016 wurde in der Ausstellung *Canada in Flanders* (Kanada in Flandern) anhand einer Anzahl von Namenslistenparametern (Geburtsort, Rekrutierung, Tod und Erinnerung) gezeigt, welche Wanderungsbewegungen die Soldaten der jungen, multikulturellen kanadischen Nation in einen Tod in Flandern geführt haben. Im Herbst 2016 lag in der Ausstellung *De Geschreven Oorlog* (Der geschriebene Krieg) der Fokus auf den vielen Schriftstellern und Dichtern, die in Flandern ums Leben kamen, aber auch darauf, wie sehr schriftliche Zeugnisse (von Sassoon und Blunden bis Marcel Proust und Edith Stein) mit dem Sterben im Westhoek verbunden waren. 2017 wird in der Ausstellung über die Dritte Schlacht bei Ypern die Betonung auf die zahlreichen Vermissten gelegt und 2018 werden wir höchstwahrscheinlich eine Gesamtbilanz ziehen.

### *Bildend*

Der Mensch ist das Maß aller Dinge. Dieser Gedanke wird durch die Philosophie des IFFM gepflegt und bestimmt seine Bildungsarbeit. Die Namensliste

birgt auch ein enormes Potenzial für gedenk-bildende Zielsetzungen, vor allem für Jugendliche. Einerseits zielt der Blickwinkel der persönlichen Geschichte eines Schlachtopfers auf eine größtmögliche Anteilnahme und Kenntlichkeit, wodurch die Geschichte direkter fühlbarer wird. Andererseits ist die Namensliste darauf ausgerichtet, alle Betroffenen innerhalb einer gemeinsamen Geschichte zu vereinen. Zu begreifen, was die Geschichte 'des Anderen war' trägt zu gegenseitigem Respekt bei. Dies sind auch hundert Jahre später und im Kontext aktueller Konflikte immer noch wichtige Lehren. Das ist die Perspektive, die unser pädagogisches Team während der Workshops, Schlachtfeldtouren und partizipativen Projekte einnimmt.

### Ein sinnloses Unterfangen?

Das Namenslistenprojekt dauert weiter an, und das soll auch nach 2018 so bleiben. Sowohl auf persönlicher wie auf geographischer Ebene verbindet das Projekt durch das Gedenken weiterhin Menschen miteinander, über Generationen hinweg. Was das Jahrhundertgedenken selbst betrifft, sind wir nun ungefähr bei der Hälfte angelangt. 2014 waren der Zulauf und die Anteilnahme massiv, 2015 wurden die Andacht, die Bedeutsamkeit und das 'versöhnende' Potenzial langsam aber sicher durch die aktuelle Themen (Charlie Hebdo und die Flüchtlingskrise) verdrängt, und 2016 – für Belgien weniger von Belang, jedoch für die Somme und Verdun doch eindeutig der Schwerpunkt des Jahrhundertgedenkens – wurde alles durch die Terroranschläge, den Brexit, die Flüchtlingskrise und die Krise der europäischen Politik überschattet.

Nach mehr als zwei Jahren des Jahrhundertgedenkens fällt die Bilanz nicht ausschließlich positiv aus. Sicherlich wurde enorm viel Publikum mobilisiert, aber wer davon ausging, dass alle (oder zumindest sehr viele) bei uns etwas aus der schrecklichen Geschichte dazulernen würden, hat sich umsonst bemüht. Die große Zahl an Flüchtlingen aufgrund der Kriege in Syrien, Afghanistan und Afrika, die sich im Sommer 2015 (noch vor dem 13. November von Paris) noch verstärkte, hat überall in Europa dem schon seit Jahren auf Egoismus und Nationalismus fußenden politischen Diskurs erheblichen Zulauf gebracht. In Belgien zeigte man mit dem Finger auf Polen und Ungarn, dann auf Dänemark usw. Aber eigentlich erklingen in jedem Mitgliedsstaat immer deutlicher dieselben Stimmen, und in Flandern sind diese leider immer noch etwas lauter. Viele nationale und europäische Politiker sind bestenfalls noch Buchhalter, die mit Verweis auf Twitter zeigen wollen, dass Nächstenliebe nicht bezahlbar ist, während sie kurzfristigen politischen Profit aus Angst, Xenophobie und rasch

angestachelten Hassgefühlen schlagen. Empathie heißt gegenwärtig Naivität, menschliche Werte und Rechte sind überholt und internationale Verträge und Gewohnheiten müssen bestimmten Politikern zufolge dringend in Frage gestellt werden. Aus unserer Position empfanden wir, das IFFM und die Friedensstadt Ypern, den Ansatz sowohl von Joachim Gauck und Angela Merkel („Wir schaffen das“) als Erleichterung. Bundeskanzlerin Merkel zeigte in den vergangenen zwei Jahren mehr Rückgrat als der gesamte europäische Club zusammen, aber das ist wohl leicht gesagt im Sommer 2016, von Ypern aus. Denn wo stehen wir alle heute?

Das IFFM hat seine eigene gesellschaftliche Rolle bzw. Relevanz immer an die Frage gekoppelt, ob die Kenntnis des Vergangenen auf irgendeine Weise zu Erkenntnissen für das Heute oder die Zukunft beitragen kann. Das bildet unsere *raison d'être*: Unsere Geschichten sollten relevant sein – oder nicht sein. Im Zuge des Jahrhundertgedenkens wäre das Gedenken lediglich sinnvoll, wenn es um mehr als einen nostalgischen Rückblick ginge, wenn es zu einer Zukunft inspiriert, in der wir die Irrtümer der Vergangenheit zu vermeiden suchen. Nicht doch, rufen viele europäische und nationale Politiker uns zu.

Sollen wir das ganze Jahrhundertgedenken dann also als eine Touristenattraktion oder einfaches Regional- und Stadtmarketing abstempeln, und davon ausgehen, dass die Politiker, die auf der Gedenkbühne erscheinen, einzig auf Regionen-branding („Flanders Fields!“) und das Verbreiten von National- und Gemeinschaftssinn alten Stils („das Opfer für unsere Freiheit und Demokratie!“) aus sind?

In seiner Ansprache in Löwen verwies Joachim Gauck auf die Worte Konrad Adenauers, die dieser 1958 in Löwen sprach: „Wir haben uns auf der Grundlage gemeinsamer Werte gemeinsam eine Europäische Union geschaffen und erleben heute, dass Menschen in Europa sich nur noch friedlich begegnen und unsere Staaten ihre Werte und die Rechtsgemeinschaft gemeinsam schützen und verteidigen. Und dass darüber hinaus nicht nur intensive Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern gewachsen ist, sondern unzählige Brücken zwischen Menschen und Institutionen errichtet worden sind. Das erfüllt uns gerade an Gedenktagen wie diesem mit Freude und mit Zuversicht. Denn wir wollen nicht nur erinnern, was versöhnungsbereite Menschen vor uns geschaffen haben. Wir wollen vielmehr ihr Werk fortsetzen, und wir wollen es vertiefen.“<sup>4</sup>

<sup>4</sup> <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2014/08/140804-Gedenken-Loewen.html> [Zugriff: 29.09.2016]



Abbildung 11: Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel platziert die deutsche Fahne auf der europäischen Vredesbank (Friedensbank) in Ypern (26. Juni 2014)

Den Moment nutzen, um den Verstand zum Träumen zu bringen: Alle Menschen werden Brüder! Das war auch die Intention, mit der die europäischen Spitzenpolitiker am 26. Juni 2014 nach Ypern kamen, um ein gemeinsames Statement abzugeben. Die Vredesbank (Friedensbank), die sie einweihen, steht neben dem Menentor, wo vermissten Soldaten des British Empire gedacht wird. Ein nationales Monument, mit einer kleinen, post-nationalen Schlussfolgerung daneben: die Geschichte des Ersten Weltkriegs muss über Grenzen hinweg zum Frieden inspirieren.

In der täglichen Praxis wird davon indes wenig erreicht, aber das tut der Wahrhaftigkeit der Botschaft und der Geste keinen Abbruch. Politiker haben auch andere Tagesordnungspunkte, sie müssen auf das Geld achten und die Sicherheit garantieren, aber wenn sie wirklich Führungspersönlichkeiten sein wollen, müssen sie viel mehr tun. Es ist nicht die Empathie selbst, die naiv ist, sondern vielmehr der Glaube, dass Empathie nicht fortwährend beigebracht und stimuliert werden muss. Die Geschichte lehrt, dass das Verschwimmen von fundamentalen menschlichen Werten zugunsten eines neuen politischen Diskurses der Beginn einer krisenbehafteten Gesellschaft ist und auf die Irrwege geleitet hat, auf die uns die Kriege des 20. Jahrhunderts gebracht haben.

Hier liegt die Bedeutung von Geschichte und Erinnerungsbildung, genau wie hier auch die Relevanz von politischer, philosophisch fundierter, milieu- und

medienkritischer Bildung liegt. Wir können es nicht anstelle von Politikern tun, aber wir können es ihnen sehr wohl vormachen, und aus unserer eigenen Disziplin heraus so viele Menschen wie möglich von den fundamentalen Werten überzeugen. Das ist es, wofür sich das In Flanders Fields Museum und das Namenslistenprojekt täglich mit Herz und Seele einsetzen.

*Aus dem Niederländischen von Henning Steinhöfel*

### Teil III

## Arbeiterbewegung, politische Linke und Krieg

*Axel Weipert*

## Widerstand im Zentrum der Macht Antikriegsaktionen in Berlin und Wien im Vergleich

Die Geschichte des Ersten Weltkriegs ist nicht nur eine Geschichte von Gewalt, Zerstörung und Not. Sie wurde auch mitgeprägt von Menschen, die sich dem Willen ihrer Regierungen und den harten Lebensbedingungen nicht einfach unterwarfen, sondern dagegen Widerstand leisteten. Das geschah nicht zuletzt in Wien und Berlin, also in den beiden Städten, in denen mehr noch als anderswo die Entscheidung zum Krieg gefallen war. Es liegt daher auf der Hand, dass diesen Protesten zugleich eine enorme symbolische Bedeutung zukam. Die vielfältige Kritik am Krieg und seinen sozialen Auswirkungen artikulierte sich dabei nicht nur verbal, sondern auch ganz praktisch-politisch.

Im Folgenden soll untersucht werden, unter welchen Bedingungen und auf welche Weise sich der Widerstand manifestierte. Den Schwerpunkt der Darstellung bildet dabei die Arbeiterbewegung als ebenso zentraler wie vielschichtiger Akteur. Ein besonderes Augenmerk gilt der Frage, inwiefern sich Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Wechselwirkungen zwischen den beiden Hauptstädten ausmachen lassen.<sup>1</sup> Die Revolutionen am Kriegsende bleiben dagegen aus Platzgründen ausgespart.

### Die Situation vor dem Krieg bis zur Durchsetzung der Burgfriedenspolitik

Die Arbeiterbewegung war in den Jahren vor dem Krieg nur begrenzt in die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung integriert. Zwar passten sich viele Anhänger und Funktionäre der mitgliederstarken sozialdemokratischen Orga-

nisationen partiell an die herrschenden Verhältnisse an, um auf dem Reformweg schrittweise Verbesserungen zu erreichen. Aber in den Augen vieler Teile der Eliten und des Bürgertums waren sie doch noch immer „vaterlandslose Gesellen“.<sup>2</sup> Diese prekäre Stellung im politischen System lag nicht zuletzt in ihrem Internationalismus und ihrer Kritik am vorherrschenden Militarismus begründet.<sup>3</sup> Das galt mutatis mutandis für Deutschland und Österreich-Ungarn gleichermaßen.

Das gesellschaftliche Klima hielt die Sozialdemokratie als wichtigste Strömung der Arbeiterbewegung allerdings nicht davon ab, gegen Aufrüstung und die drohende Kriegsgefahr vorzugehen. Die größten Berliner Kundgebungen fanden in den Jahren 1911 und 1912 im Treptower Park statt und wandten sich gegen die Zuspitzung der internationalen Lage aufgrund der Marokkokrise und des Ersten Balkankriegs. Besonders hervorzuheben sind die Aktionen am 17. November 1912: Während deutsche Parteiführer in London, Paris und Budapest referierten, sprachen der Franzose Jean Jaurès, der Österreicher Karl Renner und der Brite James O'Grady in Berlin. Die vielbeachtete Rede Jaurès' für Völkerverständigung und gegen den drohenden Krieg in einem bekannten Saal am Park Hasenheide veranlasste den ehemaligen Reichskanzler Bernhard von Bülow dabei zu der Aussage: „Die auswärtige Politik wird nicht in der Hasenheide gemacht.“<sup>4</sup> Diese Stellungnahme zeigt nicht zuletzt, dass die Haltung der organisierten Arbeiterbewegung von den Politikern anderer Parteien aufmerksam verfolgt wurde.

Ganz ähnlich gestalteten sich die Verhältnisse in Wien, auch hier gab es ab 1912 große Versammlungen gegen die Zuspitzung der internationalen Lage. Der Historiker Wolfgang Maderthaner spricht in diesem Zusammenhang von einem regelrechten „Veranstaltungsmarathon“, der bis Ende Juli 1914 anhielt.<sup>5</sup> Auf dem Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie im November 1913 wurde zudem eine Resolution verabschiedet, die die Arbeiter aufforderte, „ihren Kampf gegen den Militarismus mit leidenschaftlicher Entschlossenheit zu führen und

1 Eine lesenswerte Einführung in Methodik, Potenzial und Grenzen des geschichtswissenschaftlichen Vergleichs bieten Heinz-Gerhard Haupt/Jürgen Kocka: *Historischer Vergleich: Methoden, Aufgaben, Probleme. Eine Einleitung*, in: Dies. (Hrsg.): *Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsschreibung*, Frankfurt a.M./New York 1996, S. 9-45.

2 Peter Brandt/Dieter Groh: *'Vaterlandslose Gesellen'. Sozialdemokratie und Nation 1860-1990*, München 1992.

3 Pars pro toto für die mittlerweile umfangreiche Literatur zum kaiserzeitlichen Militarismus und den ihn tragenden gesellschaftlichen Gruppen siehe Jost Dülffer/Karl Holl (Hrsg.): *Bereit zum Krieg. Kriegsmentalität im wilhelminischen Deutschland 1890-1914*, Göttingen 1986.

4 Zitiert nach: Wolfgang Schröder u.a.: *Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung*. Bd. 1, Berlin 1987, S. 542.

5 Wolfgang Maderthaner: *Der Kongress fand nicht statt*, in: Alfred Pfoser/Andreas Weigl (Hrsg.): *Im Epizentrum des Zusammenbruchs. Wien im Ersten Weltkrieg*, Wien 2013, S. 46-51, hier S. 48.

alle, die ihn stützen, als Feinde der Volkskraft und Zerstörer der Volkswirtschaft tatkräftigst zu bekämpfen.“<sup>6</sup>

In der Zweiten Internationale war man sich vor dem Krieg darin einig gewesen, alle aggressiven Schritte der europäischen Staaten entschieden zu verurteilen.<sup>7</sup> Allerdings bestanden erhebliche Meinungsunterschiede darüber, wie auf einen möglichen Krieg konkret reagiert werden sollte. Die 1907 auf dem Stuttgarter Kongress verabschiedete Resolution stellte daher einen Kompromiss dar:

„Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet [...], alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern [...]. Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“<sup>8</sup>

Letztlich blieb es also bei vagen Handlungsempfehlungen, die die Mitgliedsparteien fast nach Belieben auslegen konnten. All das bedeutete auch nicht, dass die SPD des Kaiserreichs eine pazifistische Partei war. Schon im Erfurter Programm von 1891 war von der „Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit“ die Rede.<sup>9</sup> Hinzu kommt, dass führende Funktionäre, nicht zuletzt August Bebel, immer wieder die Bereitschaft der Sozialdemokraten betonten, im Verteidigungsfall gegen den russischen Zarismus zur Waffe zu greifen. Reichskanzler Theobald von Bethmann-Hollweg hatte nicht zuletzt die Arbeiterbewegung im Blick, als er in der Julikrise 1914 mit geschickter Diplomatie den Eindruck erweckte, Russland sei der Aggressor.<sup>10</sup> Es bleibt also festzuhalten: Aus dem vielbeschworenen Internationalismus und Antimilitarismus resultierte nur bedingt eine konkrete Politik.<sup>11</sup>

6 Karl Grünberg (Hrsg.): Archiv für Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, Leipzig 1916, S. 458.

7 Ralf Hoffrogge: Sozialismus und Arbeiterbewegung in Deutschland, Stuttgart 2011, S. 141-180.

8 Internationaler Sozialistenkongress zu Stuttgart, 18. bis 24. August 1907, Berlin 1907, S. 66.

9 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Erfurt, Berlin 1891, S. 5.

10 Jürgen Kuczynski: Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges und die deutsche Sozialdemokratie, Berlin 1957, S. 65-77.

11 Auf die Differenz zwischen Anspruch und Praxis hat auch Jörn Wegner in einer vergleichenden Studie hingewiesen: Jörn Wegner: Die Kriegs- und die Kolonialfrage in

Das hatte in dem Moment fatale Konsequenzen, als die Kriegsfrage in der Julikrise mit besonderer Wucht auf die Tagesordnung drängte. Man hatte schlicht kein wirksames und konsensfähiges Konzept entwickelt, um nun angemessen reagieren zu können.<sup>12</sup> Schließlich wurden aber Ende Juli doch große Versammlungen für den Frieden durchgeführt. Allein in Berlin folgten zehntausende Menschen dem Aufruf des SPD-Parteivorstandes, in dem es hieß:

„Parteigenossen, wir fordern euch auf, sofort in Massenversammlungen den unerschütterlichen Friedenswillen des klassenbewussten Proletariats zum Ausdruck zu bringen. [...] Der Weltkrieg droht! Die herrschenden Klassen, die Euch im Frieden knebeln, verachten, ausnutzen, wollen euch als Kanonenfutter missbrauchen. Überall muss den Gewalthabern in die Ohren klingen: Wir wollen keinen Krieg! Nieder mit dem Kriege! Hoch die internationale Völkerverbrüderung!“<sup>13</sup>

Das war natürlich ein unzweideutiges Bekenntnis zum Frieden. Bei aller verbalen Radikalität konnte man sich allerdings zu weiteren Maßnahmen nicht entschließen. Dabei war es vorhersehbar, dass Versammlungen allein nicht ausreichen würden, um die Regierung von ihrem Kriegskurs abzubringen.

Entgegen einem noch immer verbreiteten Mythos war die Kriegsbegeisterung im Lande keineswegs allgemein.<sup>14</sup> Getragen wurde sie in erster Linie von Studenten und Bürgern, die Arbeiterschaft dagegen verhielt sich weitgehend reserviert.<sup>15</sup> Das hatten die Friedenskundgebungen im Juli eindrucksvoll unter Beweis gestellt, die in weit über 150 deutschen Städten stattfanden.<sup>16</sup> Ein Beispiel dafür ist die Versammlung von etwa 750 Kriegsgegnern in den Arminhallen in Berlin. Dort sprach der Reichstagsabgeordnete Arthur Stadthagen. Seine Rede und die Resolution für den Frieden wurden von einem anwesenden Polizisten protokolliert.<sup>17</sup>

der britischen und deutschen Arbeiterbewegung im Vergleich 1899-1914, Berlin 2014, S. 38-42.

12 Susanne Miller: Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974, S. 31-74; Schröder, Arbeiterbewegung, S. 558-568; Brandt/Groh, Vaterlandslose Gesellen, S. 142-162.

13 Vorwärts, 25.07.1914.

14 Das betont auch Volker Ullrich: Kriegsbegeisterung, in: Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich/Irina Renz (Hrsg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg, Paderborn u.a. 2009, S. 630 ff.

15 Jörn Wegner: Die Antikriegsproteste der deutschen Arbeiter am Vorabend des Ersten Weltkrieges und ihre Entwaffnung durch die SPD-Führung, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2014, H. 2, S. 39-52.

16 Wolfgang Kruse: Krieg und nationale Integration. Eine Neuinterpretation des sozialdemokratischen Burgfriedensschlusses 1914/15, Essen 1993, S. 31-36.

17 Landesarchiv Berlin, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 15805, Bl. 142-145.

Dabei blieb es in der deutschen Hauptstadt nicht bei legalen Versammlungen, die in großen Sälen stattfanden. Stattdessen gingen die Demonstranten anschließend auf die Straße und versuchten, die Innenstadt zu erreichen.<sup>18</sup> Ein massives Polizeiaufgebot konnte das nur teilweise vereiteln; in einzelnen Fällen gingen die Polizisten sogar mit Waffengewalt gegen die Kriegsgegner vor.

Allerdings signalisierten die Führungen von SPD und Gewerkschaften gegenüber der Regierung ihre Bereitschaft zum Entgegenkommen. Interessant in diesem Zusammenhang ist ein Brief des SPD-Reichstagsabgeordneten Albert Südekum an Reichskanzler Bethmann-Hollweg, in dem er mit Verweis auf eine Sitzung des Parteivorstands versicherte, die Sozialdemokratie plane keine politischen Streiks oder Sabotageaktionen.<sup>19</sup> Außerdem stellte er in Aussicht, dass die Parteiführung die SPD-Presse auf eine weniger regierungskritische Linie bringen werde. Der Parteivorstand wiederum schrieb Ende Juli an die unteren Parteiorgane, die deutsche Regierung bemühe sich ernsthaft um eine Begrenzung des Krieges auf den Balkan.<sup>20</sup> Damit verringerten Südekum und indirekt auch der Vorstand aber ganz erheblich den Druck auf die Regierung, den die Antikriegskundgebungen und eine Drohung mit noch radikaleren Maßnahmen hätten ausüben können.

Diese zurückhaltende Politik hatte mehrere Gründe. Eine ganze Reihe von Spitzenfunktionären sah den Krieg als Chance zur Integration in Staat und Nation. Konkret hofften diese Sozialdemokraten, für ihre Zusammenarbeit später u.a. mit einem demokratischeren Wahlrecht in Preußen belohnt zu werden. Bemerkenswerterweise verbanden sie ihre Unterstützung aber nicht mit Forderungen; ihr Stillhalten war an keine Bedingungen geknüpft. Außerdem wurde Anfang August über Berlin erst der Kriegs- und dann der Belagerungszustand verhängt. Empfindliche Einschränkungen der politischen Freiheiten waren die Folge. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands unterstützte ebenfalls den Burgfrieden, um endlich als Teil der gesellschaftlichen Ordnung anerkannt zu werden.<sup>21</sup> Die bürgerlich-pazifistischen Friedensgesellschaften stellten mit ihren etwa 10.000 organisierten Mitgliedern zwar keine starke Kraft dar

18 Siehe dazu den Bericht des Kommandos der Schutzmannschaft an das Berliner Polizeipräsidium vom 29. Juli 1914, abgedruckt in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Band 1, Berlin 1958, S. 16.

19 Abgedruckt in: Ebenda, S. 17 f.; allgemeiner zu der Thematik siehe Kruse, Krieg, S. 50-53.

20 Bundesarchiv SAPMO, RY 20/II/145/4, Opposition gegen die Burgfriedenspolitik des Parteivorstandes, Bl. 1. Der Brief war auf den 29. Juli datiert und wurde nicht veröffentlicht.

21 Correspondenzblatt, 15.08.1914.

und unterhielten auch keine engen Beziehungen zur SPD. Insofern spielte ihr Verhalten sicher nur eine untergeordnete Rolle im Entscheidungsprozess. Festzuhalten ist aber, dass auch sie auf einen Kurs der „nationalen Selbstverteidigung“ einschwenkten.<sup>22</sup> Es war schließlich schwer abzuschätzen, wie sich die anderen Parteien der Internationale verhalten würden, insbesondere die französische SFIO. Wie sich bald zeigte, hatten sich fast alle in ähnlicher Weise auf eine Unterstützung ihrer jeweiligen nationalen Kriegspolitik verpflichtet, ebenso wie die Gewerkschaftsverbände.<sup>23</sup> Eine bemerkenswerte Ausnahme stellte allerdings die serbische Sozialdemokratie dar.<sup>24</sup>

Eine ähnliche Situation wie in Deutschland bestand für die Arbeiterbewegung Österreich-Ungarns. Die österreichische Reichsgewerkschaftskommission erließ wenige Tage nach Kriegsausbruch eine Aufforderung an ihre Mitglieder, die „Einleitung und Fortführung“ von Streiks zu unterlassen.<sup>25</sup> Schon Ende Juli hatte sich eine Kehrtwende in der Politik der SDAP-Führung abgezeichnet. Die Reichsratsabgeordneten der Partei hatten am 25. Juli in der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ noch erklärt, die Verantwortung für den Krieg abzulehnen. Zugleich versicherten sie aber ihren Anhängern, dass sich die österreichische Regierung im Disput mit Serbien im Recht befinde.<sup>26</sup> Drei Tage später war dann in diesem wichtigsten Parteiorgan ein Aufruf von Otto Bauer zu lesen.<sup>27</sup> Darin überbrachte Bauer den eingezogenen Soldaten die besten Wünsche. Vor allem aber bezeichnete er es als die aktuell wichtigste Aufgabe, die Parteiorganisation zu erhalten, um dann nach dem Krieg die Ziele der Sozialdemokratie zu verwirklichen. Der Widerstand gegen den Waffengang wurde also aufgegeben und alle Hoffnungen auf die Zeit danach gesetzt.

Ein öffentliches Zeichen für die Unterstützung des Krieges war die Zustimmung der deutschen SPD zu den Kriegskrediten im Reichstag am 4. August 1914. Diese symbolische Geste – eine parlamentarische Mehrheit war auch ohne ihre Stimmen sicher – sahen die einen als einen konsequenten Schritt hin zur

22 Siegfried Heimann: SPD und Friedensbewegung vor und während des ersten Weltkrieges, in: Ästhetik und Kommunikation akut. Bd. 9, Berlin 1982, S. 171-189, Zitat S. 174.

23 Jean-Jacques Becker/Gerd Krumeich: Der Große Krieg. Deutschland und Frankreich im Ersten Weltkrieg 1914–1918, Essen 2010, S. 79-103; allerdings organisierten auch die Organisationen der anderen Länder Protestkundgebungen, etwa in Großbritannien. Siehe dazu Jörn Wegner, Die Kriegs- und die Kolonialfrage, S. 297-303.

24 Siehe den Beitrag von Miloš Baković Jadžić im vorliegenden Band.

25 Arbeiter-Zeitung, 08.08.1914.

26 Arbeiter-Zeitung, 25.07.1914.

27 Arbeiter-Zeitung, 28.07.1914.

Einbindung der Arbeiterbewegung in die Gesellschaft, andere dagegen als einen schändlichen Verrat an den eigenen Prinzipien. Allerdings fiel diese Entscheidung im kleinen Kreis der höheren Funktionäre in Parteivorstand und Reichstagsfraktion. Die Basis wurde nicht einbezogen und sogar noch nicht einmal über die kontroversen Debatten innerhalb der Spitzengremien informiert. Die Gegner einer Zustimmung beugten sich dann der Fraktionsdisziplin, um die Einheit der Partei nicht zu gefährden. Zu diesen Gegnern gehörte auch der Berliner Reichstagsabgeordnete Arthur Stadthagen. Nachdem er fraktionsintern gegen eine Zustimmung aufgetreten war, votierte er im Reichstagsplenum dafür. Als Grund führte er neben der Wahrung der Parteieinheit außerdem an, man müsse sich gegen eine drohende russische Invasion verteidigen.<sup>28</sup> Mit dieser Haltung war Stadthagen durchaus exemplarisch für die Kriegskritiker in der Partei. All das war teilweise dem engen Zeitrahmen geschuldet. Aber es zeigte zugleich, wie selbstverständlich der Führungsanspruch der Funktionsträger selbst bei dieser fundamentalen Frage durchgesetzt wurde.

Hätte man sich dagegen im Sinne eines innerparteilichen Kompromisses wenigstens der Stimme enthalten, wäre der politische Spielraum in der Folgezeit zweifellos größer gewesen. Durch die letztlich erfolgte Zustimmung, faktisch ein Blankoscheck für die Regierung, büßte die SPD gegenüber ihren deutschen Anhängern und in der Internationale massiv an Glaubwürdigkeit ein. Die belgischen Sozialisten beispielsweise weigerten sich auch noch nach Kriegsende, mit Vertretern der SPD an einem Tisch zu sitzen.<sup>29</sup>

Unterstützung für ihre Politik kam allerdings aus Wien. Da das österreichische Parlament nicht zu einer vergleichbaren Abstimmung zusammentrat, diente die SPD der SDAP gewissermaßen als Stellvertreter. Der Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“, Friedrich Austerlitz, verfasste eine geradezu hymnische Lobrede auf deren Budgetbewilligung:

„Diesen Tag des 4. August werden wir nicht vergessen. [Er] wird in der Geschichte als ein Tag der stolzesten und gewaltigsten Erhebung des deutschen Geistes verzeichnet werden. [...] Und so zieht das deutsche Volk einig in den Kampf um die Bewahrung seines staatlichen und nationalen Daseins. Auf der anderen Seite elende Spekulationen, Schacherkoalitionen, denen jede sittliche Idee fehlt. Hier ein einig

<sup>28</sup> Siehe seine damals unveröffentlichte Erklärung, abgedruckt in: Holger Czitrich-Stahl (Hrsg.): Arthur Stadthagen. Ausgewählte Reden und Schriften 1890–1917, Frankfurt a.M. 2015, S. 222 f.

<sup>29</sup> Miller, Burgfrieden, S. 275-281.

kraftvoll bewegtes Volk; die Weltgeschichte müsste den Lauf rückwärts nehmen, wenn den Deutschen nicht ihr Recht würde!<sup>30</sup>

Diese Interpretation des Weltkriegs als eines Kampfes „deutschen Geistes“ gegen den niederen Materialismus der Entente war auch ein häufig bemühter Topos in den Stellungnahmen bürgerlicher Intellektueller.<sup>31</sup> Friedrich Adler dagegen war nicht nur Sohn des Parteigründers Victor Adler, sondern auch von Kriegsbeginn an der wichtigste Opponent gegen diese Linie. In einer Verteidigungsrede vor Gericht hielt er später fest:

„Die österreichische Sozialdemokratie hatte auf jede eigene Politik verzichtet, befand sich geradezu im Schlepptau der deutschen. Und so wurde die ganze Leidensgeschichte der deutschen Sozialdemokratie vom 4. August an auch zu der der österreichischen.“<sup>32</sup>

Diese Positionierung der Sozialdemokratie trug in beiden Ländern aber kaum Früchte. In Deutschland blieb es lange Zeit bei inhaltenden Versprechungen der Regierung, was innere Reformen anging. Wirkliche Zugeständnisse im Rahmen der Oktoberreform 1918 gab es erst, als das alte System unmittelbar vor der Kriegsniederlage stand. Noch rigider war das Verhalten der k.u.k.-Regierung. Basierend auf dem Kriegsleistungsgesetz von 1912 schränkte sie die freie Berufswahl schon kurz nach Kriegsbeginn erheblich ein. Außerdem ermöglichte dieses Regelwerk die Disziplinierung der Arbeiterschaft durch Strafen und die Einziehung unbotmäßiger Arbeiter zum Militärdienst. Schließlich wurde auch das konstitutionelle Element der k.u.k.-Verfassung geschwächt, da das Parlament erst 1917 wieder einberufen wurde. Die parlamentarische Vertretung der cisleithanischen Reichshälfte war ohnehin schon seit Jahren aufgrund der Nationalitätenkonflikte weitgehend paralysiert und trat seit dem Frühjahr 1914 nicht mehr zusammen. Das war auch der Grund, warum die beiden Kammern des Parlaments nicht über die Kriegskredite entschieden wie in Deutschland.

Es ist für beide Länder zumindest unwahrscheinlich, dass im Falle eines militärischen Sieges und dem damit verbundenen Prestigegewinn der alten Eliten

<sup>30</sup> Arbeiter-Zeitung, 05.08.1914.

<sup>31</sup> Herfried Münkler: Der große Krieg. Die Welt 1914–1918, Berlin 2013, S. 215-288; zur Haltung der Intellektuellen und Künstler im und zum Krieg allgemein Ernst Pieper: Nacht über Europa. Kulturgeschichte des Ersten Weltkriegs, Berlin 2013. Vor allem, aber nicht nur mit Blick auf die Nachkriegszeit hat Brian Murdoch die Antikriegsliteratur analysiert: Brian Murdoch: German Literature and the First World War. The Anti-War Tradition, London/New York 2016.

<sup>32</sup> Zitiert nach: Hans Hautmann (Hrsg.): Der Erste Weltkrieg und das Entstehen der revolutionären Linken in Österreich. Eine kommentierte Dokumentation, Wien 2014, S. 34.

tiefgreifende Reformen zu erwarten gewesen wären.<sup>33</sup> Umgekehrt ist natürlich auch fraglich, was auf ein Nein der Arbeiterbewegung gefolgt wäre. Ihre Unterdrückung war jedenfalls eine reale Gefahr. Das belegt das Beispiel der konsequent antimilitaristischen Freien Vereinigung, die im August 1914 verboten wurde und ebenso die Tatsache, dass viele Kriegsgegner später in Haft kamen.<sup>34</sup> Andererseits hätte eine glaubwürdig zu stärkerem Widerstand bereite Arbeiterbewegung in den kritischen Julitagen den Eliten eine Entscheidung für den Krieg massiv erschwert. Stattdessen bemühten sich Teile der Parteiführung jedoch erfolgreich, die Reichsregierung von der Loyalität der SPD zu überzeugen und entwerteten die breiten Proteste damit erheblich.

Die Burgfriedenspolitik als Einstellung sämtlicher innerer Kämpfe wirtschaftlicher oder politischer Art hatte sich trotz Vorbehalten durchgesetzt. Es zeigte sich, dass der entscheidende Bezugsrahmen sozialdemokratischer Politik die nationale Ebene blieb. Das galt insbesondere für den reformorientierten Flügel und die Reichstagsfraktion. Der Internationalismus erschien dagegen unverbindlich – und war es in der Praxis auch. Die Erwartung einer kommenden Weltrevolution stieß erst recht auf starke Skepsis.<sup>35</sup> Allerdings trafen solche Haltungen nicht auf alle Mitglieder und Anhänger zu, und je länger der Krieg andauerte, desto mehr wuchs der Widerstand. Dennoch: Internationalismus und Antimilitarismus versagten in dem Moment, als sie ihre wichtigste Bewährungsprobe zu bestehen hatten.<sup>36</sup>

33 Interessant in diesem Zusammenhang ist die Politik des preußischen Innenministers Loebell in Bezug auf die kommunalen Wahlbeamten. Diese bedurften einer obrigkeitlichen Bestätigung, die gewählten Sozialdemokraten aber vor 1914 verwehrt wurde. Reguläre Beamte durften sie ohnehin nicht werden. Eine vorsichtige Aufweichung der erstgenannten Regelung wurde dann 1915 im Kabinett ausdrücklich auf die Kriegszeit begrenzt; Loebell betonte gegenüber seinen Ministerkollegen, dass man nach dem Krieg wieder zur alten, restriktiven Handhabung zurückkehren könne. Siehe Peter Winzen: Die Brüchigkeit der Burgfriedenspolitik im Ersten Weltkrieg, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 2016, H. 4, S. 317-340.

34 Axel Weipert: Das Rote Berlin. Eine Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung 1830–1934, Berlin 2013, S. 118.

35 Auf dem Kongress der Zweiten Internationale in Basel 1912 wurde dagegen mit Recht darauf hingewiesen, dass der deutsch-französische Krieg 1871 zur Bildung der Pariser Kommune und der russisch-japanische Krieg 1905 zur ersten russischen Revolution geführt habe: Internationaler Sozialistenkongress Basel 1912, S. 26.

36 Werner Röhr betont ebenfalls das Versagen der SPD; er liefert eine dem orthodox-marxistischen Standpunkt verpflichtete Analyse, die aber in dieser Frage durchaus differenziert argumentiert, siehe Werner Röhr: Hundert Jahre deutsche Kriegsschulddebatte, Hamburg 2015, S. 220-240.

Es hat an hellstichtigen Warnungen vor einer solchen Entwicklung nicht gefehlt. So schrieb Gustav Landauer bereits Jahre vor dem Kriegsausbruch: „Auch heute schon steht es um die Machtverteilung in den verschiedenen Staaten Europas so, daß, wenn es einmal zum großen Weltkrieg kommt, die Sozialdemokratie ihr Teil Verantwortung dafür übernehmen muß und auch nach kurzem Schwanken übernehmen wird.“<sup>37</sup> Während das für Landauer einer Bankrotterklärung gleichkam, betonte der Parteivorsitzende Hugo Haase in der entscheidenden Reichstagsitzung am 4. August unter entgegengesetzten Vorzeichen: „Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich.“<sup>38</sup> Pikanterweise war Haase innerhalb der SPD-Fraktion einer der Gegner einer Zustimmung zu den Kriegskrediten. Er beugte sich jedoch der Mehrheit und wurde von dieser dann gedrängt, die Erklärung im Reichstag zu verlesen. Auf diese Weise wurden die fraktionsinternen Meinungsverschiedenheiten gegenüber der Öffentlichkeit und den eigenen Anhängern bewusst verschleiert. In ganz ähnlicher Stoßrichtung hatte der Österreicher Friedrich Austerlitz einen Tag später geschrieben: „Aber da das deutsche Volk in Gefahr, da die nationale Unabhängigkeit des Volkes bedroht [ist], tritt die Sozialdemokratie schützend vor die Heimat hin.“<sup>39</sup> Im Gegensatz zur Sozialdemokratie hielten die Syndikalisten der Freien Vereinigung aber an ihrer Vorkriegshaltung fest und versagten der Burgfriedenspolitik ihre Unterstützung.<sup>40</sup> Ihre wichtigste Hochburg war in dieser Zeit Berlin, doch auch dort waren sie zahlenmäßig weit schwächer als die Sozialdemokratie. Nach Thorpe stellten sich alle syndikalistischen Organisationen Europas mit Ausnahme der französischen eindeutig gegen den Krieg.<sup>41</sup> Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass ausgerechnet diesen konsequent internationalistischen Organisationen vor 1914 die Mitgliedschaft im Internationalen Gewerkschaftsbund verwehrt worden war.

37 Gustav Landauer: Rechenschaft, Berlin 1919, S. 70. Es handelt sich dabei um einen Nachdruck, verfasst wurde das Zitat bereits vor dem Krieg.

38 Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Berichte, Bd. 306, S. 9.

39 Arbeiter-Zeitung, 05.08.1914. Austerlitz war lange ein entschiedener Kriegsgegner gewesen, aber vertrat zugleich einen „deutschen Kulturnationalismus“. Siehe dazu Maderthaler, Kongress, S. 49.

40 Siehe den allerdings etwas resignierten Leitartikel in der letzten Ausgabe ihres Verbandsorgans vor dem Verbot: Fritz Kater: An unsere Gewerkschaftsossen! In: Die Einigkeit, 08.08.1914.

41 Wayne Thorpe: The European Syndicalists and War, 1914–1918, in: Contemporary European History, 2001, H. 1, S. 1-24.

## Die ersten Widerstandsaktionen

Bald nach Kriegsbeginn führte der Bedarf der Truppen nach Waffen und anderem Material zu einem Arbeitskräftemangel. Nun wurden von der Arbeiterschaft zahlreiche Überstunden geleistet und die Sonntagsarbeit wieder eingeführt. Aber selbst das reichte nicht aus, denn viele Beschäftigte waren als Soldaten eingezogen worden und fehlten in den Fabriken. Gerade in Wien und Berlin als wichtigen Standorten der Rüstungsindustrie arbeiteten jetzt stattdessen Frauen und Jugendliche. Ihre Löhne lagen aber auch dann spürbar unter denen ihrer männlichen Kollegen, wenn sie die gleichen Tätigkeiten verrichteten.

Ab Februar 1915 führte Berlin als erste deutsche Großstadt die Rationierung von Brot ein, andere Nahrungsmittel folgten.<sup>42</sup> Die Lebensmittelkarten reichten aber kaum aus, um den Bedarf zu decken. Viele begaben sich auf Hamsterfahrten ins nähere Umland, um an den Verteilungsbehörden vorbei direkt bei den Bauern einzukaufen. Die staatlich oder privat betriebenen Massenspeisungen waren dagegen unpopulär, denn mit zunehmender Kriegsdauer litt die Qualität der verabreichten Mahlzeiten erheblich.<sup>43</sup> Die Preise stiegen weitaus rascher als die Löhne, vor allem auf dem Schwarzmarkt. Je länger der Krieg andauerte, desto prekärer wurde die Lage.

In Wien war die Versorgungssituation allerdings noch dramatischer. Dort bekam man schon bald für die auch hier eingeführten Lebensmittelkarten nur noch 830 Kalorien täglich, während es in Deutschland etwa 1.400 Kalorien waren.<sup>44</sup> Das war auch darauf zurückzuführen, dass die Lieferungen aus den landwirtschaftlichen Überschussgebieten, insbesondere aus Ungarn, weit unter das Vorkriegsniveau sanken. Der Zusammenbruch des k.u.k. Eisenbahnsystems verschärfte die Lage weiter.<sup>45</sup> Darüber hinaus sammelten sich in Wien zahlreiche

42 Zum Zusammenhang von Versorgungssituation, Protesten und staatlichem Handeln in Berlin siehe Belinda Davis: *Home fires burning. Food, politics and everyday life in World War I Berlin*, Chapel Hill/London 2000.

43 Jenny Seyffarth: *Die Berliner Volks- und Kriegsküchen im Ersten Weltkrieg*, in: *Mitteilungen des Vereins für die Geschichte Berlins*, 2014, H. 1, S. 307-316.

44 Holger Herwig: *The First World War. Germany and Austria-Hungary 1914–1918*, London u.a. 2014, S. 231 und 367. In London und Paris konnte die Versorgung auf einem deutlich höheren Niveau gehalten werden. Zur Rationierung kam es erst im letzten Kriegsjahr, und selbst dann war die Lebensmittelversorgung quantitativ und qualitativ besser. Siehe dazu Maureen Healy: *Vienna and the fall of the Habsburg Empire. Total war and everyday life in World War I*, Cambridge 2004, S. 44.

45 Herwig, *First World War*, S. 231 f.

Flüchtlinge aus den umkämpften Grenzregionen an der russischen und italienischen Front.<sup>46</sup>

Zur unzureichenden Ernährung kam noch der Mangel an Kleidung und Kohle; zugleich stieg die Arbeitsbelastung enorm. Karl Retzlaw, Arbeiter in einer Berliner Rüstungsfabrik, erinnerte sich:

„Die Arbeitsverhältnisse waren so, wie sie im Frühkapitalismus gewesen sein mögen. Immer war 'etwas los'. Besonders in den Nachtschichten. Keine Nacht ohne Zusammenbruch einer oder mehrerer Frauen an den Maschinen, infolge Erschöpfung, Hunger, Krankheit. [...] In der Kantine gab es zwölfmal in der Woche, mittags und mitternachts, Kohlrüben; manchmal mit, meistens ohne Kartoffeln.“<sup>47</sup>

Vor den Lebensmittelläden bildeten sich lange Schlangen, die sogenannten „Lebensmittelpolonaisen“. Ein Berliner Polizist berichtete seinen Vorgesetzten:

„An den Verkaufsstellen der in den Arbeitervierteln gelegenen Markthallen und Lebensmittelgeschäften lassen sich mitunter Wahrnehmungen machen, die sehr zu denken geben. Sobald zum Beispiel irgendein notwendiges Lebensmittel eine weitere, teilweise wucherische Preissteigerung erfahren hat, stehen die wartenden Arbeiterfrauen in kleineren und größeren Gruppen herum und geben ihrem Unwillen in lebhafter Weise untereinander Ausdruck. Es herrscht hierbei eine äußerst gereizte Stimmung [...] und die Maßnahmen der Regierung erfahren häufig eine recht gehässige Kritik.“<sup>48</sup>

In der Donaumetropole waren ganz ähnliche Entwicklungen zu beobachten, wie aus einem Polizeibericht vom September 1916 hervorgeht: „Der andauernde Mangel gerade an den wichtigsten Lebensmitteln, wie Brot und Kartoffeln, Mehl etc. hat [...] in einigen Bezirken zu äusserst erregten Sturmszenen der Unbefriedigten und zu Demonstrationsumzügen kleineren Stils geführt.“<sup>49</sup>

Die Warteschlangen dienten als Verstärker der Unzufriedenheit. Nicht von ungefähr nahmen viele Proteste hier ihren Anfang. Zahlreiche Frauen stürmten beispielsweise am 14. Oktober 1915 ein Buttergeschäft in der Berlin-Friedrichshainer Barnimstraße, das gerade die Preise angehoben hatte. Den ganzen Monat

46 Healy, *Vienna*, S. 5.

47 Karl Retzlaw: *Spartakus. Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters*, Frankfurt a.M. 1971, S. 72.

48 Volker Ullrich: *Kriegsalltag. Zur inneren Revolutionierung der Wilhelminischen Gesellschaft*, in: Wolfgang Michalka (Hrsg.): *Der Erste Weltkrieg. Wirkung Analyse Wahrnehmung*, Weyarn 1997, S. 601-621, hier S. 608.

49 Veronika Helfert: 'Unter Anführung eines 13jährigen Mädchens'. Gewalt und Geschlecht in unorganisierten Protestformen in Wien während des Ersten Weltkrieges, in: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 2014, H. 2, S. 66-82, hier S. 66.

hindurch kam es in den Arbeitervierteln des Berliner Ostens zu über fünfzig ähnlichen Vorfällen, an denen bis zu tausend Personen teilnahmen. Die erzwungenen Ansammlungen dienten demnach zugleich als Gegenöffentlichkeit. Ein wichtiger Aspekt der Proteste war generell ihre öffentliche Wahrnehmung. Diese wurde in beiden Städten durch die Zensur stark behindert. Über vieles wurde in den Zeitungen schlicht nicht berichtet, umso wichtiger waren die Mund-zu-Mund-Propaganda oder andere Formen der Gegenöffentlichkeit, wie sie sich in den Warteschlangen vor Geschäften bildete.

Unter die Zensur, ausgeübt vom Kriegsüberwachungsamt, fielen in Österreich beispielsweise Kritik an Dynastie, Regierung, Armee und Bürokratie sowie die Behandlung der Friedensfrage.<sup>50</sup> Explizit verboten waren auch Berichte über Streiks, Hungerunruhen und die Thematisierung demokratischer Reformen. Es liegt auf der Hand, dass mit diesem umfangreichen Katalog praktisch alle Formen des Widerstands erfasst wurden. In Deutschland war die Zensur weniger strikt. Daher lasen viele Österreicher auch deutsche Zeitungen. Allein die kriegskritische Bremer „Arbeiterpolitik“ belieferte etwa 200 Abonnenten im Nachbarland.<sup>51</sup> Allerdings untersagte das Kriegsüberwachungsamt ab Mai 1917 den Import deutscher Blätter und intensivierte die Briefzensur für Sendungen aus Deutschland.<sup>52</sup>

Das heißt aber im Umkehrschluss nicht, dass in Deutschland keine Zensur stattfand. Offiziell waren zwar im Rahmen des Belagerungszustands nur Nachrichten mit militärischem Informationswert davon betroffen. Doch was diesem Kriterium entsprach war letztlich Ansichtssache und wurde von den einzelnen Zensoren auch sehr unterschiedlich gehandhabt. So sind speziell für Berlin zahlreiche willkürliche Entscheidungen dokumentiert, die zudem die linke Presse härter trafen als bürgerliche Medien.<sup>53</sup> Einen aufsehenerregenden Sonderfall stellte der „Vorwärts-Raub“ im Jahr 1916 dar.<sup>54</sup> Der SPD-Parteivorstand hatte unter Mithilfe des regionalen Militärbefehlshabers das kriegskritische Blatt von der Berliner Parteiorganisation übernommen. Anschließend entließ er die ihm

50 Jürgen Wilke: *Presseanweisungen im zwanzigsten Jahrhundert. Erster Weltkrieg-Drittes Reich-DDR*, Köln 2007, S. 46-50.

51 Diese Zahl nannte Franz Koritschoner, zitiert in Hautmann, *Erste Weltkrieg*, S. 55.

52 Manfred Rauchensteiner: *Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie 1914–1918*, Wien u.a. 2013, S. 734.

53 Siehe dazu die Beispiele, die der Berliner Abgeordnete und Vorwärts-Redakteur Stadthagen in seiner Reichstagsrede vom 20. März 1915 anführte: *Verhandlungen des Reichstags*, Bd. 306, S. 97-106.

54 Weipert, *Rote Berlin*, S. 128 f.

unliebsamen Redakteure und ersetzte sie durch eine neue Redaktion, die nun seine Burgfriedenspolitik unterstützte.

Eine spezielle Form der Gegenöffentlichkeit, die in Deutschland weit verbreitet war, stellten handschriftliche Parolen auf Banknoten dar. Für die Jahre 1917 und 1918 beispielsweise sind Aufschriften wie „Kein Frieden ohne Revolution!“, „Macht es wie in Rußland, dann haben wir Frieden“ oder „Soldaten desertiert“ dokumentiert.<sup>55</sup> So konnte mit wenig Aufwand und Risiko eine große Zahl an Personen erreicht werden. Die Behörden registrierten diese Entwicklung aufmerksam und bemühten sich in Zusammenarbeit mit den privaten Banken, solche Banknoten möglichst rasch aus dem Verkehr zu ziehen.

Die Zuspitzung der Versorgungslage konnte nicht ohne Auswirkungen auf die Arbeiterbewegung bleiben.<sup>56</sup> Im selben Maß wie die Not nahm daher die Bereitschaft zu, mit Streiks und anderen Aktionen die soziale Lage zu verbessern. Zunächst kam es in einzelnen Berliner Betrieben zu spontanen Arbeitsniederlegungen, dann immer besser vernetzt und breiter. Das geschah gegen den Willen der Gewerkschaftsführer, die im Zeichen des Burgfriedens alle Konflikte auf dem Verhandlungsweg lösen wollten. Die ersten wilden Streiks fanden im Oktober 1914 statt, vor allem in der Metallindustrie. Diese Branche profitierte besonders von den Rüstungsaufträgen, weshalb die Unternehmer hohe Gewinne erwirtschafteten und zugleich an einer reibungslosen Produktion interessiert waren. Deshalb kamen sie den Arbeitern oft entgegen. Teilweise wurden die Ausstände aber auch mit Entlassungen der „Rädelsführer“ beantwortet. Abgesehen von einigen Facharbeitern in der Rüstungsbranche sanken die Reallöhne aber insgesamt deutlich ab. In Wien blieb es in den ersten Kriegsjahren ruhiger, zu Streiks kam es fast gar nicht.<sup>57</sup> Erst ab 1916 nahmen auch hier die Auseinandersetzungen an Schärfe zu, der Burgfrieden wurde erst später als in Berlin offen infrage gestellt.

Aufgrund des Belagerungszustands regte sich in beiden Städten nur langsam Protest in der Öffentlichkeit. Dabei verbanden sich wirtschaftliche mit politischen Forderungen. Getragen wurden die Aktionen vielfach von Frauen. Am 18. März und 28. Mai 1915 demonstrierten jeweils hunderte Arbeiterinnen vor dem Berliner Reichstag und forderten in Sprechchören: „Wir wollen Frieden und

55 Landesarchiv Berlin, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 15803, Bl. 64, 68, 84.

56 Jürgen Kocka: *Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918*, Göttingen 1978, S. 13-19; Schröder, *Arbeiterbewegung*, S. 574-584.

57 Margarete Grandner: *Hungerstreiks, Rebellion, Revolutionsbereitschaft*, in: Pfoser/Weigl 2013, S. 558-565, hier S. 560. Das betont auch Helfert, *Anführung*, S. 67.

unsere Männer zurückhaben! Wir wollen Brot für unsere Kinder!<sup>58</sup> Ein weiterer Fall ereignete sich am 25. November 1917, als sich an verschiedenen Orten des Stadtzentrums sowie in Kreuzberg und Neukölln insgesamt mehrere tausend Anhänger der USPD versammelten und ein Ende des Krieges verlangten.<sup>59</sup> Die Kundgebungen wurden teils unter Waffeneinsatz von der Polizei beendet.

Helfert betont mit Recht, dass sich soziale und politische Proteste kaum trennen lassen. Denn auch die spontanen Hungerunruhen richteten sich oft an klar identifizierbare Adressaten. Beispielsweise marschierte im Herbst 1916 eine größere Zahl Jugendlicher und Frauen vor das Kriegsministerium an der Wiener Ringstraße, um ihren Unmut kundzutun.<sup>60</sup> In anderen Fällen zogen sie vor die Bezirksmagistrate oder das Wiener Rathaus.<sup>61</sup> Spontane Proteste in Notzeiten, oft verbunden mit Plünderungen als unmittelbarer Selbsthilfe, waren in Berlin keineswegs ein neues Phänomen. Zu ähnlichen Reaktionen auf als ungerechtfertigt empfundene Preissteigerungen bei Lebensmitteln kam es beispielsweise schon 1847 im Zuge der „Kartoffelrevolution“ oder 1912 bei der Weddinger Fleischrevolte.<sup>62</sup> In vielen Fällen waren auch hier Frauen die Hauptakteure.

Karl Liebknecht war der wohl bekannteste Wortführer der Antikriegspolitik in Deutschland, vor allem wegen seiner aufsehenerregenden Ablehnung der Kriegskredite.<sup>63</sup> Er legte aber auch großen Wert auf außerparlamentarische

58 Je ein Bericht zu den Ereignissen aus Sicht der Polizei und der Gruppe Internationale (ein Vorläufer des Spartakusbunds) sind abgedruckt in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 1, Berlin 1958, S. 112 und 167 f. Siehe außerdem: Ruth Glatzer/Dieter Glatzer: Berliner Leben 1914–1918. Eine historische Reportage aus Erinnerungen und Berichten, Berlin 1983, S. 213 f.

59 Siehe dazu die divergierenden Sichtweisen im Bericht des Polizeipräsidenten in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 2, Berlin 1957, S. 28–30, sowie im Vorwärts, 26.11.1917.

60 Helfert, *Anführung*, S. 66.

61 Ebenda, S. 72.

62 Weipert, *Rote Berlin*, S. 14–16 und S. 111–113. Thompson interpretierte, allerdings in deutlich anderem historischen Zusammenhang, derartige Praktiken als Teil einer tief verwurzelten „moral economy of the poor“, die daher mehr seien als lediglich „rebellions of the belly“. Allerdings spricht Thompson den – ebenfalls häufig weiblichen – Akteuren eine politische Haltung „in any advanced sense“ ab. Davon unbenommen konstatierte er, dass sie keineswegs nur irrationale Ausbrüche von Volkszorn seien. Vielmehr handelte es sich dabei um durchaus erfolgreiche Strategien, die durch ihre bloße Androhung auch indirekt wirksam waren. Siehe Edward Thompson: *The moral economy of the English crowd in the eighteenth century*, in: *Past & Present*, 1971, Nr. 50, S. 76–136, Zitate S. 77 und 79.

63 Richard Müller: *Vom Kaiserreich zur Republik*. Bd. 1, Wien 1924, S. 62–66.

Aktionen, etwa am symbolträchtigen 1. Mai 1916. Die Veranstaltung auf dem Potsdamer Platz lief jedoch anders als geplant; bereits unmittelbar nach seiner Ankunft wurde Liebknecht verhaftet. Im Tumult hatte er lediglich einige Sätze gegen Krieg und Regierung ausrufen können, dann wurde er abgeführt.

Während der Gerichtsverhandlung gegen Liebknecht kam es zu mehreren Solidaritätsstreiks, die allerdings seine Verurteilung nicht verhindern konnten. Allein am 28. Juni 1916 streikten in Berlin über 50.000 Arbeiter. Federführend organisiert wurde die Aktion von den revolutionären Obleuten, die bei dieser Gelegenheit erstmals in Erscheinung traten. Von besonderer Bedeutung war der Streik deshalb, weil es sich nicht mehr um eine wirtschaftliche, sondern um eine eindeutig politische Aktion handelte. Die organisierte Arbeiterbewegung hatte politische Streiks häufig mit unverhohlener Skepsis beurteilt. Nun vollzog sich ein solcher von unten, gegen den Willen der Gewerkschaftsführer. Diese warnen umgehend im Sprachrohr der gewerkschaftlichen Generalkommission, dem „Correspondenzblatt“, vor anonymen „Protest- und Generalstreikapostel[n]“.<sup>64</sup>

Friedrich Adler kam in Österreich eine in mancher Hinsicht ähnliche Funktion wie Liebknecht als Symbolfigur der Antikriegsbewegung zu. Er hatte sich nicht nur von Anfang an gegen den Krieg gewandt, er sprach sich auch für eine illegale Taktik aus. Damit stand er in klarem Widerspruch zur Haltung der SDAP, der es vor allem um den Schutz ihrer Organisation ging. Seine Isolation in der Partei führte ihn dann zu einer spektakulären Verzweiflungstat, als er im Oktober 1916 den allseits verhassten Ministerpräsidenten Karl Graf Stürgkh erschoss. Damit wollte er ein Fanal gegen den Krieg setzen und zugleich den Widerstand anderer ermutigen. Auch während seiner Gerichtsverhandlung kam es zu spontanen Solidaritätsdemonstrationen. Der wesentliche Unterschied zwischen Liebknecht und Adler lag aber darin, dass sich der Deutsche auf eine breite und wachsende Basis stützen konnte und daher auf Massenaktionen setzte. Adler dagegen glaubte aufgrund seiner Isolation, nur noch mit individuellem Terror Wirkung erzielen zu können.

Im Krieg gab es weiter Parteiversammlungen der Sozialdemokraten, auf denen kontrovers zur politischen Lage Stellung genommen wurde.<sup>65</sup> Nach ihrer anfänglichen Schockstarre im Gefolge der Zustimmung zu den Kriegskrediten

64 Correspondenzblatt, 29.07.1916.

65 Bericht des Berliner Polizeipräsidiums vom 10. September 1914, abgedruckt in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 1, Berlin 1958, S. 30.

gewann die Opposition in Berlin allmählich Oberwasser.<sup>66</sup> Der Abgeordnete Eduard David, ein klarer Befürworter des Burgfriedens, schrieb schon Ende 1914 in sein Tagebuch:

„Versammlung der Charlottenburger Funktionäre, Karl Liebknecht Referent, ich Korreferent über die Frage der Kreditbewilligung. [...] Der Eindruck ist niederschmetternd. [...] Es sind im Grunde Anarchosozialisten, die den Generalstreik gegen den Krieg als die richtige Taktik bezeichnen und auf dem rabiatesten Standpunkt der außerparlamentarischen Aktion stehen, jede Errungenschaft auf dem Wege der Reform belächeln und verkleinern, alle Hoffnung auf den großen Tag setzen. [...] Ich verlasse den Schauplatz dieses vergeblichen Kampfes mit der festen Überzeugung: die Partei wird auseinanderreißen. Es ist kein gemeinsamer Boden mehr da.“<sup>67</sup>

Der organisatorische Bruch kam allerdings nicht mit einem Schlag, vielmehr entwickelte er sich in einer Reihe von Etappen. Gerade in den ersten Kriegsmontaten spielten verschiedene kleinere Zirkel von oppositionellen Berliner Sozialdemokraten eine wichtige Rolle.<sup>68</sup> Sie versandten beispielsweise kritische Referentenmaterialien, planten Auftritte auf Parteiversammlungen und diskutierten die politische Lage. Die Obrigkeit versuchte teils mit Erfolg, eine Verbreitung oppositioneller Agitationsmaterialien zu unterbinden und betonte in diesem Zusammenhang, dass viele illegale Aktivitäten in Berlin organisiert wurden.<sup>69</sup> Ein Beispiel für den zunehmenden Unmut an der Basis war ein bezeichnendes Ereignis am 28. Oktober 1915.<sup>70</sup> An diesem Tag versammelten sich führende Funktionäre der SPD in der Parteizentrale. Zeitgleich demonstrierten gut 200 sozialdemokratische Frauen vor dem Haus und protestierten gegen die massive Verteuerung der Nahrungsmittel. Doch die Funktionäre weigerten sich zunächst, eine Delegation der Frauen zu empfangen. Daraufhin stürmten diese kurzerhand das Besprechungszimmer und zogen dann lautstark, aber unverrichteter Dinge

66 Ottokar Luban: Der Kampf der Berliner SPD-Basis im ersten Kriegsjahr gegen die Kriegskreditbewilligung, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2014, H. 2, S. 53-65.

67 Eduard David: Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914 bis 1918. Bearb. von Susanne Miller/Erich Matthias, Düsseldorf 1966, S. 84 f.

68 Luban, Kampf, S. 60-64.

69 Siehe dazu einen Bericht des regionalen Oberkommandos in den Marken vom 20. September 1915: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Band 1, Berlin 1958, S. 241 f.

70 Robert Scholz: Ein unruhiges Jahrzehnt. Lebensmittelunruhen, Massenstreiks und Arbeitslosenkrawalle in Berlin 1914-1923, in: Manfred Gailus (Hrsg.): Pöbelexzesse und Volkstumulte in Berlin. Zur Sozialgeschichte der Straße (1830-1980), Berlin 1984, S. 79-123, hier S. 85 f.

wieder ab. Offenbar war es nicht mehr möglich, zwischen beiden Seiten eine Verständigung zu erreichen: Die einen sahen ihre Belange nicht ernst genommen, die anderen wollten sich nicht in ihren Beratungen stören lassen.

Insgesamt gelang es dem linken Parteiflügel zunehmend erfolgreich, trotz der Niederlage vom 4. August 1914 eine Gegenposition zum Burgfriedenskurs aufzubauen. Die Berliner Sozialdemokraten traten dann bei der Gründung der kriegskritischen USPD mehrheitlich in diese über, im Juli 1917 zählte sie hier 28.000 Mitglieder.<sup>71</sup> Lediglich rund 6.500 Mitglieder blieben dagegen dem rechten Flügel treu, der eine neue SPD-Bezirksorganisation aufbauen musste.

Auch in den Gewerkschaften bildete sich eine Opposition. Das begann bereits kurz nach Kriegsbeginn und steigerte sich schließlich zu einer machtvollen Bewegung. Ausdruck und zugleich Taktgeber dieser Entwicklung waren die revolutionären Obleute.<sup>72</sup> Zunächst bildeten sie einen informellen Kreis innerhalb der Metallgewerkschaft (DMV). Sie waren in der Regel qualifizierte Facharbeiter und schon vor dem Krieg in der Arbeiterbewegung tätig gewesen. Um einen kleineren Kern gruppierten sich mehrere tausend Vertrauensleute in den Berliner Betrieben, vor allem in den großen Fabriken der Rüstungsindustrie. Ihre Stärke beruhte auf der engen Verbindung mit der Arbeiterschaft.<sup>73</sup> Anders als die alten Gewerkschaftsfunktionäre traten sie für eine Verbindung von ökonomischen und politischen Kämpfen ein, denn beides war ihrer Meinung nach untrennbar verknüpft.

Die Demonstrationen und Streiks der Obleute nahmen ihren Anfang direkt in den Fabriken. Damit grenzten sie sich von der USPD ab, der sie zwar meist angehörten, deren parlamentarisch ausgerichtete Politik ihnen jedoch nicht ausreichend erschien. Die feste Verankerung in den Betrieben führte außerdem dazu, dass sie auf die Stimmungen und Wünsche der Arbeiterschaft besonders sensibel reagierten. Sie etablierten damit ein System, das basisdemokratische Elemente mit einer angesichts des Krieges notwendigen Geheimhaltung verband. Aktionen mussten dabei stets gründlich vorbereitet, die Massen immer erst überzeugt werden, bevor man losschlug. Hier ergab sich wiederum eine Differenz zur Spartakusgruppe, die mit ihren permanenten und bisweilen hektischen Aufrufen wenig Erfolg hatte. Trotz der Vorbehalte gegenüber den linken Parteien arbeiteten

71 Weipert, Rote Berlin, S. 126-130.

72 Müller, Kaiserreich; Peter von Oertzen: Betriebsräte in der Novemberrevolution. Berlin u.a. 1976, S. 71-78.

73 Müller, Kaiserreich, S. 125 f.

die Obleute aber mit ihnen zusammen. Das galt ganz besonders für die größten Aktionen, die beiden Massenstreiks in den letzten Kriegsjahren.

In Wien bzw. Österreich kam es dagegen nicht zu einer Parteispaltung. Einerseits war die Führung nicht durch eine formale Zustimmung zu den Kriegskrediten diskreditiert. Wichtiger aber war, dass sie die Unzufriedenheit in Friedensversammlungen kanalisierte. So etwa am 11. November 1917. Im Wiener Konzerthaus kamen gut 3.000 Anhänger zusammen, weitere 15.000 befanden sich vor dem Gebäude.<sup>74</sup> Die Veranstaltung selbst verlief in ruhigen Bahnen, einige hundert Teilnehmer zogen dann aber gegen den ausdrücklichen Willen der Parteiführung vor das Kriegsministerium und riefen „Nieder mit dem Krieg!“

Insgesamt hatten die radikalen Kriegsgegner in Österreich eine schwächere Stellung als ihre deutschen Pendanten. Das galt ebenso für die Gewerkschaften, wenngleich auch hier der Protest wuchs. Die Polizeidirektion Wien wusste Ende 1917 zu berichten: „In Gewerkschaftsversammlungen werden Stimmen der Unzufriedenheit mit den Vertrauensmännern laut. Den Gewerkschaftsführern wird vorgeworfen, dass sie und die politische Partei ihre Pflicht gegenüber der Arbeiterschaft nicht erfüllt hätten und die Arbeiterschaft gezwungen sein werde, zur Selbsthilfe zu schreiten.“<sup>75</sup> Was fehlte, war nicht zuletzt ein tragfähiges organisatorisches Gerüst wie die USPD oder die revolutionären Obleute. Zumindest eine Keimzelle stellte der Wiener Arbeiterbildungsverein „Karl Marx“ dar.<sup>76</sup> Er wandte sich zunehmend der Antikriegsagitation zu und diente zugleich als Sammelbecken verschiedener Strömungen. Friedrich Adler spielte dort eine Rolle, aber auch der spätere Kommunist Franz Koritschoner und der Syndikalist Leo Rothziegel. Nach Adlers Attentat wurde der Verein aber rasch verboten und aufgelöst.

## Die Massenstreiks gegen den Krieg

Im Februar 1917 war in Russland eine Revolution ausgebrochen. Das hatte eine doppelte Signalwirkung für die Mittelmächte: Einmal, weil nun die russische Autokratie als Kriegsgegner wegfiel, aber auch als Ansporn, nun im eigenen

<sup>74</sup> Siehe dazu den Bericht des Wiener Polizeipräsidenten, abgedruckt in: Hautmann, Erste Weltkrieg, S. 76.

<sup>75</sup> Bericht der Polizeidirektion Wien an das Ministerium des Innern. Zitiert nach: Hautmann, Erste Weltkrieg, S. 84.

<sup>76</sup> Siehe zum Verein die Darstellung von Franz Koritschoner, abgedruckt in: Hautmann, Erste Weltkrieg, S. 48-52.

Land demokratische Reformen zu fordern.<sup>77</sup> Unmittelbarer noch wirkten jedoch der Hunger und eine allgemeine Friedenssehnsucht auf die Haltung der Arbeiterschaft.

All das führte in Berlin und Wien in den Jahren 1917 und 1918 zu einer Reihe von Massenstreiks. Diese zeichneten sich dadurch aus, dass sie nicht von den Zentralinstanzen der Parteien und Gewerkschaften initiiert wurden. Vielmehr waren es Aktivisten an der Basis, die hier eine zentrale Rolle spielten. Dennoch waren die Großorganisationen involviert, teilweise gelang es ihnen sogar, sie nach ihrem Beginn unter Kontrolle zu bekommen. In Berlin kam es im April 1917 und Ende Januar 1918 zu zwei großen Streikbewegungen. In Wien waren es sogar drei: im Mai 1917, Mitte Januar 1918 und dann nochmals im Juni desselben Jahres.

Die Berliner Obleute gaben 1917 die Streiklösung aus, eine große Versammlung der Metallergewerkschaft bestätigte das.<sup>78</sup> Am nächsten Tag, dem 16. April, setzte der Generalstreik mit voller Wucht ein. In 300 Rüstungsbetrieben und anderen Unternehmen wurde die Arbeit niedergelegt, 300.000 Beschäftigte beteiligten sich. Meist verlangte man eine bessere Ernährung, kürzere Arbeitszeiten und höhere Löhne. Dennoch formulierten die Beschäftigten in einigen Betrieben auch grundlegendere Ziele wie Frieden oder sogar Sturz der Regierung. Allerdings blieben die Anliegen unerfüllt. Es kam lediglich zu dem unverbindlichen Versprechen, die Ernährungslage zu verbessern. In den meisten Fabriken wurde schon nach einigen Tagen wieder gearbeitet. Hinzu trat eine beispiellose Verhaftungswelle und die Armee zog zahlreiche Aufrührer zum Militärdienst ein. Das Ergebnis war eine nahezu vollständige Niederlage. Dennoch hatten sich die Obleute als Organisatoren bewährt, und erstmals waren Räte als Vertreter der Belegschaften gewählt worden.

Der Wiener Maistreik 1917 begann als Arbeitsniederlegung von Arbeiterinnen einer Granatenfabrik, binnen kurzem standen allein in der Hauptstadt über 40.000 Beschäftigte im Ausstand.<sup>79</sup> Anders als in Berlin konnten einige Forderungen durchgesetzt werden, beispielsweise eine Kürzung der Arbeitszeiten und Lohnerhöhungen. Auf einzelnen Flugblättern war sogar in Anspielung auf die Februarrevolution „lernt russisch“ zu lesen.

Im Januar 1918 kam es in beiden Städten wieder zu einer großen Massenbewegung. Die Versorgungslage war inzwischen ebenso wie die Stimmung schlechter

<sup>77</sup> Siehe dazu die differenzierte Darstellung von Rauchensteiner, Erste Weltkrieg, S. 719-734.

<sup>78</sup> Miller, Burgfrieden, S. 290-296; Schröder, Arbeiterbewegung, S. 623-629; Müller, Kaiserreich, S. 78-85.

<sup>79</sup> Grandner, Hungerstreiks, S. 562 f.

geworden. Vor allem aber war ein Ende des Krieges noch immer nicht absehbar. Das lastete man nicht zuletzt dem aggressiven Vorgehen der auch politisch einflussreichen deutschen Obersten Heeresleitung an, die die Friedensverhandlungen mit Sowjetrußland verschleppte und eine ausgreifende Annexionspolitik vertrat.

Nach ersten Arbeitsniederlegungen im Umland hatte die Bewegung auf Wien übergegriffen.<sup>80</sup> Auf dem Höhepunkt des „Jännerstreiks“ standen 113.000 Wiener im Streik, in ganz Österreich-Ungarn etwa 700.000 Beschäftigte. Betroffen waren neben den Großbetrieben der Rüstungsindustrie auch die Eisenbahnen und Druckereien, tagelang konnten keine Zeitungen erscheinen. Außerdem fanden Demonstrationen und Lebensmittelplünderungen statt. Nur mit Mühe gelang es der Sozialdemokratie, im Wiener Arbeiterrat eine Mehrheit für einen Streikabbruch zu organisieren. Nach sechs Tagen beschloss dieser am 21. Januar die Arbeitsaufnahme. Auch aufgrund der langwierigen Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk forderte die SDAP nun vehement einen sofortigen Friedensschluss, konnte aber in dieser Frage wie auch in Bezug auf weitere Forderungen nach politischen Reformen und verbesserter Versorgung nur letztlich unerfüllte Versprechen der Regierung erreichen.

Hinzu kam, dass der Aufstand in der k.u.k.-Marinebasis Cattaro – etwa 5.000 Matrosen hatten ihre Offiziere verhaftet und forderten eine bessere Verpflegung sowie das Ende des Krieges – erst einige Tage später einsetzte und daher dem Streik keinen neuen Schwung verleihen konnte.<sup>81</sup> Er wurde ohnehin erst im Herbst 1918 einer breiteren Öffentlichkeit bekannt.<sup>82</sup> Die Unzufriedenheit der Massen richtete sich aber nicht nur gegen die Regierung und die Eliten, sondern auch gegen Kriegsflüchtlinge, Juden und deutschen Staatsbürger in der Stadt.<sup>83</sup> Gerade die Juden wurden häufig für die unzureichende Lebensmittelversorgung verantwortlich gemacht.

Im Berliner Januarstreik spielten erneut die Obleute die entscheidende Rolle.<sup>84</sup> Wie der Wiener Franz Koritschoner berichtete, war aus Wiener Neustadt eine

80 Grandner, Hungerstreiks, S. 563 f.; Herwig, First World War, S. 351-353; Gerd Krumeich: Januarstreiks, in: Ders./Gerhard Hirschfeld/Irina Renz (Hrsg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg, Paderborn 2014, S. 591-593.

81 Simon Loidl: 'Zweieinhalb Tage waren wir frei'. Zur literarischen und politischen Rezeption von Cattaro in Österreich, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2014, H. 3, S. 131-151.

82 Arbeiter-Zeitung, 19.10.1918.

83 Herwig, First World War, S. 353.

84 Müller, Kaiserreich, S. 100-111; Wilhelm Dittmann: Erinnerungen. Bd. 2, Frankfurt a.M. 1995, S. 525-532; Volker Ullrich: Die nervöse Großmacht. Aufstieg und Untergang

Delegation der Streikenden nach Berlin entsandt worden.<sup>85</sup> Der Kampf in Österreich war in jedem Fall bekannt, denn der Berliner Arbeiterrat erwähnte ihn in einem Flugblatt explizit.<sup>86</sup> In einem Aufruf der Spartakusgruppe wiederum hieß es: „Arbeiterinnen und Arbeiter! Was unsere österreichisch-ungarischen Brüder angefangen haben, das müssen wir vollenden!“<sup>87</sup> Wichtigstes Ziel war ein schneller Friede ohne Eroberungen, der unter Beteiligung von Arbeiterdelegierten ausgehandelt werden sollte.<sup>88</sup> Eine verbesserte Lebensmittelversorgung spielte ebenfalls eine wichtige Rolle. Ferner forderte man noch politische Veränderungen, etwa die Aufhebung des Belagerungszustands und eine weitgehende Demokratisierung des Staates. Offenkundig waren die Forderungen nun politischer als noch im April 1917, sicher ein Beleg für die seither gewachsene Unzufriedenheit. Es ist auch festzuhalten, dass die Forderungen in wichtigen Punkten mit jenen der Österreicher übereinstimmten.

Zur Durchsetzung glaubte man – ebenso wie in Wien – auf die Arbeiterparteien angewiesen zu sein. Deshalb wurden je drei Funktionäre der USPD und SPD in die Streikleitung aufgenommen. Damit war die SPD-Führung in eine heikle Lage geraten: Einerseits sah sie die Forderungen als berechtigt an, andererseits wollte sie den Streik schnellstmöglich beenden, um Deutschlands Verhandlungsposition bei künftigen Friedensgesprächen nicht zu schwächen und sich selbst den bürgerlichen Kräften als respektabler Partner zu präsentieren.

Die Regierung verweigerte sich abermals direkten Verhandlungen mit den Arbeitern. Als sich der Streik in Berlin auf eine halbe Million Beteiligte ausweitete und es in anderen Städten zu vergleichbaren Aktionen kam, setzte sie auf eine schonungslose Unterdrückung. Noch einmal gelang es dem kaiserlichen Staat, die Oberhand zu behalten.

Zu einem letzten großen Streik vor der Revolution kam es in Wien im Juni 1918.<sup>89</sup> Eine erneute Senkung der Lebensmittelrationen veranlasste 48.000 Beteiligte zu einer Arbeitsniederlegung. Erneut wirkten SDAP, Arbeiterrat und

des deutschen Kaiserreichs 1871–1918, Frankfurt a.M. 2007, S. 530-536; Heinz Habedank u.a.: Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung. Bd. 2, Berlin 1987, S. 11-17.

85 Siehe dessen spätere Darstellung, abgedruckt in Hautmann, Erste Weltkrieg, S. 90.

86 Müller, Kaiserreich, S. 204 f.

87 Ebenda, S. 202 f.

88 Vorwärts, 29.1.1918.

89 Grandner, Hungerstreiks, S. 564 f.; Hautmann, Erste Weltkrieg, S. 104.

Gewerkschaften beruhigend auf die Streikenden ein. Die Anführer wurden verhaftet und Militär in die Hauptstadt verlegt.

### Berlin und Wien im Vergleich

Die hier geschilderten Entwicklungen lassen eine Reihe von Schlussfolgerungen über die Antikriegsproteste an der Heimatfront in Wien und Berlin zu. Dabei soll es hier um die Gemeinsamkeiten, die Unterschiede und abschließend um die Wechselwirkungen gehen.

Der Widerstand gegen den Krieg artikulierte sich in beiden Städten insgesamt sehr vielfältig, von Lebensmittelunruhen über Lohnstreiks aufgrund der kriegsbedingten Inflation, Demonstrationen und anderen Formen der Gegenöffentlichkeit bis hin zu den Massenstreiks in der zweiten Kriegshälfte. Sukzessiv nahmen die Aktionen an Umfang, Organisationsgrad und Radikalität zu. Letztlich gipfelten sie in Revolutionen gegen das alte System. In Bezug auf Aktions- und Organisationsformen sowie die führenden Personen lassen sich darüber hinaus klare Bezüge zwischen der Kriegs- und der anschließenden Revolutionszeit feststellen.<sup>90</sup>

Die Arbeiterbewegung stand bei vielen Protesten mit im Zentrum der Ereignisse. Allerdings war sie keineswegs ein monolithischer Block. Vielmehr war sie geprägt von heftigen internen Auseinandersetzungen. Denn in ihren Reihen gab es auch zahlreiche Stimmen, die den Burgfrieden und die Durchhaltepolitik unterstützten.<sup>91</sup> Die Arbeiterbewegung darf auch nicht auf ihre traditionellen Organisationsformen, die Parteien und Gewerkschaften, beschränkt werden. Viele Aktionen erfolgten spontan oder wurden von neuen Strukturen wie den Räten und Obleuten getragen.

Generell kann festgehalten werden, dass in den Jahren von 1914 bis 1918 soziale und politische Protestaktionen oft zusammenfielen und daher kaum zu trennen sind. Das war auch naheliegend, denn die Versorgungslage verschärfte sich für weite Bevölkerungskreise schon bald nach Kriegsbeginn. Ein Zusammenhang konnte also von jedermann leicht hergestellt werden.

90 Zu den basisdemokratischen Organisationsstrukturen und politischen Massenstreiks der Revolutionszeit in Berlin siehe Axel Weipert: *Die Zweite Revolution. Rätebewegung in Berlin 1919/1920*, Berlin 2015; zu Österreich Hans Hautmann: *Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918–1924*, Wien 1987.

91 Siehe dazu den Beitrag von Joachim Schröder im vorliegenden Band.

Eine weitere Gemeinsamkeit ist, dass ein erheblicher Teil der Proteste von unten kam, während die Spitzenfunktionäre meist vorsichtiger agierten. Letztere wurden dadurch zur Zielscheibe der Empörung, da die Kriegsgegner ihnen vorwarfen, mit den Verursachern von Krieg und Not zusammenzuarbeiten. Das galt gerade auch für die beiden Hauptstädte Berlin und Wien, wo die „hohe Politik“ und eine starke, selbstbewusste Basis am unmittelbarsten aufeinander trafen. Insgesamt muss das Verhalten der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften als widersprüchlich gekennzeichnet werden. Teils artikulierte sich dort eine bedeutende Unterstützung für den Krieg im Zeichen des Burgfriedens. Das einfach als Verrat zu kennzeichnen, wie das gelegentlich geschieht, scheint fragwürdig. Denn es waren eben nicht nur die führenden Funktionäre und Berufspolitiker an der Spitze, auch an der Basis fanden solche Haltungen Zustimmung. Und dennoch: viele Mitglieder und Anhänger der Organisationen beteiligten sich am Kampf gegen den Krieg. Siegfried Heimann hat mit Blick auf die Massenbewegungen der zweiten Kriegshälfte bemerkt, sie seien „nicht Fußvolk einer Friedensbewegung, das hin und her dirigiert werden konnte, sie waren die Friedensbewegung selber.“<sup>92</sup> Das ist im Grundsatz sicher zutreffend, auch wenn die traditionellen Funktionäre in den Massenstreiks durchaus Einfluss ausübten – allerdings erst, nachdem die Aktionen von unten angestoßen worden waren.

Darüber hinaus entwickelten sich viele Aktivitäten mehr oder weniger spontan aus einer konkreten Konfliktlage heraus. Besonders die Lebensmittelunruhen fallen in diese Kategorie. Es verwundert nicht, dass Frauen dabei eine auffallend starke Rolle spielten. Denn sie waren traditionell für die Haushaltsführung zuständig und zugleich weniger als ihre Ehemänner oder Brüder in die disziplinierenden Organisationen eingebunden. Es gelang ihnen auf diese Weise auch, in die bislang männlich dominierte Sphäre der politischen Öffentlichkeit einzudringen.

Beide Städte spielten im Widerstand eine herausgehobene Rolle, und das in mehrfacher Hinsicht. Als Hauptstädte waren sie sowohl das Zentrum der Kriegsanstrengungen wie auch der Kriegsgegner. Protestaktionen an diesen Orten entwickelten daher fast zwangsläufig eine wirkmächtige Symbolik und strahlten auf andere Regionen aus. Entsprechend fiel hier die Repression besonders drastisch aus. Als wichtige Standorte der Rüstungsindustrie waren sie ohnehin von enormer Bedeutung. Das hieß aber zugleich, dass Widerstand, etwa in Form der Massenstreiks, hier besonders wirksam sein konnte. Denn ein moderner Krieg war ohne permanenten Nachschub an Waffen und Munition nicht zu führen.

92 Heimann, SPD, S. 188.

Neben diesen Gemeinsamkeiten lassen sich jedoch auch einige signifikante Unterschiede herausarbeiten. Die soziale Basis des Widerstands bildete zwar in beiden Städten v. a. die Arbeiterschaft. Allerdings war diese unterschiedlich zusammengesetzt. In Wien gab es bereits vor dem Krieg eine große Zahl an Arbeitsmigranten, wobei die Schätzungen hier weit auseinandergehen. Allein für die tschechischen Immigranten schwanken sie zwischen 100.000 und einer halben Million.<sup>93</sup> Hinzu kamen nach Kriegsbeginn zahlreiche Flüchtlinge aus den umkämpften Grenzgebieten in Galizien und von der italienischen Front. Dieser Zustrom führte zweifellos zu einer größeren Notlage. In manchen Fällen überlagerten aber auch ethnische Spannungen die sozialen, das galt beispielsweise für das Verhältnis der deutschsprachigen Wiener zu Tschechen und Juden. Es ist zudem nicht ganz klar, ob die Zugereisten besonders aktiv an Protestaktionen mitwirkten, wie das einzelne Polizeiberichte nahelegen.<sup>94</sup>

Sicher ist aber, dass sich die k.u.k.-Behörden noch schwerer taten als ihre deutschen Pendant, die Lebensmittelversorgung zu gewährleisten. Faktisch erhielt man für die zugeteilten Lebensmittelkarten geringere Rationen als in Berlin. Das lag nicht zuletzt an der relativen politischen Autonomie der ungarischen Reichshälfte, wodurch die Lieferungen aus diesem Überschussgebiet drastisch zurückgingen. Auch die Eisenbahnen konnten den hohen Anforderungen kaum gerecht werden, viele Lieferungen erreichten Wien daher nicht. Das deutsche Transportsystem erwies sich als deutlich leistungsfähiger.

Das politische Gefüge Österreichs war schon vor dem Krieg erheblichen Belastungen ausgesetzt, das Parlament praktisch handlungsunfähig. Entsprechend leicht fiel es daher der Regierung Stürgkh, wichtige Rechte außer Kraft zu setzen. Das Kriegsleistungsgesetz disziplinierte die Arbeiterschaft schon ab 1914, während im Deutschen Reich erst 1916 mit dem Hilfsdienstgesetz Vergleichbares geschaffen wurde. Auch die Brief- und Pressezensur wurde in Österreich restriktiver gehandhabt. All das erschwerte den Widerstand spürbar.

Andererseits verlor der k.u.k.-Staat schon früher die Kontrolle über die Heimatfront und befand sich gerade in Wien in offener Auflösung. Healy charakterisiert das als schleichenden Prozess: „The city fell before the state collapsed in a military and diplomatic sense in the autumn of 1918. This ‘falling’ was not a single event, but a process of decline characterized by hunger, violence and a deterioration of social norms that left Vienna nearly ungovernable.“<sup>95</sup> Diese schwierige Lage

93 Healy, Vienna, S. 152.

94 Helfert, Anführung, S. 78.

95 Healy, Vienna, S. 3.

war sicher auch den anhaltenden Misserfolgen an den Fronten zuzuschreiben. Anders als in Deutschland gab es in Österreich schon relativ früh kaum noch Hoffnung auf einen Siegfrieden. Im Fall der Kriegsflüchtlinge wirkten sich die Niederlagen sogar direkt auf den Wiener Alltag aus. Es ist naheliegend, dass der Zerfall gegen Kriegsende gewisse politische Spielräume schuf. Das erklärt auch, warum die Behörden den Forderungen der großen Streikbewegungen tendenziell eher entgegenkamen, während die deutsche Regierung schon Verhandlungen mit den Streikführern kategorisch ablehnte.

Die österreichische SDAP konnte bis zuletzt die Parteieinheit wahren. Als sich die Linksradikele dann doch abspalteten und am 3. November 1918 die KPÖ gründeten, repräsentierte diese lediglich eine kleine Minderheit. Zudem war die österreichische SDAP schon früher bereit, die Friedenssehnsucht der Bevölkerung aufzugreifen und entsprechende Massenkundgebungen zu veranstalten. Damit konnte sie einen Teil des Protests kanalisieren und ihre Kritiker in der Partei halten. Selbst Friedrich Adler weigerte sich stets, mit seiner Partei zu brechen. Alternative Organisationsstrukturen wie der Bildungsverein „Karl Marx“ oder auch der Wiener Arbeiterrat blieben entweder marginal oder waren von gemäßigten Kräften dominiert. Die deutsche SPD zerbrach dagegen an den inneren Widersprüchen. Das hing damit zusammen, dass sich in der deutschen Partei schon vor dem Krieg ein – wenn auch organisatorisch wenig gefestigter – linksradikaler Flügel herausgebildet hatte. Gerade in Berlin war dieser besonders stark. Daher konnte sich der Widerstand hier auf breitere organisatorische Strukturen stützen, in der zweiten Kriegshälfte insbesondere auf die USPD, den Spartakusbund und die revolutionären Obleute.

Wie gestalteten sich nun die Wechselwirkungen des Widerstands in beiden Städten? Die Zweite Internationale war durch den Kriegsausbruch weitgehend paralytisiert worden. Dennoch gab es weiter persönliche Kontakte über die Ländergrenzen hinweg. So etwa im Rahmen der Konferenzen in der neutralen Schweiz, 1915 in Zimmerwald und 1916 in Kiental.<sup>96</sup> In beiden Fällen waren sowohl deutsche als auch österreichische Delegierte anwesend. Darunter befanden sich Franz Koritschoner, der führende Kopf der Wiener Linksradikele, und Georg Ledebour, der im Januar 1918 zur Berliner Streikleitung gehörte. Hinzu kam die direkte Kontaktaufnahme durch Boten und die mediale Wahrnehmung der

96 Zu den Konferenzen siehe Jules Humbert-Droz: Der Krieg und die Internationale. Die Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal, Wien u.a. 1964, sowie aktueller Bernard Degen/Julia Richers (Hrsg.): Zimmerwald und Kiental. Weltgeschichte auf dem Dorfe, Zürich 2015.

jeweils anderen Aktionen, wie das am Beispiel der beiden Januarstreiks 1918 gezeigt wurde. Auch die Wiener Lebensmittelunruhen in der zweiten Kriegshälfte wurden durch Gerüchte über ähnliche Vorkommnisse in Berlin angeheizt.<sup>97</sup>

Diese Verbindungen dürfen allerdings in ihrer Tragweite nicht überschätzt werden. Die strikte Brief- und Pressezensur und dann das Verbot deutscher Zeitungen in Österreich, die Verhaftung vieler Anführer in beiden Städten wie auch die organisatorischen Schwächen insbesondere der österreichischen Kriegsgegner setzten einer engeren Koordination klare Grenzen. Schon die Kommunikation im eigenen Land war schwierig genug, wie das Beispiel Cattaro zeigt. Die Meuterei wurde erst Monate später in Wien bekannt, weil die Telegramme der Aufständischen an die SDAP-Führung in den Funkstationen abgefangen wurden. Hinzu kommt, dass nicht nur die Kriegskritiker beider Länder in Verbindung standen. Wie gezeigt, verwiesen die Befürworter eines Burgfriedens auf die jeweils andere Partei und schöpften daraus Legitimation für die eigene Haltung. Besonders deutlich wurde das bei der Zustimmung zu den Kriegskrediten der SPD, die von der SDAP-Führung und ihrer Presse begeistert begrüßt wurde.

In vielerlei Hinsicht – wirtschaftlich, politisch, sozial – wiesen Berlin und Wien vergleichbare Merkmale auf. Es kann daher kaum überraschen, dass sich auch der Widerstand in beiden Metropolen bei allen Unterschieden doch insgesamt ähnlich artikulierten. Die unmittelbaren Kontakte und Wahrnehmungen zwischen den Städten blieben demgegenüber aber relativ begrenzt.

*Holger Politt*

## Im Wettlauf der Geschichte

### Rosa Luxemburg und der Ausbruch des Ersten Weltkriegs

Ihre Überzeugung war fest, unerschütterlich – entweder wird der Kapitalismus aus der Welt geschafft, oder die Kriegsgefahr wird bleiben: „Wir Sozialdemokraten wissen sehr wohl, dass der Weltfriede eine Utopie bleibt, solange die kapitalistische Wirtschaftsordnung nicht abgeschafft ist.“<sup>1</sup> Wie schwierig es sein wird, die kapitalistische Wirtschaftsordnung abzuschaffen, hatte sie allerdings im Verlauf der Revolution 1905/06 im Russischen Reich mehrfach unterstrichen. Zwar war in ihrem Verständnis dieser letzte Ausbruch der europäischen Revolutionen des 19. Jahrhunderts bereits durch eine umfassende Hegemonie der proletarischen Aktion gekennzeichnet – eine Besonderheit, die es in den illusionsgeschwängerten Revolutionen im Westen Europas noch nicht geben konnte. Doch musste auch diese Revolution letztlich im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft bleiben, weil die Eigentumsfrage noch nicht gestellt werden konnte. Aber das Tor zu weitergehenden Aktionen war ihr durch diese Revolution trotz der Niederlage weit aufgestoßen.<sup>2</sup>

Die zunehmende Kriegsgefahr in Europa in den Folgejahren nährte auch deshalb ihre Hoffnung, dass der nächste Revolutionsausbruch in der bürgerlichen Gesellschaft schneller kommen müsse und dann bereits weitergehende Fragen auf die Tagesordnung setzen werde:

„Unsre Aufgabe besteht nicht bloß darin, die Friedensliebe der Sozialdemokratie jederzeit kräftig zu demonstrieren, sondern in erster Linie darin, die Volksmassen über das Wesen des Militarismus aufzuklären und den prinzipiellen Unterschied zwischen der Stellung der Sozialdemokratie und derjenigen der bürgerlichen Friedensschwärmer scharf und klar herauszuheben. Worin besteht aber dieser Unterschied? [...] Unser ganzer Ausgangspunkt ist ein diametral entgegengesetzter: Die Friedensfreunde aus bürgerlichen Kreisen glauben, dass sich Weltfriede und Abrüstung im Rahmen der heutigen Gesellschaftsordnung verwirklichen lassen, wir

<sup>97</sup> Healy, Vienna, S. 83.

<sup>1</sup> Rosa Luxemburg: Dem Weltkrieg entgegen. Rede am 7. Oktober 1911 in Stuttgart, in: Gesammelte Werke (GW), Bd. 3, S. 63.

<sup>2</sup> Vgl. Rosa Luxemburg: Arbeiterrevolution 1905/06. Polnische Texte, Berlin 2015.

aber, die wir auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung und des wissenschaftlichen Sozialismus stehen, sind der Überzeugung, dass der Militarismus erst mit dem kapitalistischen Klassenstaate zusammen aus der Welt geschafft werden kann. [...] Die bürgerlichen Friedensfreunde sind bemüht – und das ist von ihrem Standpunkt ganz logisch und erklärlich –, allerlei 'praktische' Projekte zur allmählichen Eindämmung des Militarismus zu ersinnen, sowie sie naturgemäß geneigt sind, jedes äußere, scheinbare Anzeichen einer Tendenz zum Frieden für bare Münze zu nehmen, jede Äußerung der herrschenden Diplomatie nach dieser Richtung beim Wort zu fassen und zum Ausgangspunkt einer ernstesten Aktion aufzubauchen. [...] Damit wäre klar zum Ausdruck gebracht, was den Kern der sozialdemokratischen Auffassung bildet: dass der Militarismus in seinen beiden Formen – als Krieg wie als bewaffneter Friede – ein legitimes Kind, ein logisches Ergebnis des Kapitalismus ist, das nur mit dem Kapitalismus zusammen überwunden werden kann, dass also, wer aufrichtig den Weltfrieden und die Befreiung von der furchtbaren Last der Rüstungen wolle, auch den Sozialismus wollen müsse.<sup>3</sup>

Ein klarer Appell an die eigenen Reihen gepaart mit der tiefen Überzeugung, das Weltproletariat – zumindest in Europa – sei bereits gereift, das geschichtliche Werk zu vollbringen. Dass nun die Zeit, die dafür bleibe, wahrscheinlich sehr viel kürzer sei, als es viele noch immer wahrhaben wollten, hänge damit zusammen, dass nur noch das Proletariat allein in der Lage sei, die in den Klassenkämpfen des 19. Jahrhunderts herausgebildeten zivilisatorischen Errungenschaften der bürgerlichen Gesellschaft – die Meinungs-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit – zu verteidigen. Allerdings nun nicht mehr innerhalb der Grenzen der bürgerlichen Gesellschaft. Fast nahtlos knüpft sie hier an Erfahrungen an, die sie in der Revolution im Russischen Reich mit dem Scheitern des bürgerlichen Liberalismus gemacht hatte.<sup>4</sup> Die einfache, gewaltige und an Lassalle geschulte Diagnose lautete: Nur noch zwei Lager stünden sich gegenüber, das der Arbeiterrevolution und das der Gegenkräfte.<sup>5</sup>

Während der Revolution im Russischen Reich sei das erneut und viel kräftiger sichtbar geworden als bei den Revolutionen im 19. Jahrhundert. Hier die Seite der Arbeiterkämpfe, der Generalstreiks, in der neben den handfesten ökonomischen Forderungen die Durchsetzung politischer Freiheiten angestrebt wurde. Dort die offene Konterrevolution, die Reaktion, die sich um die Zarenregierung schart, um nur das herauszugeben, was sich tatsächlich nicht mehr umgehen lässt. Wie

3 Rosa Luxemburg: Friedensutopien, in: GW, Bd. 2, S. 492 ff. Der Beitrag stammt aus dem Mai 1911.

4 Siehe hierzu Rosa Luxemburg: Lehren aus den drei Dumas, in: Dies.: Arbeiterrevolution 1905/06, S. 245-266.

5 Siehe dazu Rosa Luxemburg: Die beiden Lager, in: Ebenda, S. 84-93.

etwa das Projekt einer Zarenduma, die aus verschiedenen Kurien heraus gewählt werden sollte und schließlich gewählt wurde.

Wieviel verdeckter, wieviel vertrackter indes war diese Konstellation dort, wo die politischen Freiheitsrechte bereits durchgesetzt worden waren, wo die Klassenkämpfe bereits weitgehend legalisierte Formen vorfanden, um ausgefochten zu werden:

„Die Bahn schien frei für eine ruhige Kulturentwicklung, Illusionen, Hoffnungen auf eine schieflich-friedliche Auseinandersetzung zwischen der Arbeit und dem Kapital schossen in den Reihen des Sozialismus üppig in die Halme. [...] Krisen, Kriege, Revolutionen sollten überwundene Standpunkte, Kinderschuhe der modernen Gesellschaft gewesen sein, Parlamentarismus und Gewerkschaften, Demokratie im Staate und Demokratie in der Fabrik sollten die Pforten zu einer neuen, besseren Ordnung eröffnen. [...] Und statt des neuen Aufschwungs der Demokratie im Staate ein elender Zusammenbruch der letzten Reste des bürgerlichen Liberalismus und der bürgerlichen Demokratie.“<sup>6</sup>

So scharf wie Rosa Luxemburg formulierte sonst fast niemand die Alternative. Ein Entscheidungskampf, wie ihn die Geschichte noch nicht erlebt habe, rücke näher:

„Es ist einfach eine Utopie und eine gefährliche Illusion, sich einzubilden, dass irgendwelche diplomatischen Bündnisse Garantien des Friedens sein können. Alle Bündnisse haben nur den Zweck, irgendeinen Außenstehenden desto besser abzumurksen zu können. Wenn wir Klarheit schaffen wollen, müssen wir betonen, dass keine Bündnisse der kapitalistischen Staaten imstande sind oder auch nur den Zweck haben, den Frieden zu sichern. Das einzige Bündnis, das den Weltfrieden sichern kann, ist die Weltverbrüderung des internationalen Proletariats.“<sup>7</sup>

Der beste, nein: der einzige Weg, um solche notwendige internationale Verbrüderung durchzusetzen – so Rosa Luxemburgs unverbrüchliche Überzeugung – ist und bleibt die revolutionäre Aktion. Den Optimismus dafür brachte sie trotz deren Niederlage aus der Revolution 1905 mit, als sich nach dem Blutsonntag in Petersburg im Januar 1905 die Arbeitermassen in den großen Industriezentren des Zarenreichs entschlossen dem Zarensystem entgegenstellten und sich die Industriearbeiterschaft im Königreich Polen unter roten Fahnen versammelte, nicht unter den weiß-roten polnischen.

Selbst unmittelbar vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs klingt die scharfe Diagnose alles andere als resignierend:

6 Rosa Luxemburg: Der Maigedanke auf dem Vormarsch, in: GW, Bd. 3, S. 191 f.

7 Rosa Luxemburg: Imperialismus. Rede am 19. Mai 1914 in einer Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Charlottenburg, in: Ebenda, S. 450.

„Es zeigt sich ferner mit aller handgreiflichen Deutlichkeit, wie sehr die militaristischen Bündnisse, die nach der verlogenen offiziellen Darstellung, auf die naive Gemüter hereinfielen, Pfeiler des europäischen Gleichgewichts und des Friedens sein sollten, sich umgekehrt als mechanische Mittel trefflich bewähren, in einen lokalen Konflikt zweier Staaten alle anderen Großmächte hineinzuziehen und so einen Weltkrieg heraufzubeschwören. Der Dreibund hat sich diesmal genauso ohnmächtig gezeigt, einen österreichischen Kriegsvorstoß zu verhindern, wie er vor drei Jahren außerstande war, Italien vor dem blutigen Abenteuer in Tripolis zurückzuhalten. [...] Fragt man freilich, ob die deutsche Regierung kriegsbereit sei, so kann die Frage mit gutem Recht verneint werden. Man kann den kopflosen Leitern der deutschen Politik ruhig zugestehen, dass ihnen in diesem Augenblick jede andere Perspektive in lieblicherem Lichte erscheint als die, um des habsburgischen Bartes willen alle Schrecken und Wagnisse des Krieges mit Russland und Frankreich oder gar am letzten Ende mit England auf sich zu nehmen. Diese Kriegsunlust ist aber, weit entfernt, ein versöhnendes und achtungsgebietendes Moment in den Augen der Volksmassen zu sein, vielmehr ein Grund mehr, das Treiben dieser unverantwortlichen Lenker der deutschen Geschichte vor das strengste Gericht der Volksmassen zu ziehen. Denn was hat mehr zu der heutigen Kriegslage beigetragen als das wahnwitzige Rüsten, als die ungeheuren Militärvorlagen, die in Deutschland in den letzten Jahren förmlich einander jagten?“<sup>8</sup>

Einhundert Jahre später ist die Welt weder von Kriegsgefahr noch Rüstungswahn befreit. Militärische Bündnisse ließen sich noch immer beschreiben, als führe Rosa Luxemburg scharf und präzise ihre Feder. Allein die welthistorische Alternative, von der sie sich leiten ließ, ist verschwunden. Der Zusammenbruch des sowjetischen Staatssozialismus in Europa ist unwiderruflich, das sozialistische Weltsystem, als welches der sich gern großsprecherisch beschrieb, ist unumkehrbar entchwunden, es wird nicht wiederkommen. Rosa Luxemburgs damalige Vision war grundlegend weiter gefasst. Denn ein Sozialismus, der der Weltentwicklung hinterherlaufen muss, der sich abkapselt, der nur darin sich gründete, kapitalistische Entwicklung abzuwehren, nicht diese aufzuheben, schien ihr gar nicht vorstellbar: „Nicht ein an jedes gesonderte Fleckchen Erde angepasster ‘Sozialismus’, nicht die Diktatur im letzten Winkel ist die historische Mission des Proletariats, sondern die Weltrevolution, deren Ausgangspunkt aber die großstaatliche Entwicklung ist.“<sup>9</sup> Dass eine auf dem Kampf des Industrieproletariats basierende Weltrevolution heute höchstens noch ein winziger, kleiner Hoffnungsschimmer am Horizont sein kann, macht Rosa Luxemburgs richtiges, hartes Urteil über einen nationalrevolutionären Weg zum Sozialismus

8 Rosa Luxemburg: Der Friede, der Dreibund und wir, in: Ebenda, S. 476 f.

9 Rosa Luxemburg. Nationalitätenfrage und Autonomie, Berlin 2012, S. 110 f.

nicht unrichtiger. Im Gegenteil: Ein Weg zum Sozialismus vermennt mit dem reaktionären Gebräu eines Selbstbestimmungsrechts der Nationen, wie Lenin es konzipierte, hat sich als großer, tragischer Irrweg der Geschichte erwiesen.<sup>10</sup>

Bleibt die Friedensfrage, die heute zu den wichtigsten politischen Fragen überhaupt gehört. Gelöst werden muss sie nun innerhalb eines gesellschaftlichen Systems, das auf kapitalistischer Wirtschaftsordnung beruht, die vorerst nicht aus der Welt geschafft wird, sondern in allen Weltteilen ohne Ausnahme immer kräftiger ihre Wurzeln ausbildet. Diese Möglichkeit hatte Rosa Luxemburg einst vehement ausgeschlossen:

„Der Kapitalismus ist [...] eine Form, die die Tendenz hat, sich auf dem Erdrund auszubreiten und alle anderen Wirtschaftsformen zu verdrängen, die keine andere neben sich duldet. Es ist aber zugleich die erste, die allein, ohne andere Wirtschaftsformen als ihr Milieu und ihren Nährboden, nicht zu existieren vermag, die also gleichzeitig mit der Tendenz, zur Weltform zu werden, an der inneren Unfähigkeit zerschellt, eine Weltform der Produktion zu sein.“<sup>11</sup>

Zu den verlässlichsten Streitern für die Friedensfrage sind unterdessen jene von Rosa Luxemburg unterschätzten und belächelten „bürgerlichen Friedensschwärmer“ geworden, die mit ihrer entschiedenen pazifistischen Grundhaltung aus der Friedensproblematik heute gar nicht wegzudenken sind. Viel skeptischer indes – und das nun wieder korrespondiert eindeutig mit Rosa Luxemburgs Überzeugungen – fällt der Blick auf jede Art geopolitischer Machtspiele, gleich nun, ob sie in Washington, in NATO-Brüssel, Peking oder Moskau zu Hause sind.

Sich in der Friedensfrage zu engagieren, auch wenn die Aussichten, die Ursachen für Krieg und Hochrüstung aus der Welt zu schaffen, derzeit gering sind, ist unerlässlich. Also würde Rosa Luxemburg fordern: Hic Rhodus, hic salta! Als eine Bedingung, die für das Engagement um den Frieden heute unerlässlich wäre, würde sie die vollen bürgerlichen Freiheiten herausstellen.

10 Siehe ebenda, S. 43-83. Rosa Luxemburgs grundlegende Kritik am Lenin'schen Selbstbestimmungsrecht der Nationen fiel der ideologischen Säuberung im sogenannten Luxemburgismus während der Stalinzeit zum Opfer.

11 Rosa Luxemburg: Die Akkumulation des Kapitals, in: GW, Bd. 5, S. 411.

Irena Selišnik / Ana Cergol Paradž / Žiga Koncilija

## Frauenproteste in den slowenischsprachigen Regionen<sup>1</sup> Österreich-Ungarns vor und im Ersten Weltkrieg

Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs, besonders aber seine lange Dauer und sein totaler Charakter, veränderten auf radikale Weise die politische, ökonomische und soziale Struktur aller kriegführenden Länder.<sup>2</sup> Unter den schweren Bedingungen der Kriegszeit und der Abwesenheit der Männer bildeten vor allem Frauen das wirtschaftliche und soziale Fundament der Gesellschaft. Im Kampf um das eigene Überleben und das ihrer Familien waren sie oft auf ihren Einfallsreichtum angewiesen. Die Situation verlangte nach besonderen Anstrengungen bei der Beschaffung der einfachsten Güter. Da Frauen ihre Auseinandersetzungen nicht länger nur im Privaten austragen konnten, begannen sie, ihre Belange koordiniert zu vertreten. Sie nahmen an Arbeiterdemonstrationen ebenso teil wie an unabhängigen Protesten. Oder, wie es Ute Daniel formuliert hat, Frauen verstanden ihren offenen Widerstand „als Selbsthilfe und sahen ihn auch als gesetzeskonform an, denn ihrer Meinung nach vernachlässigten die Behörden ihre Pflicht, für alle Teile der Bevölkerung gleichermaßen und angemessen zu sorgen.“<sup>3</sup>

Lynne Taylor hat festgehalten, dass im 20. Jahrhundert „Lebensmittelunruhen eine ausschließlich weibliche Angelegenheit wurden, denn Frauen hatten die Haushaltsführung übernommen und verfügten über keine alternativen Handlungsmöglichkeiten, waren sie doch, anders als Männer, von der offiziellen Politik

ausgeschlossen.“<sup>4</sup> Solche wesentlich weiblichen Demonstrationen ereigneten sich während der gesamten Kriegszeit und ausgehend von der Notwendigkeit, grundlegende Bedürfnisse zu befriedigen. Später jedoch wurden sie zunehmend politischer, etwa indem Forderungen nach Frieden oder einer allgemeinen sozialen Besserstellung von Frauen artikuliert wurden. Unabhängige oder gemeinsame, spontane oder organisierte Proteste von Frauen besonders aus den Unterschichten, von Arbeiterinnen und Frauen von Wehrpflichtigen fanden in zahlreichen Ländern statt, beispielsweise in Frankreich, Deutschland, Russland und den USA. Sie verzeichneten nach der Oktoberrevolution von 1917 einen dramatischen Anstieg, als die Initiative für ihre Organisation zunehmend von den sozialdemokratischen Parteien ausging.<sup>5</sup>

In diesem Aufsatz möchten wir untersuchen, ob es im Krain und dem Österreichischen Küstenland, also den zwei Regionen Österreich-Ungarns, in denen Slowenen lebten, zu ähnlichen Aktionen kam. Diese beiden Regionen unterschieden sich voneinander hinsichtlich ihres Modernisierungsgrades, ihrer sozialen Schichtung und Industrialisierung. Im Folgenden werden wir vergleichend die Demonstrationen in einigen Städten dieser Regionen untersuchen, besonders in Ljubljana als Provinzhauptstadt und in Triest, größter Hafen des k.u.k.-Reichs. Wir versuchen, ähnliche Muster zu identifizieren und prüfen, wie sich die Demonstrationen entwickelten sowie, ob sie spontan oder organisiert waren. Außerdem interessiert uns, wo die Gründe und Ursachen zu suchen sind und welche Ziele verfolgt wurden, etwa in Bezug auf die Lebensmittelversorgung, nationale Aspirationen und den Pazifismus. Worin bestanden ihre Auswirkungen, wie reagierten die lokalen Behörden und Medien darauf, und worauf bezog sich ihre Unzufriedenheit: auf den Staat, bestimmte Unternehmen, lokale Kriegsgewinnler, die Triple Entente oder den Krieg selbst? Ergänzend befassen wir uns mit den sozialen, politischen und berufsspezifischen Hintergründen der weiblichen Protestierenden. Anzunehmen ist, dass man dadurch einen Einblick

1 Die slowenischsprachigen Gebiete Österreich-Ungarns entsprechen in etwa dem Territorium des heutigen Staates Slowenien und einiger angrenzender Regionen in Österreich, Italien, Kroatien und Ungarn. Die Bezeichnung „Slowenien“ war vor der Unabhängigkeit von der k.u.k.-Monarchie im Jahr 1918 generell nicht in Gebrauch und wird hier deswegen nicht verwendet. Anm. d. Übers.

2 Der vorliegende Beitrag wurde erstmals abgedruckt in: Arbeit-Bewegung-Geschichte. Zeitschrift für historische Studien, 2016, H. 2, S. 44-62.

3 Ute Daniel: *The War from Within: German Working-Class Women in the First World War*, Oxford/New York/Berg 1997, S. 197.

4 Lynne Taylor: *Foot riots revisited*, *Journal of social history* 30, 1996, Nr. 2 (Winter), S. 483-496.

5 Maureen Healy: *Vienna and the fall of the Habsburg Empire: total war and everyday life in World War I*, Cambridge 2006; Belinda J. Davis: *Home Fires Burning: Food, Politics, and Everyday Life in World War I* Berlin, Chapel Hill 2000; Anthony James Coles: *The Moral Economy of the Crowd: Some Twentieth-Century Food Riots*, in: *Journal of British Studies* 18, 1978, Nr. 1 (Herbst), S. 157-176; Barbara Alpern Engel: *Not by Bread Alone: Subsistence Riots in Russia during World War I*, in: *The Journal of Modern History* 69, 1997, Nr. 4 (Dezember), S. 696-721; Dana Frank: *Housewives, Socialists, and the Politics of Food: The 1917 New York Cost-of-Living Protests*, in: *Feminist Studies* 11, 1985, Nr. 2 (Sommer), S. 255-285.

bekommt in die Rolle von Frauen in Zeiten politischer Massenmobilisierung. Das ermöglicht auch, nach Unterschieden in den symbolischen Repräsentationen und öffentlichen Wahrnehmungen sowohl des institutionalisierten als auch des rebellischen politischen Engagements von Frauen zu fragen. Es wird außerdem zu untersuchen sein, wie sich diese Repräsentationen im Krieg veränderten, als widerständige Aktivitäten zunahmen.

### Frauen in der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Bewegung vor dem Krieg

Die Proteste in dieser Region vor und während des Krieges sowie die Motive von Frauen, sich ihnen anzuschließen, sowie deren regionale Unterschiede lassen sich nur vor dem Hintergrund der Situation des weiblichen Proletariats und der Rolle der Frauen in der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Bewegung vor dem Krieg verstehen.

Im Krain lebte der größte Teil der slowenischen Bevölkerung. Dort war auch der Anteil beschäftigter – oder, wie es in den Statistiken hieß, „erwerbstätiger“ – Frauen sehr hoch im Vergleich mit anderen Kronländern Österreichs. In der Zeit von 1880 bis zur letzten österreichischen Volkszählung 1910 stieg die Quote „erwerbstätiger Frauen“ von 43 auf 49,2 Prozent der gesamten Erwerbstätigen.<sup>6</sup> Das ist auch deswegen interessant, weil diese überdurchschnittliche Beteiligung von Frauen an statistisch erfassten, bezahlten Beschäftigungen in einem Land stattfand, das zu den eher durchschnittlich entwickelten Regionen an der Peripherie der Monarchie zählte. Frauen beteiligten sich schon bald an den ersten Arbeiterunterstützungsvereinen, die seit dem Ende der 1860er-Jahre in Ljubljana entstanden. Sie durften jedoch offiziell nicht Mitglied werden, denn diese Organisationen verfolgten politische Ziele. Auch der Arbeiterbildungsverein erlaubte nur Männern eine Mitgliedschaft und wurde von den Behörden streng überwacht. Trotzdem schlug 1872 sein Vorsitzender vor, dass Frauen Zugang zu seinen Räumlichkeiten haben sollten, um dort Zeitschriften und Bücher lesen zu können. Aber einige Mitglieder fanden diese Diskussion lächerlich und schließlich wurde die Initiative von staatlicher Seite untersagt.<sup>7</sup> Das geschah nicht

6 Siehe Sabina Žnidaršič: *Ora et labora – in molči ženska! : pregled demografije dežele Kranjske in pridobitnosti žensk v desetletjih 1880–1910* (Lila zbirka), Ljubljana 2000, S. 121.

7 Siehe Anton Kristan: *O delavskem in sociajalističnem gibanju na Slovenskem do ustanovitve jugoslovanske socialno-demokratične stranke (1848–1896)*, Ljubljana, 1927.

zuletzt, weil die Regierung Matija Kunc<sup>8</sup> verdächtigte, Tabakarbeiterinnen zu organisieren und sie in seinem Verband als Mitglieder aufzunehmen.<sup>9</sup>

Ungeachtet der Verbote beteiligten sich Frauen bereits 1871 an Streiks. In den 1890er-Jahren betonten die Sozialdemokraten in den slowenischsprachigen Ländern, dass die Arbeiterunterstützungsvereine für Männer wie Frauen gleichermaßen offen stünden.<sup>10</sup> Noch 1904 gab es in der sozialdemokratischen Gewerkschaft in Krain keine weiblichen Mitglieder. In Kärnten, der Steiermark und selbst in Istrien organisierten sich jedoch Frauen in Gewerkschaften. Der Anteil weiblicher Mitglieder in Krain stieg dann rasant an und bereits 1906 betrug er neun Prozent. Das lag sogar etwas über dem Durchschnitt ganz Österreichs (8,8 Prozent); nur in Niederösterreich und Schlesien war ihr Anteil noch höher.<sup>11</sup> Wenn wir uns jedoch die Mitgliederzahlen der sozialdemokratischen Gewerkschaften anschauen, lässt sich feststellen, dass nach der Jahrhundertwende die Arbeiterklasse in Krain insgesamt nur schwach organisiert war, repräsentierte sie doch lediglich 0,5 Prozent aller österreichischen Mitglieder. Das führte zugleich zu einer schwachen Organisation der Arbeiterinnen. Dennoch warb die 1896 gegründete Jugoslawische sozialdemokratische Partei (*Jugoslovanska socialdemokratska stranka, JSDS*) intensiv für die Belange der Arbeiterschaft. Sie legte zudem großen Wert auf die Interessen von Frauen.

Die JSDS nahm auch das Hainfelder Programm<sup>12</sup> der österreichischen Sozialdemokratie an und begann den Kampf für das „allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht [...] ohne Ansehen des Geschlechts“. Wie andernorts waren sich auch die slowenischen Parteimitglieder der Bedeutung von Frauenfragen bewusst, insbesondere des Problems der Frauenorganisationen. In diesem Sinn kopierte die JSDS das Modell der „Frauensprecher“ von der österreichischen SDAP, mit der sie eng zusammenarbeitete und von der sie materiell und geistig unterstützt

8 Matija Kunc (1853–1922), sozialistischer Aktivist, Politiker und Schneider.

9 Siehe Fran Erjavec: *Pregled zgodovine delavskega gibanja*, in: *Socialna misel*, 6, 1927, S. 113–116.

10 Siehe Inštitut za zgodovino delavskega gibanja (Ljubljana, Slovenia): *Oris kronologije delavskega gibanja na Slovenskem 1867–1968*, Ljubljana 1969.

11 Siehe Miroslav Stiplovšek: *Razmah strokovnega-sindikalnega gibanja na Slovenskem 1918–1922*, Ljubljana 1979, S. 38; *Strokovna organizacija*, in: *Rdeči prapor*, 08.06.1906.

12 Das Hainfelder Programm wurde von der österreichischen Sozialdemokratie an der Jahreswende 1888/89 angenommen. Victor Adler gelang es damit, verschiedene Gruppen zu einen.

wurde.<sup>13</sup> Bereits 1892 führte die SPD die Institution von „Vertrauenspersonen“ oder „Frauensprechern“ ein, ähnlich wie die SDAP. Diese Frauen hatten enge Verbindungen zu weiblichen Unterstützern der Sozialdemokratie geknüpft und verbanden formell unorganisierte Frauen mithilfe von Netzwerken, denn Frauen war eine Mitgliedschaft in politischen Parteien nicht gestattet. Frauensprecher engagierten sich in der Bildung für Frauen und organisierten Vorträge für sie.<sup>14</sup> Unter den ersten Frauensprecherinnen in Krain war die Wienerin Theresia Nötscher. Sie hatte bereits 1895 an den Versammlungen der slowenischen Sozialdemokraten teilgenommen und schon nach nur vier Monaten sprach sie sehr gut Slowenisch. Mit ihren Auftritten provozierte sie sehr – beispielsweise einen katholischen Politiker, der sie sogar körperlich angriff und dafür verhaftet wurde.<sup>15</sup> Auch die bekannte österreichische Sozialdemokratin Amalia Seidl wurde aus Wien nach Krain geschickt. 1901 verabschiedete die JSDS eine Regelung, nach der jeder Wahlbezirk das Recht hatte, zwei Delegierte auf den Parteikongress zu schicken. Dort, wo Frauen in einem legalen Graubereich über die Institution der Vertrauenspersonen organisiert waren, konnten zusätzlich weibliche Delegierte entsandt werden.<sup>16</sup> Bei der dritten Versammlung der JSDS 1900 in Triest standen dennoch 67 männlichen lediglich vier weibliche Delegierte gegenüber.<sup>17</sup> Die Partei bemühte sich, nach dem Muster der deutschen und skandinavischen Sozialdemokraten, spezielle Frauensektionen aufzubauen. Die Mitgliedschaft von Frauen in der SDAP, anfangs organisatorisch vermittelt über die Vertrauenspersonen bzw. durch ihre Mitgliedschaft in nicht direkt politischen Organisationen der Sozialdemokratie, stieg besonders ab 1907 stark an, als innerhalb der Partei offizielle Frauenorganisationen eingerichtet und jährliche Frauenkonferenzen abgehalten wurden.<sup>18</sup> Die ersten nach außen sichtbaren weiblichen Mitglieder traten nach 1900 in die Partei ein und 1905 nahmen sie am Roten Dienstag teil, als friedliche Massenversammlungen in den größeren Städten der ganzen Monarchie

13 Siehe Franc Rozman: Nemški in slovenski delavci v delavskem gibanju, in: Zgodovinski časopis 47, 1993, Nr. 1, S. 95-98.

14 Siehe Werner Thönnessen: The Emancipation of Women. The Rise and Decline of the Women's Movement in German Social Democracy, London 1973.

15 Siehe Josip Kopač: O početkih socialističnega gibanja na Slovenskem, in: Pod lipo, 15.12.1926, S. 190; Janko Pleterski: Dr. Ivan Šušteršič: Pot prvaka slovenskega političnega katolicizma, Ljubljana 1998, S. 46.

16 Siehe Sodrugij in sodruginje, in: Rdeči prapor, 06.09.1901.

17 Siehe Strankarski shod jugoslovanskih soc. Demokratov, in: Slovenec, 10.09.1900, S. 4.

18 Siehe Richard J. Evans: The Feminists: Women's Emancipation Movements in Europe, America, and Australasia, 1840–1920, London 1977, S. 167.

ein allgemeines und gleiches Wahlrecht forderten.<sup>19</sup> Zur gleichen Zeit strömten viele Arbeiterinnen auch in die Christlichsoziale Bewegung.

Zu dieser Zeit beteiligten sich Frauen bereits an der Partei und ihren Aktionen. Dennoch artikulierten sie ihre Forderungen am nachdrücklichsten an den internationalen Frauentagen, die auch in den slowenischen Regionen seit 1911 abgehalten wurden. Nun kamen Forderungen auf nach dem Wahlrecht für die nationalen, regionalen und kommunalen Parlamente und dem Recht auf Mitgliedschaft in politischen Vereinigungen. Außerdem verlangte man soziale Sicherheit für Mütter und Kinder, günstigere Nahrungsmittel, faire Entlohnung für Männer und Frauen, gute Schulen, Unterstützung für Witwen und Waisen sowie ein gutes Gesundheitswesen. Frauen antizipierten zudem, dass sie nach ihrer Wahl für eine Verringerung der Arbeitszeiten, den Bau von Kindergärten und anderer sozialer Einrichtungen eintreten würden. Aus Sicht der Frauensprecher stand der Staat auch für Repression, denn er setzte ungerechte Steuern durch, verursachte hohe Kosten und „unterdrückte“ die Arbeiter. Schon 1913 stellten sich die slowenischen Frauensprecher ganz allgemein gegen den Krieg, der bereits in Vorbereitung sei. Sie forderten daher einen langfristigen Frieden, denn das Proletariat würde unter einem Krieg am meisten zu leiden haben.<sup>20</sup>

Diese im Rahmen von Parteiversammlungen der JSDS sorgfältig vorgebrachten Forderungen der Frauensprecher waren etwas ganz anderes als die eher unklaren Ansprüche und der Widerstand jener Frauen, die spontan an Arbeiterunruhen teilnahmen. Unter anderem taten sie das bei den umfangreichsten sozialen Unruhen der slowenischen Gebiete, besonders in Triest, dem größten Hafen Österreichs. Triest war noch immer italienisch geprägt und die italienische Liberalnationale Partei („Associazione Patria“<sup>21</sup>) kontrollierte die städtischen Behörden. Aber es gab auch eine bedeutende slowenische Bevölkerung und außerdem war es die industriell am höchsten entwickelte Stadt in den slowenischen Regionen.

Der Streik der Heizer des Österreichischen Lloyds im Februar 1902 entwickelte sich zu einem Generalstreik. Diese Aktion stellte zweifellos den umfangreichsten und radikalsten sozialen Klassenkampf vor dem Ersten Weltkrieg dar, an dem die slowenische Arbeiterschaft beteiligt war. Anfangs artikulierten die Protestierer ausschließlich gewerkschaftliche Forderungen wie die Verbesserung

19 Siehe Irena Selišnik: Vstop množic v polje političnega na prelomu dvajsetega stoletja na Slovenskem. Die Publikation wird vorbereitet.

20 Siehe Janko Liška: Vzajemnost in Svoboda ter gibanje za žensko enakopravnost, in: Prispevki za zgodovino delavskega gibanja 13, 1973, H. 1-2, S. 103-116.

21 Ergänzung der offiziellen Eigenbezeichnung durch den Übersetzer.

der Arbeitsbedingungen der Heizer auf den Dampfschiffen, u. a. die Einführung der Achtstundenschicht. Später veränderten sich die Aktionen aber vollständig. Spontan fanden sich Menschenmengen zusammen, die das Lagerhaus von Lloyds angriffen und dann enthusiastisch durch die Straßen der Stadt zogen. Andere Hafentarbeiter solidarisierten sich mit den Heizern, etwa die weiblichen Arbeitskräfte in den Lagerhallen, die die exotischen Früchte nach ihrer Ankunft im Hafen einlagerten. Allgemeine Unruhen folgten und endeten schließlich mit dem Eingreifen des Militärs, wobei 14 Arbeiter getötet wurden, darunter auch Frauen und ein 16jähriges Mädchen. In der Stadt wurde der Notstand ausgerufen.<sup>22</sup> Da die Sozialdemokraten nicht in der Lage waren, die wütende Menge zu kontrollieren, distanzierten sie sich von den Unruhen. Sie verurteilten sowohl das brutale Vorgehen der Armee wie auch die ziellose Gewalt der Aufrührer. Diese sahen sie als Randgruppen der Arbeiterklasse oder Kriminelle an. Die Sozialdemokraten unterschieden sehr genau zwischen den Aufrührern und jenen Teilen des Proletariats, die sie als die „Arbeiterklasse“ verstanden. Sie orientierten sich auf eine schrittweise Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Einklang mit den Grundsätzen der österreichischen Sozialdemokratie. Auf der anderen Seite sahen die schwächsten Teile des Proletariats, meist Jugendliche der „mulerija Triestina“ („Kinder von Triest“) und zahlreiche Frauen, in den spontanen Unruhen ein Mittel, um ihre Wut auszudrücken. Das war nicht zuletzt ihrer extrem unsicheren Situation geschuldet.<sup>23</sup>

Daher waren Frauen sehr stark in die Februardemonstrationen eingebunden, ohne aber ihre eigenen, feministischen Anliegen zu artikulieren. Sie unterstützten lediglich die Forderungen der Heizer, obwohl ihre Rolle in dieser „Revolution“ angeblich besonders „gewaltsam“ war.<sup>24</sup> Anscheinend waren Frauen weniger ängstlich als die männlichen Arbeiter. Sie waren jedenfalls die ersten, die sich den streikenden Heizern anschlossen und auch die ersten, die ihre Arbeitsstellen verließen. Während der Unruhen standen sie an vorderster Front, denn sie glaubten nicht, dass die Soldaten auf sie schießen würden. Dort provozierten und

22 Slovenec, 18.02.1902.

23 Siehe Marina Cattaruzza: *La formazione del proletariato urbano: Immigrati, operai di mestiere, donne a Trieste dalla metà del secolo XIX alla prima guerra mondiale*, Torino 1979. Siehe auch Lucio Fabi: *Trieste 1914–1918: una città in guerra*, Trieste 1996.

24 *Veliki nemiri v Trstu*, in: *Slovenec*, 15.02.1902, S. 4: „Ein Mädchen schlug den Leutnant ins Gesicht“, „Frau sticht zwei Polizisten und wirft einen in den Kanal“; *Generalni štrajk v Trstu*, in: *Slovenski narod*, 17.02.1902, S. 1: „Eine Frau schlug den Leutnant mit einem Regenschirm [...] der Leutnant schlug sie dann mit einem Säbel.“

beschimpften sie dann die Soldaten.<sup>25</sup> Sie trugen auch zur Lahmlegung der ganzen Stadt bei, indem sie sich vor Straßenbahnen legten und riefen: „Überfahrt uns doch!“<sup>26</sup> Der allgemeine Streik in Triest war der erste seiner Art in der Monarchie.

In Triest kam es auch bei verschiedenen anderen Gelegenheiten zu solchen Straßenprotesten, Unruhen und Demonstrationen. 1897 marschierten 10.000 Arbeiter durch die Straßen, um das Streikrecht zu verteidigen. Im Folgejahr führten nationale Konflikte zu Missmut, ausgelöst durch die Ermordung der Kaiserin Elisabeth. Da die Kaiserin von einem italienischen Nationalisten ermordet worden war und die Medien suggerierten, die italienischen liberal-nationalen Kommunalbehörden hätten nicht ausreichend ihre öffentliche Anteilnahme bekundet, brachen gewaltsame Proteste gegen Italiener aus.<sup>27</sup>

Wie Lucio Fabi festgestellt hat, lassen sich für die Vorkriegsunruhen in Triest verschiedene Auslöser identifizieren. Die folgenden Aspekte waren aber immer zu beobachten: die involvierten Einzelpersonen waren unbekannt, es gab keine etablierten Führer und die Mehrzahl waren Jugendliche und junge Frauen aus den unteren sozialen Klassen, nationalistische Näherinnen, Kellnerinnen, Kindermädchen usw.<sup>28</sup> Die Lage der Arbeiterinnen in Triest war sehr unsicher und ihre Zahl begrenzt, auch wenn sie in den Jahren vor dem Krieg stark zunahm. Die Fabrikbesitzer ersetzten besser bezahlte männliche Arbeitskräfte durch ungelernete Frauen und Kinder. Frauen arbeiteten unter extrem schwierigen Bedingungen, hatten lange Arbeitstage und waren entsetzlich unterbezahlt.<sup>29</sup>

25 Slovenec, 18.02.1902.

26 Slovenski narod, 17.02.1902.

27 Konflikte zwischen italienischen und slowenischen Nationalisten, aber auch Klassenkonflikte bildeten den Hintergrund für einige andere Unruhen in Triest im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts. 1907 kam es zu Unzufriedenheit aufgrund des steigenden Brotpreises. In diesem Fall richtete sich der Zorn der Arbeiter nicht gegen öffentliche Einrichtungen, sondern direkt gegen den „Klassenfeind“ im physischen Sinne. Etwa 400 Beteiligte demolierten Treffpunkte reicher Einwohner, raubten ihre Läden aus, griffen Kutschen an, in denen Gäste eleganter Hotels mitfahren, und warfen wohlhabende Frauen auf der Piazza Grande, die dort Eis aßen. Siehe Cattaruzza, *La formazione*, S. 145.

28 Siehe Fabi, *Trieste 1914–1918*.

29 Siehe Marina Rossi: *Donne volitive: la presenza femminile a Trieste nel periodo asburgico*, in: Anna Di Gianantonio/Dies.: *Le triestine donne volitive: presenza e cultura delle donne a Trieste tra Ottocento e Novecento*. Hrsg. Trieste. Istituto regionale per la storia del movimento di liberazione nel Friuli-Venezia, Giulia 2006, S. 24-27.

## Triest und die Kriegsunruhen

Mit dem Kriegsausbruch verschlechterte sich die Situation in Triest. Die Stadt sah sich mit hoher Arbeitslosigkeit und einer drastischen Inflation konfrontiert.<sup>30</sup> Ende März 1915 verbreiteten sich Nachrichten über eine erneute Preiserhöhung für Kartoffeln und kurz darauf wurden weitere Männer in die Armee eingezogen. Es gab also genug Gründe für Unzufriedenheit. Deshalb brachen am 20. April 1915 um vier Uhr nachmittags spontane Proteste aus, die bis zum 23. April anhielten. An den sogenannten „*moti del pane*“ (Brotunruhen), wie sie die lokalen Behörden nannten, beteiligten sich insgesamt über 1.000 Personen. Sie besetzten Straßen und Plätze in Triest und protestierten vor dem Rathaus und dem Gebäude des Statthalters. Besonders stark war diese Bewegung in den ärmeren Stadtvierteln St. Jacob, St. Anna, *Bariera vecchia* und *Città Vecchia*.<sup>31</sup> Die Massen riefen „*volemo pan, polenta e lavor*“ (wir wollen Brot, Polenta und Arbeit) oder „*gavimo fame, dene de mangier*“ (wir sind hungrig, gebt uns Essen).<sup>32</sup> Sie verlangten also vor allem Maßnahmen gegen den kriegsbedingten Hunger. Gleichzeitig skandierten einige Aufrührer pazifistische Slogans wie „*abasso la Guerra*“ (Nieder mit dem Krieg).<sup>33</sup>

Die Historiker sind sich jedoch nicht einig darüber, welchen Stellenwert der pazifistische Aspekt in diesen ersten Demonstrationen in Triest hat. Italienische Interpretationen aus der Nachkriegszeit betonen natürlich die antiösterreichischen und pazifistischen Emotionen als Gründe für die Aprildemonstrationen, denn sie wollten Triest als einen Ort darstellen, an dem österreich-ungarischer Patriotismus nicht willkommen war.<sup>34</sup> Ähnliche Berichte waren während des Krieges in Zeitungen der Entente zu lesen, die dann von slowenischen Emig-

30 Die Handelsblockade sorgte Anfang 1915 für eine mangelhafte Güterversorgung. Die Behörden reagierten darauf mit der Einführung von sogenanntem „Kriegsbrot“ aus minderwertigem Getreide. Diese Maßnahme half aber nicht im Kampf gegen den Hunger, sondern verstärkte nur die Unzufriedenheit der Bevölkerung. Noch verschärft wurde die Lage dadurch, dass Händler und Bäcker die Situation ausnutzten und den Preis von Versorgungsgütern anhoben. Deshalb verlangte die Öffentlichkeit nach einer effizienteren Kontrolle von Verkauf und Konsum von Lebensmitteln, etwa mit der Einführung von Brotkarten. Die Behörden setzten aber weiterhin auf strengere militärische und ökonomische Maßnahmen. Siehe Fabi, *Trieste 1914–1918*.

31 Siehe Cattaruzza, *La formazione*. Siehe auch Fabi, *Trieste 1914–1918*.

32 Vr 510-15, *Archivio di Stato di Trieste* (im Folgenden: AST), *Atti penali, Tribunale Provinciale in Trieste (1850–1923)*, box. 4822.

33 Vr 702-15, AST, *Atti penali, Tribunale Provinciale in Trieste (1850–1923)*, box 4823.

34 Siehe Silvio Benco: *Gli ultimi anni della dominazione austriaca*, Bd. 1, Milano 1919.

rantenblättern aufgenommen wurden.<sup>35</sup> Slowenische Zeitungen in Österreich dagegen berichteten aufgrund der Zensur überhaupt nicht über die Proteste. In der Chicagoer Zeitung „*Amerikanski Slovenec*“ (amerikanischer Slowene) wurde beispielsweise geschrieben:

„Die Nachrichten aus Triest [...] bezüglich der Situation werden immer ernster. Ein Zehntel der Bevölkerung steht unter Waffen, sogar Männer über 50 Jahre. Männer in diesem Alter einzuziehen sorgte für einen Aufstand unter den Frauen, die in den Bahnhof eilten und gewaltsam versuchten, ihre Abreise zu verhindern, indem sie riefen: ‘Nieder mit dem Krieg! Gebt uns unsere alten Männer zurück!’“<sup>36</sup>

Spätere Untersuchungen zeigten, dass die Betonung der Antikriegsmotive übertrieben war und die Aprilproteste vor allem durch den Anstieg der Lebensmittelpreise, also durch Hunger, verursacht waren. Sie richteten sich in erster Linie gegen die Korruption der Händler und Kriegsgewinnler sowie gegen die unangemessenen Rationierungen.<sup>37</sup>

Ähnlich wie schon bei den Demonstrationen der Vorkriegszeit stellten Kinder, Jugendliche (die sogenannten „*Jungen von Triest*“) und Frauen die Mehrheit der Aprilaufrührer. Das wird direkt bestätigt durch zahlreiche Belege aus den Triester Gerichtsakten. Unter den 46 Personen, die sich aufgrund der Proteste auf der Anklagebank wiederfanden und die durch die überlieferten Akten identifizierbar sind, waren 22 Jungen oder Jugendliche, zwei davon über 19 Jahre alt, und 24 Frauen, durchschnittlich 25 Jahre alt. Sie kamen aus den unteren Gesellschaftsschichten, ähnlich den Teilnehmern der Vorkriegsproteste. Die Mehrzahl von ihnen lebte in den ärmsten Stadtteilen und befand sich in Lohnarbeit. Es waren auch Näherinnen, Verkäuferinnen und Hausfrauen darunter.<sup>38</sup> In vielerlei Hinsicht waren Frauen in dieser insgesamt spontanen Aktion das treibende Element. Sie sorgten für massenhafte Beteiligung an den Protesten, etwa indem sie frühmorgens zum „*Punto franco*“, einem Teil des Triester Hafens, gingen und andere Frauen aufforderten, sich ihnen anzuschließen.<sup>39</sup> Später marschierten einzelne Frauen an der Spitze kleiner Gruppen und verlangten, die Demonstrationen weiterzuführen. Selbst als die Polizei sie ermahnte, die Versammlungen

35 Siehe Pomanjkanje *živil v Trstu*, in: *Glas naroda: najstarejši list slovenskih delavcev v Ameriki* (27.04.1915, letnik 23, številka 98), S. 1.

36 *Amerikanski Slovenec*, 27.04.1915.

37 Siehe Fabi, *Trieste 1914–1918*.

38 A 286-295, AST, *Atti penali, Tribunale Provinciale in Trieste (1850–1923)*, box 4887.

39 Vr 510-15 (272/15), AST, *Atti penali, Tribunale Provinciale in Trieste (1850–1923)*, box 4822.

aufzulösen<sup>40</sup>, protestierten sie solidarisch weiter oder griffen die Polizisten sogar an, wenn diese andere Frauen verhafteten.<sup>41</sup> Zahlreiche Aufrührerinnen wurden vom Triester Gericht verhört, meist aufgrund des Paragraphen 283 (Aufruhr)<sup>42</sup>, wegen Mehldiebstahl oder Beschädigung von Eigentum und ähnlichem.<sup>43</sup> Sobald sie jedoch den Justizbehörden gegenüberstanden, verloren sie den Mut, den sie auf der Straße gezeigt hatten. Die meisten behaupteten, sie wären eher durch Zufall<sup>44</sup> oder Neugier<sup>45</sup> in die Proteste hineingeraten und sagten nichts über die Losungen, die sie zuvor während der Demonstrationen skandiert hatten. Im Allgemeinen wurden sie zu einigen Wochen Gefängnis verurteilt, in manchen Fällen ließen die Behörden die Strafverfolgung komplett fallen.<sup>46</sup> Die Aprilproteste endeten weniger dramatisch als jene des Jahres 1902, denn den Behörden gelang es, die aufgebrachten Massen ohne Militärgewalt zu beruhigen. Außerdem versprachen sie eine bessere Versorgung.<sup>47</sup>

Die spontane Protestwelle, die Triest am 20. April erfasste, betraf auch andere Städte des Österreichischen Küstenlandes.<sup>48</sup> So kam es beispielsweise am 23. April in Koper zu Demonstrationen „gegen den Krieg und den Anstieg der Lebensmittelpreise“, wie Gerichtsakten belegen. Zu Beginn marschierte ein Zug von mehreren hundert Beteiligten, wieder meist Kinder, Jugendliche und vor allem Frauen, durch die Straßen der Stadt. Er teilte sich dann in kleinere Gruppen auf, was es der Polizei erschwerte, den Protest zu kontrollieren. Ein Teil nutzte diese Gelegenheit und brach in den Laden von Giovanni Somerischo ein. Dort entwendeten sie alles, was ihnen in die Hände fiel, etwa Eier, Süßigkeiten und Alkohol. Den Strafverfolgungsbehörden gelang es, mindestens 27 Plünderer zu verhaften. Einige davon wurden vor Gericht gestellt und erhielten einwöchige Freiheitsstrafen.<sup>49</sup>

40 Vr 505-15 and Vr 686-15, AST, Atti penali, Tribunale Provinciale in Trieste (1850–1923), box 4822.

41 Vr 505-15 (273/15), AST, Atti penali, Tribunale Provinciale in Trieste (1850–1923), box 4822; siehe auch Fabi, Trieste 1914–1918.

42 A 286-295/16, AST, Atti penali, Tribunale Provinciale in Trieste (1850–1923), box 4887.

43 Siehe Fabi, Trieste 1914–1918.

44 Vr. 512-15 (288/15), AST, Atti penali, Tribunale Provinciale in Trieste (1850–1923), box 4822.

45 Vr 509-15, AST, Atti penali, Tribunale Provinciale in Trieste (1850–1923), box 4822.

46 AST, Atti penali, Tribunale Provinciale in Trieste (1850–1923), boxes 4822, 4823, 4887.

47 Siehe Fabi, Trieste 1914–1918.

48 Amerikanski Slovenec, 27.04.1915. Vr 622-15, AST, Atti penali, Tribunale Provinciale in Trieste (1850–1923), box 4821.

49 Vr 622-15, Atti penali, Tribunale Provinciale in Trieste (1850–1923), box 4821.

Ähnliche Radikalisierungsprozesse bei den Forderungen der Frauen lassen sich auch in Krain beobachten. Einer der ersten spontanen Proteste, der in den Gerichtsakten des Regionalgerichts von Ljubljana dokumentiert ist, fand am 8. Mai 1915 statt. Nach der Einführung von Brotkarten am 27. April wandten sich Einwohner des Bezirks Dobrunje am Rande Ljubljanas an die lokale Verwaltung und baten um mehr Mehl. Der Bürgermeister schickte daraufhin eine Anfrage an die Provinzregierung, 219 arme Familien zu versorgen, „manche davon mit neun Mitgliedern, die nichts zu essen haben“. Das blieb jedoch folgenlos, und so ging eine Gruppe von 70 Frauen nach Ljubljana. Sie waren zwischen 27 und 37 Jahre alt und meist Ehefrauen von kleinen Landbesitzern und Arbeitern. Sie protestierten vor dem Regierungsgebäude und versuchten, eine Delegation zum Regionalpräsidenten zu schicken, um Getreide oder Mehl zu bekommen. Da größere Ansammlungen aber polizeilich verboten waren, wurden die Frauen aufgefordert, sich zu zerstreuen. Fünf Frauen widersetzten sich dem, zwei „begannen einen Streit und riefen, dass sie sich lieber verhaften lassen würden, als zu gehen“. Eine sagte sogar, die „Frauen würden alles kurz und klein schlagen“. Die Rebellinnen wurden verhaftet und dem Gericht vorgeführt wegen Verstoß gegen „öffentliche Ruhe und Ordnung“. Im folgenden Verfahren wurden sie jeweils zu mehreren Tagen strenger Haft verurteilt.<sup>50</sup>

Im gleichen Monat, oder genauer, zwischen dem 23. und 25. Mai, kam es in Triest erneut zu Spannungen, wenn auch aus anderen Gründen. Als Italien am 23. Mai Österreich-Ungarn, seinem ehemaligen Verbündeten, den Krieg erklärte, kam es wie schon im Jahr 1898 zu anti-italienischen Demonstrationen. Die Menge demolierte Läden und Cafés italienischer Bürger (die sogenannten *Regnicoli*) und ebenso die wichtigsten Treffpunkte und Symbole der italienischen Bourgeoisie wie *Il Piccolo*, die Schulen der *Lega Nazionale* und das *Ginnastica Triestina*. Diesmal waren die Initiatoren Kleinbürger (*ceti medio-bassi*, die untere Mittelschicht), aber bald schlossen sich auch Menschen aus den ärmeren Bezirken<sup>51</sup> und sozialistische Arbeiter an.<sup>52</sup> Erneut waren Frauen zentral beteiligt an den Unruhen, viele plünderten italienische Läden. Die Zeitung der liberalen Slowenen von Triest, „*Edinost*“, schrieb deshalb sehr abschätzig über sie.<sup>53</sup> Die Frauen nahmen teil aus patriotischen, anti-italienischen Motiven, aber auch aus ganz handfesten

50 Vr. 317-15, Arhiv Republike Slovenije (im Folgenden: ARS), SI AS 307 – Fond Deželno sodišče v Ljubljani (1749–1945), 1915, box XIX.

51 Siehe Fabi, Trieste 1914–1918.

52 Siehe Rossi, *Donne volitive*, S. 47.

53 *Edinost*, 27.05.1915, S. 1.

Gründen. Denn die chaotische Situation bot ihnen die Gelegenheit, an sonst kaum verfügbare Waren heranzukommen. Die Empörung gegen die Mächtigen war also verbunden mit Überlebensstrategien in dem bereits ein Jahr andauernden Krieg.<sup>54</sup>

In den Folgejahren kam es in Triest zu keinen größeren Demonstrationen mehr. Aber die Unzufriedenheit aufgrund des anhaltenden Mangels war im Österreichischen Küstenland schlimmer als in vielen anderen Regionen der k.u.k.-Monarchie.<sup>55</sup> Das zeigte sich in den Warteschlangen der Frauen, die für Essen anstanden<sup>56</sup> oder in Protestartikeln in Zeitungen.<sup>57</sup> Anfang 1918 kam es zudem zu einer Streikwelle, die ideologisch von einer zeitgleichen, ähnlichen Bewegung in Ungarn und Niederösterreich inspiriert war.<sup>58</sup> Die Teilnehmerzahl an den Protesten war erneut sehr groß, es beteiligten sich neben der Arbeiterschaft auch Studenten, unterproletarische Schichten und sogar die Landbevölkerung.<sup>59</sup> Nach dem 28. Januar wurden viele Kundgebungen von den Sozialdemokraten koordiniert, die mit den Behörden eine bessere Versorgung aushandelten.<sup>60</sup> Kurz darauf endete der Streik.<sup>61</sup>

## Ljubljana und die Kriegsunruhen

Während es in Triest bereits 1915 zu Protesten kam, waren die Städte in Krain in den ersten Jahren friedlicher. Das änderte sich aber. Anfangs waren es kleine, spontane Frauenproteste, später beteiligten sich mehr Frauen und die Organisa-

54 Siehe Cattaruzza, *La formazione*.

55 Siehe Marina Rossi/Sergio Ranchi: *Proletari del Litorale fra lotte e speranze rivoluzionarie* (marzo 1917 – novembre 1918), in: *Qualestoria* 16, 1988, Nr. 3, S. 5-39.

56 Siehe ebenda. Vergleiche mit: Healy, *Vienna*.

57 *Edinost*, 08.01.1915.

58 Historikern zufolge war der Jännerstreik der entscheidende Wendepunkt der Innenpolitik in der Kriegszeit. Ausgelöst wurde er weniger durch die Lage am Arbeitsplatz also vielmehr durch den Mangel an Lebensmitteln und den Wunsch nach Frieden. Siehe beispielsweise: Healy, *Vienna*.

59 Siehe Rossi, *Donne volitive*, S. 55 f.; Dies./Ranchi, *Proletari*, S. 5-39.

60 Almerigo Apollonio, *La „Belle Epoque“ e il tramonto dell'impero asburgico sulle rive dell'Adriatico (1902–1918)*, v. 2, *La Grande Guerra (1914–1918)*, Trieste, Deputazione storia patria per la Venezia Giulia, 2014.

61 Einer der Höhepunkte des Streiks war die Versammlung gegen Hunger und Krieg Ende Januar. Dort sprach Edmondo Puecher im Namen der Arbeitervertreter. Er betonte, dass der Mangel an Essen nicht von der Versorgungskommission verursacht wurde (deren Mitglied er war), sondern von den staatlichen Behörden. Deshalb sollten sie ihre Beschwerden an diese richten. Siehe *Sporočilo delavskega sveta*, 29.01.1918.

tion wurde besser. Besonders ab 1917 nahm ihre Zahl wie auch in Deutschland, Frankreich und Russland zu.<sup>62</sup> Die wachsende Kriegsmüdigkeit, allgemeiner Mangel und Verzweiflung ergänzten sich mit anderen Gründen gegen Ende des Jahres. Dazu zählten die Friedensverhandlungen, die Auswirkungen der Oktoberrevolution in Russland und die Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeit in Österreich-Ungarn mit dem daraus folgenden Aufkommen von Nationalismus in den „unterdrückten“ Nationen des Kaiserreichs. In unserer Region zeigte sich das am deutlichsten im Frühjahr 1917 mit der Bewegung der Mai-Erklärung. Darin forderten die Slowenen und andere slawische Gruppen eine Reform der Monarchie und eine gleichberechtigte Rolle.<sup>63</sup> In dieser sogenannten Erklärungsbewegung spielten Frauen eine außerordentlich wichtige Rolle, indem sie über 200.000 Unterstützungsunterschriften von patriotischen Frauen und Mädchen sammelten. Zu der ursprünglichen Ursache der Frauenproteste, der mangelhaften Grundversorgung, kamen nun Forderungen nach dem Kriegsende und einer Verbesserung der politischen Lage der Frauen hinzu. Einige Demonstrationen erlangten große politische Bedeutung durch ihre Artikulation nationalistischer Gefühle.<sup>64</sup>

Frauen beteiligten sich auch an Arbeiterprotesten, bei denen sie nach „Brot“ oder „Frieden“ oder beidem verlangten. Große Versammlungen für einen „allgemeinen Frieden“ wurden organisiert, beispielsweise im Dezember 1917 in Ljubljana, Idrija, Monfalcone, Borovnica und Jesenice.<sup>65</sup> 1918 versammelten sich Frauen bereits zu eigenen Demonstrationen, die auch ein höheres Maß an Organisation aufwiesen und vor allem aus der Arbeiterschaft heraus initiiert wurden. Am 21. Januar 1918 versammelten sich in Ljubljana „rund 5000 Arbeiter und Bürger am gestrigen Tag um zwei Uhr zu einer glorreichen Friedensdemonstration vor dem Rathaus und auf dem Kaiser-Josephs-Platz, um ihren festen Willen gegen die Fortdauer des Krieges und für eine bessere Lebensmittelversorgung auszudrücken“.<sup>66</sup> Auch in anderen Zentren der Arbeiterschaft kam es zu orga-

62 Siehe Susan Grayzel: *Women and the First World War*, London 2002, S. 89 f.

63 Nach der Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeit vereinigten sich slowenische, kroatische und serbische Mitglieder des Wiener Parlaments zu einer eigenen Fraktion, dem jugoslawischen Klub. Am 30. Mai 1917 verlas der Klubobmann Anton Korošec eine gemeinsame Stellungnahme, die Mai-Erklärung, in welcher die Vereinigung der Südslawen des Kaiserreichs zu einem autonomen Teilstaat gefordert wurde.

64 Siehe Janko Pleterski: *Prva odločitev Slovencev za Jugoslavijo: politika na domačih tleh med vojno 1914–1918*, Ljubljana 1971, S. 173.

65 *Naprej*, 03.12.1917, 07.12.1917.

66 *Naprej*, 21.01.1918.

nierten Protesten, etwa in Zagorje ob Savi<sup>67</sup> und in Idrija, wo sich 530 Männer und 179 Frauen versammelten.<sup>68</sup> Vermutlich waren diese Aktivitäten ebenso wie der Januarstreik in Triest und Muggia eine Reaktion auf die massive Streikwelle in ganz Österreich im Januar 1918.

Im März 1918 fanden wieder zunehmend Frauenversammlungen statt, die zeitlich mit der slowenischen Nationalbewegung zusammenfielen, die in diesen Monaten hunderte von Frauen für Unterschriftensammlungen zur Unterstützung der Mai-Erklärung mobilisierte. Am 16. März 1918 marschierten in Ljubljana über 200 Frauen von Eisenbahnern in einer Prozession mit roter Fahne an der Spitze zum Palast der Regionalregierung. Dort forderten sie eine Verbesserung der Lebensmittelversorgung. Am Folgetag gab es wieder eine Frauendemonstration für den Frieden, die Sprecherinnen beklagten die prekären Lebensverhältnisse. Sie entwarfen sogar eine Resolution, in der sie dem revolutionären russischen Proletariat ihre Grüße übermittelten und sich für das Selbstbestimmungsrecht der Völker, Frieden und Wahlrecht aussprachen. Die späteren sozialdemokratischen Versammlungen in Krain standen in einer Reihe mit ähnlichen Ereignissen überall in Österreich.<sup>69</sup>

Der umfangreichste Protest fand zweifellos am 24. April 1918 in Ljubljana statt und wurde in der slowenischen Geschichtsschreibung bereits ausführlich analysiert. Hauptsächlich verzweifelte Mütter mit hungrigen Kindern nahmen daran teil. Laut der Zeugenaussage eines verhafteten Demonstranten, die in der Anklageschrift enthalten ist, lief der Protest so ab: „Zunächst versammelten sich morgens rund 200 bis 300 Frauen vor dem Gebäude der Regionalregierung. Sie schickten erst eine Delegation zum Regionalpräsidenten und dann stürmten sie den Hof des Regierungsgebäudes, während sie lautstark die Verteilung von Grundnahrungsmitteln einforderten.“ Als man ihrem Anliegen nicht nachkam, begann die Menge damit, die Fensterscheiben des Hauses einzuwerfen. Zeitgleich kam es auch in anderen Stadtteilen zu Unruhen. Große Mengen verschiedenster Waren wurden entwendet, besonders Essen, und all das wurde begleitet von lauten Rufen und Forderungen nach besserer Versorgung.<sup>70</sup> Dieser und die folgenden Proteste führten zu mehreren Massenverhaftungen und später zehn

67 Siehe Irena Selišnik: *Ženske v zaledju vojnih zubljev*, S. 192-194, in: Peter Vodopivec/Katja Kleindienst (Hrsg.): *Velika vojna in Slovenci*, Ljubljana 2005, S. 185-198; *Oris kronologije*, S. 34.

68 Siehe Naprej, 04.02.1918.

69 Siehe *Oris kronologije*, S. 34.

70 Vr 1125/18, ARS, SI AS 307, 1918, box I.

Gerichtsverhandlungen gegen 46 Angeklagte im Alter von elf bis 58 Jahren, von denen 33 Frauen oder Mädchen waren. Wie schon bei den Ereignissen in Triest und Koper 1915 waren die Hälfte der Verhafteten Minderjährige. Sie waren meist Arbeiterinnen (Damenschneiderinnen, Verkäuferinnen) und Frauen von Arbeitern, Händlern, Bäckern, Eisenbahnern, Schuhmachern, Zimmerern, Wirten, Kaufleuten und Schneidern. Die 34-jährige Jožefa Kačar aus Rajhenburg in der Steiermark beispielsweise war verheiratet mit einem Eisenbahnschaffner im Ruhestand. Sie wurde angeklagt, die folgenden Worte während der Proteste von allen sichtbar vor einer großen Menge geäußert zu haben: „Lasst uns zur Regionalregierung gehen – und wenn sie uns kein [Essen] geben wollen, machen wir alles kaputt.“<sup>71</sup> Andere wurden vor allem der Anstiftung zu Straftaten, Diebstahl und Zerstörungen beschuldigt. Eine Gruppe von 14 Frauen wurde beispielsweise in zwei Verfahren angeklagt, mutmaßlich während der Proteste in „böswilliger“ Weise Fensterscheiben der Regionalverwaltung, des Deutschen Casinos und des Hotels „Slon“ im Wert von über 200 Kronen zerstört zu haben.<sup>72</sup> Eine andere Gruppe von 15 Frauen wurde des Diebstahls angeklagt, „als die Menge die St. Josephs-Kirche überfiel, in der die städtischen Lebensmittel gelagert wurden“. Die meisten Verhafteten erhielten kein Urteil, denn in der Endphase des Krieges wurden sie nach der Machtübernahme der neuen Regierung im Herbst 1918 amnestiert.<sup>73</sup>

Dieser Protest ist aus mehreren Gründen interessant. Er erhielt große Aufmerksamkeit und ist dementsprechend recht gut dokumentiert. So kann man aus den erhaltenen Dokumenten der Gemeinderatssitzung vom 25. April erfahren, dass die Gemeinderäte die Menge aufforderten, die Aktion zu beenden und die Zeitungen baten, nicht darüber zu schreiben. Der Gemeinderat ermahnte auch die Flüchtlingsfamilien, die sich in großer Zahl an den Demonstrationen beteiligten, nicht die lange Gastfreundschaft der Stadt zu vergessen. Sie dankten darüber hinaus den militärischen und zivilen Behörden für ihr erfolgreiches Eingreifen. Die wichtigste Schlussfolgerung war natürlich, wie schon 1915 in Triest, die Versicherung, die Massen effektiver zu versorgen. Durch die Vermittlung der Regionalregierung kam es bald zur Lieferung je eines Waggons Gerste und Hafer, fünf Waggons Kartoffeln und von einigen Tonnen Fleisch und Schweineschmalz. Das zeigt, dass die Behörden möglicherweise schon früher diese dringend benötigten Güter hätten beschaffen können. Indirekt belegt das aber

71 Vr 1126/18, ARS, SI AS 307, 1918, box II.

72 Vr. 1133/18, ARS, SI AS 307, 1918, box II.

73 Vr. 1131/18, ARS, SI AS 307, 1918, box III.

auch, welche Maßnahmen die Frauen durchsetzen konnten, wenn sie öffentlich für ihre Forderungen eintraten.<sup>74</sup>

Zugleich ist der Protest vom April 1918 ebenso interessant in Bezug auf seinen nationalen Aspekt. Einerseits finden wir eine Interpretation, die vor allem den spontanen Charakter der Hungerrebellion und die Teilnahme verzweifelter Menschen betont. Demnach trat der antideutsche Aspekt eher in den Hintergrund oder fehlte ganz. Sogar die Gerichtsakten der Verhafteten erwähnen den antideutschen Charakter der Demonstrationen nicht, auch wenn er bis zu einem gewissen Grad doch vorhanden war. Letzteres kann man aus den Sorgen der Stadtverwaltung ablesen, da die Gemeinderäte sehr bemüht waren, den Demonstrationen jeden antideutschen Hintergrund abzusprechen. Sie argumentierten, dass die Aufrührer nicht nur das Casino – ein Treffpunkt für Deutsche –, sondern auch die Gebäude des Café Union, der Stadtverwaltung, der Ljubljanska Kreditna Bank und des zentralen Lagerhauses demolierten.<sup>75</sup> Der wichtige slowenische Historiker Janko Pleterski betont den nationalistischen Charakter der Proteste. Er weist darauf hin, dass die Behörden ungehalten waren über die Tatsache, dass die slowenische politische Bewegung des Frühjahrs 1918 die slowenischen Truppen in hohem Maße demoralisierte. Das wird besonders deutlich an einigen Einheiten des Ergänzungsbataillons des Gebirgsschützenregiments Nr. 2, die Befehle verweigerten und nicht gegen die Demonstranten in Ljubljana vorgingen. Die Entscheidung des Ergänzungsbataillons wurde dann von der k.u.k.-Regierung diskutiert, die Militärverwaltung sandte sogar eigens einen besonderen Inspekteur nach Ljubljana, um die Korrektheit der Entscheidungen der Militärführer vor Ort zu untersuchen.<sup>76</sup> Die ausschließlich antideutsche Stoßrichtung des Protests hob ein Artikel in der Zeitung *Proletarec* hervor. Unter Berufung auf deutsche Zeitungen war dort zu lesen, dass „große antiösterreichische und antideutsche Demonstrationen in Ljubljana stattfanden, dass die Aufrührer das Deutsche Casino und deutsche Geschäfte angriffen, da sie Treffpunkte für Leute sind, die sich zur deutschen und österreichischen Politik bekennen, und dass der Ausnahmezustand in der Stadt erklärt wurde.“<sup>77</sup> Die von dieser in den USA publizierten Zeitung

74 A.e.1632, Zgodovinski arhiv Ljubljana (SI ZAL), LJU 489 – Fond Mesto Ljubljana, splošna mestna registratura, t.e. 1800. Siehe auch: Vilma Brodnik: Preskrba Ljubljane med 1. svetovno vojno, in: *Prispevki za novejšo zgodovino*, 29, 1989, Nr. 2, S. 281-323, hier S. 311.

75 A.e.1632, SI ZAL, LJU 489, t.e. 1800.

76 Siehe Pleterski, *Prva odločitev*, S. 233-239.

77 *Proletarec*, 07.05.1918.

formulierte Interpretation dürfte wohl etwas übertrieben sein, ähnlich jener der slowenischen Emigrantenblätter bezüglich der ersten Proteste in Triest 1915. Die Berichte über die Proteste von den slowenischen Zeitungen aus Entente-Ländern standen in offensichtlichem Kontrast zu solchen, die slowenische Zeitungen in Österreich-Ungarn druckten. Die letzteren berichteten aufgrund der strikten Zensur oft überhaupt nicht über die Ereignisse.

## Schluss

Vor dem Ersten Weltkrieg übernahmen die in der JSDS organisierten Frauen die Forderungen und widerständigen Handlungsmuster der österreichischen Sozialdemokratie. Diese war hinsichtlich der Frauenforderungen radikaler als die moderate feministische Bewegung in der k.u.k.-Monarchie. Wie die Ereignisse in Triest zeigen, nahmen um die Jahrhundertwende aber auch viele Frauen besonders aus den Unterschichten an spontanen Unruhen teil. Davon wiederum distanzieren sich die Sozialdemokraten.

Im Österreichischen Küstenland und in Krain kam es während des Krieges wiederholt zu spontanen Protesten. Sie gingen ebenfalls von ärmeren Frauen aus, besonders beteiligten sich Arbeiterinnen oder Ehefrauen von Arbeitern und Kleinhandwerkern. In Ljubljana gehörten dazu auch Flüchtlinge, die auch nicht davor zurückschreckten, gewaltsam ihre Unzufriedenheit und ihre Forderungen auszudrücken. Zahlreiche Proteste in Triest, Koper und Ljubljana eskalierten bis hin zu Aufruhr, Plünderung und Zerstörung fremden Eigentums. Frauen und Jugendliche richteten ihren Zorn vor allem auf das Eigentum jener, die als Hauptkriegsgegner und Verursacher ihrer Not wahrgenommen wurden. Davon betroffen war beispielsweise das Eigentum reicher Bürger. In Triest handelte es sich beim Kriegsausbruch mit Italien um das Eigentum von Italienern, in Ljubljana das von Deutschen, etwa das Deutsche Casino. Sie beschädigten außerdem Symbole und Gebäude oder attackierten Repräsentanten der lokalen, regionalen oder gesamtstaatlichen Behörden, die keine ausreichende Versorgung sicherstellten.

Der Erste Weltkrieg radikalisierte insgesamt die Forderungen von Frauen. Denn die unzureichende Lebensmittelversorgung verschaffte den Frauen in der Kriegszeit, als die Mehrheit der Väter an der Front kämpfte, noch zusätzliche Legitimität. Sie konnten nämlich weitergehende Forderungen als die männlichen Aufrührer stellen, denn sie waren allein für die Versorgung ihrer Familien verantwortlich. Trotz ihres hartnäckigen Widerstands wandte das Militär, anders als in Triest 1902, keine Waffengewalt an, um sie zu zerstreuen. Sowohl die spontanen

Proteste der Frauen in Triest 1915 als auch jene in Ljubljana 1918 zwangen die Behörden jedoch, rasch für eine bessere Versorgung mit Lebensmitteln aktiv zu werden.

In der Endphase des Kriegs veränderte sich das Protestverhalten der Frauen. Unter dem Eindruck der Oktoberrevolution und der Wiederherstellung parlamentarischer Aktivitäten Anfang 1918 begann die Arbeiterbewegung, Versammlungen zu organisieren. Auf diesen verlangten Frauen nicht mehr nur eine bessere Versorgung, sondern sie forderten in einer Resolution explizit Wahlrecht, Frieden, das Selbstbestimmungsrecht der Nationen und Gleichheit. Ende 1917 und Anfang 1918 befanden sich auch Frauen unter den zahlreichen Unterstützern der Mai-Erklärung. Diese verlangte eine Reform der Monarchie und insbesondere eine gleichberechtigte Rolle der slowenischen Nation in der neuen Ordnung. In dieser Zeit wurden Frauen zu einem politischen Faktor. In den Augen der Nation waren sie Träger nationaler Forderungen und zugleich Akteure des sozialen Wandels. Schließlich könnten ihre gewaltsamen Proteste im April 1918 indirekt die Regierung veranlasst haben, auch gegen sie hart vorzugehen. Dazu gehörte das Verbot von Versammlungen und Agitation für die Mai-Erklärung. Außerdem wurden slawische Militäreinheiten in Ljubljana durch loyalere Truppen ersetzt. Die Arbeiterpartei wandte sich, wie schon 1902 in Triest, gegen die spontanen Proteste. Sie betonte, dass Frauenversammlungen diszipliniert und ordentlich sein müssten, denn sonst könnten Frauen leicht von „unverantwortlichen Elementen“ instrumentalisiert werden.<sup>78</sup>

*Aus dem Englischen von Axel Weipert*

<sup>78</sup> Siehe Fabi, Trieste 1914–1918.

*Miloš Baković Jadžić*

## Dimitrije Tucović und die serbische Sozialdemokratie in der Zeit der Balkankriege und des Ersten Weltkriegs

„... die für Europa beste Lösung der Balkanfrage ist, dass Europa sie gar nicht löst. Wer jede Form von Kolonialpolitik der europäischen kapitalistischen Mächte bekämpft, wer sie daran hindert, sich in die Verhältnisse der Staaten und Völker des Balkans einzumischen, hat viel für den Erhalt des Weltfriedens getan, verhindert sehr wirksam den Weltkrieg.“<sup>1</sup>

Von der serbischen Öffentlichkeit wurden bislang zumeist die „Kontroversen“ um das Attentat von Sarajevo, Gavrilo Princip und das „Junge Bosnien“ („Mlada Bosna“), um die Ursachen und Anlässe für den Ersten Weltkrieg und die Frage, ob das Königreich Serbien in dessen Ausbruch verstrickt war, erörtert. Viel seltener wird an die Person und das Werk von Dimitrije Tucović und die Geschichte der serbischen Sozialdemokratie erinnert, die er vor nunmehr über einem Jahrhundert anführte. Wie kam es dazu, dass in der Schlacht an der Kolubara<sup>2</sup>, die vom 16. November bis zum 15. Dezember 1914 andauerte, einer der bekanntesten Marxisten des Balkans und einer der wenigen europäischen Sozialdemokraten, die sich dem Krieg prinzipiell widersetzt hatten, ums Leben kam?

Tucović wurde nach dem Zerfall Jugoslawiens in der serbischen Öffentlichkeit – wenn überhaupt – weniger als der erste große Arbeiterführer wahrgenommen, sondern wahlweise als Serbe, der ein unabhängiges Albanien unterstützt und sich der Verteidigung Serbiens gegen den Angriff der Doppelmonarchie widersetzt hatte, oder als antinationalistischer und „moderner“ Politiker und Schöpfer

- 1 Dušan Popović, aus einem Schreiben an das Internationale Sozialistische Büro, Juli 1912, zitiert nach Sergije Dimitrijević: *Socijalistički radnički pokret u Srbiji, 1870–1918*. Beograd 1982, S. 200.
- 2 Die Schlacht an der Kolubara endete mit einem überraschenden Sieg der serbischen Streitkräfte, die mit einer geschickten Gegenoffensive die überlegenen Truppen Österreich-Ungarns über die Drina nach Bosnien zurückdrängten. Die Schlacht ist nicht nur deshalb bedeutsam, weil durch sie die Absicht der Doppelmonarchie vereitelt wurde, Serbien gleich zu Beginn des Krieges zu besiegen, sondern auch, weil Deutschland gezwungen war, Truppen an die Balkanfront zu entsenden, was für die Mittelmächte eine ungeplante Belastung darstellte.

des ersten Antikriegsprogramms in der politischen Geschichte Serbiens. Zwar unterstützte er tatsächlich nicht die Kriege, an denen sich Serbien zu Beginn des 20. Jahrhunderts beteiligte, doch war er weder „Verräter“ noch „Pazifist“ oder „Realpolitiker“ im heutigen Sinn dieser Attribute. Hinzu kommt, dass die damalige serbische Sozialdemokratie in der politischen Gegenwart kein Pendant hat: Ihr Antinationalismus und ihre Kritik am Militarismus waren feste Bestandteile einer klaren antikapitalistischen Position, und ihr Antikapitalismus war konsequent antiimperialistisch. Sie wählte nicht das kleinere Übel unter den in- und ausländischen Eliten. Bevor es um das eigentliche Thema dieses Textes geht, soll zunächst auf den globalen und regionalen Kontext eingegangen werden.

### Der globale Kontext zu Beginn des 20. Jahrhunderts

Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts war die Kolonialaufteilung der Welt im Großen und Ganzen abgeschlossen. Die mächtigsten Staaten, fast alle europäisch, herrschten über riesige Gebiete auf allen Kontinenten. Ein erheblicher Teil des akkumulierten Reichtums in den Metropolen ging auf die Ausbeutung der Kolonien zurück. Diese Tatsache, die das „Zivilisationsniveau“ der führenden Weltmächte dieser Zeit entmystifiziert, wird in den romantisch verklärten Geschichtsvorstellungen dieser Länder häufig vernachlässigt. Ähnliches gilt für die modernen postsozialistischen Staaten, deren neue Eliten ihren Rückstand gegenüber den westlichen Ländern in der gesellschaftlichen Entwicklung nicht selten kulturellen und anderen nichtökonomischen Faktoren, wenn nicht gar der sozialistischen Vergangenheit selbst zugeschrieben haben.

Zu neuen Territorien konnte man Anfang des 20. Jahrhunderts nur gelangen, indem man sich jene aneignete, die bereits jemandem gehörten, meist Großbritannien und Frankreich. Die „jungen“ imperialistischen Mächte wie das gerade erst geeinte Deutschland und Italien, aber auch die USA und Japan, hofften auf eine neue Aufteilung der Welt. Die Spannungen begannen um die Jahrhundertwende und erreichten mit dem globalen Konflikt 1914 ihren Höhepunkt, wobei sich die imperialistischen Mächte nach ihren wirtschaftspolitischen und militärischen Interessen gruppierten. Die Bildung dieser Blöcke, die auch nicht frei von inneren Spannungen waren, beförderte den Rüstungswettlauf und führte beständig zu Krisen, von denen einige bereits vor dem Attentat auf Franz Ferdinand zum Auslöser für den Krieg hätten werden können.

Dem angestrebten Vordringen der mitteleuropäischen Kräfte in den Nahen Osten standen die Kleinstaaten des Balkans im Weg, die schon damals nicht genug Einigkeit zeigten. Natürlich hatte auch Russland ein großes Interesse daran,

sich als Macht auf dem Balkan zu etablieren, wo das Osmanische Reich allmählich ein Machtvakuum hinterlassen hatte. Aus diesem Grund kam den Spannungen auf dem Balkan eine große Bedeutung zu. Sie wurden in den imperialen Zentren aufmerksam verfolgt und führten mehrfach zu Krisensituationen in den internationalen Beziehungen (Aufstand in Mazedonien 1903, Annexion von Bosnien und Herzegowina durch Österreich-Ungarn 1908, Balkankriege 1912 und 1913). Dennoch gelang es den imperialistischen Mächten bis 1914, einen Konflikt aller Seiten untereinander zu vermeiden. Sie warteten auf den „richtigen Moment“.

### Die Lage Serbiens zur Jahrhundertwende und sein Verhältnis zu Österreich-Ungarn

Serbien hatte erst auf Beschluss des Berliner Kongresses von 1878 die Anerkennung seiner politischen Unabhängigkeit erfahren. Die 25 Jahre bis zum Mai-Umsturz 1903 stellten eine echte Wende im Wirtschaftsleben des Landes dar. Sie waren von großen gesellschaftlichen Veränderungen gekennzeichnet, die mit dem Einzug der kapitalistischen Wirtschaftsweise einhergingen.

Aufgrund der Bedingungen, unter denen Serbien die internationale Anerkennung als selbstständiger Staat erlangt hatte, waren die damaligen Herrscher, König Milan und König Aleksandar Obrenović, jedoch in Hinsicht auf die Entwicklung und Ausrichtung der serbischen Wirtschaft Einschränkungen unterworfen. Denn die Verhandlungsführer Serbiens hatten auf dem Berliner Kongress ihr Augenmerk eher auf territoriale Gewinne als auf wirtschaftliche Fragen gelegt. Einzelne Verträge, die aus dem Kongress hervorgingen, führten zu einer weitgehenden Abhängigkeit der serbischen Wirtschaft vom mächtigen Nachbarn im Norden.

Kaiser Franz Joseph hatte seine Zustimmung zur Anerkennung der politischen Unabhängigkeit Serbiens an Forderungen zum Bau eines Eisenbahnnetzes gebunden. Dieses sollte Wien mit Konstantinopel verbinden, wofür Serbien gezwungen war, hohe und teure Kredite im Ausland aufzunehmen. Außerdem erhob er Forderungen zur Regelung des Verkehrs auf der Donau, die Freiheit für die österreich-ungarische Schifffahrt vorsahen und den Einfluss anderer Mächte ausschlossen. Zudem wurde Serbien eine Handelsverpflichtung auferlegt, nach der es im Warenverkehr zwischen Österreich und dem Osmanischen Reich als Transitland behandelt wurde. Österreich-Ungarn schottete seinen Markt mit hohen Zöllen von den westlichen Industriestaaten ab, forderte aber zugleich günstige Bedingungen für den Export seiner Industriegüter auf den Balkan. Aufgrund weiterer Verträge kam Serbien in eine noch schwierigere Lage, da sich Wien ein

weitreichendes Monopol für serbische Ausfuhren von Vieh und Getreide gesichert hatte. Berücksichtigt man das generell niedrige serbische Außenhandelsvolumen und die geringe Bandbreite des Ausfuhrangebots, wird deutlich, dass sich Serbien unter solchen Rahmenbedingungen nur sehr eingeschränkt entwickeln konnte.<sup>3</sup> In den letzten Herrschaftsjahren der Obrenovićiς verarmte die Bauernschaft. Den Arbeitern wurden die politischen und gewerkschaftlichen Rechte vorenthalten, das Bürgertum litt unter hohen Steuern, und die Vertreter der fragilen serbischen Bourgeoisie haderten mit der wirtschaftlichen Abhängigkeit von Wien.

Gegen die Obrenovićiς agierten auch die Anhänger der konkurrierenden Dynastie der Karadorđevićiς. Schließlich wurde eine Offiziersverschwörung organisiert.<sup>4</sup> Der Mai-Umsturz, der mit der Ermordung König Aleksandar Obrenovićiς endete, war mehr als ein gewöhnlicher Dynastiewechsel. Erst nach 1903 wurde damit begonnen, die Mindestvoraussetzungen für eine Beschränkung der monarchistischen Macht zu schaffen. Eine formale Demokratie wurde eingeführt, die aber nicht das allgemeine Wahlrecht einschloss und somit auch nicht die Möglichkeit für die Bevölkerung insgesamt, sich effektiv politisch zu organisieren. Immerhin erlaubte die Wiederherstellung des Parlamentarismus, dass frühere bürgerliche Parteien erneut aktiv wurden und neue Parteien entstanden.

Mit dem Dynastiewechsel und anderem politischem Personal an der Macht konnte ein neuer Vorstoß unternommen werden, sich der unvorteilhaften Bindung der serbischen an die österreich-ungarische Wirtschaft zu entledigen. Dies konnte nicht auf dem Wege einer friedlichen bilateralen Absprache geschehen. Der neue wirtschafts- und außenpolitische Kurs wurde eingeschlagen, nachdem 1904 der bisherige Handelsvertrag mit Österreich-Ungarn ausgelaufen war. Serbien begann, auf eine Zollunion mit Bulgarien (1905) hinzuwirken und mit anderen europäischen Staaten über Kredite und Waffenkäufe zu verhandeln (1906).

Die Doppelmonarchie wollte es nicht hinnehmen, von diesen Unternehmungen ausgeschlossen zu sein. Sie griff zu den üblichen Mitteln und schloss ihre Grenzen für die Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus Serbien. Doch nun hielt Belgrad dagegen: Es führte neue, wesentlich höhere Zolltarife für österreich-ungarische Waren ein. So kam es zum Zollkrieg (der sog. „Schweinekrieg“,

3 Mari-Žanin Čalić: *Socijalna istorija Srbije 1815–1941*. Beograd: Clio 2004, S. 108-121 [A.d.Ü.: *aktualisierte Übersetzung des 1994 auf Deutsch erschienenen Originals*: Marie-Janine Calic: *Sozialgeschichte Serbiens 1815–1941. Der aufhaltsame Fortschritt während der Industrialisierung*. München 1994].

4 Nikola Gaćeša: *Istorija za III razred gimnazije prirodnomatematičkog smera i IV razred gimnazije opšteg i društveno-jezičkog smera*. Beograd 2001, S. 52 ff.

1906–1911) zwischen Serbien und Österreich-Ungarn, der sowohl wirtschaftliche als auch politische Ursachen hatte und sämtliche Widersprüche in sich vereinte, die sich zwischen beiden Ländern angehäuft hatten. Der Konflikt verursachte zwar zunächst eine Wirtschaftskrise in Serbien, beförderte jedoch wenige Jahre später eine teilweise Entwicklung der einheimischen Industrie auf der Basis einer Importsubstitution. Da es Serbien in der Folgezeit auch gelang, sein Ausfuhrangebot zu diversifizieren und eine Reihe von Übereinkünften mit anderen Ländern zu schließen, wurden die Folgen des Konflikts nicht nur abgemildert, sondern die Blockade so gut wie unwirksam. Beendet wurde der Zollkrieg mit dem Inkrafttreten eines neuen österreich-serbischen Handelsvertrags, der die Durchtrennung der wirtschaftlichen „Nabelschnur“ zwischen beiden Ländern bedeutete.<sup>5</sup> Der Umstand, dass die serbische Wirtschaft aufgehört hatte, vom österreich-ungarischen Markt abhängig zu sein, bedeutete jedoch keineswegs, dass nicht neue Abhängigkeiten von anderen politischen und wirtschaftlichen Mächten entstanden.

Die Folgen der veränderten Beziehungen zwischen Wien und Belgrad im wirtschaftlichen Bereich spiegelten sich auch auf dem Feld der Politik wider. Dies zeigte sich deutlich während der Annexionskrise 1908 und 1909, als der Unmut Serbiens über die Annexion von Bosnien und Herzegowina erst durch die direkte Kriegsandrohung Österreich-Ungarns gebändigt werden konnte. Ähnlich verhielt es sich während der Balkankriege 1912 und 1913, als Österreich-Ungarn den Zugang Serbiens zur Adria über albanisches Gebiet vereitelte und Bulgarien gegen Serbien in Stellung brachte.<sup>6</sup>

Während des Zollkriegs hatte sich Serbien für die Entente entschieden. Die Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Serbien verschlechterten sich daher nach den Balkankriegen weiter, was die bereits zahlreichen Interessensgegensätze zwischen Entente- und Mittelmächten verfestigte.

## Die Serbische Sozialdemokratische Partei und Dimitrije Tucović

Die ersten sozialistischen Ideen in Serbien fanden sich Ende der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts in Artikeln von Živojin Žujović. Die Anfänge der sozialistischen Bewegung gehen jedoch auf das Wirken von Svetozar Marković

5 Čalić 2004, S. 157-165

6 Mari-Žanin Čalić: *Istorija Jugoslavije u 20. veku*. Beograd 2013, S. 74-76 und 81-85 [A.d.Ü.: *Deutsches Original*: Marie-Janine Calic: *Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert*. München 2010].

(1846–1875) zurück, der auch eigene konzeptionelle Beiträge leistete (etwa: „Überspringen“ des Kapitalismus; Errichtung eines selbstverwalteten Agrarsozialismus auf Grundlage der traditionellen Haus- und Dorfgemeinschaften).<sup>7</sup> Nach dem anfänglichen Aufschwung in den 1870er und 1880er Jahren, der vom Wirken Svetozar Markovičs und Mita Ceničs geprägt war, wurde es in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts relativ still um die Bewegung. Ein Grund für diese Übergangsphase in der Entwicklung der Bewegung war auch das Niveau der kapitalistischen gesellschaftlichen Beziehungen, die zwar dominant, aber noch nicht hinreichend entwickelt waren.

Trotz der ungünstigen politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse waren im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts in Serbien Anfänge einer Organisation der Arbeiterschaft zu verzeichnen, zwischen 1889 und 1900 kam es sogar mehrfach zu Versuchen einer Gründung einer Arbeiterpartei.<sup>8</sup> Im Jahre 1902 entsandten die 19 damals vorhandenen Arbeiterorganisationen ihre Delegierten nach Belgrad. Ein Zentralkomitee wurde gegründet, das die Gesamttätigkeit der Bewegung koordinierte, in der bereits Radovan Dragović<sup>9</sup>, Dimitrije Tucović und Triša Kaclerović<sup>10</sup> besonders hervorgetreten waren. Zwar spaltete sich das Zentralkomitee in eine marxistische und eine reformistische Strömung<sup>11</sup>, spielte aber dennoch eine wichtige Rolle bei der Vorbereitung und Durchführung der Märzdemonstrationen 1903. Eine wesentliche Rolle bei der Propagierung sozialistischer Ideen spielte die Presse, etwa die Blätter „Der Sozialdemokrat“ („Socijal-demokrat“, 1895–1896) und „Arbeiterzeitung“ („Radničke novine“, 1897 und 1902–1914), die „Sozialistische Bibliothek“ (Socijalistička biblioteka, 1907–1914), in der die Klassiker des Marxismus erschienen, sowie die theoretische Parteizeitschrift „Der Kampf“ („Borba“, 1910–1914). Angesichts des Entwicklungsrückstands der serbischen Gesellschaft kam der jungen und fortschrittlichen

7 Siehe Latinka Perović: *Srpski socijalisti 19. veka*. Beograd 1985.

8 Unter den Verfechtern dieser Idee besonders hervorzuheben sind Andra Banković, Kosta Jovanović und Dragiša Lapčević.

9 Siehe auch die Ausführungen zum ersten serbischen Marxisten in: Darko Delić: Radovan Dragović, in: *Solidarnost*, Beograd, Nr. 6. und 7, Januar und Februar 2009.

10 Siehe deren Biographien in: Đorđe Tomić/Krunoslav Stojaković: *Iz povijesti jugoslavenske ljevice od početka 19. stoljeća do izbivanja Drugog svjetskog rata*. Skica poglavlja koje nedostaje. *Perspektive* 07/2013, Beograd 2013, S. 23 und 30.

11 Anfang des 20. Jahrhunderts wurden in der Bewegung, später auch in der Partei, Kämpfe um die ideologische Vormachtstellung ausgetragen. Dem marxistischen Kern um Dragović und Tucović gelang es bis 1905, den von Jovan Skerlić angeführten Flügel zurückzudrängen.

Intelligenz in der Arbeiterbewegung große Bedeutung zu. Für die sozialistischen Ideen trat etwa auch der im Jahre 1894 gegründete Klub der Hochschulstudenten (Klub studenata veliko-školaraca) ein, der dem Zentralkomitee 1902 beitrug und mit ihm gemeinsam an den Märzdemonstrationen 1903 teilnahm.

Mit dem Mai-Umsturz von 1903 und dem Aufbau des Parlamentarismus verbesserten sich die Bedingungen für die Entwicklung der Arbeiterbewegung und ihr organisiertes Vorgehen. Im selben Jahr wurde schließlich eine Arbeiterpartei gegründet, die Serbische Sozialdemokratische Partei (Srpska socijaldemokratska stranka – SSDS)<sup>12</sup>. Diese rückte bis zu einem gewissen Grad ideologisch und organisatorisch von den sozialistischen Initiativen ab, die ihr vorausgegangen waren. Denn sie entstand unter teilweise anderen Bedingungen als jenen im 19. Jahrhundert.

„Selbst wenn man annimmt, dass dieser ‘Bruch’ mit den älteren sozialistischen Akteuren beziehungsweise Ideen, von dem Tucović schreibt, möglicherweise nur Teil einer für die deutschen Kollegen bestimmten Darstellung war, deuteten sich die Unterschiede zwischen der ‘neuen’ Sozialdemokratie in Serbien und ihrer Vorläufer bereits im gesamtpolitischen Kontext an. Politische Themen wie Arbeiterrechte, Konflikte um Tarifverträge u.ä. standen jedoch nicht lange im Fokus der serbischen Sozialdemokratie, denn schon bald und bis zum Ersten Weltkrieg sahen sich die europäischen Sozialdemokraten ganz anderen Herausforderungen ausgesetzt.“<sup>13</sup>

Das Programm der SSDP war eine Kopie des Erfurter Programms der deutschen Sozialdemokratie.<sup>14</sup> Es verurteilte die Politik der bürgerlichen Parteien als Ausdruck der Klasseninteressen der Bourgeoisie, forderte die Weltlichkeit der Schulen, die Gleichberechtigung der Frau<sup>15</sup> sowie die Verabschiedung einer Arbeitsgesetzgebung, die die Arbeitszeit begrenzen, Kinderarbeit verbieten, die

12 Auf dem VII. Kongress (1909) änderte die Partei ihren Namen in Srpska socijaldemokratska partija (SSDP) [*A.d.Ü.: Es wurde im Serbischen lediglich ein anderes Wort für ‘Partei’ eingesetzt, sodass in der Übersetzung der Unterschied in der Bezeichnung nur in der Abkürzung erkennbar ist*].

13 Tomić/Stojaković, 2013, S. 5.

14 Dimitrijević, 1982, S. 93 ff.

15 Interessant ist Tucovićs Anwesenheit auf der Zweiten Internationalen Konferenz sozialistischer Frauen in Kopenhagen 1910. Nach seiner Rückkehr teilte er seine Eindrücke mit den serbischen Sozialistinnen. „Trat in Partei- und Gewerkschaftsorganisationen eine größere Zahl an Frauen in Erscheinung, war Tucović sofort zur Stelle, um zu erklären, wie wichtig dies für die Bewegung sei. Er unterstützte die Gründung des Sekretariats der Sozialdemokratinnen und ihrer Zeitung ‘Gleichheit’ (‘Jednakost’), in der er selbst Artikel veröffentlichte.“ Zitiert nach Miloško Đoković: Dimitrije Tucović. Gornji Milanovac: *Dečje novine* 1981, S. 72-79.

Auszahlung des Tagelohns regeln und den arbeitsfreien Sonntag garantieren sollte. Als Mitglied der Zweiten Internationale definierte die SSDP ihre politischen Ziele im Programm als Kampf, mit dem nicht nur die Lage der Arbeiterklasse verbessert, sondern auch die Klassenherrschaft und die Klassen als solche abgeschafft werden sollten, das heißt als Kampf für die Errichtung des Sozialismus.<sup>16</sup>

Die SSDP hatte von 1903 bis 1914 ein vielfältiges Betätigungsfeld und beeinflusste das gesellschaftliche Leben in Serbien stärker, als dies die Mitgliederzahl und die bei Wahlen gewonnenen Stimmen der Partei nahegelegt hätten<sup>17</sup>. Sie begann ab 1910 auch ins ländliche Milieu vorzudringen, besaß ihren stärksten Rückhalt aber weiterhin in den Städten. Vom Rednerpult des Parlaments geißelten die sozialistischen Abgeordneten Mihailo Ilić, Dragiša Lapčević, Triša Kaclerović und Dimitrije Tucović die Bedrohung der Arbeiterrechte, Auslandsanleihen, Kriegskredite und Militarismus. Es ist der Hartnäckigkeit der SSDP zu verdanken, dass Serbien eine Arbeitsgesetzgebung erhielt, mit der die Arbeitszeit auf zehn Stunden begrenzt und der Abschluss von Tarifverträgen ermöglicht wurde sowie Frauen und Kinder von der Nacharbeit entbunden wurden.

Parallel zum alltäglichen Kampf um die Arbeiterrechte war die Partei in der Zeit von 1903 bis 1914 auch mit einer Reihe von anderen Fragen konfrontiert und gezwungen, sich in Bezug auf die Gewerkschaften, das Bauerntum, die nationale Frage und den Krieg zu positionieren.

Innerhalb der SSDP gab es widerstreitende Meinungen über die Beziehungen zwischen der Partei und den Gewerkschaften. Eine Gruppe war der Ansicht, man solle sich fast ausschließlich auf den Kampf für die Verbesserung der materiellen Lage der proletarischen Massen fokussieren, was praktisch bedeutete, dass die Partei der Gewerkschaft hätte untergeordnet werden sollen. Es war das Verdienst von Dragović und Tucović, dass solche Auffassungen verworfen wurden: Stattdessen setzte sich die Meinung durch, dass die politische Organisation der Arbeiterschaft die Vorbedingung für den erfolgreichen ökonomischen Kampf sei.

Die Führung der SSDP betonte, dass das ländliche Proletariat Verbündeter der Arbeiterklasse im Kampf gegen den Kapitalismus sei. An der Spitze der SSDP war Dušan Popović der größte Verfechter dieser Auffassung vom Bauerntum. Ihm zufolge sei die wirtschaftliche Lage der breiten Massen der Landbevölkerung so, dass diese ihre Interessen in der Sozialdemokratie wiederfänden. Mit dieser

<sup>16</sup> Gaćeša, 2001, S. 101.

<sup>17</sup> Bei den Kommunalwahlen in Belgrad erhielt die SSDP zwischen 19% und 25% der Stimmen. – Ebenda, S. 102; für genauere Angaben siehe Dimitrijević, 1982, S. 159-162.

Haltung der Partei lässt sich die relativ große Zahl von Anhängern und Wählern unter den Bauern erklären.<sup>18</sup>

Die SSDP setzte sich für das Recht eines jeden Volkes auf Selbstbestimmung ein und lehnte es ab, die nationale Frage auf die kulturelle Autonomie zu reduzieren, wie es die österreich-ungarische sozialdemokratische Partei befürwortete.<sup>19</sup> Auf dem Kongress der Zweiten Internationale 1910 in Kopenhagen warf die SSDP der österreich-ungarischen Partei vor, die Annexion von Bosnien-Herzegowina unterstützt und somit der offiziellen Politik Wiens Vorschub geleistet zu haben. In der Zeit von 1908 bis 1918 blieb die SSDP konsequent ihrer Antikriegspolitik und internationalistischen Orientierung treu.

### Haltung der SSDP zur Annexion von Bosnien-Herzegowina, den Balkankriegen und dem Feldzug gegen Nordalbanien

Alle sozialdemokratischen Parteien des Balkans machten sich die Position der Zweiten Internationale zu eigen, potentiellen internationalen Kriegen entgegenzuwirken (Stuttgart 1907 und Kopenhagen 1910). Daher vertrat auch die SSDP den Standpunkt, dass die generelle Ursache von Kriegen zum einen im Kampf der imperialistischen Großmächte um die Neuaufteilung von Territorien zur Eroberung neuer Märkte und Rohstoffquellen, zum anderen in der militaristischen Politik der Dynastien und herrschenden Bourgeoisien zu suchen sei. Die Partei verurteilte deshalb die Annexion von Bosnien-Herzegowina durch Österreich-Ungarn (1908) und opponierte gegen die chauvinistischen Ausbrüche in Serbien und Bulgarien (1912–1913) sowie den serbischen Feldzug in Albanien (1913). Die ständige Kriegshetze der führenden Mächte goss Öl ins nationalistische Feuer der kleinen Balkanstaaten. Diese versuchten, durch Anlehnung an bald die eine, bald die andere „Schutzmacht“ eine bessere Position im Kampf um Territorien zu erlangen, auf denen meist eine ethnisch sehr gemischte Bevölkerung lebte. Den sozialdemokratischen Parteien des Balkans schwebte eine andere Lösung der nationalen Fragen der Balkanvölker vor, als gewaltsam ethnisch homogene Nationalstaaten zu errichten.

Der Kampf der SSDP gegen den Krieg ist jedoch nicht nur auf die formale Treue zu Erklärungen und Übereinkünften der internationalen Arbeiterbewe-

<sup>18</sup> Gaćeša, 2001, S. 103.

<sup>19</sup> Zu den Positionen Otto Bauers und anderer österreichischer Marxisten siehe Predrag Vranicki: *Historija marksizma*, Buch 1. Zagreb 1987, S. 246-267. Siehe auch Dimitrijević, 1982, S. 182 ff.

gung zurückzuführen, sondern hat auch eine eigenständige Vorgeschichte. Erstens hatte die Partei, als Reaktion auf den Ilinden-Aufstand in Mazedonien (1903), schon bei ihrer Gründung die Position erkennen lassen, Mazedonien Autonomierechte zuerkennen zu wollen.<sup>20</sup> Zweitens hatte Tucović zur Zeit der Annexion von Bosnien-Herzegowina ein Konzept für eine konsequente Antikriegshaltung und militärische Nichteinmischung des serbischen Staates entwickelt, wobei er das bosnisch-herzegowinische Volk zugleich in seinem Befreiungskampf unterstützte.<sup>21</sup> Die Antikriegspolitik der serbischen Sozialisten, die vor allem Tucović vorgezeichnet hatte, fand in der Bewegung mehrheitlich Zustimmung.

Drittens hatte auf Tucovićs Initiative 1910 in Belgrad die Erste Sozialdemokratische Balkankonferenz stattgefunden, auf der eine Resolution zum Kampf der sozialdemokratischen Parteien für einen Zusammenschluss der Gebiete des Balkans in einem Bund der freien Balkanvölker (Sozialistische Balkanföderation) verabschiedet wurde, mit dem sowohl Konflikte der Balkanvölker untereinander als auch imperialistische Interventionen von außen verhindert werden sollten.<sup>22</sup> An der Konferenz nahmen 34 Delegierte aus Serbien, Bulgarien, dem Osmanischen Reich, Kroatien, Slowenien, Bosnien-Herzegowina sowie Rumänien teil.<sup>23</sup> Ihre abschließende Erklärung war der Versuch, die kleinen, zersplitterten und uneinigen Balkanvölker darin zu bestärken, mit vereinten Kräften gegen den Chauvinismus der lokalen Regimes und die Eroberungspolitik der großen europäischen Staaten zu kämpfen.

Während sich auf der europäischen diplomatischen Bühne abzeichnete, dass zu diesem Zeitpunkt niemand wegen der Annexion von Bosnien und Herzegowina einen Krieg lostreten würde, begann es auf dem Balkan erneut zu gären. Das Osmanische Reich wurde zu Beginn des 20. Jahrhunderts zusehends schwächer, insbesondere nach den großen gesellschaftlichen Umbrüchen, die 1908 die Jungtürkische Revolution hervorgerufen hatte. Die kleinen Balkanstaaten, angeführt von jungen nationalen Bourgeoisien, witterten die Chance, auf Kosten des „kranken Mannes vom Bosphorus“ territorial expandieren zu können und ihn im Idealfall tatsächlich bis zum Bosphorus zurückzudrängen. Es war nicht einfach,

20 Zorica Priklmajer-Tomanović: Radnički pokret u jugoslovenskim zemlja do 1914. godine, in: Priručnik za istoriju međunarodnog radničkog pokreta. Beograd 1964, S. 442 ff.

21 Dimitrijević, 1982, S. 191-194.

22 Siehe Resolution of the First Balkan Social Democratic Conference, in: The Balkan Socialist Tradition: Balkan Socialism and the Balkan Federation, 1871–1915 (Revolutionary History, Volume 8, no 3). London 2003, S. 164-166.

23 Đoković, 1981, S. 66-67.

eine Einigung zwischen den Regierungen Serbiens, Bulgariens, Griechenlands und Montenegros zu erzielen, doch schließlich wurde mit Unterstützung des russischen Hofes der Balkanbund geschlossen.<sup>24</sup>

Mit dem ersten Balkankrieg 1912 gelang die Befreiung einzelner Balkanvölker von der jahrhundertelangen osmanischen Herrschaft. Ungelöst blieben dagegen die Probleme des mazedonischen Volkes. Auch die Art und Weise, wie die Staaten des Balkanbunds mit dem albanischen Volk umgingen, führte dazu, dass die Frage seiner Befreiung direkt an die Interessen der Imperialmächte geknüpft wurde. Der Krieg leitete die Zerstörung der feudalen Verhältnisse in den eroberten Gebieten ein und schuf die Voraussetzungen für das Erstarken des peripheren Kapitalismus in den Balkanstaaten.

Im Gegensatz zum Ersten war der Zweite Balkankrieg ohne Zweifel der selbststüchtige Kampf der zuvor noch im Balkanbund vereinten Staaten um die (Neu-)Aufteilung der eroberten Territorien. Als der Krieg ausbrach, erkannten auch diejenigen serbischen Sozialisten, die dem Ersten Balkankrieg wegen seines antifeudalen Aspekts auch die Eigenschaft eines Befreiungskriegs zuzugestehen und ihn „weniger aktiv zu kritisieren“ oder gar zu unterstützen geneigt waren, dass sie falsch gelegen hatten.<sup>25</sup> So zeigte sich die Partei 1913 geeint in ihrer ablehnenden Haltung gegenüber dem Konflikt, den bulgarische, serbische und andere Soldaten mit ihrem Leben bezahlten und in den sich auch die Staaten der beiden imperialistischen Lager einzumischen begannen, indem sie dem einen oder anderen Balkanstaat Unterstützung gewährten.

Der Krieg, den Serbien mit den anderen Balkanstaaten gegen das Osmanische Reich führte, war von den meisten Sozialdemokraten<sup>26</sup> abgelehnt worden. Denn sie hatten zu Recht vermutet, dass die Befreiungskriege neue kleine Nationalstaaten mit gegenseitigen Gebietsansprüchen hervorbringen würden. Dimitrije Tucović formulierte es so: „Sollte Mazedonien Bulgarien zugeschlagen werden, käme auf jeden befreiten Bulgaren mindestens ein Serbe, Grieche, Rumäne, Türke usw. in Gefangenschaft. Sollte sich Altserbien Serbien anschließen, kämen wieder-

24 Siehe auch: Formiranje Balkanskog saveza 1912. godine. Online unter: <http://www.mfa.gov.rs/sr/index.php/dipl-tradicija/istorijski-diplomatski-dokumenti/1289-1912-?lang=lat> [Zugriff: 15.06.2016].

25 Zum passiveren Agieren Popovićs in der Bewegung während der Balkankriege und Kaclerovićs Enthaltung bei der Abstimmung im Parlament über die Kriegskredite 1912 und die spätere Revision ihrer Ansichten siehe Dimitrijević, 1982, S. 208 ff.

26 Zum Problem der unterschiedlichen Auffassungen über den Ersten Balkankrieg innerhalb der Führung der SSDP siehe auch Dubravka Stojanović: Iskušavanje načela. Srpska socijaldemokratija i ratni program Srbije 1912–1918. Beograd 1994.

rum auf einen freien Serben zwei unterjochte Arnauten, Türken usw. Wir wollen die Freiheit unseres Volkes, ohne die Freiheit der anderen zu vernichten.“<sup>27</sup> Die SSDP war also gegen den Krieg, den die Führer des Balkans zur Verwirklichung der eigenen, aber auch der Ziele der sie unterstützenden Großmächte angefangen hatten, und der zu einer neuen Form von Unterjochung der vermeintlich befreiten Völker (insbesondere des mazedonischen, albanischen und türkischen Volkes) führte.<sup>28</sup> Die bei parteiinternen Diskussionen und Treffen vereinbarten Positionen wurden öffentlich bekanntgegeben – auf Versammlungen und am Rednerpult im Parlament.

Während des langjährigen Kampfes gegen die Kriegsvorbereitungen sah die SSDP, insbesondere dank Tucovićs Klassenanalyse, auch im Expansionismus der Bourgeoisie der kleinen Balkanstaaten und im Imperialismus der großen europäischen Mächte die Schuldigen für einen möglichen Balkankrieg gegen das Osmanische Reich. Die Antikriegsposition wurde auf dieser Grundlage entwickelt. Das heißt nicht, dass man die Osmanen mit Wohlwollen betrachtet hätte, im Gegenteil.<sup>29</sup> Die serbischen Sozialisten lehnten mehrheitlich Krieg als Lösungsweg ab. Probleme ließen sich nicht durch Krieg und „Vorsetzen von Freiheit“ lösen, sondern durch eine volksdemokratische Revolution „von unten“, die den ganzen Balkan umfassen und eine sozialistische Balkanföderation schaffen würde. Die SSDP warnte: „Mit der Aufteilung des Balkans in einzelne kleine Staaten werden Sie [*gemeint sind die serbische Regierung und Bourgeoisie – MBJ*] die Grundlage für weitere Streitigkeiten zwischen den Balkanvölkern schaffen [...]. Dann werden die Serben losziehen, um die Serben unter bulgarischer Herrschaft zu befreien, und die Bulgaren werden sich aufmachen, die Bulgaren unter serbischer Herrschaft zu befreien. Das wird dann beständig Streit hervorrufen.“<sup>30</sup> Zugleich wurde auch auf die Gefahr hingewiesen, dass der Balkankrieg zu einem

27 Zitiert nach Dubravka Stajić: Istorija socijaldemokratije. Sto godina od osnivanja SSDP – tuga i opomena, in: Republika, Beograd, Jg. XV, Nr. 314-315, 1.–31. August 2003. Online unter: <http://www.republika.co.rs/314-315/13.html> [Zugriff: 15.06.2016].

28 Zu den ethnischen Säuberungen und gewaltsamen Vertreibungen, die während der Balkankriege von den Streitkräften der Staaten des Balkanbunds verübt wurden und denen vor allem die muslimische Bevölkerung ausgesetzt war, die jahrhundertlang in den „befreiten“ Gebieten gelebt hatte, siehe auch Dubravka Stojanović: U spirali zločina: balkanski ratovi. Online unter: [http://www.irational.org/vahida/history/czkd/literature/Balkanski\\_ratovi\\_Stojanovic\\_D.pdf](http://www.irational.org/vahida/history/czkd/literature/Balkanski_ratovi_Stojanovic_D.pdf) [Zugriff: 15.06.2016].

29 Lapčević erklärte 1912 in einer Parlamentsdebatte: „Die Türkei ist ein Unglück für die Balkanvölker, aber nicht, weil sie eine üble Nation wäre, sondern weil in ihr ein feudales System und ein barbarisches Regime herrschen.“ Zitiert nach Dimitrijević, 1982, S. 204 ff.

30 Ebenda, S. 205 ff.

europäischen Krieg werden könnte. Der SSDP-Abgeordnete Dragiša Lapčević sprach sich im September 1912 gegen den Balkanbund aus. Denn dieser sei ein gegen das Volk gerichteter Pakt, geschlossen zwischen den Höfen und Kabinetten des Balkans auf Betreiben der russischen Diplomatie und der Diplomaten anderer europäischer Länder, die ausschließlich an der Aufteilung der osmanischen Gebiete interessiert seien.<sup>31</sup>

Kurz vor dem Ende des Ersten Balkankriegs im Frühjahr 1913 erhob die SSDP auf zahlreichen Versammlungen und in der Presse die Forderung nach Frieden und Demobilisierung und warnte vor den Gefahren, die zu einem neuen Krieg zwischen den einstigen Verbündeten führen sollten. Zu dieser Zeit weitete sie ihre Agitation auch auf die Armee aus.

Der Friedensvertrag zwischen den Staaten des Balkanbunds und dem im Ersten Balkankrieg besiegt Osmanischen Reich wurde in London zu von den Großmächten festgelegten Bedingungen unterzeichnet. Jedem der vier Balkanstaaten wurden bestimmte Gebietsgewinne zuerkannt. Ferner erlangte Albanien Autonomie unter internationalem Patronat. Vom Vertrag ungelöst blieb die Frage der Aufteilung Mazedoniens. Die Spannungen zwischen Serbien und Bulgarien, aber auch zwischen Bulgarien und Griechenland, führten zum Zerfall des Balkanbunds.<sup>32</sup>

Wie begründet die Antikriegspositionen der SSDP waren, bestätigte schließlich der Zweite Balkankrieg. Österreich-Ungarn war bestrebt, die Verschlechterung der Beziehungen zwischen den Balkanbundstaaten auszunutzen. Aus Angst vor den Kriegserfolgen der serbischen Streitkräfte, infolge derer sich auch das Mobilisierungspotential unter den südslawischen Untertanen der schwarzgelben Monarchie erhöhte, unterstützte die Doppelmonarchie die territorialen Forderungen Bulgariens, mit dem Ziel, den Balkanbund zu zerschlagen. Die Entente, insbesondere Russland, wollte diesen als Damm gegen ein Vordringen Österreich-Ungarns nach Süden und Osten erhalten. Recht bald kam es zum Krieg der einstigen Verbündeten. Bulgarien griff Serbien und Griechenland an.<sup>33</sup> Die Prophezeiungen der serbischen Sozialdemokratie hatten sich bewahrheitet. Die Engstirnigkeit der Nationalismen des Balkans, die auf Unterstützung aus West und Ost statt auf gegenseitige Verständigung und Zusammenarbeit bauten, zeigte sich im vollen Licht. Als im Sommer 1913 die Kämpfe zwischen Serbien und Bulgarien an der Bregalnica ausbrachen und damit auch der Zweite Balkankrieg

31 Ebenda, S. 204.

32 Gaćeša, 2001, S. 70-76.

33 Čalić, 2013, S. 81-85.

begann, sprachen sich die serbischen und bulgarischen Sozialisten öffentlich gegen ihn aus, denn sie sahen in ihm das Ergebnis des Konflikts zwischen der serbischen und der bulgarischen Bourgeoisie und ihren Dynastien im Kampf um Mazedonien.

Der kurze, aber blutige Konflikt endete mit dem Scheitern der bulgarischen Offensive. Zusätzliche Niederlagen wurden Bulgarien durch Rumänien und das Osmanische Reich zugefügt. Der Frieden von Bukarest besiegelte die militärischen Siege, allerdings verbunden mit viel diplomatischen Verwicklungen. Mazedonien blieb geteilt, Serbien wurde das Kosovo, aber nicht das nordalbanische Küstengebiet zugeschlagen.

Im Herbst desselben Jahres kam es zur nächsten Krise, diesmal im Norden Albaniens. Die SSDP protestierte auch diesmal. Sie war der Ansicht, die Versuche der serbischen Bourgeoisie, des Hofes und der Regierung, sich einen Zugang zum Meer zu verschaffen, könnten nicht toleriert werden, wenn sie mit der Unterjochung des hierbei „im Weg stehenden“ albanischen Volkes einhergingen. Ihre Abgeordneten Kaclerović und Lapčević machten Belege für die von serbischen Streitkräften am albanischen Volk verübten Verbrechen publik. Das rief heftige Reaktionen bei den Abgeordneten der bürgerlichen Parteien und in der Öffentlichkeit hervor. In einer Rede im Parlament, die Lapčević Anfang 1914 während einer Debatte zum serbisch-albanischen Konflikt von 1913 hielt, stellte er fest, diese Politik sei „falsch, schädlich und unglücklich sowohl für die Freiheit des albanischen Volkes als auch für den Frieden und die Ruhe des serbischen Volkes.“<sup>34</sup> Er verwies darauf, dass dies nicht der letzte Konflikt sein werde. Die Geschichte hat ihm recht gegeben.

Dimitrije Tucović veröffentlichte aus Anlass dieser Episode die Studie „Serbien und Albanien“, in der er auf materialistische Weise die Geschichte und Entwicklung des albanischen Volkes und der serbisch-albanischen Beziehungen interpretierte, aber auch die serbische Besetzung von Nordalbanien beschrieb und erklärte.<sup>35</sup> Er ging von der Prämisse aus, dass sich „mit der Veränderung der Institutionen und Lebensbedingungen auch die Menschen ändern“ würden. Die serbische Elite hingegen erhebe Anspruch auf „mittelalterliche serbische Gebiete“ und sei der Ansicht, „dass Gräber und Galgen der bessere Lehrmeister als neue

34 Zitiert nach Dimitrijević, 1982, S. 214.

35 Dimitrije Tucović: Srbija i Albanija. Jedan prilog kritici zavojevačke politike srpske buržoazije [reprint izdanje iz 1914. godine]. Beograd 1974. [A.d.Ü.: auf Deutsch erschienen unter dem Titel Dimitrije Tucović: Serbien und Albanien. Ein kritischer Beitrag zur Unterdrückungspolitik der serbischen Bourgeoisie. Wien 1999.]

Institutionen sind“.<sup>36</sup> Er beschrieb den Verfall der Stammesgesellschaft, die mit dem Vordringen der Geld- und Warenwirtschaft einherging<sup>37</sup>, und verurteilte die Publizistik im damaligen Serbien, die das „zivilisatorische Potential des albanischen Volkes“ geringschätzte und so mit ähnlichen Argumenten, wie sie in Österreich-Ungarn zur Zeit der Besetzung von Bosnien und Herzegowina zirkulierten, die „zivilisatorische Mission der serbischen Soldateska“ rechtfertigte.<sup>38</sup>

Bei den 1878 und 1880 abgehaltenen Kongressen des albanischen Volkes wurden an die Hohe Pforte Forderungen nach nationaler Autonomie gerichtet.<sup>39</sup> Sie ähnelten den Forderungen, die die anderen Balkanvölker zuvor gestellt und später auf diplomatischem Wege und mit der Waffe erkämpft hatten. Diese Forderungen schlossen eine Zusammenarbeit mit den benachbarten slawischen Völkern im gemeinsamen Kampf nicht aus, den es auch früher schon gegeben hatte.<sup>40</sup> In den nachfolgenden Jahrzehnten fanden sich die Albaner jedoch zumeist „zwischen Hammer und Amboss“ wieder, „zwischen der Türkei, gegen deren Joch sie kämpften, und den Kleinstaaten des Balkans, die ihnen ein neues Joch brachten. Serbien unterdrückte und vertrieb die albanische Bevölkerung aus vier eroberten Bezirken, Montenegro stieß vom Norden her in das Herzstück der nordalbanischen Stämme vor, und Griechenland forderte gewisse Gebiete im Süden.“<sup>41</sup> Die nationale Befreiungsbewegung des albanischen Volkes wurde 1913 von den anderen Balkanvölkern losgelöst und „Albanien wurde, in erster Linie aufgrund der Eroberungsgelüste der Balkan-Kleinstaaten, zur Vorhut zweier europäischer Großmächte am Balkan, Österreich-Ungarns und Italiens.“<sup>42</sup>

Tucović resümiert in seiner Studie am Beispiel der serbischen Besetzung der albanischen Küste: „Die nationale Befreiung und Vereinigung, die sie für ihr Volk fordert, verwehrt die kapitalistische Bourgeoisie fremden Völkern. Von ihrem Klassenstandpunkt aus gesehen ist das durchaus natürlich und verständlich: Wenn mein eigenes Volk unter meiner Klassenherrschaft steht, warum wollt ihr ‘wildern’ Albaner euch dann nicht auch in ein fertiges, nach allen Vorschriften des

36 Ebenda, S. 11.

37 Ebenda, S. 16-20.

38 Ebenda, S. 27-28.

39 Hannes Hofbauer: Eksperiment Kosovo: povratak kolonijalizma. Beograd 2009, S. 40-43. [A.d.Ü.: Deutsches Original: Hannes Hofbauer: Experiment Kosovo: Die Rückkehr des Kolonialismus. Wien 2008.]

40 Zur Geschichte der albanisch-serbischen Beziehungen siehe z.B. Petrit Imami: Srbi i Albanci kroz vekove. Beograd 1998.

41 Tucović, 1974, S. 42.

42 Ebenda, S. 50.

modernen Staates organisiertes System der Unterwerfung fügen?! Die Außenpolitik der herrschenden Klassen ist lediglich eine Erweiterung ihrer Innenpolitik. Und so, wie das Proletariat die einzige Gesellschaftsklasse in einem Land ist, die nicht für die Befreiung aus der Klassensklaverei kämpfen kann, ohne die ganze Gesellschaft davon zu befreien, kann auch die Sozialdemokratie nicht die Freiheit ihres Volkes verfechten, ohne zugleich für die nationale Befreiung aller anderen Völker einzutreten. Hier liegt einer der wesentlichen Unterschiede in der Betrachtungsweise der nationalen Frage zwischen Sozialdemokratie und bourgeoisen Parteien.<sup>43</sup> Nachdem die serbische Armee 1913 das Alltagsleben der lokalen Bevölkerung durch die Einführung von immensen Steuern und Abgaben auf den Kopf gestellt hatte, kam es zu bewaffneten Aufständen, die brutal niedergeschlagen wurden. Die herrschenden serbischen Schichten „öffneten ihren Fundus der kolonialen Morde und Grausamkeiten und können sich als ebenbürtige Herren zu den Engländern, Holländern, Franzosen, Deutschen, Italienern und Russen gesellen“.<sup>44</sup>

Wie richtig die SSDP die Gefahren einer Aufteilung des Balkans und einer Einmischung der Großmächte einschätzte, bestätigten nicht nur die Auseinandersetzungen der Siegerstaaten des Ersten Balkankriegs untereinander, sondern auch die Probleme unter den Balkanvölkern im Ersten und Zweiten Weltkrieg. Ganz zu schweigen vom letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts und dem blutigen Zerfall Jugoslawiens.

### Der Erste Weltkrieg und die Parteirepräsentanten nach Tucović: Antikriegspolitik und Kampf gegen den Sozialpatriotismus

Das Attentat von Sarajevo diente dem offiziellen Wien als lang ersehnter Anlass, um die Kriegsmaschinerie in Gang zu setzen.<sup>45</sup> Der Mord am österreich-ungarischen Thronfolger war von „Mlada Bosna“ verübt worden, einer nach Befreiung strebenden bosnisch-herzegowinischen, horizontal organisierten,

<sup>43</sup> Ebenda, S. 77-78.

<sup>44</sup> Ebenda, S. 108.

<sup>45</sup> Zum Attentat, Gavrilo Princip und „Mlada Bosna“ siehe ausführlich Zlatoje Martinov: Gavrilo Princip – Held oder Terrorist? Das Attentat von Sarajevo und der Erste Weltkrieg, in: Lange Linien der Gewalt. Ursachen, Deutungen und Folgen des Ersten Weltkrieges (1914–1918). Herausgegeben von der Arbeitsgruppe Zeitgeschichte und Geschichtspolitik der Rosa Luxemburg Stiftung, Berlin 2014, S. 14-21. Online verfügbar unter: [https://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/sonst\\_publicationen/Martinov\\_Princip.pdf](https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Martinov_Princip.pdf) [Zugriff: 15.06.2016] Siehe auch Veselin Masleša: Mlada Bosna. Beograd 2013.

pro-jugoslawischen Jugendorganisation, die der direkten politischen Aktion zugeneigt war. Bis heute ist unklar, ob der serbische Geheimdienst oder ein Teil von diesem direkt oder indirekt in den Vorfall verwickelt war.<sup>46</sup>

Die Kriegerklärung Österreich-Ungarns an Serbien mündete bald in einen globalen Konflikt. Die zuvor auf den Kongressen der Zweiten Internationale verabschiedeten Beschlüsse implizierten, dass die sozialistischen Abgeordneten in den nationalen Parlamenten gegen die Bewilligung von Rüstungsgeldern, also gegen den Krieg stimmen. Lenins Auffassung, die Arbeiterschaft müsse in einem imperialistischen Krieg die Waffen gegen die eigene Bourgeoisie richten und so die Macht ergreifen, fand sogar Eingang in die Resolution des Stuttgarter Kongresses von 1907. Als es dann jedoch zum Weltkrieg kam, billigten die meisten Vertreter der sozialdemokratischen Parteien im entscheidenden Moment die Kriegskredite für „ihre“ Regierungen und unterstützten so den Krieg. Die zahlenmäßig kleine linke Opposition in der internationalen Arbeiterbewegung bezeichnete diese Haltung als Sozialpatriotismus oder Sozialchauvinismus (Sozialismus dem Wort nach, Chauvinismus im Handeln).<sup>47</sup>

Im Gegensatz zu anderen sozialdemokratischen Parteien, die sich auf die Seite der herrschenden Klassen ihrer Länder stellten, war die SSDP die einzige Partei der Zweiten Internationale, die sich geschlossen öffentlich gegen den Krieg aussprach und in ihrem nationalen Parlament gegen die Kriegskredite stimmte. Die Partei nahm inner- und außerhalb des Parlaments den offenen Kampf gegen den Krieg auf, was in der Öffentlichkeit im eigenen Land auf wenig Verständnis stieß, aber Begeisterung bei jenen sozialistischen Gruppen hervorrief, die sich ebenfalls dem Krieg widersetzen: den russischen Bolschewiki, den „strammen“ bulgarischen Sozialisten, der deutschen Fraktion um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, den linken Minderheiten in Frankreich, den Niederlanden und Italien usw.

Bereits zu Beginn des Angriffs auf Serbien, im Herbst 1914, fiel Dimitrije Tucović, langjähriger Sekretär und Ideologe der Partei. Die vor allem von Tucović artikulierte Antikriegsposition hatte ihren Ursprung in einer marxistischen Beurteilung des Krieges und in der Betonung seines imperialistischen Charakters.<sup>48</sup>

<sup>46</sup> Hofbauer, 2009, S. 50

<sup>47</sup> Lenin: Der Opportunismus und der Zusammenbruch der II. Internationale, in: Ders.: Werke, Bd. 21, August 1914 bis Dezember 1915, Berlin 1960, S. 150-151.

<sup>48</sup> Für andere Interpretationen des „Abstimmens gegen den Krieg“ siehe Mira Bogdanović: Srpski radnički pokret 1903–1914: naličje legende. Zagreb 1989.

In einem Brief, den Dušan Popović 1915 aus dem umkämpften Serbien schrieb, wird eingeräumt:

„Was das Verhältnis zwischen Serbien und Österreich-Ungarn anbelangt, war für uns sonnenklar, dass sich unser Land in der Verteidigungsposition befindet [...]. Im Grunde genommen schützt Serbien sein Leben, seine Unabhängigkeit, die von Österreich auch vor dem Attentat von Sarajevo bedroht wurden. Wenn die Sozialdemokraten überhaupt irgendwo das Recht hätten, für den Krieg zu stimmen, dann in erster Linie in Serbien.“<sup>49</sup>

Wenn es ein Land mit dem Recht gebe, sich zu verteidigen, so sei dies Serbien, hob auch Lenin hervor. Die Haltung der SSDP sei daher umso bedeutsamer.<sup>50</sup> Rosa Luxemburg betonte zwar ebenfalls, dass man im Falle Serbiens formal betrachtet vom „Recht der nationalen Verteidigung“ sprechen könne, vergaß jedoch nicht hinzuzufügen, dass Serbien nur eine Schachfigur im großen Schachspiel der Weltpolitik sei und „hinter dem serbischen Nationalismus der russische Imperialismus“ stehe.<sup>51</sup>

Weshalb also lehnte es die SSDP ab, diesen Krieg zu akzeptieren und zu unterstützen, wenngleich er formal ein Verteidigungskrieg war? Der Kampf der serbischen Sozialisten gegen den Krieg war verknüpft mit dem Kampf gegen die Regierungspolitik der Anbindung an die Großmächte („Petrograder Diplomatie und Pariser Börse“) beziehungsweise an einen der Blöcke, die die Auseinandersetzung untereinander vorbereiteten. Die Sozialisten verwiesen auf den imperialistischen Charakter sowohl der Mittelmächte als auch der Entente und hoben hervor, dass beide Blöcke Feinde der Völker des Balkans seien. Im selben Brief schrieb Popović auch Folgendes:

„Entscheidend war für uns dennoch die Tatsache, dass der Krieg zwischen Serbien und Österreich nur ein kleiner Teil, nur der Auftakt des europäischen Weltkriegs war, und dass letzterer nach unserer tiefsten Überzeugung nichts als einen ausgesprochen imperialistischen, kapitalistischen Charakter haben konnte. Aus diesem Grund hielten wir es für unsere imperative Pflicht, als Teil der großen sozialistischen und proletarischen Internationale mit aller Entschlossenheit gegen den Krieg aufzutreten.“

Die damalige Konstellation der internationalen Beziehungen, d.h. die Drohung mit dem Konflikt zwischen den beiden Blöcken, ließ es also nicht zu, den Angriff

49 Brief veröffentlicht in: „Naše slovo“, Paris, 5. September 1915, zitiert nach Dimitrijević, 1982, S. 229 ff.

50 Lenin: Der Zusammenbruch der II. Internationale, in: ders.: Werke, Bd. 21, August 1914 bis Dezember 1915, Berlin 1960, S. 197-256.

51 Rosa Luxemburg: Die Krise der Sozialdemokratie (Junius-Broschüre), in: dies.: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 2000, S. 49-164.

Österreich-Ungarns auf Serbien aus der spezifischen lokalen Position eines kleinen Landes heraus zu betrachten, das von einer Großmacht angegriffen worden war. Die Antikriegshaltung der serbischen Sozialisten fußte auf der sozialistischen Klassenkonzeption, die die internationale Solidarität des Proletariats implizierte und die Möglichkeit ausschloss, dass die Arbeiterbewegung eines Landes das Proletariat eines anderen Landes als Feind behandelte. Im Rückblick auf das Jahr 1914 schrieb Popović in seinem Artikel „Die serbischen Sozialisten und der Krieg“ 1918:

„Wir haben die Frage nicht aus einer serbischen, sondern aus einer internationalen und proletarischen Position heraus gelöst. Eine Partei ist nur dann sozialistisch, wenn sie in einem Augenblick solch tragischer Prüfungen, wie es sie im Übrigen nur selten gibt, bereit ist, das nationale Interesse keineswegs zu opfern, sondern den höheren internationalen Interessen, den Interessen der Menschheit unterzuordnen. Tut sie dies nicht, ist sie nicht sozialistisch, sondern nationalistisch [...]. Für uns, die Serbische Sektion der jetzigen Arbeiterinternationale und künftigen Internationale der Menschheit, war die Aufgabe so klar wie unsere Entscheidung: die Internationale und die Menschheit mit dem Kampf gegen den Krieg zu verteidigen.“<sup>52</sup>

In der serbischen sozialistischen Emigration, vor allem in Frankreich, aber auch an der Salonikifront, trat im Laufe des Jahres 1916 dennoch der Sozialpatriotismus in Erscheinung. Zum Versuch, die Antikriegspolitik der SSDP zu revidieren, kam es einerseits unter dem Einfluss der sozialpatriotischen Presse der Bündnisstaaten und der Tätigkeit von Agenten der serbischen Regierung, Abweichlern in der Partei und früheren Parteimitgliedern. Andererseits geschah das unter dem Eindruck der Besetzung Serbiens und der weiteren Entwicklung, was einen Teil der Mitglieder – die auch physisch von Popović, Lapčević und Kaclerović getrennt waren – dazu veranlasste, sich das Programm zur Befreiung und Vereinigung der Südslawen zu eigen zu machen. All das brachte sie dazu, die Kriegsziele der Entente-Staaten und die Politik der serbischen Regierung zu unterstützen. Erster Initiator einer sozialpatriotischen Plattform war das ehemalige SSDP-Mitglied Milan Marinković, der 1912 wegen des Versuchs, eine nationalistische Fraktion in der Partei zu organisieren, ausgeschlossen worden war.<sup>53</sup>

Für die serbischen Sozialisten verstand sich die Befreiung der in Österreich-Ungarn unterdrückten Südslawen von selbst, setzte sich doch die SSDP für das Recht aller Völker auf Selbstbestimmung ein. Daher verabschiedete ein Teil der Sozialisten in der Emigration ein Programm, das die Befreiung und Vereinigung

52 Zitiert nach Dimitrijević, 1982, S. 231.

53 Ebenda, S. 245-247.

der Südslawen zur direkten politischen Forderung erhob. Das Problem bestand darin, dass sie diese Forderung an einen siegreichen Ausgang des Krieges zu knüpfen begannen. Artikuliert wurden solche Leitsätze vom sozialpatriotisch ausgerichteten SSDP-Komitee mit Sitz in Paris. Das Komitee arbeitete eng mit den sozialpatriotischen Kräften der Entente-Staaten zusammen, vor allem mit den französischen Sozialisten, und ein Teil seiner Führung pflegte gute Beziehungen zu Vertretern der Pašić-Regierung. Neben dem bereits erwähnten Marinković traten als führende Sozialpatrioten später auch Velja Stojanović, Dragiša Đurić, Aca Pavlović und Sava Muzikravić in Erscheinung.<sup>54</sup>

Die Antikriegspolitik der SSDP hingegen wurde von deren offiziellen Vertretern Dušan Popović und Triša Kaclerović den gesamten Krieg hindurch konsequent verfolgt. Es ist vor allem den Anstrengungen Popovića zu verdanken, dass der serbische Sozialpatriotismus bereits vor Ende des Krieges politisch am Ende war. Zu Popovića agiltsten Unterstützern zählte Ilija Milkić, ein altes Mitglied der SSDP, der sich in der Schweiz den Positionen der internationalistischen „Zimmerwalder Linken“ und später denen der Bolschewiki annäherte.

Der Auftritt der offiziellen Vertreter der SSDP in Stockholm im Herbst 1917 und die Diskussionen, die Popović mit einzelnen Vertretern des Pariser SSDP-Komitees Anfang 1918 in London führte, brachten viele Sozialisten ins Schwanken, die nur zeitweilig auf sozialpatriotische „Abwege“ geraten waren. Tucovića Nachfolger Dušan Popović beharrte darauf, dass es einen großen Unterschied bei der Wahl der Methode zur Befreiung gebe: Während die Sozialpatrioten behaupteten, der Sieg im Krieg werde nationale Freiheit und Vereinigung bringen, sah er darin nur die gegenseitige Ausrottung der arbeitenden Massen aller Länder. Für ihn war die richtige Linie die folgende: Die Freiheit aller Völker und die Demokratie könnten nur das Ergebnis eines koordinierten Kampfes der Arbeiterklasse aller Länder gegen die gesellschaftliche und politische Ordnung sein. Dafür sei die Beendigung des imperialistischen Konflikts die Vorbedingung. Popović kritisierte die Parole von der Befreiung der kleinen und unterdrückten Völker, derer sich Entente und Mittelmächte in ihrer Propaganda bedienten. Er betonte dagegen, die herrschenden Klassen hätten auf beiden Seiten vor allem ihre eigenen Interessen im Blick.<sup>55</sup>

Die von Dušan Popović im Laufe des Jahres 1918 unternommenen Anstrengungen, die Antikriegspolitik der SSDP erneut auf alle anderen europäischen sozialdemokratischen Parteien auszuweiten, endeten damit, dass sich die Mehrheit

<sup>54</sup> Ebenda, S. 259-271.

<sup>55</sup> Dimitrijević, 1982, S. 284-311.

der serbischen Sozialisten von den Parteien der Zweiten Internationale abwandte. Von jenen Parteien also, die den herrschenden Schichten im Krieg Unterstützung gewährt hatten und in den folgenden Jahrzehnten zeigen sollten, dass sie jede Form von emanzipatorischer Politik hinter sich gelassen hatten. Der Einsatz gegen Krieg und Sozialpatriotismus im letzten Kriegsjahr führten zu einer Annäherung der Standpunkte der serbischen Sozialisten an die Positionen der Bolschewiki und sogar dazu, dass einige von ihnen die Oktoberrevolution direkt unterstützten.

Für die Ausrichtung der Partei nach dem Krieg war es ein großer Schlag, dass Dimitrije Tucović gefallen (1914) und Dušan Popović verstorben war (1918). Der Kongress der SSDP von 1919 sah von einer Verurteilung der sozialpatriotischen Aktion in Frankreich ab und erwähnte stattdessen die beiden Seiten dieser bedeutsamen politischen Auseinandersetzung nur, ohne zu ihnen Stellung zu nehmen. Nichtsdestotrotz spielte die SSDP eine wichtige Rolle in der Vorgeschichte der Kommunistischen Partei Jugoslawiens.

### Was ist das Erbe der serbischen Sozialdemokratie?

Gibt es heute relevante Kräfte, die man als Erben der beschriebenen politischen Linie in der jugoslawischen und internationalen Geschichte der Arbeiterbewegung bezeichnen könnte? Wer in den postjugoslawischen Gebieten kann sich auf das Erbe der serbischen Sozialdemokratie berufen?

Ende des 20. Jahrhunderts zeigte sich auf zwei charakteristische Arten, wie dieses Erbe missbraucht wurde. Zum einen pflegte sich ein Teil der Kräfte, die das Regime von Slobodan Milošević unterstützten, von Zeit zu Zeit auf den Antiimperialismus in der serbischen sozialistischen Tradition zu berufen und die Einmischung des Westens in die Beziehungen der Völker des Balkans, insbesondere der jugoslawischen Völker, zu kritisieren. Zum anderen gab es in der Öffentlichkeit Unterstützer des Interventionismus der NATO, die sich Tucovića Kritik am serbischen Nationalismus bedienten. Das geschah insbesondere, als die serbisch-albanischen Konflikte eskalierten.<sup>56</sup> Dabei ist anzumerken, dass weder die einen noch die anderen die Restauration des Kapitalismus in Frage stellten.

In der derzeitigen politischen Landschaft Serbiens gibt es jene, die sich als politische Linke verstehen oder mit einigen ihrer Elemente kokettieren. Unter ihnen halten die einen formal an Antinationalismus und Antimilitarismus fest

<sup>56</sup> Siehe ausführlicher in: Andreja Živković: The Balkan Socialist Tradition and the Balkan Federation, 1871–1915, General Introduction, in: The Balkan Socialist Tradition ..., S. 10-12.

und betrachten diese als von den wirtschaftlichen Verhältnissen isolierte Werte. Einige Gruppen halten die kommunistische Rhetorik aufrecht, jedoch im Sinne eines „folkloristischen Rituals“. Die Dritten kritisieren den westlichen Imperialismus und setzen sich für eine Anbindung an den vermeintlich freundlicher gesinnten Kapitalismus aus dem Osten ein.

*Aus dem Serbischen von Jana Mayer-Kristić*

*Michael Pesek*

## Der Erste Weltkrieg aus afrikanischer Perspektive: Träger in den Kolonialarmeen Ostafrikas

Wohl auf keinem anderen Schauplatz des Ersten Weltkriegs waren militärische Arbeitskräfte so bedeutend für den Ausgang des Kriegsgeschehens wie in Ostafrika.<sup>1</sup> Anders als in Europa, wo die Kampfhandlungen sich bald in einem zermürenden Stellungskrieg festfuhren, war der Krieg in Ostafrika von hoher Mobilität geprägt. Nur selten standen sich die einander befeindenden Armeen mehrere Tage oder Wochen an befestigten Frontlinien gegenüber. Etwa 15.000 Soldaten der belgischen Force Publique sowie britische, rhodesische und südafrikanische Truppen in einer Stärke von etwa 100.000 Mann trafen auf etwa 15.000 deutsche Soldaten.

Diese Truppen mussten mit Ausrüstung, Munition und Nahrungsmitteln versorgt, Soldaten an die Front, Kranke und Verwundete in Lazarette gebracht werden. Diese Aufgabe erwies sich im Laufe des Krieges als die entscheidende und gleichzeitig schwierigste, denn die Kampfhandlungen fanden in einem Gebiet statt, in dem es nahezu keine Infrastruktur gab, die den Anforderungen des Krieges gerecht wurde. Das Fehlen von Straßen und Eisenbahnen, das Versagen von Autos und Lastkraftwagen, die für diese unwirtlichen Gegenden nicht gemacht waren, wurden ersetzt von hunderttausenden Afrikanern, die auf ihren Rücken all das transportierten, was die Armeen für ihren Krieg benötigten. Nach offiziellen Schätzungen des Colonial Office dienten während dieses Krieges 500.000 bis 750.000 Afrikaner den Briten als Träger, deutsche Quellen sprechen sogar von mehr als einer Million. Die Belgier rekrutierten circa 260.000 Träger, aber auch das ist eher eine Schätzung. Schwieriger ist es, die Zahl der Träger in deutschen Diensten auch nur annäherungsweise zu schätzen. Der britische Historiker John Iliffe nimmt an, dass die Deutschen 1916 etwa 45.000 Träger zur

---

<sup>1</sup> Dieser Text ist eine überarbeitete Fassung von Michael Pesek: Afrikanische Träger im Ersten Weltkrieg, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2014, H. 3, S. 27-53.

Verfügung hatten, es war das Jahr ihrer höchsten Truppenstärke.<sup>2</sup> Träger waren in allen beteiligten Truppen, seien es die der Briten und Belgier oder die der Deutschen, in der Mehrheit. Deutsche Offiziere gönnten sich für den Transport ihrer persönlichen Habe und ihrer Ausrüstung etwa sechs Träger, in den letzten zwei Kriegsjahren reduzierte sich die Zahl auf zwei. Soldaten und Unteroffiziere hatten in der Regel ein bis drei Träger. Die meisten Träger benötigten belgische Offiziere: Von bis zu 18 Trägern ließen sie sich ihre Ausrüstung befördern.<sup>3</sup>

Die Geschichte der Trägerarbeit in Ostafrika beginnt nicht erst 1914, sondern reicht bis weit ins 19. Jahrhundert zurück. Zu Tausenden hatten sich damals junge Männer aus Ostafrika in den Karawanen sansibarischer Händler verdingt. Einige handelten als freie Unternehmer, viele waren Sklaven. Sie trugen die Reichtümer Ostafrikas, Elfenbein und Gummi, an die Küste und brachten Luxusgüter und Waffen ins Landesinnere. In jenen Jahren bildete sich eine Infrastruktur und professionelle Kultur von Mobilität heraus, die einen Großteil der kolonialen Ökonomie und Verwaltung prägen sollte. Trägerarbeit blieb auch ein integraler Bestandteil kolonialer Ökonomie und Herrschaftsausübung. Ohne Träger wäre keine koloniale Expedition zur Erforschung, Eroberung oder Verwaltung eines Landes möglich gewesen. Kaum ein auf einer Plantage produziertes Stück Kautschuk oder Baumwolle hätte ohne Träger seinen Weg nach Europa oder Amerika gefunden.

Durch das Fehlen einer modernen Infrastruktur bekam der Erste Weltkrieg in Afrika sein besonderes Gepräge. Die Erfolge des deutschen Kommandeurs Paul von Lettow-Vorbeck, der gegen eine doch beträchtliche Übermacht der Alliierten mehr als vier Jahre bestehen oder ihr vielleicht auch erfolgreich ausweichen konnte, waren größtenteils dem Misserfolg der Briten und Belgier geschuldet, den Transport in den Griff zu bekommen. Bei der Suche nach einer Lösung dieses Problems experimentierten die verantwortlichen Militärs und Kolonialbeamten mit neuen Institutionen und Strukturen der Rekrutierung und Organisation afrikanischer Arbeitskraft, die den Krieg überdauern sollten. Mit den Rekrutierungspatrouillen kamen – nicht nur in Ostafrika – die Bürokraten, um die afrikanische Bevölkerung statistisch zu erfassen. Träger und Soldaten aus Westafrika und Südafrika kämpften und arbeiteten außer in Ostafrika auch auf

2 Siehe Heinrich Schnee: *Deutsch-Ostafrika im Weltkriege – wie wir lebten und kämpften*, Leipzig 1919, S. 126; Paul Emil von Lettow-Vorbeck: *Mein Leben*, Biberach an der Riss 1957, S. 136; John Iliffe: *A Modern History of Tanganyika*, Cambridge 1979, S. 249.

3 *Compte rendu des opérations établi par le Capitaine Commandante Jacques*, undat., Archiv der Force Publique im belgischen Außenministerium (im Folgenden: FP) 2659/1155.

den Schlachtfeldern Europas. Etwa 18.000 Afrikaner aus Südafrika, 28.313 aus Nigeria, 11.918 aus Sierra Leone und weitere 1.160 Männer von der Goldküste dienten als Träger oder Arbeiter bei den britischen Trägerkolonnen in Ostafrika.<sup>4</sup> Überall dort, wo die jungen Männer von den lokalen Verwaltungsbeamten oder Chiefs zum Trägerdienst gepresst wurden, kamen die fragilen lokalen Kompromisse, die aus der Phase der kolonialen Eroberung hervorgegangen waren, unter Druck. Kolonialbeamte fürchteten den Ausbruch von Rebellionen als Folge der forcierten Einbindung lokaler Gesellschaften in die Kriegsökonomien; die Eliten sahen die Legitimation ihrer Herrschaft angesichts des Unmuts ihrer Untertanen über ihre Rolle bei den Zwangsrekrutierungen infrage gestellt.<sup>5</sup>

Die Trägerarbeit wird auch im Zusammenhang mit der Frage diskutiert, ob der Erste Weltkrieg eine Bruchlinie in der Geschichte kolonialer Herrschaft in Afrika darstellte. Die Antwort des britischen Historikers Geoffrey Hodges, von dem bisher die umfassendste Studie zu Trägern im Ersten Weltkrieg in Afrika stammt, fällt zwiespältig aus. Hodges sieht in den britischen Carrier Corps des Krieges sowohl Wandel als auch Kontinuität. Einerseits habe der koloniale Staat neue Instrumentarien der Registrierung und Organisation von Afrikanern für die koloniale Ökonomie in die Hand bekommen, andererseits aber seien die Verantwortlichen nach dem Krieg bemüht gewesen, rasch zum Status quo der Vorkriegsjahre zurückzukehren. Die Erfahrungen im Krieg hätten zwar ihre Perspektive auf die europäische Kolonialherrschaft verändert, nicht aber zu einer Politisierung der Träger geführt.<sup>6</sup> Auch von afrikanischer Seite scheint kein Impuls für politischen Wandel ausgegangen zu sein. Hodges verweist dennoch auf Konflikte um die neuen Instrumente des kolonialen Staates zur Rekrutierung und Kontrolle afrikanischer Arbeitskraft, die nach dem Krieg nicht obsolet, sondern weitergeführt und ausgebaut wurden.<sup>7</sup>

4 Siehe David Killingray: *Repercussions of World War I in the Gold Coast*, in: *The Journal of African History*, 1978, Nr. 1, S. 39-59, hier S. 47 f.; David Killingray/James K. Matthews: *Beasts of Burden: British West African Carriers in the First World War*, in: *Canadian Journal of African Studies*, 1979, Nr. 1, S. 5-23, hier S. 10; Geoffrey Hodges: *The Carrier Corps. Military labor in the East African campaign, 1914-1918*, New York u.a. 1986, S. 70.

5 Zum Konzept des „lokalen Kompromisses“ siehe Iliffe, *Modern History*.

6 Siehe Hodges, *Carrier Corps*, S. 151. Siehe auch: Lewis J. Greenstein: *The Nandi experience in the First World War*, in: Melvin E. Page (Hrsg.): *Africa and the First World War*, New York 1987, S. 81-94, hier S. 83.

7 Siehe Hodges, *Carrier Corps*, S. 197.

Ziel dieses Aufsatzes ist es, die Erfahrungen der afrikanischen Träger während des Ersten Weltkrieges zu rekonstruieren. Das ist nicht einfach: Schriftliche oder mündliche Quellen von Afrikanern sind rar. Vor allem den beiden britischen Historikern Hodges und Lewis Greenstein haben wir die Bewahrung der Erinnerungen afrikanischer Kriegsteilnehmer zu verdanken, die aufseiten der Briten kämpften. Von den aufseiten der Deutschen oder Belgier kämpfenden Afrikanern wissen wir dagegen nahezu nichts. Winzige und kaum kontextualisierbare Splitter ihrer Erfahrungen finden sich in den Beschreibungen deutscher, belgischer und, wenngleich seltener, auch britischer Offiziere, wobei diese durch die europäische Perspektive gebrochen sind. Überliefert sind einige Songs, die die Träger und Askari (ostafrikanische Soldaten im Dienste der Europäer) während des Krieges sangen. Die Wege dieser Überlieferung liegen oft im Dunkeln. Wir kennen oftmals weder die Autoren noch die genaue Zeit ihrer Entstehung. Manche Songs waren bereits in der Zeit des Karawanenhandels entstanden, wie der folgende aus Unyamwezi:

„Gib einem Nyamwezi eine schwere Last.  
Der neue Mond scheint so hell wie voll.  
Wenn sie bunte Baumwolltücher trägt, putzt sie sich heraus.  
Besser mit blauem calico  
dunkel wie die Regenwolken.“<sup>8</sup>

Zu der Zeit, als er von den Munitionsträgern in Morogoro und in Nairobi gesungen wurde, war dieser Song wahrscheinlich mehr als 30 Jahre alt.

### Rekrutierung und Organisation militärischer Arbeit während des Krieges

Kurz nach Ausbruch des Krieges in Europa begannen auch die ersten Kampfhandlungen in Ostafrika. Bereits sehr früh wurde klar, dass Briten, Belgier und Deutsche den Krieg mit ganz unterschiedlichen Zielen, Voraussetzungen und Mitteln führen würden. Der deutsche Kommandeur Paul von Lettow-Vorbeck sah den Krieg in Ostafrika als einen Schauplatz des Krieges in Europa, der half, britische Truppen zu binden, die sonst anderswo eingesetzt werden würden. Nachdem ein deutsches Kriegsschiff ein Versorgungsschiff im Indischen Ozean

8 Siehe Ascan Roderich Lutteroth: *Tunakwenda. Auf Kriegssafari in Deutsch-Ostafrika*, Hamburg 1938, S. 159; Harold E. Lambert: *The Beni Dance Songs*, in: *Swahili*, 1962/1963, Nr. 1, S. 18-21, hier S. 20. Im wiedergegebenen Song meint Calico die blauen Baumwollstoffe, die während des Karawanenhandels als Bezahlung der Träger üblich waren.

versenkt hatte, fürchteten die britischen Kolonialbeamten um die Verbindungslinien zur indischen Kronkolonie. Relativ schnell spielte auch die Neuordnung der kolonialen Landkarte Afrikas als Kriegsziel eine Rolle. Dies war eines der primären Ziele der Belgier, die zudem in Afrika eine Gelegenheit sahen, sich für die Besetzung Belgiens durch deutsche Truppen zu revanchieren.<sup>9</sup>

Während die Briten nun in aller Eile Truppen aus dem Empire nach Ostafrika schickten, war Lettow-Vorbeck auf sich allein gestellt und gezwungen, den Krieg mithilfe von Kolonialtruppen und kolonialer Kriegsökonomie zu führen. Seine Soldaten waren größtenteils Afrikaner, die Askari der Schutztruppe. Ausrüstung, Munition und Nahrung kamen aus der Kolonie. Innerhalb weniger Monate erhöhte sich die Stärke der Truppen von 2.240 auf 12.000. Lettow-Vorbecks britische Gegenüber sahen den Krieg als einen des Empire, in dem europäische, südafrikanische und indische Truppen kämpfen, deren Nachschub aus allen Teilen des Empire kommen würde. Und die Belgier? Sie kämpften wie die Deutschen mit ihren Kolonialtruppen, der Force Publique, wurden aber mit Waffen und Munition aus der Heimat versorgt. Ihre Offiziere kamen zu einem großen Teil aus der Metropole.

Diese unterschiedlichen Voraussetzungen und Sichtweisen auf den Krieg hatten einen großen Einfluss auf die Organisation der Nachschublinien. Für die Briten war diese Frage in den ersten zwei Jahren des Krieges von geringer Bedeutung. Ihre Hoffnung lag in einem schnellen Sieg ihrer überlegenen Truppen gegen die Askari der Deutschen. Durch Landungsunternehmen an der Küste versuchten sie, die wichtigsten Städte zu erobern und die Deutschen zur Aufgabe zwingen. Mit der Niederlage der Briten in Tanga im November 1914 wurde dieses Konzept Makulatur. Sie brauchten fast zwei Jahre, um diese Fehlkalkulation durch ein neues Konzept zu ersetzen. Auch die Belgier hofften auf einen schnellen Sieg. Bereits im Oktober 1914 hatten sie den Briten Pläne für eine alliierte Offensive vorgelegt. Diese aber bezweifelten, dass die Belgier die notwendigen logistischen Voraussetzungen zu schaffen in der Lage waren. Über mehr als tausend Kilometer mussten sie Truppen und Ausrüstung vom Westteil ihrer riesigen Kolonie in den Osten bringen, der infrastrukturell kaum erschlossen war. In der Tat brauchten die Belgier fast zwei Jahre, um diese Herkulesaufgabe zu bewältigen.<sup>10</sup>

9 Siehe William Roger Louis: *Ruanda-Urundi*, Oxford 1963, S. 214; Kent Forster: *The Quest for East African Neutrality in 1915*, in: *African Studies Review*, 1979, Nr. 1, S. 73-82, hier S. 73; Edward Paice: *World War I. The African Front*, New York 2008, S. 97.

10 Siehe Théophile Théodore Joseph Antoine Wahis: *La Participation Belge à la Conquête du Cameroun et de l'Afrique Orientale Allemande*, in: *Congo*, 1920, Nr. 1 & 2, S. 3-43, hier S. 3; Louis, *Ruanda-Urundi*, S. 214.

Die Deutschen profitierten in gewisser Weise von der Rückständigkeit ihrer kolonialen Infrastruktur. Ihre Kolonialtruppen waren darauf ausgerichtet, in Gegenden ohne jegliche Infrastruktur zu operieren. Jede Kompanie verfügte über eine eigene Trägerabteilung, die Soldaten waren trainiert, sich selbst zu versorgen.<sup>11</sup> Das Fehlen von Straßen und Eisenbahnen in der Kolonie hatte den Beruf des Trägers zu einer der wichtigsten Tätigkeiten für Afrikaner in der kolonialen Ökonomie werden lassen. Nur die Plantagen beschäftigten mehr Afrikaner. Mit etwa 20.000 Afrikanern, die 1913 diesen Beruf ausübten, verfügten die Deutschen bei Ausbruch des Krieges über ein großes Reservoir an professionellen Trägern. Wie die Träger waren auch die Plantagenarbeiter kurz vor dem Krieg bei den Behörden registriert worden. Sie hatten Arbeitspapiere (kipande) bekommen, die 1914 den Deutschen die Rekrutierung von Arbeitskräften wesentlich erleichterten. Mit Kriegsbeginn schlossen vor allem Plantagen, die im Besitz von Europäern waren. Deren Arbeiter wurden für die Kriegsökonomie umgehend rekrutiert. Geschah dies anfangs noch auf der Grundlage von Verträgen wie in Vorkriegszeiten, so griffen die Deutschen mit dem steigenden Bedarf an Arbeitskräften sukzessive auf Zwangsmaßnahmen und Gewaltanwendung zurück.<sup>12</sup>

In den zwei ersten Jahren des Krieges gelang es den Deutschen, aus den schmalen Anfängen ihrer kolonialen Vorkriegsökonomie eine durchaus effiziente Kriegsökonomie aufzubauen. Überall in der Kolonie wurden Werkstätten für die Herstellung von Kleidung, Ausrüstung, Munition und Waffen errichtet. Mittels Zwang und finanzieller Anreize konnte die Nahrungsmittelproduktion afrikanischer Farmer erheblich gesteigert werden. Ein Netz von Depots für Nahrungsmittel und Trägercamps stellte die Versorgung der Truppen sicher. Eines der größten Trägercamps befand sich in Morogoro, eine 180 Kilometer von der Küste entfernte Bahnstation. Hier warteten bis zu 20.000 Träger, um Lasten an die Front zu tragen. Kaum vorher hatten es die Deutschen mit einer solchen Masse an afrikanischen Arbeitskräften zu tun gehabt. Die Zustände im Lager waren katastrophal. Die Träger lebten zusammengepfercht in 100 mit Wellblech gedeckten Baracken. Epidemien grassierten bereits nach wenigen Wochen.<sup>13</sup>

11 Siehe August Hauer: Kumbuke. Erlebnisse eines Arztes in Deutsch-Ostafrika, Berlin 1923, S. 156; Hodges, Carrier Corps, S. 20.

12 Siehe Maximilian Decher: Afrikanisches und Allzu-Afrikanisches. Erlebtes und Erlasschtes in Deutsch-Ostafrika, 1914–17, Leipzig 1932, S. 30.

13 Siehe Francis Brett Young: Marching on Tanga. With General Smuts in East Africa, New York 1917, S. 116; Paul Emil von Lettow-Vorbeck: Meine Erinnerungen an Ostafrika, Leipzig 1920, S. 47; [Kurt] Wahle: Erinnerungen an meine Kriegsjahre in Deutsch-Ostafrika, 1914–1918, Dresden 1920, S. 14; William Otto Henderson: The War Econo-

Die Briten waren 1914 nur wenig auf die kommenden Herausforderungen des Krieges vorbereitet. Strukturen der Rekrutierung für militärische Trägerdienste gab es nur in Ansätzen. Bei Kriegsbeginn wurde in Britisch-Ostafrika das „Carrier Corps“ geschaffen. Bis Ende des Jahres hatte dessen Chef Oscar Watkins 5.000 Mann unter seinem Kommando. In den britischen Kolonien am Nyassa-See wurden 1914 zwar bis zu 250.000 Afrikaner für die Arbeit in der Kriegsökonomie herangezogen, allerdings war diese kaum von der kolonialen Ökonomie zu unterscheiden. Wie vor dem Krieg wurden den Chiefs durch die lokalen Vertreter der Kolonialverwaltung die Forderungen nach Arbeitskräften überbracht. Nach getaner Arbeit gingen die Männer und Frauen wieder nach Hause. Träger in militärischen Einheiten dürften nur wenige gewesen sein, denn die Kampfhandlungen waren in der Region im Süden sehr begrenzt.<sup>14</sup> Erst in Vorbereitung auf die Offensive im März 1916 begannen die Briten mit einer groß angelegten Rekrutierung von Afrikanern für den Trägerdienst. Im März 1916 war die Zahl der Träger in den Carrier Corps auf 30.000 angewachsen. Um des stetig steigenden Bedarfs nach Arbeitskräften Herr zu werden, wurde das Military Labour Bureau (MLB) gegründet, das innerhalb kürzester Zeit zur größten bürokratischen Institution in der Geschichte britischer Kolonialherrschaft der Region wurde. Watkins bekam mehr Personal und weitreichende Befugnisse zur Rekrutierung von Trägern. Er versuchte zunächst durch finanzielle Anreize, mehr Afrikaner für den Trägerdienst zu begeistern. Bis zu 15 Rupien im Monat erhielt ein Träger Anfang 1916. Das war zu viel für die Militärs, die die Kosten der Kampagne auf dem Nebenschauplatz Ostafrika so gering wie möglich halten wollten. Zu viel auch für die weißen Siedler, die neue Lohnforderungen oder die Abwanderung ihrer afrikanischen Arbeiter befürchteten. Den Afrikanern war es zu wenig, um sich für den harten und gefährlichen Dienst in den Carrier Corps zu melden. Längst hatten sich Gerüchte über die hohen Todesraten unter den Trägern und die schlechten Arbeitsbedingungen verbreitet. Watkins musste dem Druck der Siedler und Militärs sowie der Verweigerung der Afrikaner Rechnung tragen. Anfang 1915 wurde das Kriegsrecht über die Kolonie verhängt. Das gab Watkins weitreichende Möglichkeiten für Zwangsmaßnahmen zur Rekrutierung neuer Träger. Die Chiefs erhielten Rekrutierungsquoten. Rekrutierungskommandos jagten in den Städten nach „Vagabunden“ und „Kriminellen“, um sie in den Trägerdienst zu pressen. Lokale Verwaltungsbeamte, ebenfalls unter

my of German East Africa, 1914–1917, in: The Economic History Review, 1943, Nr. 1, S. 104–110, hier S. 107.

14 Siehe Hodges, Carrier Corps, S. 32.

dem Druck steigender Quoten, ließen Männer, die zur Versammlung oder zum Arbeitsdienst auf die Verwaltungsstation gerufen worden waren, an die Front verschleppen. Nach dem Erlass des „Native Registration Act“ wurden im Frühjahr 1915 Arbeitskarten eingeführt (wie in Deutsch-Ostafrika „kipande“ genannt), die Name, Alter und Herkunft ihrer Besitzer registrierten.<sup>15</sup>

Mit Beginn des dritten Kriegsjahres stieg der Bedarf der britischen Kriegsökonomie nach Trägern rapide an. Die Nachschublinien wurden mit jedem Tag länger, und die fliehenden Deutschen hinterließen den Alliierten ein ausgeplündertes Land. Alle Versuche, Lastkraftwagen zur Versorgung einzusetzen, scheiterten an den schlechten Straßen oder am schlechten Wetter. Zwar waren die Deutschen in den äußersten Süden zurückgedrängt, sie verfügten aber immer noch über genug Truppen und Kampfwillen, den Krieg fortzusetzen. Die Versuche der Briten Mitte 1917, die Deutschen einzukreisen und zu einer Entscheidungsschlacht zu stellen, blieben aufgrund des Trägermangels erfolglos. Die über 60.000 Soldaten der britischen Verbände wurden zu dieser Zeit von etwa 180.000 Trägern begleitet. Doch reichte dies nicht aus, um die regelmäßige Versorgung der Truppen durch die Träger zu garantieren. Die Rationen der Soldaten wurden halbiert, viele litten Hunger oder starben geschwächt an Dysenterie, Malaria oder Meningitis.<sup>16</sup> Noch weitaus höher war die Verlustrate bei den Trägern. Der britische Kommandeur Hoskins forderte 15.000 neue Träger pro Monat, um die Verluste auszugleichen. Das MLB konnte diese Anforderungen aus der britischen und auch der deutschen Kolonie, die mittlerweile einen Großteil der Träger stellte, nicht mehr befriedigen. Träger aus West- und Südafrika sollten die Lücken schließen, aber schon auf dem Weg nach Ostafrika starben viele an Krankheiten und den widrigen Lebensbedingungen.<sup>17</sup> Im letzten Jahr des Krieges dienten 250.000

15 Siehe ebenda, S. 192; Ruth Holland: Feet and hands of the army, in: *British Medical Journal*, 1987, Nr. 295, S. 970-972, hier S. 970.

16 Siehe *Ministre des Colonies an Comte Jonghe d'Ardoye*, 28.09.1917, FP 2661/1172; *Rapport de l'officier de liaison belge auprès le GQC britannique*, 24.5.1918, FP 2660/1151; *Huyghe, Rapport sur les opérations des mois d'avril et de mai 1917, depuis la conférence d'Udjidji* (18 avril 1917), FP 2661/1172; *Scott to Central Imperial General Staff*, 14.11.1917, NA CO 691/11; *Charles Pearce Fendall: The East African force, 1915–1919. An unofficial record of its creation and fighting career, together with some account of the civil and military administrative conditions in East Africa before and during that period*, London 1921, S. 87; *Timothy Joseph Stapleton: No insignificant part. The Rhodesian Native Regiment and the East African Campaign of the First World War*, Waterloo 2006, S. 19.

17 Siehe *Roger Thomas: Military Recruitment in the Gold Coast during the First World War*, in: *Cahiers d'études africaines*, 1975, Nr. 57, S. 57-83, hier S. 59; *Killingray/Matthews,*

Afrikaner den Briten als Träger. Ihre Todesrate lag bei 20 bis 25 Prozent. Für die Briten war der Nachschub zu einem Rennen zwischen Rekrutierung und Sterben der Träger geworden.<sup>18</sup>

Die Belgier hatten ähnlich wie die Briten die Frage des Nachschubs und Transports in der Planung ihres Kriegs nur wenig bedacht. In Vorbereitung auf die Offensive hatten die Belgier mehr als 139.000 Träger für den Transport von Mannschaften und Ausrüstung von der Westküste an den Tanganyika-See rekrutiert. Weitere 10.000 Träger sollten die Truppen bei ihrem Vormarsch begleiten.<sup>19</sup> Die Briten hatten 5.000 Träger zur Verfügung gestellt, denn die Belgier hatten große Mühe, geeignete Leute zu finden. Bei der Rekrutierung hatten wie vordem die lokalen Statthalter des Kolonialstaates bei den Chiefs nachgefragt. Doch die ständige steigende Nachfrage nach Trägern sprengte die Vorkriegsdimensionen und drohte die Kompromisse zwischen Belgiern und ihren afrikanischen Verbündeten zu zerreißen. Die lokalen Kolonialbeamten befürchteten Unruhen, die Chiefs den Verlust ihrer Legitimität, sollten sie allzu eifertig die gewünschten Leute liefern. Der Kompromiss lautete oft, die Halbwüchsigen und die Kranken fortzuschicken. Die Organisation einer solch großen Anzahl von Trägern überforderte Kolonialbeamte und Militärs. Weder gab es bürokratische Strukturen, um die Träger zu registrieren, noch adäquate Unterkünfte und Ausrüstung. Die Träger seien einfach den Truppen zugeschlagen worden, wo sie mehr mit dem Überleben kämpften, als dass sie ihre Arbeit verrichteten, urteilte ein britischer Bericht.<sup>20</sup> Dementsprechend hoch waren in den ersten Monaten die Verlustraten unter den Trägern. Mehr als 20 Prozent starben an Unterernährung, Erschöpfung und Krankheiten oder weil ihnen die notwendige Kleidung fehlte, um sich gegen die Unbilden des Wetters zu schützen. Viele Träger desertierten, bevor sie an der Front ankamen.<sup>21</sup> Die Deutschen taten ihr Übriges, die Versorgung der belgischen Truppen zu erschweren. Sie hinterließen ihnen ein

*Beasts*, S. 10; *Hodges, Carrier Corps*, S. 70; *Albert Grundlingh: Fighting their own war: South African blacks and the First World War*, Johannesburg 1987, S. 88.

18 *Note on Military Situation in East Africa*, 15.10.1918, National Archives London, Colonial Office (im Folgenden: NA CO), 691/16; siehe auch *Hodges, Carrier Corps*, 117.

19 Siehe *Wahis, Participation*, S. 3.

20 Siehe *Hodges, Carrier Corps*, S. 56.

21 *Intendance*, undat., FP 1129/2657; *Rodhain, Rapport sur le fonctionnement général du services médical des troupes de l'Est pendant la campagne 1917*, 24.11.1918, FP 2261/1170; siehe auch *Pierre Daye/Jules Renkin: Avec les Vainqueurs de Tabora. Notes d'un colonial belge en Afrique orientale allemande*, Paris 1918, S. 450; *Emmanuel Muller: Les troupes du Katanga et les campagnes d'Afrique, 1914–1918*, Bruxelles 1935, S. 62.

ausgeplündertes Land, zerstörte Brücken und Bahnlinien. Dies führte Mitte 1916 zu einem wochenlangen Stillstand der belgischen Offensive und zum Scheitern des Plans, in der Schlacht von Tabora die deutschen Truppen im Nordwesten einzukreisen und zu vernichten.<sup>22</sup>

Die belgischen Kommandeure hofften, die fehlenden Träger in den okkupierten Gebieten zu rekrutieren. Der Nordwesten der deutschen Kolonie galt als eines der bevölkerungsreichsten Gebiete Ostafrikas und war auch für die Deutschen lange Zeit bevorzugtes Rekrutierungsgebiet für Soldaten und Träger. Der König von Rwanda sicherte in einem Vertrag den Belgiern 5.000 Träger zu. Er erkaufte sich damit seinen Platz auf dem Thron, denn die belgischen Offiziere verdächtigten ihn, ein allzu eifriger Freund der Deutschen zu sein. Den Preis für diesen Handel bezahlten die in den Trägerdienst gepressten Männer. Nur wenige von ihnen kehrten in die Heimat zurück. Meist handelte es sich bei ihnen um Männer, die zu jung oder zu alt für den Trägerdienst waren.<sup>23</sup> Der Vertrag zwischen dem König und den Belgiern bewahrte viele Rwander nicht davor, von den vorbeiziehenden Truppen einfach als Träger entführt zu werden. Ganze Dörfer vom Kind bis zum Greis wurden von Truppen zum Tragen ihrer Lasten, darunter oft die Beute aus den geplünderten Dörfern, gezwungen. Nachrichten von Gräueltaten belgischer Truppen taten ihr Übriges, um die Bevölkerung in die Wälder flüchten zu lassen. Bei ihrer Ankunft fanden die Belgier daher oft verlassene Dörfer vor.<sup>24</sup>

22 Intendance, undat., FP 1129/2657; Olsen, *Compte rendu des opérations exécutée par la Brigade Sud pendant la mois de Juin 1916*, FP 1129/2657; Tombeur, *Rapport du mois d'avril 1916*, Kibati, 15.5.1916, FP 1129/2657; *Rapport d'ensemble du mois de septembre 1916*, Tombeur, 6.10.1916, FP 1129/2657; siehe auch Wahis, *Participation*, S. 36; Muller, *Troupes du Katanga*, S. 85.

23 Diare de Tabora, S. 458, *Compte rendu operation du 4eme Bataillon du 4 au 13 Juin 1917*, Collection Thomas, Musée Roayle Afrique Centrale (im Folgenden: MRAC); Thomas to Commandant du 4eme Battalion, 5.6.1917, FP 2659/1155; Ruanda-Urundi, *Décembre 1919*, FP 829/262/1; *Traduction de lettre Yuhi Musinga, Nyanza 20.5.1916*, FP 2657/1137; Huyghe, *Rapport sur les opérations des mois d'avril et de mai 1917*, FP 2661/1172; *Rapport sur le fonctionnement du service médicale*, FP 2661/1170.

24 Intendance, undat. [1916], FP 2659/1154; *Ordre pour le Commandante Lagneaux, commandant le 6e Bataillon, Shinjanga*, 23.6.1917, FP 2657/1137; Rodhain, *Rapport sur le fonctionnement du service médicale*, undat., FP 2661/1170; Tombeur à *Ministre des Colonies*, Kibati, 8.2.1916, FP 1129/2657; Tombeur, *Rapport du mois d'avril 1916*, Kibati, 15.5.1916, FP 1129/2657; Olsen, *Compte rendu des opérations exécutée par la Brigade Sud pendant la mois de juin 1916*, FP 1129/2657. Für belgische Kriegsverbrechen siehe Michael Pesek: *Das Ende eines Kolonialreiches. Ostafrika im Ersten Weltkrieg*, Frankfurt/Main 2010.

Im Laufe des Jahres 1916 starben oder desertierten mehr als 30 Prozent der Träger, 20 Prozent erwiesen sich als nicht tauglich für den Dienst.<sup>25</sup> Im dritten Kriegsjahr versuchte das belgische Oberkommando den Nachschub zu reorganisieren. Viele Neuerungen in der Organisation militärischer Arbeit hatten ihr Vorbild im britischen MLB. Genaue Vorgaben für die Rekrutierung, Unterbringung und Versorgung der Träger sollten die hohen Todes- und Desertionsraten der Träger verringern. Die Belgier achteten nun stärker auf die physische Fitness der Rekruten und etablierten eine strengere Kontrolle über die Träger auf dem Weg zur Front. Mehr als 1.200 Soldaten, die zu ihrer Bewachung abgestellt wurden, sollten Desertionen verhindern, bessere Unterkünfte, Verpflegung, Kleidung und medizinische Versorgung die krankheitsbedingten Ausfälle unter den Trägern reduzieren.<sup>26</sup> Doch die Maßnahmen hatten wenig Erfolg. Auch 1918 lag die Todesrate bei über 20 Prozent, und auch die Tauglichkeit oder der Wille der geworbenen Männer waren kaum größer geworden. Von den 9.120 Trägern, die die Belgier im letzten Kriegsjahr rekrutierten, erreichten nur zwei Drittel die Front. Die anderen waren desertiert oder wegen Untauglichkeit ausgemustert worden.<sup>27</sup>

Wie die belgischen Truppen versuchten auch die Deutschen, dem Kollaps ihres Nachschubs mit wahllosen Zwangsrekrutierungen von Afrikanern entlang ihres Weges zu begegnen. Nachdem die alliierten Truppen Mitte 1916 bis zur Mittellandbahn vorgedrungen waren, hatten die Deutschen ihr sorgsam aufgebautes Nachschubsystem verloren. Ende 1916 war die Situation für die Deutschen äußerst kritisch. Munition, Lebensmittel und Medikamente wurden knapp. Um die benötigten Lebensmittel und Träger zu bekommen, schickten die deutschen Kommandeure Vorausabteilungen durch das Land. Die Methoden dieser Vorausabteilungen waren äußerst brutal und erinnerten manchen Afrikaner an die Zeit des Sklavenhandels im 19. Jahrhundert. Wie die Sklavenhändler kamen die Deutschen des Nachts, umzingelten die Dörfer und entführten jeden, der auf zwei Beinen stehen konnte. Um die Leute an der Flucht zu hindern, wurden sie am

25 *Le Gouverneur Général à Monsieur le Ministre des Colonies*, 1916, FP 814.

26 *Instructions a observer en ce qui concerne le transport des porteurs militaires lèves suivant ordonnance du 4 juillet 1917*, FP 2666/1231.

27 Thomas, *Réponse aux questions posées par la lettre du Commandant Supérieur en date du 13 mai 1918*, Ujiji, 8.6.1918, FP 2664/1213; Rodhain, *Rapport sur le fonctionnement général du services médical des troupes de l'est pendant la campagne 1917*, 24.11.1918, FP 2261/1170; Huyghe, *Rapport sur les opérations des mois d'avril et de mai 1917*, FP 2661/1172; *Le directeur du SPH, Rapport général sur le travail de justification des effectifs de porteurs du Congo belge envoyés aux troupes de l'est durant la 2ème campagne*, Albertville 25.2.1919, FP 2660/1167.

Hals zusammengebunden und über Nacht in Verhaue aus Dornensträuchern gesperrt. Kriegsgefangene indische und afrikanische Soldaten wurden entgegen der Haager Konvention zum Trägerdienst gezwungen, den viele nicht überlebten.<sup>28</sup> Alliierte und deutsche Truppen lieferten sich mitunter regelrechte Rennen um die Rekrutierung von Trägern im Kampfgebiet. Als Anfang 1917 eine deutsche Abteilung die alliierten Frontlinien durchbrach und nach Norden marschierte, nahmen belgische Truppen ihre Verfolgung auf. Die Jagd nach den Deutschen dauerte fast ein Jahr. Die belgischen Verfolger erreichten oft nur ausgeplünderte und menschenleere Dörfer. Die Deutschen hatten bereits alle Lebensmittel und Einwohner fortgeschleppt. Das zwang die Belgier, die Richtung zu ändern, um ihre Truppen mit Lebensmitteln und Trägern zu versorgen.<sup>29</sup>

### Das Leben der Träger im Krieg

Wir wissen, so der Historiker John Iliffe, von den Trägern nur eines sicher: dass sie zu Tausenden starben und dass sie auf den strapaziösen Märschen und in den Camps sangen.<sup>30</sup> Viele Trägersongs berichten wie der folgende von den harten Lebensbedingungen während des Krieges. Er stammt möglicherweise aus dem Jahre 1917. Zu dieser Zeit war das britische Etappensystem dem Kollaps nahe. Die Briten hatten zwar die Deutschen in den Süden der Kolonie zurückgedrängt, doch eine geregelte Versorgung der Truppen mit Nahrung und Munition war kaum noch möglich. Dem Hunger nahe schleppten die Träger täglich über mehrere Dutzend Kilometer Nahrungsmittel und Munition zu den Truppen.

„Oh, die Straße nach Lindi war staubig,  
Und die Straße nach Lindi war lang,  
Aber der Kerl, der die härteste Plackerei tat,  
Und der Kerl, der das Meiste falsch machte,  
War ein Kavirondo-Träger mit seinem Kavirondo-Song,  
Da hieß es: „Porter njo hapa!“ [Träger, komm her!]

28 Copy of Statement of Corporal Mzololo, Enclosure to a Despatch by Majro G. Parson, Department of Defence. Northern Rhodesia to Department of Administration, Salisbury, 11.02.1919, NA FO 608/215; siehe auch Angus Buchanan: *Three Years of War in East Africa*, London 1919, S.151; Ludwig Deppe: *Mit Lettow-Vorbeck durch Afrika*, Berlin 1919, S. 140, 250; Hauer, Kumbuke, S. 148; Decher, *Afrikanisches*, S. 30.

29 Mémoires du Colonel honoraire Scheppers, undat., MRAC Collection de Jean Schepers: 59.36.1; Rapport sur la marche de IV. Bataillon du 25 mai au 25 juin 1917, MRAC Collection de Thomas.

30 Siehe Iliffe, *Modern History*, S. 250.

Da hieß es: „Omera, hya! Git!“ [Omera, los! Mach!]  
Und Omera schimpfte nicht,  
Er machte einfach seine Arbeit.<sup>31</sup>

Der Song spiegelt immer noch die Spuren eines professionellen Selbstverständnisses der Träger wider. Im Karawanenhandel des 19. Jahrhunderts konnten die Träger auf soziale und ethnische Netzwerke zurückgreifen, die ihnen das Leben auf dem Marsch erleichterten und ihnen mehr Macht in den Auseinandersetzungen mit den Herren der Karawanen ermöglichten. Erfahrene Träger verfügten über ein beachtliches Wissen im Umgang mit den verschiedenen Lasten und den Problemen des Alltags auf Reisen. Sie wussten, wie und wo sie ihr Lager aufschlagen mussten, wie sie sich mit Nahrung versorgen konnten und wie sie mit Krankheiten umzugehen hatten. Trägerführer waren nicht nur willfährige Aufseher der Karawanenherren, sondern auch Fürsprecher ihrer Leute, Diplomaten und oft auch rituelle Spezialisten.<sup>32</sup> Doch nur wenige Träger des Ersten Weltkriegs waren professionelle Träger. In den deutschen Einheiten gab es zu Anfang des Krieges einen Stamm von Kompanieträgern, die in der ersten Generation ihre Wurzeln im Karawanenhandel hatten. Von ihnen füllten viele im Laufe des Krieges die sich lichtenden Reihen der Askari auf. Starben oder desertierten auch sie, wurden sie durch zwangsrekrutierte Träger ersetzt, die vorher kaum jemals als Karawanenträger gearbeitet hatten. Die Träger des britischen Carrier Corps hatten in den ersten Kriegsjahren zumindest teilweise ein gewisses Training durch europäische Ausbilder erhalten. Maschinengewehr- und Artillerieträger genossen eine vergleichsweise gute Behandlung und Bezahlung. Sie waren Teil der militärischen Einheiten und wurden daher auch wie die Soldaten versorgt. Doch mit der massenhaften Trägerrekrutierung ab Ende 1916 gehörte dies sehr schnell der Vergangenheit an. Dennoch weisen einige Quellen darauf hin, dass manche Institutionen der professionellen Träger im Krieg weiter bestanden. Deutsche Offiziere beschreiben die Existenz von Kochgemeinschaften, die es schon im 19. Jahrhundert gegeben hatte.<sup>33</sup> Immer noch waren Trägerführer ein wichtiges Bindeglied zwischen den Trägern und den Auftraggebern. Ein Streit zwischen

31 Siehe Audrey Wipper: *The Gsusi Rebels*, in: Robert I. Rotberg/Ali A. Mazuri (Hrsg.): *Protest and Power in Black Africa*, New York 1970, S. 377-426, hier S. 416.

32 Für die Kultur des Karawanenhandels siehe Michael Pesek: *Koloniale Herrschaft in Deutsch-Ostafrika. Expeditionen, Militär und Verwaltung seit 1880*, Frankfurt/Main 2005; Steven J. Rockel: *Carriers of Culture: Labor on the Road in Nineteenth Century East Africa*, Portsmouth 2006.

33 Siehe Hauer, Kumbuke, S. 156.

britischen und belgischen Behörden über die Behandlung von Trägern liefert uns dazu Hinweise. Belgier und Briten hatten 1917 einander mehrere tausend Träger ausgeliehen. Berichte über Misshandlungen und hohe Todesraten hatten zu gegenseitigen Vorwürfen und letztendlich zu einer Übereinkunft geführt, die den Trägern das Recht zur Beschwerde über Missstände gab. Als Fürsprecher der Träger sollten die Trägerführer fungieren.<sup>34</sup>

Doch das waren eher Ausnahmen. Soziale und ethnische Netzwerke, wie sie im 19. Jahrhundert bestanden hatten, waren im Ersten Weltkrieg kaum möglich. Zu hoch war die Fluktuation der Träger, zu harsch wirkten sich auch das Disziplinarregime und die Ausbeutung aus, die den Trägern jenseits des puren Überlebens nur wenig ließen. Hunger, Krankheiten und Tod waren die täglichen Begleiter der Träger. Der britische Historiker John Iliffe schätzt, dass mindestens 100.000, möglicherweise aber auch 200.000 bis 300.000 Träger während des Krieges in Ostafrika starben. Hodges gibt die Zahl der von den Briten rekrutierten und statistisch erfassten Träger, die ihr Leben auf Ostafrikas Schlachtfeldern ließen, mit 94.728 an, allein 40.664 davon kamen aus der deutschen Kolonie. Diese Schätzungen betreffen allerdings nur die britische Seite.<sup>35</sup> Die Verluste unter den Trägern, die für die Belgier und Deutschen arbeiteten, sind kaum zu schätzen. Die Belgier verloren 1916 etwa 5.000 bis 7.000 der 14.000 Träger, die sie im Kongo und in den besetzten Gebieten rekrutiert hatten. Für die zweite Kampagne käme man nach einer ungefähren Schätzung auf etwa 5.000 bis 6.000 Träger, die ihren Dienst bei den belgischen Truppen mit dem Leben bezahlten. Diese Zahlen schließen nicht die Tausenden von lokalen Trägern ein, die die belgischen Kolonnen auf ihrem Marsch für einige Tage oder Wochen rekrutierten, um sie dann unvermittelt nach Hause zu schicken oder sterbend am Weg zurückzulassen.<sup>36</sup>

Die wenigsten Träger starben aufgrund unmittelbarer Kriegseinwirkungen, obgleich beide Kriegsparteien kaum einen Unterschied zwischen Soldaten und Trägern machten. Während der Kämpfe am Kilimanjaro im Januar 1915 erhob ein deutscher Offizier schwere Vorwürfe gegen die Briten. Gezielt hätten diese unbewaffnete Träger beschossen und einige sogar regelrecht hingerichtet, als

34 Extrait du rapport sur l'administration des porteurs militaires a partir du 1er janvier 1916 fourni par le Capitaine Commandant Durbecq, Kigoma, 27.6.1918, FP 2660/1167; Leboutte (Directeur des Finances): Note pour Monsieur le Commandant du SAB, Dodoma, 22.10.1917, FP 2660/1167.

35 Siehe Iliffe, *Modern History*, S. 250; Hodges, *Carrier Corps*, S. 19, 21.

36 Rapport sur le fonctionnement du service médicale, undat. [circa 1919], FP 2661/1170.

es ihnen gelungen war, deutsche Stellungen zu erobern.<sup>37</sup> Diese Kritik hielt die Deutschen allerdings nicht davon ab, kaum ein Jahr später in der Schlacht von Kibati britische Trägerkolonnen gezielt unter Beschuss zu nehmen. In dieser Schlacht verlor beispielsweise allein das Gold Coast Regiment 140 Männer. Unter den Toten waren zwei Offiziere, 26 Soldaten und 87 Träger.<sup>38</sup> Im ersten Jahr der Offensive starb im VIII. Bataillon der Force Publique weniger als ein Prozent der Soldaten, die Sterberate der Träger aber lag bei fast 50 Prozent. Wurden Soldaten ins Hospital eingeliefert, hatten sie gute Chancen, es gesund wieder zu verlassen, denn nur knapp sechs Prozent von ihnen erlagen ihren Verwundungen oder einer der vielen Krankheiten. Fast 20 Prozent der Träger dagegen überlebten ihren Aufenthalt im Hospital nicht. Die offiziellen Berichte geben keine Gründe für diesen gravierenden Unterschied an, doch man kann davon ausgehen, dass die Träger in den überfüllten Hospitälern eher das hintere Ende der Schlange bildeten.<sup>39</sup>

Hunger, Erschöpfung und Krankheiten waren aber bei Weitem die häufigsten Todesursachen unter den Trägern. Während die deutschen Kompanieträger und die Maschinengewehrträger der Carrier Corps noch eine einigermaßen fürsorgliche Behandlung genossen, so erwartete die zwangsrekrutierten Träger, insbesondere die aus der deutschen Kolonie, ein schweres Schicksal. Der medizinische Dienst der Force Publique berichtete von erschreckenden Zuständen unter dieser Gruppe von Trägern. Sie würden den höchsten Preis für den Krieg bezahlen, wären sie doch anders als die Soldaten nicht auf den Krieg vorbereitet. Von einem Moment auf den anderen würden sie aus ihrem Leben gerissen und in den Kolonnen mitgeschleift. Sie hätten weder die erforderliche Ausrüstung, noch die notwendige Kleidung. Lungenentzündung sei eine der häufigsten Ursachen für den Tod der Träger, und dieser Umstand sei auf ihre mangelnde Ausstattung mit angemessener Kleidung zurückzuführen. Die dritthäufigste Erkrankung unter den Trägern, Dünndarmentzündung, habe ihre Ursache in der mangelhaften Nahrungsmittelversorgung. Sie bekamen entweder zu wenig oder das falsche Essen.<sup>40</sup>

37 Siehe Deutsch-Ostafrika. Kaiserliches Gouvernement, Zusammenstellung der Berichte über die in den Monaten November, Dezember 1914 und Januar 1915 stattgefundenen Gefechte der Kaiserlichen Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika, Morogoro, o.J. [1915], S. 299.

38 Siehe Hugh Charles Clifford: *The Gold Coast Regiment in the East African Campaign*, London 1920, S. 55.

39 Rapport sur le fonctionnement du service médicale, undat. [circa 1919], FP 2661/1170.

40 Siehe ebenda; Huyghe, Rapport sur les opérations des mois d'avril et de mai 1917, FP 2661/1172. Ähnliche Relationen gab es auch in den Carrier Corps. Auch hier waren

Immerhin machten sich die Verantwortlichen noch die Mühe, das Sterben der Träger statistisch zu erfassen, die durch die Rekrutierungscamps gegangen waren. Für die Afrikaner, die direkt von den Truppen aus ihren Dörfern geholt wurden, existieren dagegen keine Statistiken. Vor allem die belgischen und deutschen Truppen gingen bei der Rekrutierung äußerst brutal vor. Folterungen, öffentliche Hinrichtungen von Chiefs und Vergewaltigungen begleiteten die Razzien.<sup>41</sup> Fiehende Träger wurden erschossen oder erschlagen, ermattete Träger entlang des Weges ihrem Schicksal überlassen. Der deutsche Arzt August Hauer gab den zurückgelassenen Trägern kaum Chancen, die nächsten Tage zu überleben: Entweder sie stürben an den Folgen von Unterernährung und Ermattung, oder sie würden von der lokalen Bevölkerung erschlagen. Die Erinnerungen des Kriegsfreiwilligen Maximilian Decher zeichnen ein Bild vom Leben der Träger, das geprägt war von unzureichender Verpflegung und Kleidung, von Krankheiten und den strapaziösen Märschen unter der Knute der deutschen Soldateska.<sup>42</sup> So konnten rhodesische Truppen den Weg der Deutschen unter dem Kommando von Kurt Wahle im November 1916 anhand der am Weg liegenden Leichen von Trägern nachverfolgen. Unter den Toten waren beileibe nicht nur Männer, sondern auch alte Frauen, Jünglinge und Greise.<sup>43</sup>

### Widerstand, Kriegserfahrungen und neue Formen der Organisation

Es gibt einige wenige Hinweise auf offenen Widerstand gegen die Razzien. Belgische Patrouillen lieferten sich mitunter regelrechte Gefechte mit der Bevölkerung der von ihnen besetzten Gebiete. Auch die Deutschen mussten mit dem verbissenen Widerstand der Bevölkerung im Süden rechnen.<sup>44</sup> Doch meist blieb der Bevölkerung nur die Flucht in die Wälder oder Berge. Für die Afrikaner wurde es im Laufe des Krieges immer schwerer, reguläre Truppen von marodierenden

---

Dysenterie, Lungenentzündungen und Meningitis die häufigsten Todesursachen. Siehe Hodges, *Carrier Corps*, S.207.

41 Für Kriegsverbrechen während des Feldzugs siehe Pesek, *Ende*, S. 242-266.

42 Siehe Hauer, *Kumbuke*; Decher, *Afrikanisches*, S. 242.

43 *War Diary of General Edward Northey*, 30.11.1916, NA CO 691/1.

44 *Rapport d'ensemble sur l'organisation du cercle de Ujiji du 10 août au 20 décembre 1916*, MRAC Collection de Molitor; Watt *The tribe: Historical notes from Felix Rutimbura*, RHO MSS Afr. 267; siehe auch Theodor Bechler: *Zur Kriegszeit in Deutsch-Ostafrika, im Kongo und in Frankreich. Kriegserlebnisse und Gefangenschaft der Unyamwesi-Missionare der Brüdergemeinde in den Jahren 1914–17*, Herrnhut 1918, S. 29; Wahle, *Erinnerungen*, S. 88.

Gruppen desertierter oder versprengter Soldaten und Träger zu unterscheiden. Auf der Suche nach einem Weg nach Hause oder etwas Essbarem wurden Träger schnell vom Opfer zum Täter.

Am Nyassa-See bildete die Chilembwe-Revolution von 1914 den Auftakt zu einem langjährigen Widerstand der Bevölkerung gegen Zwangsrekrutierungen zum Trägerdienst, Zwangsarbeit, höhere Steuern und steigende Preise während des Krieges. Als der Prediger der Watchtower Kirche John Chilembwe in seinen Predigten und Artikeln die Kriegslasten für die afrikanische Bevölkerung im Nyassaland scharf verurteilte, wirkte das wie ein Fanal für seine radikaleren Anhänger. Sie stürmten europäische Verwaltungsgebäude und Farmen und brannten sie nieder. Die Briten konnten erst mit dem Einsatz ihrer Kolonialtruppen den Aufstand niederschlagen. Doch damit war der Einfluss der radikalen Prediger nicht zu Ende. Inspiriert von den Predigten der Watchtower Kirche im Nyassaland, riefen afrikanische Prediger die jungen Männer in Nordrhodesien auf, sich dem Trägerdienst zu verweigern. Die Prediger der Watchtower und anderer afrikanischer Kirchen brachten vor allem ein wachsendes Misstrauen der Bevölkerung gegenüber ihren traditionellen und neuen geistigen Autoritäten zum Ausdruck. Chiefs und Missionare hatten bei den Zwangsrekrutierungen vielfach mit den Behörden kollaboriert. Um die Agitation der radikalen Prediger zu unterbinden, wurden viele von ihnen verhaftet und zum Trägerdienst an die Front geschickt.<sup>45</sup>

Die Watchtower Kirche fand im Nyassaland und in Rhodesien auch deshalb so großen Zuspruch, weil sie mit den Bildern und Prophezeiungen eines christlichen Millenarismus operierte. Elliott Kamwana, einer der ersten afrikanischen Missionare der Watchtower Kirche im Nyassaland, hatte unter anderem die Auflösung der europäischen Kirchen und des Staates prophezeit. Diese Prophezeiung sollte 1915 viele Anhänger Chilembwes inspirieren, obgleich sich Kamwana von den politischen Forderungen Chilembwes später distanzierte. 1918 interpretierten die Anhänger der Kirche in Nordrhodesien die Flucht der britischen Kolonialverwaltung vor den anrückenden Truppen Lettow-Vorbecks als ein Zeichen des nahenden Endes britischer Kolonialherrschaft. Schon in den Jahren zuvor hatten die Anhänger der Bewegung das nahe Ende der Welt prophezeit. Die Ungetauften

---

45 Siehe Edmund Yorke: *The Spectre of a Second Chilembwe: Government, Missions, and Social Control in Wartime Northern Rhodesia, 1914–18*, in: *The Journal of African History*, 1990, Nr. 3, S. 373-391, hier S. 379.

würden sterben, die Weißen zu Sklaven oder aus dem Land verbannt.<sup>46</sup> Auch in der Ndochbiri-Rebellion in Uganda von 1916 waren Prophezeiungen vom Ende der europäischen Kolonialherrschaft eine wichtige Inspirationsquelle gewesen.<sup>47</sup>

Viele Afrikaner sahen im Krieg eine Katastrophe, die ihren Glauben an die Versprechungen der Europäer nachhaltig erschütterte. Die größten Verlierer des Krieges waren in dieser Hinsicht die Missionen. Missionsstationen mussten während des Krieges ihre Arbeit ruhen lassen, weil die Deutschen die ausländischen Missionare als Kriegsgefangene in Lager brachten und deutsche Missionare zu den Truppen eingezogen wurden. Dieses Vakuum füllten oft afrikanische Prediger, aber auch Muslime. Um mehr als zwölf Prozent stieg der Anteil der Muslime an der Bevölkerung der deutschen Kolonie im Laufe des Krieges. Unter den neuen Muslimen waren vielfach Träger und Soldaten des Ersten Weltkrieges, die die Religion in ihre Heimatregionen brachten.<sup>48</sup> Auch unter den Muslimen standen Prophezeiungen hoch im Kurs. Noch 1922 erfuhr der britische Kolonialbeamte Bagshave in einer Unterhaltung mit dem Liwali (Regierungsvertreter in den islamisch geprägten Gebieten Deutsch-Ostafrikas) von Singida, dass in der Region seit dem Krieg Prophezeiungen kursierten, in welchen behauptet wurde, dass ein gewisser Shaykh Ahmadi, der als ein Bewacher des Grabs von Mohammed in Medina gesehen wurde, eine Offenbarung gehabt habe. Der Prophet habe ihm seinen Gram über die Sünden der Menschen geklagt und das Ende der Welt vorausgesagt. Dem würde in diesem Jahr der Niedergang der Europäer vorangehen, dann würde der Himmel zur Hölle werden und schließlich der Dämon eines neuen Christus kommen. Der Liwali warnte Bagshave vor einer Welle islamischen Millenarismus, von der die Region gerade heimgesucht würde.<sup>49</sup>

Während für viele Afrikaner der Krieg wie die Erfüllung von Prophezeiungen vom Ende der europäischen Herrschaft wirken mochte, war er für die Soldaten und Träger mit sehr zwiespältigen Erfahrungen verbunden. Ähnlich den Soldaten in den Schützengräben Westeuropas machten sie mit der zerstörerischen

46 Siehe Karen E. Fields: *Charismatic religion as popular protest*, in: *Theory and Society*, 1982, Nr. 3, S. 321-361, hier S. 335, 338; Richard Gray: *Christianity*, in: Andrew Roberts (Hrsg.): *The Colonial Factor in Africa*, Cambridge 1990, S. 140-190, hier S. 173.

47 District Commissioner's office, Kabale, an den Provincial Commissioner, Western Province, Kigezi District, 26.6.1919, NA WO 106/259; siehe auch Elizabeth Hopkins: *The Nyabingi Cult of Southwestern Uganda*, in: Rotberg/Mazuri (Hrsg.), *Protest*, S. 60-132, hier S. 87.

48 Siehe August H. Nimtz: *Islam and politics in East Africa: the Sufi order in Tanzania*, Minneapolis 1980, S. 77.

49 Siehe F. J. E. Bagshave: *Personal Diaries*, Oxford o.J., 21.02.1922.

Wirkung der neuesten Waffentechnologie auf Psyche und Physis Bekanntheit. Das Donnern eines deutschen Geschützes habe ihn wie betäubt, erinnerte sich der Träger Amini bin Saidi, der mit den rhodesischen Einheiten die Kämpfe in Malangali am Ostufer des Nyassa-Sees mitmachte. Tagelang sei er taub gewesen, nachts habe er nicht schlafen können und in ständiger Angst gelebt, dass er sterben müsse.<sup>50</sup> Wie viele seiner Kameraden der Carrier Corps desertierte der Träger Marius Karatu, als er nach einem Gefecht vom Granatfeuer grausam verstümmelte Leichen sah. Ein Veteran des Krieges erinnerte sich an die furchtbare Wirkung der Geschütze und verglich den Krieg mit denen, die vor der Ankunft der Europäer in seiner Heimat geführt worden waren. Nie habe es damals solch hohe Opferzahlen gegeben.<sup>51</sup>

Noch viele Jahre nach dem Krieg weigerten sich Veteranen, über ihre Erlebnisse während des Krieges zu sprechen. Für viele der von Hodges und Greenstein interviewten Kriegsteilnehmer war es ein Krieg fern der Heimat und für eine Sache, die ihnen, trotz aller Propaganda, sinnlos erschien. Warum der Krieg in Afrika geführt wurde und wofür er gekämpft habe, wisse er auch nach all den Jahren nicht, gab ein ostafrikanischer Veteran, der aufseiten der Briten gekämpft hatte, zu Protokoll. Gleichwohl versuchte auch manch afrikanischer Kriegsteilnehmer, dem Krieg einen Sinn abzugewinnen. So betonten interviewte Veteranen immer wieder, für sie sei der Krieg in Ostafrika ein Krieg der Europäer gewesen und von ihnen um Territorien und Macht geführt worden.<sup>52</sup>

Doch der Krieg hielt auch andere Erfahrungen für die Soldaten und Träger bereit. Einige Songs spiegeln die Ambivalenz der Konfrontation mit der Technologie des Krieges wider. Sie erzählen gleichzeitig vom Schrecken und von der enthusiastischen Partizipation an der Welt der Moderne. In Watkins Carrier Corps war es zumindest einigen wenigen Afrikanern vergönnt, das Fahren von Lastkraftwagen zu erlernen, manche wurden als Telegraphisten ausgebildet, und andere wiederum lernten bei den Truppen den Umgang mit Maschinengewehren und modernen Geschützen.<sup>53</sup>

50 Siehe Amini bin Saidi: *The Story of Amini bin Saidi of the Yao Tribe of Nyasaland*, in: Margery Freda Perham (Hrsg.): *Ten Africans*, London 1963, S. 139-157, hier S. 145.

51 Siehe Hodges, *Carrier Corps*, S. 53, 63.

52 Siehe ebenda, S. 70, 170-181; Greenstein, *Nandi*, S. 182.

53 Siehe Buchanan, *Three Years*, S. 200. Siehe für die westafrikanischen Regimenter James K. Matthews: *World War I and the Rise of African Nationalism: Nigerian Veterans as Catalysts of Change*, in: *The Journal of Modern African Studies*, 1982, Nr. 3, S. 493-502, hier S. 495.

Viele Songs, die uns aus der Zeit des Ersten Weltkrieges überliefert sind, stammen von Beni-Tanzgruppen, die in den Kriegs- und Nachkriegsjahren in Ostafrika äußerst populär wurden. Seine Ursprünge hatte der Tanz in den ostafrikanischen Küstenstädten des ausgehenden 19. Jahrhunderts, vor allem in Mombasa und Lamu. Hier hatten reiche Patrizier sich durch Tanzwettbewerbe gegenseitig ausstechen wollen und dabei die ersten Beni-Tanzgruppen gegründet. Am Vorabend des Ersten Weltkrieges hatte die neue Tanzmode auch die deutsche Kolonie erreicht. Europäisch anmutende Uniformen und Tänze, die wie Militärparaden wirkten, porträtierten die koloniale Welt, wie sie die Afrikaner tagtäglich wahrnahmen: als eine Herrschaft der Uniformierten, der Militärs.<sup>54</sup> Der Krieg trug die Beni-Tänze weit ins Innere des Kontinents. Es waren vor allem Veteranen des Krieges, die die Tänze in ihre Heimat brachten.<sup>55</sup> Die Tänzer waren in regelrechten Vereinen organisiert. In Ufipa hatten sich die Tänzer jeweils einem der zwei miteinander erbittert konkurrierenden Vereinen, entweder den „Alinoti“ oder den „Marini“ verschrieben. Diese Bezeichnungen fand der britische Anthropologe Harold E. Lambert auch in den Städten Britisch-Ostafrikas und den Kriegsgefangenenlagern in Ostafrika wieder, wo die Askari ihrer baldigen Entlassung entgegensahen. Iliffe zufolge sollen die Askari vornehmlich den „Marini“ angehört haben, während die „Arinoti“ oder „Alinoti“ den Trägern vorbehalten waren.<sup>56</sup> Die Tänze dieser Vereine reflektierten den Krieg, so wie die Ostafrikaner ihn mehr als vier Jahre erlebt hatten. Da waren die eigentümlichen Regeln der europäischen Kriegsführung. Da war die Gewalt der Truppen, die ganze Dörfer auf der Suche nach Trägern zusammentrieben. Die Erfahrung von Gewalt gibt auch ein Song wieder, der während der Tänze gesungen wurde:

„Hört all meine Geliebten! Schwestern.  
 Sie jammerte, als sie in Sansibar verheiratet wurde.  
 Hört Männer aus Mkanda  
 Ich gebar wegen eines Soldaten des 7. K.A.R.  
 Dieser Soldat kam und entjungferte mich in Sansibar.“<sup>57</sup>

Dem Verfasser des Berichts zufolge spielte der Song auf die massenhaften Verschleppungen und Vergewaltigungen von Frauen in der Region an. Das Thema des

54 Siehe Terence O. Ranger: *Dance and society in Eastern Africa, 1890–1970: the Beni-Ngoma*, London 1975, S. 19; Pesek, *Herrschaft*, S. 261.

55 Siehe Yoshikuni, *Strike action*, S. 459.

56 Siehe Lambert, *Beni*, S. 18-21; Iliffe, *Modern History*, S. 248.

57 Anonymous: *The Beni Society of Tanganyika Territory*, in: *Primitive Man*, 1938, Nr. 1/2, S. 74-81, hier S. 79. [Übersetzung des Autors].

Frauenraubs und der Vergewaltigung war auch in den Aufführungen der Tänze zu finden. Den Siegreichen stand das Recht zu, nach dem Tanzwettbewerb sexuelle Beziehungen zu den Frauen des „Gegners“ anzubahnen. Nach der Schlacht, so mit kritischem Unterton (der Verfasser war immerhin ein christlicher Konvertit), folgte die „Orgie“ der Nacht.<sup>58</sup>

Für die britischen Kolonialbeamten, die seit 1917 eine Administration in den besetzten Gebieten aufzubauen begannen, waren die millenaristischen Bewegungen von Christen und Muslimen und die Tanzgruppen Ausdruck einer Krise europäischer Herrschaft. Die Afrikaner suchten nun die Antwort auf die Probleme ihrer Gesellschaften nicht mehr bei den Europäern, sondern anderswo. Die britischen Offiziere sahen in den Beni eine Bewegung, die die ethnischen Identitäten verschwommener und die Grenzen zwischen den einzelnen Ethnien durchlässiger machte. Politisch oder antibritisch seien diese Tanzvereine nicht, argumentierte ein britischer Offizier, jedoch erwachse aus dem Fakt, dass ihre Mitglieder aus den unterschiedlichsten Ethnien stammten, eine große Gefahr. Das würde den geeigneten Nährboden für den „Pan-Islamismus“ und „Äthiopismus“ bereitstellen.<sup>59</sup>

Der Krieg hatte viele Menschen aus ihren Heimatregionen gerissen, sei es als Flüchtlinge, sei es als Träger oder Soldaten. Städte wie Dar es Salaam hatten im Krieg ein nahezu kosmopolitisches Gepräge bekommen. Soldaten aus allen Teilen Afrikas kamen durch die Stadt: Nigerianer, Menschen von der Goldküste, aus Britisch-Ostafrika, Sudanesen, Somalier, Soldaten aus dem belgischen Kongo, nicht zu vergessen die Hunderttausenden von Trägern, die die Briten während ihres Feldzuges aus allen Teilen der Kolonie rekrutiert hatten. Die urbanen Zentren Tanganyikas waren zum Auffangbecken der afrikanischen Kriegsteilnehmer geworden, die nur wenig Lust verspürten, wieder in die heimatlichen Dörfer zurückzukehren. Im November 1918 begann die Kolonialverwaltung mit der Demobilisierung der Askari und Träger in der britischen Kolonie. Allein im Dezember kehrten 4.000 Askari in ihre Heimat zurück, bis April 1919 wurden 73.057 Träger entlassen.<sup>60</sup> 1919 wiesen die britischen Behörden 4.000 ehemalige

58 Siehe ebenda, S. 80.

59 Muggerridge Report, Nairobi, 29.7.1919, NA WO 106/259.

60 Siehe Diana Ellis: *The Nandi Protest of 1923 in the Context of African Resistance to Colonial Rule in Kenya*, in: *The Journal of African History*, 1976, Nr. 3, S. 555-575, hier S. 562; Melvin E. Page: *The war of Thangata. Nyassaland and the East African Campaign, 1914–1918*, in: *Journal of African History*, 1978, Nr. 1, S. 87-100, hier S. 95; James K. Matthews: *Clock Towers for the Colonized: Demobilization of the Nigerian Military and the Readjustment of Its Veterans to Civilian Life, 1918–1925*, in: *International Journal*

Träger und Askari aus Dar es Salaam aus und ordneten ihre Rückkehr in die Heimatdörfer an. Die Deportierten reagierten mit öffentlichen Protesten und passivem Widerstand. Einen wichtigen Part spielten in diesen Protesten Beni-Gruppen, die sich immer mehr in Wohlfahrtsorganisationen für Kriegsveteranen verwandelten.<sup>61</sup>

Viele Veteranen des Krieges hatten große Probleme, ins Zivilleben zurückzukehren. Der Krieg hatte bei nicht wenigen physische und psychische Narben hinterlassen. Der koloniale Staat tat wenig für sie. Die entlassenen Askari und Träger sollten sich in ihren Heimatdörfern in eine Welt einfinden, die sich aus Sicht der Kolonialverwaltung nicht geändert hatte. Ausstehender Sold wurde nur sehr zögerlich ausbezahlt, oft nicht in voller Höhe. Soziale Fürsorge gab es kaum; die Beamten vertrauten auf familiäre Netzwerke, in welchen sie jeden Afrikaner eingebunden wähten. Allein Kriegsversehrte bekamen eine schmale Pension und eine lebenslange Befreiung von der Kopf- oder Hüttensteuer zugesprochen.<sup>62</sup> Konflikte gab es vor allem mit den Chiefs, die oft maßgeblich an ihrer Rekrutierung beteiligt gewesen waren. Kaum ein Träger war freiwillig in den Krieg gezogen, und viele fühlten sich von ihnen betrogen. Die Rekrutierungen hatten gezeigt, wie sehr die Chiefs in die koloniale Ordnung integriert waren und wie wenig sie die Interessen ihrer Leute vertreten wollten oder konnten. Vielfach weigerten sich die Veteranen, zum normalen Lauf der Dinge zurückzukehren und wie vor dem Krieg auf den eigenen Feldern oder denen der Siedler zu arbeiten. Viele Kriegsveteranen behielten ihre Uniformen. Das war der Anlass zu vielfältigen Konflikten mit den Chiefs und den Ältesten in ihren Dörfern, die ihrerseits ihre khakifarbenen Quasi-Uniformen als Zeichen ihres Amtes betrachteten.<sup>63</sup>

Diese Konflikte zwischen den Kriegsveteranen und den Chiefs waren durchaus geeignet, die koloniale Ordnung und insbesondere die Grundfesten der „Indirect Rule“ zu stören. Die Indirect Rule basierte auf der Akzeptanz der Autorität

---

of African Historical Studies, 1981, Nr. 2, S. 254-271, hier S. 260; Greenstein, Nandi, S. 82; Timothy Hamilton Parsons: *The African rank-and-file. Social implications of colonial military service in the King's African Rifles, 1902-1964*, Oxford 2000, S. 228; John Barrett: *The Rank and File of the Colonial Army in Nigeria, 1914-18*, in: *The Journal of Modern African Studies*, 2008, Nr. 1, S. 105-115, hier S. 114.

61 Siehe Ranger, *Dance*, S. 91; Andrew Burton: *African underclass: urbanisation, crime & colonial order in Dar es Salaam*, London 2005, S. 63.

62 Siehe Ellis, *Nandi Protest*, S. 562; Page, *Thangata*, S. 95; Matthews, *Clock Towers*, S. 260; Greenstein, Nandi, S. 82; Parsons, *Rank-and-file*, S. 228; Barrett, *Rank and File*, S. 114.

63 Siehe Hodges, *Carrier Corps*, S. 199. Siehe für die westafrikanischen Veteranen: Matthews, *World War I*, S. 502.

lokaler Chiefs seitens der lokalen Bevölkerung. Doch solche Konflikte waren kein genereller Trend. Für die aus dem Krieg zurückkehrenden Nandi, die aufseiten der Briten einen beträchtlichen Teil der Truppen und Träger gestellt hatten, scheint sich nicht viel geändert zu haben. Viele gingen nach dem Krieg ihrer gewohnten Arbeit nach. Einige waren zu Wohlstand gekommen und investierten ihr Geld in Land und Heiraten. Vereine von Kriegsveteranen – halb Wohlfahrtsorganisationen, halb Lobbygruppen, die sich beim Gouvernement für die Auszahlung von Pensionen und ausstehendem Sold einsetzten – wurden geschaffen.<sup>64</sup>

Die von den Kolonialbeamten und -offizieren befürchtete Politisierung der afrikanischen Kriegsteilnehmer blieb in den ersten Nachkriegsjahren weitestgehend aus. Die von Hodges interviewten Veteranen betonten, dass ihnen angesichts der traumatischen Erfahrungen des Krieges, der sozialen Unsicherheit und der verheerenden Epidemien der Nachkriegszeit die Kraft für ein politisches Engagement fehlte.<sup>65</sup> Dennoch begannen sich schon in den Nachkriegsjahren erste Formen afrikanischer Zivilgesellschaften, von den Young Baganda und der Kikuyu Association bis hin zu den afrikanischen Kirchen wie der Watch Tower Church oder die muslimischen Bruderschaften herauszubilden. In der ehemaligen deutschen Kolonie aber dauerte es bis 1929, bis Vergleichbares entstand. In diesem Jahr gründete sich die Tanganyika African Association, der Vorläufer der TANU. 1934 folgte die Muslim Association of Tanganyika. Eine bedeutende Rolle bei der Gründung dieser Interessenvertretungen spielten Mitglieder der islamischen Bruderschaften und Führer der Beni. Doch nur wenige ehemalige Askari und Träger fanden sich bei den ersten afrikanischen politischen Organisationen ein. Die ersten politischen Vereinigungen von Afrikanern in Britisch-Ostafrika formierten sich entlang ethnisch definierter Identitäten und waren lokal begrenzt. Sie waren Interessenvertretungen von Farmern und Kleinhändlern oder Regierungsangestellten.<sup>66</sup>

---

64 Siehe Albert T. Matson: *Reflections on the growth of political consciousness in Nandi*, in: Bethwell A. Ogot (Hrsg.): *Politics and nationalism in colonial Kenya*, Nairobi 1972, S. 18-45, hier S. 19; Matthews, *World War I*, S. 502; Greenstein, Nandi, S. 86, 92.

65 Siehe Hodges, *Carrier Corps*, S. 151.

66 Siehe Bethwell A. Ogot: *British Administration in The central Nyanza district of Kenya, 1900-60*, in: *The Journal of African History*, 1963, Nr. 2, S. 249-273, hier S. 261; Matson, *Reflections*, S. 34; Ahmed I. Salim: *Early Arab-Swahili protest in colonial Kenya*, in: Ogot (Hrsg.), *Politics*, S. 71-84, hier S. 82.

## Schluss

Der Erste Weltkrieg war gleichzeitig der Höhepunkt wie auch der Beginn des Endes einer Form von Mobilität, die der interregionale Karawanenhandel hervorgebracht und die in der kolonialen Vorkriegsökonomie nicht an Bedeutung verloren hatte. Nie vorher und nachher dienten so viele Ostafrikaner als Träger wie während des Ersten Weltkrieges. Doch nur wenige dieser Träger waren noch eingebunden in die Netzwerke professioneller Träger, kaum einer der oft mit Gewalt aus ihren Dörfern fortgeschleppten Männer verfügte über das Wissen der professionellen Träger, wie man sich auf dem Marsch gegen Krankheiten, Wetterunbilden und die schlechte Behandlung durch die Aufseher zur Wehr setzen konnte. Die harschen Realitäten des Krieges und der Kriegsökonomie ließen wenig Raum für die Aushandlung von Lebens- und Arbeitsbedingungen. So setzte der Erste Weltkrieg eine Bruchlinie zwischen den Verflechtungen unterschiedlicher Formen und Praktiken von Mobilität und Arbeit. Diese Bruchlinie zeigt sich auch in der Rekrutierung von Arbeitern durch den kolonialen Staat. Die Notwendigkeiten des Krieges stellten den kolonialen Staat, gleich ob britischer, belgischer oder deutscher Prägung, vor neue Herausforderungen. Zu Beginn des Ersten Weltkrieges steckten koloniale Verwaltungen und Ökonomien vielerorts noch in den Kinderschuhen. Bis auf wenige Inseln kolonialer Ökonomien<sup>67</sup> und kolonialer Herrschaft<sup>68</sup> hatten es die Europäer bis dahin nicht vermocht, im Alltag der Kolonisierten Fuß zu fassen und sie in die koloniale Herrschaft und Ökonomie hineinzuzwingen. Dies änderte sich mit dem Krieg grundlegend; er läutete eine neue Phase kolonialer Durchdringung afrikanischer Gesellschaften ein. Neue Formen der Organisation von Arbeit, der Registrierung und Identifizierung afrikanischer Arbeitskräfte, die zunächst als Antworten auf die Bedürfnisse des Krieges entwickelt worden waren, erweiterten das Instrumentarium des kolonialen Staates nach dem Krieg. Allerdings basierte die Rekrutierung und Organisation auch auf Praktiken, wie sie seit der kolonialen Eroberung üblich waren, bei denen der koloniale Staat und seine Akteure auf die Kooperation mit lokalen Akteuren und auf die Androhung von Gewalt bei der Rekrutierung von Arbeitskraft setzten. Die Kooperation der Chiefs bezahlten die Träger mit ihrer Gesundheit oder mit ihrem Leben, die Chiefs selbst mit dem Verlust ihrer Glaubwürdigkeit, Interessenvertreter ihrer Gefolgsleute gegenüber den Europäern zu sein.

67 Siehe Frederick Cooper: *Conflict and Connection: Rethinking Colonial African History*, in: *The American Historical Review*, 1994, Nr. 5, S. 1516-1545, hier S. 1529.

68 Siehe Pesek, *Herrschaft*.

Der Erste Weltkrieg war ein moderner Krieg, der in Afrika auf einer kaum entwickelten Infrastruktur basierte. Industrielle Praktiken von Mobilität überlagerten sich mit denen des Karawanenhandels. Bürokratische Formen der Rekrutierung vermischten sich mit Razzien, Vertragsarbeit mit Zwangsarbeit. Für die afrikanischen Kriegsteilnehmer war der Krieg mit der Erfahrung neuer Technologien verbunden, aber auch mit Erinnerungen an den Sklavenhandel des 19. Jahrhunderts. Die Reaktion der afrikanischen Gesellschaften war von dieser Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen geprägt. Christliche Glaubenslehren vermischten sich mit millenaristischen Traditionen afrikanischer Gesellschaften, muslimischer Sufismus, oft mit einer sehr lokalen Prägung, mit pan-islamischen Ideen. Tanzvereine, die seit dem 19. Jahrhundert Orte für die Adaption neuer Welten waren, stellten erste Strukturen und Akteure für die Herausbildung von zivilgesellschaftlichen Strukturen bereit.

Der Krieg endete mit einer Neugestaltung der kolonialen Landkarte, nicht aber mit einem grundlegenden Wandel kolonialer Politik. Sowohl Briten als auch Belgier wollten so schnell wie möglich zum Status quo der Vorkriegszeit zurückkehren. Die Briten führten Mitte der 1920er-Jahre die Politik der Indirect Rule in der ehemaligen deutschen Kolonie ein, die Belgier griffen zu einer ähnlichen Politik. Es waren in beiden Fällen Versuche, die Verpflichtungen des kolonialen Staates zu begrenzen und die afrikanischen Gesellschaften zu re-traditionalisieren. Viele Verantwortliche hatten den Krieg als eine Krise kolonialer Herrschaft wahrgenommen. Ein wichtiges Moment in diesem Krisenbewusstsein war die Angst vor der Auflösung ethnischer Identitäten und traditioneller Autoritäten infolge der Kriegserfahrungen der Afrikaner, nicht zuletzt der afrikanischen Träger.

Malte Meyer

## Sozialmilitarismus zwischen den Kriegen Zur „Verpreußung“ der deutschen Arbeiterbewegung

Als der preußische Obrigkeitsstaat und der preußische Militarismus formal beseitigt waren, feierten sie ihren Triumph in der Verpreußung der scheinbar siegreichen Arbeiterorganisationen. *August Siemsen*<sup>1</sup>

Als der linkssozialistische Emigrant August Siemsen 1937 im Pariser Exil seine informative Polemik gegen „Die Gefahr Europas“ veröffentlichte, schien er die „Verpreußung“ der Arbeiterorganisationen auf den ersten Blick mit dem Ende des Ersten Weltkriegs in Verbindung zu bringen. Tatsächlich aber attestierte er der deutschen Arbeiterbewegung, bereits in der Vorkriegszeit dem wilhelminischen Obrigkeitsstaat allzu ähnlich geworden zu sein und zitierte in diesem Zusammenhang zustimmend den linksbürgerlichen Journalisten Georg Bernhard. „Man hat nicht mit Unrecht in den letzten Jahren vor dem Kriege die deutsche Sozialdemokratie das Spiegelbild des preußischen Militarismus genannt. Die Massenbataillone der Arbeiterschaft waren sowohl in der Partei wie in den Gewerkschaften in einer Weise organisiert wie nirgends in der Welt.“<sup>2</sup> Demnach bestand im Moment seiner scheinbaren Niederlage der eigentliche Triumph des preußischen Militarismus darin, dass die Regierungsgewalt 1918 in die Hände von Arbeiterorganisationen übergang, die ihrerseits bereits vom Militarismus deformiert und also gründlich „verpreußt“ waren. Noch einmal Siemsen: „Die leichte Organisierbarkeit und die gute Disziplin, die bei der deutschen Arbeiterschaft so viel gepriesen und bewundert worden sind, sind Vorzüge, die nicht zuletzt aus der preußischen Tradition und Erziehung stammen, sind Vorzüge, die, wie sich zeigen sollte, geringer waren als die Nachteile, die mit ihnen zugleich gegeben waren. Gut organisierte und disziplinierte Truppen geben ein vorzügliches Material

für die Führung. Versagt die Führung, so versagt eine solche Truppe, wenn sie nicht zugleich zur Selbständigkeit und zu eigenem Handeln erzogen worden ist. In Deutschland wurden die Sozialdemokraten das nicht.“<sup>3</sup>

Die Verbreitung militärischer Denkmuster und Verhaltensweisen in den unterbürgerlichen Klassen und Schichten der deutschen Gesellschaft und damit auch unter Arbeiter\*innen ist von kritischen Historiker\*innen später als Sozialmilitarismus charakterisiert worden.<sup>4</sup> Die marxistische Dissidentin Rosa Luxemburg hat diesen Terminus zwar selbst noch nicht verwendet. Sie hat das Problem des Sozialmilitarismus aber bereits *avant la lettre* erkannt und, wie in einem ersten Schritt zu zeigen sein wird, während des Ersten Weltkriegs auch wichtige Elemente seiner Kritik entwickelt. In einem zweiten Schritt sollen skizzenhafte Überblicke über die Militärpolitik der SPD, den KPD-nahen Roten Frontkämpferbund sowie die Querfrontüberlegungen im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) Anhaltspunkte für die These liefern, dass die mit dem Sozialmilitarismus verbundenen Gefahrenpotentiale auch nach dem Ende des Ersten Weltkriegs nicht beseitigt wurden. Vor diesem Hintergrund wird schließlich in einem dritten Schritt anzudeuten sein, wie die Kritik des Sozialmilitarismus in den Krisenjahren der Weimarer Republik weiterentwickelt wurde.

### Luxemburg contra Sozialmilitarismus

Nach übereinstimmender Ansicht der radikalen Linken hatte die sozialdemokratische und gewerkschaftliche Begeisterung für den „Kriegssozialismus“ die Arbeiterorganisationen zu Organen der imperialistischen Klassenherrschaft gemacht. Wie andere Mitstreiter\*innen aus dem Umfeld der Spartakusgruppe brachte Luxemburg diesen Funktionswandel einer ehemals als revolutionär eingeschätzten Bewegung auf den Begriff des „Sozialimperialismus“<sup>5</sup>. Damit meinte Luxemburg, wie ihrer im Frühjahr 1915 veröffentlichten Schrift „Der Wiederaufbau der Internationale“ zu entnehmen ist, dass die Sozialdemokratie zum „Schildknappen des Imperialismus im gegenwärtigen Kriege“<sup>6</sup> und mithin zu seiner dienstbaren Hilfstruppe geworden sei. „Indem sie durch den Burgfrieden

1 August Siemsen: Preußen. Die Gefahr Europas, Westberlin 1981, S. 110.

2 Georg Bernhard, zit. nach August Siemsen: Preußen. Die Gefahr Europas, Westberlin 1981, S. 81 f.

3 Ebenda.

4 Wolfram Wette: Militarismus in Deutschland. Geschichte einer kriegerischen Kultur, Frankfurt a.M. 2011, S. 64-86.

5 Rosa Luxemburg: Der Wiederaufbau der Internationale, in: Gesammelte Werke. Bd. 4, August 1914 bis Januar 1919, Berlin 1974, S. 30.

6 Ebenda, S. 22.

dem Militarismus Ruhe im Rücken sicherte, erlaubte ihm die Sozialdemokratie ohne jede Rücksicht auf andere Interessen als die der herrschenden Klassen, seinen Bahnen zu folgen, entfesselte sie seine ungezügelteren inneren imperialistischen Tendenzen, die gerade nach Annexionen streben und zu Annexionen führen müssen.<sup>7</sup> Mit anderen Worten: Sozialimperialistische Arbeiterorganisationen sorgten für die Eliminierung der Arbeiterklasse als eigenständiger politischer Kraft. Arbeiterorganisationen wie die SPD oder die Gewerkschaften fungierten damit auch als „Gendarmen der Arbeiterklasse“<sup>8</sup>, die nach Kräften dafür Sorge trugen, dass Arbeiteroppositionelle nicht die öffentliche Ordnung der Kriegsgesellschaft stören konnten. Mit dieser Begriffsbestimmung war Luxemburg zunächst einmal gar nicht weit von Lenin entfernt, der Sozialimperialisten mit der Formel „Sozialisten in Worten, Imperialisten in den Taten“ charakterisierte.<sup>9</sup> Sehr viel stärker als Lenin machte sich Luxemburg aber klar, dass Sozialimperialismus nicht allein ein Problem „rechter Führungsgruppen“ war. Vielmehr wies sie darauf hin, dass zumindest der Militarismus auch als ein ureigenes Problem der deutschen Arbeiterklasse selbst angesprochen werden müsse.

Als zentrale Ursache für den Sozialimperialismus hat Luxemburg die sozio-kulturelle Disposition autoritärer Organisationsgläubigkeit ausgemacht. Auf Seiten der Arbeiterführer wie auf Seiten der von ihnen geführten Arbeitermassen bewirkte die Verwandlung der Organisation von einem Mittel zum Zweck proletarischer Politik eine Verabsolutierung von Disziplin, Hierarchie und Korpsgeist und gleichzeitig eine Verkümmern von Eigeninitiative, spontaner Bewegung und kritischer Selbstreflexion. Dieser Sichtweise zufolge machten die Arbeiterführer um der Organisation willen gemeinsame Sache mit dem Imperialismus und um der Organisation willen ließen die meisten Arbeiter\*innen das viel zu lange über sich ergehen. Organisation aber setzt Disziplin voraus und diese stand auf dem gar nicht so heimlichen Lehrplan von Jahren oder sogar Jahrzehnten gewerkschaftlicher Schulung ganz weit oben. Auf diese Weise kamen die Arbeiterorganisationen dem Militär schon vor dem Krieg weit entgegen und konnte von ihm im Ernstfall umso leichter in Dienst genommen werden. Mit Blick auf die funktionale Identität von militärischem und gewerkschaftlichem Regiment zitierte Luxemburg deshalb auch zustimmend das Urteil, das die Frankfurter

7 Rosa Luxemburg: Die Krise der Sozialdemokratie, in: Gesammelte Werke. Bd 4, August 1914 bis Januar 1919, Berlin 1974, S. 129.

8 Ebenda, S. 126.

9 Wladimir I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus: gemeinverständlicher Abriß, in: Werke. Bd. 22, Berlin 1960, S. 290.

Volksstimme am 18. August 1914 über die Dienstbarkeit der Gewerkschaften gefällt hat: „Wenn es also Anno 1866 hieß, der Vormarsch der preußischen Truppen sei ein Sieg des Schulmeisters gewesen, so wird man diesmal von einem Sieg des Gewerkschaftsbeamten reden können.“<sup>10</sup>

Insbesondere die im autoritätshörigen Deutschland sozialisierten Arbeiter\*innen müssten, so könnte die sozialistische Selbstkritik im Umfeld der Spartakusgruppe paraphrasiert werden, um vieles mutiger werden, sich ohne Anleitung eines anderen ihres eigenen Verstandes zu bedienen. Denn: „Solange die deutschen Proletarier auf Geheiß von Legien & Co. rechts und links, vorwärts und rückwärts wie eine Kompanie Soldaten schwenken, werden sie auch auf Geheiß des Militarismus auf Vater und Mutter schießen und ihre eigenen Brüder anderer Nationalität zerfleischen. Der Moloch Militarismus kommandiert sie ja jetzt durch Legien & Co. Den deutschen Militarismus überwinden, heißt also nichts anderes, als den Kadavergehorsam der organisierten Arbeiter gegenüber den Legien & Co. überwinden. Hier, in diesem völlig kritiklosen, geistlosen, mechanischen Gehorsam der Hammelherde, steckt eine der wesentlichen Wurzeln des Militarismus. Der Militarismus sitzt den deutschen Arbeitern im eigenen Nacken.“<sup>11</sup>

Die deutschen Arbeiterorganisationen als integraler Bestandteil des imperialistischen Staatsapparats – deutlicher hätte die spartakistische Charakterisierung offizieller Arbeiterpolitik im Weltkrieg kaum ausfallen können. Das harte Wort vom Sozialimperialismus trug nicht nur der Bereitwilligkeit Rechnung, mit der sich die gewerkschaftlichen Führungsgruppen in den Dienst des deutschen Militarismus stellten, es speiste sich auch aus der Erfahrung, dass sie ihre Anerkennung und Integration in die bestehende Ordnung vorrangig der möglichst wirksamen Kontrolle von Arbeiterunzufriedenheit verdankten. Mochte es zwischen militärischer Führung einerseits und den Spitzen von SPD und Gewerkschaften auch immer wieder zu taktischen Differenzen kommen, so waren sich doch beide Seiten einig über das Ziel, die sozialistische Revolution um jeden Preis zu unterdrücken. Wenn sie die linke Arbeiteropposition bei den Militärbehörden denunzierte und in den Schützengraben abkommandieren ließ, handelten Gewerkschafter insofern im strukturell konterrevolutionären Interesse ihrer eigenen Organisation ebenso wie in dem der eigentlichen Machthaber.

10 Rosa Luxemburg: Die Krise der Sozialdemokratie, in: Gesammelte Werke. Bd. 4, August 1914 bis Januar 1919, Berlin 1974, S. 123.

11 Spartacus Nr. 4 vom April 1917, in: Spartakusbriefe. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1958, S. 315.

Luxemburg ging über diese bloße Beschreibung der institutionalisierten Kooperation von Arbeiterorganisationen und Militär aber noch hinaus. Zwar hat sie sich weder im Weltkrieg noch in der anschließenden Revolution zu einer systematischen Darstellung ihrer organisationskritischen Ansichten veranlasst gesehen. So spielte etwa die Analyse gewerkschaftlicher Politik in ihren zahlreichen, zwischen 1914 und 1919 verfassten Reden und Aufsätzen nur eine ganz untergeordnete Rolle. Ungleich wichtiger schien ihr die Erklärung des Bankrotts der Zweiten Internationale zu sein. Trotzdem lässt sich auch in einem relativ kleinen Korpus von Aussagen der Versuch erkennen, die (Selbst-)Verstaatlichung deutscher Arbeiterorganisationen erklären zu wollen. Weil Rosa Luxemburg vor allem die deutsche Situation vor Augen hatte, die sich von der in anderen Ländern etwa dadurch unterschied, dass es (außer in Österreich) nirgendwo sonst zu einem freiwilligen Streikverzicht gekommen ist, spielten nationale Besonderheiten auch in diesen Erklärungsversuch hinein. Indem sie auf die Autoritätshörigkeit, den Organisationsfetischismus und die „standhafte Kadaverhaltung des deutschen Proletariats“<sup>12</sup> zu sprechen kam, setzte sich ihres Erachtens das obrigkeitsstaatliche Erbe der deutschen Geschichte bis in die sozialdemokratische und gewerkschaftliche Alltagsarbeit hinein fort. Von bloß organisatorischen Maßregeln, wie Lenin sie vorschlug, konnte sich Luxemburg deshalb auch keine Erneuerung des revolutionären Sozialismus erhoffen. Im Gegenteil: Aus ihrer Interpretation der imperialistischen Verstaatlichung der deutschen Arbeiterorganisationen im Weltkrieg ergab sich zumindest implizit die Notwendigkeit einer antiautoritären Kulturrevolution.

„Deutschland ist nicht umsonst das Land ohne revolutionäre Traditionen, das Land des preußischen Kasernendrills. Auch die deutsche Sozialdemokratie hat sich 50 Jahre lang nur darin geübt, die Arbeitermassen im Kasernendruck, genannt 'Organisationsdisziplin' zu verblöden. Mit dem Resultat, daß heute die deutschen Arbeiter eben nur nach dem Taktstock einer Obrigkeit sich zu bewegen vermögen: sei es nach dem Taktstock eines Feldwebels oder eines Legien von der Generalkommission der Gewerkschaften. Und auch dann, wenn der deutsche Arbeiter bereits geistig der Autorität des Feldwebels und Legiens entwachsen ist, fühlt er sich noch zunächst gänzlich hilflos, wenn er gegen den Feldwebel und gegen den Legien vorgehen, wenn er als freier Proletarier sich selbst führen soll.“<sup>13</sup>

12 Rosa Luxemburg: Die geschichtliche Verantwortung, in: Gesammelte Werke. Bd. 4, August 1914 bis Januar 1919, Berlin 1974, S. 378.

13 Spartacus Nr. 11 vom September 1918, in: Spartakusbriefe. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1958, September 1918, S. 451.

„Der ganze Sinn dieser Revolution ist das wilde Aufbäumen der Masse gegen diese Ergebnisse der 'parlamentarischen und politischen Schulung', der Schule wie der Schulmeister [...].“<sup>14</sup>

## Die Militärpolitik der SPD in den Revolutionsmonaten

Noch am Morgen des 9. November 1918, als Arbeiter- und Soldatenräte fast überall im Deutschen Reich bereits die Macht übernommen hatten, veröffentlichte die SPD einen Aufruf, in dem sie vor „Chaos“, Bolschewismus und „russischen Zuständen“ warnte und ihre Anhänger\*innen zu Besonnenheit, Ruhe und Organisationsdisziplin aufrief.<sup>15</sup> Schon zwei Tage vorher hatte der SPD-Vorsitzende Friedrich Ebert, mit seiner Partei seit Anfang Oktober 1918 ganz offiziell Teil eines kaiserlichen Koalitionskabinetts, dem Reichskanzler Max von Baden gegenüber erklärt, er zumindest wolle die Revolution nicht und hasse sie sogar „wie die Sünde“.<sup>16</sup> Nachdem sich die Monarchie zum Missfallen der SPD-Führung allerdings nicht mehr länger parlamentarisch erhalten ließ und Minister Philipp Scheidemann widerwillig die Republik hatte ausrufen müssen, fand sich Friedrich Ebert mit einem Mal an der Spitze einer Revolutionsregierung wieder. In dieser ungeliebten Rolle erreichte ihn am 10. November ein Anruf aus dem Hauptquartier der Obersten Heeresleitung im belgischen Spa. Wilhelm Groener, der Chef des von Weltkriegsniederlage und politischem Umsturz akut bedrohten Generalstabs, war am Apparat und bot der neuen Regierung die Unterstützung des Militärs für den Fall an, dass sie bereit sei, Deutschland vor der „Anarchie“ zu schützen und die „Ordnung“ wiederherzustellen. Im Gegenzug sollte die Regierung den Fortbestand des Militärs garantieren und sich zu einer Niederschlagung sozialrevolutionärer Unruhen bereit finden. „Das Offizierskorps erwartet, daß die Reichsregierung den Bolschewismus bekämpfen wird und stellt sich ihr hierfür zur Verfügung.“<sup>17</sup> Eberts aufrichtig dankbare Einwilligung in diese Offerte besiegelte das konterrevolutionäre Bündnis von Militärführung

14 Rosa Luxemburg: Die „unreife“ Masse, in Gesammelte Werke. Bd. 4, August 1914 bis Januar 1919, Berlin 1974, S. 431.

15 Aufruf der Sozialdemokratischen Partei, in: Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, 09.11.1918, S. 411 f.

16 Ebert zit. nach Max von Baden: Erinnerungen und Dokumente, Berlin 1927, S. 600.

17 Groener zit. nach John Wheeler Bennet: Die Nemesis der Macht. Die deutsche Armee in der Politik 1918–1945. Bd. 1, Königstein 1981, S. 42.

und SPD-Spitze und ist als bis 1924 geheim gehaltener „Ebert-Groener-Pakt“ in die Geschichte eingegangen.<sup>18</sup>

Die Zusammenarbeit „einer geschlagenen Armee und einer wankenden halb-revolutionären Regierung“ (Wheeler-Bennet) rettete nicht nur die nationale Burgfriedenskoalition des Ersten Weltkriegs in die Weimarer Republik hinüber, sondern bewahrte das kaiserliche Militär auch vor seiner Beseitigung. Mehr noch: Es eröffnete ihm unverhofft die Möglichkeit, sich als eigenständiger Machtfaktor und später sogar als „Staat im Staate“ zu regenerieren. Als Steigbügelhalter des preußisch-deutschen Militarismus fungierte in dieser historischen Krisensituation die Mehrheitsozialdemokratie. Spätestens seit ihrer Zustimmung zu den Kriegskrediten fürchtete die Partei sozialrevolutionäre Bewegungen nicht weniger als das wilhelminische Offizierskorps es tat. Bereits während des Krieges hatten Sozialdemokraten aus ihrem Hass auf den Bolschewismus ebenso wenig einen Hehl gemacht wie aus ihrer Verachtung für Antimilitarist\*innen und andere „Vaterlandsverräter“. Im Unterschied zu den herrschaftsgewohnten Militärs handelte es sich bei diesen Antikommunist\*innen jedoch durchweg um kleine Leute, die aus dem Milieu einer relativ jungen Oppositionspartei aufgestiegen waren und insbesondere mit höheren Staatsämtern noch kaum in Berührung gekommen waren. Umso anfälliger zeigten sich diese sozialen Aufsteiger für kalkulierte Schmeicheleien jener Militärs, denen es letztlich auf nichts anderes ankam als auf eine Restauration ihrer alten Machtstellung.

Die in der Novemberrevolution entstandenen Arbeiter- und Soldatenräte standen diesem Ziel als allererstes im Weg und waren zugleich auch den der MSPD angehörenden Volksbeauftragten ein Dorn im Auge. Deshalb setzten SPD-Führung und Oberste Heeresleitung alles daran, der Soldatenbewegung so rasch wie möglich ihre politische Sprengkraft zu nehmen. Nachdem die OHL als Gegenvorschlag zur Sowjetisierung zunächst (einflusslose) „Vertrauensräte“ im Heer installiert hatte, fühlte sie sich bereits einen Monat nach Proklamierung der Republik wieder stark genug, die Regierung zur Entmachtung der revolutionären Soldatenräte aufzufordern. Zwar scheiterte Ebert auf dem Reichsrätekongress im Dezember 1918 zunächst mit Initiativen, die dieser Forderung Rechnung trugen. Anschließend verweigerte die Militärführung den „Hamburger Punkten“ mit Rückendeckung der Regierung aber schlicht die Anerkennung. „Die Durchführung der Hamburger Punkte wurde auf die lange Bank geschoben und damit

<sup>18</sup> In den folgenden Monaten konferierten Ebert und Groener in regelmäßigen nächtlichen Telefongesprächen darüber, wie am besten in die politische Entwicklung einzugreifen sei.

der Versuch des Rätekongresses abgeschlagen, mit dem bereits abnehmenden Schwung der Soldatenratsbewegung eine Entmachtung des alten Offizierskorps und eine demokratische Heeresreform durchzusetzen.“<sup>19</sup> Im März 1919 schließlich wurden die verbliebenen Soldatenräte mit Billigung des Sozialdemokraten Gustav Noske ganz entmachtet.

Mit seiner Ernennung zum Volksbeauftragten und späteren Reichswehrminister war der selbsternannte „Bluthund“ Noske Ende Dezember 1918 zum politischen Protagonisten des Bündnisses von Sozialdemokratie und Militärführung geworden. Der SPD-Abgeordnete hatte sich bereits in der Vorkriegszeit immer wieder zu Militär- und Kolonialfragen geäußert und sich aus Sicht des Militärs insbesondere bei der politischen Zähmung der Kieler Soldatenbewegung im November 1918 bleibende Verdienste erworben.<sup>20</sup> Ein Problem freilich bestand darin, dass die Zahl der Soldaten, die die Militärführung nach den Weihnachtstagen des Jahres 1918 effektiv einsetzen konnte, auf einen Rest von gerade einmal 150 Mann (Offiziere nicht eingerechnet) zusammengeschrumpft war.<sup>21</sup> Schon in den Wochen vor Noskes Amtsantritt demonstrierten die Militärs, dass sie diesem für sie sehr ernstesten Problem durch die Aufstellung nationalistischer Freikorpsverbände zu begegnen gedachten. Die Regierung Ebert/Noske erblickte in den rechten Freikorps alsbald ebenfalls ein taugliches Instrument zur Bekämpfung „staatsgefährdender“ Umtriebe von links und legalisierte das Vorgehen der Generäle, indem sie am 6. Januar selbst offiziell zum Eintritt in die Freiwilligenverbände aufforderte. Nicht zuletzt aufgrund großzügiger Spenden aus der Industrie erreichten die verschiedenen Freikorps bis Mai 1919 insgesamt einen Umfang von über 400.000 Mann.

Während der fünfzehnmonatigen Amtszeit Noskes setzten Militärführung und Regierung immer wieder Freikorpsverbände zur blutigen Niederschlagung proletarischer Streik- und Rätebewegungen ein. Insgesamt fielen der Unterdrückung der Berliner Bewegungen im Januar und März 1919<sup>22</sup>, der Erdrosselung der Räterepubliken in Bremen und München, dem antibolschewistischen Wüten der Freikorpsverbände im Baltikum sowie dem Kampf gegen die Rote Ruhrarmee

<sup>19</sup> Hans-Joachim Bieber: Gewerkschaften in Krieg und Revolution. Arbeiterbewegung, Industrie, Staat und Militär 1914–1920. Teil II, Hamburg 1981, S. 712.

<sup>20</sup> Zur „Kieler Mission“ und zu Noske insgesamt vgl. Wolfram Wette: Gustav Noske. Eine politische Biographie, Düsseldorf 1987.

<sup>21</sup> Wheeler-Bennet, *Nemesis*, S. 57.

<sup>22</sup> Vgl. hierzu Axel Weipert: Die Zweite Revolution. Rätebewegung in Berlin 1919/1920, Berlin 2015.

im Frühjahr 1920 weit über 10.000 Menschen zum Opfer. In diesen Orgien konterrevolutionärer Gewalt gewann die frühfaschistische Bewegung an Zulauf und es war insofern kein Zufall, dass sich unter den so genannten „Baltikumern“ auch der spätere Auschwitz-Kommandant Rudolf Höß befand.<sup>23</sup> In den Augen ihrer politischen Unterstützer aus SPD- und Militärführung qualifizierten sich die gegenrevolutionären Truppen mit ihren Mordaktionen geradezu für eine Aufnahme in das „neue“ Militär. Tatsächlich wurden im Frühjahr 1919 etwa 150.000 Freikorpsangehörige in die „vorläufige“ Reichswehr übernommen. Für starke Spannungen zwischen sozialdemokratisch geführter Regierung und Reichswehr sorgte erst die Auflage des Versailler Vertrages, das Heer auf 100.000 Mann zu reduzieren und damit auch viele Soldaten zumindest vorübergehend arbeitslos zu machen.

### Der Rote Frontkämpferbund der KPD

Ende Juli 1924 gründete die KPD in Halle den Roten Frontkämpferbund (RFB). Der Verband kommunistisch orientierter Weltkriegsveteranen war zwar unbewaffnet, wohl aber uniformiert. Er lehnte sich seinem Namen und seinem äußeren Erscheinungsbild nach an die Tradition der Weltkriegsteilnahme an, versuchte das „Fronterlebnis“ aber in eine Parteinarbeit für die „rote Front“ im Klassenkampf zu überführen. Als Vereinszweck definierte der RFB in seinem Statut demgemäß die „Pflege des Klassenkampfes und Pflege der Kriegserinnerungen“. Angestrebt wurde die „Zusammenfassung aller im Deutschen Reich wohnenden Teilnehmer des Weltkrieges und der im Waffendienst ausgebildeten Männer, die auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes stehen“<sup>24</sup>, um sie zum Hass auf den imperialistischen Krieg und zur Freundschaft gegenüber der Sowjetunion zu erziehen.

Neben dem Schutz von Versammlungen bestand die praktische Aufgabe des RFB in der Durchführung von Propagandamärschen, die häufig von Musikkapellen, Pfeifen- und Trommlerkorps begleitet wurden. Ein grelles Schlaglicht auf den unverkennbar vom „Fronterlebnis“ geprägten Toten- und Märtyrerkult

23 Vgl. Bernhard Sauer: Vom „Mythos eines ewigen Soldatentums“. Der Feldzug deutscher Freikorps im Baltikum im Jahre 1919, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 10/1995, S. 869-902.

24 Werner Hinze: Schalmeienklänge im Fackelschein. Ein Beitrag zur Kriegskultur der Zwischenkriegszeit, Hamburg 2002, S. 78.

des RFB wirft der Fahneneid, der so oder ähnlich am Ende vieler seiner Veranstaltungen abgelegt wurde:

„Wir klassenbewussten Arbeiter schwören Dir, rot leuchtendes Banner der Freiheit, geheiligt durch das für Dich geflossene Blut unserer Brüder, revolutionäre Treue bis zum letzten Schlage unseres Herzens. Dir schwören wir, wir treten an, befrei' die Welt vom Sklavenbann, du Fahne rot, es ist die Welt voll Blut. Es lechzt der Feind nach Proletarierblut. Frontkämpfer auf, schon bläst's zum Sammeln. Die Faust gereckt, wir schwören rot: Sieg oder Tod! Dem großen Klassenkrieg sind wir geweiht, wir sind die roten Pioniere einer neuen Zeit. Rot Front! Sieg oder Tod. Ein heiliger Schwur! Wir leben oder sterben für Dich, du Rote Fahne der Proletarier Diktatur.“<sup>25</sup>

Im Zuge der fortschreitenden Stalinisierung des deutschen Kommunismus wurde dieser nach Form und Inhalt ohnehin schon extrem martialische Fahneneid 1926 sogar noch um folgenden Passus ergänzt:

„In eiserner Disziplin und strengster Zucht unterwerfen wir uns allen Befehlen und Anordnungen, die im Kampf für die Interessen des Proletariats notwendig sind. Die schärfste Verachtung der arbeitenden Klasse und das strenge Urteil der revolutionären Gerechtigkeit treffe jeden, der der roten Front untreu wird, oder Verrat an den Interessen des Proletariats übt.“<sup>26</sup>

Alles spricht dafür, dass der RFB nicht etwa trotz, sondern gerade wegen seiner kaum verhohlenen Verherrlichung männerbündischer Sekundärtugenden ein außerordentlicher organisationspolitischer Erfolg der KPD wurde. Im September 1924 gab es beispielsweise in Halle-Merseburg bereits 71 Ortsgruppen mit 2.500 Mitgliedern und in Großthüringen sechs Ortsgruppen mit 2.000 Mitgliedern. Die Mitgliedschaft des RFB erreichte schon im Jahr 1925 einen ähnlich hohen Stand wie die der KPD, war aber beileibe nicht mit ihr deckungsgleich. Frauen wurden seit Anfang 1925 überhaupt nicht mehr als Mitglieder akzeptiert und Intellektuelle ebenfalls mit größter Skepsis beäugt. Dementsprechend bestand das politische Ideal des RFB auch weniger in der demokratischen Diskussion gemeinsamer Angelegenheiten, sondern eher in der den ganzen Mann fordernden Straßen- oder Saalschlacht mit verfeindeten politischen Kräften.

„Für klassenbewußte und darum antimilitaristische Proletarier war es sicherlich schwierig, sich an das Erscheinungsbild des Roten Frontkämpferbundes zu gewöhnen. Dazu gehörten die Uniform – eine feldgrüne Russenbluse mit Ledergürtel, Leninmütze und Breecheshose –, Fahne und Fahneneid, ein Bundesemblem, die zum Gruß geballte linke Faust, Spielmannszüge mit Trommeln und Schalmeien sowie ein eigenes Kommandoreglement. Dergleichen war bislang von der Linken als

25 Ebenda, S. 400.

26 Ebenda, S. 401.

‘reaktionärer Klimbim’ der Kaiserzeit und der ‘Vaterländischen Verbände’ verspottet worden. Erst recht hatte Wehrsport bis hin zu manöverartigen Geländespielen für viele Arbeiter einen ausgeprägt ‘rechten’ Beigeschmack. Aber ähnlich wie beim Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold galt auch beim Roten Frontkämpferbund die Devise ‘Vom Gegner lernen’. Ohne ein gewisses Maß an äußerer Militarisierung konnte man nicht hoffen, den Kampfbünden der Rechten wirksam entgegenzutreten.<sup>27</sup>

Zum kritischen Verständnis der im RFB gepflegten Organisationskultur können noch einige andere Eigenheiten beitragen. Die Mitglieder redeten sich nicht etwa als Genossen, sondern als Kameraden an, die Leiter der Ortsgruppen hießen ab 1926 Führer und auch die Verbandsstruktur war fortan nicht mehr nach Bezirken, sondern nach Gauen gegliedert. Im Mitgliedsbuch waren nicht nur Truppengattung, Dienstrang und Kriegsbeschädigung verzeichnet, es hieß dort in den „Grundregeln des RFB-Kameraden“ auch:

„Roter Frontkämpfer ist ein Soldat der roten Klassenfront. Was heißt das? Er muss immer so handeln, dass durch sein Verhalten das Ansehen der Roten Klassenfront nicht geschädigt oder geschwächt wird. Er spielt nicht, betrinkt sich nicht, stählt seinen Körper, ist diszipliniert. Er ist Arbeitern und Unterdrückten ein stets hilfreicher Freund und Klassengegnern unversöhnlicher Feind.“<sup>28</sup>

### Querfrontkonzeption

Unter dem Titel „Kämpferische Abrüstungspolitik“ veröffentlichte „Die Arbeit“, das theoretische Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), im September 1932 einen Artikel, der in den revanchistischen Ruf nach außenpolitischer „Gleichberechtigung“ des Deutschen Reiches einstimmte. Deutschland „als militärisch proletarisierter Staat“<sup>29</sup>, befand der Autor Wolfgang Schwarz, müsse die Welt vor die Alternative „der allgemeinen Abrüstung oder der deutschen Aufrüstung“ stellen.<sup>30</sup> Entweder nehmen die hochgerüsteten Nationen „ein wesentliches Stück der deutschen Entwaffnung auf sich, geben Tanks und Bombenflugzeuge und ihre schwere mobile Artillerie ihrerseits auf, oder aber sie finden sich damit ab, dass – möglichst ohne Erhöhung des deutschen Heereshaushalts, durch eine Umorganisation der Armee – Deutschland sich die nationale Sicherheit selber verschafft, die die anderen ihm durch die

27 Heinrich August Winkler: Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Bonn 1988, S. 546.

28 Hinze, Schalmeienklänge, S. 335.

29 Wolfgang Schwarz: Kämpferische Abrüstungspolitik, in: Die Arbeit 9/1932, S. 545.

30 Ebenda, S. 548.

Abschaffung ihrer eigenen Angriffswaffen nicht gewähren wollen.<sup>31</sup> Insbesondere die Schlussentenz der gewerkschaftlichen Aufrüstungsempfehlung passte ausgezeichnet zu den 1932 um sich greifenden Spekulationen um ein mögliches Querfront-Bündnis von Reichswehr und Gewerkschaften: „Einer Politik aus dem Geiste der Kampfplust der deutschen Arbeiter und Soldaten für den Frieden wird der Erfolg nicht versagt bleiben.“<sup>32</sup>

Gewerkschaftspublikationen forderten aber nicht nur eine Aufrüstung der Reichswehr, der ADGB schien Anfang der dreißiger Jahre auch selbst aufrüsten zu wollen. Nachdem er sich 1924 zunächst eher symbolisch an der Gründung des sozialdemokratisch dominierten Frontsoldatenverbandes „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ beteiligt hatte, wirkte der Dachverband ab Ende 1931 aktiv am Aufbau der „Eisernen Front“ mit. Als Allianz sozialdemokratisch orientierter Spitzenverbände (neben Partei und Gewerkschaften waren das der Arbeiterturn- und Sportbund sowie das Reichsbanner) kämpfte die Eisernen Front ihrem Selbstverständnis nach gegen die Republikfeinde aller Couleur. Im Vorfeld der im Frühjahr 1932 abgehaltenen Reichspräsidentenwahl mobilisierte das Bündnis u.a. zur Wiederwahl des Weltkriegsgenerals Paul v. Hindenburg. Wenig später verhielt es sich wiederum komplett passiv, als die sozialdemokratisch geführte Regierung des Landes Preußen durch einen rechten Staatsstreich beseitigt wurde. Innerhalb der Eisernen Front stellte der ADGB so genannte „Hammerschaften“ auf – Betriebsgruppen, die mit häufig martialischer Gebärde politische Entschlossenheit signalisierten, aber als männerbündische Militärsimulation höchstens der autoritären Binnenintegration sozialdemokratischer Milieus dienten.<sup>33</sup>

Wie wenig die Gewerkschaften Anfang der 1930er-Jahre gegen die von der Reichswehr unterstützte Militarisierung der Gesellschaft einzuwenden hatten, verdeutlichte auch ihre Aufgeschlossenheit gegenüber Wehrsport, vormilitärischer Ausbildung und kasernierten Arbeitsdiensten. Der zuständige ADGB-Vorstandsreferent Walter Pahl rechtfertigte im September 1932 nicht nur die Existenz gewerkschaftlicher Projekte im Freiwilligen Arbeitsdienst, er sprach sich auch für die Unterbringung jugendlicher Dauererwerbsloser in geschlossenen Lagern sowie für eine gezielte „Führerschulung“ im FAD aus. Dadurch könnten „die Freiwilligen zur Pünktlichkeit und Ordnung, zu straffer Körper-

31 Ebenda.

32 Ebenda, S. 549.

33 „Die Eisernen Front rief die Arbeitnehmer zu ‘Disziplin’ auf, – eine schlechte Bemäntelung einer gar nicht ‘eisernen’ Verabschiedung von der historischen Szene.“ Arno Klönne: Die deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte, Ziele, Wirkungen, München 1989, S. 248.

beherrschung und Disziplin erzogen werden“.<sup>34</sup> Pahl äußerte zwar gelegentlich Vorbehalte gegenüber militaristischen Auswüchsen, billigte die militärischen Funktionen der in Grenznähe gelegenen Arbeitsdienstlager grundsätzlich aber ebenso wie die Tatsache, dass dort in der Freizeit wehrsportliche „Geländespiele“ betrieben wurden.<sup>35</sup> In Übereinstimmung mit dieser Position sprach sich auch der ADGB-Vorstand insgesamt für eine Beteiligung der Gewerkschaften am „Reichskuratorium für Jugendertüchtigung“ aus, das Joachim von Stülpnagel als Mittel gegen vermeintliche Knochenerweichung gegründet hatte. „In mehrwöchigen Kursen sollten Mitglieder interessierter Verbände im Wehrsport unterrichtet werden, um ihrerseits in ihren Organisationen als Ausbilder tätig zu sein.“<sup>36</sup> Vor dem Hintergrund einer stillschweigenden Übernahme von Reichswehrkonzepten war es nur konsequent, dass der ADGB Ende 1932 zu der Auffassung gelangte, es sei in wehrpolitischen Fragen für das Deutsche Reich generell an der Zeit, „bald wieder Herr im Hause zu werden und uns nicht vom Ausland dauernd bevormunden zu lassen.“<sup>37</sup>

Wie weit die Gewerkschaften indes zu gehen bereit waren, um nur ihre Organisationen zu konservieren, konnte eine interessierte Öffentlichkeit spätestens anhand einer Rede erahnen, die der ADGB-Vorsitzende Theodor Leipart am 14. Oktober 1932 in der ADGB-Bundesschule in Bernau gehalten hatte. Offensichtlich inspiriert von Ernst Jüngers unlängst erschienener Schrift „Der Arbeiter. Herrschaft und Gestalt“ hatte „Arbeit“-Chefredakteur Lothar Erdmann seinem Chef u.a. ins Manuskript geschrieben, die Gewerkschaften hätten die Arbeiter organisiert, um das „Gemeinschaftsgefühl in ihnen zu wecken und den Gemeingeist zu pflegen“. Gewerkschaften würden darüber hinaus den „soldatischen Geist der Einordnung und der Hingabe für das Ganze“ kennen.<sup>38</sup> Durch eine derartige „Hinwendung zum ‘Nationalen’ und die Spekulationen um eine autoritär-national-soziale Lösung der Krise“ trugen die Gewerkschaften „zweifelloso dazu bei, die Arbeiterschaft nun auch ideologisch in Wehrlosigkeit

34 Walter Pahl: Ergebnisse und Probleme des Freiwilligen Arbeitsdienstes, in: Die Arbeit 12/1932, S. 721 f.

35 Detlev Brunner: Bürokratie und Politik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. 1918/19 bis 1933, Köln 1992, S. 449.

36 Ebenda, S. 449 f.

37 Hermann Schlimme zit. nach Peter Jahn (Hrsg.): Die Gewerkschaften in der Endphase der Republik 1930–1933. Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jhd., Bd. 4, Köln 1988, Dok. 156.

38 Theodor Leipart: Die Kulturaufgaben der Gewerkschaften. Vortrag in der Aula der Bundesschule in Bernau am 14. Oktober 1932, Berlin 1932.

gegenüber dem Faschismus zu versetzen, denn die Unterscheidungen zwischen ‘Hitler’ und ‘Schleicher’ blieben allzu sehr im Bereich der Kabinettspolitik und der Konspiration von Verbandsspitzen.“<sup>39</sup>

## Weimarer Sozialmilitarismus in der Kritik

Die drei geschilderten Beispiele dokumentieren, dass das von Rosa Luxemburg bereits im Weltkrieg diagnostizierte und hier als Sozialmilitarismus bezeichnete Problem auch in der Weimarer Republik nicht überwunden wurde. Die Spitze wie die Basis unterschiedlicher Arbeiterorganisationen griffen immer wieder auf autoritäre Verkehrsformen zurück, die den Obrigkeitsstaat und seine Untertanenmentalität nicht etwa infrage stellten, sondern zu reproduzieren drohten.

Dabei dürfen jedoch auch Gegentendenzen nicht außer Acht gelassen werden. Denn tatsächlich hat der Weltkrieg gerade in den unterbürgerlichen Klassen und Schichten einen enormen Hass auf Militär und Militarismus produziert – und zwar sowohl an der „Heimatfront“, als auch im Schützengraben. „Im militärischen Dienst musste der gemeine Mann die Natur des wilhelminischen Staates und seiner Organe nur zu intensiv beobachten“, urteilte etwa der vom Reichstag beauftragte Weltkriegshistoriker Martin Hobohm in einem lakonischen Rückblick. „Die Wirkung war revolutionierend. Das Heer schuf dem Staat seinen entscheidenden Feind: den empörten Soldaten.“<sup>40</sup> Zu erinnern wäre beispielsweise auch an den enormen Zuspruch, den die von der SPD initiierte und von der KPD aufgegriffene Kampagne „Kinderspeisung statt Panzerkreuzer“ im Jahr 1928 erfuhr, oder daran, dass Antimilitaristen wie Kurt Tucholsky, Erich Mühsam oder Carl von Ossietzky gerade auch unter Anhänger\*innen der politischen Linken ein hohes Ansehen genossen.

Solcher wichtiger Gegenbeispiele zum Trotz blieben sozialmilitaristische Tendenzen organisations- und parteiübergreifend virulent. Insbesondere in der Krisenphase der Weimarer Republik, in der das kulturelle Leben des Landes von einer regelrechten Flut militaristischer Bücher und Filme überschwemmt wurde, machten sich kritische Intellektuelle deshalb verstärkt Gedanken darüber, warum militärische Denk- und Umgangsformen auch an der Arbeiterklasse nicht spurlos vorübergingen. So hat z.B. der Sozialpsychologe Erich Fromm aus seiner zwischen 1929 und 1931 durchgeführten Pionierumfrage „Arbeiter und

39 Klönne, Arbeiterbewegung, S. 249.

40 Hobohm zit. nach Wolfgang Kruse: Krieg und Klassenheer. Zur Revolutionierung der deutschen Armee im Ersten Weltkrieg, in: Geschichte und Gesellschaft 4/1996, S. 533.

Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches“ den Schluss ziehen müssen, dass der Autoritarismus innerhalb der deutschen Arbeiterklasse trotz oberflächlich „radikaler“ Meinungen weitaus verbreiteter war, als die sozialistischen Arbeiterparteien (aber auch mit ihnen sympathisierende Intellektuelle wie er und seine Kollegen vom Frankfurter Institut für Sozialforschung) sich das bislang eingestehen mochten. „Zwar besaßen die linken Parteien die politische Treue und die Stimmen der großen Mehrheit der Arbeiter, aber es war ihnen im großen und ganzen nicht gelungen, die Persönlichkeitsstruktur ihrer Mitglieder so zu verändern, daß diese in kritischen Situationen verlässlich gewesen wären.“<sup>41</sup> Ein großer Prozentsatz von Arbeiter\*innen etwa hatte nichts gegen die Prügelstrafe einzuwenden und praktizierte sie auch gegenüber den eigenen Kindern.

Ähnlich wie Fromm hat der Freudomarxist Wilhelm Reich in seiner 1933 veröffentlichten „Massenpsychologie des Faschismus“ die durch die patriarchalische Familie vermittelte Triebunterdrückung als eine wichtige Reproduktionsinstanz der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung bezeichnet, als ihre „Struktur- und Ideologiefabrik“. <sup>42</sup> So sei die Sexualhemmung maßgeblich dafür verantwortlich, dass ökonomische Verelendung eben nicht zu sozialrevolutionärem Protest, sondern häufig genug zur Stabilisierung der herrschenden Ordnung führe. Immerhin verändere eine repressive Sexualmoral „den wirtschaftlich unterdrückten Menschen strukturell derart, dass er gegen sein materielles Interesse handelt, fühlt und denkt. Das ist gleichbedeutend mit ideologischer Angleichung an die Bourgeoisie.“<sup>43</sup> Reich in diesem Zusammenhang weiter:

„Die moralische Hemmung der natürlichen Geschlechtlichkeit des Kindes, deren letzte Etappe die schwere Beeinträchtigung der genitalen Sexualität des Kleinkindes ist, macht ängstlich, scheu, autoritätsfürchtig, gehorsam, im bürgerlichen Sinne brav und erziehbar; sie lahmt, weil nunmehr jede aggressive Regung mit schwerer Angst besetzt ist, die auflehrenden Kräfte im Menschen, setzt durch das sexuelle Denkverbot eine allgemeine Denkhemmung und Kritikunfähigkeit; kurz, ihr Ziel ist die Herstellung des an die privateigentümliche Ordnung angepassten, trotz Not und Erniedrigung sie duldenden Staatsbürgers. Als Vorstufe dazu durchläuft das Kind den autoritären Miniaturstaat der Familie, an deren Struktur sich das Kind zunächst anpassen muss, um später dem allgemeinen gesellschaftlichen Rahmen einordnungs-fähig zu sein.“<sup>44</sup>

41 Erich Fromm: Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches. Eine sozialpsychologische Untersuchung, Stuttgart 1980, S. 250.

42 Wilhelm Reich: Massenpsychologie des Faschismus. Zur Sexualökonomie der politischen Reaktion und zur proletarischen Sexualpolitik, Kopenhagen 1933, S. 50.

43 Ebenda, S. 54.

44 Ebenda, S. 50.

Auch der Rätekommunist Otto Rühle ging in seiner erstmals 1930 veröffentlichten „Kultur- und Sittengeschichte des Proletariats“ ausführlich auf jene gesellschaftlichen Instanzen ein, die zur autoritären Sozialisation von Arbeiter\*innen sowohl beitrugen als auch von ihr zehrten. Aufmerksamkeit widmete er u.a. dem Elternhaus, der Schule, der Fabrik und der Kaserne. So bekämen bereits die Arbeiterkinder in der Familie zu hören:

„Du bist klein, schwach, dumm, ungeschickt, unbrauchbar. In der Schule: Stillsitzen! Stumm sein! Abwarten bis man gefragt wird! Lernen, was aufgegeben ist! Hersagen, was gelernt ist! Nur das ist richtig, gut, wertvoll, brauchbar, was den Ansprüchen und dem Urteil des Lehrers genügt. In der Lehre: Aufpassen! Nachmachen! Nicht auf eigene Faust arbeiten wollen! Sich unterordnen! Maul halten! Lehrlinge müssen Prügel haben! Der Meister denkt für Dich! In der Gesellschaft: Arbeiten! Den Gesetzen gehorchen! Vor der Polizei kuschen! Sich an die Gebote der Kirche halten! Steuern zahlen! Das Vaterland lieben! Den König ehren! Bereit sein, sich im Kriege totschießen zu lassen! So ist die Masse des Proletariats herangewachsen.“<sup>45</sup>

Psychoanalytisch inspirierte Untersuchungen und Sittenbilder wie die erwähnten konstatierten Anfang der 1930er-Jahre übereinstimmend, dass sich die deutsche Arbeiterbewegung bei aller antimilitaristischen Rhetorik noch längst nicht von ihrem Untertanen-Erbe emanzipiert hatte. Eine autoritäre Erziehung, wie sie auch in vielen Familien der Arbeiterklasse praktiziert wurde, legte nach Einschätzung der zitierten Intellektuellen vielmehr wichtige Fundamente für die Funktionsfähigkeit des autoritären Staates und seiner Institutionen. Wer bereits in der Kindheit an Unterordnung, Disziplin und andere „preußische“ Tugenden gewöhnt wurde, fügte sich auch außerhalb der Familie leichter einem autoritären Regiment. Rosa Luxemburgs noch essayistisch formulierte Diagnose, der Militarismus stecke den deutschen Arbeitern als gewissermaßen einverleibter Zwang „im eigenen Nacken“, erfuhr durch die hellsichtigen Analysen von Fromm, Reich und Rühle eine theoretische Grundlegung und erhielt mit der kampflosen Kapitulation der Arbeiterorganisationen vor dem Faschismus im Jahr 1933 eine grausame Bestätigung. Antiautoritäre Kritik konnte überdies erklären, warum der Sozialmilitarismus auch innerhalb der Organisationskultur der Arbeiterbewegung fortwirkte.

Der Einwand, Sozialmilitarismus in der politischen Kultur sei der Weimarer Republik und dem Kaiserreich erst im Nachhinein, also unter dem Eindruck des Nazifaschismus attestiert worden, übergeht nicht nur diese Zeitdiagnosen,

45 Otto Rühle: Illustrierte Kultur- und Sittengeschichte des Proletariats. Bd. 2, Gießen 1977, S. 168.

sondern begnügt sich auch allzu leichtfertig mit dem Gegenargument, als (sozial-) militaristisch lasse sich beispielsweise das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold schon seiner sozialdemokratischen Orientierung wegen nicht charakterisieren.<sup>46</sup> Arbeiterbewegung und Militarismus schlossen sich eben nicht per definitionem aus. Sie griffen an vielen Stellen sogar so stark ineinander, dass von einer bloßen Interaktion ansonsten unverbundener Kräfte nicht mehr gesprochen werden konnte.<sup>47</sup> Wie auch die genannten Beispiele dokumentieren, war die Arbeiterbewegung eben keine von der bürgerlichen Gesellschaft durch Antimilitarismus strikt separierte Parallelwelt, sondern reproduzierte (durch die Brutalisierungswirkung des Ersten Weltkriegs noch einmal verstärkt) unbewusst oder wider besseres Wissen Denkmuster, Verhaltensweisen und Strukturen, die wie schon im Ersten Weltkrieg nicht der Arbeiteremanzipation nutzten, sondern dem Fortbestand des Obrigkeitsstaates.

<sup>46</sup> Für eine solche Lesart vgl. Benjamin Ziemann: *Veteranen der Republik. Kriegserinnerung und demokratische Politik 1918–1933*, Bonn 2014.

<sup>47</sup> Vgl. Malte Meyer: *Lieber tot als rot. Gewerkschaften und Militär in Deutschland seit 1914*, Münster 2017.

*Joachim Schröder*

## Arbeiterbewegung und Internationalismus nach dem Krieg: die alte und die neue Internationale

Als der Weltkrieg, der bis zu 13 Millionen Menschen<sup>1</sup> das Leben gekostet hatte, nach über vier Jahren durch die Kapitulation des Deutschen Reiches beendet war, war die Zweite Internationale, der vor 1914 für so mächtig gehaltene Zusammenschluss sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien, genauso handlungsunfähig wie während des Krieges.<sup>2</sup> Die ihr (noch) angehörenden Parteien standen einander teilweise feindlich gegenüber. In fast allen Ländern hatten aufgrund der umstrittenen Kriegspolitik Parteispaltungen stattgefunden, in manchen Ländern waren aus den oppositionellen Gruppierungen bereits neue Parteien hervorgegangen. Die einst so mächtig erscheinende Organisation der Internationale lag in Trümmern. War aber der Gedanke des Internationalismus, wie der italienische Journalist und Soziologe Marco d'Eramo anlässlich des 100. Jahrestages des Kriegsausbruchs behauptete, ebenfalls „im Grabenkrieg“<sup>3</sup> zu Tode gekommen?

Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs wurde in allen beteiligten Ländern von den jeweiligen Kriegsgegnern ähnlich interpretiert: als ein mehr oder weniger zwangsläufiges, der kapitalistischen Wirtschaftsform zuzurechnendes Ereignis. Die Idee, das Gemetzel etwa durch einen internationalen Streik zu beenden, so wie dies auf den Vorkriegskongressen der Zweiten Internationale vielfach erörtert worden war, war während der ganzen vier Jahre lebendig geblieben.<sup>4</sup> Ob

<sup>1</sup> Siehe Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich/Irina Renz (Hrsg.): *Enzyklopädie Erster Weltkrieg*, 2. Auflage, Paderborn 2014, S. 663.

<sup>2</sup> Zu ihrer Geschichte siehe u.a. Julius Braunthal: *Geschichte der Internationale*, 2 Bde., Hannover 1961–1963; Georges Haupt: *Der Kongreß fand nicht statt. Die Sozialistische Internationale 1914*, Wien u.a. 1967; Karl-Heinz Klär: *Der Zusammenbruch der II. Internationale*, Frankfurt/New York 1981, Robert Sigel: *Die Geschichte der Zweiten Internationale 1918–1923*, Frankfurt/New York 1986.

<sup>3</sup> Marco d'Eramo: *Das letzte Gefecht*, in: *taz*, 16.09.2014.

<sup>4</sup> Siehe zusammenfassend Joachim Schröder: *Internationalismus nach dem Krieg. Die Beziehungen zwischen deutschen und französischen Kommunisten 1918–1923*, Essen

bei den Streiks in Russland 1917, die zur ersten russischen Revolution führten, bei den Meutereien in Frankreich im Frühjahr 1917, bei den Januarstreiks 1918 in Deutschland und Österreich – immer gab es auch eine internationalistische Perspektive und Komponente: Die Hoffnung, die eigene Aktion würde auch auf die anderen kriegführenden Länder übergreifen, dem Krieg ein Ende bereiten und zu einer grundlegenden Änderung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse führen. Eine solche Perspektive war nicht in allen Ländern gleich stark verbreitet, überall war sie eine minoritäre Position, wie die mehrheitliche Unterstützung der Kriegsführung bewies. Aber sie war vorhanden. Und ebenso fand sich diese internationalistische Perspektive in den revolutionären Bewegungen, die in den Jahren 1918 bis 1920 mehrere europäische Länder erschütterten.

Schon mit dem „Dekret über den Frieden“, das die Bolschewiki nach ihrer Machtübernahme im Oktober 1917 erließen, in dem alle kriegführenden Länder zu Verhandlungen über einen „demokratischen und gerechten Frieden“ aufgefordert wurden, verbanden Lenin und die Bolschewiki die Erwartung, dass die enormen sozialen Spannungen in den kriegführenden Ländern früher oder später explodieren und zum Bürgerkrieg führen würden, sollten sie es wagen, diese Verhandlungen abzulehnen. Der russischen Revolution, die Lenin nur als *ein* – alleine nicht lebensfähiges – Element der Weltrevolution betrachtete, kam nach seiner Vorstellung die Funktion eines Funkens zu, der die Lunte in Brand stecken sollte.<sup>5</sup> Trotzki konkretisierte unmittelbar nach der Unterzeichnung des Waffenstillstands am 15. Dezember 1917 in seinem „Aufruf an die unterdrückten und erschöpften Völker Europas“: „Die Arbeiter und Soldaten müssen die Entscheidung über Krieg und Frieden den verbrecherischen Händen der Bourgeoisie entreißen und in ihre eigenen Hände nehmen. Wir haben das Recht, dies von Euch zu verlangen, denn wir haben dies in unserem eigenen Lande getan.“ Der Aufruf fand gehörigen Widerhall. Nur wenige Wochen später begannen die Januarstreiks in Österreich und in Deutschland, die der Historiker Arthur Rosenberg rückblickend als „Generalprobe“ für die Novemberrevolution bezeichnete.<sup>6</sup>

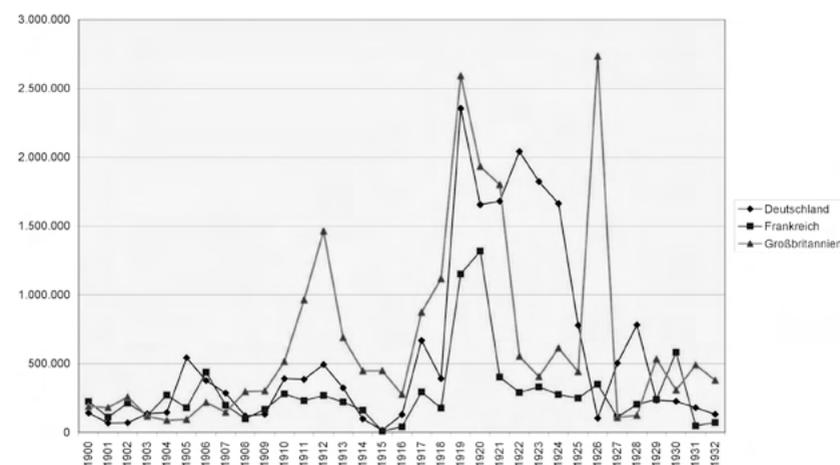
2008, S. 41-96. Die 1907 auf dem Stuttgarter Kongress angenommene und später bestätigte Resolution verpflichtete zum Widerstand gegen den drohenden Krieg und, sollte er dennoch ausbrechen, zum Kampf für die „Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft“. Die Wahl der Mittel wurde allerdings den Sektionen selbst überlassen. Besonders die SPD hatte sich aus Furcht vor Repressalien gegen die Verpflichtung zum politischen Streik gewandt.

5 Braunthal, Internationale, Bd. 2, S. 113. Folgendes zitiert nach: ebenda.

6 Arthur Rosenberg: Entstehung der Weimarer Republik, Frankfurt/M. 1961, S. 181. Siehe zu den Januarstreiks auch den Beitrag von Axel Weipert im vorliegenden Band.

Mit dem Ausbruch der Novemberrevolution in Deutschland wähten die Bolschewiki ihre bereits seit einem Jahr währende Isolation endlich durchbrochen. Auch in Österreich-Ungarn und Italien gäerte es, ebenso in einigen im Weltkrieg neutralen Ländern wie der Schweiz oder in Spanien. Selbst in den „Siegerländern“ Frankreich und Großbritannien kündigten sich nach vier Jahren Massensterben an der Front und verschärfter Ausbeutung in der Kriegswirtschaft Klassenkämpfe an. Alle genannten Länder erlebten nach dem Kriegsende mehr oder weniger schwere Wirtschaftskrisen.

### Teilnehmer/innen Streiks (1900–1932)



Die auf den damaligen Angaben des Internationalen Gewerkschaftsbundes basierende Statistik<sup>7</sup> über die in verschiedenen Ländern in den Jahren 1900 bis 1932 gezählten Teilnehmer an ökonomischen Streiks verdeutlicht dreierlei. Sie ruft zum einen in Erinnerung, dass es auch während des Krieges, trotz politischer Verfolgung, Zensur und Belagerungszustand, immer wieder zu Arbeitsniederlegungen kam. Sie belegt zweitens das erhebliche Anwachsen der Klassenkämpfe nach Beendigung des Krieges, d.h. nach Aufhebung oder Lockerung der teilweise unter Militärrecht gestellten Arbeitsverfassung in den kriegführenden Ländern. Sie zeigt drittens einen erstaunlich ähnlichen Kurvenverlauf, unabhängig davon, ob das Land als Sieger oder als Verlierer aus dem Krieg hervorgegangen war. Die

7 Grafik erstellt mit Angaben aus: Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung in Daten, Berlin 1986.

Folgen der Kriegswirtschaft betrafen in allen Ländern vor allem die besitzlosen Klassen. Der internationale Klassenkampf war 1918/19 eine Tatsache. Doch nicht nur wegen des herrschenden sozialen Elends hatte sich das bisherige System in den Augen gerade der besitzlosen Klassen diskreditiert. In den am Krieg beteiligten Ländern fragten sich die Menschen, wofür all die Opfer gebracht worden waren. Der syndikalistische französische Gewerkschafter Pierre Monatte etwa brachte es folgendermaßen auf den Punkt: „In unseren Reihen der Revoltierenden gibt es zahlreiche Männer und Frauen, und es werden immer mehr, die der kapitalistischen Gesellschaft niemals den Weltkrieg verzeihen werden, der ihre Kinder verschlungen hat. Wir wollen nicht vergeben und nicht vergessen.“<sup>8</sup>

Die Einschätzung Lenins, Trotzki und auch anderer radikaler Linker schien realistischer denn je: dass der „imperialistische Krieg“ durch den *internationalen Bürgerkrieg* abgelöst und in der Weltrevolution münden werde. Nur: Eine auf diese Situation vorbereitete sozialistische Internationale gab es nun eben nicht mehr. Die europäische Linke war gleich mehrfach gespalten. Das galt innerparteilich wegen der jeweiligen Haltung der Parteimehrheit zur Kriegspolitik der eigenen Regierung und auf internationaler Ebene wegen der Unterstützung der Kriegspolitik der jeweiligen Regierung, schließlich auch wegen der Haltung gegenüber der ersten sozialistischen Revolution, die im Oktober 1917 in Russland stattgefunden hatte. Die Versuche, die Zweite Internationale als Organisation wieder zu errichten, sie zu erneuern oder durch eine ganz neue Organisation zu ersetzen, soll im Folgenden skizziert werden. Keine Berücksichtigung finden kann hier die Entwicklung auf dem Gebiet der Gewerkschaften, auf dem die Konfliktlinien und Auseinandersetzungen ähnlich gelagert waren.<sup>9</sup>

### Die alte oder eine neue Internationale?

Dass es auch nach dem Weltkrieg eine Internationale geben sollte, war nicht umstritten. Strittig war, wer der Internationale angehören sollte und welche organisatorische Form sie sich in Zukunft geben sollte. Über alle Ländergrenzen hinweg konkurrierten dabei drei Modelle. Zunächst die Idee der Reaktivierung der Zweiten Internationale. Diese Position wurde in der Regel von den jeweiligen rechten Flügeln der sozialistischen Parteien bzw. den sozialistischen Parteien der

<sup>8</sup> La Vie Ouvrière, 22.06.1919.

<sup>9</sup> Siehe hierzu etwa Reiner Tosstorff: Profintern. Die Rote Gewerkschaftsinternationale 1920–1937, Paderborn u.a. 2004; Geert van Goethem: De Internationale van Amsterdam. De wereld van het Internationaal Vakbond (IVV), 1913–1945, Antwerpen 2003.

während des Krieges neutralen Länder sowie von der Mehrheitssozialdemokratie (MSPD) vertreten. Zweitens der Wiederaufbau und die gründliche Reformierung der Internationale. Für diese Option votierten vor allem die sozialistischen Parteien der ehemaligen Entente sowie ein großer Teil der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD). Schließlich drittens die Abtrennung von den als „Verrätern“ bezeichneten Anhängern der „alten“ Zweiten Internationale und Gründung einer neuen, kommunistischen (der Dritten) Internationale. Für diese Variante plädierten die jeweiligen linken Flügel der sozialistischen Parteien, in Deutschland auch Teile des linken Flügels der USPD, und die wenigen bereits existierenden kommunistischen Parteien.

Aus diesen drei Modellen kristallisierten sich im Verlauf der Jahre 1919 bis 1921 drei Internationales heraus: die Sozialistische Internationale, die Kommunistische Internationale (Komintern) und die zwischen diesen beiden stehende, von ihren Gegnern spöttisch als „2 ½. Internationale“ bezeichnete. Die Frage einer wie auch immer gearteten Reaktivierung oder Neugründung einer Internationale war eine brennende. Dies beweist auch der Wettlauf um die Abhaltung der ersten internationalen Konferenz nach dem Ende des Krieges. Schon im Januar 1919 wollten insbesondere Lenin und die Bolschewiki mit der Gründung einer kommunistischen Internationale Fakten schaffen und ein entsprechendes Aufbruchsignal setzen. Eine solche bestehe de facto ohnehin schon, so Lenin, allein die offizielle Gründung stehe noch aus. Sie drängten auf die Einberufung eines Gründungskongresses – doch dies verzögerte sich aus verschiedenen Gründen.<sup>10</sup> Stattdessen fand das erste offizielle Treffen der ehemaligen sozialistischen „Kriegsgegner“ Anfang Februar 1919 statt: auf der Internationalen Berner Sozialistenkonferenz.

### Die erste sozialistische Konferenz in Bern (3.–10. Februar 1919)

Die Zusammenkunft war ein historischer Moment, nach viereinhalb Jahren Massensterben auf den Schlachtfeldern und erbitterten gegenseitigen Polemiken. Nicht alle Parteien waren der Einladung des britischen Sozialisten Arthur Henderson gefolgt. So weigerten sich z.B. die belgischen Sozialisten, an einer Konferenz teilzunehmen, an der auch die deutsche Sozialdemokratie zugegen

<sup>10</sup> Siehe die Einleitung der ausgezeichneten Quellenedition: Wladislaw Hedeler/Alexander Vatlin (Hrsg.): Die Weltpartei aus Moskau. Der Gründungskongress der Kommunistischen Internationale 1919. Protokoll und neue Dokumente, Berlin 2008, v.a. S. XIII–XXXIV.

war. Die italienischen Sozialisten lehnten eine Teilnahme ebenfalls ab, weil sie nicht mit „Sozialpatrioten“ konferieren wollten – denn als solche stufte sie die Mehrheit der Teilnehmer der Berner Konferenz ein. Eine ähnliche Haltung nahmen die sozialdemokratischen Parteien Serbiens und der Schweiz ein. Vor allem fehlten namhafte Vertreter der radikalen Linken, insbesondere die Bolschewiki. Es kamen insgesamt 97 Vertreter aus 21 Ländern.<sup>11</sup>

Die Konferenz verfolgte mehrere Ziele. Es galt zum einen, den im August 1914 gerissenen Faden überhaupt wieder aufzunehmen. Zum anderen hatte im Januar 1919 in Versailles die Friedenskonferenz begonnen. Die Siegermächte, geführt von bürgerlichen Regierungen, verhandelten über die europäische Nachkriegsordnung und die sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Parteien befürchteten, dass imperialistische Interessen auf Seiten der Siegermächte zu ähnlich schwerwiegenden Friedensbedingungen führen würden wie im März 1918 in Brest-Litowsk. Demgegenüber sollte die Berner Konferenz das gemeinsame sozialistische Interesse an einer gerechten Friedensordnung demonstrieren und besonders die Friedensvorschläge des US-Präsidenten Wilson unterstützen. Die sozialistische Konferenz hatte aus propagandistischen Gründen in der Nähe von Versailles stattfinden sollen, aber dies war vom französischen Premierminister Georges Clemenceau aus Sicherheitsgründen untersagt worden.<sup>12</sup> Ausdrücklich sollte die Konferenz nicht dazu genutzt werden, die massiven Differenzen in der nationalen Kriegspolitik, die zum Zusammenbruch der Internationale geführt hatten, oder gar die Frage nach den Ursachen des Krieges zu erörtern. Die Initiatoren der Konferenz ahnten sicherlich voraus, dass gerade in diesen Fragen schwerlich Einigkeit erzielt werden konnte und versuchten so von vornherein, drohende Konflikte zu minimieren. Damit sollten sie allerdings die Tiefe des Risses unterschätzen, der seit dem August 1914 durch die organisierte europäische Arbeiterbewegung ging.

Beide Ziele wurden verfehlt. Die Konferenz geriet zu einem Zusammenstoß vor allem zwischen den deutschen Mehrheitssozialdemokraten und der französischen sozialistischen Partei (Section française de l'Internationale Ouvrière – SFIO). Die in über vier Kriegsjahren angestauten Feindseligkeiten machten sich

11 Zu Vorgeschichte und Ablauf der Konferenz, aber auch zu der weiteren Entwicklung der Zweiten Internationale siehe die sehr ergiebige Edition: Die II. Internationale 1918/1919: Protokolle, Memoranden, Berichte und Korrespondenzen. Hrsg., eingeleitet und kommentiert von Gerhard A. Ritter, Berlin 1980; Schröder, *Internationalismus*, S. 99-106.

12 Siehe Ritter, *II. Internationale*, Bd. I, S. 22-26. Über die Friedensverhandlungen in Versailles siehe Gerd Krumeich (Hrsg.): *Versailles 1919. Ziele – Wirkung – Wahrnehmung*, Essen 2001.

in unversöhnlichen und erhitzten Diskussionen über die jeweilige Rolle in der nationalen Kriegspolitik und über die Ursachen und den Charakter des Krieges Luft und zeigten deutlich die Gräben auf, die sich innerhalb der Internationale aufgetan hatten. Ohne die eigene Politik während der Kriegsjahre zu reflektieren, suchten beide Parteien lediglich ihr jeweiliges Verhalten im August 1914 und in der Folgezeit zu rechtfertigen. Beide Seiten hatten aus ihrer Sicht überzeugende Argumente für ihre Politik des Burgfriedens bzw. der *Union sacrée*, aber sie verstanden einander nicht.

Zum international gefeierten Redner der Konferenz wurde dagegen der bayerische Ministerpräsident der USPD, Kurt Eisner. Er rechnete unter starkem Beifall (besonders des rechten Flügels der SFIO) mit der Kriegspolitik der Mehrheitssozialdemokraten ab und präsentierte sich erfolgreich als Vertreter eines gewandelten, sozialistischen Deutschlands. Dies konnte er um so glaubhafter tun, weil er, im Gegensatz zu den führenden Funktionären der MSPD, vor der Revolution aufgrund seiner gegnerischen Einstellung zum Krieg im Gefängnis gesessen und seit dem November 1918 die Revolution in Bayern angeführt hatte. Zum Zeitpunkt der Konferenz war Eisner – wenn auch politisch nach der katastrophalen Wahlniederlage der USPD im Januar 1919 schwer angeschlagen – noch bayerischer Ministerpräsident.<sup>13</sup> Eisner schlug sogar vor, dass sich deutsche Arbeiter am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Frankreich beteiligen und somit zur Befriedung der nationalistisch verhetzten Völker beitragen sollten. In Deutschland stießen seine Reden auf Empörung, auch in der MSPD. Eisner selbst vertraute dem französischen Sozialisten Jean Longuet an, dass er mit dieser Rede sein Todesurteil unterzeichnet habe – knapp eine Woche nach seiner Rückkehr wurde Eisner von dem antisemitischen Studenten und Offizier Graf Arco hinterrücks ermordet.<sup>14</sup>

Auch die Mehrheitssozialdemokraten hatten versucht, sich als Vertreter eines neuen Deutschlands zu präsentieren. Doch dies gelang ihnen nicht: aufgrund der starren Verteidigung ihrer Kriegspolitik, vor allem aber wegen der jüngsten Ereignisse in Deutschland. Ihr Bündnis mit dem Militär, die blutige Niederschlagung der Unruhen in Berlin im Dezember 1918 und Januar 1919, die Ermordung von Liebknecht und Luxemburg, den internationalen Ikonen des Widerstands gegen den Krieg, all dies war im Ausland intensiv verfolgt worden. Die französischen Sozialisten etwa sahen in der MSPD nach wie vor die „Kaisersozialisten“, während

13 Siehe ausführlich Bernhard Grau: *Kurt Eisner 1867–1919. Eine Biographie*, München 2001.

14 Siehe Schröder, *Internationalismus*, S. 103-106.

sie der USPD, allen voran deren gemäßigten Vertretern wie Eduard Bernstein oder Karl Kautsky deutlich mehr Vertrauen entgegen brachten. Bernstein bemerkte in einem vertraulichen Bericht über seine Eindrücke auf der Konferenz:

„In den weitesten Kreisen des Auslandes ist die Meinung verbreitet, daß der politische Umschwung – die Revolution – in Deutschland nur eine äußerliche, die Form betreffende Wandlung sei [...]. Verschiedene Ernennungen, bestimmte Wendungen in offiziellen und halboffiziellen Reden und Erklärungen werden als Anzeichen dafür genommen, daß unter der Oberfläche der alte, imperialistische Geist fortwuchere und früher oder später mit womöglich verstärkter Kraft sich geltend machen werde.“<sup>15</sup>

Die in der Bewertung der Kriegspolitik herrschende fundamentale Zerrissenheit wurde allerdings durch das zweite große Thema der Konferenz zumindest etwas überdeckt: die Frage nach der Haltung zur russischen Revolution bzw. zur Frage: „Demokratie oder Diktatur“? Hier herrschte Einmütigkeit zwischen der MSPD und dem rechten Flügel der SFIO und selbst mit Unabhängigen Sozialdemokraten wie Kautsky, die unisono das bolschewistische Regime als autoritär und antidemokratisch verurteilten und ihm darüber hinaus jeden sozialistischen Charakter absprachen. Eine starke Minderheit (darunter vor allem Vertreter der SFIO) verhinderte allerdings eine gemeinsame Resolution des Kongresses, die die Bolschewiki verurteilen sollte. Sie gab eine Gegenerklärung ab, in der sie sich mit der russischen Revolution insgesamt solidarisierte, wenn auch nicht mit allen von den Bolschewiki praktizierten Methoden. Offiziell konstituieren konnte sich die Zweite Internationale aber nicht. Auch hiergegen leistete eine starke linke Minderheit Widerstand, die den Bolschewiki eine Rückkehr in die Internationale nicht komplett verbauen wollte.<sup>16</sup>

### Der Gründungskongress der Komintern (2.–6. März 1919 Moskau)

Nur wenige Wochen nach Bern tagte Anfang März 1919 die erste internationale kommunistische Konferenz, die tatsächlich erst im Nachhinein als Gründungskongress der Kommunistischen Internationale bezeichnet wurde. Tagungsort war Moskau, ihre Zusammensetzung war äußerst disparat. Die Konferenz zählte 52 Delegierte, darunter waren 40 Mitglieder der Bolschewiki. Unter den Teilnehmenden

15 Eindrücke und Beobachtungen im Anschluß an den Berner Internationalen Sozialistenkongreß von Eduard Bernstein, in: Ritter, II. Internationale, Bd. II, S. 830-833, hier: S. 830. Das Manuskript befindet sich im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes, der Adressat ist unbekannt.

16 Siehe Ritter, II. Internationale, Bd. I, S. 66, S. 507 (Resolution Brantning), S. 533 f. (Resolution Adler-Longuet); Braunthal, Internationale, Bd. 2, S. 172 f.

den befanden sich allerdings mehrere Angehörige ihrer ausländischen Sektionen, die sich schon vor 1918 in Russland aufgehalten hatten.<sup>17</sup> Wer von außerhalb zur Konferenz kam, hatte den beschwerlichen Weg über geschlossene Grenzen und durch Bürgerkriegsgebiete nur unter erheblichen Schwierigkeiten bewerkstelligt. Bis auf Hugo Eberlein (KPD) vertraten die ausländischen Delegierten bis dahin wenig einflussreiche Splitterorganisationen, viele verfügten über keine ausreichende Legitimation durch die Partei, der sie angehörten. Insofern fällt es tatsächlich schwer, hier bereits von einem „Kongress“ zu sprechen – dies konnte man erst beim nächsten Zusammentreffen der in der Kommunistischen Internationale vereinten Parteien im Juli und August 1920 in Petersburg und Moskau.<sup>18</sup>

Dennoch war dieses erste Treffen von zentraler Bedeutung für die weitere Entwicklung der Internationale insgesamt: Die Spaltung in einen kommunistischen und einen sozialdemokratisch/sozialistischen Teil wurde erstmals international manifest und war, wie sich zeigen sollte, auch nie wieder rückgängig zu machen. Aufgrund des Tagungsortes hatte die Konferenz zudem einen ungemein symbolischen Charakter. Moskau erschien und präsentierte sich als das Zentrum des „siegreichen Proletariats“, das sich trotz Bürgerkrieg und Intervention behauptete. Zu Ehren der Konferenz organisierten die Bolschewiki eine Militärparade: Leo Trotzki, Volkskommissar für das Militärwesen, ließ einen Teil der Moskauer Garnison der Roten Armee, mit internationalen und revolutionären Bannern geschmückt, an den Teilnehmern vorbeifilieren. Konferenzteilnehmer Eberlein (KPD) schwärmte später in der „Roten Fahne“ über diese neuartige militärische Formation:

„Die grauen, wohldisziplinierten und gut ausgerüsteten Kolonnen boten ein Bild, das seinesgleichen keine Vorgänger in der Geschichte hat: Die Armee des internationalen Proletariats. Nicht zur Verteidigung ihrer nationalen Sonderinteressen sind diese Männer bewaffnet, sondern zum Schutz der internationalen Interessen der Arbeiterklasse, zum endgültigen Sturz des Kapitalismus und zur Ermöglichung des freien kommunistischen Aufbaus!“<sup>19</sup>

17 Hedeler/Vatlin, Weltpartei, S. LVII, S. 329-385 (Portraits der Delegierten); Schröder, Internationalismus, S. 106-110. Zur Geschichte der Komintern siehe u.a. Pierre Broué: Histoire de l'Internationale Communiste, Paris 1997; Alexander Vatlin: Die Komintern: Gründung, Programmatik, Akteure, Berlin 2009; Serge Wolikow: L'Internationale communiste (1919-1943). Le Komintern ou le rêve déchu du parti mondial de la révolution, Iyry-sur-Seine 2010.

18 So Komintern-Präsident Gregorij Sinowjew, siehe: Der Zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale. Protokoll der Verhandlungen vom 19. Juli in Petrograd und vom 23. Juli bis 7. August 1920 in Moskau, Hamburg 1921, S. 237 (Sitzung vom 29. Juli).

19 Die Rote Fahne, 27.04.1919.

Die militärische Macht der Bolschewiki, wie auch die überaus symbolhafte Inbesitznahme aller Insignien der zarischen Macht – des Kreml, der Luxushotels, der Oper etc. – machten einen nachhaltigen Eindruck auf fast jeden ausländischen Besucher Moskaus. Auch ließ dieses Treffen bereits erkennen, was über Jahre hinaus für die kommunistische Weltbewegung kennzeichnend werden sollte: die Dominanz der Bolschewiki. Zwar war die Konferenzsprache deutsch, doch die Regie war eindeutig russisch. Diese Dominanz war zu diesem Zeitpunkt natürlich und ergab sich schon aus dem Veranstaltungsort, allein aus Sicherheitsgründen war kein anderer denkbar gewesen. Sie war allerdings noch nicht, wie Jahre später, in Stein gemeißelt. Die Teilnehmer der Konferenz gingen angesichts der zahlreichen Unruhen und krisenhaften Zuspitzungen in Europa davon aus, dass die Weltrevolution auf dem Vormarsch sei, und dass möglicherweise ein nächster Kongress bereits in Westeuropa, etwa in Deutschland, stattfinden könnte. Die Konferenz war demzufolge von einer starken Aufbruchstimmung beherrscht. Es wurden zahlreiche Berichte aus den einzelnen Ländern gehört und viele Resolutionen ohne größere Diskussion verabschiedet. Man wollte sich nicht zu lange mit endlosen Resolutionen aufhalten, wie der finnische Delegierte Otto Kuusinen anmerkte:

„Es gibt Misstrauen gegen solche Internationalen wie es die Zweite war, die wirklich nur Beschlüsse fasste, aber nicht nach diesen Beschlüssen handelte. Die III. Internationale wird in dieser Hinsicht ganz anders sein. Sie wird die Internationale der Tat, der revolutionären Tat, des Kampfes sein und nicht nur papierne Beschlüsse fassen.“<sup>20</sup>

Die *Internationale der Tat* – damit war das Selbstverständnis der neuen Organisation so kurz wie treffend umschrieben. In dem von Trotzki am 6. März 1919 auf der Konferenz verlesenen und später verabschiedeten Manifest hieß es denn auch:

„Wenn die Erste Internationale die künftige Entwicklung vorausgesehen und ihre Wege vorgezeichnet, wenn die Zweite Internationale Millionen Proletarier gesammelt und organisiert hat, so ist die Dritte Internationale die Internationale der offenen Massenaktion, der revolutionären Verwirklichung, die Internationale der Tat.“<sup>21</sup>

Verglichen mit den Verlautbarungen der Zweiten Internationale war für die neue *Internationale der Tat* eine deutlich radikalere und aggressivere Sprache charakteristisch, auch herrschte auf den Konferenzen zuweilen ein deutlich rauerer Umgangston. Dies war nicht nur auf den maßgeblichen Einfluss der Bolschewiki innerhalb der Komintern zurückzuführen, bei denen die auch persönliche Diffamierung

20 Hedeler/Vatlin, Weltpartei, S. 121 f.

21 Ebenda., S. 199.

und Herabsetzung politischer Gegner eine lange Tradition besaß – Lenin etwa bezeichnete sie in seinen Reden und Schriften als „Verräter“, „Agenten“ oder gar „Gelichter“. Es war kriegerisches Vokabular in einem kriegerischen Umfeld, verschärft durch die ideologischen Grabenkämpfe während des Ersten Weltkriegs, auf die Spitze getrieben im Existenzkampf der jungen Sowjetrepublik, in dem keine „lauen“ Kompromisse geduldet wurden. Die meisten der führenden Funktionäre der Komintern bzw. der entstehenden kommunistischen Parteien waren durch ihre Erfahrungen im Weltkrieg und die sich vielerorts anschließenden bürgerkriegsartigen Kämpfe gleichermaßen radikalisiert und um ein Vielfaches gewalt- und kampfbereiter, als es die Mitglieder der Vorkriegs-Internationale je gewesen waren.<sup>22</sup>

Das bald gebildete „Exekutivkomitee“ der Komintern (EKKI), das sich aus Vertretern der jeweiligen kommunistischen Parteien zusammensetzte, verstand sich dementsprechend als „Generalstab der Weltrevolution“.<sup>23</sup> Fast alles in der sich nun herausbildenden Organisation geschah in Abgrenzung von der „alten“, als ineffizient und verräterisch empfundenen Zweiten Internationale und orientierte sich an den revolutionären Erfahrungen der im Bürgerkrieg siegreichen Bolschewiki. Die Komintern war straff zentralistisch aufgebaut; auf Kongressen gefasste Beschlüsse waren fortan verbindlich umzusetzen; alle Parteien hatten zur Vorbereitung des Kampfes illegale, konspirative Organisationen aufzubauen; vor allem aber behielt sich das EKKI das Recht vor, in die Entwicklung der jeweiligen Parteien einzugreifen – nationale Autonomie sollte es innerhalb der kommunistischen Internationale nicht geben. Verkörpert waren all diese Prinzipien in den berühmten „21 Bedingungen“, beschlossen auf dem 2. Weltkongress im Juli 1920, die alle Parteien, die in die Komintern aufgenommen werden wollten, fortan anzuerkennen hatten.<sup>24</sup>

22 Schröder, Internationalismus, S. 115, S. 226-237. Auf die Bedeutung der Gewalterfahrung des Weltkriegs für Politik und Ideologie der Kommunisten verwies zuletzt auch Hermann Weber, verbunden allerdings mit der fraglichen Einschätzung, dass sie sich mit ihrem Bekenntnis zur Gewalt faktisch von „der Arbeiterbewegung“ getrennt hätten. Siehe ders.: Zum Verhältnis von Komintern, Sowjetstaat und KPD, in: Ders. u.a. (Hrsg.): Deutschland, Russland, Komintern. Bd. 1: Überblicke, Analysen, Diskussionen. Neue Perspektiven auf die Geschichte der KPD und die deutsch-russischen Beziehungen (1918–1943), Berlin 2015, S. 10-139, hier: S. 14.

23 Siehe Fridrich Firsov: Der „Stab der Weltrevolution“. Innenansichten, in: Wladislaw Hedeler/Mario Keßler/Gert Schäfer (Hrsg.): Ausblicke auf das vergangene Jahrhundert. Die Politik der internationalen Arbeiterbewegung von 1900 bis 2000, Hamburg 1996, S. 33-48.

24 Abdruck der 21 Bedingungen bei Hermann Weber: Die Kommunistische Internationale. Eine Dokumentation, Hannover 1966, S. 55-62. Zur Entstehungsgeschichte der von Lenin selbst formulierten Bedingungen siehe Broué, Histoire, S. 165-172.

Die faktische Aufhebung der nationalen Autonomie war sicherlich der fundamentalste Bruch mit den bisher geübten Traditionen der internationalen Arbeiterbewegung. Sie war auch sehr umstritten und es sollte einige Jahre dauern, bis sie von allen Sektionen akzeptiert wurde.<sup>25</sup> Vor allem führte die Diskussion um die Annahme in den jeweiligen Parteien zunächst zu den grundlegenden Parteispaltungen, die von den Urhebern der 21 Bedingungen auch genau so gewollt waren. Auf dem USPD-Parteitag von Halle im Oktober 1920 votierte der linke Flügel für die Annahme der Bedingungen, bald darauf vereinte er sich mit der KPD, wodurch diese erst zur Massenpartei wurde. In Frankreich stimmte die Parteimehrheit für die Annahme und benannte sich in „Section française de l'Internationale Communiste“ um, während die Minderheit als SFIO weiterexistierte.<sup>26</sup>

#### *Exkurs: Ein neuer Internationalismus der Tat?*

Praktischer Ausdruck des neuen Selbstverständnisses als „Internationale der Tat“ bzw. als „Generalstab der Weltrevolution“ war u.a. die Einführung des Instrukteur-Systems. Vom EKKI geschickt, sollten die Emissäre – oder Instrukteure – der Komintern die Umsetzung der jeweiligen Generallinie durchsetzen bzw. überwachen, in manchen Fällen dienten sie lediglich der Übermittlung von Informationen, Instruktionen, Geld usw. Die Instrukteure und Emissäre der Komintern stellten einen neuen Typus dar, den die Idee der Weltrevolution (deren organisatorischer Ausdruck die Komintern war), hervorgebracht hatte: den Typus des „ubiquitären, meist intellektuellen Revolutionärs [...], der sich in Japan, auf den Philippinen, in Mexiko, in China, Spanien oder Deutschland nur wenig unterschied.“<sup>27</sup> Er diente als Verbindungsglied zwischen dem „Generalstab“ der Revolution und den nationalen Sektionen, wurde aber auch an den revolutionären Brennpunkten der Welt eingesetzt, um die ins Stocken geratene Weltrevolution zu „organisieren“. Er war ein charakteristisches Produkt der „Internationale der Tat“.<sup>28</sup>

25 Gerade der 3. und 4. Weltkongress waren Schauplätze massiver Auseinandersetzungen, bei denen die Frage, in welchem Maß man sich der Komintern unterzuordnen habe, eine gewichtige Rolle spielte. Siehe neben den publizierten Protokollen Schröder, *Internationalismus*, S. 183-195.

26 Zusammenfassend siehe Broué, *Histoire*, S. 180-200.

27 Karl Schlögel: *Berlin, Ostbahnhof Europas. Russen und Deutsche in ihrem Jahrhundert*, Berlin 1998, S. 154.

28 Schröder, *Internationalismus*, S. 257-265 (mit zahlreichen weiteren Beispielen).

Im rasch wachsenden Apparat der Komintern wurde sogar eine eigene Abteilung eingerichtet, die „Abteilung für internationale Verbindungen“, die diese Missionen, die anfangs noch auf Initiative einzelner Spitzenfunktionäre der Komintern erfolgten, zentral steuerte.<sup>29</sup> Nach Frankreich wurde beispielsweise Anfang der 1920er Jahre der Schweizer Kommunist Jules Humbert-Droz entsandt. Nicht zufällig lautete sein Spitzname in der kommunistischen Partei Frankreichs, in der in dieser Zeit noch starke Strömungen vehement auf die nationale Autonomie der Partei pochten: „l'œil de Moscou“ („das Auge Moskaus“). Legendar ist die Wut des zeitweiligen KPD-Vorsitzenden Paul Levi auf die „Turkestaner“ in der Zentrale der KPD, die die Partei 1921 in das Fiasko der „Märzaktion“ getrieben hätten.<sup>30</sup>

Es wäre allerdings zu kurz gegriffen, das Instrukteur-System lediglich als typisches Instrument der immer stärker auf Kontrolle ihrer Sektionen bedachten Kominternführung zu interpretieren. Entwickelt hatte sich dieser neue „Internationalismus der Tat“ aus der besonders 1919 geübten Praxis, erfahrene revolutionäre Aktivisten aus Sowjetrußland in die Unruhezentren zu entsenden. Ein Beispiel unter vielen: Samuel Guralski, Mitglied des „Bundes“, während des Ersten Weltkriegs im Schweizer Exil, dann an der russischen Revolution aktiv beteiligt und Angehöriger des Revolutionären Komitees in Odessa, wurde Ende des Jahres 1919 nach Berlin geschickt und unter dem Pseudonym „August Kleine“ Mitglied der Zentrale der KPD. Er blieb auch nach der gescheiterten „Märzaktion“ 1921 und war bei den militärischen Vorbereitungen des „deutschen Oktober“ 1923 führend beteiligt. 1924 schickte ihn die Komintern nach Frankreich, wo er unter dem Decknamen „Lepetit“ in der französischen Parteiführung arbeitete und erfolgreich dabei half, den Einfluss der im PCF zu dieser Zeit noch zahlreichen Trotzki-Anhänger zu bekämpfen.<sup>31</sup> Nicht nur die Komintern entsandte ihre Vertreter in die Sektionen. Einige Parteien unterhielten zeitweise, besonders in politisch zugespitzten Situationen, „ständige Vertreter“ bei Bruderparteien (wie z.B. Franz Dahlem in Frankreich) – auch dies stellte eine neuartige Form des Internationalismus dar.<sup>32</sup>

29 „Otdel Meždunarodnoj Svazi“ (OMS). Siehe Branko Lazitch: *La Formation de la Section des Liaisons internationales du Komintern (OMS) 1921-1923*, in: *Communisme*, Nr. 4 (1982), S. 65-80. Geleitet wurde sie von Osip Pjatnickij, der vor 1917 mehrere Jahre im Exil verbracht hatte und über langjährige Erfahrungen in konspirativer Arbeit verfügte.

30 Siehe hierzu Schröder, *Internationalismus*, S. 255 f.

31 Der Sinowjew-Anhänger Guralski (geb. als Abraham Jakovlevic Haiphetz) fiel später in Ungnade, überlebte aber die Stalinschen „Säuberungen“. Siehe Mikhail Panteleiev: *Abraham Gouralski. Itinéraire d'un Kominternien*, in: *Communisme*, Nr. 53/54 (1998), S. 73-91.

32 Siehe Schröder, *Internationalismus*, S. 280-289.

Dass ausländische Aktivisten z.B. während der revolutionären Ereignisse 1918/19 in Deutschland bzw. den nachfolgenden revolutionären Unruhen gewichtige, teilweise führende Rollen spielen konnten, war nicht nur Ausdruck eines neuen Internationalismus, sondern eine direkte Folge der politischen Verfolgung und der Emigration, v. a. während des Weltkriegs. Leo Jogiches oder Karl Radek in der KPD sind nur die prominentesten Beispiele. Eugen Leviné, Teilnehmer der russischen Revolution 1905 und in den Augen seiner Gegner ein Prototyp des „russischen (bzw. jüdischen) Bolschewisten“,<sup>33</sup> war in Deutschland aufgewachsen und sogar seit 1913 deutscher Staatsbürger. Aktivist (insbesondere aus Russland), die aufgrund der politischen Verfolgung bzw. der Kriegsereignisse einen Teil ihrer politischen Karriere im Ausland verbracht hatten, waren in der kommunistischen Bewegung jedenfalls häufiger anzutreffen als in der Arbeiterbewegung vor 1914. Anders gesagt: polizeiliche Verfolgung, Krieg und Bürgerkrieg führten nicht nur zu einer Radikalisierung vieler Aktivisten, sondern trugen auch zu einer weiteren „Internationalisierung“ der Führungsspitzen ihrer Organisationen bei. Dies galt nicht nur im Hinblick auf deren theoretisch-politische Ausrichtung und Perspektive, die seit jeher internationalistisch war, sondern eben auch im Hinblick auf ihre personelle Zusammensetzung.

### Sozialistische Internationale und „Wiener Arbeitsgemeinschaft“ („Internationale 2 ½“)

Auf der Berner Konferenz hatte sich schon angedeutet, dass auch jenseits der nun abgespaltenen kommunistischen Bewegung keine Einigkeit herzustellen war. Dies bewiesen die folgenden Treffen der in Bern gebildeten Internationalen Kommission der sozialistischen Parteien, u.a. in Amsterdam und Luzern (April und August 1919), auf denen die reformistisch oder zentristisch orientierten Parteien erbittert um die zukünftige Internationale stritten. Parallel zur stärker werdenden revolutionären Krise in Europa verweigerten immer mehr zentristische Parteien die Mitarbeit in der Internationalen Kommission. Die größten unter ihnen, die SFIO, die USPD und die Independent Labour Party (ILP) nahmen

33 Zu Entstehung und Wirkung dieses wirkungsmächtigen Feindbildes siehe Joachim Schröder: Entstehung, Verbreitung und Transformation des Mythos vom „jüdischen Bolschewismus“, in: Gudrun Brockhaus (Hrsg.): Attraktion der NS-Bewegung, Essen 2014, S. 231-249, bes. S. 235 ff.

Beitrittsverhandlungen mit der Komintern auf, die sozialistischen Parteien Italiens, Bulgariens und Norwegens traten ihr bei.<sup>34</sup>

Schließlich spaltete sich die Internationale Anfang 1920 auch organisatorisch. Die in der Internationalen Kommission verbliebenen Parteien (SPD, Labour Party, die Parteien der Niederlande, Belgiens und der skandinavischen Länder) bildeten die nach ihrem Hauptsitz so benannte „Londoner Internationale“. Sie verstand sich als legitime Nachfolgerin der Zweiten Internationale. Die linken Flügel der zentristischen Parteien schlossen sich der Komintern an, wodurch überhaupt erst kommunistische Massenparteien außerhalb Sowjet-Russlands entstanden. Die nach den Spaltungen verbliebenen Rumpfparteien bzw. diejenigen, die sich keiner der beiden Seiten anschließen wollten, gründeten im Februar 1921 in Wien die „Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien“ – von Karl Radek spöttisch als „Internationale 2 ½“ bezeichnet.<sup>35</sup> Ihr gehörten neben der österreichischen und der Schweizer Sozialdemokratie die französischen, rumänischen und spanischen Sozialisten sowie die ILP an. Die Wiener Arbeitsgemeinschaft existierte nur knapp zwei Jahre. Sie bemühte sich, zwischen der Londoner Internationale und der Komintern zu vermitteln. Ein gemeinsames Treffen im April 1922 in Berlin scheiterte jedoch spektakulär. Die Gräben, die die Kriegspolitik und die revolutionären Nachkriegskämpfe gerissen hatten, waren unüberwindlich, trotz der seitens der Komintern zu dieser Zeit verfolgten „Einheitsfronttaktik“, die aber von der Londoner Internationale ohnehin als unaufrichtiges taktisches Manöver angesehen wurde.

### Die zementierte Spaltung

Die durch den „August 1914“ und ihre jeweilige Kriegspolitik im Ersten Weltkrieg hervorgerufene Spaltung fast aller sozialistischen Parteien verlief zunächst zwischen verschiedenen nationalen Organisationen aus den Nationen der sogenannten „Sieger“ und „Verlierer“. Dies zeigte das erste Aufeinandertreffen auf der internationalen sozialistischen Konferenz in Bern im Februar 1919. Gefangen im Kriegsschulddiskurs, waren die fundamentalen Brüche, die Kriegspropaganda und Nationalismus geschlagen hatten, kaum zu kaschieren. Noch höhere Bedeutung

34 Braunthal, Internationale, Bd. 2, S. 173-179; S. 186; S. 216-230 (Entwicklung Italien); Ritter, II. Internationale, Bd. I, S. 69-93.

35 Ritter, II. Internationale, Bd. I, S. 93-98; André Donneur: Histoire de l'Union des partis socialistes pour l'action internationale (1920-1923), Sudbury 1967; Herbert Steiner: Die Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien (II 1/2. Internationale) 1921-1923, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Jg. 33 (1991), H. 1, S. 13-24.

erlangte allerdings die transnational verlaufende Grenze zwischen Befürwortern und Gegnern einer revolutionären Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaften, so wie sie in Sowjetrußland praktiziert wurde. Organisatorischer Ausdruck dieser Spaltung war die Gründung radikaler, kommunistischer Parteien und ihr Zusammenschluss in der Dritten Internationale. Sie agierte fortan als „Stützpunkt der Weltrevolution“ von Moskau aus und vertrat im Gegensatz zu ihrer sozialdemokratischen Konkurrenz einen neuartigen „Internationalismus der Tat“.

Einen sozialistischen dritten Weg, wie ihn die Wiener Arbeitsgemeinschaft kurzzeitig anstrebte, hatte fortan nur noch wenig Chancen zwischen dem sich immer mehr verfestigenden revolutionär-kommunistischem Lager auf der einen Seite und dem sozialdemokratischem, der parlamentarischen Demokratie verpflichteten Lager auf der anderen – zumal die noch 1919/20 durchaus für möglich gehaltene Fortführung der Revolution ins Stocken geriet. Die revolutionäre Phase im Nachkriegseuropa war im Prinzip 1921 vorüber, spätestens jedoch 1923 nach dem gescheiterten „Deutschen Oktober“. Kurz nach dem Beginn der Ruhrbesetzung im Januar 1923, die die Gefahr eines neuen Krieges heraufbeschwor, vereinigten sich im Mai 1923 die Wiener und die Londoner Internationale endgültig zur Sozialistischen Arbeiterinternationale.

Die Bolschewiki siegten zwar im Bürgerkrieg, doch die Sowjetunion blieb fortan isoliert. Mit verhängnisvollen Folgen: Die Isolation war eine entscheidende Voraussetzung für den Aufstieg Stalins. Die Komintern, angetreten mit dem Anspruch, die Weltrevolution zu organisieren, entwickelte sich ab 1923 immer mehr zu einem Herrschaftsinstrument der Bolschewiki. Diejenigen Kräfte in den westeuropäischen kommunistischen Parteien, die diese Entwicklung nicht guthießen und die eine eigenständige Politik anstrebten, wurden nach und nach ausgeschaltet. Der Export der Weltrevolution, wie ihn die Komintern anstrebte, funktionierte nicht, wie das Scheitern kommunistischer Aufstände in Deutschland, China oder Brasilien zeigte. Lediglich in Spanien erlebte der kommunistische Internationalismus einen wenn auch kurzzeitigen (und ambivalenten) Erfolg. Im Grunde hatten die Kommunisten den Charakter des Internationalismus fundamental verändert: Vor 1914 hatte es geheißen, der Arbeiter habe „kein Vaterland“. Nun gab es die Sowjetunion, das „Vaterland der Werktätigen“, und die Pflicht eines jeden Kommunisten bestand fortan darin, dieses Vaterland bedingungslos zu verteidigen. Auf der anderen Seite verabschiedete sich die Sozialistische Internationale immer mehr von den sozialistischen Idealen der alten, Zweiten Internationale und bevorzugte – von der kurzen Volksfront-Periode in Frankreich und Spanien 1936 abgesehen – die Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien und das bürgerlich-parlamentarische System.

*Julian Nordhues*

## „Krieg dem Kriege“: Die kriegskritische Strategie Ernst Friedrichs in der Weimarer Republik

### Einleitung

Bei ihrer Bewertung und Deutung des Ersten Weltkriegs sahen sich kriegskritische Akteure mit gänzlich neuen (Gewalt-)Erfahrungen und deren Verarbeitung konfrontiert. Die Totalisierung eines von Massenheeren ausgetragenen technisierten Kriegs, die umfassende mediale Propaganda und die Einbeziehung der „Heimatfront“ erforderten eine neue Form der Artikulation und Präsentation von Kriegskritik.

In der politischen Kultur der Weimarer Republik wurde intensiv und kontrovers um die Deutung und Sinnggebung des Ersten Weltkriegs gestritten. Politische und gesellschaftliche Lager führten den „Weimarer Erinnerungskulturkampf“<sup>1</sup> in öffentlichen Medien wie Zeitungen, Periodika, Broschüren und offiziellen Dokumentensammlungen sowie auch in der Literatur oder in Bildbänden. Diese Auseinandersetzung war sowohl ein Kampf um Worte und Schlüsselbegriffe,<sup>2</sup> als auch um die Bildpolitik und das kollektive Bildgedächtnis.<sup>3</sup>

Das Fotobuch „Krieg dem Kriege“<sup>4</sup> 1924 herausgegeben vom Antimilitaristen und Anarchisten Ernst Friedrich, stellte einen der bedeutendsten Beiträge des kriegskritischen Lagers innerhalb dieser gesellschaftspolitischen Debatte dar.<sup>5</sup>

- 1 Markus Pöhlmann: Kriegsgeschichte und Geschichtspolitik: Der Erste Weltkrieg. Die amtliche deutsche Militärgeschichtsschreibung 1914–1956, Paderborn 2002, S. 248.
- 2 Siehe Thorsten Eitz/Isabelle Engelhardt: Diskursgeschichte der Weimarer Republik, Bd. 1, Hildesheim/Zürich/New York 2015, S. 22.
- 3 Siehe Gerhard Paul: Der Kampf um das „wahre Gesicht“ des Krieges. Der Erste Weltkrieg in der Bildpublizistik der Weimarer Republik, in: Diethart Kerbs/Walter Uka (Hrsg.): Fotografie und Bildpublizistik in der Weimarer Republik, Bönen 2004, S. 48-78, hier S. 54.
- 4 Ernst Friedrich: Krieg dem Kriege, Berlin 1924. 1926 erschien der zweite, bisher in der Forschung noch nicht ausreichend gewürdigte Band: Ernst Friedrich: Krieg dem Kriege, Bd. II, Berlin 1926.
- 5 „Krieg dem Kriege“ erlebt immer wieder Neuauflagen, zuletzt 2015 im Ch. Links Verlag, Berlin. Diese Ausgabe wird seit 2016 auch von der Bundeszentrale für politische

Heute ist es vor allem aufgrund der Fotografien von Soldaten mit schweren und schwersten Gesichtsverletzungen bekannt: Diese schockierenden Bilder, von Friedrich aus dem medizinischen Kontext entnommen,<sup>6</sup> stehen symbolhaft für den Schrecken des Ersten Weltkriegs. Und doch soll es im vorliegenden Artikel nicht vordergründig um diese „Kriegszermalnten“ und Friedrichs „visuelle Schockrhetorik“<sup>7</sup> gehen. „Krieg dem Kriege“ bildet ein sehr viel breiteres Themenspektrum ab und kann als kriegskulturelle und sozialhistorische Quelle gelesen werden.<sup>8</sup> In der Vehemenz der Kriegsanklage und der Ächtung des Militarismus durch Friedrich sieht Ulrich Linse eine Übereinstimmung mit dem pazifistisch-antimilitaristischen Engagement von Karl Kraus:

„Aber er [Ernst Friedrich, d. Verf.] legte auch, wie vielleicht neben ihm nur Karl Kraus, schmerzhaftes Zeugnis ab für ein 'krankes Volk': Statt Verdrängung des Gewesenen spielte er den Geburtshelfer bei der Anamnese des Vergessenen: Ebenso

---

Bildung in Bonn herausgegeben. 2014 erschien bei Spokesman Books, Nottingham, eine Neuauflage in englischer Sprache. In der Weimarer Republik umfasste die erste Auflage von 1924 10.000 Exemplare. In der Forschungsliteratur weichen die Angaben zur Zahl der abgesetzten Exemplare teils deutlich voneinander ab. Dora Apel spricht von 70.000 verkauften Exemplaren in den ersten Monaten nach Erscheinen, siehe Dora Apel: Cultural Battlegrounds. Weimar Photographic Narratives of War, in: *New German Critique*, 1999, Nr. 76, S. 49-84, hier S. 53. Die dem Verfasser vorliegende 8.–10. Auflage von „Krieg dem Kriege“ aus dem Jahr 1926 umfasste 36.000–50.000 Exemplare. Dies stimmt mit Astrid Deilmanns Angaben überein, die von einer Auflage mit insgesamt 50.000 Exemplaren bis 1930 spricht, siehe Astrid Deilmann: Grenzen des Darstellbaren in der Fotografie. Anmerkungen zu Ernst Friedrichs „Krieg dem Kriege!“ von 1924, in: Raoul Zühlke (Hrsg.): *Bildpropaganda im Ersten Weltkrieg*, Hamburg 2000, S. 397-430, hier S. 398. Wilfried Knauer weist auf die vom Internationalen Gewerkschaftsbund herausgegebene Kurzfassung beider Bände hin, die bis 1930 noch einmal über 50.000 Exemplare umfasst haben soll, siehe Wilfried Knauer: Ernst Friedrich, in: Helmut Donat/Karl Holl (Hrsg.): *Die Friedensbewegung. Organisierter Pazifismus in Deutschland, Österreich und in der Schweiz*, Düsseldorf 1983, S. 152-154, hier S. 153.

- 6 Siehe Annelie Ramsbrock: *Verwundete Gesichter, verhindertes Sehen. Medizinische Fotografien des Ersten Weltkriegs*, in: dies./Annette Vowinckel/Malte Zierenberg (Hrsg.): *Fotografien im 20. Jahrhundert. Verbreitung und Vermittlung*, Göttingen 2013, S. 175-201.
- 7 Siehe Astrid Wenger-Deilmann: *Die „Kriegszermalnten“*. Die visuelle Schockrhetorik des Antikriegsdiskurses, in: Gerhard Paul (Hrsg.): *Das Jahrhundert der Bilder. 1900 bis 1949*, Göttingen 2009, S. 308-315. Auch in neueren Publikationen zur visuellen Kultur des Weltkriegs und zu Kriegsphotografien liegt der Fokus in Bezug auf Friedrichs Buch auf den Gesichtsverletzten, siehe Gerhard Paul: *Das visuelle Zeitalter. Punkt und Pixel*, Göttingen 2016; Bernd Hüppauf: *Fotografie im Krieg*, Paderborn 2015.
- 8 Siehe Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich: *Wozu eine „Kulturgeschichte“ des Ersten Weltkriegs?*, in: Arnd Bauerkämper/Elise Julien (Hrsg.): *Durchhalten! Krieg und Gesellschaft im Vergleich 1914–1918*, Göttingen 2010, S. 31-53, hier S. 31.

wie Kraus ('Die letzten Tage der Menschheit' und 'Die Dritte Walpurgisnacht') entrollte Friedrich in 'Krieg dem Kriege' und 'Vom Friedensmuseum zur Hitlerkaserne' das Kolossalgemälde 'Die große Zeit' (Karl Kraus) in einem Tableau, das vom 1. Weltkrieg bis zur Vorgeschichte des 2. Weltkriegs reicht.“<sup>9</sup>

Ernst Friedrichs Wirken in der Weimarer Republik soll in diesem Beitrag vor allem entlang der in der Forschung bisher kaum behandelten regionalen und überregionalen Presserezeption dargestellt werden. Die Einbettung von Friedrichs Fotobuch „Krieg dem Kriege“ in sein Gesamtwirken in der Weimarer Republik ermöglicht einen Zugang, mit dem über bildwissenschaftliche oder fototheoretische Betrachtungen des Fotobuchs hinaus intermediale Themen- und Motivbezüge innerhalb des zeitgenössischen kriegskritischen Diskurses untersucht werden können.

### Politische Aktivitäten Ernst Friedrichs in der Weimarer Republik

Ernst Friedrich,<sup>10</sup> geboren am 25. Februar 1894 in Breslau, ist heute für sein Antikriegsbuch „Krieg dem Kriege“ von 1924 und den Aufbau des Berliner Antikriegsmuseums im Jahr 1925 bekannt. Um 1916 gehörte er der antimilitaristisch-revolutionären Jugend in Breslau an. Um dem Frontdienst zu entgehen, verübte er – nach eigener Aussage – einen Sabotageakt, kam dafür ins Gefängnis und wurde erst im Laufe der Novemberrevolution befreit:<sup>11</sup>

„Als auch ich auserkoren wurde den Mörderkittel anzuziehen, um gegen meine englischen und französischen Brüder zu kämpfen, als ich mich vor dem staatlich befohlenen Menschenmord nicht länger 'drücken' konnte, da war mir das Gefängnis sympathischer als das Schlachtfeld.“<sup>12</sup>

- 
- 9 Ulrich Linse: *Der unzeitgemäße Ernst Friedrich*, in: ders.: *Ernst Friedrich zum 10. Todestag*, in: *Europäische Ideen*, Heft 29, Berlin 1977, S. 1-3, hier S. 3.
- 10 Die aktuellste biografische Abhandlung über Ernst Friedrich findet sich in der Neuauflage von „Krieg dem Kriege“, siehe Tommy Spree/Patrick Oelze: *Ich kenne keine „Feinde“*. Zur Biografie Ernst Friedrichs (1894–1967), in: Ernst Friedrich: *Krieg dem Kriege*, Berlin 2015, S. XXXIX-LXXI. Weitere Angaben zu Friedrichs Biografie finden sich bei Ernst Friedrich: *Vom Friedensmuseum zur Hitlerkaserne*. Ein Tatsachenbericht über das Wirken von Ernst Friedrich und Adolf Hitler (1935), Berlin 1978; Linse, *Todestag*; Walther G. Oschilewski: *Auf den Flügeln der Freiheit*. Zur Sozial-, Kunst- und Literaturgeschichte Berlins, Berlin 1984; Ulrich Klemm: *Anarchisten als Pädagogen. Profile libertärer Pädagogik*, Frankfurt a.M. 2002.
- 11 Siehe Ernst Friedrich: *Festung Gollnow*, Berlin 1932, S. 141.
- 12 Ernst Friedrich: *Offener Brief an den Ozean-Flieger*, in: *Die Schwarze Fahne*, 1927, Nr. 20. Friedrich spricht in diesem Artikel weiter davon, dass er während seiner Gefängnisstrafe

In der Weimarer Republik erlangte Ernst Friedrich durch vielfältige politische Aktivitäten Bekanntheit und entwickelte dabei eine ganz eigene, bemerkenswerte mediale Strategie. Friedrich gründete mehrere Zeitungen, die antimilitaristisch-anarchistische Jugendbewegung „Freie Jugend“, die Arbeiterkunstaussstellung und das Anti-Kriegsmuseum, er vertrieb Bücher, Broschüren und Flugblätter, veranstaltete Ausstellungen, literarische Abende, Lichtbildvorträge und leitete einen Sprechchor.<sup>13</sup> Eigene Dichtungen von Friedrich wurden im noch neuen Medium Rundfunk übertragen.<sup>14</sup> Kurz gesagt: „Er ist ein Meister dessen, was man heute Crossmedia nennen würde.“<sup>15</sup> Bei all diesen Aktivitäten stand für ihn die Kinder- und Jugendarbeit im Sinne einer antimilitaristischen und gewaltfreien Erziehung im Vordergrund. „Friedrich versuchte, eine Gegenwelt gegen das wilhelminische Deutschland, das in vielem auch nach 1918 übermächtig präsent war, zu inszenieren.“<sup>16</sup>

Anfang der 1920er Jahre machte sich Ernst Friedrich, der in seiner Jugend eine Buchdruckerlehre abgebrochen hatte, um sich zum Schauspieler<sup>17</sup> ausbilden zu lassen, vor allem als Rezitator einen Namen. Die demokratische und linksliberale Berliner Presse kündigte regelmäßig Veranstaltungen an, auf denen Friedrich antimilitaristische und revolutionäre Texte und Gedichte vortrug. Insbesondere die „Berliner Volks-Zeitung“<sup>18</sup> (BVZ), aber auch das „Berliner Tageblatt“ und die „Weltbühne“ berichteten über Friedrichs Aktivitäten in Berlin. So beschrieb das „Berliner Tageblatt“ Friedrichs Auftritt bei der „Erich-Mühsam-Feier“ im September 1919: „Den Beschluß machte Ernst Friedrich, ein Rezitator mit

die „Mobilmachungsorder“ erhielt, nun aber aktiv den Kriegsdienst verweigerte. Ein Artikel der „Berliner Volks-Zeitung“ erwähnte 1924, dass Ernst Friedrich „von der Haft als Kriegsdienstverweigerer her magenleidend ist.“ Berliner Volks-Zeitung, 14.08.1924, Abendausgabe.

13 Siehe Berliner Volks-Zeitung, 08.01.1922, Morgenausgabe.

14 Siehe Berliner Volks-Zeitung, 12.11.1926, Morgenausgabe, Beilage „Illustrierte Haus- und Garten-Zeitung“.

15 Spree/Oelze: „Feinde“, S. LVIII.

16 Ernst Piper: Nacht über Europa. Kulturgeschichte des Ersten Weltkriegs, Berlin 2013, S. 472.

17 1914 debütierte Ernst Friedrich als Schauspieler zunächst in Breslau und wechselte kurze Zeit später an das Königlich-Preußische Hoftheater Potsdam. Anlässlich seines zehnjährigen Bühnenjubiläums 1924 trat Friedrich in Anton Wildgans' Stück „Armut“ auf, vgl.: Berliner Volks-Zeitung, 08.04.1924, Morgenausgabe.

18 Zur „Berliner Volks-Zeitung“ als „offenes und breitgefächertes Forum für linksliberale und radikaldemokratische Vorstellungen“ siehe Benjamin Ziemann: Veteranen der Republik. Kriegserinnerung und demokratische Politik 1918–1933, Bonn 2014, S. 34 f.

einem starken, metallischen Organ, das sich kräftig durchsetzt und doch zarte Antriegsamkeit besitzt.“<sup>19</sup> Friedrich sprach in der Folge auf Veranstaltungen wie dem Sommerfest des „Internationalen Bunds der Kriegsoffer“,<sup>20</sup> der Weihnachtsfeier des „Friedensbundes der Kriegsteilnehmer“,<sup>21</sup> auf Kundgebungen der Schulreformer,<sup>22</sup> zum Gedenken am Totensonntag<sup>23</sup> oder auf von ihm organisierten Kunstabenden<sup>24</sup> in der Berliner Stadthalle (Klosterstraße) oder im Anti-Kriegsmuseum, bei denen Friedrich Werke von Ernst Toller,<sup>25</sup> Erich Mühsam,<sup>26</sup> Kurt Tucholsky<sup>27</sup> und Karl Kraus<sup>28</sup> vortrug. Auch auf den großen „Nie wieder Krieg“-Demonstrationen sprach er, so am 31.07.1921 von der Freitreppe des Berliner Doms vor tausenden Menschen.<sup>29</sup> Die ausländische Presse registrierte Friedrichs Aktivitäten ebenfalls. In einem Porträt deutscher pazifistischer Organisationen nannte die Zeitung „Le Petit Parisien“ Ernst Friedrich im Zusammenhang mit seinem Engagement für die reformpädagogische und antimilitaristische Erziehung neben Ludwig Quidde, Siegfried Kawerau, Lydia Stöcker, Franz Hilker und Harry Graf Kessler.<sup>30</sup>

Sein Engagement brachte Friedrich im Laufe der 1920er Jahre viele Prozesse ein, beispielsweise wegen „öffentlicher Beschimpfung der Reichsfarben“,<sup>31</sup>

19 Berliner Tageblatt, 16.09.1919, Morgenausgabe.

20 Siehe Berliner Volks-Zeitung, 18.07.1920, Morgenausgabe, erstes Beiblatt.

21 Siehe Hamburger Anzeiger, 27.12.1921.

22 Siehe Berliner Tageblatt, 30.09.1921, Morgenausgabe.

23 Siehe Berliner Volks-Zeitung, 04.11.1922, Morgenausgabe.

24 Siehe Berliner Volks-Zeitung, 06.12.1921, Abendausgabe.

25 Ernst Friedrich las zum Beispiel aus Ernst Tollers Drama „Der deutsche Hinkemann“. Theateraufführungen des Stücks mussten teilweise unter Polizeischutz stattfinden, da Nationalsozialisten versuchten, diese zu stören. Bei Friedrichs Leseabend übernahm ein Arbeiterboxclub den Schutz der Veranstaltung: „Von Hakenkreuzstudentlein und Stahlhelmjüngern war demzufolge nichts zu sehen.“ Berliner Volks-Zeitung, 10.03.1924, Abendausgabe.

26 „Eine öffentliche Kundgebung für Freilassung des schwer erkrankten Dichters Erich Mühsam [...]. Es sprechen Frau Mühsam, die Gattin des gefangenen Dichters, und der Schriftsteller Ernst Friedrich.“ Berliner Tageblatt, 14.07.1924, Abendausgabe.

27 Siehe Die Weltbühne, 09.10.1928.

28 „Ernst Friedrich spricht am Sonntag, den 4. Oktober im Berliner Rathaus [...] ‘Die letzten Tage der Menschheit’ [...]“, in: Die Schwarze Fahne, 1925, Nr. 5.

29 Siehe Berliner Volks-Zeitung, 01.08.1921, Abendausgabe.

30 Siehe Le Petit Parisien, 02.05.1922.

31 Siehe Berliner Volks-Zeitung, 01.03.1923, Morgenausgabe. Friedrich wurde in diesem Prozess zu einer vierwöchigen Gefängnisstrafe verurteilt. Die „Berliner Volks-Zeitung“

„Gotteslästerung“<sup>32</sup> oder diverser Beleidigungen.<sup>33</sup> Im Juli 1926 wurden an einem Tag am selben Gericht gleich zwei Prozesse gegen ihn geführt: Vormittags musste sich Friedrich verantworten, weil er die Reichswehr in einem Flugblatt als „Mordbuben“ und „Mörder“<sup>34</sup> bezeichnet hatte, nachmittags folgte die Verhandlung einer Anklage wegen „Beschimpfung der katholischen Kirche“.<sup>35</sup> Finanzielle Notlagen für Friedrich und seine Familie durch die Prozesskosten und Haftstrafen waren die Folge. Die „Berliner Volks-Zeitung“ rief unter dem Titel „Ernst Friedrich in Not“ zu einer Einsendung von Spenden auf: „Wie wir erfahren, befindet sich Ernst Friedrich, der ausgezeichnete Sprecher revolutionärer Dichtungen und Leiter der tapferen Arbeiter-Kunstaussstellung, in der Gefahr des Verhungerns. Schnelle Hilfe tut Not!“<sup>36</sup> Auch die Eröffnung des Anti-Kriegsmuseums 1925 in der Berliner Parochialstraße 29 bedeutete ein finanzielles Risiko. Mehrere Male stand das Haus vor der Versteigerung, immer konnte es durch Freunde gerettet werden.

---

stellte in ihrem Artikel fest, dass „Reaktionäre“ die republikanische Staatsform in ähnlicher Weise beschimpften, „ohne dafür bestraft worden zu sein“.

32 Siehe Berliner Volks-Zeitung, 10.04.1926, Morgenausgabe; Berliner Volks-Zeitung, 30.06.1926, Abendausgabe.

33 Im März 1929 strengte der ehemalige Reichswehrminister Gustav Noske eine Beleidigungsklage gegen Ernst Friedrich an, da ihn Friedrich in seiner Zeitung „Die Schwarze Fahne“ als „Lump“ und „Schurke“ bezeichnet hatte. Friedrichs Rechtsanwalt Hans Litten lud als Zeugen und Sachverständige u. a. Wilhelm Herzog, Herausgeber der Zeitschrift „Forum“, und Emil Julius Gumbel, Verfasser des Buchs „Vier Jahre politischer Mord“, siehe Altonaer Nachrichten, 13.03.1929.

34 In dem Artikel „Der bewachte Kriegsschauplatz“ formulierte Kurt Tucholsky 1931: „Sagte ich: Mord? Natürlich Mord. Soldaten sind Mörder.“, Ignaz Wrobel [i.e. Kurt Tucholsky]: Der bewachte Kriegsschauplatz, in: Die Weltbühne, 04.08.1931.

35 Siehe Berliner Volks-Zeitung, 06.07.1926, Abendausgabe. Im Prozess wegen Beschimpfung der katholischen Kirche wurden Friedrich noch mildernde Umstände „wegen seiner politischen Unreife“ zugebilligt und das Urteil lautete auf drei Monate Gefängnis. Die Bezeichnung der Reichswehr als „Mörder“ endete mit einer Verurteilung Friedrichs zu sechs Monaten Gefängnis, siehe Berliner Börsenzeitung, 08.07.1927, Morgenausgabe.

36 Berliner Volks-Zeitung, 22.09.1923, Abendausgabe. Die Zeitschrift „Die Weltbühne“ setzte sich besonders seit Ende der 1920er Jahre für Friedrich ein. Nicht nur wurde regelmäßig auf seine Veranstaltungen hingewiesen, es wurde auch eine Spendenaktion, die „Antikriegsanleihe“, zur Rettung des Anti-Kriegsmuseums ins Leben gerufen, siehe Die Weltbühne, 23.12.1930; Die Weltbühne, 13.01.1931; Die Weltbühne, 08.09.1931. Durch die Auflistung der eingegangenen Spendenbeträge lässt sich erkennen, wie verbreitet Friedrichs Unterstützernetzwerk in Europa war. So kamen Spenden beispielsweise aus Schweden, Dänemark und den Niederlanden.

Nicht nur die demokratische und linke Presse verfolgte die Eröffnung dieses außergewöhnlichen Museums mit großem Interesse.<sup>37</sup> In seinen Erinnerungen an die zwanziger Jahre in Berlin notierte der Schriftsteller Max Fürst: „Wer kannte in jener Zeit in unserer Gegend nicht das Haus Parochialstraße 29 [...]. Das Friedensmuseum von Ernst Friedrich.“<sup>38</sup> Ein Besuch in Friedrichs Museum konnte besonders bei Jugendlichen und Kindern einen bleibenden Eindruck hinterlassen. Der Journalist und Zukunftsforscher Robert Jungk berichtet:

„Brüllend, lachend, singend stürmten wir in das bis auf eine Aufsichtsperson menschenleere Museum und verstummten. Denn unser Blick war auf ein großes gerahmtes Photo gefallen, aus dem ein schwarz-verkohelter Schädel uns anstarrte: das sterbliche Überbleibsel eines der von uns so verehrten Kampfpiloten der Richtofen-Staffel. [...] [D]ie Erinnerung an jene dunkle Fratze des abgeschossenen Fliegers hat alle anderen Bilder verdrängt. Sie ist für mich zum großen Warnzeichen an der Schwelle des eigenen Lebens geworden.“<sup>39</sup>

Die Bedrohungen und Verhaftungen Ernst Friedrichs nahmen weiter zu und im April 1930 wurde er wegen „des Verdachts der Beteiligung an hochverräterischen Umtrieben“<sup>40</sup> verhaftet. Es ging um den Druck und die Verteilung von „Zersetzungsschriften“, die angeblich zur „Einschmuggelung in Reichswehrkasernen bestimmt waren“.<sup>41</sup> „Friedrich hat, wahrscheinlich um sich über Wasser zu halten, für die kommunistische Partei die Druckaufträge übernommen“, berichtete der „Hamburger Anzeiger“.<sup>42</sup> Auch die internationale Presse<sup>43</sup> kommentierte Fried-

---

37 Das „Berliner Tageblatt“ berichtete ausführlich über die ausgestellten Exponate, siehe Berliner Tageblatt, 01.11.1925, Morgenausgabe; Berliner Volks-Zeitung, 09.10.1925, Abendausgabe; Franz Leschnitzer: Ein Anti-Kriegsmuseum, in: Die Weltbühne, 02.08.1927. In „Die Schwarze Fahne“ veranschaulichte Friedrich durch den Abdruck von Zitaten aus der „Deutschen Tageszeitung“ exemplarisch die Reaktion der rechten Presse. Die „Deutsche Tageszeitung“ bezeichnete das Museum als „öffentlichen Skandal“ und „Schamlosigkeit“. Das Ansehen Hindenburgs werde hier „in unerhörter Weise herabgesetzt“, da Friedrich eine Fotografie des Kaffee trinkenden Generals neben Aufnahmen Verstümelter ausstellte, siehe Die Schwarze Fahne, 1927, Nr. 19.

38 Max Fürst: Talisman Scheherezade. Die schwierigen zwanziger Jahre, München 1976, S. 335. Siehe auch die Lebenserinnerungen von Kurt Wafner: Ausgeschert aus Reih' und Glied. Mein Leben als Bücherfreund und Anarchist, Frankfurt a.M. 2001, S. 44 f.

39 Robert Jungk: Und wieder wird marschiert ..., in: Linse, Todestag, S. 39 f., hier S. 39.

40 Berliner Volks-Zeitung, 06.04.1930, Morgenausgabe.

41 Ebenda.

42 Hamburger Anzeiger, 08.04.1930.

43 Siehe Le Matin, 08.04.1930; Die estnische Zeitung „Kaja“ titelte „Saksamaal ei sallita patsifiste“ [Pazifisten werden in Deutschland nicht toleriert], Kaja, 09.04.1930.

richs Verhaftung.<sup>44</sup> In dem anschließenden Hochverratsprozess wurde Friedrich zu einem Jahr Festungshaft verurteilt.

Anfang der 1930er Jahre häuften sich die Angriffe von Nationalsozialisten auf Friedrich und das Anti-Kriegsmuseum. Mehrmals verprügelte ihn die SA und warf die Schaufensterscheiben des Museums ein. Aufgrund der Zuspitzung der Situation brachte Friedrich sein Archivmaterial, die Druckstöcke seiner Anti-kriegsbücher und die fotografischen Platten in Sicherheit, indem er das Material bei Freunden und Bekannten über alle Stadtteile Berlins verteilte. Nach dem Reichstagsbrand vom Februar 1933 kam Friedrich in sogenannte „Schutzhaft“, aus der er im September desselben Jahres entlassen wurde. Die SA hatte mittlerweile das Anti-Kriegsmuseum zerstört und nutzte es fortan als SA-Heim, in dem auch politische Gegner gefoltert wurden. Am 20. Dezember 1933 floh Ernst Friedrich mit seiner Frau Charlotte und den Kindern in die Tschechoslowakei.

### Fotografien und visuelle Quellen in Ernst Friedrichs antimilitaristischer Propaganda

Früher als andere kriegskritische Organisationen und Akteure integrierte Ernst Friedrich Fotografien und andere visuelle Quellen aus der Kriegszeit in seine öffentliche mediale Strategie, die das Grauen des Kriegs ungeschönt darstellten. 1921 rief Friedrich in der Petersburger Straße 39 die „Arbeiterkunstaussstellung“ ins Leben, in der unter anderem Ausstellungen von Käthe Kollwitz, Otto Nagel, Hans Baluschek und Paul Eickmeier präsentiert wurden. Diese Räumlichkeiten nutzte Friedrich auch für Leseabende und Lichtbildvorträge, auf denen Fotografien aus dem Ersten Weltkrieg gezeigt und von ihm kommentiert wurden.<sup>45</sup> Friedrich ließ 1921 eine antimilitaristische Broschüre mit Texten und Fotografien erstellen, die er als Agitationsmaterial bei der Einweihung eines Kriegerdenkmals in Hörlitz-Flur verteilte. Die nationalistisch eingestellten Teilnehmer mussten empört feststellen, dass die Broschüre, trotz der patriotischen Aufmachung

44 Der „Hamburgische Correspondent“ kritisierte unter dem Titel „Der Bratkartoffelrevolutionär“ – in Anspielung auf Friedrichs ärmliche Lebensumstände – die reißerische Berichterstattung um Friedrichs Verhaftung, siehe Hamburgischer Correspondent, 17.04.1930, Morgenausgabe.

45 Die „Berliner Film-Zeitung“, eine Beilage der Berliner Volks-Zeitung, schrieb am 31.07.1923 über einen der Lichtbildvorträge Friedrichs: „Ernst Friedrich sprach die begleitenden Worte zu den Lichtbildern, die furchtbar verstümmelte Kriegssopfer zeigten. Die voll besuchte Versammlung folgte den Ausführungen Friedrichs mit starker innerer Bewegung. Einige Störungsversuche rechtsorientierter Elemente wurden mühelos unterdrückt.“

(Überschrift: „Deutsche Helden“, schwarz-weiß-rote Umrandung, Abbildung eines Eisernen Kreuzes),<sup>46</sup> Aussagen wie „Das ganze Vaterland ist eine Lüge!“ und „Soldaten sind Mörder!“ enthielt und zudem Fotografien getöteter Soldaten zeigte.<sup>47</sup> Auch in den von ihm gegründeten Zeitschriften „Freie Jugend. Jugendschrift für herrschaftslosen Sozialismus“ und „Die Schwarze Fahne“<sup>48</sup> nahm die Bedeutung von Fotografien zu. Neben anarchistischen und antimilitaristischen Texten veröffentlichte Friedrich hier immer wieder Kriegsfotos, die „Krieg dem Kriege“ entstammten. Die Wirkung der Fotos aus „Krieg dem Kriege“ beschreibt der Pazifist Kurt Kretschmann:

„We were on friendly terms with a worker who owned the two volumes by Ernst Friedrich, *War on War*. [...] Once I saw these volumes – with some 250 photos and legends in three languages: German, French and English – I was so moved that from then on I opposed all war. I have felt the same ever since.“<sup>49</sup>

Friedrich wollte die Öffentlichkeit durch die Fotografien der toten und verstümmelten Soldaten, der Hingerichteten nebst ihren stolzen Henkern, der Vertriebenen und Geflüchteten mit der wenig glorreichen Seite des Kriegs konfrontieren. In der Ausstellung des Sächsischen Friedenskartells in Dresden wurden neben Werken von Otto Dix und Käthe Kollwitz auch stark vergrößerte Fotografien aus „Krieg dem Kriege“ gezeigt.<sup>50</sup>

Friedrich veröffentlichte die Fotos aber nicht nur in „Krieg dem Kriege“ und seinen Zeitungen, sondern auch im Anti-Kriegsmuseum. Besonders die Ausstellung im Schaufenster des Museums erregte das Missfallen der Berliner Polizei, die die Fotos mit den provokanten antimilitaristischen Bildunterschriften nach

46 Eine Reproduktion der Broschüre „Deutsche Helden“ findet sich in: Freie Jugend, 1921, Nr. 29-30.

47 Die „Berliner Volks-Zeitung“ berichtete in ihrer Abendausgabe vom 05.07.1921 unter der Überschrift „Ein Radikalinski“: „Der in Berlin sehr bekannte Anarchist Ernst Friedrich [...] hat jüngst von Bergarbeitern aus dem Braunkohlenrevier die Einladung erhalten, bei der Einweihung eines Kriegerdenkmals in Hörlitz-Flur zu sprechen. [...] Friedrich ließ unter anderem eine Broschüre verteilen, in der sich Abbildungen aus der ‘großen Zeit’ befanden, die damals nicht in die illustrierten Blätter gelangten, aber für die vaterlandsparteilichen Stammtischkrieger äußerst lehrreich gewesen wären, zum Beispiel wie auf einem Bretterwagen der Abtransport ins Massengrab erfolgt.“

48 Ausgaben der „Schwarzen Fahne“ in der Digitalen Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung: <http://library.fes.de/pdf-files/bibliothek/bestand/xx-00457/index.html> (letzte Sichtung: 09.09.2016).

49 Kurt Kretschmann: And you are still alive? A German pacifist remembers 1914–1949, in: The Iowa Review, 2001, Nr. 3, S. 1-25, hier S. 2.

50 Siehe Berliner Volks-Zeitung, 28.02.1928, Morgenausgabe.

kurzer Zeit herunterriss. Ähnlich erging es der Buchhandlung der „Königsberger Volkszeitung“. Nationalistische Gruppen protestierten gegen die öffentliche Ausstellung der Fotos und Zitate.<sup>51</sup> Der Leiter der sozialdemokratischen Buchhandlung erhielt eine Strafanzeige. Auch die Buchhandlung des bekannten Malik-Verlags musste ein Plakat mit Fotos aus „Krieg dem Kriege“ auf polizeiliche Weisung hin abhängen.<sup>52</sup>

### Tabubrüche in „Krieg dem Kriege“

„Ich trete heute an meine Leser mit einer Bitte heran.“ Mit dieser Einleitung beginnt Kurt Tucholskys Artikel „Waffe gegen den Krieg“ (1926) in der Zeitschrift „Die Weltbühne“. Es folgt eine Besprechung des Fotobuchs „Krieg dem Kriege“<sup>53</sup> von Ernst Friedrich:

„Die Fotografien der Schlachtfelder, dieser Abdeckereien des Krieges, die Fotografien der Kriegsverstümmelten gehören zu den fürchterlichsten Dokumenten, die mir jemals unter die Augen gekommen sind. Es gibt kein kriminalistisches Werk,

51 In Friedrichs Zeitschrift „Freie Jugend“ wird aus mehreren Artikeln der „Königsberger Volkszeitung“ zitiert, die den Vorfall dokumentierten. Besonders empörend empfand die nationalistische Presse an der Ausstellung der Fotos aus „Krieg dem Kriege“ im Schaufenster, dass sie mit dem Zitat von Paul von Hindenburg, „Der Krieg bekommt mir wie eine Badekur!“ versehen waren, siehe Freie Jugend, 1925, Nr. 3.

52 „Beamte der Abteilung Ia des Polizeipräsidiums haben gestern ein Schaufensterplakat der Malik-Buchhandlung, Köthener Straße 38, das aus Bilderausschnitten aus dem soeben erschienenen Buch Ernst Friedrich, 'Krieg dem Kriege', zusammengestellt war, entfernen lassen, unter Vorlegung eines schriftlichen Befehls, daß schreckenerregende Photographien von Kriegsverwundeten, die abstoßend auf das Publikum wirken könnten, und zu Ansammlungen und Verkehrsstörungen Anlaß geben, zu beseitigen sind.“ Siehe Berliner Volks-Zeitung, 30.09.1924, Abendausgabe.

53 Zu „Krieg dem Kriege“ im Allgemeinen siehe Deilmann, Grenzen, S. 397-430; Gabriele Forberg: „Krieg dem Kriege“. Wie man imperialistische Kriege fotografiert, in: Tendenzen, 1973, Nr. 86, S. 26-33; Gerd Krumeich: Ein einzigartiges Werk. Einführung zur Neuausgabe von „Krieg dem Kriege“, in: Ernst Friedrich: Krieg dem Kriege, S. VII-XXXVII. Zum Thema der „Schockfotografie“ siehe Annegret Jürgens-Kirchhoff: Schreckensbilder. Krieg und Kunst im 20. Jahrhundert, Berlin 1993, S. 241 ff.; Susan Sontag: Das Leiden anderer betrachten, 3. Aufl., Frankfurt a.M., 2010, S. 21 ff. Zum Vergleich von „Krieg dem Kriege“ mit anderen Fotobüchern siehe Apel: Battlegrounds, S. 49-84; Sandra Oster: Das Gesicht des Krieges. Der Erste Weltkrieg im Foto-Text-Buch der Weimarer Republik, in: Fotogeschichte, 2010, Nr. 116, S. 23-32. Zu den Fotografien der Gesichtsverletzten siehe Leo van Bergen/Heidi de Mare/Frans Meijman: From Goya to Afghanistan – an essay on the ratio and ethics of medical war pictures, in: Medicine, Conflict and Survival, 2010, Nr. 26, S. 124-144; Sabine Kienitz: Beschädigte Helden. Kriegsinvalidität und Körperbilder 1914–1923, Paderborn 2008, S. 11-29.

keine Publikation, die etwas Ähnliches an Grausamkeit, an letzter Wahrhaftigkeit, an Belehrung böte. [...] Denen, die mir so oft bejahend zugehört haben, lege ich nahe: Das Buch in einem oder mehreren Exemplaren zu kaufen und für seine Verbreitung zu sorgen.“<sup>54</sup>

Tucholskys Empfehlung bezieht sich auf den 1924 erschienenen ersten Band von „Krieg dem Kriege“. Herausgegeben im „Antikriegsjahr 1924“,<sup>55</sup> zeugt der kommentierte Bildband mit Fotografien, Abbildungen, Texten sowie Bildunterschriften von den Schrecken des Ersten Weltkriegs. Die Fotografien und Fotoserien sind häufig als Gegensatzpaare auf einer Doppelseite angeordnet – Karl Riha nennt dies die „Technik der Bilder-Kontrafaktur“<sup>56</sup> – und illustrieren den „Widerspruch zwischen Kriegspropaganda und Kriegswirklichkeit.“<sup>57</sup> Darstellungen von Flüchtlingsele, Hinrichtungen von Zivilisten durch Militärangehörige, verstümmelte tote Soldaten und Kriegsversehrte werden in der Absicht einer unmissverständlichen Ächtung des Kriegs miteinander in Beziehung gesetzt. Darüber hinaus klagt Friedrich die aus seiner Sicht Verantwortlichen und Profiteure des Kriegs an, indem er beispielsweise nationalchauvinistische Äußerungen gesellschaftlicher und militärischer Eliten zitiert und diese durch eigene provokative Kommentare oder durch Fotografien konterkariert.

Die Erfahrung des Kriegs stellte sich für die Öffentlichkeit an der „Heimatfront“ zwischen 1914 und 1918 vollständig medialisiert dar, als „eine von Propaganda überwucherte sprachliche und bildliche Inszenierung“.<sup>58</sup> Auch in der Nachkriegszeit dominierte noch die Bildpolitik der Kriegsjahre. Ernst Friedrich brach mit der „tradierten Ikonographie des Krieges“,<sup>59</sup> indem er mit seinem Fotobuch gleich mehrere Tabus verletzte.

Das Zeigen von Fotos Getöteter der eigenen Armee war in den Medien aller kriegführenden Nationen unüblich. Wurden Tote gezeigt, so gehörten diese der

54 Ignaz Wrobel [i.e. Kurt Tucholsky]: Waffe gegen den Krieg, in: Die Weltbühne, 23.02.1926.

55 Annegret Jürgens-Kirchhoff: Kunst gegen den Krieg im Antikriegsjahr 1924, in: Jost Dülffer/Gerd Krumeich (Hrsg.): Der verlorene Frieden. Politik und Kriegskultur nach 1918, Essen 2002, S. 287-310, hier S. 287.

56 Karl Riha: Den Krieg photographieren, in: Klaus Vondung (Hrsg.): Kriegserlebnis. Der Erste Weltkrieg in der literarischen Gestaltung und symbolischen Deutung der Nationen, Göttingen 1980, S. 146-162, hier S. 157.

57 Deilmann: Grenzen, S. 418.

58 Gerd Krumeich: Konjunkturen der Weltkriegserinnerung, in: Rainer Rother (Hrsg.): Der Erste Weltkrieg 1914–1918. Ereignis und Erinnerung, Berlin 2004, S. 68-73, hier S. 68.

59 Manuel Köppen: Das Entsetzen des Beobachters. Krieg und Medien im 19. und 20. Jahrhundert, Heidelberg 2005, S. 242.

gegnerischen Armee an. Nahaufnahmen, auf denen die Verstümmelungen der Soldaten der eigenen Armee zu sehen waren, gab es so gut wie keine. Mit „Krieg dem Kriege“ wurden diese Bilder von Toten, Schwerstverletzten und Massengräbern erstmals einem größeren Publikum zugänglich gemacht.

Ein weiterer Tabubruch, der das Buch zu einem radikalen Mahnmal des Kriegs mit weltweiter Bekanntheit machte, war das Zeigen schwerer und schwerster Gesichtsverletzungen.<sup>60</sup> Unter der Überschrift „Das Antlitz des Krieges“ versammelte Friedrich 24 Nahaufnahmen von Soldaten, deren Gesichter im Krieg entsetzlich entstellt wurden. Neben Künstlern wie Otto Dix und George Grosz machte Friedrich so auch auf das Leid der in Hospitälern von der Außenwelt abgeschotteten Verletzten aufmerksam und trug dazu bei, dass „[d]ie Figur des Kriegskrüppels [...] Teil einer neuen sozialen Ikonographie in der Kunst der zwanziger Jahre“<sup>61</sup> wurde. Für Friedrich wurde der zerstörte Mensch zum „Ankläger des Krieges“<sup>62</sup> und konnte so die „verkrüppelte Weltansicht von Militaristen und Reaktionären symbolisieren“.<sup>63</sup>

Das dritte Tabu betraf einen in den Anfangsjahren der Weimarer Republik besonders kritischen Punkt. Nicht nur, dass sich die Deutschen von alliierter Seite mit dem Vorwurf der „Schuld am Krieg“ konfrontiert sahen, Ernst Friedrich zeigte nun auch noch auf, dass sie „Schuld im Krieg“ auf sich geladen hatten.<sup>64</sup> Friedrich veröffentlichte Fotos, die verdeutlichen sollten, dass der Vorwurf der „deutschen Kriegsgräueltat“ keine reine Erfindung alliierter Propaganda war. Fotos zeigen beispielsweise „Belgische Deportierte, die gezwungen wurden, in deutschen Munitionsfabriken zu arbeiten“, verhungerte Kriegsgefangene im Massengrab aus einem Gefangenenlager unter deutscher Verwaltung,<sup>65</sup> eine „geschändete

60 In psychologischen Versuchen über den Zusammenhang von Adrenalin und Emotionen Anfang der 1930er in den USA wurden Testpersonen mit den schockierenden Fotos Schwerstgesichtsverletzter aus „Krieg dem Kriege“ konfrontiert, siehe Hadley Cantril: The Roles of the Situation and Adrenalin in the Induction of Emotion, in: The American Journal of Psychology, 1934, Nr. 4, S. 568-579, hier S. 569.

61 Kienitz, Helden, S. 13.

62 Karlheinz Lipp: Friedensinitiativen in der Geschichte, Herbolzheim 2002, S. 89.

63 Sven Reichardt: Gewalt, Körper, Politik. Paradoxien in der deutschen Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit, in: Wolfgang Hardtwig (Hrsg.): Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit 1918–1939, Göttingen 2005, S. 205-239, hier S. 215.

64 Siehe Alan Kramer: Versailles, deutsche Kriegsverbrechen und das Auslieferungsbegehren der Alliierten 1919/20, in: Wolfram Wetze/Gerd R. Ueberschär (Hrsg.): Kriegsverbrechen im 20. Jahrhundert, Darmstadt 2001, S. 72-84, hier S. 79.

65 Friedrich weist hier explizit auf die Behandlung russischer und rumänischer Kriegsgefangener hin. So starben 28,9 Prozent der rumänischen Gefangenen in deutscher Gefangen-

Frauenleiche“<sup>66</sup> und etliche Hinrichtungen von Zivilisten durch Angehörige der deutschen und österreichisch-ungarischen Armee.

### Visuelle Strategie im kriegskritischen Diskurs: Parallelen in Ernst Friedrichs „Krieg dem Kriege“ und Karl Kraus' „Die letzten Tage der Menschheit“

Die Fotografie ermöglichte der pazifistisch-antimilitaristischen Bewegung ab den 1920er Jahren die Entwicklung einer eigenen visuellen Strategie. Dabei standen die Ächtung des Kriegs, die Aufklärung über seine Ursachen und Gründe sowie der Angriff gegen die militaristische Konditionierung des Geistes im Vordergrund der kriegskritischen medialen Agitation. Mit der publizistischen Verbreitung pazifistisch-antimilitaristisch konnotierter Fotografien formierte sich in den Anfangsjahren der Weimarer Republik eine „visuell geprägte Gegenöffentlichkeit“.<sup>67</sup> Fotografien wurden allerdings erst durch Kontextualisierung und Resymbolisierung zu anklagenden und aufklärerischen Dokumenten. Neu arrangiert und mit Bildunterschriften und Texten versehen, sollten die Fotos die politische Einstellung des Autors repräsentieren und als „visuelle Stellungnahmen“<sup>68</sup> Eingang in die gesellschaftspolitische Debatte um die Deutung des Kriegs finden.<sup>69</sup>

Als Schlüssel für die Interpretation kriegskritischer visueller Darstellungen, insbesondere Fotografien, dienen der Kontext der präsentierten Fotos, die Begleittexte, die Gegenüberstellungen und Anordnungen.<sup>70</sup> Der Erfolg politischer Kampagnen hing entscheidend von der Fähigkeit der involvierten Akteure ab, erwünschte Themen, (Teil-)Diskurse, Motive und Symbole in textuellen und

schaft, siehe Alan Kramer: Combatants and Noncombatants: Atrocities, Massacres, and War Crimes, in: John Horne (Hrsg.): A Companion to World War I, Chichester 2010, S. 188-201, hier S. 193 f.

66 Zu diesem Foto siehe Dora Apel: „Heroes“ and „Whores“. The Politics of Gender in Weimar Antiwar Imagery, in: The Art Bulletin, 1997, Nr. 3, S. 366-384, hier S. 376 f.

67 Paul, Kampf, S. 54.

68 Anton Holzer: Die andere Front. Fotografie und Propaganda im Ersten Weltkrieg, Darmstadt 2007, S. 312.

69 Siehe Thomas F. Schneider: Narrating the war in pictures. German photo books on World War I and the construction of pictorial war narrations, in: Journal of War and Culture Studies, 2011, Nr. 1, S. 31-49, hier S. 33.

70 Siehe Nicolas Offenstadt: L'image contre la guerre. Autour d'Ernst Friedrich, in: Thérèse Blondet-Bisch (Hrsg.): Voir, ne pas voir la guerre. Histoire des représentations photographiques de la guerre, Paris 2001, S. 271-275, hier S. 275.

visuellen Medien zu etablieren und daraus abgeleitete Deutungsmuster in „symbolisch komprimierter Form abrufbar“<sup>71</sup> zu machen.

Für eine Kontextualisierung von „Krieg dem Kriege“ kann die Identifizierung von Parallelen in der Themen- und Motivsetzung einen ersten Schritt darstellen, um Friedrichs Fotobuch innerhalb eines erweiterten diskursiven Gefüges der Kriegskritik in der Weimarer Zeit zu untersuchen. So lassen sich nach Leo A. Lensing in „Krieg dem Kriege“ „einige frappierende Ähnlichkeiten mit den Wort- und Bildzitate in Kraus' Drama“<sup>72</sup> feststellen. In Karl Kraus' „Die letzten Tage der Menschheit“<sup>73</sup> stehen „Fotografien im strukturellen und thematischen Mittelpunkt.“<sup>74</sup> Kraus integrierte visuelle Dokumente textuell innerhalb der szenischen Handlung<sup>75</sup> und übertrug das Verfahren der Kontextualisierung von Textdokumenten auch auf Fotografien.<sup>76</sup>

Friedrich und Kraus setzten publizistisch-literarische Mittel wie die Satire, die Collagetechnik, die Bildkontrafaktur und die Foto-Text-Kombination ein, um die Mythen und Phrasen der Kriegs- und Nachkriegsgesellschaft zu desavouieren. Durch diese Entmystifizierung sollten die durch die Kriegspropaganda entstellte Sprache und die verharmlosende Bilderwelt des Kriegs eine Kontextualisierung im aufklärerisch-pazifistischen Sinn erfahren. Einzelne Beispiele thematischer Parallelen in Friedrichs „Krieg dem Kriege“ und Kraus' Antikriegsdrama „Die letzten Tage der Menschheit“ sollen im Folgenden erläutert werden.<sup>77</sup>

71 Wolfram Pyta: Die Privilegierung des Frontkämpfers gegenüber dem Feldmarschall. Zur Politikmächtigkeit literarischer Imagination des Ersten Weltkrieges in Deutschland, in: Ute Daniel/Inge Marszolek/Wolfram Pyta/Thomas Welskopp (Hrsg.): Politische Kultur und Medienwirklichkeit in den 1920er Jahren, München 2010, S. 147-180, hier S. 148.

72 Leo A. Lensing: „Lebensstarre“ – Bewegende Bilder. Fotografien und Film in Die letzten Tage der Menschheit von Karl Kraus, in: Fotogeschichte, 2010, Heft 115, S. 5-24, hier S. 23, Fn 34.

73 Karl Kraus: Die letzten Tage der Menschheit, Frankfurt a.M. 1986.

74 Lensing, „Lebensstarre“, S. 5.

75 Siehe ebenda; siehe auch Leo A. Lensing: „Photographischer Alldruck“ oder politische Fotomontage? Karl Kraus, Kurt Tucholsky und die satirischen Möglichkeiten der Fotografie, in: Zeitschrift für deutsche Philologie, 1988, Bd. 107, S. 556-571; ders.: „Kino-dramatisch“: Cinema in Karl Kraus' Die Fackel and Die letzten Tage der Menschheit, in: The German Quarterly, 1982, Nr. 4, S. 480-498.

76 Siehe Irina Djasemy: Die verfolgende Unschuld. Zur Geschichte des autoritären Charakters in der Darstellung von Karl Kraus, Wien 2011, S. 163.

77 Für eine erweiterte und ausführlichere Darstellung der Parallelen in der inhaltlichen Themen- und Motivsetzung siehe Julian Nordhues: Erster Weltkrieg und Pazifismus in den Anfangsjahren der Weimarer Republik. Dispositive in Ernst Friedrichs „Krieg dem

Vor allem die Beschreibungen von Hinrichtungsszenen bei Kraus weisen starke Bezüge zu Fotografien und den dazugehörigen Bildunterschriften in „Krieg dem Kriege“ auf.<sup>78</sup> Ernst Friedrich räumte dem Thema Hinrichtungen in seinem Fotobuch viel Platz ein. Allein 16 Fotografien zeigen Hinrichtungen am Galgen, auf vier Fotos sind Erschießungen oder die Leichen der Hingerichteten zu sehen. Die Fotos der Hinrichtungen in „Krieg dem Kriege“ zeigen den Krieg gegen die Zivilbevölkerung besonders in den von der österreichisch-ungarischen Armee besetzten Gebieten. Für den Vergleich mit Kraus' „Letzten Tagen“ sind vor allem zwei von Friedrich genannte Zahlen höchst interessant. Unter einem Hinrichtungsfoto stellt Friedrich zunächst fest: „Bei der österreichischen Armee wurden im Weltkrieg viele tausend Menschen durch den Galgen hingerichtet.“<sup>79</sup> Die gegenüberliegende Seite zeigt eine Hinrichtungsszene und ist untertitelt mit: „Allein bei der Armee des Erzherzogs Friedrich wurden 11 400 Galgen errichtet. (Nach einer andern Statistik: 36 000!)“. Diese Zahlen haben einen direkten Bezug zu den „Letzten Tagen“. Dort teilt die Figur des „Nörglers“ dem „Optimisten“ mit: „Bedenken Sie, daß unter dem Armeoberkommando des Erzherzogs Friedrich allein [...] 11.400, nach einer andern Version 36.000 Galgen errichtet worden sind.“<sup>80</sup> Die Wortwahl Friedrichs stimmt hier in auffälliger Weise mit der Kraus' überein und lässt auf eine direkte inhaltliche Referenz schließen.

Eine weitere Parallele einer Bildunterschrift in „Krieg dem Kriege“ zu einer Szene in den „Letzten Tagen“ betrifft den österreichischen General Pflanzer-Baltin. Ernst Friedrich untertitelt ein Foto getöteter Soldaten mit einem Zitat des Generals: „Ich werde schon meinen Leuten das Sterben lehren (Pflanzer-Baltin, österreichischer Armeeführer).“<sup>81</sup> In den „Letzten Tagen“ legt Karl Kraus dieses Zitat einem General in den Mund, der sich Pflanzer-Baltin zum Vorbild genommen hat: „Mein hohes Vorbild, Seine Exlenz Pflanzer-Baltin (*Hoch-Rufe*) hat das Wort geprägt: 'Ich werde schon meinen Leuten das Sterben lehren!' Dadrauf halte ich! Und was wolln denn die Leut eigentlich? Wolln s' denn ewig leben?“<sup>82</sup>

Kriege“ und Karl Kraus' „Die letzten Tage der Menschheit“, unveröffentlichte Magisterarbeit, Gießen 2013.

78 Siehe Holzer, Front, S. 254-258; Anton Holzer: Das Lächeln der Henker. Der unbekannte Krieg gegen die Zivilbevölkerung, Darmstadt 2008, S. 149.

79 Friedrich, Krieg, S. 134.

80 Kraus, Tage, S. 505.

81 Friedrich, Krieg, S. 106.

82 Kraus, Tage, S. 685.

Weitere inhaltliche Referenzen lassen sich an der Person des deutschen Kronprinzen Wilhelm zeigen. Dieser spielt sowohl in Kraus' „Letzten Tagen“ als auch Friedrichs „Krieg dem Kriege“ in verschiedenen Szenen beziehungsweise Foto-Text-Kombinationen eine Rolle. In den „Letzten Tagen“ tritt der Kronprinz in einer Szene auf, die während der Somme-Schlacht spielt. An einer Villa marschiert eine Kompanie Soldaten, „mit todesgefaßten Mienen“, vorbei, auf dem Weg zur Front. Der Kronprinz steht im Tennisanzug am Parktor, winkt den Soldaten mit dem Tennisschläger zu und spricht: „Machts brav!“<sup>83</sup> In „Krieg dem Kriege“ präsentiert Ernst Friedrich ein Foto des Kronprinzen, auf dem dieser auf einem Tennisplatz steht und einen Tennisschläger in der rechten Hand hält.

Die Untersuchung von „Krieg dem Kriege“ als Fotobuch und Dokument einer visuellen Strategie innerhalb des kriegskritischen Diskurses ist noch nicht abgeschlossen. Zu vielfältig sind Friedrichs inhaltliche Anspielungen, die sich besonders aus dem intermedialen Zusammenspiel zwischen den Fotografien und den begleitenden Texten und Bildunterschriften ergeben. Eine eingehendere Betrachtung des Gesamtwirkens Ernst Friedrichs und seines Personennetzwerks oder das Auffinden von thematischen und motivischen Parallelen in anderen zeitgenössischen kriegskritischen Werken können konkrete Einflüsse auf „Krieg dem Kriege“ aufzeigen und Friedrichs Kriegskritik sowie sein Fotobuch in einen größeren diskursiven Kontext stellen.

## Schluss

„Wie Kriege waren, das können weder schriftliche Zeugnisse noch Bilder oder Filme vermitteln, aber sie zeigen, wie Kriege gesehen wurden“,<sup>84</sup> schreibt Manuel Köppen in seiner Studie „Das Entsetzen des Beobachters“. Die Darstellungen in Ernst Friedrichs „Krieg dem Kriege“ basieren auf pazifistisch-antimilitaristischer Kritik, die sich in der Auswahl der Themen und Motive sowie der Gesamtumsetzung widerspiegelt. Friedrich wählte für seine politische Agitation

83 Kraus, Tage, S. 413. Kraus ergänzte diese Szene für die im Unterschied zur sogenannten Aktausgabe um 47 Szenen erweiterte Buchversion (1922) der „Letzten Tage“. Die Aktausgabe der „Letzten Tage“ erschien von Dezember 1918 bis September 1919 in vier Sonderheften in Kraus' Zeitschrift „Die Fackel“. Bei der Konzeption der Szene könnte sich Kraus an einem Artikel von Hans Glenk [i.e. Martha-Maria Gehrke] in der „Weltbühne“ vom 16.09.1920 orientiert haben. Hier wird beschrieben, wie „den todesgefaßt Marschierenden, der Kronprinz, der, im Tennisanzug, an ein Parktor kam, mit dem Racket ein leutseliges: 'Machts brav!' zuwinkte ...“.

84 Köppen, Entsetzen, S. 1.

und kriegskritische Strategie die stärksten Bilder. Damit sind nicht nur Fotos gemeint, sondern Kombinationen aus Fotografie und Text, die ganz spezifische kriegskritische Themen und Motive adressieren. Alle Elemente und inhaltlichen Aussagen des Werks „Krieg dem Kriege“ sind eminent politisch und als solche Teil gesellschaftlicher Diskurse und Gegendiskurse um die Deutung, Sinngebung und Erinnerung des Ersten Weltkriegs.

Gerade der Sarkasmus der Bildunterschriften bei Ernst Friedrich, in denen Zitate der Mächtigen und der vermeintlichen Kriegshelden mit dem Medium der Fotografie kontrastiert werden, brachte die politische Rechte auf. In seiner Zeitschrift „Freie Jugend“ dokumentierte Friedrich etliche wütende Zeitungsartikel und Leserzuschriften. So stellte „Krieg dem Kriege“ nach Ansicht des „Präsidiums des Bayerischen Kriegerbundes“

„die bodenloseste niederträchtigste Verleumdung der alten Armee dar und verfolgt durch gemeintendenziöse Gegenüber- und Zusammenstellung von manchen vielleicht echten Bildern und den beigegebenen Texten die Absicht, die alte Armee herabzusetzen und einzelne Persönlichkeiten derselben verächtlich zu machen.“<sup>85</sup>

An den Reaktionen der nationalistischen Presse und Verbände lässt sich erkennen, dass die Fotografien von Tod und Verletzung in „Krieg dem Kriege“ kaum Empörung hervorriefen. Die visuelle Präsentation des Kriegstods konnte im rechten Männlichkeitsdiskurs um Stärke und die Wiederauferstehung der Nation integriert werden. In Fotobüchern rechter Autoren wie Ernst Jünger, Hermann Rex oder Franz Schauwecker wurden tote Soldaten ungeschönt gezeigt. Der Unterschied zu Friedrichs Buch lag in der Aussage der Bildunterschriften und dem Arrangement der Fotografien. Friedrichs Provokation gegen die politische Rechte lag in seinem Angriff gegen die „Ehre“. Er bildete die „Helden“ mit ihren irrwitzigen und entlarvenden Aussprüchen ab, die Weltkriegsgeneräle, Fliegerhelden, Monarchen und Etappenoffiziere wurden mit sarkastischen Bildunterschriften und Fotos der Kriegsgeschehnisse konfrontiert. Einen Berg toter Soldaten kommentierte Friedrich mit „abgeschlachtete Proletarier“, Hermann Rex untertitelte die glei-

85 Freie Jugend, 1925, Nr. 3. Ernst Friedrich druckte in dieser Ausgabe der „Freien Jugend“ zudem Artikel aus der sozialdemokratischen „Königsberger Volkszeitung“ ab, die sich mit den Reaktionen politisch rechts stehender Königsberger Zeitungen wie beispielsweise der „Ostpreußischen Zeitung“ auseinandersetzten. Die „Anpöbelung Hindenburgs“ durch das „Badekur“-Zitat in „Krieg dem Kriege“ wurde in diesen Blättern besonders stark kritisiert, siehe auch Anmerkung 52.

che Fotografie in seinem 1926 erschienenen Fotobuch „Der Weltkrieg in seiner rauhen Wirklichkeit“ mit „deutsche Heldensöhne“.<sup>86</sup>

„Krieg dem Kriege“ ist nicht allein eine bebilderte Anklage gegen den Ersten Weltkrieg. Friedrichs Techniken der Dekonstruktion und Kontextualisierung von textuellem und visuellem Medienmaterial sollten es erlauben, ihn in die Tradition Karl Kraus' zu stellen.<sup>87</sup> Beide kritisierten ganz bewusst das eigene Land und entwarfen eine Charakteristik von Opfern und Tätern in der Kriegsgesellschaft. Die verfremdeten, satirisch zugespitzten und teilweise surrealen Szenen aus den „Letzten Tagen“ sollten nicht darüber hinweg täuschen, dass in dem Drama reale Personen angeklagt wurden und Kraus als einer der Ersten die Kriegsverbrechen der Mittelmächte publizistisch verarbeitete. Schon Walter Benjamin merkte an, dass die Reduzierung Kraus' auf seine satirische Bedeutung dazu führen könne, ihn „auf dieses tote Gleis [...] abzuschieben, um sein Werk dem großen Speicher literarischer Konsumgüter einverleiben zu können“.<sup>88</sup> Folgt man Ekkehart Krippendorffs Interpretation der „Letzten Tage“ als politisches Werk,<sup>89</sup> so ist zu erkennen, dass Kraus' satirisch geführte Kritik am militärischen Prinzip im Endpunkt auf die Denunziation des staatlichen Gewaltcharakters abzielte. Kraus' Drama bewahrt „das Gedächtnis an eine historische Wahrheit, die unter dem Vorwand von ‚Objektivität‘ und ‚Ausgewogenheit‘ verdrängt wird.“<sup>90</sup>

Ähnliches gilt für Ernst Friedrichs „Krieg dem Kriege“: Eine Interpretation unter dem Schlagwort der „Schockrhetorik“ oder die Fokussierung auf eine Debatte um die Authentizität von (Krieg-)Fotografien verkennt zu einem großen Teil das aufklärerische Potenzial des Buchs als ein Dokument der Kriegs- und Herrschaftskritik der Weimarer Republik. Was Friedrich mit „Krieg dem Kriege“ gelang – und hierin liegt der eigentliche „Skandal“ – war die Verbreitung eines subversiven Buchs gegen die Enthumanisierung und das Antizivilisatorische des Kriegs, gegen Autoritarismus und die Normierung des Denkens.

86 Die von Friedrich und Rex reproduzierte Fotografie erschien bereits während des Kriegs in der französischen Zeitschrift „Le Miroir“, siehe Le Miroir, 19.03.1916.

87 Siehe Paul, Zeitalter, S. 192 f.

88 Walter Benjamin: Karl Kraus, in: ders.: Gesammelte Werke, hrsg. von Rolf Tiedemann/Hermann Schweppenhäuser, Bd. II/1, Frankfurt a.M. 1977, S. 334-367, hier S. 354.

89 Ekkehart Krippendorff: Politische Interpretationen. Shakespeare, Stendhal, Balzac, Wagner, Hašek, Kafka, Kraus, Frankfurt a.M. 1990, S. 141-177.

90 Djasemy, Unschuld, S. 164.

## Die Herausgeber

*Axel Weipert*, Dr., geb. 1980, studierte Neuere Geschichte und Philosophie an der Humboldt Universität Berlin und promovierte in Geschichte an der Freien Universität Berlin. Seine Arbeitsschwerpunkte sind die deutsche und Berliner Arbeiterbewegung, der Erste Weltkrieg sowie die Demokratisierung in historischer Perspektive. Er ist Redakteur von „Arbeit–Bewegung–Geschichte. Zeitschrift für historische Studien“ und Vorstand des „Fördervereins für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.“ 2013 erschien seine Monografie „Das Rote Berlin. Eine Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung 1830–1934“, 2015 seine Dissertation „Die Zweite Revolution. Rätebewegung in Berlin 1919/1920“. Er ist Herausgeber des Bandes „Demokratisierung von Wirtschaft und Staat. Studien zum Verhältnis von Ökonomie, Staat und Demokratie vom 19. Jahrhundert bis heute“ (2014) und Mitherausgeber von „Historische Interventionen. Festschrift für Wolfgang Wippermann zum 70. Geburtstag“ (2015).

*Salvador Oberhaus*, Dr., geb. 1975, ist Referent für kommunalpolitische Bildung bei der Rosa Luxemburg Stiftung, studierte Geschichte und Politikwissenschaft an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf und wurde dort im Jahr 2007 zum Thema «<Zum wilden Aufstande entflammen> Die deutsche Ägyptenpolitik 1914–1918. Ein Beitrag zur Propagandageschichte des Ersten Weltkrieges» promoviert. Arbeitsschwerpunkte: Europäischer Imperialismus, Erster Weltkrieg, Weimarer Republik, Arbeiter/innenbewegung, Nahostkonflikt, Geschichtspolitik und Geschichtsvermittlung in den Medien. Zuletzt erschien von ihm: „The Kaiser's Spy? “ Max von Oppenheim und der „Djihad – Made in Germany“. Die deutsche Propagandastrategie für den Orient im Ersten Weltkrieg an der Schnittstelle zwischen Informationskontrolle und Spionage, in: Lisa Medrow, Daniel Münzner, Robert Radu (Hg.): Kampf um Wissen. Spionage, Geheimhaltung und Öffentlichkeit 1870-1940, Paderborn 2015.

*Detlef Nakath*, Dr. sc. phil., geb. 1949, Hochschuldozent, Mitglied der Leibniz-Sozietät, studierte Geschichte und Völkerrecht an der Humboldt-Universität, Lehrtätigkeit als Assistent, Oberassistent und Dozent auf dem Gebiet der Zeitgeschichte an der Humboldt-Universität. 1994 bis 2000 Arbeit an zwei Forschungsprojekten der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), von 2002 bis 2006 wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Helle Panke e.V., von 2006 bis 2015 Geschäftsführer der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg, Mitglied des Vorstandes der Rosa-Luxemburg-Stiftung seit 2014. Er ist Autor bzw. Herausgeber zahlreicher Bücher, Tagungsbände und weiterer Publikationen, darunter die Monographie „Deutsch-deutsche Grundlagen“ (2002), mehrerer Dokumentenbände zur Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen (1995-1999), des Protokollbandes des Sonderparteitages der SED/PDS im Dezember 1989 (1999) sowie der Handbücher „Die SED“ (1997), „Parteien und

Organisationen in der DDR“ (2002) und „Deutsche Zeitgeschichte von 1945 bis 2000“. (2006).

*Bernd Hüttner*, geb. 1966, Politikwissenschaftler, Referent für Zeitgeschichte und Geschichtspolitik der Rosa Luxemburg Stiftung, Koordinator des Gesprächskreises Geschichte der RLS seit dessen Gründung 2006. Gründer des Archivs der sozialen Bewegungen Bremen. Interessengebiete: Geschichte und Geschichtsschreibung der neuen sozialen Bewegungen und der undogmatischen Linken, freie Archive der sozialen Bewegungen, künstlerische Avantgarden 1890-1933. Mitglied der Historischen Kommission beim Parteivorstand Die Linke und des Internationalen wissenschaftlichen Beirates der ITH - International Conference of Labour and Social History.

## Die Autoren

*Ángel Alcalde*, Dr., geb. 1981, studierte Geschichte an der Universität Saragossa, Spanien, und promovierte in Geschichte und Kultur am Europäischen Hochschulinstitut Florenz, Italien. Aktuell ist er Postdoktorand und Forschungsstipendiat der Alexander von Humboldt Stiftung an der LMU München. Sein Arbeitsschwerpunkt ist die Kultur- und Sozialgeschichte des Kriegs im 20. Jahrhundert. Er publizierte zahlreiche Beiträge zur Geschichte des Spanischen Bürgerkriegs, des Franco-Regimes und des Faschismus. Seine Dissertation „War Veterans and Fascism in Interwar Europe“ wird bei Cambridge University Press erscheinen.

*Jürgen Angelow*, Prof. Dr., geb. 1961, lehrt an der Universität Potsdam sowie an der Freien Universität Berlin. Forschungen vor allem zur Politik- und Diplomatengeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Schwerpunkt ist die Vorgeschichte und Geschichte des Ersten Weltkrieges, zu der er mehrere Buchveröffentlichungen und zahlreiche Aufsätze veröffentlicht hat („Kalkül und Prestige“, „Der Weg in die Urkatastrophe“ sowie als Herausgeber „Der Erste Weltkrieg auf dem Balkan“ und als Mitherausgeber „Wandel, Umbruch, Absturz“). Lehrstuhlvertretung Saarbrücken (2011-12), zahlreiche internationale Gastdozenturen, daneben Beratung und Kommentierung historischer Filmproduktionen.

*Miloš Baković Jadžić*, geb. 1983, studierte Soziologie an der Universität Belgrad. Er ist Publizist, politischer Aktivist und Gründungsmitglied des Centar za politike emancipacije (Zentrum für Politik der Emanzipation). Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören die Geschichte der jugoslawischen Linken, aktuelle Fragen politischer Organisation sowie Theorie und Praxis gewerkschaftlicher Arbeit. Er ist Mitherausgeber der Sammelbände „U borbi za javno dobro“ (Im Kampf um das Gemeingut), „Bilans stanja – doprinos analizi posledica restauracije“ kapitalizma (Zustandsbeschreibung,

Beiträge zur Analyse der Folgen kapitalistischer Restauration) und „Vratimo socijalizam u igru“ (Den Sozialismus zurück ins Spiel bringen).

*Marcel Bois*, Dr., geb. 1978, studierte Geschichte, Soziologie und Kunstgeschichte an den Universitäten Konstanz und Hamburg. An der TU Berlin promovierte er mit einer Arbeit über „Kommunisten gegen Hitler und Stalin. Die linke Opposition der KPD in der Weimarer Republik“. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten zählt die Geschichte der Arbeiterbewegung und des Kommunismus in der Zwischenkriegszeit. Derzeit ist er Lehrbeauftragter an der Ruhr-Universität Bochum und bearbeitet als Stipendiat der Gerda-Henkel-Stiftung die Biografie der österreichischen Architektin Margarete Schütte-Lihotzky (1897-2000). Er ist assoziiert an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg.

*Gudrun Brockhaus*, Dr., geb. 1947, ist Diplom-Psychologin und Diplom-Soziologin. Von 1977-2007 arbeitete sie als wissenschaftliche Angestellte an der Ludwig-Maximilians-Universität München im Bereich Sozialpsychologie. Seit 1983 ist sie Psychoanalytikerin (DGPT) in eigener Praxis. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Politischen Psychologie, insbesondere des Nationalsozialismus und seiner Nachgeschichte. Monografie „Schauder und Idylle. Faschismus als Erlebnisangebot“. Als Herausgeberin: „Ist 'Die Unfähigkeit zu trauern' noch aktuell?“. „Attraktion der NS-Bewegung - Eine interdisziplinäre Perspektive.“

*Ana Cergol Paradiž*, Prof. Dr., geb. 1983, wurde 2016 als Assistant Professor in der Abteilung für Geschichte der Universität Ljubljana ausgewählt. 2014 schloss sie ihre Dissertation mit dem Titel „Public Discourses and Private Reproductive Strategies of Slovenians in the First Yugoslavia“ ab. Aktuell nimmt sie an verschiedenen Forschungsprojekten teil: „Frauen und Grenzen“, „Frauen und der Erste Weltkrieg“ sowie zur slowenischen Geschichte. Sie arbeitet zur Wissenschafts-, Gender-, Eugenik- und Medizingeschichte. Autorin der Monografie „Eugenik in den slowenischsprachigen Ländern“ (auf Slowenisch).

*Anke Hoffstadt*, Dr. des., geb. 1976, ist Historikerin und lebt und arbeitet in Düsseldorf. Sie arbeitet u. a. zur Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt, zu soldatischer Männlichkeit, zu Faschismustheorien und zum Ersten Weltkrieg in Erinnerungskultur und -politik. In Aufsätzen und Essays hat sie sich bisher insbesondere mit der Geschichte des Frontsoldatenbundes „Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten“ als Teil einer Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts beschäftigt.

*Žiga Koncilija*, Dr., geb. 1980, Research Assistant in der Abteilung für Geschichte der Universität Ljubljana. Er verfasste eine Dissertation mit dem Titel „Politische Prozesse zwischen 1929 und 1941 und nach dem Zweiten Weltkrieg“. Er war am Projekt „Frauen und der Erste Weltkrieg“ beteiligt. Seine Forschungsinteressen umfassen Fragen zu totalitären politischen Systemen, politischer Repression und

zum Ersten Weltkrieg. Kürzlich veröffentlichte Koncilija den Aufsatz „The Impact of War Circumstances on Women’s Criminality (1914-1916)“. 2015 erschien seine Monografie „Politische Justiz in Slowenien“ (auf Slowenisch), für die er von der Historischen Gesellschaft Sloweniens den Debüt-Preis erhielt.

*Wolfgang Kruse*, Prof. Dr., geb. 1957, ist Akademischer Oberrat und apl. Professor im Arbeitsbereich Geschichte der Europäischen Moderne an der Fernuniversität Hagen. Er forscht und publiziert überwiegend zur Geschichte des Ersten Weltkrieges, der Französischen Revolution, der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung sowie zum politischen Totenkult. Als Herausgeber veröffentlichte er zuletzt „Die Französische Moderne. Programmatische Texte von Robespierre bis de Sade“ (2012) und „Andere Modernen. Beiträge zu einer Historisierung des Moderne-Begriffs“ (2015), als Autor „Der Erste Weltkrieg“ (2014).

*Malte Meyer*, geb. 1974, studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Neuere Geschichte in Marburg und lebt seither in Köln. Er interessiert sich u. a. für deutsche und US-amerikanische Gewerkschaftsgeschichte und arbeitet zur Zeit an dem 2017 in der edition assemblage erscheinenden Buch „Lieber tot als rot. Gewerkschaften und Militär in Deutschland seit 1914“.

*Yves Müller*, geb. 1982, Historiker, arbeitet als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Seminar der Universität Hamburg und promoviert zur Konstruktion des politischen Soldaten in der nationalsozialistischen SA im Zweiten Weltkrieg. Forschungsschwerpunkte sind Männlichkeiten im Nationalsozialismus, der frühe Terror der Nationalsozialisten und die Geschichte der Arbeiter\_innenbewegung.

*Julian Nordbues*, geb. 1983, studierte Mittlere und Neuere Geschichte sowie Politikwissenschaft an der Justus-Liebig-Universität Gießen und ist derzeit Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der FU Berlin. Zuvor war er am Gießener Zentrum für Medien und Interaktivität (ZMI) tätig und anschließend am Centre for Digital Cultures (CDC) der Leuphana Universität Lüneburg. Seine Arbeitsschwerpunkte sind die Weimarer Republik, mediale Repräsentationen des Kriegs und Antikriegsliteratur.

*Michael Pesek*, Dr., geb. 1968, studierte an der Humboldt-Universität Berlin Theaterwissenschaften, Soziologie und Afrikanistik. Seine Dissertation zum Thema „Kolonialer Diskurs und koloniale Herrschaft in Deutsch-Ostafrika 1885-1903“ nahm die Humboldt-Universität 2004 an. Pesek arbeitet über die vorkolonialen bis hin zu den postkolonialen Staatsbildungsprozessen. 2010 publizierte er die Monografie „Das Ende eines Kolonialreiches. Ostafrika im Ersten Weltkrieg“.

*Holger Politt*, Dr., geb. 1958, studierte Philosophie und promovierte 1994 an der Martin-Luther-Universität Halle/Wittenberg. Seit 2002 Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung, von 2002 bis 2009 Leiter des Büros in Warschau. Derzeitiger

Arbeitsschwerpunkt ist der polnische Teil im theoretischen und politischen Werk von Rosa Luxemburg. Seit 2011 regelmäßige Herausgabe bislang noch nicht publizierter Arbeiten Rosa Luxemburgs. Außerdem regelmäßig Beiträge zur politischen Situation in Polen. Zuletzt 2016 publiziert gemeinsam mit Krzysztof Pilawski „Polens Rolle rückwärts. Der Aufstieg der Nationalkonservativen und die Perspektiven der Linken“.

*Irena Selišnik*, Prof. Dr., geb. 1976, arbeitet als Assistant Professor in der Abteilung für Geschichte der Universität Ljubljana. Ihre Forschungsinteressen umfassen Genderthemen sowie die Politik- und Sozialgeschichte insbesondere des 19. Jahrhunderts. Sie lehrt zur slowenischen Geschichte des 19. Jahrhunderts und zur Frauengeschichte. Selišnik veröffentlichte den Band „Der Einstieg von Frauen in die slowenische Politik“ (auf Slowenisch) und zahlreiche Aufsätze in in- und ausländischen Zeitschriften. Darunter: „Women’s Sexual Morality and the First World War in Slovenia“ (2015) und „The Ladies of Charity in Carniola, 1848 to 1914“ (2014).

*Joachim Schröder*, Dr., geb. 1973, studierte Neuere und Osteuropäische Geschichte sowie Politikwissenschaft in Düsseldorf, Berlin und Nantes. Er war u. a. Mitarbeiter an der Max Weber-Arbeitsstelle an der HHU Düsseldorf und am NS-Dokumentationszentrum München, seit 2013 leitet er den Erinnerungsort Alter Schlachthof an der Hochschule Düsseldorf. Zu seinen Arbeits- und Publikationsschwerpunkten gehören die Geschichte der Arbeiterbewegung nach dem Ersten Weltkrieg, Polizeigeschichte, verschiedene Aspekte der nazistischen Ideologie sowie der NS-Herrschaft und ihrer Folgen.

*Bella Szwarcman-Czarnota*, geb. 1945, Judaistin, Publizistin und Übersetzerin. Sie beschäftigte sich nach dem Studium der Philosophie verstärkt mit jiddischer Literatur. Zahlreiche Publikationen in Polen und im Ausland. Außerdem regelmäßig Übersetzungen aus dem Französischen, Jiddischen und Russischen. Viele Jahre enge Zusammenarbeit mit dem Jüdischen Historischen Institut in Warschau. Derzeit ist sie Redakteurin und Autorin der in Polen erscheinenden jüdischen Monatszeitschrift „Midrasz“. Zuletzt u. a. zwei Sammelbände mit Porträts jüdischer Frauen (2006 und 2010) und 2009 die Buchveröffentlichung „Ich fand den gestrigen Tag. Meine persönliche jüdische Tradition“ (auf Polnisch).

*Pieter Trogh*, geb. 1982, studierte Geschichte und Journalismus an der Universität Gent und Archivwissenschaften an der Freien Universität Brüssel. Er arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter für das In Flanders Fields Museum in Ypern, Belgien und veröffentlichte Aufsätze zu verschiedenen Aspekten des Ersten Weltkriegs. 2016 publizierte er gemeinsam mit Piet Chielens „De Geschreven Oorlog“, einen umfangreichen Sammelband verschiedener Autoren über den Ersten Weltkrieg in Flandern.

## Personenregister

- Abel, 120f.  
 Adenauer, 196  
 Adler, F., 207, 215, 218, 225  
 Adler, V., 207, 235  
 Adorno, 128  
 Afflerbach, 33ff., 39, 45, 50, 59  
 Ahlheim, 174  
 Albanese, 108  
 Albertini, 33  
 Alcalde, 95f., 107, 110f.  
 Angelow, 31, 34ff., 40f., 46, 48, 58, 62, 163  
 An-Ski, 148, 150, 152  
 Apel, 332, 340, 343  
 Apis (s.a. Dimitrievic), 68  
 Apollonio, 244  
 Applebaum, 102  
 Arco, 321  
 d'Ardoye, 280  
 Aschheim, 95  
 Aschmann, 36, 140  
 Assmann, 169  
 Audoin-Rouzeau, 105f.  
 Aulke, 91  
 Austerlitz, 206, 209  
 Babel, 153  
 Bade, 117  
 Bailey, 98  
 Baird, 102  
 Bajohr, 169  
 Balkelis, 109  
 Baluschek, 338  
 Balzac, 348  
 Banković, 256  
 Barrett, 294  
 Barth, B., 81, 173  
 Barth, E., 80  
 Bartov, 106  
 Bauer, 205, 259  
 Bauerkämper, 332  
 Bebel, 202  
 Bechler, 288  
 Beck, 160  
 Becker, A., 102, 105f.  
 Becker, Jean-Jacques, 105, 205  
 Becker, Josef, 34  
 Becker, P., 57  
 Behrenbeck, 124, 131f., 135  
 Benco, 240  
 Beni, 292  
 Benjamin, 348  
 Bennet, 303  
 Benz, 89  
 Berdyczewski (s.a. Bin Gorion), 153  
 van Bergen, 340  
 Berger, 33  
 Berghahn, 34  
 Bernhard, 298  
 Bernstein, 23f., 80, 322  
 Bessel, 103  
 Best, 172  
 Bestuschew, 52  
 Bethmann Hollweg, 18, 32, 38, 44, 47, 52, 202, 204  
 Beyrau, 109f.  
 Bieber, 305  
 Bin Gorion (s.a. Berdyczewski), 153  
 Binyon, 159f., 175  
 von Bismarck, 36, 59, 64, 103, 117  
 Bley, 92  
 Blomfield, 157  
 Blondet-Bisch, 343  
 Bluhm, 87  
 Blunden, 190, 194  
 Bogdanović, 267  
 Bogner, 167  
 Böhler, 109  
 Bois, 76, 82, 92  
 Bollinger, 63  
 Bollmann, 28, 61  
 Bormann, 36  
 Bramke, 87  
 Brand, 139f.  
 Brandes, 91  
 Brandt, P., 201, 203  
 Brandt, S., 131  
 Brandt, W., 166  
 Braun, 50  
 Braunthal, 315f., 322, 329  
 Brockhaus, 113, 127, 328  
 Brodnik, 248  
 Broué, 77, 87, 323, 325f.  
 Browning, 171  
 Brunner, 310  
 Buchanan, 284, 291  
 Buchold, 102  
 Buitenhuis, 102  
 von Bülow, 64, 201  
 Burckhardt, Jacob, 33  
 Burckhardt, Josef, 38  
 Burkhardt, 34  
 Burton, 294  
 Cabanes, 106, 108  
 Cabrera, 107  
 Calic, 254f.  
 Callahan, 22  
 Calleja, 110  
 Canis, 37  
 Canning, 88  
 Cantril, 342  
 Casquete, 95  
 Cattaruzza, 238ff., 244  
 Cenić, 256  
 Chielens, P., 176  
 Chielens, W., 176  
 Chilembwe, 289  
 Christie, 50  
 Clark, 8, 10, 15-19, 21, 28f., 35, 37, 40, 45-48, 52ff., 57f., 60ff., 68, 71, 73, 163  
 von Clausewitz, 55, 60  
 Clemenceau, 320  
 Clifford, 287  
 Coles, 233  
 Conze, 37  
 Cooper, 296  
 Crome, 53  
 Czitrich-Stahl, 206  
 Dahlem, 327  
 Daniel, 27, 232, 344  
 David, 216  
 Davis, 210, 233  
 Daye, 281  
 Decher, 278, 284, 288  
 Decker, 140  
 Degen, 225  
 Deilmann, 332, 340f.  
 Delaere, 191  
 Delić, 256  
 Dendooven, 157  
 Deppe, 284  
 Diehl, 103  
 Dimitrievic (s.a. Apis), 68  
 Dinesohn, 148  
 Dittmann, 220  
 Dix, 339, 342  
 Djasemy, 344  
 Dolan, 109  
 Domarus, 116  
 Donat, 332  
 Donson, 172  
 Dowe, 85  
 Dragović, 256  
 Duker, 143  
 Dülffer, 59, 117, 129, 173, 201, 341  
 Durbecq, 286  
 Đurić, 270  
 Dutschke, 84  
 Eberlein, 323  
 Ebert, F., 25, 88, 303ff.  
 Ebert, S., 89  
 Echternkamp, 135  
 Eckart, 173  
 Edele, 109  
 Effendi, 146  
 Ehlert, 34, 47  
 Eichenberg, 109f.  
 Eickmeier, 338  
 Eidherr, 154  
 Eisner, 88f., 321  
 Eitz, 331  
 Eksteins, 100  
 Elias, 100  
 Elisabeth, 239  
 Ellis, 293f.  
 Engel, B.A., 233  
 Engel, G., 88  
 von Engelbrechten, 132  
 Engelhardt, 331  
 Engelmann, 24, 88  
 Epkenhans, 34, 47, 59  
 Eppenstein, 133  
 d'Eramo, 315  
 Erdmann, K.D., 42, 83  
 Erdmann, L., 310  
 Erjavec, 235

Evans, 236  
 Ewers, 137, 140  
 Fabi, 238-243, 250  
 Fahrmeir, 117  
 Fajgnberg, 152  
 Faulenbach, 23, 81  
 Fehleemann, 162  
 Fendall, 280  
 Fendler, 90  
 Ferdinand, F., 17, 65, 252  
 Ferdinand, S., 17  
 Fest, 121  
 Fields, 290  
 Firsov, 325  
 Fischer, F., 15f., 18, 20, 38, 41-44, 52, 58, 62  
 Fischer, R., 87  
 Fogarty, 109  
 Forberg, 340  
 Forster, 277  
 Förster, 34, 36, 58  
 Frank, 233  
 Franz Josef, 17, 146, 253  
 Freiburger, 36  
 Freud, A., 115  
 Freud, S., 55, 114, 118, 125  
 Freytag, 87  
 Frías, 110  
 Friedländer, 134  
 Friedrich, C., 338  
 Friedrich, E., 331-348  
 Fromm, 122f., 311ff.  
 Führer, 78, 88  
 Funke, 101  
 Fürst, 337  
 Fussell, 99  
 Gaćeša, 254  
 Gailus, 132, 216  
 Gallus, 79ff., 85, 87f., 90, 92  
 Garton, 109  
 Gauck, 72, 78, 165f., 175, 177, 196  
 Gauweiler, 170  
 Gehrke, 346  
 Geiss, 34, 38  
 Gentile, 108f.  
 George, 8, 38f., 42, 45, 52, 62, 100  
 Geppert, A., 21  
 Geppert, D., 35, 61  
 Gerhards, 131  
 Gerster, 89  
 Gerwarth, 108ff.  
 Geyer, 92  
 Gianantonio, 239  
 Gibelli, 104  
 Gietinger, 89  
 Glaser, 137  
 Glatzer, D., 214  
 Glatzer, R., 214  
 Glenk, 346  
 Goebbels, 113, 117, 120, 122, 126f., 130ff., 139f.  
 Goethe, 125  
 van Goethem, 318  
 Goldhagen, 171f.  
 Goote (s.a. Langsdorff), 138f.  
 Gouralski, 327  
 Grandner, 213, 219ff.  
 Grau, 88, 321  
 Gray, 290  
 Grayzel, 245  
 Grebing, 83, 86ff.  
 Greenstein, 275f., 291, 294f.  
 Gregory, 107  
 Grey, 32, 38, 48  
 Grinberg, 144-148  
 Groener, 303f.  
 Groh, 201, 203  
 Groß, 34, 47  
 Große-Kracht, 62  
 Grosz, 342  
 Grünberg, 202  
 Grundlingh, 281  
 Gumbel, 336  
 Guralski (s.a. Haiphetz), 327  
 Gutsche, 43  
 Haapala, 109  
 Haase, 88, 209  
 Habedank, 221  
 Haffner, 81, 119  
 Haiphetz (s.a. Guralski), 327  
 Hardtwig, 342  
 Harman, 77  
 Hašek, 348  
 Hauer, 278, 284f., 288

Haupt, G., 315  
 Haupt, H.G., 200  
 Hautmann, 207, 212, 218, 221f.  
 Healy, 210f., 224, 226, 233, 244  
 Hedeler, 319, 323ff.  
 Hehl, 59  
 Heimann, 205, 223  
 Hein, 117, 124f.  
 Heinsohn, 91  
 Helfert, 91  
 Helfert, 211, 213f., 224  
 Henderson, A., 319  
 Henderson, W.O., 278  
 Hepp, 170  
 Herbert, 172  
 Herwig, 210, 220  
 Herzfeld, 81  
 Herzog, 336  
 Hilker, 335  
 Himmler, 174  
 von Hindenburg, 168f., 175, 309, 337, 340, 347  
 Hinz, 131  
 Hinze, 306, 308  
 Hirschfeld, 60, 76, 136, 168, 203, 220, 315, 332  
 Hitler, 25, 36, 45, 79, 82, 86, 100, 113, 115-121, 123, 126f., 131, 138, 141, 171f., 311, 333  
 Hobohm, 311  
 Hobsbawm, 9, 11, 29, 174f.  
 Hodges, 275f., 278f., 281, 286, 288, 291, 294f.  
 Hofbauer, 265, 267  
 Hoffmann, 117  
 Hoffrogge, 88f., 202  
 Hoffstadt, 11, 72, 157  
 Hofmann, 28  
 Holl, 201, 332  
 Holland, 280  
 Hollande, 165f., 175  
 Höller, 77  
 Hölscher, 29  
 Holzer, 343, 345  
 Hopkins, 290  
 Hördler, 133  
 Horne, J., 108ff., 343  
 Horne, R.G., 109  
 Hoskins, 280  
 Humbert-Droz, 225, 327  
 Hüppauf, 332  
 Husson, 106  
 Hüttner, 7, 92, 348  
 Ilić, 258  
 Iliffe, 273ff., 284, 286, 292  
 Imami, 265  
 Imhausen, 117  
 Imri, 153  
 Ingrao, 106  
 Jacob, 89  
 Jacobsen, 101  
 Jaffe, 152  
 Jäger, 15  
 von Jagow, 32, 47  
 Jahn, 310  
 Jamin, 136  
 Janz, 57, 92  
 Janzen, 91  
 Jaraus, 62  
 Jaurès, 201  
 Jeismann, 168  
 Jesse, , 84  
 Jesse, E., 84  
 Jessen, J., 29  
 Jessen, R., 62  
 Jogiches, 328  
 Joll, 19, 33  
 Jones, 100  
 Jovanović, 256  
 Juliá, 107  
 Julien, 332  
 Jünger, 100, 124, 310, 347  
 Jungk, 337  
 Jürgens-Kirchhoff, 340f.  
 Jussen, 117  
 Kabatek, 140  
 Kafka, 348  
 Kamwana, 289  
 Kantorowicz, 38, 58  
 Käßler, 20, 29  
 Karatu, 291  
 Karrasch, 138  
 Karuscheit, 63  
 Kater, 209

Kautsky, 32, 57, 322  
 Kawerau, 335  
 Keegan, 99  
 Keene, 109  
 Kehr, 33  
 Kendall, 160  
 Kennan, 61, 172  
 Kennedy, 34  
 Kerbs, 331  
 Kersten, 82  
 Kessler, 335  
 Kefßler, 82f., 325  
 Kettenacker, 136  
 Kienitz, 340, 342  
 Kießling, 35, 37, 46, 59  
 Kilb, 61  
 Killingray, , 275, 280  
 Killingray, D., 109, 275  
 King, 98  
 Kipling, 160  
 Klär, 315  
 Klein, 42  
 Kleindienst, 246  
 Klemm, 333  
 Klemperer, 89  
 Klönne, 14f., 19, 21f., 25ff., 29, 163, 309, 311  
 Knauer, 332  
 Knief, 88  
 Knirsch, 89  
 Knopp, 52  
 Knorr, 34  
 Knütter, 101  
 Kocka, 64, 200, 213  
 Kohl, 84, 89, 166  
 Köhler, 84  
 Kolb, 83f.  
 Kollwitz, 180, 338f.  
 Koncilija, 76, 232  
 Köppen, 140, 346  
 Koritschoner, 212, 218, 220, 225  
 Korošec, 245  
 Kramer, 106, 342f.  
 Krassnitzer, 129, 141, 173  
 Kraus, 332f., 335, 343-346, 348  
 Kremers, 92  
 Kretschmann, 339  
 Krippendorff, 348  
 Kristan, 234  
 Kröger, 59  
 Kronenbitter, 34, 38  
 Krumeich, 19, 41, 57, 59f., 64-69, 71, 76, 105, 117, 129, 131, 162, 168, 173, 203, 205, 220, 315, 320, 332, 340f.  
 Kruse, 14, 23, 29, 61, 163, 203f., 311  
 Krzeminski, 28  
 Kubjuweit, 167  
 Kuckuk, 88  
 Kuczynski, 202  
 Kuessner, 87  
 Kugler, 33  
 Kühne, 141, 173  
 Kunc, 235  
 Kuusinen, 324  
 Lahme, 138  
 Lambert, 276, 292  
 Landau, 144  
 Landauer, 209  
 Langewiesche, 85  
 von Langsdorff (s.a. Goote), 138f.  
 Lansdowne, 97  
 Lapčević, 256  
 Lappenküper, 37  
 Laqueur, 52  
 Lassalle, 228  
 Lässig, 88  
 Laufenberg, 89  
 Lawrence, 98  
 Lazitch, 327  
 Ledebour, 225  
 Ledeen, 100  
 Ledesma, 110  
 Leed, 99, 104  
 Lefort, 167  
 Legien, 88, 301f.  
 Lehmann, F., 89  
 Lehmann, M., 145  
 Lehmkuhl, 37  
 Lehnstaedt, 57  
 Leipart, 310  
 Lenin, 50ff., 231, 267f., 300, 302, 316, 318f., 325  
 Lensing, 344  
 Leonhard, 57, 59, 63, 66, 68ff.

Leoni, 101  
 Lepsius, 32  
 Leschnitzer, 337  
 von Lettow-Vorbeck, 274, 276ff., 284, 289  
 Levi, 327  
 Leviné, 328  
 Lewin, 152  
 von Lichnowsky, 46  
 Liebknecht, 50f., 88, 214ff., 267, 321  
 Lindemann, 46  
 Linse, 332f., 337  
 Lipp, 342  
 Liška, 237  
 Litten, 336  
 Loidl, 220  
 Longerich, 134f.  
 Longuet, 321  
 Loosli, 165  
 López, 11, 112  
 Louis, 277  
 Luban, 83, 216  
 Luckmann, 33  
 Ludwig, 57  
 Lustiger, 147  
 Lutteroth, 276  
 Luxemburg, 50ff., 88, 227-231, 266ff., 299-303, 311, 313, 321, 348  
 Maderthaler, 201, 209  
 Mann, 119f., 126  
 Marcoux, 190  
 de Mare, 340  
 Marinković, 269  
 Markisch, 144, 147f.  
 Marković, 255f.  
 Marszolek, 344  
 Martinov, 266  
 Marx, 218, 225  
 Matson, 295  
 Matthews, 275, 280, 291, 293ff.  
 Matthias, 216  
 Max von Baden, 77, 303  
 Mayer, 20, 29  
 Mayer-Kristić, 11, 272  
 Mazuri, 285, 290  
 McElligot, 91  
 McMeekin, 41, 48, 62  
 Meijman, 340  
 Meinecke, 81, 117  
 Mendelssohn Bartholdy, 32  
 Merkel, 196f.  
 Mesching, 106  
 Meschnig, 119, 121f.  
 Meyer, A.R., 190  
 Meyer, M., 298, 314  
 Meyer-Arndt, 36, 39, 46  
 Michalka, 43, 211  
 Michel, 36  
 Mielke, 91  
 Milan, 253  
 Milanovac, 257  
 Milestone, 137  
 Milkić, 270  
 Miller, 24, 83, 203, 206, 216, 219  
 Millington, 111  
 Milošević, 90, 271  
 Mittag, 78  
 Mitterand, 166  
 Mombauer, 19, 41, 57  
 Mommsen, 19, 27, 39, 64f.  
 Monatte, 318  
 Mondini, 108  
 Montgelas, 32  
 Morsch, 30  
 Mosse, 9, 52, 95-109, 112, 130, 136, 172  
 Mühlhausen, 88  
 Mühsam, 311, 335  
 Muller, 281f.  
 Müller, G., 37  
 Müller, H., 80  
 Müller, O., 135  
 Müller, R., 80, 88f., 214, 217, 219ff.  
 Müller, Y., 129  
 Müller-Franken, 80  
 Müller-Rytlewski, 121  
 Mulligan, 60  
 Münch, 166  
 Münkler, 8, 15-21, 28f., 37, 47f., 57, 61, 71, 73, 207  
 Müntefering, 86  
 Murdoch, 207  
 de Mussets, 156  
 Muzikravić, 270  
 Mzololo, 284  
 Nagel, 338

Nakath, 7, 348  
 Naumann, 24, 88  
 Neitzel, 21, 34, 52, 61, 76, 171  
 Newman, 109f.  
 Niederkorn, 34  
 Niess, 79f., 82, 85ff., 89, 94  
 Nimtz, 290  
 Nolte, 85  
 Nolzen, 169  
 Nordhues, 331, 344  
 Northey, 288  
 Noske, 80, 89, 305, 336  
 Nötscher, 236  
 O'Grady, 201  
 Oberhaus, J., 11, 112  
 Oberhaus, S., 7, 14, 57, 163, 348  
 Obrenović, 253f.  
 Oelze, 333f.  
 von Oertzen, 84, 217  
 Offenstadt, 343  
 Ogan, 121  
 Ogot, 295  
 Ohnezeit, 87  
 Olicki, 153  
 Olsen, 282  
 Oschilewski, 333  
 von Ossietzky, 170, 311  
 Oster, 340  
 Osterhammel, 37  
 Otte, 87  
 Otto, 170  
 Pabst, 88f.  
 Page, 275, 293f.  
 Pahl, 309f.  
 Paice, 277  
 Panteleiev, 327  
 Paradiž, 76, 232  
 Parson, 284  
 Parsons, 294  
 Paschen, 87  
 Pätzold, 45, 53, 57, 64, 164, 168, 175  
 Paul, 331f., 343, 348  
 Pavlović, 270  
 Perez, 148f.  
 Perger, 170  
 Perham, 291  
 Perović, 256  
 Pesek, 76, 273, 282, 285, 288, 292, 296  
 Petljura, 143, 147, 152  
 Peukert, 9  
 Pflanze-Baltin, 345  
 Pfoser, 201, 213  
 Piper, 207, 334  
 Pilsudski, 144  
 Pjaticij, 327  
 Plaas, 122  
 Planert, 27  
 Plener, 87, 92  
 Plessini, 95  
 Pleterski, 236, 245, 248  
 Pöhlmann, 331  
 Poincaré, 47, 69  
 Politt, 11, 156, 227  
 Popović, 251, 258, 261, 268-271  
 Popper-Lynkeus, 144  
 Pourtalès, 46  
 Prager, 24  
 Priklmajer-Tomanović, 260  
 Prost, 102f., 106  
 Proust, 194  
 Purseigle, 106  
 Pyta, 344  
 Quidde, 335  
 Radek, 328f.  
 Radkau, 36, 116f.  
 Ramsbrock, 332  
 Ranchi, 244  
 Ranger, 292, 294  
 Rawitsch, 144, 147f., 150  
 Reichardt, 132, 134f., 342  
 Reichart, 94  
 Reinecke, 53  
 Reininghaus, 91  
 Remarque, 97, 137  
 Renkin, 281  
 Renner, 201  
 Renouvin, 42  
 Renz, 60, 203, 220, 315  
 Retzlaw, 211  
 Rex, 347f.  
 Rey Reguillo, 107  
 Richers, 225  
 Riezler, 18  
 Riha, 341

Ritter, 42, 320, 322, 329  
 Roberts, 290  
 Rockel, 285  
 Rodrigo, 110  
 Röhl, 38, 43  
 Röhr, 208  
 Rosenberg, A., 82, 84, 316  
 Rosenberg, W., 109  
 Roskies, 152  
 Rossi, 239, 243f.  
 Rotberg, 285, 290  
 Rother, 341  
 Rothziegel, 218  
 Rousseau, 106  
 Rousso, 106  
 Rozman, 236  
 Rück, 89  
 Rühle, 313  
 Rumpler, 34  
 Rusinek, 117, 123  
 Rutimbura, 288  
 Sabrow, 62  
 bin Saidi, 291  
 Salim, 295  
 von Salomon, 100, 122, 126  
 Sasonow, 32  
 Sassoon, 181, 192, 194  
 Sauer, 306  
 Saunders, 176  
 Schael, 93  
 Schäfer, 325  
 Schapiro, 153-156  
 Schauwecker, F., 347  
 Schauwecker, H., 126  
 Scheidemann, 80, 303  
 Schildt, 80, 84  
 Schiller, 31  
 Schivelbusch, 110, 169  
 Schleicher, 311  
 Schlimme, 310  
 Schlögel, 326  
 Schmaus, 132f.  
 Schmidgall, 87  
 Schmidt, 47, 62  
 Schnee, 274  
 Schneider, 343  
 Schneiderman, 143  
 Scholem, 146  
 Schöllgen, 33  
 Scholter, 28  
 Scholz, 216  
 Schröder, J., 173f., 222, 315, 320f., 323, 325-328  
 Schröder, P., 34  
 Schröder, S., 35  
 Schröder, W., 201, 203, 213, 219  
 Schücking, 32  
 Schulz, Martin, 21  
 Schulz, Matthias, 55  
 Schulz, P.M., 129  
 Schulze-Wessel, 37  
 Schumann, 107  
 Schütz, A., 33  
 Schütz, E., 140  
 Schwarz, G., 108  
 Schwarz, H.P., 101  
 Schwarz, L., 44  
 Schwarz, W., 308  
 Schweppenhäuser, 348  
 Seidl, 236  
 Seils, 88  
 Seipp, 109  
 Seitz, 139  
 Selišnik, 76, 232, 237, 246  
 Seljony, 154  
 Seyffarth, 210  
 Shakespeare, 348  
 Showalter, 102  
 Siemsen, 298  
 Sigel, 315  
 Sinowjew, 323, 327  
 Skerlić, 256  
 Slovenec, 236, 238f., 241f.  
 Smith, 106  
 Sollmann, 89  
 Somerischo, 242  
 Sontag, 340  
 Sontheimer, 114, 116f., 119  
 Spree, 333f.  
 Stadler, 190  
 Stadthagen, 203, 206, 212  
 Stajić, 262  
 Stalin, 82, 147, 327, 330  
 Stalman, 83, 87f.

Stapleton, 280  
 Stehling, 88  
 Stein, E., 194  
 Stein, O., 34  
 Steiner, 329  
 Steinhöfel, 11, 198  
 Steinhoff, 140  
 Steinkamp, 142  
 Steinmeier, 86  
 Stelling, 133  
 Stelzner, 138f.  
 Stendhal, 348  
 Stephan, 21, 61  
 Stern, 144  
 Sternsdorf-Hauck, 88  
 Stevenson, 39, 59  
 Stichelbaut, 184  
 Stichelberger-Eder, 118f.  
 Stiplovšek, 235  
 Stöcker, 335  
 Stojanović, 261f., 270  
 Ströbel, 80, 88  
 Struck, 86  
 von Stülpnagel, 310  
 Stürgkh, 215  
 Südekum, 204  
 Šušteršič, 236  
 von Suttners, 144  
 Swarcman-Czarnota, 143  
 Taylor, A., 43  
 Taylor, L., 232f.  
 Tellgmann, 76  
 Theweleit, 126, 131, 171  
 Thiemeyer, 161  
 Thimme, 32  
 Thomas, 280, 283  
 Thompson, 214  
 Thönnessen, 236  
 Thorpe, 209  
 Tiedemann, 348  
 Tikka, 109  
 Tirpitz, 47  
 Toller, 335  
 Torp, 49, 59  
 Tosstorff, 318  
 Traverso, 106  
 Trotzki, 316, 318, 323f., 327  
 Tucholsky, 164, 169f., 175, 311, 335f.,  
 340f., 344  
 Twardowski, 88  
 Ueberschär, 342  
 Uka, 331  
 Ulbrichts, 82f.  
 Ullrich, 19f., 52, 77, 87, 203, 211, 220  
 Üngör, 109  
 Vatlin, 319, 323f.  
 Ventrone, 106  
 Verhey, 22, 76, 137  
 Viviani, 47, 69  
 Vodopivec, 246  
 Völker, 140  
 Vondung, 341  
 Vowinckel, 332  
 Vranicki, 259  
 Wafner, 337  
 Wagner, 348  
 Wahis, 277, 281f.  
 Wahle, 278, 288  
 Waldman, 143  
 Wallach, 143  
 Wallegghem, 190  
 Walther, 19  
 Ward, 99  
 Warszawski, 153  
 Watkins, 279  
 Weber, H., 325  
 Weber, T., 61  
 de Weck, 166  
 Wegner, 202f., 205  
 Wehler, 15, 19, 33f., 63  
 Weigl, 201, 213  
 Weinhauer, 91  
 Weinrich, 58, 109, 115, 136  
 Weipert, 7, 76, 84, 87, 200, 208, 212, 214,  
 217, 222, 250, 305, 316, 348  
 Weiß, 121  
 Welch, 140  
 Welskopp, 344  
 Welz, 160  
 Welzer, 171  
 Wendtland, 142  
 Wenger-Deilmann, 332  
 Wenzler, 134  
 Wernecke, 19

Wessel, 132f., 137, 140, 142  
 Wette, 15, 19, 52, 89, 299, 305, 342  
 Whalen, 101  
 Wheeler-Bennet, 304f.  
 Wickert, 166  
 Wieland, 88  
 Wildgans, 334  
 Wildt, 119, 127, 169, 174  
 Wilhelm II., 17, 32, 38, 62, 64, 77, 346  
 Wilke, 212  
 Wilsberg, 35  
 Wilson, 320  
 Winkler, H.A., 15, 19, 25, 29, 52, 83, 308  
 Winkler, T., 21  
 Winter, 105, 176  
 Winzen, 208  
 Wipper, 285  
 Wippich, 59  
 Wirsching, 79, 106f.  
 Wolikow, 323  
 Wrobel, 164, 169f., 336, 341  
 Yekelchyk, 109  
 Yorke, 289  
 Young, 278  
 Zadra, 101  
 Ziemann, 72, 103f., 107, 111, 172, 314, 334  
 Zierenberg, 332  
 Zilch, 43  
 Živković, 271  
 Žnidaršič, 234  
 Zöberlein, 138  
 Zühlke, 332  
 Zvi, S., 146  
 Zvi, U., 146  
 Zweig, 160ff.